

Marxistische Studien

Ökonomische Stagnationstendenzen

Monopolisierung

Kernenergieindustrie

Marxistische Raumökonomie

Einkommen und individuelle Konsumtion

Gewerkschaftstheorie

Neue Technik und Arbeiterbewegung

Sozialpartnerschaftsideologie

Widersprüche im Arbeiterbewußtsein

Jahrbuch des IMSF 2

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 2/1979

Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF

Beirat:

Heinz Jürgen Axt, Hermann Bömer,
Christoph Butterwegge, Bernd Güther,
Johanna Hund, Kaspar Maase,
Peter Marwedel, Bernd Moldenhauer,
Hartmut Obens, Witich Roßmann,
Walter Simon, Angelina Sörgel,
Kurt Steinhaus, Harald Werner

Redaktion:

Heinz Jung, André Leisewitz, Josef Schleifstein

Herausgegeben vom Institut für
Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Frankfurt am Main

Marxistische Studien

Ökonomische Stagnationstendenzen

Monopolisierung

Kernenergieindustrie

Marxistische Raumökonomie

Einkommen und individuelle Konsumtion

Gewerkschaftstheorie

Neue Technik und Arbeiterbewegung

Sozialpartnerschaftsideologie

Widersprüche im Arbeiterbewußtsein

Jahrbuch des IMSF

2 / 1979

© by Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
6000 Frankfurt am Main, Liebigstraße 6.
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher
Genehmigung des IMSF gestattet.
Gesamtherstellung: Fuldaer Verlagsanstalt GmbH, Fulda

ISSN 0171-3698

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Politische Ökonomie und Kapitalismustheorie

<i>Jörg Goldberg</i> , Die Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals als Grundlage von Stagnationstendenzen	9
---	---

<i>Winfried Schwarz</i> , Analyse der ökonomischen Stagnationstendenzen. Bericht über eine IMSF-Tagung	44
--	----

<i>Heinz Jung</i> , Gesamtkapital — Monopole — Staat. Gesichtspunkte des ökonomischen Mechanismus im staatsmonopolistischen Kapitalismus	55
--	----

<i>Angelina Sörgel</i> , Monopolisierung und Monopolkommission. Zur methodischen und theoretischen Konzeption und den empirischen Ergebnissen der Gutachten der Monopolkommission	85
---	----

<i>Helga Bufe, Jürgen Grumbach</i> , Konzentration und staatliche Finanzierung der Kernenergieindustrie	115
---	-----

<i>Hermann Bömer</i> , Regionale Strukturkrisen im staatsmonopolistischen Kapitalismus und marxistische Raumökonomie. Am Beispiel der Ruhrgebietskrise	138
--	-----

<i>Walter Simon</i> , Unternehmerverbände in der EG	172
---	-----

Probleme der Reproduktion der Arbeitskraft

<i>Eberhard Dähne, Jörg Dieckhoff</i> , Materialien zur Entwicklung der Einkommen und der individuellen Konsumtion der Lohnabhängigen in den siebziger Jahren	187
---	-----

Soziale Bewegungen, Probleme der Gewerkschaftstheorie und -praxis

<i>Gerit Hautsch, Klaus Pickshaus</i> , Integration und Gewerkschaftsanalyse. Zur Diskussion einiger gewerkschaftstheoretischer Ansätze in der Bundesrepublik ..	245
--	-----

<i>Lothar Peter</i> , Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, neue Technik und Arbeiterbewegung	279
---	-----

<i>Klaus Priester</i> , Rationalisierung — Arbeitsplätze — Tarifikämpfe. Bericht über eine Tagung des IMSF	300
--	-----

Probleme der Entwicklung gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse

<i>Josef Schleifstein</i> , Bemerkungen zur Entwicklung der sozialpartnerschaftlichen Ideologie und Praxis	323
--	-----

Harald Werner, Zwischen Sozialpartnerschaftsideologie und Klassenbewußtsein — zur Bedeutung der Widersprüche im Arbeiterbewußtsein 341

Johannes H. von Heiseler, Die elementare Basis bürgerlichen und sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse — Bemerkungen zu theoretischen und methodologischen Fragen 370

Wissenschaftsentwicklung in der BRD

Klaus Priester, Forschung in der Gewerkschaftsbewegung. Zur Tätigkeit des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes 382

Mira Maase, Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) 398

Ausländische Forschungseinrichtungen

Rob Milikowski, Die Arbeit des Instituts für Politik und Soziale Forschungen (IPSO), Amsterdam 408

Max Schmidt, Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR zu Berlin (IPW) 415

Augustyn Wajda, Das Institut für Grundprobleme des Marxismus-Leninismus des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei 425

IMSF — 1979: Publikationen, Konferenzen, Kolloquien 434

Autoren dieses Bandes 436

Vorwort

Mit dem vorliegenden zweiten Band des Jahrbuchs „Marxistische Studien“ möchte das IMSF die Analyse und Untersuchung von Problemen der Ökonomie, Politik und Ideologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik fortsetzen, die mit dem ersten Band begonnen wurde. Sinn der Jahrbücher des IMSF soll es sein, einen Überblick über die Hauptrichtungen unserer Arbeit zu geben und die vom IMSF vertretene Forschungsrichtung in der Auseinandersetzung mit anderen Positionen und Auffassungen auszubauen und zu vertiefen. Behandelt werden sollen vor allem Probleme der Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik und der allgemeinen Kapitalismustheorie; Fragen der Reproduktion der Arbeitskraft; die sozialen Bewegungen und Probleme der Gewerkschaftstheorie und -praxis; die Entwicklung gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse. Die Beiträge sollen sich aber nicht auf diese Thematik beschränken, sie sollen auch angrenzende und verwandte Themenbereiche einschließen. Ferner soll versucht werden, die Leser über die *Marx-Engels*-Forschung sowohl in der Bundesrepublik als auch im Ausland zu informieren und — nach Bedarf und Möglichkeit — auch über die Tätigkeit ausländischer marxistischer Institute und über die Wissenschaftsentwicklung in der Bundesrepublik (soweit sie die Arbeitsgebiete des IMSF berührt) zu berichten.

Das Schwergewicht der Beiträge im vorliegenden Band liegt auf Problemen der Monopolisierung der Wirtschaft und der Beziehung von Staat und Monopolen; der Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowohl für die ökonomische Entwicklung wie für die Lage und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse; Fragen der Gewerkschaftstheorie und schließlich der Untersuchung von Widersprüchen im Bewußtsein der Arbeiterklasse, die mit dem Stichwort „Sozialpartnerschaftsideologie“ angedeutet werden können.

Der für diesen Band angekündigte Beitrag „Stahlstreik und Tarifrunde 1978/1979“ von *Gert Hautsch* und *Bernd Semmler* konnte aus Platzgründen nicht mehr aufgenommen werden und erscheint als selbständige Publikation im Rahmen der vom IMSF herausgegebenen Reihe „Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF“ um einen Dokumentenanhang erweitert als Heft 7 der Reihe. Dieses Heft kann zum Preis von 5,— DM über den Buchhandel oder direkt beim IMSF bezogen werden.

Institut für Marxistische
Studien und Forschungen

Frankfurt am Main, Juli 1979

Die Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals als Grundlage von Stagnationstendenzen*

Jörg Goldberg

I. Investitionsschwäche und Fondseffektivität — empirische Indikatoren. — II. Zyklische Krisen und die Rolle des fixen Kapitals. — III. Steigende Fondseffektivität als Ursache der Wachstumsverlangsamung. — IV. Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen.

Die zyklische Krise von 1974/75, die in fast allen kapitalistischen Ländern gleichzeitig einsetzte, gilt nicht nur als der tiefste Konjunkturreinbruch seit 1929/32, sondern auch als Einschnitt in die langfristige Wachstumstendenz des Kapitalismus.

Tabelle 1: Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Industrieproduktion

	USA	Japan	BRD	Frankreich	Groß- britannien	Italien
1948—55	+ 5,0	+ 17,7	+ 18,5	+ 6,3	+ 4,2	+ 9,7
1955—60	+ 2,4	+ 16,6	+ 6,8	+ 5,9	+ 2,5	+ 8,7
1960—65	+ 6,3	+ 11,8	+ 6,5	+ 6,3	+ 3,2	+ 7,0
1965—70	+ 3,5	+ 15,3	+ 5,1	+ 5,6	+ 2,4	+ 7,4
1970—78	+ 3,8	+ 4,1	+ 2,1	+ 3,1	+ 1,5	+ 3,4

Quellen: Die Wirtschaft kapitalistischer Länder in Zahlen, IPW-Forschungshäfte 4/1977; OECD, Main economic indicators, lfd.

Die veränderten Wachstumsbedingungen lassen sich insbesondere aus der Entwicklung seit 1975 ablesen. Gemessen an der Industrieproduktion benötigten die kapitalistischen Länder im Durchschnitt etwa drei Jahre, um den Produktionshöhepunkt vor Ausbruch der Krise wieder zu erreichen.

Der tiefen zyklischen Krise folgte nur ein zögernder Aufschwung, der zudem sowohl 1977 als auch 1978 in vielen Ländern von Stagnationsperioden und kurzfristigen Produktionsrückgängen unterbrochen war. Eine gewisse Ausnahme bildet die Situation in den USA. Dort kam es nach der Krise zu einem anhaltenden und relativ kräftigen Aufschwung der Produktion. Für 1979 wird allerdings mit einer starken Wachstumsabschwächung und teilweise mit einer neuen Rezession gerechnet.

Obwohl es in den meisten kapitalistischen Ländern 1978/79 zu einer leichten Verstärkung der Auftriebskräfte gekommen ist — während diese in den USA nachließen —, bleiben die Wachstumsraten doch erheblich unter dem Niveau der 50er und 60er Jahre. Auch

* Der folgende Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Referats, das vom Autor auf der Diskussionsveranstaltung des IMSF „Stagnation der kapitalistischen Wirtschaft“ am 2./3. Dezember 1978 gehalten wurde. Ein Konferenzbericht von Winfried Schwarz wird im gleichen Jahrbuch abgedruckt.

Tabelle 2: Industrieproduktion und Wirtschaftskrise

	Produktionshöhepunkt vor der Krise	Überschreiten des Höhe- punktes nach der Krise
USA	3. Vj. 1973	2. Vj. 1976
Japan	4. Vj. 1973	3. Vj. 1978
BRD	4. Vj. 1973	1. Vj. 1977
Frankreich	3. Vj. 1974	1. Vj. 1977
Großbritannien	3. Vj. 1973	2. Vj. 1978
Italien	2. Vj. 1974	4. Vj. 1976
„Entwickelte Marktwirtschaften“ ¹	4. Vj. 1973	4. Vj. 1976

1 Nordamerika, Westeuropa, Australien, Israel, Japan, Neuseeland, Südafrika.

Quellen: Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung, Beilage zu „Wirtschaftskonjunktur“, lfd.; Monthly Bulletin of Statistics, United Nations, New York, Februar, lfd.

für die weitere Zukunft sind die meisten Prognosen wenig optimistisch.¹ Es wird allgemein angenommen, daß sich das Wachstum für eine längere Periode verlangsamt; der Wachstumseinschnitt der 70er Jahre gilt als Ausdruck grundlegender Veränderungen.

An dieser Stelle soll nicht auf die verschiedenen Erklärungsansätze eingegangen werden, die bisher vorliegen.² Es wäre sicher falsch, die veränderten Wachstumsbedingungen eindimensional auf einen einzigen Punkt zu reduzieren. Daher erheben die folgenden Ausführungen auch nicht den Anspruch, eine umfassende „Stagnationserklärung“ zu liefern. Im folgenden soll lediglich versucht werden, *ein* — allerdings für wesentlich gehaltenes — Moment herauszugreifen, das zwar durchaus als Erklärungsansatz für Stagnationsperioden nicht neu ist, in der gegenwärtigen Situation allerdings nur vereinzelt auftaucht.³

Es wird hier die These vertreten, daß es infolge der Intensivierung des technischen Fortschritts, insbesondere im Zusammenhang mit der immer breiteren Anwendung der Schlüsseltechnologie „Mikroelektronik“ in weiten Teilen der verarbeitenden Industrie zu einer Veränderung des Wachstumstyps gekommen ist. Das neue Moment dabei soll als „Steigerung der Fondseffektivität“ bezeichnet werden. Es besagt, daß die Effektivität der eingesetzten Produktionsmittel in vielen Branchen wächst. Technische Neuerungen sind also mit einer Senkung des Aufwands an fixem Kapital im Verhältnis zur jeweiligen Produktionsmenge verbunden. Das deutlichste Beispiel dafür ist die Veränderung des Preis-

1 Vgl. z. B. Eduard Pestel u. a., Das Deutschlandmodell, in: Bild der Wissenschaft, 1/1978; Wilhelm Hankel, Der Ausweg aus der Krise, Düsseldorf/Wien 1975.

2 Einen gewissen Überblick geben: Gunda Jortzig/Marianne Weg, Zur Diskussion von Krise und Krisenpolitik in der herrschenden ökonomischen Theorie, in: WSI-Mitteilungen 3/1978. Vgl. auch: J. Huffschmid/H. Schui (Hrsg.), Gesellschaft im Konkurs?, Köln 1976. Im Konferenzbericht in diesem Jahrbuch finden sich einige wichtige weitere Ansätze.

3 Einen vergleichbaren Gedanken diskutiert Karl Georg Zinn, Der Niedergang des Profits, Köln 1978: „Überspitzt läßt sich sagen, daß Unterbeschäftigung und Krise um so wahrscheinlicher werden, je stärker die technische Kapitalproduktivität steigt, d. h. je kleiner der marginale Kapitalkoeffizient wird.“ (S. 49) Angedeutet wird dieses Moment auch im Memorandum 1978 „Alternativen der Wirtschaftspolitik“ (Langfassung), Köln 1978, S. 92. und im Memorandum 1979 „Vortrag für Vollbeschäftigung“, hektograph. Fassung, S. 16 ff.

Leistungs-Verhältnisses in der Computerherstellung selbst. „Ein Transistor hat vor 15 Jahren 2,— DM gekostet. Dieselbe Funktion erfüllt heute ein Transistor in einer integrierten Schaltung für 0,2 Pfennig, das ist eine Verbilligung um den Faktor 1000.“ Aber auch im Anwendungsbereich, der sich erst infolge dieser Verbilligung so rasch ausgedehnt hat und weiter ausdehnt, verbessert sich vielfach das Preis-Leistungs-Verhältnis. „Auf der Hannover-Messe wurden die ersten NC-Maschinen zum Preise von konventionellen Werkzeugmaschinen angeboten.“⁴

Auch der Sachverständigenrat hält die Einsparung von „Kapital“ für *eine* mögliche Folge des technischen Fortschritts: „Überdies sind auf technologischem Gebiet Entwicklungen im Gange, die wie in der Mikroelektronik häufig auf eine Senkung der Investitionsaufwendungen je Arbeitsplatz hinauslaufen.“⁵ Allerdings werden gesamtwirtschaftlich auch gegenläufige Tendenzen gesehen.

An dieser Stelle wird davon ausgegangen, daß es in der verarbeitenden Industrie infolge des technischen Fortschritts gegenwärtig eine Tendenz zur Steigerung der Fondseffektivität gibt. Die Untersuchung beschränkt sich also auf die verarbeitende Industrie als Kernbereich der entwickelten kapitalistischen Ökonomien und als wichtigste Anlagesphäre für das private Kapital. In anderen Bereichen existieren mit der Verteuerung der Energiegewinnung, mit dem Ausbau von Umweltschutzeinrichtungen und Infrastruktureinrichtungen entgegenwirkende Tendenzen. Wie weiter unten zu zeigen sein wird, ergeben sich die negativen Wachstumseffekte der steigenden Fondseffektivität in der Industrie erst aus der Anlagestruktur von privatem und öffentlichem Kapital.

I. Investitionsschwäche und Fondseffektivität — empirische Indikatoren

Ein wichtiges Merkmal der konjunkturellen Entwicklung in der BRD seit dem Beginn der 70er Jahre ist die schwache Investitionstätigkeit vor allem in der verarbeitenden Industrie, aber auch im Baugewerbe und im Handel. Die Belegungen 1972/73 und 1976 erfolgten bei rückläufigen bzw. stagnierenden industriellen Investitionen. Dies ist auch bei einigen anderen wichtigen kapitalistischen Industrieländern festzustellen: Die Überwindung der Krise war von keiner kräftigen Belebung der Investitionstätigkeit getragen, obwohl der Investitionsrückgang in der BRD (Industrie) schon seit 1971 anhält. Dabei ist es in der BRD wie in den meisten anderen Ländern zu einem Absinken der Lohn- und Zinskosten und einem Anstieg der Unternehmervgewinne gekommen. Die zögernde Investitionsbelebung scheint — so zeigt es das Beispiel der BRD — vor allem vom Ersatz- und Rationalisierungsbedarf getragen zu sein. Selbst die Investitionsbelebung in den USA, die wesentlich deutlicher war als in den übrigen Ländern, erfolgte nur verzögert und ist ebenfalls durch einen hohen Rationalisierungsanteil gekennzeichnet.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Investitionsquoten. Demnach hat sich die Investitionstätigkeit in den meisten kapitalistischen Ländern bis Anfang der 70er Jahre tendenziell verstärkt, während seither eine rückläufige Tendenz zu beobachten ist. Dies gilt im großen und ganzen sowohl für die Bauinvestitionen als auch für die Ausrüstungsinvestitionen.⁶

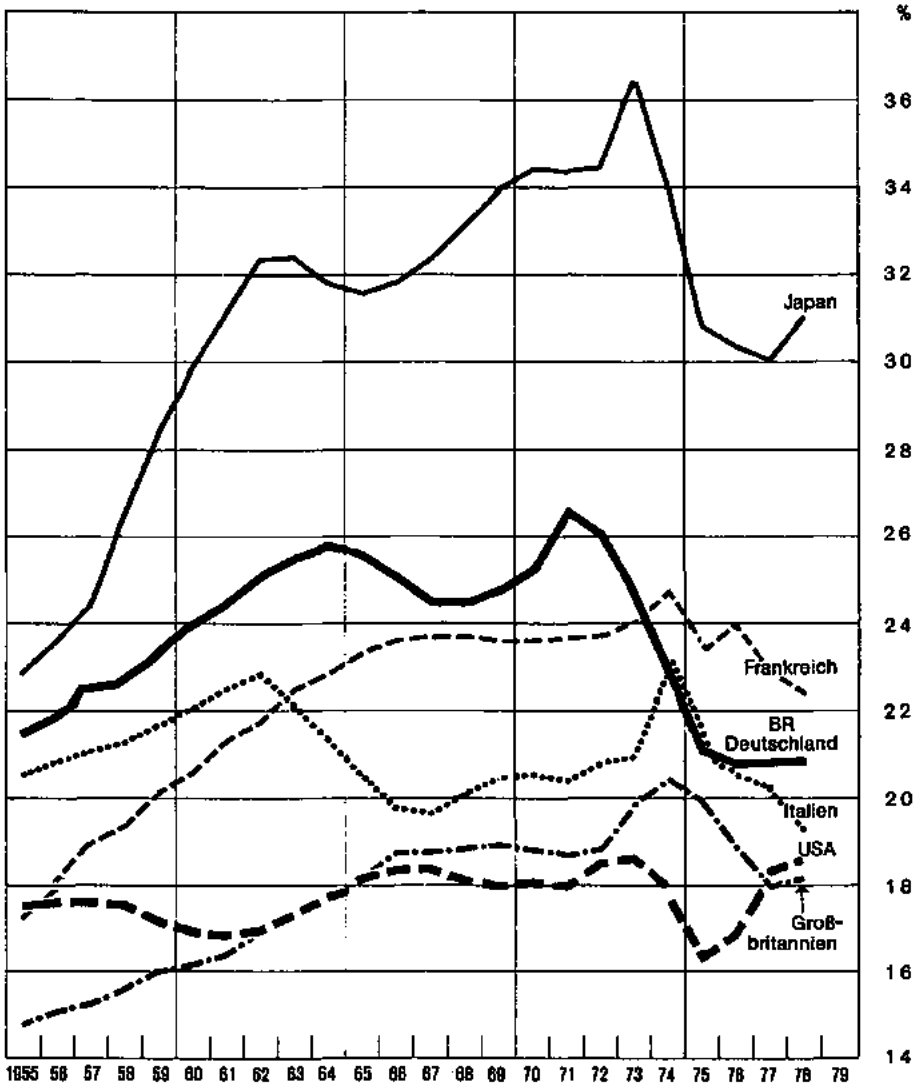
4 Günter Friedrichs, Einsatz von Mikroprozessoren — Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung, Sonderdruck aus der Monatsschrift „Rationalisierung“, 29. Jg., S. 3 f.

5 Jahresgutachten 1977/78 des Sachverständigenrates, Ziffer 330.

6 Ifo-Schnelldienst, Nr. 31—32/1978, „Schwerpunktthema: Investitionen“, S. 45.

Grafik I Anlageinvestitionsquoten

Anlageinvestitionen insgesamt in % des BIP, bis 1970 gleitende 5-Jahresdurchschnitt, ab 1971 Jahreswerte



Quelle: Ifo-Schnelldienst, Nr. 31-32/78, S. 45

Die für die meisten kapitalistischen Länder typische Investitionsschwäche⁷ war und ist in der verarbeitenden Industrie der Bundesrepublik besonders ausgeprägt, so daß sich die folgenden Ausführungen auf dieses Beispiel beziehen.

Das vergleichsweise niedrige Niveau der industriellen Investitionen in der BRD hängt sicher auch mit der besonderen Tiefe der Krise, der stark abgesunkenen Kapazitätsauslastung zusammen. Auch die monopolistische Deformation des Investitionszyklus dürfte dabei eine wichtige Rolle spielen, durch die Überkapazitäten auch in der Krise aufrechterhalten und so die Voraussetzungen für einen investitionsgetragenen Aufschwung verschlechtert werden.⁸

Allerdings scheinen diese Erklärungen zumindest für die BRD nicht auszureichen. Denn hier zeigt sich in der Industrie doch eine wesentliche und dauerhafte Veränderung im Zusammenhang zwischen Produktion und Investitionen. Obwohl das Niveau der Investitionstätigkeit stark gesunken ist — bei, wenn auch verlangsamt, Zunahme der Produktion — liegt der Auslastungsgrad der Anlagen wesentlich niedriger als zu Beginn der 70er Jahre. Es liegt daher nahe zu untersuchen, ob der Investitionszurückhaltung nicht auch stoffliche Veränderungen im Reproduktionsprozeß zugrunde liegen, die eine Tendenz zum Anstieg der „Fondseffektivität“, d. h. der Effektivität des fixen Kapitals, der Maschinerie und Anlagen beinhalten.

Ein eindeutiger empirischer Beleg für die Richtigkeit dieser Annahme ist auf der Grundlage der vorhandenen Statistiken der BRD gegenwärtig noch nicht zu erbringen. Es gibt allerdings auch in den existierenden Investitionsrechnungen eine ganze Reihe von Hinweisen und Indikatoren, die für eine Veränderung im Charakter des technischen Fortschritts seit dem Ende der 60er Jahre sprechen.⁹ Diese Hinweise sind immerhin so deutlich, daß eine Diskussion dieses Aspekts als Beitrag zur Erklärung der veränderten Wachstumsbedingungen des Kapitalismus sinnvoll und notwendig erscheint. Im folgenden sollen die Momente genannt werden, die auf der empirischen Ebene für die Richtigkeit unserer Annahmen sprechen, ohne daß auf die Berechnungsprobleme und -methoden hier ausführlich eingegangen werden kann.

Zunächst fällt der Umfang und die Dauerhaftigkeit des Investitionsrückgangs der verarbeitenden Industrie ins Auge (vgl. Tabelle 3).

Das Investitionsvolumen war also sieben Jahre kontinuierlich rückläufig. Erst 1978 ist wieder ein Anstieg zu verzeichnen, der allerdings — verglichen mit anderen konjunkturellen Belebungsphasen — immer noch sehr mäßig ausfällt. Trotzdem wird das Niveau der Investitionen real auch 1979 noch um mehr als 20 Prozent unter dem Höchststand von

7 Vgl. auch: Adolf Ahnenfeld u. a.: Weitere Konjunkturerholung, aber noch hohe Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern, in: *Die Weltwirtschaft, Halbjahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel*, Heft 2/1976, S. 4 ff.

8 Vgl. dazu den Konferenzbericht im vorliegenden Band. Siehe auch: Jörg Huffschmid, *Entkoppelung von Konjunktur und Beschäftigung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/1979, S. 69 ff.

9 Es kann allerdings auch nicht behauptet werden, daß „die statistischen Daten ... eindeutig der These ‚eines Wechsels der Produktionsmethoden und damit auch in der Form der Produktivitätssteigerung‘ (widersprechen)“, wie Heseler in seiner Dissertation schreibt. Heiner Heseler, *Die Beziehungen zwischen technischem Fortschritt und Kapitalakkumulation*, Bremen 1978, S. 365. Die Ergebnisse der Investitionsrechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), auf die sich Heseler hauptsächlich bezieht, können für diese Behauptung nicht als Beleg angeführt werden, weil infolge einer Überschätzung des Kapitalstocks „die Entwicklung des Kapitalkoeffizienten (nach Berechnung des DIW, der Verf.) systematisch überhöht sein“ könnte. Heseler, a. a. O., S. 361.

1970 liegen. Die langfristigen Investitionsplanungen — so wie sie vom Ifo-Institut in den regelmäßigen Unternehmensbefragungen ermittelt werden — lassen für die Zukunft ebenfalls keine deutlichere Investitionsbelebung erwarten.¹⁰

Daß es sich bei den Investitionsrückgängen nicht nur um eine Reaktion auf die Überakkumulation von fixem Kapital der Jahre 1969 und 1970 handelt, macht ein Vergleich zwischen Produktion und Umsatz deutlich, d. h. eine Untersuchung der Investitionsquoten (vgl. Tabelle 4).

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) berechnet die Investitionsquoten einmal als Verhältnis von Bruttoanlageinvestitionen (nominal) zum Umsatz. Die Quote steigt in der Tendenz von den 50er zu den 60er Jahren an und fällt vom Höhepunkt 1970 (6,9 %) bis auf 4,2 % 1977. Die Höhepunkte 1961 und 1970 sind fast gleich. Bemerkenswert ist immerhin, daß die 4 Jahre zwischen 1974 und 1977 die niedrigsten Werte in der Geschichte der BRD aufweisen. Das Ifo-Institut erwartet für die Jahre 1979—1983 eine durchschnittliche Investitionsquote von 4,1 Prozent. Eine leichte Modifikation der Tendenz ergibt sich aus der wachsenden Rolle des Anlagen-Leasing. Die von Leasing-Firmen gekauften Anlagen, die an die verarbeitende Industrie vermietet werden (1977 ca. 3 Mrd. DM), tauchen als Investitionen des Dienstleistungssektors auf.¹¹

Eine andere Form der Investitionsquotenberechnung geht von preisbereinigten Werten und vom Nettoproduktionsvolumen (statt Umsatz) aus. Infolgedessen liegt die Kennziffer absolut höher, die Tendenz ist allerdings ähnlich, mit einigen wichtigen Unterschieden. Die so berechnete Investitionsquote geht tendenziell schon seit Mitte der 60er Jahre

Tabelle 3: Investitionsvolumen der verarbeitenden Industrie

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
Mill. DM ¹	6787	7641	7592	8186	9714	12 536	13 199	13 006	12 966	14 126
In % ²		12,6	-0,6	7,8	18,7	29,1	5,3	-1,5	-0,3	8,9
	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Mill. DM ³	23 255	25 558	25 508	23 386	24 627	27 357	26 589	23 639	22 754	30 646
In % ²	25,2	9,9	-0,2	-8,3	5,3	11,1	-2,8	-11,1	-3,7	34,7
	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978 ⁴	1979 ⁴
Mill. DM ³	35 490	34 867	31 476	30 343	27 720	24 981	24 977	24 724	—	—
In % ²	15,8	-1,8	-9,7	-3,6	-8,6	-9,9	-0,0	-1,0	+6,8	+6

1 In Preisen von 1962.

2 In % gegenüber dem Vorjahr.

3 In Preisen von 1970.

4 Laut Ifo-Investitionstest, Schätzung bzw. Prognose.

Quellen: R. Krengel u. a., Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, in: DIW (Hrsg.), Statistische Kennziffern, 13., 15. und 20. Folge; S. Apeloig, Mittelfristige Wachstumserwartungen der Industrie stabilisieren sich bei 3 %, in: Ifo-Schnelldienst, 7/1979, S. 7 ff.

10 „Berücksichtigt man allerdings die Planungen für das laufende und das nächste Jahr, so ergeben sich aus dem geplanten Durchschnittsniveau in den Jahren nach 1980 sogar Investitionsrückgänge.“ Ifo-Schnelldienst, 7/1979, S. 12.

11 Ifo-Schnelldienst, 31—32/1978, S. 19.

zurück. Der zyklische Höhepunkt von 1970 erreicht mit 11,8 Prozent bei weitem nicht mehr das Niveau der ersten Hälfte der 60er Jahre. (Höhepunkt 1961: 13,7 %.) Ab 1972 sinkt die Quote unter die zyklischen Tiefpunkte der 50er und 60er Jahre. Bezogen auf

Tabelle 4: Investitionsquoten der verarbeitenden Industrie

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
Bruttoanlageinvestitionen (nominal) in % zum Umsatz	5,6	5,3	5,3	5,4	5,6	6,2	6,1	5,7
Bruttoanlageinvestitionsvolumen (real) in % zum effektiven Nettoproduktionsvolumen (1950—1960 preisbereinigt auf Basis 1962, ab 1962 auf Basis 1970)	13,1	12,3	11,4	11,4	11,8	13,1	12,7	11,9
Zuwachs zum Bruttoanlagevermögen (real) in % zum Nettoproduktionsvolumen (preisbereinigt wie oben)		7,9	7,9	7,6	7,8	8,9	9,9	9,6
	1958	1959	1960	1960	1961	1962	1963	1964
Bruttoanlageinvestitionen (nominal) in % zum Umsatz	5,7	5,7	6,4	6,4	6,8	6,7	6,1	5,9
Bruttoanlageinvestitionsvolumen (real) in % zum effektiven Nettoproduktionsvolumen (1950—1960 preisbereinigt auf Basis 1962, ab 1962 auf Basis 1970)	11,5	11,6	12,7	13,3	13,7	13,2	11,7	11,3
Zuwachs zum Bruttoanlagevermögen (real) in % zum Nettoproduktionsvolumen (preisbereinigt wie oben)	9,3	9,0	9,7		10,9	11,0	10,0	8,8
	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
Bruttoanlageinvestitionen (nominal) in % zum Umsatz	6,3	6,0	5,4	5,1	6,1	6,9	6,8	5,9
Bruttoanlageinvestitionsvolumen (real) in % zum effektiven Nettoproduktionsvolumen (1950—1960 preisbereinigt auf Basis 1962, ab 1962 auf Basis 1970)	11,8	11,4	10,4	9,1	10,9	11,8	11,5	10,0
Zuwachs zum Bruttoanlagevermögen (real) in % zum Nettoproduktionsvolumen (preisbereinigt wie oben)	9,0	9,2	8,4	6,7	7,0	8,5	8,8	7,6

	1973	1974	1975	1976	1977	1978 ¹	1979—83 ²
Bruttoanlageinvestitionen (nominal) in % zum Umsatz	5,3	4,6	4,6	4,3	4,2	4,5	4,1
Bruttoanlageinvestitionsvolumen (real) in % zum effektiven Netto- produktionsvolumen (1950—1960 preisbereinigt auf Basis 1962, ab 1962 auf Basis 1970)	9,0	8,4	8,1	7,4	7,2	—	—
Zuwachs zum Bruttoanlagever- mögen (real) in % zum Netto- produktionsvolumen (preisbereinigt wie oben)	6,2	5,6	4,8	3,8	3,4	—	—

1) Ifo-Schätzung

2) Ifo-Prognose

Quellen vgl. Tab. 3

das Nettoproduktionsvolumen wurde z. B. 1977 mit 7,2 Prozent nur etwa die Hälfte investiert wie 1961.

Noch deutlicher wird der Investitionsrückgang, wenn man nur die Erweiterungsinvestitionen ins Verhältnis zum Nettoproduktionsvolumen setzt (Erweiterungsinvestitionen = Zugang zum Bruttoanlagevermögen nach DIW-Berechnungen, real).

Die so berechnete Kennziffer steigt in den 50er Jahren tendenziell an und erreicht 1961/62 mit 11 Prozent den Höhepunkt. Von da ab sinkt sie bis auf 3,4 Prozent 1977, wobei selbst der Investitionsboom von 1969/70 die Relation nur mehr auf einen Höhepunkt von 8,8 Prozent im Jahre 1971 herauftreibt.

Es muß allerdings ausdrücklich bemerkt werden, daß der Zusammenhang zwischen Produktion und Investitionen nur über längere Perioden hinweg sinnvoll betrachtet werden kann. Es gibt auf kurze Sicht keinen inneren Zusammenhang zwischen den beiden Größen. Das gilt auch für die Beziehung zwischen Nettoinvestitionen und dem Produktionszuwachs. Die Berechnung einer „Investitionsproduktivität“, wie sie *Küchle/Jordan* vorgenommen haben¹², erscheint daher wenig sinnvoll. Die laufende Produktion ist sowohl von den laufenden Investitionen als auch von den Investitionen der letzten Vorjahre weitgehend unabhängig. Im Extrem: Auch bei einer Investition von 0 kann die Produktion gesteigert werden, wenn der Auslastungsgrad der vorhandenen Anlagen erhöht wird.

Das im Verhältnis zur Produktion niedrigere Niveau der Investitionen in der verarbeitenden Industrie ist daher kein eindeutiger Beleg für die zu untersuchenden stofflichen Beziehungen zwischen Arbeitsmitteln und Produktion. Zu vergleichen wäre der Zusammenhang von Menge der fungierenden Arbeitsmittel und Produktmenge.

$$\text{Fondseffektivität} = \frac{\text{Produktmenge}}{\text{Arbeitsmittel}}$$

Als Indikator dieses Verhältnisses — das in der gängigen Investitionsrechnung auch „Ka-

12 Hartmut Küchle/Reinhard Jordan, Investitionsentwicklung und Krise 1974/75, in: WSI-Mitteilungen 12/1977, S. 737 ff. Die Autoren gehen allerdings auch davon aus, daß „die Kapitalproduktivität wieder ansteigen“ wird (S. 739).

pitalproduktivität" genannt wird — kann das Verhältnis von Nettoproduktionsvolumen zu Bruttoanlagevermögen bezeichnet werden. Dieses Verhältnis wird — umgekehrt — auch als „Kapitalkoeffizient“ bezeichnet.

$$\text{Kapitalkoeffizient} = \frac{\text{Bruttoanlagevermögen}}{\text{Nettoproduktionsvolumen}}$$

Diese Kennziffer wird laufend vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) errechnet.¹³

In der Praxis tauchen dabei viele Probleme auf. Hier sei nur an die problematische Gleichsetzung von Mengenbegriffen mit Preisrechnungen erinnert. In der Praxis handelt es sich sowohl beim Nettoproduktionsvolumen (teilweise) als auch beim Bruttoanlagevermögen um Preisreihen, die lediglich um die jeweiligen Preisveränderungen bereinigt werden. Vor allem beim Bruttoanlagevermögen werden dadurch Qualitätsveränderungen nicht oder nur teilweise berücksichtigt. Diese Schwierigkeit ist allerdings nicht ganz auszuschalten, da es kaum einen Indikator für die Menge von Arbeitsmitteln geben dürfte.¹⁴ Schließlich kann auch das Nettoproduktionsvolumen — dem bei der Berechnung teilweise ebenfalls bereinigte Preisreihen zugrunde liegen — nicht einfach mit der Produktmenge gleichgesetzt werden. Hier ist die Absetzung der Materialvorleistungen problematisch.

Trotzdem soll hier von den beiden Kategorien Bruttoanlagevermögen und Nettoproduktionsvolumen ausgegangen werden, der Grundlage zur Berechnung des Kapitalkoeffizienten. Da, wie weiter unten noch gezeigt werden wird, hier vor allem die Rolle des fixen Kapitals im Zusammenhang mit der konjunkturellen Dynamik interessiert, wird von den fungierenden, nicht von den übertragenen Teilen des fixen Kapitals ausgegangen. Daher bleibt auch der zirkulierende Teil des konstanten Kapitals, also die Vormaterialien, außer Betracht.

Unsere These von der seit dem Beginn der 70er Jahre *ansteigenden* Fondseffektivität (= Produktmenge/Arbeitsmitteln) müßte sich also in einem *sinkenden* Kapitalkoeffizienten (= Bruttoanlagevermögen/Nettoproduktionsvolumen) ausdrücken.

Der vom DIW errechnete effektive Kapitalkoeffizient, der das jeweilige Nettoproduktionsvolumen zum jeweiligen Bruttoanlagevermögen (jeweils preisbereinigt) in Beziehung setzt, ist jedoch als Grundlage zur Ermittlung der stofflichen Beziehungen wenig geeignet. Denn unter kapitalistischen Produktionsbedingungen hängt die Produktionsmenge nicht in erster Linie von den technischen Verhältnissen, sondern von den Verwertungs- und Realisierungsbedingungen des Kapitals ab. Der effektive Kapitalkoeffizient schwankt daher stark mit den jeweiligen konjunkturellen Verhältnissen und der wechselnden Kapazitätsauslastung. Daher berechnet das DIW auch einen potentiellen Kapitalkoeffizienten, wobei dem eine Schätzung des potentiellen Nettoproduktionsvolumens, d. h. des bei voller Auslastung der Kapazitäten möglichen Produktionsvolumens zugrunde liegt.

Dieser potentielle Kapitalkoeffizient soll hier zunächst im Mittelpunkt der Betrachtung stehen (vgl. Tab. 5).

13 Zur Methode vgl. Egon R. Baumgart/Rolf Kregel, Die industrielle Vermögensrechnung des DIW, Berlin 1970, und Arthur Boneß, Vierteljährliche Indexziffern der Kapazitätsauslastung für die Bereiche der verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland, in: DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 2/1969.

14 Vgl. dazu Heiner Heseler, a. a. O., S. 266 ff.

Tabelle 5: Kapitalkoeffizienten 1950—1977

Jahr	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
potentieller										
Kapitalkoeffizient ¹	1,00	1,00	1,01	1,02	1,03	1,04	1,05	1,06	1,07	1,09
Veränderung in %		+ 0,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,4
effektiver										
Kapitalkoeffizient ¹	1,47	1,31	1,30	1,27	1,19	1,11	1,13	1,17	1,23	1,22
Veränderung in %	—	-11,5	-0,7	-1,6	-6,4	-6,8	+ 1,3	+ 4,0	+ 4,8	-0,8
Jahr	1960	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
potentieller										
Kapitalkoeffizient ¹	1,10	1,15	1,17	1,19	1,20	1,22	1,24	1,26	1,27	1,29
Veränderung in %	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4
effektiver										
Kapitalkoeffizient ¹	1,17	1,22	1,25	1,32	1,37	1,35	1,36	1,44	1,56	1,49
Veränderung in %	-3,9	-3,9	+ 3,0	+ 5,0	+ 4,3	-2,0	+ 1,0	+ 5,7	+ 8,6	-4,4
Jahr	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	
potentieller										
Kapitalkoeffizient ¹	1,31	1,32	1,34	1,35	1,37	1,38	1,40	1,41	1,42	
Veränderung in %	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	
effektiver										
Kapitalkoeffizient ¹	1,39	1,40	1,46	1,49	1,45	1,54	1,70	1,60	1,59	
Veränderung in %	-6,9	+ 0,3	+ 4,8	+ 1,6	-2,2	+ 5,9	+ 10,4	-6,1	-0,3	

1 1950—1960: Preisbereinigt auf Preisbasis 1962;

1960—1977: Preisbereinigt auf Preisbasis 1970.

Quelle: DIW, Statistische Kennziffern, a. a. O.

Die Ziffern des DIW lassen lediglich ab 1967 eine Verlangsamung im Anstieg des potentiellen Kapitalkoeffizienten erkennen. Sie stützen die hier vorgebrachte These von der steigenden Fondseffektivität also nicht. Allerdings wäre schon ein deutlich verlangsamter Fall der Fondseffektivität ein Grund, die Konsequenzen dieser technologisch bedingten Veränderungen zu untersuchen.

Es deuten jedoch einige Anzeichen daraufhin, daß die Berechnungen des DIW die Veränderungen im Charakter des technischen Fortschritts nur unzureichend erfassen und so zu einer Überschätzung des Umfangs des Bruttoanlagevermögens und einer Unterschätzung des potentiellen Nettoproduktionsvolumens kommen. Ein Indiz dafür ist die Entwicklung der Auslastungskennziffern, die sich ja auf die Berechnung des potentiellen Nettoproduktionsvolumens stützen.

Die Grafik II zeigt die Entwicklung der vierteljährlichen, saisonbereinigten Auslastungskennziffern in der verarbeitenden Industrie nach den Berechnungen des DIW und

den Ermittlungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Nun darf bei einem solchen Vergleich nicht übersehen werden, daß die Ifo-Ziffern nur auf Unternehmerbefragungen beruhen, also mehr oder weniger subjektive Ansichten der Unternehmer wiedergeben. Das Ifo-Institut verweist selbst darauf, daß seine Ziffern weniger über den absoluten Auslastungsgrad als über Tendenzen der Veränderung aussagen.¹⁵

Bei aller Ähnlichkeit im Verlauf fällt beim Vergleich der Ziffernreihen eine Verschiebung im Zeitablauf auf: Bis etwa 1968 liegen die DIW-Zahlen regelmäßig unter den Ifo-Ergebnissen, wobei sie allerdings relativ dicht beieinander liegen. Das gilt im übrigen auch für die Entwicklung seit 1958, seit die Zahlen vom Ifo-Institut erhoben werden.¹⁶



15 K. H. Oppenländer, *Investitionsinduzierter technischer Fortschritt*, Berlin/München 1976, S. 64.

16 A. Boneß, *vierteljährliche Indexziffern der Kapazitätsauslastung für die Bereiche der Verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 2/1969, S. 201 f. Der Aufsatz geht auf die Unterschiede in Berechnungsmethode und Abgrenzung der beiden Kapazitätsauslastungsziffern ein.

Seither aber liegen die DIW-Ergebnisse sehr deutlich über den Ifo-Zahlen. Auffallend ist dieser Unterschied insbesondere bei einem Vergleich der Krisen 1966/67 und 1974/75. Nimmt man den Auslastungsgrad als Ausdruck für die Tiefe von Krisen, so ist der Einbruch nach den DIW-Ziffern 1966/67 deutlich tiefer gewesen als 1974/75, eine Aussage, die allen anderen Kennziffern wie Produktion und Arbeitslosigkeit widerspricht. Auch kam es nach den DIW-Zahlen 1975 schon rasch wieder zu einem kräftigen Anstieg des Auslastungsgrades, so daß die zögernde konjunkturelle Entwicklung seither kaum zu erklären wäre. Demnach lag der Auslastungsgrad schon Ende 1976 wieder auf einem Niveau, das nur um drei Prozent unter dem Höhepunkt von Anfang 1973 lag. Auch die Ifo-Zahlen zeigen einen Anstieg des Auslastungsgrades an, allerdings ist er wesentlich schwächer als beim DIW. Ende 1976 liegt er immerhin noch um 5,5 Prozent unter dem Höhepunkt von 1973.

Insgesamt muß — bei großen Ähnlichkeiten im Verlauf — festgestellt werden, daß eine Niveaushiftung stattgefunden hat. Vor dem Hintergrund der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung haben zudem die Ifo-Kennziffern mehr Plausibilität für sich als die DIW-Zahlen, die die konjunkturelle Situation — gemessen am Auslastungsgrad — in den siebziger Jahren zu positiv darstellen.

Dies ist immerhin ein Hinweis auf mögliche systematische Fehler in den DIW-Berechnungen: Da die Auslastungsziffern auf einem Vergleich von effektivem und potentielltem Nettoproduktionsvolumen beruhen, könnte angenommen werden, daß das potentielle Nettoproduktionsvolumen gegenwärtig vom DIW zu niedrig geschätzt wird, d. h., daß die „Kapitalproduktivität“ in der Entwicklung unterschätzt wird, der Kapitalkoeffizient also tatsächlich in den 70er Jahren in seiner Entwicklung unter dem Niveau liegt, das das DIW gegenwärtig ausweist.

Tatsächlich können gegen die Berechnungen des DIW vor allem zwei zentrale Einwände erhoben werden: sie überschätzen einmal den Umfang des Bruttoanlagevermögens durch Unterschätzung der Anlagenabgänge und verwischen zum anderen Veränderungen in der Entwicklung der „Kapitalproduktivität“ durch die Trendmethode der Berechnung. Eine Überschätzung der Anlagebestände führt zu einer systematischen Unterschätzung der „Kapitalproduktivität“ und damit zu einer Überschätzung des Kapitalkoeffizienten. Die Überschätzung des Kapitalstocks (d. h. des realen Bruttoanlagevermögens) kann sowohl auf die Mißachtung krisenbedingter Anlagenabgänge¹⁷ als auch auf die Überschätzung der tatsächlichen, wirtschaftlich-technisch bedingten Nutzungsdauer der Anlagen zurückgeführt werden.¹⁸

17 Das DIW geht in seinen Berechnungen von einem gleichmäßigen Abgang veralteter Anlagen aus. Heseler weist dagegen mit Recht darauf hin, daß das seit 1970 erhöhte Niveau der Betriebsstillegungen auf seither verstärkte Anlagenabgänge hinweist und damit „eindeutige Anhaltspunkte dafür (gibt), daß die Modellrechnung des DIW systematische Verzerrungen beinhaltet“ (a. a. O., S. 357). Allerdings kann nicht zugestimmt werden, wenn eine bei Berücksichtigung des krisenhaft beschleunigten Anlagenabgangs sich ergebende Senkung des Kapitalkoeffizienten als „nicht in erster Linie Resultat des Einsatzes neuer Technologien, sondern Ausdruck der kapitalistischen Lösungsformen der Überakkumulation von Kapital“ bezeichnet wird (ebenda S. 363). Es geht an dieser Stelle nur darum, ob das Bruttoanlagevermögen und damit der Kapitalkoeffizient korrekt erfaßt ist. Ist das nicht der Fall — und das nimmt ja auch Heseler an —, dann sind die fungierenden Arbeitsmittel tatsächlich effektiver, als es das DIW in seinen Berechnungen unterstellt.

18 Oppenländer nennt als Grund für eine tendenziell sinkende Nutzungsdauer der Ausrüstungen den rascheren technischen Fortschritt, d. h. den „moralischen Verschleiß“ und den infolge größerer Arbeitsgeschwindigkeiten der Maschinerie beschleunigten Materialverschleiß.

Der Kapitalstock wird vom DIW nach dem Kumulationsverfahren berechnet, d. h. die jährlichen Investitionen werden zusammengerechnet. Ein entscheidendes Problem ist dabei die Berechnung der Nutzungsdauer der Anlagen und damit die Bestimmung des Zeitpunktes, zu dem die Investitionsgüter aus dem Kapitalstock wieder ausscheiden. Das DIW geht von einer gleichbleibenden Überlebensfunktion aus, nimmt also eine durch den technischen Fortschritt und durch Krisen unbeeinflusste Nutzungsdauer an.¹⁹ Diese Annahme ist jedoch zumindest fragwürdig, sprechen doch verschiedene Anzeichen für eine Tendenz zur Beschleunigung des technischen Fortschritts und eine Verkürzung der Nutzungsdauer von Anlagen. So ist z. B. auf eine Befragung des Ifo-Instituts aus dem Jahre 1969 zu verweisen, nach der 60 Prozent der befragten Firmen für die vergangenen und 79 Prozent für die kommenden 10 bis 15 Jahre eine Verkürzung der Lebensdauer von Produktionsmaschinen annahmen.²⁰

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) geht in seinen Kapitalbestandsrechnungen daher auch von einer Tendenz zur Verkürzung der Lebensdauer aus, die zwischen 1951 und 1975 etwa 20 Prozent beträgt. 1951 wurde für Ausrüstungsgüter eine Lebensdauer von durchschnittlich 12 Jahren angenommen, für 1975 wurde nur noch von 9,5 Jahren ausgegangen.²¹

Bei seinen Berechnungen erhält das RWI daher auch einen wesentlich niedrigeren Kapitalbestand als das DIW. Dabei wachsen die Differenzen sowohl absolut als auch prozentual. Nach DIW-Ziffern wächst das Bruttoanlagevermögen der Industrie (in Preisen von 1970) zwischen 1960 und 1977 um 138 Prozent, nach RWI-Zahlen aber nur um 90 Prozent. Bei seinen Berechnungen des Kapitalkoeffizienten ermittelt das RWI für die 70er Jahre daher auch einen sinkenden Kapitalkoeffizienten, d. h. eine ansteigende Fondseffektivität.²²

Ein weiterer möglicher Kritikpunkt an den DIW-Daten betrifft die Berechnung der Kapitalproduktivität als glatten Trend, der sich auf Werte aus der Vergangenheit stützt. Abweichungen davon werden als Auslastungsschwankungen interpretiert.²³ Eine Veränderung in der Entwicklungstendenz der Kapitalproduktivität in den 70er Jahren, wie sie hier angenommen wird, kann sich in den Ergebnissen des DIW also in der Form gar nicht niederschlagen. Ein Anstieg der Kapitalproduktivität, der z. B. mit der beschleunigten Ver-

19 Vgl. dazu Egon R. Baumgart, *Kapital III: Messung des Kapitalstocks*, in: *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften*, 1977, S. 269 ff. Die auch vom DIW ermittelte Verkürzung der durchschnittlichen Lebenserwartung des gesamten Anlagevermögens von 43 auf 37 Jahre zwischen 1960 und 1970 ergibt sich aus Gewichtverschiebungen in der Zusammensetzung des Anlagevermögens. Vgl. Bernd Görzig/Wolfgang Kirner, *Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1976, S. 19 ff.

20 Ifo-Schnelldienst, Nr. 22/1970.

21 Vgl. Christa Thoben, *Eine Kapitalbestandsrechnung für 30 Industriezweige der Bundesrepublik*, in: *Mitteilungen des RWI*, Heft 2/1968, S. 85 ff. Manfred Ballensiefen, *Der industrielle Kapitalbestand in der Bundesrepublik Deutschland*, in: ebenda, Heft 4/1978, S. 247 ff., hier S. 253.

22 Das RWI geht davon aus, daß die Konzentration der Unternehmer auf Investitionen mit hohen Produktivitätseffekten dazu geführt hat, daß „im industriellen Bereich... Mitte der 60er Jahre sogar der bis dahin zu beobachtende Rückgang der Kapitalproduktivität gestoppt“ wurde. Willi Lamberts, *Langfristige Entwicklungsbedingungen der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Mitteilungen des RWI*, Heft 1/1978, S. 1 ff., hier: S. 12. Nach jüngsten Berechnungen des RWI steigt gegenwärtig die „Kapitalproduktivität“ in der Industrie wieder an, d. h. der Kapitalkoeffizient sinkt. Eine entsprechende Veröffentlichung des RWI wurde dem Verfasser gegenüber angekündigt, lag aber bei Abschluß dieses Beitrags noch nicht vor.

23 Vgl. K. H. Oppenländer, a. a. O., S. 63.

nichtung älterer Anlagen in und nach der Krise verbunden sein könnte, würde sich also nur in einem höheren Auslastungsgrad ausdrücken, nicht in einem Anstieg des potentiellen Nettoproduktionsvolumens.

Tatsächlich errechnet das DIW für die meisten Branchen gleichbleibende Veränderungsraten der Kapitalproduktivität bzw. des Kapitalkoeffizienten. So sinkt der Kapitalkoeffizient in der chemischen Industrie seit 1960 Jahr für Jahr mit einer Rate von 2,9 Prozent, während er im Fahrzeugbau Jahr für Jahr um 2 Prozent ansteigt. Die Abschwächung im Anstiegstempo der vom DIW berechneten Kapitalkoeffizienten für die verarbeitende Industrie seit 1967 ergibt sich praktisch nur aus Strukturveränderungen, d. h. Gewichtsverschiebungen zwischen den Branchen, während die technologischen Verhältnisse innerhalb der Industriezweige als fast unverändert angenommen werden.

Immerhin ist festzustellen, daß selbst die DIW-Berechnungen insofern einen Trendumbruch anzeigen, als die Wachstumsbranchen entweder einen sinkenden oder einen nur sehr langsam ansteigenden Kapitalkoeffizienten besitzen, während die zurückbleibenden Industriezweige in der Regel einen überdurchschnittlich stark ansteigenden Kapitalkoeffizienten aufweisen. Der industrielle Strukturwandel beinhaltet also eine Tendenz zu Industriezweigen mit eher rückläufigen Kapitalkoeffizienten bzw. mit steigender Fondseffektivität (Vgl. Tab. 6).

Tabelle 6: Veränderung des Kapitalkoeffizienten in ausgewählten Branchen

Wachstumsbranchen	Jährliche Veränderungsrate des Kapitalkoeffizienten in %
NE-Metalle	+ 0,2
Chemie	-2,9
Büromaschinen/EDV	-2,5
Elektrotechnik	+ 0,5
Kunststoffverarbeitung	+ 0,7
Mineralölverarbeitung	-1,5

Zurückbleibende Branchen	Jährliche Veränderungsrate des Kapitalkoeffizienten in %
Steine/Erden	+ 3,4
Eisen/Stahl	+ 2,0
Stahlbau	+ 3,9
Maschinenbau	+ 2,7
ESBM-Industrie	+ 3,6
Textil	+ 1,1
Bekleidung	+ 4,0

Quelle: DIW, Statistische Kennziffern, a. a. O.

Zusammenfassend muß also festgestellt werden, daß die empirischen Daten widersprüchlich sind und insbesondere die DIW-Ziffern lediglich eine Verlangsamung im Anstieg des Kapitalkoeffizienten, nicht aber eine Trendwende belegen. Demnach würde die Fondseffektivität also weiterhin sinken, wenn auch verlangsamt.

Allerdings deuten einige Indizien darauf hin, daß das DIW den Kapitalbestand über- und die Kapitalproduktivität unterschätzt, so daß doch einiges für die Annahme einer Trendveränderung spricht. Schließlich ist zu registrieren, daß das RWI in seinen Berechnungen einen sinkenden Kapitalkoeffizienten annimmt, also von einer steigenden Fondseffektivität ausgeht. Die Datenlage ist also widersprüchlich. Es erscheint notwendig, die hier gemachte Annahme weiteren empirischen Tests zu unterziehen, wobei insbesondere Detailuntersuchungen in eng abgegrenzten Branchen, in denen die Ergebnisse weniger stark aggregiert sind als in den existierenden Investitionsrechnungen, sinnvoll sein können.

II. Zyklische Krisen und die Rolle des fixen Kapitals

Die Bedeutung einer steigenden Fondseffektivität für die wirtschaftliche Entwicklung beruht vor allem auf der zentralen Funktion der Akkumulation von fixem Kapital für die Dynamik des kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Dies ist der entscheidende Faktor bei der Auslösung von Krisen und stellt das zentrale Moment konjunktureller Belebungen dar. Es sei daher kurz der Stellenwert der Investitionstätigkeit in der Ableitung der Krisen als notwendige Bewegungsformen des Wachstums im Kapitalismus dargestellt. Dabei soll die hier vertretene krisentheoretische Position nur bezeichnet werden, ohne auf die existierenden Auseinandersetzungen einzugehen.²⁴

Krisen werden hier als Störungen im Reproduktionsprozeß begriffen. Der kapitalistische Reproduktionsprozeß ist eine Einheit von Produktion und Realisierung, die im Zuge der Entwicklung notwendig immer wieder auseinandergerissen wird. Die Gesetze der *Wertproduktion* und der *Wertrealisation* sind dabei widersprüchlich vermittelt, ihre jeweiligen Bestimmungsgründe fallen notwendig auseinander. Das Maß der Produktion ist die Verwertung des eingesetzten Kapitals, als Schranken treten die Wert- und Ausbeutungsverhältnisse in der Produktion auf. Diese Schranken werden unter den Bedingungen der kapitalistischen Konkurrenz (die auch Formen der monopolistischen Konkurrenz einbezieht) im Prozeß der Akkumulation und der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit ständig hinausgeschoben. So sind vom Standpunkt der Profitproduktion nur die Verwertungsbedingungen im engeren Sinne, d. h. in der Produktion, interessant. Der kapitalistische Produktionsprozeß ist aber gleichzeitig Reproduktionsprozeß. Er funktioniert also nur, wenn die produzierten Werte und damit der Profit auch realisiert werden können. Dabei tritt der stofflich bestimmte Zusammenhang zwischen Konsumtion und Produktion in den Vordergrund. Die beiden zusammengehörigen Seiten können sich nicht auf Dauer voneinander lösen, die Produktion steht in einer notwendigen — wenn auch teilweise sehr vermittelten — Beziehung zur Konsumtion. Der Umfang der Konsumtion hängt aber offensichtlich nicht von den existierenden Bedürfnissen ab, sondern von der kaufkräftigen Nachfrage. Sie wird unter den Bedingungen eines entwickelten Kapitalismus im Kern durch die Lohnsumme bestimmt, d. h. durch die Zahl der Beschäftigten und den Wert der Arbeitskraft.

Der Prozeß der kapitalistischen Akkumulation tendiert dazu, die Zahl der Beschäftigten im Verhältnis zur Produktmenge zu verringern (Produktivkraftsteigerung) und den

²⁴ Ausführlicher dazu: Jörg Goldberg, Krisen und Überproduktion, in: Argument-Sonderband AS 33 „Alternative Wirtschaftspolitik“, West-Berlin 1979.

Wert der Arbeitskraft zu senken. Grundlage der letzteren Tendenz ist das stoffliche Moment in der Wertbestimmung der Arbeitskraft. Dies wird natürlich — wie auch die aktuellen Auseinandersetzungen um die Reallöhne zeigen — durch das „historische“ Moment, durch die Klassenauseinandersetzungen, durch die Veränderung der Bedürfnisse usw. beeinflußt. Entscheidend ist aber, daß der Prozeß der kapitalistischen Akkumulation, der Steigerung der produzierten Warenmengen, gleichzeitig mit einer Tendenz zur relativen Beschränkung der Konsumtionskraft verbunden ist. Zwei Aspekte sind dabei zu beachten: die Akkumulation des Kapitals erzeugt notwendig Disproportionen sowohl innerhalb der wertmäßigen als auch innerhalb der stofflichen Bedingungen des Reproduktionsprozesses, sowohl auf der Seite der Produktion als auch auf der Seite der Realisation. Die Ausdehnung der Produktion beinhaltet eine Tendenz zu Verschiebungen in den Verwertungsbedingungen im engeren Sinne, die sich als Schranke der Profitproduktion bemerkbar machen und krisenhaft wieder hinausgeschoben werden. Sie beinhaltet aber auch eine Tendenz zur Steigerung der Produktion über das Maß der Konsumtion hinaus, ein Zusammenhang, der ebenfalls krisenhaft wiederhergestellt werden muß. Die Feststellung dieser Tendenzen erlaubt aber noch keine unmittelbaren Schlußfolgerungen auf die zyklische Bewegungsform. Es ist auf dieser Erklärungsebene noch kein Moment sichtbar, aus dem heraus die spezifisch zyklische Verlaufsform unmittelbar abgeleitet werden kann.

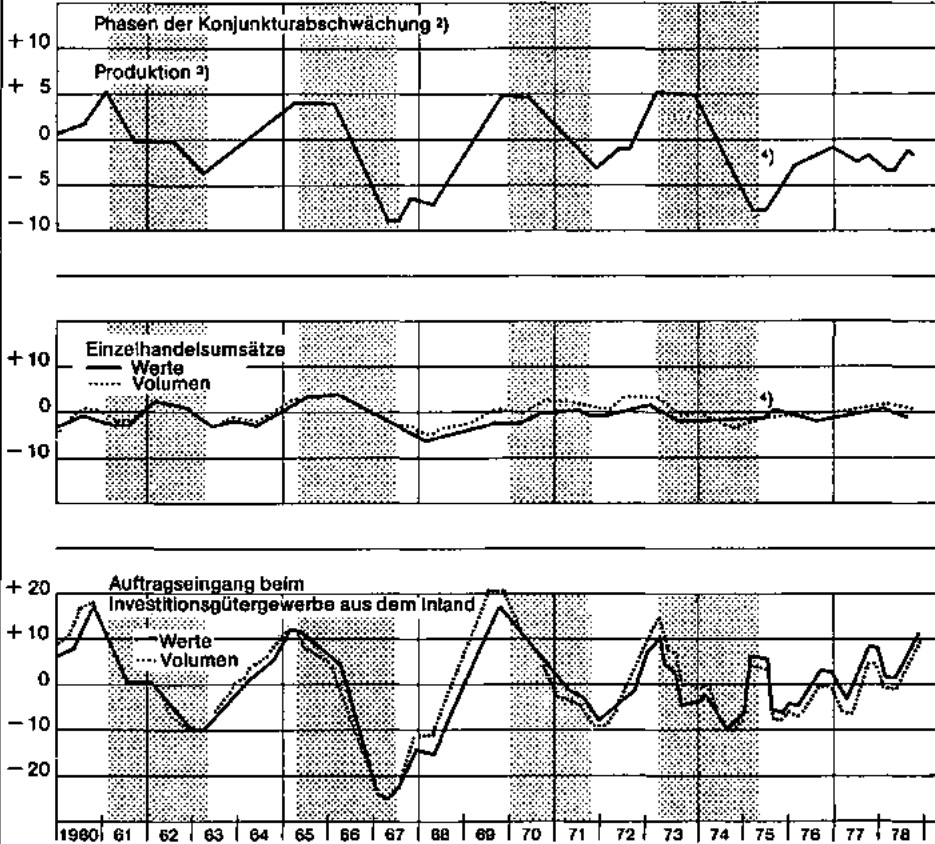
Im Mittelpunkt des kapitalistisch organisierten Wachstumsprozesses steht die Akkumulation von Kapital, die unter den Bedingungen einer entwickelten Produktionsweise wesentlich Akkumulation von fixem Kapital ist. Die zyklische Bewegungsform des Wachstums muß daher vor allem aus der Bewegung des fixen Kapitals erklärt werden. Dieser Zusammenhang ist auch auf der empirischen Ebene offensichtlich. Die stärksten Ausschläge nach oben und nach unten weisen die Investitionen auf. Eine Verlangsamung der Investitionstätigkeit löst in der Regel die Krise aus, ebenso wie eine Belebung im klassischen Ablaufmodell mit einer Belebung der Investitionstätigkeit verbunden ist. Daher soll die Frage nach den Ursachen der Zyklizität hier vor allem auf die Zyklizität der Investitionstätigkeit zielen (vgl. Grafik III).

Dabei ist zu untersuchen, wie sich die geschilderten, im kapitalistischen Entwicklungsprozeß auftretenden Disproportionen innerhalb der wertmäßigen und stofflichen Bedingungen des Reproduktionsprozesses auf die Akkumulationstätigkeit, d. h. hier auf die Akkumulation von fixem Kapital, auswirken. Zu berücksichtigen ist dabei, daß diese Zusammenhänge vermittelt werden über die Entscheidungen der Einzelkapitale, die Disproportionen also auf der Abstraktionsebene analysiert werden müssen, auf der sie als Motive der Einzelkapitale diesen in Erscheinung treten. Das Reaktionsmuster der Einzelkapitale wird diesen unter Konkurrenzbedingungen in einem gewissen Rahmen vorgeschrieben. Dabei ist jedoch zu beachten, daß Veränderungen in der Form der Konkurrenz, die Herausbildung von Monopolen, der Eingriff des Staates in die Beziehungen zwischen den Einzelkapitalen diese Reaktionsmuster verändern. Es kann also im Prozeß der historischen Entwicklung und Veränderung des Kapitalismus nicht von einem unveränderten Reaktionsmuster ausgegangen werden.

Als entscheidend für die Bewegung der Akkumulation im Zyklus soll hier die Disproportionalität zwischen Produktion und Markt betrachtet werden. Zwar steigen im Aufschwung eine Vielzahl von Kosten der Einzelkapitale — Löhne, Zinsen, Vorproduktpreise —, so daß von daher eine Tendenz zur Verschlechterung der Verwertungsbedingungen

Grafik III Indikatoren der Konjunktur

Prozentuale Abweichungen ¹⁾ zweimonatlich saisonbereinigter Werte vom Trend



- ¹⁾ Ergebnisse mit einem gleitenden 3-Periodendurchschnitt geglättet
- ²⁾ Gemessen an dem Rückgang der trendbereinigten Werte der Industrieproduktion, schraffiert
- ³⁾ Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe und Energiewirtschaft
- ⁴⁾ Kurvenniveau ab Mitte 1975 wegen der am Reihende erforderlichen Trendextrapolation unsicher

Quelle: Statistische Beihette zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 4 „Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen“, April 1979

zu erwarten ist.²⁵ Entscheidend ist jedoch, daß diese Kostensteigerungen unter Bedingungen expandierender Märkte auftreten. Es kann in der Regel davon ausgegangen werden, daß die betroffenen Einzelkapitale in dieser Situation nicht nur mit steigenden Kosten, sondern auch mit größerem Absatz und steigenden Preisen rechnen. Auch zwingt die Konkurrenz sie in dieser Situation selbst unter Bedingungen einer niedrigeren Profitrate zur Fortführung der Akkumulationstätigkeit. Es ist also nicht einsichtig, wo in dem Prozeß der aufschwungsbedingten Kostensteigerungen der Punkt theoretisch bestimmt werden kann, bei dem diese eine Verlangsamung der Investitionstätigkeit bei den Einzelkapitalen auslösen.

Die Verlangsamung der Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund steigender Kosten kann m. E. erst dann plausibel erklärt werden, wenn die Realisierungsseite als relativ selbständiges Element eingeführt wird. Allerdings ist für den Ablauf der Krise das steigende Kosteniveau von wesentlicher Bedeutung. Es beschränkt die Reaktionsmöglichkeiten der Einzelkapitale auf eine Verengung der Märkte und beschleunigt den mit der Krise verbundenen Prozeß der Kapitalvernichtung. Ein hoher Grad der Kapitalfixierung, wie er sich im Aufschwung herstellt, verschärft bei kostenbedingt sinkender Rentabilität und rückläufigem Absatz den zyklischen Abschwung bis hin zur Krise. Allerdings soll hier hervorgehoben werden: Ausschlaggebend beim Ausbruch der Krise sind die Disproportionen zwischen Produktion und Markt. Steigende Kosten werden die Einzelkapitale erst dann zu einer Einschränkung der Investitionstätigkeit veranlassen, wenn gleichzeitig Grenzen der Absatzentwicklung auftauchen. Bei expandierenden Märkten bewegt die Konkurrenz in ihren verschiedenen Formen die Einzelkapitale zur Fortführung des Kapazitätsausbaus, auch wenn die Kosten ansteigen. Modifikationen dieses Zusammenhangs ergeben sich aus der Dominanz monopolistischer Positionen. Im Ergebnis einer Differenzierung von Profitraten tendieren die monopolistisch organisierten Kapitale zu einer relativen Beschränkung der Investitionstätigkeit, um ihre Preispolitik abzusichern und ihre überdurchschnittlichen Verwertungsbedingungen zu halten, während in den nicht-monopolistischen Sektoren die Mittel für produktive Investitionen beschränkt werden.²⁶ Es ist die im Aufschwung wachsende Spannung zwischen Produktion und Markt, die stoffliche Disproportionalität, aus der theoretisch der Punkt des Umschlags zur Krise abgeleitet werden muß.

Der jeweils konkrete, die Spannung zum Ausbruch bringende Faktor muß dabei keineswegs immer der gleiche sein. „Zufällige“ Ereignisse, Krisen der internationalen Beziehungen, besonders tiefe Branchenkrisen usw. können der auslösende Faktor sein. Zu allgemeinen Krisen führen solche Ereignisse aber nur vor dem Hintergrund zugespitzter Disproportionen zwischen Produktion und Markt, d. h. im Kern zwischen Produktion und Konsumtion.

Zu klären ist nun, wie sich aus der ständig existierenden Tendenz zur Verletzung dieser Proportionen eine zyklische Entwicklung, d. h. eine Periodizität von Ausbruch und Lösung der Disproportionalität ableiten läßt. In der Bewegung der Konsumtion selbst ist — wie bereits durch die Bestimmung des Zyklus vor allem als Investitionszyklus angedeutet

25 Vgl. Elmar Altvater u. a., Konjunktur und Nachfrage im Konjunktur- und Krisenzyklus, in: WSI-Mitteilungen, 7/1978, S. 365 ff.

26 Vgl. Konferenzbericht in diesem Band, die Ausführungen von Jörg Huffschild. Eine ausführliche Darstellung dieses Zusammenhangs findet sich auch bei Herbert Schui, Stagnation als Folge zunehmend differenzierter Profitraten, in: Konjunkturpolitik, Heft 1/1978, S. 16 ff.

— ursächlich kein Faktor sichtbar, der aus sich heraus eine zyklische Bewegung der Absatzmöglichkeiten begründen könnte.²⁷ Es ist im Gegenteil so, daß in der zweiten Hälfte des Aufschwungs als Reaktion auf steigende Löhne und Überstunden eher eine gewisse Beschleunigung in der Entwicklung der Konsumtionskraft festgestellt werden kann. Schwankungen in der Konsumnachfrage treten in der Regel als Folge von Investitionsschwankungen auf und sind zudem wesentlich schwächer als jene (vgl. Grafik III).

Trotzdem erweist sich die Beschränktheit der Konsumtionskraft als ausschlaggebende Krisenursache, allerdings nur vermittelt über die Diskontinuität der Akkumulation von fixem Kapital. Die Zyklizität im offenen Ausbruch von Disproportionen zwischen Produktion und Markt innerhalb des kapitalistischen Wachstumsprozesses muß m. E. im Kern aus den Wirkungen der Akkumulation von Fixkapital auf die beiden Seiten dieses Verhältnisses abgeleitet werden: auf die Produktionskapazitäten einerseits und die Absatzmöglichkeiten andererseits, die ja beide, allerdings in unterschiedlicher Weise, durch die Investitionstätigkeit bestimmt werden.

Hervorgehoben werden sollen dabei drei Momente:

1. Eine bestimmte Zunahme der Konsumnachfrage löst — bei ausgelasteten Kapazitäten — zunächst eine überproportional steigende Nachfrage nach Investitionsgütern aus. Unter kapitalistischen Bedingungen wird dadurch eine Expansion der Abteilung I hervorgerufen, die die stofflich bestimmten Proportionen zwischen den Abteilungen verletzt.

2. Der Kapazitätserweiterungseffekt und der Nachfrageeffekt einer Investition fallen zeitlich auseinander: Die Investitionsnachfrage hat einen zeitlichen Vorlauf vor der Kapazitätswirkung, und die Kapazitätswirkung verteilt sich auf die Nutzungsdauer der Anlage, während die entsprechende Nachfrage nur einmalig auftritt.

3. Die Verstärkung der Investitionstätigkeit im Aufschwung verändert die Aufteilung der Gesamtinvestitionen auf Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen. Die Erweiterungsinvestitionen wachsen schneller als die Investitionsnachfrage insgesamt und erzeugen — zeitlich verzögert — eine Tendenz zu Disproportionen auch auf dem Markt für Investitionsgüter. In der Depression dagegen sinken die Erweiterungsinvestitionen rascher als die Investitionsnachfrage, wodurch eine Tendenz zum Abbau der Disproportionen gefördert wird.

Die eingangs geschilderte Tendenz zum Auseinanderfallen der stofflich zusammengehörenden Seiten des Reproduktionsprozesses entwickelt sich nur vermittelt der Akkumulation zum Absatzproblem vom Standpunkt des Einzelkapitals. Die Tendenz zur Überproduktion kann durch eine beschleunigte Akkumulation zeitweilig überdeckt werden. Dabei sind es die genannten Momente bei der Akkumulation des fixen Kapitals, auf der die zyklische Bewegung des Gesamtprozesses beruht. Die Grundlage der Zyklizität ist beim fixen Kapital zu suchen. Da aber die Akkumulation von fixem Kapital auch die langfristigen Wachstumstendenzen wesentlich bestimmt, ist die Zyklizität gleichzeitig auch für die Wachstumsperspektiven von Bedeutung. Indem die Krise die notwendig auftretenden Disproportionen in wertmäßiger und stofflicher Hinsicht löst, beeinflusst sie über die konjunkturelle Dynamik auch die Wachstumstendenz. Zwar ist eine Belebung der Produktion nach einer Krise auch möglich ohne Investitionsaufschwung, dies wird aber sowohl die zukünftigen Zyklen als auch das Wachstum auf längere Sicht berühren.

27 Modifikationen dieser Feststellung sind im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung langlebiger Konsumgüter, der Spartätigkeit und den Konsumentenkrediten zu machen.

Hier wird nun die These vertreten, daß die Steigerung der Fondseffektivität, beruhend auf wissenschaftlich-technischem Fortschritt, die Lösung der stofflichen Disproportionen durch die Krise behindert, die Dynamik des Aufschwungs bremst und damit auch das Wachstum negativ beeinflußt. Bei einem günstigen Auslastungsgrad der Kapazitäten, für den die Krise die Voraussetzungen schafft, wird schon eine geringe Belebung der Gesamtnachfrage zur Belebung der Investitionstätigkeit führen. Stabilisierend auf die Auslastung wirkt dabei nach der Krise die Konsumnachfrage und die Nachfrage nach Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen. Die Belebung der Investitionstätigkeit erzeugt einen kumulativen Expansionsprozeß in Abteilung I (Produktionsmittel), der sich abgeschwächt auch auf Abteilung II (Konsumgüter) ausdehnt. In dieser Phase der Belebung erzeugt die Akkumulation von fixem Kapital selbst die Realisierungsbedingungen, die eine weitere Expansion von der Absatzseite her möglich machen.

Dieser Akzelerationsprozeß führt unter kapitalistischen Bedingungen, beschleunigt durch die Wirkungen der Konkurrenz in ihren verschiedenen Formen, zu einer Ausdehnung der Kapazitäten ohne Rücksicht auf die stofflichen Proportionen zwischen den Abteilungen der Produktion, zwischen Produktionskapazitäten und Konsumtionskraft. Ein Investitionsaufschwung beinhaltet so die Tendenz zur Selbstverstärkung. Begrenzt wird dieses Auseinanderfallen der stofflichen Proportionen, der Überakkumulation von fixem Kapital durch den über die Märkte vermittelten Zusammenhang der Abteilungen. Die Vermittlung über die Märkte vollzieht sich bekanntlich aber erst *post festum*, d. h. wenn die Waren auf den Markt kommen.

Die Überproduktion von Investitionsgütern, d. h. auch die Überakkumulation von fixem Kapital in Abteilung I, wird aber erst dann manifest, wenn sie zur Überproduktion von Waren in der Abteilung II führt bzw. wenn die Investitionen kapazitätswirksam werden. Der Zusammenhang ist also zeitlich verschoben, so daß schon dann, wenn sich erste Anzeichen einer Überproduktion von Waren der Konsumgüterindustrien zeigen, die Überakkumulation von fixem Kapital in Abteilung I eine vollendete Tatsache ist. Die Reaktion darauf ist ein kumulativer Prozeß der Einschränkung zunächst bei den Investitionsaufträgen, wodurch die Tatsache der Überakkumulation allgemein manifest wird.

Die Akkumulation von fixem Kapital muß also im investitionsgetragenen Aufschwung notwendig die Form eines Booms annehmen, in dem die Proportionalität der Abteilungen bzw. von Produktion und Konsumtion verletzt wird. Ebenso notwendig ist die Reaktion darauf ein Investitionseinbruch, ein plötzlicher Rückgang.

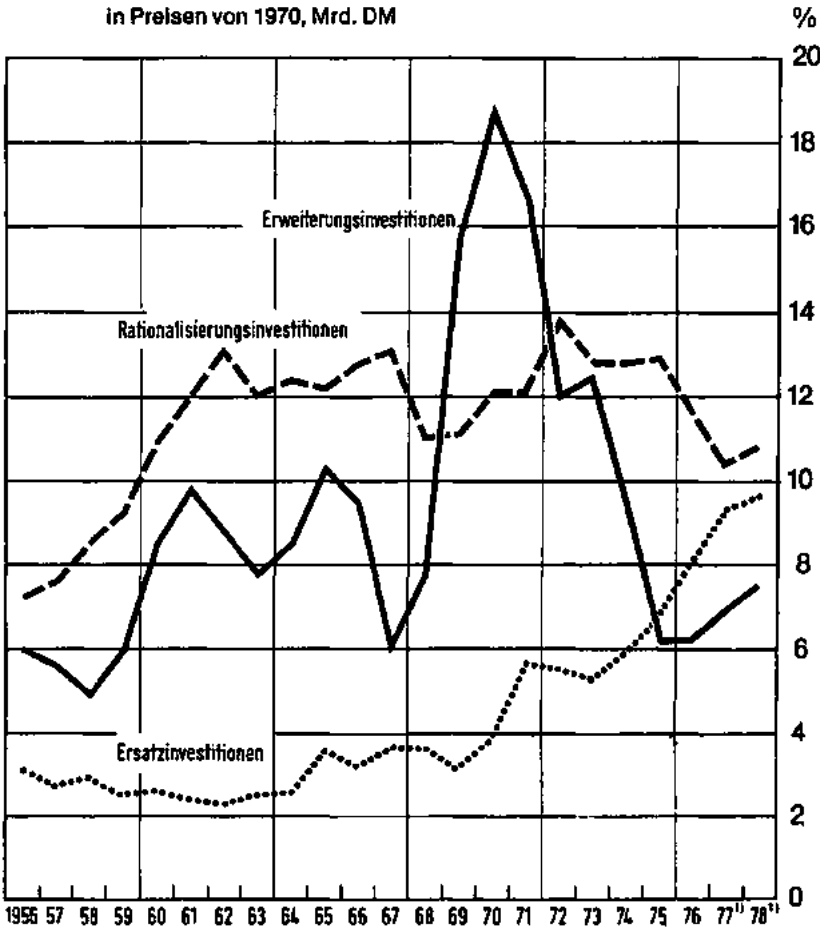
Im Zuge der diskontinuierlichen Entwicklung der Investitionstätigkeit verändert sich auch die Relation zwischen dem Nachfrage- und dem Kapazitätseffekt der Investitionen. Der „Investitionsboom“ ist vor allem ein Boom der Erweiterungsinvestitionen. Ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen wächst rasch an (vgl. Grafik IV).

Die Kapazitäten wachsen — zeitlich verschoben — in dieser Phase also rascher sowohl als die Gesamtnachfrage als auch die Investitionsnachfrage. Umgekehrt in der Krise bzw. in der Depression: Da der Rückgang vor allem die Erweiterungsinvestitionen betrifft, d. h. die Zusammensetzung der gesamten (abgesunkenen) Investitionsnachfrage stärker in Richtung auf Ersatzinvestitionen verschiebt, ist hierin ein Moment zur Lösung des im Aufschwung entstandenen Widerspruchs zwischen Produktion und Markt enthalten.

In diesem Zusammenhang soll kurz die Rolle des Ersatzes im Zyklus behandelt werden. Der folgende Passus von *Marx* wirft dabei einige Fragen auf: „Durch diesen eine Reihe von Jahren umfassenden Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen, in welchen das Kapi-

tal durch seinen fixen Bestandteil gebannt ist, ergibt sich eine materielle Grundlage der zyklischen Krisen, worin das Geschäft aufeinanderfolgende Perioden der Abspannung, mittleren Lebendigkeit, Überstürzung, Krise durchmacht. Es sind zwar die Perioden, worin Kapital angelegt wird, sehr verschiedene und auseinanderfallende. Indessen bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage. Also auch — die ganze Ge-

Grafik IV **Struktur der Investitionen
in der verarbeitenden Industrie**
in Preisen von 1970, Mrd. DM



1) geschätzt

Quelle: ifo-Schnelldienst, Nr. 31-32/78

sellschaft betrachtet — mehr oder minder eine neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagzyklus.“²⁸

Geht man von den Ergebnissen der Ifo-Investitionstests aus, so ist sowohl bei den Ersatzinvestitionen als auch bei den Rationalisierungsinvestitionen nur ein undeutlicher zyklischer Zusammenhang festzustellen. Das Niveau der Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen in der verarbeitenden Industrie ist in den Jahren 1962/63, 1966/67, 1971/72 und 1974/75 etwas höher, d. h. in Jahren, in denen wenig Erweiterungsinvestitionen getätigt werden. Man kann also — mit der gebotenen Vorsicht der Erhebungsmethode gegenüber — auch empirisch belegen, daß die Investitionsnachfrage in Depressionsperioden in der Regel durch eine höhere Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionstätigkeit stabilisiert wird, wobei schon in der zweiten Hälfte des Aufschwungs verstärkt rationalisiert wird. Dagegen sind die Perioden rasch steigender Erweiterungsinvestitionen in der Regel durch niedrigere Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen gekennzeichnet. Allerdings läßt sich nicht die These belegen, daß die Ersatz- und Rationalisierungstätigkeit in und nach der Krise der Ausgangspunkt eines neuen Aufschwungs ist.²⁹ Die Bewegung der Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen trägt nur insofern dazu bei, die Voraussetzungen für eine erneute Belebung zu schaffen, als sie in der Krise und in der Depression stabilisierend auf die Entwicklung der Investitionsnachfrage im Verhältnis zu den Kapazitäten wirkt.

Eine ungeklärte Frage sind in diesem Zusammenhang die Bestimmungsgründe für die Länge der Zyklen. Der oben zitierte Marxsche Satz wird so interpretiert, als bestimme der Rhythmus von Investition und Ersatzinvestition ursächlich die Länge der Zyklen.³⁰ Dies wirft schon deshalb Probleme auf, weil in der Praxis die technische Lebensdauer einer Anlage für ihren Ersatz nicht bestimmend ist. Wichtiger ist der „moralische“ Verschleiß. Sein Tempo ist aber wahrscheinlich eher von der Dauer der Zyklen bestimmt als daß es selbständig als Maß der Zyklenlänge gelten könnte. Ein Ersatz von Anlagen dürfte in der Regel eher in der depressiven Phase erfolgen als im Boom, d. h. die Länge des Zyklus ist ein wesentliches Bestimmungsmoment des „moralischen“ Verschleißes.

Tatsache ist jedenfalls, daß die empirisch festzustellende durchschnittliche Lebensdauer von Anlagen und Maschinen bedeutend länger ist als die heute angenommene Zyklenlänge von 4 bis 6 Jahren.³¹ Dieser Einwand wird im übrigen auch schon von *Schumpeter*

28 Karl Marx, Das Kapital, 2. Band, MEW 24, S. 185 f.

29 Vgl. Grafik IV. Die Grunddaten finden sich in: Zahlen zur Investitionstätigkeit ausgewählter Wirtschaftsbereiche, Sonderbeilage zur Monatsschrift „Wirtschaftskonjunktur“, lfd.

30 „Das durch Einschränkung der Produktion und des Warenumsatzes und durch Preisverfall frei gewordene Geld, das die Form von Geldkapital annimmt, wird zur Erneuerung des fixen Kapitals, zum Ersatz der alten Fabriken durch neue, verwendet. . . Dies leitet zur Phase der ‚Belebung‘ . . . über.“ Eugen Varga, Die Krisentheorie von Marx und die Probleme der gegenwärtigen Krise, in: Internationale Pressekorrespondenz Nr. 43/1931, S. 1027. Nach: Vierteljahresberichte „Wirtschaft und Wirtschaftspolitik“, Bd. 4, 1. Vierteljahr 1931, neu herausgegeben von Jörg Goldberg, Westberlin 1977. Vgl. auch Fred Oelfner, Die Wirtschaftskrisen, Berlin/DDR 1955, S. 99. Auch Robert Katzenstein, Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Westberlin 1967, S. 18 ff., geht davon aus, daß die Reproduktion des fixen Kapitals wesentlich die Länge der Zyklen bestimmt.

31 Die Behauptung: „Alle Daten sprechen indes dafür, an der These festzuhalten, daß die zeitlich in eine Periode zusammengedrückte Neuanlage eines Teils des gesellschaftlichen Gesamtkapitals die Grundlage der Periodizität des industriellen Zyklus ist“, erscheint völlig unbegründet. Sozialistische Studiengruppen (Hrsg.), Bundesrepublik: Wirtschaftskrise und Sozialistische Alternativen, Hamburg 1979, S. 49. Die Begründung, das RWI hätte nachgewiesen, „daß die Afa-Tabellen (mit ihrer kurzen Nutzungsdauerannahme,

gegen die Formulierung von *Marx* erhoben.³² Auf jeden Fall muß dieses Problem gegenwärtig noch als offene Frage betrachtet werden.

III. Steigende Fondseffektivität als Ursache der Wachstumsverlangsamung

Die skizzierte Darstellung der krisentheoretischen Position war notwendig, um die Bedeutung der Akkumulation von fixem Kapital als Ausgangspunkt der „Stagnationserklärung“ deutlich zu machen. Grundlegend ist dabei die Gestaltung des Verhältnisses von Produktion und Markt im kapitalistischen Akkumulationsprozeß. Für die Gestaltung dieses stofflichen Verhältnisses im Zyklus ist die Effektivität der Arbeitsmittel von großer Bedeutung, da durch sie das Verhältnis zwischen dem Nachfrage- und Kapazitätseffekt einer Investition bestimmt wird. Je größer der Investitionsaufwand, der technisch notwendig ist, um die aktuelle Produktion in einem bestimmten Ausmaß zu erhöhen, d. h. je niedriger die Effektivität des Arbeitsmittelfonds, desto kräftiger und länger ist — *ceteris paribus* — die Belebungsphase.

Die hier vertretene These besagt also, daß die Labilität der Belegung seit 1975 zu einem wesentlichen Teil auf solche stofflichen Veränderungen im Reproduktionsprozeß zurückzuführen ist, die durch eine Erhöhung der Effektivität der Arbeitsmittel der Bereinigung der der zyklischen Krise zugrunde liegenden Disproportionen zwischen Produktion und Markt entgegenwirken.

Die gleichen stofflichen Veränderungen gestalten die Beziehungen zwischen Konsumtion und Akkumulation enger, so daß der durch den Akzelerationszusammenhang bewirkte Faktor des sich selbst verstärkenden Investitionsbooms in der Belegung abgeschwächt wird. Die Hemmung des Aufschwungs betrifft auch die längerfristige Wachstumstendenz, da Krise und Aufschwung notwendige Bedingungen für das Funktionieren des kapitalistischen Wachstumsprozesses darstellen. Die Krise hat dabei die Aufgabe, das Gleichgewicht zwischen Akkumulation, Produktivkraftentwicklung und Konsumtion als ständige Tendenz durchzusetzen. Bestimmendes Moment ist dabei die Verwertung des Kapitals, die das Akkumulationstempo reguliert. Als *eine* Schranke tritt jedoch immer wieder die stoffliche Proportionalität zwischen Produktion und Konsumtion auf. Sie setzt ebenfalls Bedingungen für das Funktionieren des kapitalistischen Akkumulationsprozesses und bestimmt in Wechselwirkung mit den wertmäßigen Proportionen das Niveau des Wachstumsprozesses. In den folgenden Ausführungen steht daher die stoffliche Seite des Reproduktionsprozesses im Vordergrund. Die möglichen und wahrscheinlichen Konsequenzen für die Verwertungsbedingungen sollen weiter unten nur angedeutet werden. Das ist m. E. deswegen legitim, weil die abgeschwächte Wachstumsdynamik hier nicht

d. Verf.) der Realität näher kommen als die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes“ (ebenda S. 169) ist unzureichend. In der als Beleg angeführten Untersuchung des RWI heißt es im Gegenteil: „Die offiziellen Abschreibungstabellen des Bundesfinanzministeriums waren für die Zwecke der Untersuchung nicht geeignet, weil die ökonomische Lebensdauer in der Regel länger ist als die steuerlich anerkannte.“ Christa Thoben, Eine Kapitalbestandsrechnung für 30 Industriezweige der Bundesrepublik, a. a. O., S. 91. Tatsächlich geht das RWI gegenwärtig von einer durchschnittlichen Nutzungsdauer des Ausrüstungsvermögens von 9,5 Jahren aus. Vgl. oben, Fußnote 21.

32 Schumpeter behauptet, daß Textilmaschinen 30 bis 40 Jahre fungieren, und findet es daher „unmöglich, zu verstehen, wie Marx — der in seiner Beurteilung der kapitalistischen Industrie hauptsächlich an Textilfabrikate denkt — dem fixen ‚Kapital‘ dieser Industrie einen ‚10-Jahre-Lebenszyklus‘ zuschreiben konnte.“ Joseph A. Schumpeter, Konjunkturzyklen, 1. Band, Göttingen 1961, S. 199.

aus *globalen* Veränderungen des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses abgeleitet wird, sondern — das ist der andere Teil der These — aus den Folgen einer Struktur-differenzierung in bestimmten, für das private Kapital als Anlagesphären aber zentralen Bereichen. Die Betrachtung konzentriert sich auf die verarbeitende Industrie. Die Auswirkungen auf den Gesamtprozeß werden gerade daraus abgeleitet, daß die genannten stofflichen Veränderungen dort in Widerspruch zu den Reproduktionsbedingungen des Gesamtprozesses geraten. Der spontane Profit-Markt-Mechanismus ist unter staatsmonopolistischen Verhältnissen nicht in der Lage, eine adäquate Reaktion des Gesamtprozesses auf die Veränderungen in einzelnen Bereichen herzustellen.

Die behaupteten stofflichen Veränderungen sind dabei Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Produktion, der die Struktur der Produktivkräfte verändert. Dies äußert sich zunächst in einer Tendenz zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, d. h. der Aufwand an Arbeit in jeder Form, sei es in lebendiger oder in geronnener, der zur Erzeugung einer bestimmten Menge von Gebrauchswerten nötig ist, sinkt. Die Begriffe „Arbeitsproduktivität“ und „Sachkapitalproduktivität“ setzen lediglich die in jeweils lebendiger bzw. geronnener Form aufgewendete Arbeitsmenge ins Verhältnis zur jeweiligen Produktmenge und geben damit allerdings schon Auskunft über den Charakter des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Nun kann in den 50er und 60er Jahren in der verarbeitenden Industrie der Bundesrepublik festgestellt werden, daß bei insgesamt steigender Produktivkraft der Arbeit die „Arbeitsproduktivität“ ansteigt, während die „Sachkapitalproduktivität“ zurückgeht. Die Kategorie der „Sachkapitalproduktivität“ meint das Verhältnis zwischen der Produktmenge und den fungierenden Arbeitsmitteln, das in diesem Beitrag als Fondseffektivität bezeichnet wird. Die Effektivität des Arbeitsmittelfonds ging in den 50er und 60er Jahren zurück.

Für den stofflichen Aspekt des Reproduktionsprozesses bedeutet dies nun: während die Nachfrage nach Konsumgütern, gemessen am Wachstumstempo, langsamer zunimmt (Freisetzungseffekt, sinkender Wert der Arbeitskraft), wächst die Nachfrage nach Arbeitsmitteln rascher.³³ Eine in der Tendenz anteilig rückläufige Nachfrage nach Konsumgütern wird durch eine wachsende Tendenz bei der Nachfrage nach Arbeitsmitteln teilweise kompensiert. Der im Zuge der Produktivkraftentwicklung steigende Güterausstoß findet einen überproportional wachsenden Absatzmarkt in der Nachfrage nach Arbeitsmitteln. Für die Dynamik von konjunkturellen Belebungen ist dies insofern von Bedeutung, als die verstärkt in Krisenperioden bzw. konjunkturellen Tiefpunkten einsetzende Modernisierung des Produktionsapparates zunächst mit einer überproportionalen Ausweitung der Absatzmärkte für Arbeitsmittel verbunden ist, so daß von daher ein „sich selbst tragender“ Aufschwung zusätzliche Impulse erhält.

Die für den Krisenausbruch entscheidenden stofflichen Disproportionen werden abgemildert durch den im Rahmen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses im Verhältnis zur Produktivkraftentwicklung rascher expandierenden Absatzmarkt für Arbeitsmittel. Die hier vertretene These beinhaltet nun eine Abschwächung dieses die Krisen abmil-

33 Zwischen 1950 und 1975 wächst in der BRD die Produktion von „Investitionsgütern“ (ohne Pkw) von 30,6 auf 104,7 (Index 1962 = 100), die von „Verbrauchsgütern“ (ohne Nahrungs- und Genussmittel) von 30,3 auf 99,6. Abgesehen von Problemen der statistischen Abgrenzung muß berücksichtigt werden, daß vor allem der Außenhandel als modifizierender Faktor dieses Zusammenhangs zu berücksichtigen ist. Statistisches Bundesamt, Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung, 1976, S. 60 f.

dernden Faktors, wobei dem wissenschaftlich-technische Prozesse zugrunde liegen. Das heißt: Bei weiter ansteigender „Arbeitsproduktivität“ ist — im Gegensatz zu den 50er und 60er Jahren — nun auch eine Umkehr bei der Fondseffektivität eingetreten. Der zur Produktion einer bestimmten Menge von Gebrauchswerten notwendige Aufwand an geronnener Arbeit (in Form von Arbeitsmitteln, d. h. ohne Berücksichtigung von Materialökonomie) stagniert nur bzw. ist sogar rückläufig, die Fondseffektivität steigt.

Eine solche wissenschaftlich-technisch begründete Entwicklung ist in der Geschichte des Kapitalismus keineswegs neu. Sie ist als „Ökonomisierung der Arbeitsmittel“ eine immer vorhandene Tendenz, die von anderen Entwicklungen überdeckt werden kann. Als vorherrschendes Moment wurde sie z. B. auch in und nach der Weltwirtschaftskrise 1929/32 diskutiert.³⁴ Diese Tendenz — das soll betont werden — wird hier als überwiegend nur für die verarbeitende Industrie, nicht für die Gesamtwirtschaft behauptet, ein Ansatz, der für die Diskussion um alternative Wirtschaftspolitik wichtig ist.³⁵

Welche Auswirkungen auf die stofflichen Proportionen des Reproduktionsprozesses hat nun die angesprochene Steigerung der Fondseffektivität? Ausgangspunkt ist die Annahme, daß zur Produktion einer bestimmten Menge Gebrauchswerte eine sinkende Menge an geronnener Arbeit in Form von fungierenden Arbeitsmitteln benötigt wird. Da die These von der Rolle der Akkumulation von fixem Kapital im Zyklus, d. h. von seiner Bedeutung für die konjunkturelle Dynamik ausgeht, interessiert hier vor allem das Verhältnis der *fungierenden* Arbeitsmittel zur Produktmenge, nicht das der übertragenden Bestandteile.

Der investitionsgetragene Boom wird dadurch angetrieben, daß verstärkt gesellschaftliche Arbeit nachgefragt wird, die in Form von Arbeitsmittelvorräten fixiert ist und sich nur allmählich auf das Endprodukt überträgt, d. h. letzten Endes in Konsumgütern ausdrückt. Je größer der anzusammelnde und zu fixierende Arbeitsvorrat im Verhältnis zur laufenden Produktion ist, desto dynamischer — *ceteris paribus* — der Aufschwung.³⁶

Ein weiteres Problem sei hier ebenfalls nur am Rande angesprochen: die Auswirkungen einer steigenden Fondseffektivität auf die Verwertungsbedingungen.

Theoretisch möglich sind hier verschiedene Entwicklungen. Die organische Zusammensetzung des Kapitals kann zunehmen, gleichbleiben oder abnehmen, da die Annah-

34 Hansen formuliert für die Situation der Weltwirtschaftskrise 1929/32: "It appears that the great advance made in the productivity of manufacturing in the United States in the decade of the twenties was made by reason of innovations in methods of production that to a large extent did not involve the use of more capital. I do not make any forecast; but it is a grave question whether inventions and innovations are not likely in the future to be less capital-using than in the nineteenth century. In contrast, while we were in process of changing over from a direct method of production to an elaborate capitalistic technique, as in the last century, innovations perforce had to be capital-using in character." Alvin Hansen, *Full Recovery or Stagnation?*, New York 1938, S. 315.

35 Eine kurze Darstellung der Alternativdiskussion findet sich in: Renate Faust, *Sachverständigenrat zwischen Keynesianismus und Monetarismus — Zur Konzeption der Sachverständigenurachten seit 1964*, Informationsbericht des IMSt Nr. 30, Frankfurt/M. 1979, S. 85 ff.

36 Dies dürfte zumindest teilweise die Parallelität von Wachstumsraten und Investitionsquoten im internationalen Vergleich erklären: Länder mit vergleichsweise hohen Wachstumsraten (Japan, BRD) wiesen in der Vergangenheit auch hohe Investitionsquoten auf, während Länder mit unterdurchschnittlichen Wachstumsraten (USA, Großbritannien) auch niedrige Investitionsquoten hatten. (Vgl. Grafik I.) Ifo-Schnelldienst 31—32/1978, S. 38. Ein rasches Wachstum setzt die Ansammlung von viel fixem Kapital voraus, was wiederum das Wachstum begünstigt. Eine Verbesserung der Fondseffektivität würde diesen Zusammenhang lockern.

me steigender Fondseffektivität noch nichts über die Zusammensetzung des Industriekapitals aussagt. Die Mehrwerttrate dürfte zwar in der Tendenz ansteigen, allerdings hängt das wesentlich von der Entwicklung des Wertes der Arbeitskraft ab. Schließlich bleibt das Verhältnis von Mehrwerttrate und organischer Zusammensetzung des Kapitals in bezug auf unsere Annahme unbestimmt.

Immerhin ist festzuhalten, daß eine steigende Fondseffektivität gegenüber der früheren Entwicklung eine Tendenz zur Verbesserung der Verwertungsbedingungen in der verarbeitenden Industrie beinhaltet. Ob diese Tendenz nun tatsächlich durchschlägt oder ob sie durch andere Faktoren überlagert wird, soll hier nicht näher untersucht werden. Anzumerken bleibt nochmals, daß die These sich hier nur auf den Bereich der verarbeitenden Industrie als wichtigste Anlagesphäre des privaten Kapitals bezieht, also nicht die gesamtgesellschaftlichen Verwertungsbedingungen im Auge hat.³⁷

Zurück also zu den stofflichen Bedingungen des Reproduktionsprozesses. Es sei zum Zwecke der Verdeutlichung zunächst vom Modell der einfachen Reproduktion ausgegangen. Bei steigender Fondseffektivität würde es zu einer Verschiebung in der stofflichen Aufteilung der Produktmenge zugunsten der Konsumgüter kommen. Die wertmäßig bestimmte Gleichgewichtsrelation ($Iv + Im = IIc$) bliebe grundsätzlich (aber auf niedrigerem Niveau) unberührt. IIc würde sich jedoch in einer größeren Menge an Konsumgütern als vorher niederschlagen. Nicht unberührt bleibt aber die Aufteilung des Wertprodukts in Mehrwert und variables Kapital. Die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit erzeugt eine — durch die Bestimmungsgründe des Wertes der Arbeitskraft vermittelte — Tendenz zur Senkung des Wertes der Arbeitskraft. Dies wirft nun in dem Beispiel der einfachen Reproduktion keine Probleme der Realisierung auf, da der relativ sinkenden Konsumtionskraft der Arbeiterklasse eine relativ steigende Konsumtionskraft der Kapitalisten gegenübersteht. Die Modellannahme geht hierbei — zur Verdeutlichung der untersuchten Tendenz — davon aus, daß die Konsumtionskraft der Arbeiterklasse auch nach einer Steigerung der Produktivkraft der Arbeit unverändert bleibt. Bei erweiterter Reproduktion aber wäre eine Realisierung nur unter Bedingungen eines sich steigernden Akkumulationstempos gewährleistet.

Nun kann eingewendet werden, daß es für die Proportionalität des Reproduktionsprozesses grundsätzlich irrelevant ist, ob eine bestimmte Steigerung der Produktivkraft der Arbeit bei sinkender oder steigender Fondseffektivität erfolgt. Auch wenn bei unveränderter Fondseffektivität der wissenschaftlich-technische Fortschritt sich in einer beschleunigten Erhöhung der Produktivität der lebendigen Arbeit („Arbeitsproduktivität“) niederschlägt, verschärft sich dadurch die Tendenz zur Verletzung der Proportionen des Reproduktionsprozesses. Grundsätzlich wird bei jedem Typ des technischen Fortschritts gesellschaftliche Arbeit freigesetzt. Das gilt jedoch nicht, wenn man die konjunkturelle Dynamik einbezieht, die ja die Tendenz zur Verletzung der Proportionalität jeweils löst und wiederherstellt. Je größer der notwendige Fonds an fungierenden Arbeitsmitteln im Verhältnis zur Produktmenge ist, desto kräftiger und länger ist der konjunkturelle Auf-

37 Aus zwei Gründen wird die Behauptung von G. Stamatidis, Die ‚spezifisch kapitalistischen‘ Produktionsmethoden und der tendenzielle Fall der Profitrate bei Karl Marx, Berlin 1977, infolge der neuen Technologie würde die organische Zusammensetzung des Kapitals nicht mehr steigen, hier nicht gestützt: Einmal hängt die Entwicklung der organischen Zusammensetzung nicht unmittelbar von der Fondseffektivität ab und zum anderen ist dies eine gesamtgesellschaftliche Kategorie, die nicht nur die Entwicklung in der unmittelbaren Produktionssphäre betrifft.

schwung, der von einer Selbstverstärkung der Investitionstätigkeit getragen ist. Je dynamischer sich die Nachfrage nach Arbeitsmitteln im Verhältnis zur Konsumgüterproduktion entwickelt, desto stärker lockert sich die Beziehung zwischen Produktion und Konsumtion, desto weiter wird die Schranke der Konsumtionskraft hinausgeschoben. Die Akkumulation schafft sich einen im Verhältnis zur Konsumtion wachsenden Absatzmarkt.

Da der kapitalistisch gesteuerte Wachstumsprozeß zyklisch verläuft, hängt seine Dynamik (bzw. der Wachstumstrend) auch von der Dynamik der konjunkturellen Aufschwünge ab. Es ist daher auch für den Trend durchaus von Bedeutung, ob die Produktivkraftentwicklung mit steigender oder sinkender Fondseffektivität verbunden ist. Es ist also vor allem die besondere Rolle der Investitionstätigkeit für die konjunkturelle Dynamik, die die jeweilige Gestaltung der Fondseffektivität interessant macht. Daher wird hier auch nicht von dem übertragenen fixen Kapital, sondern vom vorgeschossenen fixen Kapital ausgegangen.

In diesem Zusammenhang sei auch kurz auf die Frage eingegangen, ob es für den vorgestellten Argumentationszusammenhang legitim ist, vom Preis-Wert-Verhältnis abzusehen. Das wird hier deshalb bejaht, weil sich *jede* Form der Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit in einer Verschiebung der jeweiligen Warenwerte und Warenpreise ausdrückt. Ob dieser Prozeß sich in einer erhöhten Arbeitsproduktivität oder einer gestiegenen Fondseffektivität ausdrückt, ist zunächst einmal weniger wichtig, es berührt die hier untersuchte Tendenz zur Störung und Wiederherstellung der stofflichen Proportionalität im Zyklus nicht direkt. Für eine umfassende „Stagnationserklärung“ müßte dieser Aspekt allerdings einbezogen werden. Dies soll hier aber nicht geleistet werden.

Eine Steigerung der Produktivkraft der Arbeit bewirkt bei insgesamt unverändertem Aufwand an gesellschaftlicher Arbeit eine Vergrößerung der produzierten Gütermenge. Erfolgt die Produktivkraftentwicklung bei sinkender Fondseffektivität, so muß ein im Verhältnis zur Konsumtionskraft wachsender Teil der gesellschaftlichen Arbeit quasi „auf Vorrat“ gelegt werden, d. h. es wird aktuell zusätzliche Nachfrage wirksam, die sich erst später in einer vergrößerten Konsumgüterproduktion niederschlägt. Je größer der Teil der gesellschaftlichen Arbeit ist, der dergestalt „auf Vorrat“ gelegt wird, desto kleiner die *aktuelle* Disproportion zwischen Produktion und Konsumtion. Der umgekehrte Prozeß steigender Fondseffektivität, von dem hier ausgegangen wird, verkleinert dagegen den Teil der „auf Vorrat“ gelegten gesellschaftlichen Arbeit, die sich nun in einem im Verhältnis zur Nachfrage aktuell vergrößerten Warenangebot niederschlägt.

Da die Rationalisierung verstärkt in Krisen- und Depressionsperioden durchgeführt wird, ist die Steigerung der Fondseffektivität ein Faktor zur Untergrabung der immanenten, die Depression lösenden und den Aufschwung tragenden Momente. Der die Krise kennzeichnende Widerspruch zwischen Produktionskapazitäten und Absatzmöglichkeiten wird in seiner Auflösung behindert, weil die Anpassung der Kapazitäten an die existierende Nachfrage unter den neuen technologischen Bedingungen mit einer relativ niedrigen Investitionsnachfrage verbunden ist. Dies wird deutlich, wenn man von den Momenten ausgeht, die nach dem klassischen Ablaufmodell der Konjunktur im Mittelpunkt der Belebungsphase stehen. Die Krise hat die Funktion, das Tempo der Kapazitätsausweitung zu verringern und an die Entwicklungstendenz der privaten Nachfrage anzupassen. Dabei ist wesentlich, daß die private Nachfrage von der Krise zwar auch betroffen wird, ihre Entwicklung aber stabiler verläuft als die Investitionsnachfrage, insbesondere die nach Erweiterungsinvestitionen. Es kommt daher der Punkt, wo die private Nachfrage nach der

Krise wieder zu einer besseren Auslastung der verlangsamt wachsenden Kapazitäten führt. In der Folge belebt sich auch die Investitionsnachfrage wieder. Dieser Zusammenhang wird in dem Maße gelockert, wie die verringerte Investitionstätigkeit ausreicht, um auf dem neuen technischen Niveau die Kapazitäten zu erweitern.

Ein weiteres Moment, das nach der Krise für die Stabilisierung der Nachfrage im Verhältnis zu den Produktionskapazitäten sorgt, ist die Rationalisierung und der Ersatz des vorhandenen Kapitalstocks, der sich auf einem höheren technologischen Niveau vollzieht. Bei steigender Fondseffektivität ist die damit zusammenhängende Investitionsnachfrage niedriger als beim „alten Typ“ des technischen Fortschritts, so daß die Impulse auf die Gesamtnachfrage und die Gesamtkonjunktur geringer sind. Das bedeutet natürlich nicht, daß konjunkturelle Aufschwünge unmöglich werden. Der Grundzusammenhang, der für das Ende der Krise und die Belebung sorgt, existiert nach wie vor. Der mit der Krise verbundene Einbruch der Gesamtnachfrage wird lediglich tiefer, die Stabilisierung und Wiederherstellung der Proportionen zwischen Produktion und Konsumtion erfolgt auf einem relativ niedrigeren Niveau der Investitionstätigkeit und des Wachstums.

Noch deutlicher zeigen sich die Auswirkungen einer steigenden Fondseffektivität in der Belebungphase selbst. Bei einem hohen Auslastungsgrad der Kapazitäten — das wurde oben schon angesprochen — führt eine bestimmte Erhöhung der Nachfrage zu einer um ein Vielfaches höheren Investitionsnachfrage, so daß sich ein „sich selbst tragender“ Aufschwung entwickelt, der getrieben wird von einer Selbstverstärkung der Investitionskonjunktur. Je höher nun die Fondseffektivität, desto geringer die Investitionstätigkeit, die durch eine bestimmte Erhöhung der Nachfrage ausgelöst wird. Wichtig ist dabei nicht, daß das Verhältnis der Produktmenge zu den übertragenen Arbeitsmitteln ansteigt. Das wäre nur eine Folge der mit der erhöhten Fondseffektivität verbundenen allgemeinen Steigerung der Produktivkraft der Arbeit. Von diesem Standpunkt aus wäre es gleichgültig, ob die Steigerung der Produktivkraft in Form steigender Arbeitsproduktivität oder steigender Fondsintensität erfolgt. Dieser Aspekt soll hier aber nicht im Vordergrund stehen. Wichtig ist hier vielmehr, daß sich das stoffliche Verhältnis zwischen einer bestimmten Erhöhung der Nachfrage nach Konsumgütern und der daraus resultierenden Erhöhung der Nachfrage nach Arbeitsmitteln verändert. Denn es ist dieser Akzelerationszusammenhang, der im Aufschwung zu einer Loslösung der Produktion von der Konsumtion führt und damit unter kapitalistischen Bedingungen die Schranke hinausschiebt, die der Erweiterung der Produktion durch die Tendenz zur relativen Beschränkung der Konsumtionskraft auferlegt ist. Indem der Zusammenhang zwischen Produktion und Konsumtion im Zuge steigender Fondseffektivität enger wird, tritt die durch die kapitalistischen Verteilungsverhältnisse beschränkte Konsumtionskraft als ständig zu überwindende Schranke des Wachstums deutlicher hervor. Allgemein gesagt: Eine steigende Fondseffektivität bindet die Akkumulation von fixem Kapital enger an die Entwicklung der Konsumtionskraft und untergräbt damit das dynamische Element des kapitalistischen Wachstumsprozesses. Auf diesem Wege, durch die Untergrabung des zyklischen Moments, wird auch die längerfristige Wachstumstendenz verändert.

IV. Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Der zu beobachtende Rückgang der „Investitionsquote“ könnte also u. a. auch in diesen geschilderten stofflichen Veränderungen begründet sein. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der wirtschaftspolitischen Diskussionen der letzten Jahre von Bedeutung. Forderungen nach Erhöhung der Investitionsquote im privaten Bereich stehen unter diesen Bedingungen in einem offenen Gegensatz zu den neuen Möglichkeiten, die der technische Fortschritt mit sich bringt.³⁸ Denn die adäquate Folge einer steigenden Fondseffektivität ist die Erhöhung der Konsumquote, d. h. ein größerer Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts kann die stoffliche Gestalt von Konsumgütern haben. Dies ist zwar die Konsequenz jeder Form der Produktivkraftsteigerung. Bei der Erhöhung der Fondseffektivität kommt jedoch hinzu, daß tendenziell gesellschaftliche Arbeit freigesetzt wird, die in Form von fixem Kapital vorgeschossen werden muß.

Da im Kapitalismus der Verwertungsprozeß den Arbeitsprozeß reguliert, ist die naheliegende Lösung einer erhöhten Konsumquote nicht ohne weiteres realisierbar. Denn der Konsum ist unter kapitalistischen Verteilungsverhältnissen wesentlich durch den Umfang der Beschäftigung³⁹ und den Wert der Arbeitskraft bestimmt, im Kern also durch die Akkumulation des Kapitals.

Diese Grenze wird allerdings durch die Klassenauseinandersetzungen beeinflußt, kann also auch im Rahmen der kapitalistischen Verteilungsverhältnisse verschoben werden. Dabei sind die veränderten stofflichen Bedingungen in der Produktion ein Moment, das mobilisierend wirken kann. Die Diskussion um Arbeitszeitverkürzungen, die im Zusammenhang mit Rationalisierung und Arbeitslosigkeit gegenwärtig geführt wird, macht diesen Zusammenhang deutlich.

Die Erhöhung der Konsumquote — daran soll erinnert werden — kann allerdings auch die Form eines wachsenden „Konsums“ der Kapitalisten in Form von zunehmendem Parasitismus annehmen. Entsprechende Tendenzen sind zu beobachten. Dazu gehört nicht nur ausgesprochener Luxuskonsum, sondern auch die Erweiterung der Rüstung und der Ausbau parasitärer finanzkapitalistischer Institutionen, die sich mit spekulativen Formen der Geldkapitalanlage befassen.⁴⁰ Begrenzt wird diese Tendenz zum Parasitismus allerdings durch den Zwang zur Akkumulation, der den Einzelkapitalen als äußerer Zwang gegenübertritt und parasitäre Verwendungsformen von Mehrwert beschränkt.

38 „Auch wenn diese Entwicklung (der steigenden „Kapitalproduktivität“, der Verf.) nicht schon die herrschende Entwicklung wiedergibt, so scheint ihre Bedeutung in den letzten Jahren zugenommen zu haben; ihre weitere Durchsetzung wird künftig die Disproportionalitäten zwischen Kapazitätsaufbau und Kapazitätsauslastung weiter verschärfen bzw. soweit die Unternehmen dieses Mißverhältnis erkennen, werden sie die Investitionstätigkeit weiter einschränken. Hier demonstriert die Privatwirtschaft offensichtlich, daß sie die Möglichkeiten des technischen Fortschritts nicht wohlfahrtssteigernd anzuwenden in der Lage ist.“ Memorandum 1979, Vorrang für Vollbeschäftigung, hektograph. Fassung, S. 19. Dies kann allerdings auch die Form verstärkter Investitionstätigkeit bei beschleunigter und staatlich forcierter Kapitalvernichtung annehmen.

39 Anzumerken ist, daß die hier unterstellte Tendenz zur Steigerung der Fondseffektivität begleitet ist von einem zumindest unveränderten Tempo der Personalfreisetzung, das sich im Anstieg der „Arbeitsproduktivität“ ausdrückt.

40 Ein äußerer Ausdruck dieser Tendenz ist die wachsende Devisenspekulation und die durch die Krise praktisch unberührt gebliebene Expansion der Banken. Vgl. Die Ertragslage der Banken im Jahre 1977, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/1978, S. 21 ff. Siehe auch: Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse, hrsg. vom IMSF, Nr. 4/1978.

Der unter kapitalistischen Bedingungen sich anbietende Ausweg ist — so paradox es klingt — eine Beschleunigung des Tempos der Akkumulation. Ein größerer Teil des Produkts wird in Form von Produktionsmitteln hergestellt, so daß er stofflich für die Beschleunigung des Akkumulationsprozesses zur Verfügung steht. Dies begründet nun zunächst nicht notwendig eine Stockung von der Realisierungsseite aus. Denn die steigende Fondseffektivität bei weiter steigender Arbeitsproduktivität betrifft nur das Verhältnis zwischen dem gesamten Arbeitsaufwand und der Produktmenge, die sowohl die Gestalt von Arbeitsmitteln als auch von Konsumgütern haben kann. Es ist lediglich notwendig, daß die gewachsene Produktmenge vom Akkumulationsprozeß, der wesentlich Akkumulation von fixem Kapital ist, aufgenommen wird. Allerdings ist mit unserer Annahme einer in den 70er Jahren ansteigenden Fondseffektivität bei unverändert weiter ansteigender Arbeitsproduktivität⁴¹ eine beschleunigte Produktivkraftentwicklung unterstellt. Da die infolgedessen rascher wachsende Gütermenge nach unseren Voraussetzungen nicht von einer im gleichen Verhältnis wachsenden Konsumtionskraft begleitet wird, müßte sich unter Gleichgewichtsbedingungen das Akkumulationstempo in der Tendenz beschleunigen. Ein gleichgewichtiger Reproduktionsprozeß würde dann eine auch wertmäßig beschleunigte Akkumulation erfordern.

Ein solches Konzept würde allerdings die Lockerung der Beziehungen zwischen der Akkumulation von fixem Kapital und der Konsumtion implizieren. Unter den Bedingungen steigender Fondseffektivität wäre das nur dann durchführbar, wenn das Verhältnis zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und der Konsumtion auf dem Wege der Kapitalvernichtung verändert wird. Entsprechende Auswirkungen hätte die künstliche Beschleunigung des Verschleißes bzw. ein durchschnittlich niedrigerer Auslastungsgrad der Kapazitäten. Eine Vielzahl von wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Vergangenheit hatten objektiv die Funktion, den Investitionsprozeß dadurch anzuregen, daß der vorzeitige Ersatz von Anlagen für die Einzelkapitale rentabler wird als die Ausnutzung der bestehenden Kapazitäten.⁴² Es entsteht also die paradoxe Situation, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt und seine Anwendung eine Steigerung des Konsumanteils am Wertprodukt erlaubt, während die kapitalistischen Produktionsbedingungen eine Zunahme des Investitionsanteils erfordern. Dies ginge einher mit einer zunehmenden Verschwendung von Produktivkräften, die unter privatkapitalistischen Bedingungen zu einer Verschlechterung der Verwertungsbedingungen und einer Verlangsamung des Akkumulationstempos führen würde. Eine Fortsetzung der Akkumulation von Kapital muß unter diesen Bedingungen durch eine staatliche Übernahme der Kosten der forcierten Kapitalvernichtung, durch Steuerentlastungen oder durch direkte Subventionen gewährleistet werden. In der Folge wird der Spielraum des Staates für Aufgaben des gesellschaftlichen Konsums im weitesten Sinne eingeschränkt, obwohl die stofflichen Veränderungen eine kräftige Expansion dieses Bereichs möglich machen.⁴³

41 Das RWI nimmt z. B. an, daß die „Produktivitätsrate“ — gemeint ist die Arbeitsproduktivität, verstanden als „Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen“ — seit 1957 mit einer jährlichen Rate von 4,5 Prozent steigt und auch in Zukunft weiter steigen wird. Willi Lambers, Das Produktivitätspotential der westdeutschen Wirtschaft, in: Mitteilungen des RWI, 1/1976, S. 21.

42 Dazu gehört die befristete Investitionszulage von 1974/75, verschiedene Sonderabschreibungsmöglichkeiten, die Ausweitung der degressiven Abschreibung. Vgl. Beiträge des IMSF 4, Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik — Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der BRD in der Periode 1966/67 bis 1975/76, Frankfurt 1976, S. 129 ff.

Diese vom Standpunkt des Arbeitsprozesses — nicht des Verwertungsprozesses — paradox erscheinenden wirtschaftspolitischen Konsequenzen finden sich in einem bereits zitierten Aufsatz der „Mitteilungen des RWI“ in aller Deutlichkeit. Ausgegangen wird dabei von der Annahme, daß die Unternehmer als Reaktion auf steigende Lohnkosten auf effektivere Arbeitsmittel ausweichen, d. h. die Produktivkraft der Arbeit beschleunigt anheben. „Es liegt auf der Hand, daß der Übergang von relativ kapitalaufwendigen zu relativ kapitalsparenden Produktionsverfahren ein gedämpftes Investitionsverhalten der Unternehmen zur Folge hat und die produktivitätsinduzierte Eigendynamik des ökonomischen Prozesses bremst.“ Um diese Situation zu überwinden, stellt der Autor die Überlegung an: „Angesichts der Tatsache, daß Investitionen keinen Selbstzweck haben, sondern letztlich Instrument zur Sicherung und Steigerung des Wohlstands der Bevölkerung sind, scheint auf den ersten Blick die sich abzeichnende Umschichtung in der Verwendungsstruktur des Sozialprodukts zugunsten der konsumtiven Ausgabearten ökonomisch sinnvoll.“ Der Autor verwirft diesen Gedanken: „Wenngleich die Anpassungsfähigkeit und Flexibilität des ökonomischen Systems nicht gering zu veranschlagen sind, darf doch nicht übersehen werden, daß es von bestimmten hierarchischen Funktionalbeziehungen und gerichteten Verflechtungsstrukturen beherrscht wird und insofern nicht an jeder beliebigen Stelle für wirtschaftspolitische Interventionen offen ist.“ Hinter diesen verschwommenen Formulierungen verbirgt sich, wie aus dem Kontext deutlich wird, die Aussage, daß die herrschenden „Funktionalbeziehungen“ ihren wirtschaftspolitischen Ansatzpunkt eben nur an den unmittelbaren Verwertungsbedingungen in der Produktion hätten. Nachdem er den Außenhandel als Absatzfeld zwar in Betracht zieht, aber nur für begrenzt wirksam hält, kommt er zu der Feststellung: „Unter diesen Umständen ist das dargelegte Problem der unzureichenden langfristigen Eigendynamik nur durch die nachhaltige Steigerung der Investitionstätigkeit der gewerblichen Wirtschaft zu lösen.“ Es sei die Aufgabe der Wirtschaftspolitik (einschließlich der Lohnpolitik), die Unternehmer wieder zu mehr Investitionen mit höherem Kapitalkoeffizienten, d. h. mit niedrigerer Fondseffektivität und „geringeren unmittelbar produktionswirksamen Effekten zu veranlassen“.⁴⁴ Es wird also nichts anderes vorgeschlagen als der Verzicht auf technischen Fortschritt, soweit er sich in steigender Fondseffektivität niederschlägt. Dieser Vorschlag ist insoweit irreal, als die Konkurrenz, nicht etwa bloß die zu geringe Kapitalrentabilität, die Unternehmer zu den kostengünstigsten Verfahren drängt. Auffallend ist hier die Beliebbarkeit der Argumentation im konservativen Lager der Nationalökonomie. Während der Sachverständigenrat steigende Löhne als Ursache für die *Erhöhung* des Einsatzes von fixem Kapital (anstelle von lebendiger Arbeit) sieht, begründet das RWI damit den Übergang zu „kapitalsparenden“ Technologien. Während der Sachverständigenrat als Frucht niedriger Löhne einen zusätzlichen Einsatz von lebendiger Arbeit anstelle von fixem Kapital in Aussicht stellt, lockt das RWI die Gewerkschaften mit der Hoffnung auf zusätzlichen Einsatz von fixem Kapital.⁴⁵

Tatsächlich geht es den Autoren auch nicht um die Frage, wie sich das Arbeitsplatzan-

43 Dies ist der Kern der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Orientierung, die von Jung als „privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ bezeichnet wird. Vgl. Heinz Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD: Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 1/1978, S. 9 ff.

44 Willi Lamberts, Langfristige Entwicklungsbedingungen . . . , a. a. O., S. 14 ff.

45 Jahresgutachten 1977/78 des Sachverständigenrates, Ziffer 330.

gebot entwickelt, da die Stabilisierung der Verwertungsbedingungen des privaten Kapitals als entscheidender Hebel für die Überwindung der Wachstumsschwäche angesehen wird. Daher entspricht die Therapie des RWI auch durchaus den Bedürfnissen des Kapitals unter den veränderten Reproduktionsbedingungen. Eine gesellschaftliche Verschwendung von Produktivkräften — sei sie als Übergang zu Investitionen „mit geringeren . . . produktionswirksamen Effekten“ oder als Förderung von Entwertungsprozessen bezeichnet — soll auf Kosten des gesellschaftlich vermittelten und des privaten Konsums finanziert werden. „Eine solche grundlegende Änderung im Investitionsverhalten insbesondere der gewerblichen Wirtschaft ist jedoch bei einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik nicht wahrscheinlich, weil sie einen beschleunigten Verfall der Kapitalrentabilität nach sich ziehen würde . . . Dies könnte nur vermieden werden, wenn sich die Tarifparteien entschließen könnten, einen größeren Teil des Volkseinkommens zur Sicherung der Rentabilität der anzustrebenden höheren Investitionsausgaben bereitzustellen.“⁴⁶ Diesem Konzept folgt die offizielle Wirtschaftspolitik gegenwärtig in den meisten kapitalistischen Ländern.⁴⁷ Angestrebt wird eine Einschränkung der öffentlichen Ausgaben, soweit sie nicht der Stabilisierung der privaten Verwertungsbedingungen dienen. Angestrebt wird ebenfalls eine Senkung der Lohnkosten sowohl auf dem Wege der direkten Tarifabschlüsse als auch auf dem Umweg über die Steuerpolitik. Es ist dies ein Konzept, in dem die Kapitalverhältnisse als Grenze der Produktivkraftentwicklung sehr deutlich werden. Während der wissenschaftlich-technische Fortschritt eine beschleunigte Steigerung der Konsumtion bzw. eine Senkung der Arbeitszeit möglich macht, erfordern die kapitalistischen Produktionsverhältnisse umgekehrt eine Beschränkung der Konsumtion. Im Kern soll eine Verschwendung von Produktivkräften die Fortsetzung des Akkumulationsprozesses unter kapitalistischen Bedingungen ermöglichen.

Die Kernthese lautet: Der technische Fortschritt ermöglicht seit dem Beginn der 70er Jahre eine effektivere Ausnutzung der Arbeitsmittel in der verarbeitenden Industrie, so daß die Fondseffektivität in der Tendenz ansteigt. Dieser verstärkt in und nach der letzten Krise vorangetriebene Prozeß der Effektivierung der Arbeitsmittel hat dort die Grundlage der zyklischen Belebung, die Akkumulation von fixem Kapital, untergraben und damit die konjunkturelle und die Wachstumsdynamik geschwächt.

Die steigende Fondseffektivität wirkt dabei der Reinigungsfunktion der Krise in doppelter Hinsicht entgegen. Während die Krise die stofflichen Disproportionen zwischen Produktion und Markt beseitigen soll, tendiert die steigende Effektivität der Arbeitsmittel eher zu einer Vergrößerung der Produktionskapazitäten, behindert also ihre Anpassung an die Konsumtionskraft. Das wirkt sich auch behindernd auf die Bereinigung der wertmäßigen Disproportionen, d. h. auf die Verbesserung der Verwertungsbedingungen der Einzelkapitale als Folge der Krise aus. Denn indem die Effektivität des Arbeitsmittelbestandes erhöht wird, wird der Auslastungsgrad gedrückt. Das aber verschlechtert die Rentabilität des eingesetzten Kapitals und wirkt dem Effekt der Kostensenkung im Krisenverlauf entgegen. Die konjunkturelle Dynamik im Sinne eines „sich selbst tragenden

46 W. Lamberts, a. a. O., S. 21.

47 Vgl. Karl Marx und die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, Materialien der wissenschaftlichen Konferenz des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin/DDR 1979, insbesondere Hans-Joachim Höhne, Der kapitalistische Krisenbegriff unter den Bedingungen der gegenwärtigen Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, S. 9 ff.

Aufschwungs" wird erst dann wieder in Gang kommen, wenn eine deutlich beschleunigte Akkumulation von fixem Kapital vom Standpunkt der Rentabilität der Einzelkapitale lohnend erscheint. Dies setzt eine Bereinigung der stofflichen Disproportionen voraus, die in Form von unausgelasteten Kapazitäten auch wertmäßige Disproportionen beinhalten. Selbst nach vollzogener Bereinigung dieser Ungleichgewichte kann aus der gestiegenen Fondseffektivität eine verhaltenere Entwicklung konjunktureller Aufschwünge abgeleitet werden, da die Beziehungen zwischen der Entwicklung von Konsumgüter- und Investitionsgüternachfrage enger geworden sind, so daß ein Auseinanderreißen dieser an sich zusammengehörigen Momente in Form einer sich selbst beschleunigenden Investitionskonjunktur rascher manifest würde.

Den in der verarbeitenden Industrie festzustellenden Tendenzen zur Steigerung der Fondseffektivität stehen allerdings gesamtwirtschaftlich entgegenwirkende Tendenzen gegenüber. Ob die Tendenz zu steigender Fondseffektivität dabei überwiegt, soll hier nicht untersucht werden.

Für unseren Argumentationszusammenhang bedeutet das, daß in der verarbeitenden Industrie frei werdendes Kapital in anderen Bereichen Anlagesphären finden könnte, in denen die Akkumulation von fixem Kapital nur geringe Kapazitätserweiterungseffekte im Verhältnis zur Investitionsnachfrage bewirken würde. Es würde so zusätzliche Nachfrage erzeugt, ohne daß die vorhandenen Kapazitäten im gleichen Maße erweitert würden.

Einige dieser Bereiche seien genannt:

— Die Möglichkeit kostenloser Abgabe von Schadstoffen an die Natur ist begrenzt. Diese Grenzen sind allerdings ziemlich weit, ihre Verletzung würde nicht unmittelbar die Grundlage der Kapitalverwertung gefährden. (Wie man sieht.) Die Umlenkung von gesellschaftlichen Ressourcen vor allem in Form von sehr langfristig angelegtem fixem Kapital würde einen beträchtlichen Nachfrageeffekt besitzen, ohne daß die Produktionskapazitäten entsprechend mitwachsen.

— Rohstoffe und ihre Gewinnung werden tendenziell teurer, d. h. in vielen Bereichen wäre ein wachsender Aufwand an Ressourcen notwendig, ohne daß die Produktmenge dadurch im gleichen Maße erhöht würde. Dem wirken allerdings in der Fördertechnik usw. wirksame Faktoren entgegen. Zum Teil findet auch ein Ersatz durch billigere neue Rohstoffe statt.

— Die Verteuerung der Energie erfordert in vielen Bereichen die Einführung von energiesparenden Techniken. Das dürfte vielfach mit einem zusätzlichen Investitionsaufwand verbunden sein.

— Der Wert der Ware Arbeitskraft wird durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmt, so daß steigende Produktivkraft der Arbeit keineswegs identisch sein muß mit einem entsprechend sinkenden Wert der Arbeitskraft. Viele Momente wirken dem entgegen: wachsende Arbeitsbelastung, Qualifikationsmomente, wachsende individuelle und gesellschaftlich vermittelte Bedürfnisse usw. Diese Momente werden teilweise durch Verteilungskämpfe vermittelt, teilweise auf der staatlichen Ebene. Für unseren Zusammenhang ist wichtig, daß in stärkerem Maße Bedürfnisse in den Vordergrund treten, deren Befriedigung mit der Ausweitung von Infrastrukturinvestitionen verbunden ist.

Diese Beispiele sollen nur verdeutlichen, daß sich im Zuge der veränderten Reproduktionsbedingungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene auch neue Verwendungsmöglichkeiten für das frei werdende Kapital eröffnen. Unter stofflichen Gesichtspunkten würde eine entsprechende Umlenkung der gesellschaftlichen Ressourcen die Bedingungen für

eine Belebung der konjunkturellen Dynamik und damit auch eine Stabilisierung der Wachstumsdynamik auf etwas längere Sicht eröffnen.

Diese Umlenkung von Kapital in diese Verwendungsbereiche setzt sich unter den gegebenen Bedingungen jedoch nicht bzw. nur partiell über den Markt-Profit-Mechanismus durch. Das dort fixierte Kapital nimmt zum größten Teil nicht an der Verteilung der gesamtgesellschaftlichen Profitsumme teil. Ihre Erschließung als profitable Anlagesphären von privatem Kapital ist dadurch jedoch nicht unbedingt ausgeschlossen.⁴⁸ Eine entsprechende Umstrukturierung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals in die genannten Bereiche, wie es im Zuge der ökonomisch-technischen Entwicklungen möglich und teilweise auch erforderlich ist, ist aber vom Standpunkt der privaten Einzelkapitale aus gesehen mit vielen Widersprüchen verbunden. Entscheidend ist, daß das zu weiten Teilen nur auf dem Wege direkter oder indirekter staatlicher Eingriffe erfolgen kann. Wichtige Bedingungen für die wertmäßige und stoffliche Proportionalität des kapitalistischen Reproduktionsprozesses werden staatlich gesetzt, ohne daß dadurch sein anarchischer Charakter berührt wird. Die Richtung der staatlichen Eingriffe geht zunächst von den Interessen der privaten Einzelkapitale, vor allem der monopolistischen Kapitale aus, deren Verwertung und Akkumulation es zu sichern gilt. Dabei sind verschiedene Strategien denkbar, die jedoch die Widersprüche nur an andere Stellen verlagern.

Die Richtung, der Umfang und die Methoden der staatlichen Zugriffe sind dabei aber nicht nur ein Reflex der kapitalistischen Verwertungsbedingungen. In einem widersprüchlich bestimmten Zusammenhang mit diesen stehend, unterliegen sie auch politischen Prozessen, die von der Arbeiterklasse beeinflußt werden können. Dabei bietet die aktuelle Situation einer niedrigen Kapazitätsauslastung bei schwacher Investitionstätigkeit und großen anlagesuchenden Kapitalmassen eine Vielzahl von Ansätzen für eine wirtschaftspolitische Strategie der Arbeiterbewegung. Die wachsende Effektivität der Arbeitsmittel in der Produktion vergrößert den Spielraum für eine Erweiterung des individuellen und gesellschaftlichen Konsums, eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Ausweitung öffentlicher Investitionen. Bei den Auseinandersetzungen um diese Fragen geht es darum, die Möglichkeiten und Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Interesse der Masse der Bevölkerung besser auszuschöpfen. Es ist dies eine Form, in der die entwickelten Produktivkräfte gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse rebellieren.

Der im vorliegenden Aufsatz gemachte Versuch, die veränderten Wachstumsbedingungen des Kapitalismus am Beispiel der BRD aus Strukturveränderungen des Reproduktionsprozesses abzuleiten, geht zwar von stofflichen Veränderungen in der Produktion aus, stützt sich aber wesentlich auf die Differenzierung der Anlagesphären von staatlichem und privatem Kapital. Während davon ausgegangen wird, daß in den Kernbereichen der privaten Anlagesphären, in der industriellen Produktion, der technische Fortschritt gegenwärtig zur relativen Freisetzung von fixem Kapital führt, wächst der Kapitalbedarf in den Sektoren, in denen das staatliche Kapital unter weitgehendem Verzicht auf Verwertung vorherrschend ist. Infolgedessen ist eine der Veränderung der stofflichen

48 So muß die gegenwärtig sichtbare Tendenz zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Produktionen als Versuch begriffen werden, dem privaten Kapital zusätzliche neue Anlagesphären zu erschließen. Zu diesem Zweck muß auf dem Wege der Preispolitik allerdings eine ausreichende Rentabilität gewährleistet werden.

Strukturen entsprechende Kapitalwanderung gehemmt. Eine Überwindung der stofflichen Disproportionen, wie sie sich in einer anhaltend niedrigen Auslastung der industriellen Anlagen und des Arbeitskräftepotentials ausdrücken, setzt eine den veränderten stofflichen Reproduktionsbedingungen entsprechende Umlenkung der Kapitalströme zugunsten der öffentlichen Investitionen und/oder eine Veränderung der Verhältnisse zugunsten des Konsums bzw. der Freizeit voraus.

Analyse der ökonomischen Stagnationstendenzen Bericht über eine IMSF-Tagung

Winfried Schwarz

I. Veränderungen im Reproduktionstyp und Investitionstätigkeit; — II. Monopole und ökonomische Dynamik; — III. Staat und ökonomische Stagnation; — IV. Weltwirtschaftliche Einflüsse und Umschichtungen.

„Stagnation der kapitalistischen Wirtschaft?“ lautete die Fragestellung einer Diskussionsveranstaltung, die das IMSF am 2./3. Dezember 1978 in Frankfurt/Main durchführte. Gegenstand der Diskussion waren somit die ökonomischen Stagnationstendenzen, die in vielen kapitalistischen Ländern nach der Krise 1974/75 wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung ausübten und am sichtbarsten in der weiterhin vorherrschenden Investitionsschwäche und der Veränderung der Investitionsstruktur zum Ausdruck kamen, die aber auch dem Phänomen der ‚Entkoppelung von Wirtschaftsbelebung und Beschäftigung‘ zugrunde lagen.

Unter den etwa 40 Diskussionsteilnehmern traten auch Gäste aus der DDR, Frankreich, Italien und den Niederlanden in der Diskussion auf.

Die Stagnationstendenzen wurden in vier Diskussionskomplexen analysiert, die jeweils zentrale Aspekte des Reproduktionsprozesses des zeitgenössischen Kapitalismus betreffen:

- I. Veränderungen in den Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals
- II. Monopole und ökonomische Dynamik
- III. Staat und ökonomische Stagnationstendenzen
- IV. Einflüsse des Weltmarktes

Zu jedem Diskussionskomplex wurden Thesenpapiere vorgelegt, die zur Einleitung der jeweiligen Diskussionsrunde von ihren Verfassern erläutert wurden. Während die Problematik der Komplexe II.—IV. bis dato schon ihren Niederschlag in der Literaturdiskussion gefunden hatte, handelte es sich beim Komplex I. um einen Aspekt, der erst in Ansätzen in der marxistischen Diskussion Beachtung gefunden hat, weshalb es die Veranstalter für notwendig erachteten, dieser Fragestellung — neben den vorgelegten Thesen — das Einleitungsreferat zu widmen.

Dieser Bericht referiert die wichtigsten in der Diskussion vorgetragenen Standpunkte und Argumentationslinien. Er kann allerdings nicht beanspruchen, die Diskussion in ihrer ganzen Vielfalt wiederzugeben.

I. Veränderungen im Reproduktionstyp und Investitionstätigkeit

Da das Einleitungsreferat von Jörg Goldberg (IMSF), dessen wichtigste Gesichtspunkte auch in den vorgelegten Thesen enthalten waren, vollständig in der vorliegenden Jahrbuch-Ausgabe abgedruckt ist, kann hier auf eine ausführlichere Darstellung verzichtet werden.

Goldberg analysiert die bekannten Erscheinungen schwacher Investitionstätigkeit und hoher Anteile von Rationalisierungsinvestitionen unter dem Gesichtspunkt der Veränderung des stofflichen Substrats des fixen Kapitals.

„Für die 70er Jahre gibt es eine große Zahl von empirischen Hinweisen dafür, daß sich in der Folge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der verarbeitenden Industrie (der BRD, d. Verf.) strukturelle Veränderungen im Verhältnis zwischen Arbeitsmittelfonds und Produktmenge vollzogen haben.“ Die Effektivität der Arbeitsmittel habe derart zugenommen, daß für ein gegebenes Produktquantum verhältnismäßig weniger Arbeitsmittel benötigt werden.

Der Ausweg in eine Umstrukturierung der gesellschaftlichen Arbeit zugunsten erhöhter Konsumgüterproduktion, der sich als logisch mögliche Alternative anbietet, ist aber unter kapitalistischen Verhältnissen versperrt. Er hätte zur Vorbedingung, daß die kapitalistische Produktion des Konsums und nicht des Profits wegen funktioniert.

Diese Tendenzen einer steigenden Fondseffektivität der Arbeitsmittel, die wohlge-merkt nur in der verarbeitenden Industrie (erhöhter wissenschaftlich-technischer Fortschritt) nachgewiesen werden können, könnten allerdings auf gesamtwirtschaftliche Gegentendenzen stoßen. Überschüssigem Kapital stünden durchaus Anlagesphären zur Verfügung. Zu nennen sind notwendige höhere Investitionen für Umweltschutz, Rohstoffförderung, Energie oder für Einrichtungen zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft. Die Finanzierung dieser Bereiche ist jedoch vom Standpunkt der privaten Einzelkapitale mehr als problematisch, da dort die Verwertungsmöglichkeiten begrenzt sind. Sie ist größtenteils nur vom Staat durchzuführen, der das freiwerdende Kapital in neue Verwendungsbereiche lenken müßte. Als wirtschaftspolitische Konsequenz ergibt sich: Zur Überwindung der Stagnationstendenzen ist eine Steigerung des Konsum- und Staatsanteils notwendig.

Diskussion:

Nachdem sich die Teilnehmer allgemein darüber verständigt hatten, daß man für die konjunkturelle Situation der Bundesrepublik nicht von einer Stagnation im strengen Sinne sprechen könne, sondern die Formulierung „verlangsamtes Wachstum“ der gegenwärtigen Phase begrifflich am ehesten gerecht werde, entspann sich eine Diskussion im wesentlichen über zwei Komplexe: erstens zu Fragen der Krisentheorie, insbesondere der theoretischen Erklärung des unteren Wendepunkts und des Aufschwungs, und zweitens zu Problemen der empirischen Belegbarkeit der stofflichen Veränderung der Arbeitsmittel.

H. Schui und *J. Huffschnid* (beide Bremen) traten bei der allgemein-theoretischen Erklärung der Wende von der Krise zum Boom für eine stärkere Berücksichtigung der Preisbewegungen ein. Die Reinigungsfunktion der Krise vollziehe sich vornehmlich über Kapitalentwertung im Sinne von Umverteilung, indem die Preise relativ, nämlich im Verhältnis zu den stabileren Löhnen, zurückgingen. *Huffschnid* insbesondere wollte deshalb bei der Aufschwungserklärung neben der Bewegung des fixen Kapitals stärker dieses Moment berücksichtigen wissen. Das Eintreten bzw. — im vorliegenden Fall — das Ausbleiben des Aufschwungs sei unter diesen Bedingungen davon abhängig, wie weit die Kapitalentwertung im Verhältnis zu der durch die Löhne und Transfereinkommen bedingten Massennachfrage vorangeschritten sei. Indessen vollziehe sich dieser Prozeß nicht rein,

sondern werde durch die Monopolisierung stark behindert. *F. Rische* (Düsseldorf) stimmte *Huffs Schmid* zu, daß auch nach seiner Auffassung der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter um den Reallohn zu einer leichten Ausweitung des inneren Marktes geführt und damit eine weitere Vertiefung der Krise aufgehalten habe. *Rische* leitete daraus ab, den subjektiven Faktor, vor allem den Kampf der Arbeiterklasse um den Wert ihrer Arbeitskraft in die wissenschaftlichen Untersuchungen stärker miteinzubeziehen.

Ebenfalls auf das Preisproblem, nämlich auf die chronische Inflation, machte *H. Burg* (Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin) aufmerksam. Die kontinuierlichen Preiserhöhungen stimulierten Rationalisierungsinvestitionen in höherem Maße als andere, da selbst die einfachen Ersatzinvestitionen ständig teurer würden. Relative Vorteile von dieser Entwicklung hätten die Monopole, die im Unterschied zu den kleineren Kapitalen über ausreichende Finanzierungsmittel und -quellen verfügten.

In einigen Beiträgen wurde die Bedeutung des Umschlags des fixen Kapitals für die Krise und ihre Zyklichkeit problematisiert. *H. Heseler* (Bremen) argumentierte mit den großen Unterschieden in der Lebensdauer der Anlagen (zwischen 5 und 30 Jahren), die ein Gleichlaufen des Verschleißes unwahrscheinlich machten. *J. Bischoff* (Hamburg) wollte aus der *Marx*-Passage, daß der Umschlag des fixen Kapitals die „materielle Grundlage des Zyklus“ sei, lediglich auf die Zyklichkeit der Bewegung, nicht aber auf die Länge des Zyklus selber schließen lassen.

Der Unterschied in der Lebensdauer ist nach Meinung *Goldbergs* jedoch kein Gegenargument, weil zur Krisendetermination die Lebensdauer der Anlagen in den wichtigsten Branchen ausreiche. Auch das Übersteigen der Lebensdauer über die Zyklenlänge spreche nur dagegen, ausschließlich die Ersatzinvestitionen als materielle Krisengrundlage und als autonomen Aufschwungsfaktor zu begreifen. Allerdings, so betonte er, sei es eine seines Erachtens z. Z. noch ungeklärte Frage, ob die Verschleißdauer des fixen Kapitals zur Berechnung der Zyklenlänge genüge oder nicht.

Ein weiteres theoretisches Problem war die wertmäßige Auswirkung der stofflichen Veränderung der Arbeitsmittel (erhöhte Fondseffektivität) auf die organische Zusammensetzung des Kapitals. *H. Asche* (Westberlin), *H. Heseler* (Bremen) u. a. zufolge müßten die von *Goldberg* konstatierten stofflichen Veränderungen zu einer Senkung der organischen Zusammensetzung führen. In Wirklichkeit steige aber die organische Zusammensetzung.

Demgegenüber machte *Goldberg* darauf aufmerksam, daß es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Erhöhung der Fondseffektivität und der organischen Zusammensetzung nicht gibt, da wohl für ein gegebenes Produktquantum ein verringerter Kapitalvorschuß erforderlich würde, aber gleichzeitig in den meisten Fällen auch die Beschäftigtenzahl je Produkteinheit verringert werde. Das schließe selbstverständlich nicht aus, daß sich die Verwertungsverhältnisse des industriellen Kapitals dadurch tendenziell verbessern könnten; für die Verwertungsverhältnisse des gesellschaftlichen Gesamtkapitals müßten jedoch auch die Gegenteilstendenzen berücksichtigt werden, die innerhalb der Gesamtwirtschaft gegenüber der Teilsphäre der verarbeitenden Industrie wirksam seien.

Unterschiedliche Ansichten wurden zur Signifikanz und Aussagekraft der von *Goldberg* zum empirischen Beleg seiner Thesen verwendeten Datenreihen vertreten. Dabei wurde auch darauf verwiesen, daß sich der wissenschaftlich-technische Fortschritt in den von verschiedenen Instituten ermittelten und verwendeten Kennziffern überhaupt nicht oder nur völlig ungenügend niederschläge.

Wenn verschiedene Diskussionsteilnehmer den Überlegungen *Goldbergs* auch mit

Skepsis gegenüberstanden, so bestand die Stärke seiner Argumente vor allem darin, daß er auf die unbezweifelbaren Prozesse der wissenschaftlich-technischen Entwicklung in der Produktion verweisen konnte und diese Prozesse vom Standpunkt der Marxschen Reproduktions- und Krisentheorie ins Visier nahm. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß diesen Gesichtspunkten in der Analyse der Wirtschaftsentwicklung der BRD eine zunehmend zentrale Bedeutung zukommt.

II. Monopole und ökonomische Dynamik

Im zweiten thematischen Block trug *Jörg Huffschmid* (Bremen) einleitende Thesen vor:

1. Wie der Verlauf des Zyklus 67/72 gezeigt hat, waren die Monopole (als Index für den monopolistischen Sektor werden die Angaben für die 50 größten Industrieunternehmen verwendet) einerseits die ersten, die am Ende der Krise wieder investierten und andererseits die ersten, die auf der Spitze des Booms die Investitionen kürzten. Insofern trugen die Monopole zur Verkürzung und Dämpfung des Zyklus bei. „Im Rahmen eines autonom funktionierenden ökonomischen Zyklus ist dies erklärbar aus dem Vorsprung an Übersicht und strategischen Planungsvariablen auf seiten der Großunternehmen.“

2. Reichen die autonomen Aufschwungkräfte nicht aus, auf die die Monopole investiv reagieren könnten, dann können die Monopole zur Verlängerung der bestehenden konjunkturellen Schwäche beitragen: Im Unterschied zu nichtmonopolistischen Unternehmen, die auch in der Krise unter Konkurrenzdruck zur Weiterinvestition gezwungen sind, „bieten sich für die Monopole eine Reihe von Alternativstrategien zur Anlage ihres Profits“. Z. B. Auslandsinvestitionen oder Wertpapieranlagen. Letztere sind zwar für das Einzelkapital Akkumulation, aber nicht gesamtwirtschaftlich, weil weder neue Kapazitäten geschaffen werden noch zusätzliche Produktion in Gang gesetzt wird.

Fazit aus 1. und 2.: Monopole verstärken die jeweils vorhandene konjunkturelle Tendenz. Bei stark ausgeprägtem Zyklus werden durch monopolistisches Verhalten Auf- und Abschwung vorverlegt, die jeweiligen Wendepunkte werden früher herbeigeführt. Bei schwach ausgeprägtem Zyklus reagieren die Monopole dementsprechend umgekehrt, nämlich mit Akkumulation zurückhaltend. Sie verstärken dann die stagnative Entwicklung. Voraussetzung für beides ist die Existenz eines autonomen, d. h. großenteils unabhängig vom Monopol determinierten ökonomischen Basiszyklus. „Die eigentliche Frage nach dem Zusammenhang von Monopol und ökonomischer Dynamik zielt auf diese Voraussetzung, auf das Problem, ob der Basiszyklus selbst durch zunehmende Monopolisierung beeinflusst wird.“

3. Die Frage, ob das Monopol eine autonome Tendenz zur Stagnation erzeugt, läuft auf die Frage nach der Rolle der Monopole bei der periodischen Selbstreinigung der Verwertung des Gesamtkapitals hinaus. „Zunehmende Zentralisierung und Monopolisierung spielen in diesem Zusammenhang eine doppelte Rolle: Durch Umverteilung der Profite und Reorganisation der Produktions- und sonstigen Rahmenbedingungen schaffen sie für den dominierenden Sektor temporär bessere Verwertungsbedingungen (durch größere Exploitation von Zulieferern und Abnehmern, härtere Ausbeutung der Arbeiter und bessere Alimentierung durch den Staat). Sie mobilisieren also die gesellschaftlichen Reserven, die zur Kapitalverwertung noch vorhanden sind. Insofern ist das Monopol als alle Bereiche der Gesellschaft durchdringende und auch politisch zunehmend reaktionär agie-

rende Kapitalform der Hebel, um die in der Kapitalverwertung liegende Tendenz zur langfristigen Überakkumulation und Überproduktion zeitweise zu überwinden.

Auf der anderen Seite werden diese Reserven so eingesetzt, daß sie immer weniger zu einem — kurzfristigen — gesamtwirtschaftlichen ökonomischen Aufschwung führen, sondern die allgemeinen stagnativen Tendenzen — die durch das Wachstum des Kapitalstocks und seine ausbleibende Entwertung verursacht sind — verstärken. Indem das Monopol die gesellschaftlichen Reserven der Kapitalverwertung einerseits mobilisiert, andererseits nicht produktiv einsetzt, schlägt das vorwärtsweisende Moment von Planung in gesellschaftlichen Dimensionen, das Monopole auszeichnet, faktisch um in nachlassende gesamtwirtschaftliche Dynamik und zunehmenden Parasitismus. Der Kapazitätsausbau der Monopole stockt oder wird in engen Grenzen gehalten (VW investiert trotz Automobilhochkonjunktur nicht). Gleichzeitig wird durch zunehmende Profitzentralisierung der Break-even-point immer weiter heruntergedrückt, so daß hohe Profitabilität auch bei niedriger Kapazitätsauslastung gewährleistet ist, eine Methode, mit der den Wirkungen der tendenziell zurückbleibenden Nachfrage entgegengesteuert wird. Das Ganze ist natürlich enorme gesellschaftliche Verschwendung und Zerstörung von produktiven Ressourcen."

Aufgrund der letztgenannten Verhaltensweise der Monopole ist die staatliche Wirtschaftspolitik immer weniger in der Lage zu „greifen“. Der durch den Staat induzierte Profit ist vor allem zusätzlicher Monopolprofit, dessen Verwendung der monopolistischen Zielsetzung untergeordnet wird. Diese kann durchaus Investitionszurückhaltung anstatt Investitionsankurbelung bedeuten. „Die Effizienz staatlicher Konjunkturförderung nimmt also mit zunehmender Monopolisierung deutlich ab“.

Diskussion:

Die Auseinandersetzung mit *Hufschmids* Thesen entwickelte sich vor allem an seiner Auffassung von Kapitalentwertung: außer stofflicher Vernichtung gäbe es nur Umverteilung von Werten, aber keinen gesamtgesellschaftlichen Wertverlust. *H.-J. Höbme* (IPW, Berlin) vertrat demgegenüber die Ansicht, auch Verzicht auf Verwertung, wie bei Nichtauslastung der Fall, bilde eine Form von Entwertung. Ein Merkmal des staatsmonopolistischen Kapitalismus sei nachgerade der Verzicht von (staatlichen) Teilen des Gesamtkapitals auf Selbstverwertung als Bedingung der höheren Verwertung privater Monopole.

H. Heseler führte die Entwertungsproblematik auf die Grundfrage nach dem Begriff des Wertes zurück. Wenn Wert, so auch *Hufschmid*, nichts als gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit sei, dann würde seine Größe unabhängig vom Bedarf der Gesellschaft nach der entsprechenden Ware bestimmt. Vorhandener Kapitalwert, etwa fixiert in Arbeitsmitteln, könne deshalb nicht durch den Rückgang der Nachfrage sinken, sondern nur durch stoffliche Stilllegung jenes Arbeitsmittels. Gerade dieser Umstand, daß Reduktion des Werts des vorhandenen Kapitalstocks nur durch stoffliche Vernichtung möglich sei, sei eine Ursache für die Erschwerung des Selbstreinigungsprozesses des Kapitals in der Krise.

Kritik an diesem Wertbegriff wurde in der folgenden Debatte geübt. Die Wertgröße einer Ware, wurde eingewandt, sei — da der Wert ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen den Produzenten repräsentiere — nicht durch die zu ihrem Herstellungstermin gültige, in ihr enthaltene gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt, sondern durch die ge-

genwärtig notwendige. Entwertung bereits produzierter Waren wäre danach auch ohne stoffliche Vernichtung oder Wertumverteilung möglich — durch absolute Verminderung vorhandener Wertgrößen. Z. B. hieße ein niedrigerer Wiederbeschaffungswert aufgrund technischen Fortschritts zugleich niedrigerer Wert oder Entwertung der noch in Betrieb befindlichen Anlagen.

Auf den Einwand, daß die Monopolisierung als vorherrschende Dauertendenz nicht die aktuelle Ursache der Stagnation hier und jetzt sein könne, antwortete *Huffs Schmid*, daß gerade dadurch, daß der Umverteilungsprozeß zugunsten der Monopole nicht periodisch durch Dezentralisierung abgelöst bzw. rückgängig gemacht würde, sondern die Zentralisierung historisch irreversibel vorangeschritten sei, die aktuelle Stagnation so langwierig werde. Denn eben durch den fortgeschrittenen Monopolisierungsprozeß habe sich der Spielraum der Monopole bei der Mobilisierung von Verwertungsreserven aus dem nicht-monopolistischen Bereich so stark eingeeengt, daß die monopolistische Umverteilung für einen durch die Monopole geprägten Aufschwung nicht mehr ausreiche.

Einen alternativen Erklärungsversuch der Stagnation legte *J. Bischoff* (Hamburg) vor. Nach seiner Auffassung sind es vor allem Umverteilungsprozesse zwischen fungierendem und zinstragendem Kapital, welche den Aufschwung gegenwärtig blockieren. Die verschiedenen Formen des zinstragenden Kapitals absorbieren einen ständig angewachsenen Teil des Nettoprofits und entzögen dem fungierenden Kapital auf diese Weise die notwendigen Mittel — was zu einer „Schrumpfung des produktiven Arbeitskörpers“ der Gesellschaft geführt habe zugunsten eines enormen Überbaus im Kreditwesen. In der Diskussion wurde darauf verwiesen, daß dieser Erklärungsansatz längst in der — von *J. Bischoff* abgelehnten — Theorie des Monopolkapitalismus integriert sei — in der Theorie des Finanzkapitals. Weiter wurde eingewandt, daß die alternative Verwendung des anlagensuchenden Kapitals in der Form von monetärem oder zinstragendem Kapital nicht die Ursache mangelnder Verwertung des industriell fungierenden Kapitals sei, sondern umgekehrt der Mangel an profitablen produktiven Anlagemöglichkeiten erst dem Einzelkapital das Ausweichen in die Wertpapieranlage u. dgl. rentabler erscheinen lasse als eine Investition in den Produktionsprozeß.

III. Staat und ökonomische Stagnation

Das dritte Thema wurde von *Heinz Jung* (IMSF) mit Thesen eingeleitet. Wider Erwar- ten vieler marxistischer Ökonomen habe Krise und Stagnation seit 1973 nicht zu einer neuen Stufe der staatsmonopolistischen Regulierung geführt — etwa zu neuen Formen staatlicher Eingriffe in die Privatwirtschaft bis hin zu Investitionskontrollen. „In der BRD, aber nicht nur hier, setzt sich die privatmonopolistische Entwicklungsvariante in hohem Maße in der Orientierung der staatlichen Wirtschaftspolitik durch.“ (*Jung*) Feststellbar ist ein Trend zur staatlichen Zurückhaltung in der unmittelbaren konjunkturellen und strukturellen Steuerung zugunsten einer vornehmlich indirekten Stützung privater Wirtschaftstätigkeit. In der Wirtschaftspolitik bedeutet dies eine weitgehende Verlagerung von haushaltspolitischen Konzepten zu geld- und kreditpolitischer Förderung des Reproduktionsprozesses.¹

1 Vgl. H. Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD: Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven, Entwicklungstendenzen 1973 bis 1978, in: Marxistische Studien, Jahrbuch der IMSF 1/1978, S. 9—57.

Zum Hintergrund dieser Umorientierung gehöre die außer Kontrolle geratene Inflation Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre, welche die Außenexpansion des BRD-Monopolkapitals behinderte. Die Senkung der Preissteigerungsrate als Vorbedingung der Exportsicherung sei das „zentrale Kettenglied“ des neuen Kurses, der mit den Methoden der keynesianischen Staatsausgabenpolitik (wie in der Krise 66/77 angewandt) nicht zu realisieren gewesen wäre. „Für die BRD findet in dieser Periode die genannte Entwicklungsvariante ihre Konkretisierung in der sogenannten Stabilitätspolitik, mit deren Durchsetzung der SMK Voraussetzungen der weiteren Außenexpansion des westdeutschen Monopolkapitals sicherstellt und die sogenannte Modernisierung bzw. Umstrukturierung der Wirtschaft forciert.“ Die Stagnationstendenzen der Gesamtwirtschaft werden auf diese Weise nicht überwunden, sondern noch verstärkt. „Ein anderes Urteil muß m. E. abgegeben werden, legt man als Kriterium die Verwertungs- und Expansionsinteressen des Monopolkapitals an.“

Insofern der Staat als Instrument der Sicherung von Klassenherrschaft in seinen ökonomischen Aktivitäten stets auf das Kräfteverhältnis der Klassen reagieren muß, war „absolute sozialökonomische Bedingung dieses Kurses“ ein starkes innenpolitisches Kräfteübergewicht des Monopolkapitals über die Arbeiterklasse und andere nichtmonopolistische Kräfte. Die Gegentendenzen der Arbeiterklasse seien weitgehend auf der reaktiven Ebene der Sicherung der Reallöhne verblieben. In keinem der wichtigen kapitalistischen Länder Europas (auch nicht in Italien oder Frankreich) sei bisher der Aufbau antimonopolistischer Blöcke gelungen, die eine expansive staatliche Ausgabenpolitik oder den Übergang zu Formen stärkerer direkter Eingriffe in den Akkumulationsprozeß hätten durchsetzen können. Von daher erkläre sich die Vorherrschaft der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante in sämtlichen europäischen kapitalistischen Hauptländern.

Unter dem letztgenannten Aspekt besonders interessant waren die Beiträge der ausländischen Konferenzteilnehmer:

B. Thio (IPSO, Amsterdam) bestätigte für sein Land die Umverteilung zugunsten der Monopole auf Kosten der Sozialleistungen. Direkte Steuerungsmechanismen würden auch in Holland durch allgemeine und globale Maßnahmen, durch Subventionen und Kredite, ersetzt. Es bestünden Tendenzen zur Reprivatisierung. Insofern sei eine gewisse Umorientierung der staatlichen Wirtschaftspolitik seit der Krise zu verzeichnen, wenngleich die Grenzen dieser Politik durch den Widerstand der Arbeiterbewegung gezogen würden und zweitens in denjenigen Staatsfunktionen lägen, die im Interesse der Aufrechterhaltung des Gesamtsystems einfach notwendig seien.

Auch in Frankreich, so *J.-M. Hescout* (économie et politique, Paris), habe der Staat Anfang der siebziger Jahre die Förderung der internationalen Expansion der Monopole verstärkt. Als Hauptmittel diene der Druck auf die Löhne, deren Realanstieg deutlich nachließ. Daneben werde auf der währungspolitischen Ebene die Exportsicherung durch Abstützung des Franc-Kurses gegenüber dem US-Dollar und durch stärkere Verbindung mit der DM betrieben. Gleichzeitig sei die Regierung bestrebt, das hohe staatliche Defizit abzubauen, obwohl gerade das Sozialbudget mit 30 Prozent des Nettovolkseinkommens einen stabilisierenden Faktor des inneren Marktes bilde. Für eine stärkere Finanzierung der Monopole auf Kosten der Sozialausgaben wolle die Regierung z. Z. die politischen Bedingungen schaffen, indem sie auch die Sozialistische Partei für ihren Kurs zu gewinnen suche.

Warum in Italien selbst die Linke nicht für einen weiteren Ausbau der Verstaatlichung

der Industrie eintritt, erklärte *E. Dal Bosco* (Italien) aus den spezifischen historischen Bedingungen des Landes. Der enorm hohe Staatsanteil (über 50%) in der Industrie ginge u. a. auf die staatliche Übernahme unrentabler Betriebe der Monopolbourgeoisie zurück. Da sich die Staatsindustrie zu einem Sammelbecken christdemokratischer Klientelwirtschaft entwickelt habe, sei die Linke nicht prinzipiell gegen Verstaatlichung, sondern vor allem gegen ihre gegenwärtige Form.

Diskussion:

Das aktuelle Verhältnis zwischen privaten Monopolen und Staat stand im Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit der These von der privatmonopolistischen Variante des SMK.

J. Schleifstein (IMSF) stellte die Frage nach den Bedingungen der Durchsetzung dieser Variante. Ist sie nur eine kurzfristige Reaktion auf die Krise oder ist sie tiefer angelegt — in der relativen Stärke der privaten Monopole im Inland und auf dem Weltmarkt? Nach Auffassung von *G. Hautsch* (IMSF) ist es das Übergewicht der privaten Monopole gegenüber dem staatlichen Sektor in der Bundesrepublik, das als Reaktion auf die Verengung der Verwertungsspielräume Anfang der siebziger Jahre nur diese Lösungsvariante noch zuließ, nachdem die andere gescheitert war bzw. einem monopolistischen Krisenexport durch Außenexpansion im Wege stand.

Einen Schritt weiter ging *J. Huffschmid*: Hat es überhaupt jemals im SMK eine nicht-privatmonopolistische Entwicklung gegeben? Der SMK sei immer ein Nebeneinander und Aufeinanderbeziehen von privaten Monopolen und Staat. Immer fördere die staatliche Politik, selbst durch die Globalsteuerung, die private Monopolisierung. Die Sicherung der Verwertung der privaten Monopole sei eine Konstante des SMK, so daß man schwerlich von einer spezifisch neuen Entwicklung sprechen könne.

Einheit und Wechselwirkung zwischen privaten Monopolen und Staatsmacht hoben auch *H. Burg* und *H.-J. Höbme* hervor — und zwar gegenüber *H. Asche*, der in der begrifflichen Verbindung von Privatmonopolismus und Staatsmonopolismus einen logischen Widerspruch sah. Sie machten gleichzeitig zu *Jungs* These folgende Überlegungen geltend:

Burg: Was sich gegenwärtig vollziehe, sei keine Rückentwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung, sondern eine Änderung ihrer Formen, die auf erhöhte Wirksamkeit des SMK unter neuen Bedingungen ziele. Eine Verlagerung von der Fiskal- zur Geldpolitik müsse kein Indiz einer neuen Entwicklung sein, sondern sei möglicherweise nur eine vorübergehende Erscheinung, nachdem die rechtskeynesianischen Rezepte nicht mehr gegriffen hätten.

Höbme: Der Ausbau der SMK sei kein geradlinig verlaufender Prozeß und könne dies nicht sein. Gewisse Veränderungen müßten daher noch keine neue Entwicklungsvariante ausmachen. Die gegenwärtige Phase sei eine Krise der staatsmonopolistischen Regulierung — seit Anfang der siebziger Jahre, verstärkt durch die Wirtschaftskrise 73/74; eine Art Anpassungskrise, in der sich neue Formen herausbildeten, nachdem die eingefahrenen Regulierungsformen an ihre Grenzen gestoßen seien. Zu den Bedingungen dieser Anpassungskrise zählten zweifellos die Konflikte zwischen multinational organisierten Konzernen und nationalstaatlich organisierter staatlicher Wirtschaftspolitik.

Goldberg problematisierte den Übergang von der Fiskalpolitik zur Geldpolitik als In-

diz spezifisch privatmonopolistischer Entwicklung. Die Veränderung vollzöge sich großenteils innerhalb der Fiskalpolitik — in Form einer Umorientierung von der Ausgaben- zur Einnahmenseite (Steuererleichterung usw.) Dies bedeute eine Senkung der Staatsquote, aber der sozialpolitische Manövrierspielraum müsse sich nicht notwendig verringern, wenn gleichzeitig die Außenexpansion des Monopolkapitals erfolgreich verlaufe. *Goldberg* warnte vor einer Überschätzung des Sozialabbaus. Daß die feststellbare Zunahme von staatlicher Aktivität in bestimmten Bereichen, so z. B. in der politischen Repressionsfunktion oder im internationalen Rahmen (EG-Behörden) nicht gegen die These einer privatmonopolistischen Akzentverschiebung spricht, wurde von *G. Hautsch* hervorgehoben. Das internationale Krisenmanagement bzw. die staatliche Aktivität auf übernationaler Ebene werde zwar ausgebaut, doch sei der Inhalt dieser Politik, die Lösungsvarianten, unmittelbar privatmonopolistischer Natur. Die internationale Regulierung vollziehe sich über eine direkte Stärkung der privaten Monopole.

H. Jung unterstrich abschließend seinen Standpunkt: Ein Übergang zu neuen Formen staatsmonopolistischer Regulierung findet nicht statt. Der Knick in der generellen Ausweitungstendenz staatlicher Aktivitäten sei Anfang der siebziger Jahre unübersehbar geworden — verbunden mit der „stabilitätspolitischen“ Umorientierung zugunsten der Weltmarktexpansion der BRD-Monopole. Ein Übergang zu neuen, d. h. höheren Regulierungsformen sei gerade blockiert. Wer nur den Blick auf den allgemeinen Inhalt des SMK richte, daß nämlich der Staat immer den privaten Monopolen untergeordnet sei, übersehe das Besondere der gegenwärtigen Phase, nämlich die aktuelle Schwerpunktsetzung innerhalb der Einheit von Staat und Monopolen zugunsten der Förderung privatmonopolistischer Konkurrenz ohne staatliche Wirtschaftsprogramme. Das bedeute nicht Abbau oder Rückentwicklung des SMK als Herrschaftssystem, jedoch eine wichtige Akzentverschiebung — mit ihren eigenen Folgen für die politische Praxis. Ganz unvermeidbar schließe der neue Kurs einen verringerten Spielraum für die Sozialpolitik ein, verringert jedenfalls im Verhältnis zum alternativen Kurs einer expansiven Fiskalpolitik. Dessen erneute Aktualisierung sei selbstverständlich nicht ausgeschlossen, jedoch an bestimmte Kräftekonstellationen zwischen den Klassen gebunden, die zur Zeit in keinem wichtigen westeuropäischen Land gegeben sind. Ob andererseits der innere sozialpolitische Spielraum durch erfolgreiche Außenexpansion erweitert werden könne, sei weniger wahrscheinlich, als daß umgekehrt die innere relative Ruhe den neuen Kurs der Exportförderung und der Staatsausgabenkürzung erst ermöglicht hat.

IV. Weltwirtschaftliche Einflüsse und Umschichtungen

Zum letzten Schwerpunkt ging *Joachim Eisbach* (Köln) in Thesenform der Frage nach: Vollziehen sich im System der internationalen Arbeitsteilung Umschichtungen, die der Expansion des Welthandels neue Schranken setzen? Mit seinen reichhaltigen empirischen Befunden beabsichtigte der Referent weniger einen eigenen analytischen Beitrag zur Erklärung der Stagnation als vielmehr eine Widerlegung gängiger Kriseninterpretationen durch außenwirtschaftliche Faktoren.

Gegen die offizielle Doktrin gerichtet, daß das Lohngefälle und die Standortnachteile der BRD gegenüber dem Ausland zum Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit geführt hätten, vertrat *Eisbach* die Auffassung, daß eine wesentliche Veränderung der internationalen Arbeitsteilung, etwa im Sinne von Produktionsverlagerungen in Entwick-

lungsländer, nicht feststellbar sei. „Weder weichen die standortbenachteiligten Branchen verstärkt ins Ausland aus, noch sind die Entwicklungsländer überhaupt die bevorzugten Anlageregionen für Direktinvestitionen.“ Letzteres wohl aus Mangel an Infrastruktur, heimischen Zulieferern und Absatzmärkten. Schwerpunktgebiete der BRD-Investitionen sind die westlichen Industrieländer sowie einige wenige entwickeltere Staaten der Dritten Welt. Darüber hinaus dürften die Auslandsinvestitionen insgesamt sogar eher eine exportfördernde als -hemmende Wirkung haben. Jedenfalls sei die Weltmarktposition der BRD in den letzten Jahren — trotz ständiger Aufwertung der DM — kaum erschüttert worden. „Die Konkurrenzfähigkeit westdeutscher Waren im Ausland hat sich zu einem Zeitpunkt verbessert, als die These von ihrer Verschlechterung in Mode kam. Darüber hinaus zeigt sich eine den herrschenden Befürchtungen entgegengesetzte Parallelität von realer Bewertung der DM und Außenbeitrag: Mit der realen Aufwertung der DM verband sich stets eine Zunahme des Außenbeitrags.“ Der Export hat weiterhin stärker zugenommen als der Import.

„Ein weiteres beliebtes Argument der Unternehmerverbände besagt, im Vergleich zu anderen kapitalistischen Staaten sei das Lohnniveau aufwertungsbedingt so stark angestiegen, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährdet sei, wenn nicht Zurückhaltung in den Lohnforderungen geübt werde. Erstens wird man den — in Auslandswährungen gemessenen — Lohnkosten kaum die DM-Aufwertung anlasten können. Nicht Lohnkosten treten auf den Weltmärkten in Konkurrenz zueinander, sondern die mittels Lohnarbeit produzierte Ware. Dann aber sind zweitens die Lohnstückkosten der Beurteilung der internationalen Konkurrenzposition angemessener. Diese aber stiegen in den westlichen Industriestaaten 1977 nur noch in der Schweiz langsamer als in der BRD.“ Zusammenfassend: Obwohl einige Branchen unter starke Importkonkurrenz geraten sind, wie etwa Textil und Bekleidung, hat keine Arbeitsteilung im Sinne einer Preisgabe inländischer Produktion zugunsten des Imports stattgefunden.

Diskussion:

Gegenpositionen zu *Eisbach* wurden von *D. Boris* und *R. Falk* (beide Marburg) formuliert:

1. Die Internationalisierung habe in den letzten 5 bis 10 Jahren — vor dem Hintergrund verschärfter Verwertungsschwierigkeiten — einen neuen Wirkungsgrad erreicht. Für die BRD seien Indizien der sprunghafte Anstieg des privaten Kapitalexports auf 2,5 Mrd. DM jährlich seit 1967 und auf 5,5 Mrd. DM pro Jahr seit der Krise 1973. Der Weltmarktanteil des BRD-Exports habe stark zugenommen; zugleich auch die exportorientierte Industrialisierung der Entwicklungsländer. Nach Schätzungen seien ca. 20 Prozent der vom BRD-Kapital kommandierten Industriearbeiter heute im Ausland tätig — gegenüber 2 bis 3 Prozent Mitte der sechziger Jahre.

2. Diese Internationalisierung werde sich aber nicht im gleichen Tempo fortsetzen können. In Zukunft würden Barrieren mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Wirtschaft der kapitalistischen Industrieländer auftreten. „Das außenwirtschaftliche Krisenventil nutzt sich ab.“ Zu nennen sind: verstärkte Importkonkurrenz aus Entwicklungsländern, Verlagerungstendenzen durch deren Teilindustrialisierung, Substitution der Exporte durch Produktion im Ausland als Folge der Direktinvestitionen. Anzeichen für diese neue Phase seien die aktuelle Stagnation des BRD-Anteils am Welthandel. Auch der Export-

überschuß über die Importe steige seit 1974 nicht mehr an. Gerade beschleunigter Exportüberschuß werde aber zunehmend erforderlich werden, um innere Krisenwirkungen aufzufangen.

Für die Feststellung einer neuen Qualität der Internationalisierung plädierte auch *Dal Bosco*. Als Merkmale führte er die Verzehnfachung der Direktinvestitionen im Ausland durch Japan und die BRD an sowie die Verschiebung in der Industrieproduktion zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. Auch *Höhme* nimmt für das Krisenventil Exportüberschuß für die Zukunft eine verminderte Wirkung an. Dabei warnte er allerdings davor, die gegenwärtigen Tendenzen einer Machtverschiebung zwischen den Weltmarktblöcken USA, EG und Japan zuungunsten der USA einfach fortzuschreiben. Eine Tendenzumkehr sei nicht ausgeschlossen.

H. Asche vertritt die Position, daß zwar von nennenswerten Tendenzen einer neuen Arbeitsteilung nicht die Rede sein könne, der Anteil westdeutscher Auslandsinvestitionen mit 4,6 Prozent der Inlandsinvestitionen auch noch nicht allzu hoch sei, gleichwohl aber von einem neuen Grad internationaler Verflechtung gesprochen werden könne und Weltmarktkrisen heute schärfer auf die Binnenwirtschaft der BRD zurückschlagen müßten, als dies früher der Fall war.

Da sich in der Diskussion herausstellte, daß unterschiedliche Positionen mitunter auf unterschiedliches Datenmaterial zurückzuführen sind, fand die Forderung von *U. Briefs* (Düsseldorf) Zustimmung, daß die Untersuchung der außenwirtschaftlichen Beziehungen und Verflechtungen konkreter werden müßte. Das treffe insbesondere auch für die Probleme der multinationalen Konzerne zu, deren Analyse für die praktische Gewerkschaftsarbeit von großer Bedeutung sei.

Sollen Diskussionsveranstaltungen, wie die hier besprochene, den wissenschaftlichen Meinungsaustausch und die Diskussion vorantreiben und Anregungen für die weitere Arbeit vermitteln, dann ist der Bezug auf möglichst abgesteckte und überschaubare Diskussionskomplexe unabdingbar. Aber gleichfalls ist es erforderlich, die aus der ‚Arbeitsteilung‘ resultierenden unterschiedlichen Ansätze nicht zu verabsolutieren und zu vereinsamen, sondern den Bezug zum Reproduktionsprozeß und zum SMK als ganzem im Auge zu behalten und herzustellen. Hinsichtlich der Analyse der Stagnationstendenzen ist die Herausarbeitung des Zusammenhangs der ökonomischen Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung mit der Monopolisierung und der konkreten Entwicklungsrichtung des SMK sowie der außenwirtschaftlichen Bedingungen und Rückwirkungen eine Aufgabe, die einer den Interessen der Arbeiterklasse verpflichteten politischen Ökonomie heute gestellt ist. Denn nicht zuletzt dadurch sind die Einsichten in wesentliche Kampfbedingungen der Arbeiterklasse der BRD zu gewinnen. In diesem Sinne unterstrich *Josef Schleifstein* in seinen Schlußbemerkungen die Notwendigkeit verstärkter Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Grundprozesse der ökonomischen Entwicklung des heutigen Kapitalismus.

Gesamtkapital – Monopole – Staat

Gesichtspunkte des ökonomischen Mechanismus im staatsmonopolistischen Kapitalismus

Heinz Jung

1. Aktuelle Fronten und Probleme — 2. Operationalisierte Kapitalismustheorie: die sozialökonomischen Sektoren — 3. Vergesellschaftung und Staatsaktivität — 4. Wertgesetz und SMK — 5. Aspekte der geschichtlichen Entwicklung des SMK in Deutschland — 6. Zur Konzeption der staatsmonopolistischen Komplexe — Anhang: Materialien zu den sozialökonomischen Sektoren in der BRD.

1. Aktuelle Fronten und Probleme

Die Fragestellung dieses Beitrages bezieht sich auf das Verhältnis von Staat und Monopolen im Rahmen des heutigen Kapitalismus. Insbesondere geht es um die Bestimmung des Monopolkapitals als Sektor des Gesamtkapitals und den Charakter der wirtschaftspolitischen Aktivitäten des Staates.

Es ist damit ein Thema angesprochen, dessen gesellschaftskritische Implikationen offensichtlich sind. Selbst wenn man sich mit der journalistischen Fassung dieser Beziehung als ziemlich handfester ‚Reparaturbetrieb des Kapitalismus‘ zufrieden gibt, wie jüngst der Hamburger Bürgermeister und SPD-Vorsitzende *Klose*¹, ist darin dennoch massive Kritik an den in der BRD ideologisch vorherrschenden Marktwirtschaftsdoktrinen eingeschlossen. Anstatt einer an optimaler Konsumentenversorgung ausgerichteten marktwirtschaftlichen Wettbewerbswirtschaft stellt sich die Wirtschaft der BRD als hierarchisch strukturiertes Herrschaftssystem dar, das durch monopolkapitalistische Verwertungsinteressen gesteuert wird. Ist dies die Realität, dann erweist sich auch die kapitalistische Eigentumsideologie, die die Rolle der Privatinitiative und des freien Unternehmertums beschwört, für die zentralen Bereiche der Wirtschaft als durch Tatsachen nicht belegbare Fiktion. Sicher gilt auch für bürokratisch-kapitalistische Großorganisationen, seien sie staatlicher oder privatkapitalistischer Natur, daß Egoismus und Konkurrenzverhalten die Antriebskräfte des Privatinteresses bleiben, aber mit der von der Marktwirtschaftsideologie beschworenen Privatinitiative können sie schon kraft der objektiven Verwirklichungsbedingungen nur wenig gemein haben. Der Begriff des bürgerlichen Privateigentums erhält also mit dem monopolistischen Eigentum einen Sinngehalt, der sich vor allem auf vergesellschaftete Ausbeutungsverhältnisse bezieht. Die für die Massen bestimmte Ideologie muß diesen zentralen Bereich der Realität ausblenden.

Für den Gang der ökonomischen Debatten in der BRD der siebziger Jahre ist das Versagen der Globalsteuerung zur Regulierung der kapitalistischen Wirtschaft ein zentrales Datum. Zum einen schuf dies die Voraussetzung zum ‚come back‘ des Neoliberalismus in neu aufgeputzter Form. Zum anderen sahen sich nicht wenige Träger der staatsmonopoli-

1 Vgl. Konkret, Monatszeitschrift, Hamburg, Nr. 12/1978, S. 8.

stischen Reformkonzeption, die seitens der ökonomischen Theorie vor allem von keynesianistischen Doktrinen geprägt worden waren, bei der Ursachenforschung veranlaßt, der Monopolstruktur Aufmerksamkeit zu widmen und gegen die Abweichungen von den Erfordernissen des Reproduktionsprozesses gezielter und umfassenderer staatsmonopolistischer Strukturpolitik das Wort zu reden. Während der Neoliberalismus also Staat, Außenwirtschaft und/oder Gewerkschaften und Massenansprüche als Krisenursachen ortet, nimmt die kritischere staatsmonopolistische Reformströmung, von der es fließende Übergänge zu demokratischen Konzeptionen gibt, die Monopolstruktur ins Visier. Als Indiz dafür kann u. a. auch die Anhängerschaft gelten, die die Memoranden zur Kritik der offiziellen Wirtschaftspolitik fanden.²

Wird eine derartige Diagnose praktisch, muß sie nahezu zwangsläufig wesentliche Tabus der Wirtschaftspolitik und des Wirtschaftssystems berühren und kann sich nicht mehr mit den Trostpflastern einer besseren Wettbewerbspolitik oder einer weiteren formalisierten Monopolkontrolle zufrieden geben. Die Logik der Kritik muß vielmehr zur antimonopolistischen Fundierung von Demokratisierungspostulaten führen.

Zwischen diesen Hauptfronten antimonopolistischer Kritik und marktwirtschaftlicher Apologetik des Monopolkapitals sind in den letzten Jahren ‚Irrläufer‘³ mit marxistischem Anspruch rührig geworden, die antimonopolistische Kritik von ihren wissenschaftlichen Grundlagen her in Frage zu stellen suchen.⁴ In ihren Grundaussagen hat die monopolistische Struktur ebensowenig Platz wie bei den Neoliberalen. Es ist nicht verwunderlich, daß

2 Dies zeigt etwa die Unterzeichnerliste der Memoranden, in der sich auch die Namen von Mitarbeitern des Westberliner DIW finden (vgl. Memorandum 78, Alternativen der Wirtschaftspolitik, Bund-Verlag, Köln 1978).

3 So schreiben F. Deppe, G. Fülberth, J. Harter zur Konstellation in der aktuellen Diskussion um die Geschichte der deutschen Gewerkschaften: „Die Formation der Verteidiger des Bestehenden ist in der Bundesrepublik besonders tief gestaffelt. Da gibt es Hauptinteressenten, Nebeninteressenten und Irrläufer.“ (diess., Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, Teil II, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Nr. 5/1979, S. 596) Eine ähnliche Konstellation gibt es auch in der aktuellen Krisen-, Monopol- und SMK-Diskussion — nur haben es hier die Hauptinteressenten schwerer, ihre Absichten zu verschleiern und ihre Position zu begründen.

4 Zur Darstellung und Auseinandersetzung mit der ‚linken‘ und rechten Kritik an der Monopol- und SMK-Theorie vgl.: H. Jung, J. Schleifstein, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik, Frankfurt/Main 1979.

Aus der neueren marxistischen Literatur der BRD, die sich ebenfalls mit diesem Problem auseinandersetzt, sind folgende Titel zu beachten:

W. M. Breuer, Zur Politischen Ökonomie des Monopols, Köln 1975; J. Huffscheid, Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie, in: Das Argument, Westberlin—Karlsruhe, Sonderheft 6, 1975; R. Katzenstein, Zur Frage des Monopols, des Monopolprofits und der Durchsetzung des Wertgesetzes im Monopolkapitalismus (in: ebenda); Braunsdorf/Löffler, Kapitalbegriff und Monopol, Westberlin 1976; IMSF (Hrg.), Das Monopol — ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus. Aktuelle und theoretische Gesichtspunkte der marxistisch-leninistischen Monopoltheorie; Probleme der materialistischen Staatstheorie; Staat und Monopole (II), Das Argument, Sonderheft 16, Westberlin—Karlsruhe 1976.

Eine systematisch geordnete Zusammenstellung aller wichtigen Äußerungen von Marx, Engels und Lenin zur Monopolproblematik findet sich in: Marx, Engels, Lenin, Zur politischen Ökonomie des Kapitalismus, herausgegeben von R. Katzenstein und H. Peter, Westberlin 1977, S. 509—574.

Unter den neueren Arbeiten, die die Grundaussagen der marxistisch-leninistischen Monopoltheorie empirisch in der Analyse eines mit dem Finanzkapital verflochtenen Einzelkonzerns seit seiner Gründung im 19. Jh. bis heute herausarbeiten, sei verwiesen auf: Gert Hautsch, Das Imperium AEG-Telefunken. Ein multinationaler Konzern, Frankfurt/Main 1979.

aus ihrer Sicht die staatliche Wirtschaftspolitik mehr als Situationsreflex denn als Mittel der herrschenden Klasse zur Durchsetzung ihrer Interessen verstanden wird und in dieser Form willig von all jenen als ideologisches Muster aufgegriffen wird, die die derzeitige Regierung aus dem Schußfeld antimonopolistischer Kritik heraushalten möchten. Dies trifft besonders auf rechte SPD-Führer und einige Gewerkschaftsrepräsentanten zu, denen die Monopolisierungsthese zwar als Alibiargument für die Regierungspolitik bzw. deren Versagen gelegen kamen, die aber auf jeden Fall eine politische Konfrontation mit dem Monopolkapital vermeiden und die deshalb eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik auf der Ebene allgemeiner Unverbindlichkeiten formuliert sehen möchten. Sie sind, insbesondere was die Orientierung der Gewerkschaftspolitik betrifft, bemüht, der notwendigen organischen Ergänzung der Tarifpolitik durch eine alternative Wirtschaftspolitik aus dem Wege zu gehen. Vertreter syndikalistischer Basisorientierungen, die sich, weil sie von Parteien und Parlamenten nichts erwarten, ausschließlich auf Betriebs- und Tarifpolitik konzentrieren, erscheinen diesen Kräften gegenwärtig als zeitweilige taktische Bundesgenossen.

Auf diese Zusammenhänge ist deshalb aufmerksam zu machen, weil aus ihnen hervorgeht, daß es bei der Monopoltheorie und ihrer Anwendung auf den heutigen Kapitalismus um mehr geht als um theoretische Spitzfindigkeiten.

Dies zeigt aber nicht nur die Betrachtung der unmittelbar die Arbeiterbewegung angehenden Fragen, sondern auch die Analyse der aktuellen Wirtschaftspolitik. Wir wollen dabei auf zwei Fragen verweisen, die im Sommer 1979 besondere Aktualität besitzen: Das Kernkraftwerksprogramm der Bundesregierung und die starken Ölpreiserhöhungen. Beide Komplexe sind nur dann von den Positionen freier kapitalistischer Konkurrenzwirtschaft zu analysieren, wenn man den Tatsachen Gewalt antut. Beides sind für die westdeutsche Wirtschaft nun auch keine beiläufigen Randprobleme, sondern sie betreffen zentrale Bereiche der gesamten Volkswirtschaft. Die Verflechtung von Staat und Monopolen ist auf beiden Gebieten evident, wenn auch mit anderen Vorzeichen und Schwerpunkten. Macht auf dem KKW-Sektor staatliche Präsenz und Finanzierung diesen erst für die monopolistische Kapitalverwertung flott, so ist es auf dem Gebiet der Ölversorgung die staatliche Abstinenz, die den Ölmonopolen das Geschäft ermöglicht. Beide Komplexe stehen nun auch nicht unvermittelt nebeneinander, sondern sie sind auch Ausdruck monopolistischer Konkurrenz an volkswirtschaftlich besonders neuralgischen Knotenpunkten, an denen sich nicht nur schlechthin die ökonomische Stärke von großen Kapitalen geltend macht, sondern an denen das Monopol gesellschaftliche politische Gewalt mobilisiert, um seine Interessen durchzusetzen. Dies sind nun freilich nur besonders sichtbare Vorgänge für Strukturen und Prozesse, die auch in der übrigen Wirtschaft gang und gäbe sind.

Die marxistisch-leninistische Monopoltheorie sieht dies nicht als zeitweilige Entgleisungen oder Fehlentwicklungen der kapitalistischen Marktwirtschaft an, sondern als gesetzmäßiges Ergebnis der Entwicklung des Kapitals als herrschendes Produktionsverhältnis, als Ausdruck kapitalistischer Vergesellschaftung auf hoher Stufenleiter. In dieser Sicht sind Monopole mit all ihren Attributen keine Zufälle.

Ist aber das kapitalistische Monopol Ausdruck der Vergesellschaftung, dann ist auch kein Zurückschneiden der kapitalistischen Wirtschaft zur freien Konkurrenz denkbar, es sei denn, man faßt die völlig utopische und reaktionäre Perspektive der Abschaffung der modernen Großproduktion ins Auge. Logisch denkbar bleibt nur die Verstaatlichung, der

Übergang vom Privatmonopol zum Staatskapitalismus oder die demokratisch-sozialistische Nationalisierung, die sich ebenfalls des Staates bedienen muß. Die erste Möglichkeit wäre nur unter äußerst extremen Sonderbedingungen denkbar und würde die Entmachtung des Monopolkapitals durch die nichtmonopolistische Bourgeoisie bedeuten, eine Situation, die keine historische Wahrscheinlichkeit hat. Die zweite Möglichkeit bedeutet demgegenüber das Ingangsetzen eines gesellschaftlichen Veränderungsprozesses, der schon die Veränderung des sozialökonomischen Charakters des Staates einschließt. Bekanntlich ist dies die Perspektive, auf die die antimonopolistische Strategie orientiert. Ihre Verwirklichung stellte sich also in der Eroberung und Kontrolle der ‚Kommandohöhen‘ der Wirtschaft dar, womit im Übergangsprozeß die Kontrolle der übrigen privaten Wirtschaftssektoren möglich wird und eine sozialistische Transformation in die Wege geleitet werden kann. Es sind hier nicht nur die taktischen und strategischen Bedingungen eines solchen Prozesses zu erläutern, es kommt vielmehr nur darauf an, auf die Konsequenzen der Monopoltheorie für die Strategie des Kampfes um die Erringung einer sozialistischen Gesellschaft aufmerksam zu machen. Es ist dies nicht die Rückkehr zum vormonopolistischen Kapitalismus, sondern die bewußte Ausnutzung der Differenzierung der kapitalistischen Wirtschaft in einen monopolistischen und nichtmonopolistischen Sektor für die Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Ausbeutungsordnung.

Deshalb heißt heute die Eigentumsfrage aufwerfen die Monopolfrage im Sinne antimonopolistischer Veränderungen stellen.⁵ Dies gilt besonders für jene Bewegungen in der BRD, in denen spontaner Protest an den Erscheinungsformen der heutigen Herrschaft der Monopole zum Ausdruck kommt. Dies gilt konkret für die Umwelt- und KKW-Frage, aber auch für die damit mitunter verknüpften Bewegungen für alternative Lebensformen usw. Sicher ist es richtig, utopische und reaktionäre Momente in diesen Bewegungen nicht zu ignorieren. Aber die Güte einer auf marxistischer Analyse beruhenden Politik mißt sich nicht an abstrakt richtiger Propaganda, sondern an ihrer Fähigkeit, jene Vermittlungsglieder in diesen Bewegungen selbst aufzuspüren, um Lernprozesse befördern und die Bewegungen in diesem Sinne beeinflussen zu können. Wer heute eine bestimmte Produktivkraftentwicklung und -anwendung für ein Übel hält, der kommt ja nicht umhin — will er sich nicht zu einem Werkzeug monopolistischer Konkurrenzinteressen machen und seine Aktivität im Anreißer neuer Märkte, Kapitalverwertungsgebiete und dementsprechender staatlicher Umverteilungsmaßnahmen erschöpft sehen —, sich auch mit den Konzernen und Finanzgruppen als gesellschaftlichen Machtgebilden auseinanderzusetzen. Dies ja auch deshalb, weil ungezügelter Industrialismus kein abstrakter Prozeß ist, sondern seine Betreiber Namen und Hausnummer — meist in der illustren Liste der etablierten Großunternehmen — haben. Er stößt aber auch ebenso auf die Rolle des Staates bei der Verwirklichung monopolistischer Interessen. Sicher sind für Aktivisten die handgreiflichsten Erfahrungsmomente Polizei, Bespitzelungs- und Überwachungsapparat und Justiz. Es ist aber nicht nur der ‚traditionelle‘ Repressionsapparat, dessen Fungieren Einsichten in die Herrschaftsnatur gesellschaftlicher Verhältnisse vermitteln kann. Es geht hier vielmehr

5 So schrieben Marx und Engels: „Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände. In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor.“ (Manifest der Kommunistischen Partei, 1848, in: Marx/Engels, Werke [MEW], Bd. 4, S. 493.)

auch um die ökonomische und administrative Potenz des Staates, die bei der Durchsetzung ökonomischer Interessen wirksam wird, um die Verflechtung von Staats- und Privatkapital, um die Abstimmung und Abstützung der Aktionen von Konzernen und Staatsorganen usw.

Einseitige Schlußfolgerungen

Die marxistisch-leninistische Monopoltheorie ist das wichtigste geistige Instrument, um auf der Grundlage der von *Marx* und *Engels* entwickelten politischen Ökonomie des Kapitalismus Struktur, Tendenz und reale Entwicklung des Kapitalismus unseres Jahrhunderts verstehen zu können. Sie ist insofern auch die Grundlage zur Analyse der gegenwärtigen Entwicklungsphase der kapitalistischen Gesellschaftsformation, die mit dem Begriff staatsmonopolistischer Kapitalismus (SMK) charakterisiert wird.

Unseres Erachtens stellen sich bei der Anwendung der Monopoltheorie einige Probleme, deren ungenügende Lösung zu einem einseitigen und damit falschen Verständnis der Realitäten des heutigen Kapitalismus führen kann.

1. Wird das Monopol und die monopolistische Struktur nicht im Zusammenhang und in ihrer Bindung an das Milieu der kapitalistischen Warenproduktion gesehen, kommt es zu einer Tendenz der Verabsolutierung der Monopolmacht. Die dem Monopol jeweils gesetzten Grenzen werden ignoriert. Die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise, die sich als Disproportionen des Reproduktionsprozesses geltend machen, werden nicht mehr hinreichend auf die Bewegung des Monopol- und Finanzkapitals bezogen bzw. mit dieser vermittelt.

2. Wird bei der Untersuchung der Monopolstruktur ihre Verknüpfung und ‚Zusammenfassung‘ auf der Ebene des Finanzkapitals — selbst ein Ausdruck der Monopolisierung — außer acht gelassen, ergeben sich theoretische ‚Lücken‘ bei der Begründung der relativen historischen Kontinuität und Festigkeit der Monopolstruktur und des Charakters der monopolistischen Konkurrenz.

3. Vor allem in der aktuell-politischen Anwendung unterliegt die Kategorie des Monopolpreises falschen Interpretationen. Die Vorstellung, es handele sich immer um überdurchschnittlich hohe Preise, wird der Realität nicht gerecht.

4. Ein undifferenziertes Verständnis der Grundcharakteristik des heutigen bürgerlichen Staates als ‚Staat der Monopole‘ kann zu Fehleinschätzungen führen. Dies gilt dann, wenn das Monopolkapital nicht als Sektor des Gesamtkapitals aufgefaßt wird und man nicht versteht, daß auch die staatliche Reaktion und Aktion auf Krisen und Disproportionen des Reproduktionsprozesses notwendigerweise im Interesse des Monopolkapitals liegt, sich aber nicht in jedem Fall als Verlängerung der unmittelbaren ökonomischen Interessen der Monopole auf die staatliche Ebene darstellen kann. Gleiches gilt generell auch für die Auffassung des wesentlichen sozialökonomischen Inhalts des SMK als Vereinigung der Macht der Monopole und des Staates zu einem einheitlichen Herrschafts- und Ausbeutungssystem. Dies ist zweifellos die Kernbeziehung der heutigen Klassenherrschaft des Kapitals, aber diese Kernbeziehung realisiert sich im allgemeinen Milieu der bürgerlichen Klassenherrschaft über die Lohnarbeit.

Diese Probleme sollen in der weiteren Darstellung aufgenommen werden. Bevor einige theoretische Argumente weitergeführt werden, erscheint es nützlich, der sinnlichen Anschauung Rechnung zu tragen.

2. Operationalisierte Kapitalismustheorie: die sozialökonomischen Sektoren

Die realen empirischen Verhältnisse der Wirtschaft der BRD sind durch das Nebeneinander unterschiedlicher historischer Entwicklungsstufen des Privateigentums, des kapitalistischen Eigentums gekennzeichnet. Dem entsprechen unterschiedliche Grade oder Stufen der Vergesellschaftung der Produktion und der Wirtschaftstätigkeit. Sie drücken sich im unterschiedlichen Umfang und der Form aus, die das fungierende Einzelkapital aufweist. In den zentralen Bereichen der Wirtschaft mit hohem Vergesellschaftungsgrad fungiert vorwiegend Gesellschaftskapital monopolistischen Charakters; die breite Basis der kapitalistischen Warenproduktion und -zirkulation ist jedoch selbst in einem hochentwickelten kapitalistischen Land wie der BRD von kleinen und mittleren Kapitalen besetzt, die überwiegend als private Einzelkapitale organisiert sind. Daneben existiert noch eine nicht unbedeutende Zone nichtkapitalistischer Eigentümer. Ferner besteht ein staatlicher Sektor. Schließlich wäre auch ein statistisch allerdings in der BRD kaum ins Gewicht fallender Sektor nichtkapitalistischer Genossenschaften bzw. der sogenannten freien Gemeinwirtschaft zu berücksichtigen.

Die Wirtschaft der BRD gliedert sich somit in sozialökonomische Sektoren, deren Grundlage unterschiedliche historische Entwicklungsgrade des kapitalistischen Produktionsverhältnisses sind. Auf niedrigerem Niveau traf dies auch für den vormonopolistischen Kapitalismus zu, für den die Landwirtschaft und Feudalstrukturen noch beträchtliches Gewicht besaßen. Aus dem nichtkapitalistischen Sektor kommen unter diesen Bedingungen noch die Hauptwarenmassen, und er ist — gemessen am Einsatz der Arbeitskräfte — der quantitativ umfangreichste der Wirtschaft. Gleichwohl ist unter solchen Bedingungen die nichtkapitalistische Warenproduktion nicht der herrschende Sektor, sondern der kapitalistische Sektor, der die fortgeschrittenste Stufe der Produktion verkörpert, von dem die Impulse zur Umgestaltung ausgehen und dessen Produktionsverhältnisse im Gesamtsystem der Produktionsverhältnisse die herrschenden sind. Dies gilt auf einer höheren Stufe der Entwicklung heute für das Verhältnis des monopolistischen zum nichtmonopolistischen Wirtschaftssektor.

Die einzelnen sozialökonomischen Sektoren der Wirtschaft stehen nicht beziehungslos nebeneinander, sondern sie fungieren als Bestandteile eines einheitlichen wirtschaftlichen Gesamtprozesses. Es gibt somit keinen isolierten Reproduktionsprozeß der einzelnen Sektoren, sondern diese sind im Gesamtprozeß wechselseitig verflochten, ihre Einheiten stehen in Konkurrenzbeziehungen zueinander, die sich über die Märkte und auf anderen Feldern realisieren.

Die Untersuchung der Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt ihrer Gliederung nach sozialökonomischen Sektoren ist heute eine Form der Operationalisierung der Monopolkapitalismustheorie bzw., allgemeiner ausgedrückt, der Theorie des Monopolkapitalismus und der SMK-Theorie. Dies ist die Voraussetzung ihrer Anwendung für konkrete antimonopolistische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Für uns ergibt sich die Frage, wie der monopolistische Sektor empirisch bestimmt werden kann und welches Gewicht er heute in der BRD besitzt. Im „Anhang“ zu diesem Beitrag findet der interessierte Leser Berechnungen bzw. Schätzungen, die das Ergebnis einer umfassenden sozialstatistischen Analyse der westdeutschen Gesellschaft sind. Diese Angaben beziehen sich auf die jeweils an die einzelnen Sektoren gebundenen Arbeitskräfte

bzw. Erwerbstätigen. Sie erfassen also nur einen Indikator des Gewichtes der einzelnen Sektoren. Von diesem Ansatz wird das Gewicht des groß- und monopolkapitalistischen Sektors und ebenso des staatlichen Sektors systematisch zur gering angegeben, da Kommando über Kapital ja nicht nur Verfügung über Arbeitskräfte ist, sondern ebenso über Produktionsmittel, die Kapitalgröße — und damit der Anteil der einzelnen Sektoren am fungierenden Gesamtkapital — hierbei jedoch nicht erfaßt wird. Eine weitere systematische Unterbewertung ergibt sich auch aus dem wesentlichen Erfassungskriterium 'Unternehmensgröße nach Beschäftigten'. Konzernstrukturen und Beteiligungs- und Kontrollverhältnisse bleiben dabei notwendigerweise ausgeblendet. Somit ist festzustellen, daß eine systematische, wissenschaftlich fundierte Bestimmung der sozialökonomischen Sektoren der BRD noch aussteht. Unseres Erachtens sind die ermittelten Relationen — bei aller notwendigen Einschränkung ihrer Aussagekraft — jedoch vor allem deshalb wichtig, weil sie sich auf die Gesamtwirtschaft beziehen und nicht nur auf einzelne Teilbereiche.

Sie machen deutlich, daß selbst in der materiellen Produktion, dem Bereich der Mehrwert- und Profitproduktion, der groß- und monopolkapitalistische Sektor, an den quantitativen Relationen gemessen, nicht absolut dominierend ist. Er ist nur dort auch quantitativ absolut dominierend, wo entsprechend den Anforderungen des Produktionsprozesses ein sehr hohes Kapitalminimum erforderlich ist und das Geschäft von vornherein nur von großen Gesellschaftskapitalen betrieben werden kann. Dies verweist darauf, daß auch für die BRD mit einem hochentwickelten Kapitalismus davon auszugehen ist, daß die Monopole im allgemeinen Milieu der Warenproduktion⁶ existieren und monopolistische Tributerhebung gegenüber den übrigen sozialökonomischen Sektoren nach wie vor eine wesentliche Rolle spielt. Dies gilt in noch stärkerem Maße, zieht man die Prozesse finanzkapitalistischer Umverteilung des Mehrprodukts, wie sie besonders für die Landwirtschaft charakteristisch sind, in die Betrachtung ein.

Was den Beschäftigtenanteil betrifft, so ist auch der staatliche Sektor von beachtlichem Gewicht. Aber sein Anteil ist selbst unter diesem Kriterium relativ gering im Bereich der Warenproduktion und -zirkulation. Freilich muß berücksichtigt werden, daß nicht unbeachtliche staatliche Aktivitäten im Bereich der Gebietskörperschaften die Herstellung der gegenständlichen Bedingungen der Produktion betreffen und tatsächlich Aktivitäten der materiellen Produktion sind. Insgesamt drückt sich im wachsenden Staatssektor die zunehmende Rolle des Staates für den Reproduktionsprozeß und die Sicherung der bürgerlichen Gesellschaft aus.

Von Bedeutung ist auch der Sektor des Auslandskapitals — ein vertikaler Sektor, allerdings mit absolutem und relativem Schwerpunkt in den hochmonopolisierten Bereichen. In ihm drückt sich nicht nur schlechthin der Grad der Internationalisierung der kapitalistischen Produktion aus, sondern auch die Verflechtung des internationalen Kapitals, das ökonomische Gewicht, das die ausländischen Monopole und Kapitalgruppen in der westdeutschen Wirtschaft als Basis ihre Einflüßausübung besitzen.

6 „Dieses Monopol ist ein kapitalistisches, d. h. ein Monopol, das aus dem Kapitalismus erwachsen ist und im allgemeinen Milieu des Kapitalismus, der Warenproduktion, der Konkurrenz, in einem beständigen und unlösbaren Widerspruch zu diesem allgemeinen Milieu steht.“ (W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, 1916, in: W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 22, S. 281.)

3. Vergesellschaftung und Staatsaktivität

Wenn die Gliederung der Wirtschaft nach sozialökonomischen Sektoren für die konkrete Analyse unverzichtbar ist, so besteht die Hauptaufgabe einer solchen Analyse zweifellos darin, die Beziehungen zwischen den Sektoren aufzudecken. Den Beziehungen zwischen dem staatlichen und dem monopolkapitalistischen Sektor kommt dabei die zentrale Bedeutung zu. Zu beachten ist ebenfalls, daß die Gliederung der Wirtschaft unter diesem Gesichtspunkt an den sozialökonomischen Verhältnissen orientiert ist, damit aber die generelle Struktur des Reproduktionsprozesses und der Wirtschaft nicht aufhebt, sondern sich in dieser realisiert. Sie ist deshalb nur eine wesentliche Seite dieser Beziehungen. Die Gliederung nach sozialökonomischen Sektoren besteht somit in jedem Zweig, jeder Branche usw. der Wirtschaft.

Aufmerksam zu machen ist auch darauf, daß unter dem Gesichtspunkt der sozialökonomischen Sektoren, besonders hinsichtlich der Beziehungen zwischen staatlichem und privatem Sektor, das Verhältnis von Staat und Wirtschaft nur verkürzt und reduziert erfaßbar ist. Soweit der Umfang des fungierenden staatlichen Kapitals — im weiten Sinne — ermittelt wird, ergibt sich daraus das Gewicht, das staatskapitalistische Produktionsverhältnisse in der Wirtschaft besitzen; soweit sich die Erfassung an der Beschäftigtenzahl orientiert — wie in den im Anhang vorgelegten Zahlen —, zeigt sich, welcher Anteil der aktiven Bevölkerung zur Erfüllung der durch den Staat wahrgenommenen Aufgaben mobilisiert wird — ein Indikator für das Gewicht des Staates im sozialen und ökonomischen Prozeß des heutigen Kapitalismus. Es erschließt sich von daher allerdings nicht die Rolle, die der Staat als Umverteilungsorgan und als administrative Potenz in und für die Wirtschaft ausübt. Es kann auf dieser Grundlage auch noch keine Aussage darüber getroffen werden, welche Rolle der Staat als Organ der herrschenden Klasse für die Reproduktion der Eigentumsverhältnisse und damit der sozialökonomischen Sektoren ausübt.

Die marxistisch-leninistische Monopoltheorie analysiert die Entwicklung der Monopolstruktur oder des monopolkapitalistischen Sektors als Ergebnis und Moment der kapitalistischen Vergesellschaftung. Monopol- und Finanzkapital sind seit ihrer Geburt gegenüber der staatlich-politischen Macht nicht abstinent, sondern sie rufen nahezu mit Naturnotwendigkeit die staatliche Intervention hervor. Deshalb treten Züge des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der Verflechtung von Monopol- und Staatsmacht über den traditionellen Bruderbund von Regierung und Börse⁷ hinaus — als Personalunion, Verflechtung der Bürokratien usw. —, schon im historischen Übergang zum Monopolkapitalismus auf. Auch dies ist eine gesetzmäßige Folge der Vergesellschaftung.

Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, daß sich der Interventionismus dort am intensivsten und dauerhaftesten entwickelt, wo der höchste Vergesellschaftungsgrad existiert und die Monopole ihre unmittelbare Anlagesphären haben. Historisch entwickelt sich vielmehr staatliche Regulierungstätigkeit⁸ mit zuerst im Agrarsektor, und dies ist auch heute jener Wirtschaftsbereich, den die staatsmonopolistische Regulierung am

7 F. Engels, *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates*, 1884, in: MEW, Bd. 21, S. 167; W. I. Lenin, *Der Imperialismus*, a. a. O., S. 225.

8 Vgl. Helga Nussbaum, *Landwirtschaft — staatliche Regulierung und Selbstregulierung in einem nichtmonopolisierten Bereich*, in: D. Baudis, H. Nussbaum, *Wirtschaft und Staat in Deutschland Ende des 19. Jh. bis 1918/19*, Berlin/DDR, 1978, S. 177 ff.

dichtesten erfaßt hat und wo die Regulierung sozialer und ökonomischer Prozesse am engsten miteinander verflochten ist. An der anderen Seite der Skala der Formentwicklung des Wirtschaftsinterventionismus stehen jene Bereiche, deren Entwicklung von vornherein nur auf einem hohen Niveau der Vergesellschaftung erfolgen kann, die hohe Kapitalmobilisierung bei langen Umschlagzeiten und beträchtlichen Anlaufisiken erforderlich machen, deren kapitalistische Rentabilisierung per Produktionspreisbildung bzw. aliquoter Beteiligung am Gesamtprofit den Interessen größerer Gruppen des Privatkapitals gegenübersteht. Sie werden deshalb, wie z. B. in Deutschland das Fernmeldewesen, das Schienentransportwesen, die Anlagen des Verkehrswesens (Häfen, Straßen usw.), unmittelbar durch den Staat entwickelt und betrieben. Damit entsteht für diese Bereiche ein administratives ökonomisches Lenkungs- und Leitungssystem, das auf staatskapitalistischen Eigentumsverhältnissen beruht.

Diese zuletzt genannte Form des Staatskapitalismus entspringt nicht bestimmten stofflichen Erfordernissen des Produktions- und Reproduktionsprozesses, sondern jeweils bestimmten konkreten historischen Situationen und Konstellationen. Dies zeigt der Vergleich mit anderen Ländern, wo sich diese Bereiche privatkapitalistisch entwickeln. Oder dies ergibt sich auch aus der wechselhaften Entwicklung dieser Bereiche selbst, deren Privatisierung unter veränderten Bedingungen immer wieder auf der Tagesordnung gestanden hat.

Wenn unter Beachtung der angeführten Beispiele eine theoretische Verallgemeinerung getroffen werden soll, so kann die Entwicklung staatlicher Wirtschaftsaktivitäten — und in diesem Zug die Verflechtung der Interessen und der Macht von Staat und Monopolen — als Reaktion der herrschenden Klasse auf Disproportionen und Krisenprozesse, auf internationale und innere Kräfteverhältnisse mit dem Ziel der Sicherung ihrer Klassenherrschaft und der Verwertung ihres Eigentums gesehen werden. Dies schließt nun freilich ein, daß die Bereiche der Wirtschaftstätigkeit auf hoher Stufenleiter, also mit einem hohen Vergesellschaftungsgrad, die Basis der engeren Symbiose von Staat und Monopolen abgeben. Das ergibt sich schon aus der Bedeutung dieser Bereiche für den Gesamtprozeß unter ökonomischen, politischen und militärischen Gesichtspunkten und der Interessenunmittelbarkeit bzw. dem unmittelbaren Übergreifen monopolistischer Interessen auf den Staat. Jedoch gerade hier gilt, daß der Staat zeitweilige oder dauerhafte Komplementärfunktionen nur dann und insoweit wahrnimmt, wie der privatwirtschaftliche und privatmonopolistische Mechanismus an Selbstregulierungsfähigkeit verliert, d. h. Krisen und Disproportionen nicht auf seine Weise bewältigen kann oder gegenüber der ausländischen Konkurrenz in starken Rückstand gerät.

Die Notwendigkeit des Eingriffs ergibt sich aber auch dann und dort, wo die Verwertungs- und Konkurrenzinteressen des Monopol- und Finanzkapitals nicht direkt, sondern indirekt durch volkswirtschaftliche Disproportionen berührt werden — resultieren sie aus Überproduktion oder aus ‚Unterproduktion‘, beides nur unterschiedliche konkrete Ausdrücke von Disproportionen. Derartige Disproportionen reflektieren sich in stärkerem Maße auf der Ebene finanzkapitalistischer Verwertungsinteressen, die ja nicht auf einen bestimmten Zweig der Produktion oder der Zirkulation fixiert, sondern übergreifender Natur sind. Deshalb sind auf dieser Ebene die Interaktionen mit dem Staat auch bedeutend intensiver als auf der Ebene des Durchschnitts der Industriemonopole bestimmter Branchen. Als immer wieder aktuelles Beispiel kann hier die Bauwirtschaft angeführt werden, die selbst ja nur einen geringen Monopolisierungsgrad aufweist und in der

noch eine ‚mittelständische‘⁹ Struktur vorherrscht. Sie ist jedoch zum einen ein Absatzmarkt für nahezu alle Industriebranchen, zum anderen eines der wichtigsten Gebiete finanzkapitalistischer Anlagen. Der Staat ist hier nicht nur einer der größten Auftraggeber, womit er den Baumarkt — darunter vor allem den Tiefbau — und das Bauvolumen wesentlich beeinflusst, sondern er übt auch über Förderungs- und Stimulierungsmaßnahmen verschiedenster Art Einfluß auf die private Kreditnachfrage und damit die Verwertung des Geld- und Finanzkapitals aus.¹⁰ Die Finanzierung der öffentlichen Bauinvestitionen wiederum erfolgt zum großen Teil über die Verschuldung der staatlichen Bauträger an das staatliche und private Bank- und Finanzsystem. Die Verwertung nicht nur des industriellen Monopolkapitals, sondern auch des monopolistischen Bank- und Finanzkapitals wird somit wesentlich durch die staatlichen Wirtschaftsaktivitäten beeinflusst, die direkt und indirekt den Baumarkt betreffen. Wird dies beachtet, so ergibt sich für Maßnahmen zur Belebung der Baukonjunktur, die in den letzten Jahren abgewickelt wurden, eine ganz andere Klientel, als dies der erste Augenschein oder die Regierungspropaganda vermittelt.

Eine ähnliche Interessenverflechtung besteht für den Bereich der Automobilproduktion. Es ist dies im Kernbereich der Produktion einer der hochmonopolisiersten Bereiche der westdeutschen Wirtschaft. Um sie gruppiert sich freilich ein Kranz ‚mittelständischer‘ Zuliefer- und Reparaturunternehmen, bei dem besonders gut die hierarchischen Herrschaftsbeziehungen zwischen den sozialökonomischen Sektoren nachgewiesen werden können. Auf den ersten Blick ist das wesentliche Datum für die Marktentwicklung die Entwicklung der primären Masseneinkommen und diese scheinen durch staatliche Aktivitäten kaum beeinflusst. Fragt man jedoch nach den Faktoren, die die Autonachfrage mitbestimmen, so stößt man nicht zuletzt auf Benzinpreise, Automobilsteuern — und auf den Zustand des Straßennetzes. Wie man die Rolle der Privatmotorisierung auch bewerten mag, so kommt man nicht umhin festzustellen, daß der immense Ausbau des Straßennetzes, verbunden mit gewaltigen staatlichen Investitionen, dazu erst die Voraussetzung schuf. Die Entscheidung der staatlichen Verkehrspolitik, die sich in diese Richtung orientierte, bedeutete aber gleichzeitig die Vernachlässigung öffentlicher Verkehrssysteme und die Vernichtung und Stillelegung staatlichen Kapitals, z. B. im Eisenbahnwesen, in be-

9 Zur Kritik des Begriffs ‚Mittelstand‘ vgl.: H. Jung, Aspekte der sozialökonomischen Analyse der Mittel-schichten in der BRD, in: Sozialistische Politik, Westberlin, Nr. 46 (Dez. 1978), S. 50 f.

10 Zu diesem Komplex seien die aktuellen Strukturdaten für die BRD angefügt; alle Zahlenangaben beziehen sich auf den Stand von Dezember 1978 bzw. auf das Jahr 1978:

Das Volumen der von BRD-Kreditinstituten an inländische Nichtbanken vergebenen Kredite betrug 1199 Mrd. DM; davon gingen an inländische Unternehmen und Privatpersonen 908 Mrd. DM und an inländische öffentliche Haushalte 229 Mrd. DM.

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte betrug insgesamt 372 Mrd. DM (Steuereinnahmen 1978: 293 Mrd. DM); die Kreditinstitute waren Gläubiger von 262 Mrd. DM. Der Anteil der Großbanken an der öffentlichen Schuld wird auf 70 Prozent geschätzt und der jährliche Schuldendienst der öffentlichen Haushalte beläuft sich gegenwärtig auf über 30 Mrd. DM. (Diese Angaben nach: Frankfurter Rundschau vom 17. 3. 1979)

Von den Krediten an Unternehmen und Privatpersonen waren 343 Mrd. Kredite für Wohnungsbau, davon 258 Mrd. Hypothekenkredite auf Wohnungsgrundstücke. Nach dem durchschnittlichen Sollzinssatz für Hypokredite geschätzt (Dez. 1978 = 6,39 Prozent) ergeben sich für die Banken hieraus jährliche Zins-einnahmen von etwa 24 Mrd. DM.

(Alle Angaben nach: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt/Main, April 1979, Statisti-scher Teil, S. 16, 18, 36, 48, 56, 58, 59.)

trächtlichem Umfang. Die Privatmotorisierung bedeutete also eine mit staatlichen Aktivitäten abgestützte Veränderung der stofflichen und wertmäßigen Proportionen des Reproduktionsprozesses im Interesse vor allem der Monopole der Automobilindustrie und — so muß hinzugefügt werden — der Erdölkonzerne, deren Aufstieg eng an die Motorisierung gebunden war. Dieses Feld soll hier nicht weiter aufgeschlüsselt werden. Es wird jedoch selbst auf dieser Ebene der Darstellung gut sichtbar, daß staatsmonopolistische Verflechtung auch dort eine zentrale Rolle spielt, wo sie sich nicht unmittelbar und direkt auf den Produktionskomplex bezieht. Sie ergibt sich auch hier aus den Anforderungen des Vergesellschaftungsgrades der Produktion und Reproduktion.

Betrachten wir schließlich noch jenen Bereich der staatlichen Aktivitäten, bei dem der Einfluß monopolistischer Interessen nicht in Erscheinung zu treten, sondern der Staat auch auf ökonomischem Gebiet als Agent des Gesamtkapitals oder der Bourgeoisie als Ganzes zu agieren scheint. Wir meinen jene wirtschaftspolitischen Aktivitäten, die sich nicht auf bestimmte Sektoren und Branchen beziehen, sondern auf den Reproduktionsprozeß als Ganzes, also an der Entwicklung der ‚Globalgrößen‘ ausgerichtet sind.

In der Tat geht es auf dieser Ebene mehr als auf den meisten anderen Gebieten staatlicher ökonomischer Aktivitäten um die Beeinflussung der Klassenverhältnisse, also im harten Kern um die Beeinflussung der Primärverteilung. Es kann also nicht die Interessenvermittlung zwischen einzelnen Eigentümergruppen oder die Stimulierung der Akkumulation einzelner Monopole und Monopolgruppen im Vordergrund stehen. Aber gleichwohl kann der bürgerliche Staat auch hier unter den gegebenen sozialökonomischen Strukturen nur eingeschränkt als ideeller Gesamtkapitalist fungieren. Zwar schließt die Sicherung der Reproduktions- und Eigentumsbedingungen auch den kapitalistischen und nichtkapitalistischen Kleineigentümer in diese Interessenspanne ein, wenn es etwa um die Begrenzung der Lohnquote geht — und diese Interessenspanne besteht auch auf vielen anderen Gebieten —, aber in der Definition dessen, was die Interessen ‚der‘ Wirtschaft sind, kommt ihm notwendigerweise gegenüber dem Monopolkapital die Rolle einer schwächeren Komponente zu. Die Herausbildung dieser Interessen ist übrigens ein Prozeß, der sich nicht erst auf staatlicher Ebene vollzieht, sondern auf den davor und dazwischen gelagerten Stufen.

Man kann dazu anmerken, daß es eines der Merkmale des SMK ist, daß bei der Verflechtung der Macht der Monopole und des Staates der sogenannten ‚Verwissenschaftlichung‘ der Politik oder der Politikberatung eine beachtliche Rolle zukommt. Anzahl und Ausmaß derartiger Gremien, Institute, Sachverständigengremien, wissenschaftlicher Beiräte usw. ist in der BRD vor allem seit Beginn der sechziger Jahre gewaltig gewachsen. Es kann hier von einem institutionellen System des Interessentransports auf der wissenschaftlich-ideologischen Ebene gesprochen werden, in dem die private und staatlich-öffentliche Komponente eng verbunden sind. Dies gilt nicht nur für die Ebene der Ökonomie und Wirtschaftspolitik, sondern nahezu für alle für den gesellschaftlichen Prozeß im Sinne der Bourgeoisie relevanten Wissenschaften, also vor allem für jene, die unmittelbar die Produktivkräfte betreffen, die Natur- und technischen Wissenschaften. So sind die technischen und wissenschaftlichen Experten, Kommissionen, Gutachten usw. für die Monopole und Wirtschaftsgruppen wichtige Instrumente, um ihre Interessen in staatlichen Maßnahmen umzusetzen oder die staatlichen Maßnahmen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Umgekehrt ist die Parallelität dieser ‚Stäbe‘ im staatlichen Bereich das Gegenstück zum Vollzug der institutionellen Verschmelzung. Mitunter, wie z. B. beim jüngsten

Goerleben-Hearing oder generell bei der Debatte um das Bonner KKW-Programm, kommt dieser Mechanismus unter die Scheinwerfer der Öffentlichkeit, und es zeigt sich einem breiteren Publikum, daß ein großer Teil dieser Experten seine wissenschaftliche Unschuld längst an die ökonomischen Interessen verloren hat. Letztlich reflektieren sich darin die Widersprüche, die sich für Anwendung und Entwicklung der Produktivkräfte unter der Herrschaft des Monopolkapitals ergeben. Dabei kann allerdings nicht übersehen werden, daß die Dienstbarmachung und Entwicklung der Wissenschaft den objektiven Anforderungen entspricht, die sich aus dem hohen Grad der Vergesellschaftung ergeben. Dies trifft auch auf die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu, obwohl die ideologische und apologetische Komponente hier von der Sache her eine größere Rolle spielt.

In diesen Bereich gehen die traditionellen Funktionen der ideologischen Stände oder der Ideologen-Fraktion der Bourgeoisie ein, allerdings in der zeitgemäßen, der Ära der wissenschaftlich-technischen Revolution entsprechenden Form, daß für das praktische Handeln ein Mindestmaß an rationeller Einsicht in die Prozesse zu vermitteln ist.

Betrachtet man unter diesen Gesichtspunkten das Bonner Orakel der Wirtschaftspolitik, den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung¹¹ — und neben diesem Großorakel gibt es auf allen Gebieten viele kleinere —, dann kann diese Interessenumformung besonders gut studiert werden. Sind diese Orakel zum einen ideologischer Ausdruck der Interessen der Bourgeoisie in ihrer heutigen durch die Monopolbourgeoisie dominierten Struktur, dann wirken sie auf der anderen Seite aktiv auf die Formierung der Öffentlichkeit für diese Interessen ein. Was aber nicht unwichtig ist, sie sind für die Akteure auf der Regierungsebene eine sichere Meßlatte, inwieweit sich ihre Aktionen und Bestrebungen in Übereinstimmung mit den Interessen der Monopolbourgeoisie, d. h. ihrer so formulierten Hauptlinie, befinden oder nicht. Es bedürfte also für die Regierungsvertreter noch nicht einmal der Dauerkontakte mit den Vertretern der Monopolbourgeoisie und ihrer Verbände, um sich über deren Hauptlinie und Interessen klarzuwerden. Die Grenzen der Machbarkeit dieser oder jener Variante der Regierungspolitik werden also schon durch die Filter des wissenschaftlichen Beratungsapparates abgesteckt. Derartige Verflechtungen, Vermittlungen, Mechanismen liegen der allgemeinen Formulierung der SMK-Theorie zugrunde, daß auf dieser Stufe der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsformation die Macht der Monopole und des Staates zu einem Mechanismus monopolistischer Herrschaft verschmelzen.

Kommt man nach diesem Exkurs nochmals auf die Frage zurück, wie sich auf dieser Ebene die Interessen der Monopole als die Interessen, der Wirtschaft durchsetzen, dann muß darauf verwiesen werden, daß sich die ‚Sachlogik‘ der Wirtschaft im Kern immer nur als das Entwicklungsbedürfnis ihres vom Standpunkt der Vergesellschaftung fortgeschrittensten Sektors ausdrücken kann, daß die Stellung am Weltmarkt und die internationale Konkurrenzfähigkeit von der Stärke des ‚nationalen‘ Monokapitals bestimmt wird und daß die ‚Zukunftssicherung‘ via Modernisierung und Umstrukturierung der Wirtschaft vor allem von den Konzernen getragen werden muß. Dies sind hinreichende Kriterien und Prioritäten für die Dominanz der Monopolinteressen im aktuellen Gang der Wirtschaftspolitik, solange diese generell die Sicherung der ‚Marktwirtschaft‘, des Unternehmertums und des Privateigentums auf ihre Fahne geschrieben hat oder sich diesen, aus

11 Vgl. Renate Faust, Sachverständigenrat zwischen Keynesianismus und Monetarismus. Zur Konzeption der Sachverständigenratgutachten seit 1964, IMSF-Informationsbericht Nr. 30, Frankfurt/Main 1979.

welchen Gründen auch immer, anpaßt. Ein nicht unwichtiges Indiz ist dabei immer, in welche Richtung sich der staatliche Sektor selbst bewegt, vor allem dort, wo der Staat als kapitalistischer oder monopolkapitalistischer Unternehmer fungiert. Es gibt hier in der BRD keine von der Bewegung des Monopolkapitals losgelöste oder gar gegen dessen Interessen gerichtete Bewegung. Vielmehr folgt der Staat der marktwirtschaftlichen Wahrnehmung von Komplementärfunktionen und der Bereitstellung des staatlichen Kapitals für finanzkapitalistischen Zugriff (Aktienverkauf, Bildung gemischten Eigentums usw.)

4. Wertgesetz und SMK

Wenn der monopolkapitalistische Sektor die im Rahmen des Gesamtkapitals dominierende Struktur ist, wenn sich auch empirisch für die einzelnen sozialökonomischen Sektoren unterschiedliche oder besser abgestufte Akkumulations- und Kapitalverwertungsbedingungen ergeben, wenn Staatskapital im Rahmen des Gesamtkapitals die Funktion relativ entwerteten Kapitals ausübt, das durch Verzicht auf seinen aliquoten Profitanteil die Verwertungsbedingungen des Privatkapitals hebt und die notwendigen stofflichen Proportionen des Reproduktionsprozesses sicherstellt; wenn die ökonomischen Aktivitäten des Staates in der Reaktion auf Krisen und Disproportionen den Interessen des Monopol- und Finanzkapitals entsprechen; wenn sich letztlich als Ausdruck der Vergesellschaftungstendenz und der politischen Existenzbedingungen ein wachsender Umfang und eine historisch zunehmende Intensität dieser staatlichen Aktivitäten als Ganzes ergibt; wenn sich diese Aktivitäten schließlich im staatsmonopolistischen Verbund über die den Aktionen des Staates charakteristische politisch-administrative Vermittlung entfalten, dann sind in diese Prozesse Modifikationen der ökonomischen Gesetze und politökonomischen Kategorien der kapitalistischen Produktionsweise eingeschlossen. Diese Konsequenz ist dann zu ziehen, wenn der SMK nicht als zeitweiliges Phänomen oder als Merkmal des Imperialismus unter anderen angesehen wird, sondern als Entwicklungsphase des Monopolkapitalismus/Imperialismus, als Ergebnis der im Kapitalismus wirkenden Widersprüche und der auf den Kapitalismus in seiner historischen Niedergangphase einwirkenden Faktoren.

Diese Probleme sind in der marxistischen Literatur der jüngeren Zeit ausführlich diskutiert worden.¹² Wir können uns deshalb hier auf die knappe Skizzierung nur einiger Probleme beschränken.

Wichtig ist vor allem die Fragestellung der modifizierten Durchsetzung des Wertgesetzes im SMK und das Verständnis des Wertgesetzes als Ausdruck der wesentlichen Zusammenhänge einer arbeitsteiligen Gesellschaft von Privatproduzenten.¹³ Das Wertgesetz als theoretische Abstraktion führt das Gemeinsame und Vergleichbare aller Produkte menschlicher Arbeit auf die in ihnen verkörperte und vergegenständlichte menschliche Arbeit, die abstrakte Arbeit zurück, die den Wert der Waren bildet. Ihre Wertgröße wird durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, also die unter Durchschnittsbedingungen erforderliche Arbeitszeit bestimmt, woraus folgt, daß dem Austausch unterschiedlicher konkreter Waren in ihnen vergegenständlichte Arbeit gleichen Quantum zugrunde liegt.

¹² Vgl. die in Fußnote 4 angegebenen Titel.

¹³ Vgl. H. Jung, J. Schleifenstein, *Die Theorie...*, a. a. O., Abschnitt II/2.6: Monopol und Wertgesetz.

Waren sind aber nicht nur Träger von Wert und Tauschwert, sondern auch von Gebrauchswert, also Eigenschaften zur Befriedigung von Bedürfnissen des gesellschaftlichen Menschen. Der Gebrauchswert wird durch konkrete Arbeit geschaffen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Gesamtarbeit und der gesamte Arbeitskörper der Gesellschaft ein in sich gegliedertes Ensemble unterschiedlicher konkreter Arbeiten. Ihr Ergebnis muß dem jeweils vorhandenen und letztlich durch die Produktion geschaffenen Ensemble der gesellschaftlichen Bedürfnisse entsprechen, das sich unter diesen Bedingungen als Marktnachfrage darstellen muß. Als gesellschaftlich notwendig und damit den Bedingungen des Wertgesetzes entsprechend erweist sich nur jene Produktion, die realisiert, verkauft wird. Der gesellschaftliche Zusammenhang der Produzenten kann sich also nur über den Markt herstellen. Der Reproduktionsprozeß stellt sich als Einheit von Produktion und Zirkulation dar, eine Einheit, die sich vor allem dann geltend macht, wenn die Bedingungen von Produktion und Zirkulation auseinanderfallen und sich herausstellt, daß die Gliederung des Produktions- und Arbeitskörpers und damit die Verteilung der Ressourcen nicht dem Wertgesetz entspricht.

Unter Bedingungen kapitalistischer Warenproduktion, also unter Verhältnissen, wo die Arbeitskraft Ware ist, die Wert und Mehrwertproduktion im Prozeß der produktiven Konsumtion der Arbeitskraft durch das Kapital erfolgt und Waren nicht mehr schlechthin Produkte von Privatproduzenten, sondern von Kapitalen sind, verwandelt sich der Wert in den Produktionspreis, und die Marktproduktionspreise werden zum realen Schwankungszentrum der Marktpreise, die sich unter dem Einfluß von Angebot und Nachfrage auf den Märkten bilden.

Angebot und Nachfrage sind allerdings keine beliebigen, zufälligen Bedingungen, obwohl sie sich im Einzelfall wie alle Gesetzmäßigkeiten im Zufall durchsetzen. Sie sind Bewegungen, in denen und durch die sich die gesamtgesellschaftliche Geltung des Wertgesetzes durchsetzt, in denen sich Fehlverteilungen der gesellschaftlichen Arbeit signalisieren und über die durch die Beeinflussung der Marktpreise Korrekturen der bestehenden Proportionen in die Wege geleitet werden. Gilt schon bei nichtkapitalistischer einfacher Warenproduktion, sobald Waren- und Geldwirtschaft ein relevantes Gewicht erlangt haben, daß die Summe der Preise nur auf längere Sicht gesehen auch der Summe der Werte entspricht — das Zusammenfallen von Wert und Preis ist auch unter diesen Bedingungen nur die Ausnahme —, so gilt dies auch für die kapitalistische Warenproduktion hinsichtlich der Produktionspreise und Marktpreise. Das Wertgesetz ist im Kapitalismus nicht mehr in reiner Form Regulator der Produktion und des Austausches, sondern weil Waren hier Produkte der Kapitale sind und die Bewegungen des Kapitals durch den Profit reguliert sind, kann es nur in der modifizierten Form des Gesetzes der Durchschnittsprofitrate auftreten, wobei unter Bedingungen der freien Konkurrenz dem zugrunde liegt: Summe des Profits gleich Summe des Mehrwerts und gleichgroße Kapitale gleichgroßer Profit. Dies bedeutet nicht, daß jedem Kapital damit ein entsprechendes Profitzertifikat eingeschrieben wäre. Es ist dies nur die Formulierung des allgemeinen Regulierungsprinzips der kapitalistischen Wirtschaft, das sich durch die vielfältigen Aktionen der Einzelkapitale aufeinander und gegeneinander durchsetzt.

Mit der Durchsetzung des Monopols als beherrschender Kapitalstruktur setzt sich vor allem eine Veränderung dieses Modus durch. Die Monopole können einen höheren Profit durchsetzen, als ihnen nach den Regeln der freien Konkurrenz zukäme. Insofern durchbricht das Monopolkapital und die Monopolstruktur das — gegenüber dem reinen Wert-

gesetz modifizierte — Äquivalenzprinzip der Durchschnittsprofitrate. Aber es kann natürlich nicht den Zusammenhang aufheben, daß die lebendige Arbeit Quelle von Wert und Mehrwert ist, daß nur durch die Erhöhung der Ausbeutung der Mehrwertanteil und der Gesamtprofit — gleicher Umfang und gleiche Struktur des Kapitals vorausgesetzt — erhöht werden kann, daß sich die Einheit des Reproduktionsprozesses im Drang zur Übereinstimmung von Produktions- und Nachfragestruktur geltend macht usw. Aber, was wesentlich ist: Das Monopol führt zur Veränderung des Durchsetzungsmechanismus des Profitstrebens und des ökonomischen Verkehrs- und Vermittlungsmechanismus.

Es modifiziert sowohl die Preiskonkurrenz auf den Märkten als auch die Konkurrenz um die Kapitalanlage. Abhängig von seiner politisch-ökonomischen Potenz, also den Möglichkeiten der politisch-ökonomischen Machtenfaltung, zieht es einen überproportionalen Profitanteil an sich, wirkt Kapitalentwertungsbewegungen entgegen, blockiert damit Ausgleichsbewegungen oder verzögert sie usw. Da es aber die durch das Wertgesetz bestimmten Zusammenhänge des Reproduktionsprozesses nicht aufheben kann, ist sein Wirken von einer Verschärfung gesamtwirtschaftlicher Disproportionen und von Krisenprozessen begleitet. Der spontane kapitalistische Regulierungsmechanismus ist damit lädiert. Natürlich gilt generell für diesen spontanen Regulierungsmechanismus, daß die Herstellung von Gleichgewichtsproportionen nur in einem krisenhaften Anpassungsprozeß durchgesetzt werden kann: durch Entwertung und Vernichtung von Kapitalen. Aber mit der Dominanz von Monopolstrukturen werden die Widersprüche tiefer und die Anpassungsprozesse schleppender.

Dies ist einer der Gründe, der die staatlichen Aktivitäten auf den Plan ruft. Wir beleuchten diese Frage hier nur unter dem Gesichtspunkt der Wirksamkeit des Wertgesetzes unter diesen Bedingungen. Wie schon an anderer Stelle betont, ist die Entstehung des Monopols gesetzmäßiges Produkt der kapitalistischen Vergesellschaftung. Dies betrifft auch die staatlichen Wirtschaftsaktivitäten auf dieser Stufe. Von diesem Standpunkt ist die Durchbrechung der Regulierungsprinzipien des Wertgesetzes eine Notwendigkeit und kein Zufall. Aber Durchbrechung des Wertgesetzes kann nicht die Aufhebung seiner gesamtgesellschaftlichen Wirksamkeit bedeuten. Daraus folgt, daß die Monopolstruktur als Bestandteil der Produktionsverhältnisse und des Reproduktionsprozesses als Ganzes fungiert und in deren Gesetze und Widersprüche eingebunden bleibt.

Bei den staatlichen Wirtschaftsaktivitäten ist der Zusammenhang von Wert und Preis noch stärker gelockert und stellt sich vorwiegend nur über die stofflichen und wertmäßigen Proportionen des Reproduktionsprozesses her. Gerade dadurch sind aber auch die Grenzen des politischen Vermittlungs- und Regulierungsmechanismus gezogen. Staatskapital ist Bestandteil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Es fungiert allerdings als relativ entwertetes Kapital, das sich mit weniger Profit zufrieden gibt und damit die Verwertungsbedingungen des Privatkapitals verbessert. Mausert es sich, unter welchen Bedingungen auch immer, zur profitträchtigem Kapital, setzen in aller Regel die Reprivatisierungsbestrebungen ein. Die öffentliche Finanzierung des Privatkapitals und die Herausbildung staatsmonopolistischer Eigentumsverhältnisse (gemischtes Eigentum) muß im gleichen Kontext gesehen werden. Staatlich mobilisiertes Kapital gelangt hier unmittelbar in die Verfügung des Privatkapitals, der Monopole oder auch der nichtmonopolistischen Kapitale, und sichert dessen Verwertungs- und Akkumulationsfähigkeit.

Staatliche Produktion ist auf die Verwertungsbedürfnisse der Monopole und des Gesamtkapitals ausgerichtete Produktion. Unabhängig von der konkreten Form ihrer Pro-

dukte sind diese Bestandteil des Ensembles des Gesamtprodukts der Gesellschaft, die, sofern sie nicht als Waren in die Konkurrenz treten, dem Privatkapital als ‚Naturgrundlage‘ der gesellschaftlichen Produktion erscheinen. Der Einsatz gesellschaftlicher Arbeit in diesem Bereich ist Wertproduktion und Mehrwertproduktion — in anderer Form kann gesellschaftliche Arbeit im Gesamtrahmen der kapitalistischen Warenproduktion nicht funktionieren und sich in ihrer gesellschaftlichen Formbestimmung nicht materialisieren — mit modifizierten Realisierungsbedingungen. Soweit die hier erzeugte Mehrwertmasse nicht durch den Staat bzw. das Staatskapital unmittelbar realisiert wird, geht sie, über welche Vermittlungsmechanismen auch immer, in den Profitfonds des Privatkapitals ein. Der Zusammenhang stellt sich über die stofflichen und wertmäßigen Proportionen des Reproduktionsprozesses her.

Wenn also auch das Staatskapital und im erweiterten Sinne die Funktion des Staates als realer Gesamtkapitalist bzw. Gesamtmonopolist — dieser Terminus muß deshalb so modifiziert werden, weil damit die Antriebskräfte und die Interessenspannen exakter gefaßt werden — sich in Formen darstellen muß, die in weit höherem Maße als beim privatkapitalistischen Monopol die unmittelbaren Wertkategorien durchbrechen und damit den Niedergangscharakter der kapitalistischen Warenproduktion ausdrücken, realisieren sich diese Formen nicht außerhalb des Gesamtrahmens des Wertgesetzes. Es kann deshalb auch in seiner staatsmonopolistischen Verflechtung keine ökonomische Omnipotenz des Staates geben. Seine Regulierungstätigkeit kann immer nur mehr oder weniger die Reaktion auf Disproportionen und Krisen sein, sie bleibt aber an die mit zunehmender Vergesellschaftung wachsende Widersprüchlichkeit des spontanen Prozesses gebunden. Sie stellt zwar selbst die Synthese von Spontaneität und Planmäßigkeit dar, das Gesamtsystem wird aber gerade deshalb von den Widersprüchen des spontanen Prozesses durchdrungen, die sich nun in spezifischer Form auf die staatliche Ebene selbst verlagern. Sichtbarster Ausdruck dafür sind etwa die Wechselwirkungen von Inflation und staatlicher Finanzkrise.

Für die Monopolbourgeoisie ist die ökonomische Aktivität und Regulierungstätigkeit des Staates auch im Rahmen des SMK kein Selbstzweck. Der ökonomische Bewegungs- oder Regulierungsmechanismus des SMK tritt freilich jeweils als Produkt der historischen Entwicklung entgegen, dessen Tendenz zwar beeinflusst werden kann, dessen Auflösung oder Umstrukturierung aber ebenso unmöglich ist wie die Rückkehr von der Großproduktion zur Kleinproduktion. Wenn betont wird, daß der ökonomische Mechanismus des zeitgenössischen Kapitalismus als Einheit aufzufassen ist, dann ergibt sich dies aus dem Totalitätscharakter des kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Aber es ist dies eine Einheit widersprüchlicher Elemente und Tendenzen, was auch mit dem Konzept der sozial-ökonomischen Sektoren und den entsprechenden Eigentumsgrundlagen ausgedrückt wird. Die Kategorien des Monopols — monopolistische Konkurrenz, Monopolprofit, Monopolpreis — sind die den Gesamtmechanismus dominierenden Faktoren, die mit dem Fortschreiten der staatsmonopolistischen Entwicklung ihre Wirksamkeit unter Einbeziehung der staatlichen Vermittlungsmechanismen entfalten. Aber die Grundlage des Gesamtmechanismus bleibt die kapitalistische Warenproduktion, in deren Regulierung seine Zwecksetzung besteht.

Hieraus ergeben sich zwei Schlußfolgerungen:

1. Die staatliche Intervention und der staatsmonopolistische Kapitalismus müssen sich dann und dort entwickeln, wann und wo die Selbstregulierungsfähigkeit hinfällig wird.

Die dabei entstehenden Formen und Mechanismen können nur dann und dort zurückgenommen werden, wo veränderte soziale und ökonomische Bedingungen und Strukturen der privatmonopolistischen Regulierung neue Möglichkeiten erstehen lassen. Dies ist gegenwärtig offensichtlich mit dem neuen Monopolisierungs- und Internationalisierungsgrad der Konzerne und Finanzgruppen der Fall.¹⁴ Der Stellenwert der staatsmonopolistischen Intervention für die Monopol- und Finanzbourgeoisie und ihre einzelnen Gruppen verändert sich also im historischen Prozeß.

2. Die ökonomischen Aktivitäten des Staates zielen, faßt man ihren sozialökonomischen Inhalt, auf die Beeinflussung des Reproduktionsprozesses im Interesse der Monopole. Sie sind eine Form, in der das System der Kapitalverwertung der Vergesellschaftung der Produktion und den entsprechenden Anforderungen des ökonomischen und sozialen Prozesses Rechnung trägt. Der ökonomische Verflechtungsmechanismus von Staat und Monopolen realisiert sich vor allem dort, wo die Verlängerung privatmonopolistischer Kooperationslinien auf die Ebene des Staates erforderlich wird und den Anforderungen nach zentraler oder regionaler oder branchen- oder komplexmäßiger Planung, Lenkung und Leitung entsprochen werden muß. Dabei können die durch das Wertgesetz strukturierten Zusammenhänge zwar durchbrochen, aber nicht aufgehoben werden. Sie machen sich bei Verletzung in Disproportionen und Krisen geltend. Dies drückt aber nichts anderes aus, als daß Monopolstruktur, staatliche und staatsmonopolistische Regulierung in den durch das Wertgesetz konstituierten Gesamtrahmen der kapitalistischen Warenproduktion gebannt bleiben. Oder anders ausgedrückt: der SMK erweist sich als Entwicklungsphase der kapitalistischen Produktionsweise und Gesellschaftsformation in ihrem monopolkapitalistischen Stadium.

Von diesem theoretischen Verständnis des SMK können sich auch seine konkreten Aktionen und Tendenzen in der Gegenwart erschließen. ‚Reparaturbetrieb des Kapitalismus‘ kann der Staat nicht nur im Sinne der unmittelbaren Sanierung des Monopolprofits sein, sondern er muß in Ausübung seiner Klassenfunktion auch auf das Gesamtkapital und die kapitalistische Warenproduktion betreffende Disproportionen und Entwicklungsprobleme reagieren. Sein sozialökonomisches Wesen als Staat der Monopole kann also nicht in jeder Maßnahme und noch nicht einmal in der quantitativen Mehrzahl der Aktivitäten in der Erscheinung unvermittelt zum Vorschein treten. Hierin liegt m. E. auch eine der Ursachen, weshalb sich die Differenzierung des Gesamtkapitals kaum als entsprechende politische Fraktionierung ausdrückt oder dies nur punktuell der Fall ist. Dies wiederum berührt auch die Interessenherausbildung der Arbeiterklasse und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen auf den verschiedenen konkreten Feldern. Staatsmonopolistische Einkommens- (oder genauer: Lohn-)Politik betrifft nicht nur die Beziehungen von Arbeiterklasse und Monopolen, sondern generell die Verteilungsverhältnisse zwischen Lohnarbeit und Kapital. Dies gilt auch für nahezu alle anderen für die Reproduktion der Arbeitskraft relevanten Felder. Erscheint in der bürgerlichen Gesellschaft der Staat in seiner mystifizierten Form als Ausdruck des Allgemeininteresses, die seine Grundfunktion als Instrument der Klassenherrschaft des Kapitals über die Lohnarbeit

14 Zu den konkreten Bedingungen in der BRD, unter denen sich diese Variante durchsetzte und der Rolle, die dabei die internationalen Konzerne spielten, vgl.: H. Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 1/1978, Frankfurt/Main 1978, S. 9 ff.

verschleiert, so verstärkt — oder man könnte auch sagen, verdoppelt — sich diese Mystifikation im SMK, weil sich sein sozialökonomischer Inhalt als realer und ideeller Gesamtmonopolist in der Funktion als realer und ideeller Gesamtkapitalist verwirklicht.

5. Aspekte der geschichtlichen Entwicklung des SMK in Deutschland

Wenn auch erst nach dem zweiten Weltkrieg der umfassende Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus stattgefunden hat oder erst in dieser Periode vom Eintritt des Monopolkapitalismus in seine staatsmonopolistische Phase gesprochen werden kann, so beginnt die Geschichte des SMK als Begleiterscheinung und Merkmal des Monopolkapitalismus mit dessen Geburt. Das Studium der Entwicklung dieser Erscheinung ist deshalb auch für die Analyse der Gegenwart von Interesse, in der der Entwicklungsgrad der kapitalistischen Gesellschaftsformation und seine spezifischen Merkmale mit dem Begriff des SMK ausgedrückt werden. Dies gilt auch für die Grundprozesse der monopolistischen Konkurrenz und ihres Einflusses auf die Bewegung des Gesamtsystems.

Aus diesen Gründen kann es nur der Verbesserung des analytischen Instrumentariums der zeitgenössischen Kapitalismustheorie dienen, wenn die Ergebnisse der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung in die SMK-Debatte einbezogen werden. Wir möchten deshalb hier auf einige Fragestellungen eingehen, die durch die neuere wirtschaftsgeschichtliche Forschung der DDR aufgeworfen wurden, können dies allerdings nur punktuell tun, da eine umfassende Literaturübersicht und -kritik Gegenstand einer gesonderten Arbeit wäre. Das Aufgreifen einiger dieser Fragestellungen soll für eine stärkere Berücksichtigung des historischen Aspekts plädieren und sich gegen die geschichtslose Interpretation neuer Erscheinungen wenden. Dies ist auch deshalb in stärkerem Maße erforderlich, weil die sozialgeschichtlich orientierte Strömung der bürgerlichen westdeutschen Geschichtsschreibung auch für die SMK-Diskussion nicht uninteressante Fakten und Auffassungen vorgelegt hat.¹⁵

Zuerst möchten wir einige Fragen aufgreifen, die in der Untersuchung von Kurt Gossweiler¹⁶ behandelt wurden. Es handelt sich um das Monopolgruppenkonzept — eine Anwendung der marxistisch-leninistischen Monopoltheorie —, das für die Erklärung der Entwicklung des Wilhelminischen Deutschland und der Weimarer Republik eine zentrale Rolle in marxistischen historischen Analysen spielt. Von hier ausgehend ist auch immer wieder die Frage der Anwendbarkeit auf den zeitgenössischen Kapitalismus aufgeworfen worden, ohne allerdings überzeugende empirische Analysen, die mit den geschichtlichen Interpretationen vergleichbar wären, inspirieren und bisher hervorbringen zu können. Entsprechende Ansätze wurden und werden immer wieder gemacht, wenn auf der politischen Ebene Umorientierungen im Kurs des SMK sichtbar werden und Fraktionierungen in der Monopolbourgeoisie sichtbar oder zu vermuten sind. (Beispiele: neue Ostpolitik,

15 Vgl. zur Beurteilung dieser Richtung: F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, Teil 1, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Nr. 4/1979, S. 494 ff. sowie: Helga Nussbaum, Was ist staatsmonopolistischer Kapitalismus, in: D. Baudis, H. Nussbaum, Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, Berlin/DDR 1978, S. 39 ff.

16 Kurt Gossweiler, Großbanken—Industriemonopole—Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914—1932, Berlin-West 1975 (Berlin/DDR 1971).

Atlantiker-Gaullisten/Europäer in der *Adenauer/Erhard*-Ära, Reformflügel und reaktionär-konservativer Flügel in der Phase der staatsmonopolistischen Reformpolitik.)

Für die von *Gossweiler* untersuchte Periode 1914—1932 stellen sich ihm die Schwerindustrie und die neuen Industrien (Chemie, Elektro u. a.) als „Kern zweier industrieller Hauptgruppierungen“ dar, „die durch ihre imperialistischen Grundinteressen eine Einheit bildeten, sich aber dennoch gleichzeitig infolge ihrer gruppenspezifischen Sonderinteressen über Jahrzehnte hinweg erbitterte Kämpfe um die Vormachtstellung im imperialistischen Deutschland lieferten“.¹⁷

Der Entgegensetzung liegen unterschiedliche unmittelbare Verwertungs- und Akkumulationsinteressen zugrunde, die sich bis zur politischen Ebene, den Klassenbeziehungen, der Orientierung und dem Kurs des imperialistischen Systems artikulieren. *Gossweiler* verweist gleichzeitig auf die der Herausbildung stabiler Gruppenstrukturen entgegenwirkenden Faktoren: die Konkurrenz gleichartiger Unternehmen innerhalb eines Industriezweiges, die Konkurrenz ungleichmäßiger Unternehmen innerhalb eines Industriezweiges, die Konkurrenz bestimmter Wirtschaftsgebiete, die Zugehörigkeit zu Finanzgruppen, die Verflechtung mit ausländischen Finanzgruppen.¹⁸

In der Sicht *Gossweilers* kommt den Monopolbanken gegenüber den Industriemonopolen eine führende Rolle zu: „Ihr allseitiges Engagement befähigt sie nicht nur, sondern zwingt sie dazu, stets solche Lösungen des Kampfes widerstreitender Gruppeninteressen zu suchen, die dem Gesamtinteresse der imperialistischen Bourgeoisie nahekommen.“¹⁹ Sicher liegt hier der für die Verallgemeinerung problematische Punkt — nämlich in der führenden Rolle der Monopolbanken und in der Fassung des ‚Gesamtinteresses‘ der imperialistischen Bourgeoisie. Zweifellos formulieren sich auf der Ebene des Finanzkapitals — das nicht identisch mit Bankkapital schlechthin ist — und der Finanzgruppen die Interessen eines größeren Teils der Monopolbourgeoisie und die von vornherein in höherem Maße gegebenen Verflechtungen mit dem Staat und der Politik gewährleisten eine unmittelbarere Umsetzung zur Beeinflussung des Kurses des Gesamtsystems, ob aber das ‚Gesamtinteresse‘ mehr sein kann als die Resultante des im Konkurrenzkampf wirksam werdenden Kräfteverhältnisses und die Umformung eben dieser Resultante auf der politisch-staatlichen Ebene muß m. E. prinzipiell bezweifelt werden.

Dessen unbeschadet ist jedoch *Gossweilers* Fassung der Gruppenbildung auch von aktuellem Interesse: „Die Gruppenbildung in der Monopolbourgeoisie erfolgt also nicht nur um eine, sondern um zwei Achsen, erstens um die Achse der sich aus den ökonomisch-technischen Produktions- und Absatzbedingungen ergebenden spezifischen Industriezweiginteressen, zum anderen um die Achse der aus finanzkapitalistischen Verflechtungen hervorgehenden Interessen.“²⁰ Für die politischen Gruppierungen des Monopolkapitals hält er die so gefaßten spezifischen Interessen nur „in letzter Instanz und über mancherlei Vermittlungen“²¹ für strukturbestimmend. Er ist der Ansicht, daß beide Linien — die er für die genannte Periode untersucht — zusammengehörten²², Varianten der politi-

17 ebenda, S. 18.

18 ebenda, S. 28 ff.

19 ebenda, S. 34.

20 ebenda, S. 35.

21 ebenda, S. 52.

22 ebenda, S. 53.

schen Möglichkeiten des deutschen Imperialismus darstellten, deren Realisierung und Durchsetzung weniger von der unmittelbaren ökonomischen Stärke der jeweils hinter ihr stehenden Monopole abhängt, „als von der innen- und außenpolitischen Gesamtlage des jeweiligen Imperialismus“.²³ Deshalb plädiert *Gossweiler* bei der Untersuchung der konkreten Entwicklungsvariante, die sich durchsetzt, für den Primat der Untersuchung der Gesamtsituation des Imperialismus.

Von aktueller Bedeutung ist nach unserer Auffassung auch *Gossweilers* Darstellung und Analyse der Gruppierungen der Monopolbourgeoisie zu den ökonomischen Aktivitäten des Staates und zur Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Er sieht gegen Ende des ersten Weltkrieges in dieser Frage zwei Gruppierungen herausgebildet, die sich in *W. Rathenau* und in *H. Stinnes* personifizieren und sich z. T. mit den genannten Hauptgruppierungen decken: Bei *Rathenau* steht die Entwicklung des SMK auf dem Programm, und zwar als eine Entwicklung der Wirtschaft „mit Hilfe des Staates zu einem rationell gegliederten und arbeitenden, von den Monopolen mittels des Staates zentral gesteuerten Apparat“.²⁴ Das Programm von *Stinnes* besteht demgegenüber in der Ablehnung unmittelbarer staatlicher Intervention und im Plädoyer für die Marktwirtschaft.

Bekanntlich verbündete sich die *Rathenau*-Strömung mit dem reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung — dieser sah bei *Rathenau* ein sozialistisches Programm —, was dazu geführt hatte, diese Linie als demokratische SMK-Linie zu bezeichnen. *Gossweiler* verweist jedoch darauf, daß sich *Rathenaus* Linie erst in der faschistischen Wirtschaftspolitik realisiert, das Adjektiv ‚demokratisch‘ also die Haupttendenz nicht wiedergibt. Er verwendet statt dessen, u. E. sehr treffend, das Begriffspaar etatistisch-antietatistisch.

Worin besteht nun die Grundlage dieser Strömungen? „Der Antietatismus der Schwerindustrie besteht keineswegs darin, das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft zugunsten der Monopole oder die Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates abzulehnen, sondern richtet sich nur gegen bestimmte Formen dieser Vereinigung und dieser Eingriffe, gegen ihren Ausbau und ihre dauerhafte Fixierung zu einem institutionalisierten System, in dem der Staat die Stellung eines zentralen Kontrolleurs, Planers, Koordinators und Leiters einnimmt...“²⁵ Diese Position der Schwerindustrie sei der *laissez-faire*-Standpunkt des Rohstoffmonopolisten, der seine Sonderinteressen mit der imperialistischen Expansion schlechthin gleichsetzt. Demgegenüber werden die neuen Industrien zu Vorkämpfern des SMK in seiner etatistischen Variante, weil die Notwendigkeit staatlicher Intervention aus dem Zwang zur rationellen Ressourcen- und Kapitalverwendung resultiert, weil die Planung für die Entwicklung der Produktivkraft Wissenschaft, für die Bildung qualifizierter Arbeitskräfte usw. erforderlich ist.²⁶

Die Auseinandersetzung dieser Varianten oder Linien durchzieht, wenn auch unter jeweils anderen Konstellationen, den von *Gossweiler* untersuchten Zeitraum. Für die Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus setzt sich die antietatistische Linie durch: „Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus schritt in dieser Zeit weiter voran, jedoch nicht auf dem Weg eines *Rathenau*, sondern auf dem von *Stinnes* gewiesenen Weg einer Gesetzgebung, die der Expansion und der Profitsteigerung der Monopole

23 ebenda, S. 56.

24 ebenda, S. 84.

25 ebenda, S. 85.

26 ebenda, S. 85.

breitesten Spielraum auf Kosten der Massen verschaffte, ohne daß der Staat selbst ständig lenkend in den Wirtschaftsablauf eingriff.²⁷

Die genannten Varianten in der Entwicklung des SMK sind kein Spezifikum für jene Periode, als der SMK noch als ein Merkmal des Monopolkapitalismus angesehen werden konnte, sondern sie charakterisieren auch heute die Entwicklung des SMK und die Herausbildung entsprechender Strömungen in der Bourgeoisie und Monopolbourgeoisie. Sie finden u. E. heute jedoch eine komplexere Grundlage, als sie *Gossweiler* für seine Untersuchungsperiode in den spezifischen Industriegruppeninteressen festmacht.

Wichtige Fragestellungen zu dem uns hier interessierenden Komplex sind auch in den neueren Arbeiten, die im Rahmen des *Instituts für Wirtschaftsgeschichte der AdW der DDR* entstanden, entwickelt worden.²⁸ Wenn wir auch die von den Hauptautoren in Anlehnung an *Jürgen Kuczynski* vertretene Position nicht teilen, daß man den SMK durchgängig für den gesamten Monopolkapitalismus nur als ein Merkmal ansehen müsse, demzufolge vom SMK als einer Phase des Monopolkapitalismus nicht gesprochen werden könne, halten wir einen Teil der aufgeworfenen kritischen Fragen hinsichtlich der Kriterien der Periodisierung²⁹ für wichtig und legitim.

Die Untersuchung des Verhältnisses Monopole—Staat erfolgt im Rahmen der Untersuchung des Verhältnisses von Wirtschaft und Staat im Imperialismus: Dementsprechend wird formuliert: „Als Mittel zur Dämpfung der Widersprüche der kapitalistischen Reproduktion entwickelt sich die arbeitsteilige staatsmonopolistische Regulierung.“ „Staatsmonopolistische Regulierung bezeichnet einen Komplex von Vorgängen und Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, die spontanen privat-kapitalistischen Regelmechanismen zu stärken und ihre (begrenzte) Anpassung an die sich ständig erweiternde Stufenleiter der Vergesellschaftung der Produktion zu unterstützen.“³⁰

Aufgrund des historisch-empirischen Materials vertreten die Autoren die These, daß die Konzentration nicht nur dicht bis zum Monopol führe, sondern mit Notwendigkeit auch die öffentliche Regulierung hervorrufe.³¹ Und weiter: „Wenn also die These formuliert wurde, das Monopol fordere mit seinem Entstehen die Staatseinmischung heraus, so muß man nun die These erweitern: Versuche der Staatseinmischung fordern die Einwirkung der Monopolvertreter auf die Staatstätigkeit heraus. Die Verflechtung von Staat und Ökonomik erhält mit dem Entstehen des Monopolkapitals eine neue Qualität, aber diese neue Qualität muß sich nicht immer und überall und sofort in stärkerer staatlicher Regulierung des Reproduktionsprozesses zeigen, sondern kann sich auch im Unterbleiben objektiv notwendig gewordener Regulierung äußern.“³²

In der Sicht der Autoren ist die Wechselwirkung von Selbstregulierungsfähigkeit der Privatwirtschaft und staatlich-administrativer Regulierung für die Geschichte des SMK

27 ebenda, S. 311/12.

28 Wir verweisen hier auf: Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, herausgegeben von J. Kuczynski und H. Mottek, Bd. 9: Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, herausgegeben von Lotte Zumppe, Berlin/DDR 1976; Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945. in drei Bänden, Bd. 1: Dieter Baudis, Helga Nussbaum, Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, Berlin/DDR 1978.

29 Dieter Baudis, Helga Nussbaum, Wirtschaft, a. a. O., S. 22 ff.

30 ebenda, S. 37.

31 ebenda, S. 75.

32 ebenda, S. 118.

ein wichtiger Gesichtspunkt. Vor allem im Bereich der kleinen Warenproduktion, z. B. der Landwirtschaft, rufe die mangelnde Selbstregulierungsfähigkeit schon relativ früh die staatslich-administrative Regulierung auf den Plan, während z. B. der Bergbau das Beispiel dafür ist, wie Staatsunternehmen über verschiedene Stufen der Reprivatisierung in die privatmonopolistische Regulierung einbezogen wurden.³³ Gerade die wechselvolle Geschichte des deutschen Monopolkapitalismus verweist darauf, daß man sich auch heute vor einer versimpelten ‚eindimensionalen‘ Betrachtung (Vergesellschaftungsdruck — Verstaatlichung — weiterer Ausbau des SMK usw.) zu hüten hat.

Beenden wir damit den Exkurs in die neuere marxistische wirtschaftsgeschichtliche Forschung zur Entwicklung des Verhältnisses von Monopolen und Staat, des SMK. Wir möchten den Leser nun mit einer Konzeption der aktuellen SMK-Forschung bekannt machen, in der dem heutigen Entwicklungsstand des SMK Rechnung getragen wird und zwar hinsichtlich der Herausbildung relativ dauerhafter mehr oder weniger institutionalisierter Verflechtungen zwischen Staat und Monopolen; und in der ebenso das Problem der Monopol- und Finanzgruppen und der Schwerpunkte der monopolistischen Konkurrenz unter diesen Bedingungen eine Beantwortung erhält.

6. Zur Konzeption der staatsmonopolistischen Komplexe

Für weitere Überlegungen zur kategorialen Fassung wesentlicher Erscheinungen des SMK und insbesondere der Verflechtung von Monopol- und Staatsmacht ist die Konzeption der staatsmonopolistischen Komplexe von Interesse, die in der sowjetischen Kapitalismusforschung vor allem von einer *Leningrader Autorengruppe* vertreten wird.³⁴ In gewissem Sinne erfolgt hier eine theoretische Verallgemeinerung jener Erscheinungen, die historisch zuerst im Militär-Industrie-Komplex aufgetreten sind und dementsprechend auch zuerst analysiert wurden. Die Autorengruppe sieht derartige Komplexe in mehr oder weniger entwickelter Form vor allem auf den Gebieten der Atomwirtschaft, der Raumfahrt, der Umweltindustrie, der Forschung und Entwicklung, der Landwirtschaft usw. Wir halten es für nützlich, die Grundüberlegungen der Leningrader Autorengruppe auch in der weiteren SMK-Debatte in der BRD zu berücksichtigen und stellen sie deshalb in kurzen Zügen vor.

Diese Komplexe hätten — über den Militär-Industrie-Komplex hinaus — in der Wirtschaft entwickelter kapitalistischer Länder in den sechziger und siebziger Jahren eine zu-

³³ ebenda, S. 120.

³⁴ Wir beziehen uns hier auf: Gosudarstvenno-monopolistscheskije komplekxy. Teoretitscheskije i metodologitscheskije problemy. Red. A. A. Djomin, N. W. Raskow, Isd. Leningradskogo Universiteta 1979 (russ.) — Übersetzung der Zitate durch den Verf.

Während im ersten Kapitel, dessen Grundzüge im folgenden referiert werden, die theoretisch-methodologischen Fragen behandelt werden, sind die weiteren Kapitel der Darstellung und Analyse einzelner Komplexe gewidmet. Dabei wird hauptsächlich auf die Verhältnisse in der BRD eingegangen.

Die Kapitalismusforschung in Leningrad orientiert sich stark, was den konkreten Gegenstand betrifft, an den Verhältnissen in der BRD. So sind von Mitarbeitern dieser Gruppe in der Vergangenheit einige monographische Arbeiten und Gesamtdarstellungen des SMK der BRD vorgelegt worden.

(Vgl. zu den Aktivitäten der Leningrader Imperialismusforschung: IMSF-Informationsbericht o. Nr.: Zur Kapitalismusforschung in der UdSSR, Frankfurt/Main 1974)

In der BRD bekannt geworden ist vor allem die Arbeit von S. I. Tjulpanow und V. L. Scheinis, Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus, Frankfurt/Main 1975 (Leningrad 1973), an die sich auch die hier referierte Arbeit konzeptionell anschließt.

nehmende Rolle erlangt. „Die Bedingungen für die Formierung staatsmonopolistischer Komplexe entstehen dann, wenn sich die Notwendigkeit für tiefgehende und unmittelbare, funktionelle Beziehungen zwischen dem Staat (seinen Behörden) und den Konzernen (Monopolen) auf bestimmten Gebieten der Tätigkeit ergibt.“³⁵ Die damit entstehenden Beziehungen erschöpften sich nicht in der staatlichen Beeinflussung der entsprechenden Märkte, sondern es entstünden Produktionsbeziehungen. Bestehende und entstehende staatsmonopolistische Produktionsverhältnisse seien die allgemeine Grundlage der Formierung, der Entwicklung und des Funktionierens dieser Komplexe.

Als wichtigste „institutionelle Elemente“ dieser Komplexe³⁶ werden die verschiedenen auf diesem jeweiligen Gebiet tätigen staatlichen Behörden, Verwaltungen, Zweige angesehen. Über diese Elemente realisiere sich die enge Bindung mit Einrichtungen für Wissenschaft und Technik, mit den Parlamenten und den bürgerlichen Parteien und Organisationen. Demgegenüber seien die Privatmonopole, ihre Gliederungen und Organe die „wichtigsten strukturbildenden Elemente“ dieser Komplexe³⁷, wobei sich entsprechend der Anlagensphären der Konzerne ihre Einbindung (und ihr Engagement) in unterschiedliche Komplexe ergeben könnte. Dies bedürfe jeweils einer konkreten Analyse. Gleichfalls sei auch ein Teil der kleinen und mittleren Unternehmen in die jeweiligen Komplexe eingebunden.

Der mit den Komplexen entstehende Verbund monopolistischer und staatlicher Interessen formuliere über Programme, Prognosen usw. seine Interessen als allgemeine, im Interesse der Gesamtentwicklung liegende und übe entsprechenden Einfluß auf die Öffentlichkeit aus. Betrachte man die Beziehung der beiden Seiten der Komplexe zueinander, so müsse per Saldo von nichtäquivalenten Austauschbeziehungen gesprochen werden, die sich über eine Palette konkreter Felder verwirklichten. Wesentlich ist, daß die entstehenden Beziehungen nicht nur zeitweiliger oder vorübergehender Natur seien, sondern langfristiger und kontinuierlicher Art. Sie realisierten sich über die Gemeinsamkeit konkreter ökonomischer, ideologischer, technischer und wissenschaftlicher Aufgaben und Interessen der beteiligten Monopolvertreter und Staatsbeamten, über Ware-Geld-Beziehungen, über in ein System von Kennziffern gefaßte Vertrags-, Kontrakt- und Regulierungsbeziehungen, über technische und funktionelle Abhängigkeiten sowie staatliche Garantien und nicht zuletzt über persönliche Beziehungen.

„Der Komplex tritt als eine monopolistische Vereinigung auf, die verschiedene Monopole oder ihre Firmen und Unternehmen und die staatlichen Behörden funktionell vereinigt.“³⁸ Dies berühre vordergründig nicht die bestehenden Eigentumsstrukturen, aber es finde eine wechselseitige Abtretung bestimmter Rechte und Pflichten statt. In gewissem Sinne handele es sich also um ein „Kartell, das einige neue, tiefgehende Produktions- und kommerzielle Verbindungen aufweist“.³⁹ Der Staat trete nicht nur als Finanzier auf, sondern übernehme auch einen Teil anderer notwendiger Funktionen und Maßnahmen, so daß das Monopolkapital z. B. bei der Programmierung im Hintergrund bleiben könne.

Die Komplexe existieren nicht losgelöst von der allgemeinen Struktur des heutigen Monopolkapitalismus, sondern stellen nur eine Erweiterung und Komplizierung der Struk-

35 ebenda, S. 8.

36 ebenda, S. 14.

37 ebenda, S. 15.

38 ebenda, S. 20.

39 ebenda, S. 21.

tur des Gesellschaftskapitals dar. Sie stünden gemeinsam und neben „den individuellen kapitalistischen Unternehmen, monopolistischen Vereinigungen, Finanzgruppen und stehen mit ihnen in komplizierten Beziehungen“.⁴⁰ Sie seien verhältnismäßig stabile Interessengemeinschaften von Monopolgruppen und staatlichen Verwaltungen auf konkreten Feldern der Volkswirtschaft, und somit „neue Organisationsformen des Kapitals“⁴¹, „Formen der Organisation staatsmonopolistischen Kapitals und der modernen kapitalistischen Produktion“⁴², Ausdruck einer „weiteren Vertiefung der kapitalistischen Vergesellschaftung“.⁴³

Die Komplexe seien gleichzeitig Formen der Konzentration und Monopolisierung sowie der Verstaatlichung der kapitalistischen Wirtschaft. In ihrem Rahmen erfolge in konkreter Form die Vereinigung von Konkurrenz und Planmäßigkeit. Zusammenfassend formuliert die Autorengruppe: „Die staatsmonopolistischen Komplexe . . . sind die wichtigsten Ketten- oder Bindeglieder des heutigen staatsmonopolistischen Systems, die Organisationsform des staatsmonopolistischen Kapitals, seine spezifische Form der Konzentration, Zentralisierung und seines Funktionierens, die Fusion der Monopole . . . mit der Staatsmaschine und die dem entsprechende Struktur . . . das sind dialektische, widersprüchliche Einheiten — geboren aus der Synthese von Monopolisierung und Verstaatlichung des Wirtschaftslebens, von Konkurrenz und Planmäßigkeit . . . Der Hauptunterschied der staatsmonopolistischen Komplexe zu vorhergehenden Organisationsformen des Kapitals besteht offensichtlich darin, daß die aktive Teilnahme des Staatskapitals die unbedingte Voraussetzung ihres Funktionierens ist.“⁴⁴

Sie seien Elemente der Produktionsverhältnisse des zeitgenössischen Kapitalismus und stünden kategorial zum SMK wie das Einzelne zum Allgemeinen — vergleichbar der Stellung der Monopole zum Monopolkapitalismus. Im System der Kategorien der politischen Ökonomie des Monopolkapitalismus stünden die Komplexe als konkretes Scharnier zwischen den Finanzgruppen und dem Staat.⁴⁵

Die Untersuchung, welche konkreteren Konstellationen der Herausbildung dieser so skizzierten Komplexe zugrunde liegen, ob es gerechtfertigt ist, die damit erfaßten Beziehungen zwischen Staat und Monopolen in den Rang einer neuen polit-ökonomischen Kategorie zu erheben oder ob die bisher gebräuchlichen Fassungen ausreichend sind, hätte empirische Forschung und theoretische Überlegungen einzubeziehen. Die konkreten politischen Auseinandersetzungen in der BRD um das KKW-Programm, um Umwelt- und Technologiefragen⁴⁶ usw. machen deutlich, daß mit den staatsmonopolistischen Komplexen ein Problem von hoher Aktualität angesprochen ist. Für die theoretische Fragestellung dürfte von Interesse sein, ob nun auch mit der Konkurrenz dieser Komplexe, bei der es ja in erster Linie um die Orientierung und die Prioritäten der staatlichen Aktivitäten und in der Konsequenz um die Richtung und die Proportionen des Reproduktionsprozesses geht, die Konkurrenz der Monopol- und Finanzgruppen eine Modifizierung und Konkre-

40 ebenda, S. 23.

41 ebenda, S. 24.

42 ebenda, S. 26.

43 ebenda, S. 26.

44 ebenda, S. 29.

45 ebenda, S. 30 ff.

46 Von noch weitergehender Brisanz ist selbstverständlich die Rolle und der Einfluß des Militär-Industrie-Komplexes. Ihn in den Blickpunkt der progressiven und demokratischen Öffentlichkeit zu rücken, ist auch in der BRD eine erstrangige Aufgabe der fortschrittlichen Wissenschaft.

tisierung erfährt. Dafür spricht vieles. Schließlich ist auch die Frage aufzuwerfen, wie bei einer derartigen Verdichtung des staatsmonopolistischen Mechanismus in den Komplexen eine antimonopolistische und alternative Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu konkretisieren ist.

* * *

Der Schwerpunkt dieses Beitrages lag bei der Erörterung der ökonomischen Beziehungen von Staat und Monopolen im SMK der BRD, und zwar unter dem Blickwinkel, daß der monopolistische Sektor Bestandteil der kapitalistischen Produktions- und Verkehrsverhältnisse als Ganzes ist. Daraus ergibt sich, daß sich auch unter den Bedingungen des SMK, also Bedingungen unmittelbarer Verflechtung von Monopolen und Staat, die ökonomischen Aktivitäten des Staates auf den Reproduktionsprozeß als Ganzes, seine Disproportionen, Krisen usw. beziehen müssen. Sein sozialökonomisches Wesen als Staat der Monopole realisiert sich also im Rahmen seiner Grundbestimmung als realer und ideeller Gesamtkapitalist. Freilich ist damit eine Beziehung formuliert, die sich notwendigerweise in diesem Widerspruch bewegt und im realen Gang der Entwicklung ihre Ausprägung in den konkreten Widersprüchen, Zielkonflikten usw. der ökonomischen Aktivitäten des Staates erfährt.

Sowohl die Betrachtung der realen Verhältnisse als auch der Exkurs zur historischen Entwicklung des Monopolkapitalismus und des SMK zeigen, daß die Monopolbourgeoisie ein widersprüchliches Verhältnis zur administrativen und institutionalisierten Form staatsmonopolistischer Regulierung entwickelt. Welche Strömung für die Gesamtrendenz bestimmend wird, hängt nicht nur von der Selbstregulierungsfähigkeit dieser oder jener Bereiche der Privatwirtschaft ab, sondern von den ökonomischen, sozialen, politischen Existenzbedingungen des jeweiligen imperialistischen Systems.

Angesichts des mit der wissenschaftlich-technischen Revolution zunehmenden Vergesellschaftungsdrucks und zunehmender Krisentendenzen in den internationalen ökonomischen Verhältnissen des Kapitalismus entsteht für den SMK die Notwendigkeit der Weiterentwicklung administrativer und institutionalisierter Regulierungsformen. Gleichzeitig wächst jedoch mit hohem Monopolisierungsgrad in gewisser Weise die Selbstregulierungsfähigkeit des monopolistischen Sektors; oder anders ausgedrückt: das Monopolkapital tendiert danach, den administrativen Eingriff in seine Domänen in Grenzen zu halten, ihn nur als zeitweiligen Notbehelf zu akzeptieren und ihn dort, wo er verzichtbar erscheint, abzubauen.

Dabei ist der Umstand zu berücksichtigen, daß der direkte und unmittelbare staatliche Wirtschaftsinterventionismus in höherem Grad der Beeinflussung durch die sozialen und politischen Kräfteverhältnisse — und damit auch der Politisierung — unterliegt, als dies bei ‚marktwirtschaftlichen‘ oder indirekten Regulierungsformen der Fall ist. Dies muß beachtet werden, wenn gegenwärtig für die BRD von einer privatmonopolistischen oder antietatistischen Entwicklungsvariante des SMK gesprochen wird.

Anhang

Materialien zu den sozialökonomischen Sektoren in der BRD

Die nachfolgend abgedruckten Angaben beruhen auf den Ergebnissen der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählungen 1970 und 1961. Entsprechende Angaben für die siebziger Jahre können nicht gemacht werden. Sie werden erst nach der nächsten Volkszählung 1980 möglich sein. Grundlage der vorliegenden Schätzung ist die Erfassung der Unternehmen nach der Anzahl der Beschäftigten und nach Rechtsform.

Weitere und für ihre jeweilige Bezugsgrundlage auch exaktere Angaben zum Umfang des groß- und monopolkapitalistischen Sektors kann der interessierte Leser auch der Analyse von *Angelina Sörgel* zu den Ergebnissen der Monopolkommission in diesem Band von „Marxistische Studien“ entnehmen.

Tabelle 6 enthält Angaben zum Sektor des Auslandskapitals (einem ‚vertikalen‘ Sektor, allerdings mit Schwerpunkt in der monopolisierten Großwirtschaft), die sich auf ökonomische Kennziffern stützen und die Struktur von 1976 erfassen.

Tabelle 1: siehe nächste Seite

Tabelle 2: Verteilung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten auf sozialökonomische Sektoren 1970

Sozialökonomische Sektoren	in Mio.	in v. H.
1. Verlegerkapital und Privathaushalte	0,55	2,4
2. Mittelschichten	2,47	11,0
3. Mittelschichten und kleines Kapital	3,14	13,9
4. Mittleres Kapital	6,27	27,9
5. Groß- und Monopolkapital (darunter: Monopolkapital)	5,34 (2,90)	23,7 (13,0)
6. Staat	4,74	21,1
1.—6.	22,50	100,0

Quelle: Beiträge des IMSF 2, Teil II, a. a. O., Abschnitt 3.1.2.2.

Tabelle 1: Anteil des groß- und monopolkapitalistischen¹ und des staatlichen Sektors an allen Lohnabhängigen² nach Bereichen des Reproduktionsprozesses 1970

Bereich des Reproduktionsprozesses	in Tausend				in v. H. aller Lohnabhängigen			
	Gesamtwirtschaft	Groß- und monopolkap. Sektor	Kernbereich des monopolkap. Sektors	staatlicher Sektor	Gesamtwirtschaft	Groß und monopolkap. Sektor	Kernbereich des monopolkap. Sektors	staatlicher Sektor
1. Bereich der materiellen Produktion ³ (darunter: verarbeitende Wirtschaft)	14 105 (9 964)	4660 (4049)	2644 (2229)	1368 (150)	100,0 (100,0)	33,0 (40,6)	18,8 (22,4)	9,7 (1,5)
2. Bereich der Geld- und Warenzirkulation ⁴	3 337	578	281	227	100,0	17,3	8,4	6,8
3. Bereich privater Dienstleistungen ⁵	1 917	99	6	—	100,0	5,2	0,3	—
4. Bereich staatlicher Einrichtungen	3 147	—	—	3147	100,0	—	—	100,0
1.—4. Gesamtwirtschaft	22 506	5337	2931	4742	100,0	23,7	13,0	21,1

1 Groß- und monopolkapitalistischer Sektor: Unternehmen über 1000 Beschäftigte; monopolkapitalistischer Sektor: Unternehmen über 5000 Beschäftigte

2 Arbeiter, Angestellte, Beamte

3 Landwirtschaft, Bergbau, Energiewirtschaft, verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft, Verkehrs- und Nachrichtenwesen

4 Handel, Kredit- und Versicherungswesen

5 Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen, private Haushalte

Quelle: Beiträge des IMSF 2, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970, Teil II: Sozialstatistische Analyse, Frankfurt/Main 1974; ber. nach Tab. 3.0/10 und 3.1/11.

Tabelle 3: Anteile der sozialökonomischen Sektoren an den Erwerbstätigen der gewerblichen Wirtschaft¹ in v. H.

Sozialökonomischer Sektor		1961	1970
1.	Mittelschichten	24,4	22,0
2.	Kleines Kapital	22,9	22,7
3.	Mittleres Kapital	22,2	23,1
4.	Groß- und Monopolkapital ² (darunter Kernbereich des Monopolkapitals ³)	24,7 (—)	26,6 (14,8)
2.—4.	Privatkapital	69,8	72,4
5.	Staat	5,8	5,6
1.—5.	zusammen	100,0	100,0

1 Wirtschaft ohne Landwirtschaft, Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Sozialversicherungen.

2 Unternehmen mit über 1000 Beschäftigten.

3 Unternehmen mit über 5000 Beschäftigten.

Quelle: Beiträge des IMSF 2, Teil II, a. a. O., Tabelle 3.4/39.

Tabelle 4: Anteil des sozialökonomischen Sektors des Groß- und Monopolkapitals¹ an den Erwerbstätigen verschiedener Bereiche der gewerblichen Wirtschaft² in v. H.

Bereiche der gewerblichen Wirtschaft		1961	1970
1.	Bergbau und Energiewirtschaft	80,7	74,2
2.	Verarbeitendes Gewerbe	37,2	40,8
3.	Baugewerbe	7,2	10,4
4.	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7,8	7,0
5.	Handel	8,9	11,1
6.	Kredit- und Versicherungsgewerbe	31,1	35,6
7.	Private Dienstleistungen	2,9	4,2
1.—7.	Gewerbliche Wirtschaft	24,7	26,6

1 Unternehmen mit über 1000 Beschäftigten.

2 Wirtschaft ohne Landwirtschaft, Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Sozialversicherungen.

Quelle: Beiträge des IMSF 2, Teil II, a. a. O., Tab. 3.4/31; 3.4/32; 3.4/33; 3.4/34; 3.4/35; 3.4/36; 3.4/38; 3.4/39.

Tabelle 5: Anteile der sozialökonomischen Sektoren an der aktiven Bevölkerung¹ der BRD in v. H.

Sozialökonomischer Sektor	1950	1961	1970
1. Mittelschichten	40,3	30,0	25,1
2. Privatkapital	47,7	54,9	56,9
3. Staat	12,0	15,1	18,0
1.—3. Gesamtwirtschaft (in Mio. Personen)	100,0 (21,6)	100,0 (27,1)	100,0 (27,3)

¹ Alle Erwerbspersonen.

Quelle: Beiträge des IMSF 2, a. a. O., Tabelle 6/1.

Tabelle 6: Sektor des Auslandskapitals in der BRD-Wirtschaft (Stand 1976)

Wirtschaftszweig	Anteile der Unternehmen mit unmittelbarer und mittelbarer ausländischer Kapitalbeteiligung an allen inländischen Unternehmen in v. H.		
	Bilanzsumme	Jahresumsatz	Beschäftigtenzahl
Inländische Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und des Handels insgesamt	14,7	15,9	9,9
darunter:			
Chemische Industrie	26,2	27,5	23,0
Mineralölverarbeitung	89,0	86,5	86,3
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	17,0	14,9	12,1
Eisen- und Stahlerzeugung	29,8	19,1	19,3
NE-Metallerzeugung	37,5	22,6	25,5
Stahl- und Leichtmetallbau	14,6	8,2	10,7
Maschinenbau	16,4	18,4	15,8
Straßenfahrzeugbau	26,4	26,1	24,7
Elektrotechnik	25,8	24,6	20,4
Herstellung von EBM-Waren	13,1	10,7	11,7
Holzverarbeitung	1,5	0,9	1,5
Textilgewerbe	8,5	7,4	6,8
Bekleidungs-gewerbe	3,0	3,3	1,7
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ¹	10,6	12,2	16,3
Baugewerbe	2,2	2,9	1,7
Handel	12,0	12,5	6,8

	in Mrd. DM	in absoluten Zahlen in Mrd. DM	in Tsd.
Inländische Unternehmen des Produzierenden Gewer- bes und des Handels insge- samt	1340,4	2113,8	15 043,0
darunter: Unternehmen mit unmittelbarer und mittelba- rer ausländischer Kapital- beteiligung	196,6	335,5	1 495,9
Unternehmen ² mit ausländi- scher Kapitalbeteiligung ³ in der gesamten Wirtschaft	293,5	351,3	1 593

1 Ohne Tabakverarbeitung.

2 Insgesamt sind dies 6754 Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung.

3. Die Gesamtsumme der unmittelbaren ausländischen Direktinvestitionen in der Wirtschaft der BRD wird mit 63 Mrd. DM angegeben. Nach dem Ursprungsland kommen 25,9 Mrd. aus den USA, 8,9 Mrd. aus den Niederlanden, 8,9 Mrd. aus der Schweiz, 5,1 Mrd. aus Großbritannien, 4,3 Mrd. aus Frankreich.

Monopolisierung und Monopolkommission

Zur methodischen und theoretischen Konzeption und den empirischen Ergebnissen der Gutachten der Monopolkommission

Angelina Sörgel

1. Empirische Probleme der Monopoltheorie — 2. Konzentration ohne Monopol? Untersuchungsschwerpunkte, -methoden und -verfahren der Monopolkommission — 3. Ergebnisse der Monopolkommissionsuntersuchungen — 4. Illusionäre Schlußfolgerungen. Zu den „Empfehlungen“ der Monopolkommission — 5. Resümee.

1. Empirische Probleme der Monopoltheorie

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) geht davon aus, daß das bestimmende Verhältnis der imperialistischen Gesellschaft das Monopolkapital darstellt, das vermittels ökonomischer und politischer Gewalt die Gesetze der kapitalistischen Warenproduktion durchsetzt. Mit dieser allgemeinen Aussage ist freilich „weder etwas über die konkrete Form des staatsmonopolistischen Mechanismus noch über seine konkrete Entwicklungstendenz ausgesagt“.¹ Die Weiterentwicklung und Präzisierung der Theorie des SMK kann nur durch die theoretische Verarbeitung und Durchdringung der gegenwärtigen empirischen Entwicklung geschehen, genauso wie die Theorie nur fruchtbar gemacht werden kann für die Interessen der Arbeiterbewegung, wenn sie auf die vorfindliche Realität der BRD bezogen wird.

Mit dieser Aufgabe beginnen aber auch die Probleme. Schwierigkeiten der empirischen Arbeit fangen bereits bei dem Grundsachverhalt des SMK, der Monopolisierung der Wirtschaft, an. So ist es z. B. eine zu beobachtende Erscheinung des gegenwärtigen BRD-Imperialismus, daß die ‚Reinigungsfunktion‘ der Krise eingeschränkt ist und anstelle eines allgemeinen Aufschwungs nach der Krise der Boom sich auf die Profite beschränkte, während die Massenarbeitslosigkeit anhält. In marxistischen Analysen wird diese Erscheinung u. a. auf die Spaltung der Wirtschaft in einen monopolistischen und einen nicht-monopolistischen Sektor zurückgeführt, die verschiedenen Verwertungsbedingungen unterliegen; Während im nicht-monopolistischen Bereich Kapitalvernichtung stattfindet, werden im monopolistischen Sektor hohe Gewinne erwirtschaftet, die nicht arbeitsplatzschaffend oder -erhaltend reinvestiert, sondern aufgrund der mangelnden Nachfrage profitableren Zwecken (z. B. Kreditvergabe) zugeführt werden. Gleichzeitig ist das Zu-

1 Heinz Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, in: Marxistische Studien, Jahrbuch der IMSF 1/1978, S. 11.

rückbleiben der Nachfrage wiederum der spezifischen Lohn- und Preispolitik des monopolistischen Sektors geschuldet.²

Um diese Modifikation des Zyklus und die je besonderen Wirkungsweisen kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten auf Kapitale verschiedener Größenordnung empirisch genauer und nicht nur ausschnittsweise oder anhand unscharfer Indikatoren zu belegen, müßte man über Statistiken verfügen, die disaggregiert nach Unternehmensgröße Gewinne, Gewinnverwendung und Investitionen, Aufträge, Umsatz, Lohn- und Materialkosten, Produktpreise und andere ökonomische Kennziffern ausweisen. Keine dieser Angaben ist in der gewünschten Form verfügbar: Die amtliche Statistik orientiert sich an den Kategorien, Begrifflichkeiten und Forschungsinteressen der bürgerlichen Wissenschaft und spart noch darüber hinaus Gewinne generell und konzentrationspezifische Aufbereitungen ihrer Daten im besonderen aus ihren Angaben weitgehend aus. Für größenspezifische Untersuchungen der BRD-Wirtschaft lassen sich in der Hauptsache Statistiken der Fachserien des Statistischen Bundesamtes, die nach Beschäftigten- bzw. Umsatzgrößenklassen untergliedert sind und Statistiken der Deutschen Bundesbank, die die verschiedenen Rechtsformen der Gesellschaften unterscheiden, nutzbar machen. Die Hauptquelle sind die vom Bundeskartellamt veröffentlichten Daten zu den Konzentrationsraten der Industriezweige, den meldepflichtigen Zusammenschlüssen und weitere Informationen über ihre Geschäftstätigkeit.³

2 Vgl. Memorandum '79: Vorrang für Vollbeschäftigung — Alternativen der Wirtschaftspolitik, Vorabdruck in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/79, Köln, Seite 614 f.; sowie Jörg Huffschmid, Ist die Krise chronisch?, in: Marxistische Blätter 2/78, Seite 40.

3 *Zu Stand und Entwicklung der Konzentration:*

Unternehmen in der Wirtschaft nach Beschäftigtengrößenklassen (Fachserie C Unternehmen und Arbeitsstätten).

Umsatzsteuerpflichtige und steuerbarer Umsatz in der Gesamtwirtschaft nach sechs Umsatzgrößenklassen (12 000—1 Mio., bis zu 1 Mrd. und mehr) (Fachserie L, Finanzen und Steuern, Reihe 7).

Zahl und Größe der Unternehmen in der Industrie mit Umsätzen von 0,5 Mio. DM und mehr nach sechs Umsatzgrößenklassen (auch auf Basis der zweijährlichen Umsatzsteuerstatistik, Fachserie L, Reihe 7).

Betriebe bzw. Unternehmen in der Industrie nach sieben bzw. sechs Beschäftigtengrößenklassen (1—9 Besch. bis 1000 und mehr Besch. bzw. 10—49 Besch. bis 1000 u. m. Besch.) und Unternehmen nach neun Umsatzgrößenklassen (bis unter 1 Mill., bis 250 Mill. und mehr). Beides Fachserien D Industrie und Handwerk, Reihe 1.

Statistiken der anzeigepflichtigen Zusammenschlüsse nach § 23 GWB (Kartellberichte).

Concentration ratios der jeweils drei und sechs größten Unternehmen in ausgewählten Industriezweigen (Anteil am Gesamtumsatz in 33 Industriezweigen und 89 Industrieklassen, bezogen auf die in der jeweiligen Branche tätigen inländischen Unternehmen) für die Jahre 1962, 1965, 1967, 1968, 1970, 1972. Ab 1975 wird die Untergliederung der Industriegruppen erweitert. Vgl. Tätigkeitsbericht des BKA 1975, BTDr.S 7/5390, Tab. 2, S. 114 ff.

Zum Investitionsverhalten:

Anlageinvestitionen in der Industrie, dem Bauhauptgewerbe und dem Handwerk nach sechs Beschäftigtengrößenklassen (ab 20 Besch. und mehr bis 1000 Besch. und mehr) (Sachgebiet X., Industrie und Handwerk, 2. Investitionserhebung im produzierenden Gewerbe, Statistisches Jahrbuch).

Zur Rentabilität:

Kostenstruktur der Unternehmen in der Industrie nach 12 Industriezweigen und fünf Umsatzgrößenklassen (Fachserie C, Unternehmen und Arbeitsstätten, Reihe 1).

Bilanzstatistik der Deutschen Bundesbank nach Rechtsformen der Gesellschaften (AG, GmbH, Personengesellschaften, Einzelkaufleute).

Konten und Standardtabellen der VGR in der Untergliederung nach Rechtsformen (mit oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit) (Fachserie N, VGR, Reihe 1).

Unter diesen Statistiken, die über Stand und Entwicklung der Unternehmenskonzentration in der BRD, über das Investitionsverhalten und die Kostenstruktur Aufschluß geben, sind allein die Tabellen und Übersichten des Bundeskartellamts von größerer Aussagekraft. Auf alle anderen im Rahmen der Fachserien des Statistischen Bundesamtes veröffentlichten Daten trifft der gleiche Mangel zu: Die Größenklassen sind zu grob und vor allem nach oben zu weit. So lag z. B. der niedrigste Umsatz unter den 100 größten Konzernen der Wirtschaft 1976 gerade bei 1,549 Mrd. DM, der durchschnittliche Umsatz der 10 größten Industriekonzerne bei 19,29 Mrd. DM, während die obersten Größenklassen der Fachserien bei 250 Mill. DM (Industrie und Handwerk, Reihe 1) bzw. 1 Mrd. DM (Umsatzsteuerstatistik) beginnen.⁴ Der eigentlich konzentrierte Bereich bleibt also aus der Statistik bei der Abgrenzung nach Unternehmensgrößenklassen ausgeklammert. Noch stärker trifft diese Aussage auf die Abgrenzungen nach Beschäftigtengrößenklassen zu. Die oberste Größenklasse „1000 und mehr Beschäftigte“ reicht nicht annähernd an die Beschäftigtenzahl der größten Unternehmen heran. Dabei ist der Zusammenhang zwischen Umsatz und Beschäftigten wegen der unterschiedlichen Kapitalintensität nicht einmal proportional. Z. B. arbeiteten im am Umsatz gemessen größten Konzern der BRD 1977, der VEBA, „nur“ 67 000 Arbeiter und Angestellte, im zweitgrößten dagegen, Siemens, 208 000.⁵

Mit Hilfe der Abgrenzung nach Rechtsformen in der Statistik der Jahresabschlüsse der Bundesbank endlich wird größenspezifisch sogar nicht mehr als ein bloßes „Über-den-Daumen-Peilen“ ermöglicht nach der Devise „Kapitalgesellschaften sind eher groß, Personengesellschaften sind eher klein“. Dabei reicht die Umsatzspanne allein innerhalb der 100, am Kapital gemessen, größten Aktiengesellschaften 1977 von rund 20,413 Mill. DM bis 136 Mill. DM, und umgekehrt zählen einige reine Familienunternehmen zu den 100, am Umsatz gemessen, größten Konzernen der BRD (Henkel, Oetker, Brenninkmeyer, Kampffmeyer, Tengelmann, Werhahn, Flick, Schickedanz, Haniel und Weisser).⁶

Aber auch die „concentration ratios“ des Bundeskartellamts weisen statistische Mängel auf:⁷

— Sie basieren auf den Gesamtumsätzen der Unternehmen nach dem sogenannten Hauptbeteiligungskonzept. Handelsumsätze sowie Umsätze aus „Nebentätigkeiten“ in anderen Branchen werden der Branche, in der der größte Teil des Umsatzes realisiert wird, zugerechnet. Daraus folgen zwei Einschränkungen der statistischen Aussagekraft: Vor allem bei stark diversifizierten Unternehmen können sich erhebliche Verzerrungen im Konzentrationsgrad ergeben; die Abgrenzung ist nicht marktbezogen, so daß branchenbezogene Analysen zu Fehlschlüssen führen können.

— Sie berechnen die Umsatzanteile juristisch selbständiger Unternehmen, d. h. wirtschaftliche Verflechtungen — selbst innerhalb eines Konzerns — werden nicht berücksichtigt. Dadurch entsteht eine systematische Unterschätzung der Konzentration. Auch

4 Hauptgutachten II, Tabelle II. 1 „Die hundert umsatzstärksten Unternehmen 1976“, Seite 544 ff.

5 Hauptgutachten II, Tabelle 6 „Die Beschäftigten der 100 Größten 1976 im Inland“, Seite 125 ff.

6 IPW-Berichte, Berlin/DDR, 12/78, S. 70 ff (Statistik).

Hauptgutachten II, Tabelle II. 1, Seite 544 ff. (ohne Stiftungsbesitz oder Fälle mit Minoritäten in Streubesitz wie bspw. Grundig, Reemtsma, Bertelsmann o. a.).

7 Vgl. Jürgen Müller, Rolf Hochreiter, Stand und Entwicklungstendenzen der Konzentration in der Bundesrepublik Deutschland, Reihe der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel 107, Göttingen 1975, Seite 34 ff.

zeitliche Verzögerungen können in der Konzentrationsbeobachtung auftreten zwischen Erwerb der Aktienmehrheit durch ein Unternehmen, das, da es noch nicht konsolidiert wird, auch noch nicht in die Berechnung der concentration ratios einbezogen wird, und ggf. der späteren Vollfusion.⁸

— Die Branchenabgrenzung ist darüber hinaus, gemessen an den Produktmärkten, in der Mehrzahl der Fälle sehr stark aggregiert. Ein Indiz dafür ist die Tatsache, daß der Konzentrationsgrad mit der Disaggregation steigt.⁹ Die Konzentration wird damit wiederum tendenziell unterschätzt.

— Andererseits bleibt die Außenhandelsverflechtung einzelner Märkte ausgeklammert, da die Anteile inländischer Produzenten an der inländischen Produktion gebildet werden. Im Falle hoher Importe und unterproportionaler Exporte wird der Marktanteil damit zu hoch, im umgekehrten Fall zu niedrig ausgewiesen.¹⁰

Alles in allem bleibt also die amtliche Statistik den Nachweis der entscheidenden wettbewerbspolitischen Determinanten Verteilung der Gewinne, der Investitionen und der Beschäftigten auf die Unternehmensgrößenklassen in bezug auf den konzentrierten Sektor der Wirtschaft schuldig. Nur die Tatsache der wachsenden Konzentration wird näherungsweise, die der Zentralisation relativ präzise fortlaufend angegeben. Die Folgen aber für den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß, für die Entwicklungsrichtung der volkswirtschaftlichen Strukturen, für die Arbeitsplätze, für die Verteilung des geschaffenen Reichtums bleiben im Nebel diffuser oberer Größenklassen verborgen.

Dieser Sachverhalt zieht jeder empirischen wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit, die von der Monopolisierung der Wirtschaft in der BRD ausgeht und volkswirtschaftliche Strukturen und Wirkungsmechanismen untersuchen will, enge Grenzen. Es gibt zwar Möglichkeiten, die Konzentration und Zentralisation des Kapitals nachzuweisen und bestimmte Entwicklungsprozesse im konzentrierten Bereich aufzuzeigen. So veröffentlicht beispielsweise das IPW jährlich die Profite (Bilanzgewinn, Dividende und Nettoprofit nach eigener Berechnung), Umsätze und das Kapital der 100 größten Aktiengesellschaften der BRD (nach Aktienkapital geordnet)¹¹ sowie die Entwicklung der Aktiengesellschaften und der GmbHs in bezug auf Anzahl und Grundkapital der Gesellschaften in sechs Größenklassen (nach Grundkapital geordnet).¹²

Bei diesem Verfahren muß sich aber insofern eine systematische Unterschätzung der Konzentration ergeben, als es gerade ein Ausdruck monopolistischer Verwertungsbedingungen ist, mit einem relativ kleineren Kapitalstock eine größere Profitmasse an sich ziehen zu können. Außerdem entspricht das Grundkapital nicht dem vorgeschossenen Kapital, sondern macht nur einen bedeutenden Anteil davon aus, dessen Höhe sich je nach Unternehmenspolitik vom Eigenkapital und den Rücklagen stark unterscheiden kann.¹³

Auf die gleiche Quelle wie die genannten Untersuchungen, auf die Geschäftsberichte

8 ebenda, S. 49 f.

9 So liegt der Konzentrationsgrad der Industrie, gemessen am Umsatz der drei größten Unternehmen, im Durchschnitt der 33 Industriegruppen 1973 bei 25,4%, im Durchschnitt der 151 Industrieklassen dagegen bei 37,3%, also fast um 50% höher. Gerade bei niedrig konzentrierten Industriegruppen wie z. B. Textil und Ernährung steigt er z. B. von 4,0 auf 34,2 bzw. von 6,9 auf 38,4%! Auch im Maschinenbau wird immerhin eine Konzentrationstate von knapp einem Viertel — ggf. 9% nach Gruppenabgrenzung — errechnet. (Berechnet nach den Daten der Monopolkommission, Tabelle I. 9, Seite 599 ff.)

10 J. Müller, a. a. O., S. 85 ff.

11 jeweils in IPW-Berichte, Heft 12.

12 jeweils in IPW-Berichte, Heft 11.

der dem Aktien- und Publizitätsgesetz unterliegenden Gesellschaften, stützt sich die „Arbeitsgruppe Großunternehmen“ bei ihrer Profitratenberechnung.¹⁴

Bei diesem Vorgehen wird aber immer nur ein Teil, wenn auch der größte, der Monopolunternehmen erfaßt (von den 100 Größten 1974 wurden in der Abgrenzung der Monopolkommission nur 67 als Aktiengesellschaften oder KG auf Aktien geführt; von den 50 Größten mußten von der AG Großunternehmen acht aus der Ursprungsliste gestrichen werden).¹⁵ Vor allem aber ergeben sich Schwierigkeiten, wenn die im konzentrierten Sektor ermittelten Verwertungsprozesse auf den nicht-konzentrierten Bereich bezogen werden sollen. Den relativ detaillierten Informationen der Geschäftsberichte vergleichbare Daten liegen nur für die Summe der Aktiengesellschaften (disaggregiert nach Branchen), nicht aber für mittlere und kleine Unternehmen vor.¹⁶ Auch ein Beziehen auf die vergleichbaren branchenmäßig oder volkswirtschaftlich abgegrenzten Daten (z. B. Umsätze) ist quantitativ nur zu denen des DIW, nicht aber zu denen der amtlichen Statistik möglich.

Einen anderen Weg wählen Saß¹⁷ und Schui¹⁸, die mit Hilfe des Konzentrationsgrades der Branchen unterschiedliche Verhaltensweisen in stärker und schwächer konzentrierten Wirtschaftszweigen nachweisen wollen. Hier gelten aber wiederum die oben angeführten methodischen Einschränkungen zur Abgrenzung der Produktenmärkte bei der Beurteilung der Branchenkonzentrationsgrade.

So wird der marxistischen Wissenschaft, aber auch anderen, wettbewerbsspolitisch orientierten Wissenschaftlern, eine Analyse des gegenwärtigen Monopolisierungsgrads und vor allem seiner Auswirkungen auf den konkreten Ablauf ökonomischer Gesetzmäßigkeiten außerordentlich erschwert; ihren Kritikern und Gegnern die Aufgabe dagegen erleichtert.¹⁹

Diese Lage hat sich durch die Einrichtung der Monopolkommission 1974 (§ 24 b Abs. 3 GWB) etwas verbessert. Die Kommission setzt sich aus fünf unabhängigen Mitgliedern zusammen und soll in ihrem zweijährig zu erstellenden Gutachten „den jeweiligen Stand der Unternehmens-Konzentration sowie deren absehbare Entwicklung unter wirtschafts-

13 Vgl. Arbeitsgruppe Großunternehmen, (P. Flieshard, U. Haupt, J. Huffschmid, R. Sablotny, A. Sörgel), Gewinne in der Großindustrie, Band I, Köln 1977, sowie Jörg Huffschmid, Gewinnermittlung durch Bilanzanalyse — brauchbar für Arbeitnehmervertreter?, in: Das Mitbestimmungsgespräch, Jg. 1978, Seite 139.

14 Arbeitsgruppe Großunternehmen, a. a. O., S. 159.

15 Monopolkommission, Hauptgutachten 1976/1977, Fortschreitende Konzentration bei Großunternehmen, Baden-Baden 1978 (weiter zitiert als Hauptgutachten II), Tzf. 503, Arbeitsgruppe Großunternehmen, a. a. O., S. 160.

16 Fachserie 2, Unternehmen und Arbeitsstätten, Reihe 2 Abschlüsse der Kapitalgesellschaften des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

17 Peter Saß, Die Untersuchung der Profitraten-Unterschiede zwischen den westdeutschen Industriebranchen nach dem 2. Weltkrieg, Tübingen 1975, S. 27, S. 29 f.

18 Herbert Schui, Zum Zusammenhang von Industriepreisentwicklung und Konzentration im Zyklus, Bremen 1978 (noch nicht veröff. Manu. — erscheint demnächst in ‚Konjunkturpolitik‘).

19 Im übrigen ist dies ein Umstand, der in so zugespitzter Form eine Besonderheit der BRD darstellt. In den USA z. B. können die Vertreter der „Economics of scale“ auf sehr viel ausführlichere Statistiken zurückgreifen (z. B. gibt es concentration ratios für über 400 Industrieklassen) und stellen einen anerkannten Zweig der Wirtschaftswissenschaft dar, der in die Lehrbücher Eingang gefunden hat (z. B. Evans, Macroeconomic Activity, Theory, forecasting and control, New York 1969), während in der BRD selbst die Wettbewerbstheorie nur sehr zögernd in das offizielle Lehrgebäude aufgenommen wird (vgl. Frankfurter Gruppe Ökonomie, Kritik der Volkswirtschaftslehre, Frankfurt 1976, S. 133).

insbesondere wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten beurteilen und die Anwendung der §§ 22—24 a würdigen.²⁰

Bisher liegen zwei dieser Gutachten vor, die sich über den Zeitraum 1973—1977 erstrecken.²¹ Damit ist der Anfang einer kontinuierlichen Berichterstattung über die Konzentrationsentwicklung gemacht, die bedeutend über die bisherigen statistischen Materialien hinausgeht. Wegen des großen Gewichts der Datenreihen für die empirische Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird im folgenden ein Teil der Ergebnisse zusammengefaßt und sollen theoretische Implikationen und methodische Beschränkungen angedeutet werden.

2. Konzentration ohne Monopol? Untersuchungsschwerpunkte, -methoden und -verfahren der Monopolkommission

In beiden Gutachten berichtete die Monopolkommission bisher über folgende Problembereiche:

- Stand und Entwicklung der Unternehmenskonzentration in 33 Wirtschaftszweigen der Industrie;
- Konzentration im Bereich von 100 Großunternehmen der Wirtschaft;
- Banken und Konzentration;
- Anwendung der Vorschriften über Fusionskontrolle und (1977) Mißbrauchsaufsicht.

Neben diesen fortlaufenden Berichtsteilen sind an weiteren Fragestellungen untersucht worden:

- Konzentration in der Energiewirtschaft (Hauptgutachten I);
- Konzentration im Pressewesen (Hauptgutachten II);
- Unternehmenskonzentration und konjunkturelle Entwicklung;
- Patente und Konzentration (beide Hauptgutachten II).

Die Berichte sind als reine Beschreibung der Konzentration angelegt. Durch die jeweils ersten Kapitel soll die horizontale Konzentration innerhalb der einzelnen Zweige, durch die Kapitel über die „100 Größten“ und die Banken die konglomerate, marktübergreifende Konzentration einzelner Unternehmen und der Banken aufgezeigt werden. Die branchenspezifischen Untersuchungen wurden im ersten Fall (Energie) wegen der besonderen volkswirtschaftlichen Bedeutung des Zweigs und des hohen Konzentrationsgrades, im zweiten Fall (Druck) auf Bitten der Bundesregierung in die Untersuchung einbezogen.²² Die Monopolkommission bleibt bei allen diesen Untersuchungen auf der Stufe der Deskription stehen; eine Interpretation der Daten in bezug auf den theoretischen Ausgangspunkt, die Funktionalität des Wettbewerbs, erfolgt nicht.

20 Im 1. Referentenentwurf zur Novellierung des GWB vom 20. 3. 1970 war die fallweise Beurteilung von Zusammenschlüssen vorgesehen anstelle der jetzt vorgeschriebenen pauschalen Kommentierung des Standes und der Entwicklung der Konzentration. S. BrDrS VI/2520 (Begründung zum Entwurf eines 2. Gesetzes zur Änderung des GWB).

21 Monopolkommission, Hauptgutachten 1973/1975 „Mehr Wettbewerb ist möglich“, Baden-Baden 1976; und Monopolkommission, Hauptgutachten 1976/1977 „Fortschreitende Konzentration bei Großunternehmen“, Baden-Baden 1978, im weiteren zitiert als Hauptgutachten (HG) I bzw. Hauptgutachten II.

22 s. Hauptgutachten I, Teilziffer (Tzf.) 570 ff. und Hauptgutachten II, Tzf. 673.

Eine Ausnahme bildet nur die Beurteilung des Vorgehens des Bundeskartellamtes im Rahmen der Vorschriften über Fusionskontrolle und Mißtrauensaufsicht. Entsprechend dem Auftrag des GWB werden dort Schlußfolgerungen in bezug auf die Revision der Gesetzesvollmachten gezogen.

In bezug auf die Daten verfügt die Monopolkommission zwar nicht, wie seinerzeit die Beauftragten der Konzentrationsenquôte von 1964, über ein gesetzliches Auskunftsrecht und ist damit auf die freiwillige Mitarbeit der betroffenen Gesellschaften angewiesen. Aber sie hat Zugang zu nichtöffentlichen bzw. konzentrationsspezifisch aufbereiteten Daten des Statistischen Bundesamtes aus den Unternehmenserhebungen im Bergbau, der Industrie und dem Bauhauptgewerbe seit 1968, die die Grundlage der Aussagen zum ersten Punkt darstellen. Auf diese treffen im Prinzip die gleichen methodischen Beschränkungen zu wie auf die concentration ratios des BKA, die auf denselben Erhebungen beruhen; ihre Auswertung ist aber umfassender.

Die Darstellung der Konzentration im Bereich der Großunternehmen selbst bezieht sich auf die Gesamtwirtschaft; ihre Beurteilung beruht auf den Geschäftsberichten der 100, am Umsatz gemessen, größten Gesellschaften, ergänzt um Informationen aus Befragungen der Unternehmen und allgemein zugänglichen Nachschlagewerken über die Kapitalgesellschaften.²³ Das Kapitel Banken und Konzentration basiert auf veröffentlichtem statistischem Material und sollte ursprünglich durch eine Erhebung unter den Kreditinstituten ergänzt werden.²⁴ Wegen des allzu geringen Rücklaufs, insbesondere von Seiten der Großbanken, wurde im zweiten Bericht dieser Untersuchungteil auf die Einflußnahme der Banken auf die 100 größten Aktiengesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften auf Aktien beschränkt, bei denen die entsprechenden Angaben z. T. aus den Teilnehmerverzeichnissen der Hauptversammlungen entnommen werden konnten. Weiter wurden noch die Akten des Bundeskartellamtes über Fusionskontrollfälle, an denen Kreditinstitute beteiligt waren, ausgewertet.

Fusionskontrolle und Mißbrauchsaufsicht schließlich werden anhand der Verfahrensakten des Bundeskartellamtes beurteilt.

Da die Monopolkommission nicht mit einem gesetzlich legitimierten Auskunftsrecht ausgestattet wurde, ist auch die methodische Qualität ihrer Zahlen nicht wesentlich von der der oben geschilderten Datenreihen verschieden. Vor allem die Möglichkeiten der Messung der horizontalen Konzentration sind beschränkt und ergeben in der Summe eine Verzerrung der Ergebnisse nach unten, d. h. die Konzentration wird tendenziell zu niedrig ausgewiesen (vgl. Tzff. 144 im HG I). Die Hauptgründe dafür sind auch hier das Zurückgreifen auf Industriezweige statt Produktmärkte (Tzff. 142), Unternehmen statt Konzerne (Tzff. 143) und Umsätze statt Marktanteile (Tzff. 148), das Hauptbeteiligtenkonzept (Tzff. 145 im HG I und Tzff. 142 im HG II) und die Vernachlässigung der Außenhandelsverflechtungen. Auf eine Beurteilung der vertikalen Konzentration wird aufgrund der Materiallage von vornherein verzichtet.

23 Commerzbank, *Wer gehört zu wem*, 12. Auflage 1977, Hoppenstedt-Verlag, Darmstadt; *Konzerne in Schaubildern* (einschließlich „Konzerne Aktuell“); *Handbuch der Aktiengesellschaften*, versch. Jahrgänge; *Handbuch der Großunternehmen*, versch. Jahrgänge.

24 In dieser Befragung sollte ermittelt werden: Der Anteil der Kreditinstitute an Kreditinstituten, an Nichtbanken und Vorschaltgesellschaften mit Beteiligung an Nichtbanken, die Wahrnehmung von Stimmrechtsvertretungen auf Hauptversammlungen und die Entsendung von Vertretern in die Aufsichtsräte von Nichtbanken (1. Hauptgutachten I, Tzf. 362.).

26 Hauptgutachten I, Tzf. 2.

Die *Auswahl der Untersuchungsschwerpunkte* geschieht vor dem theoretischen Hintergrund der Theorie des „funktionsfähigen Wettbewerbs“: „Nur wenn eine hinreichend große Zahl unabhängig handelnder Unternehmen auf den einzelnen Märkten tätig ist, vermag der Wettbewerb seine gesamtwirtschaftlichen Antriebs- und Steuerungsfunktionen zu erfüllen, und nur bei funktionsfähigem Wettbewerb ist es vertretbar, gesamtwirtschaftlich so wichtige Entscheidungen wie diejenigen über Produktionsverfahren, Produktqualitäten, Produktionsmengen, Preise und Investitionen den einzelnen Unternehmen zu überlassen. Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs wird durch wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen und Zusammenschlüsse von Unternehmen bedroht. Die ständige Kontrolle der Unternehmenskonzentration ist deshalb eine vorrangige Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Die laufende Beobachtung des Konzentrationsprozesses ist dafür eine Voraussetzung.“²⁶

Anders als die neoliberale Theorie, auf deren Grundsätzen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vor den Novellierungen beruhte, schließt der Begriff des funktionsfähigen Wettbewerbs bereits die Tatsache der Konzentration ein. Nicht mehr eine normative Vollkommenheit der Märkte, sondern die Effizienz des Wettbewerbsprozesses ist sein Ausgangspunkt. Zusätzliche ‚Unvollkommenheitsfaktoren‘ erhöhen in dieser Konzeption die Qualität des Wettbewerbs: Die optimale Wettbewerbsintensität setzt sogar voraus, daß „weite Oligopole mit mäßiger Produktdifferenzierung“ auf den Märkten vorherrschen.²⁷ Maßstab der Optimalität ist nach *Kantzenbach*, der an der Entwicklung dieser Theorie wesentlichen Anteil hatte, die Geschwindigkeit der Durchsetzung des technischen Fortschritts, von dem ein hohes Wachstum und damit „wirtschaftlicher Wohlstand“ erwartet wird — und zwar ausdrücklich auch auf Kosten einer leistungsbezogener Einkommensverteilung oder einem Angebot entsprechend den Käuferpräferenzen.²⁸

Konzentration ist also erwünscht — da die Großunternehmen als die Träger des technischen Fortschritts angesehen werden —, aber sie darf nicht zu weit gehen. Den immanenten Widerspruch seiner Theorie — die Faktoren, die zur Optimalität des Wettbewerbs beitragen, vergrößern gleichzeitig die Gefahr seiner überoptimalen Beschränkung — erkennt *Kantzenbach* durchaus²⁹, wobei allerdings sein ‚Monopolisierungsbegriff‘ sich auf Kartellierung beschränkt: Eine formlose Verhaltensabstimmung zwischen Konkurrenten, Gruppen „solidarität“ gegen ruinösen Wettbewerb und erst recht Kartellverträge gelten ihm als mißbräuchliches Verhalten.³⁰ Hier siedelt er nun die Aufgabe der Wettbewerbspolitik an: Den Umschlag vom positiv zu wettenden weiten zum wettbewerbsbehindernden engen Oligopol zu verhindern und umgekehrt die bis zum jeweiligen Optimum hin erwünschte Unvollkommenheit der Märkte voranzutreiben.

Die Konzentration soll damit gefördert, die Entstehung wirtschaftlicher Macht aber beschränkt werden.³¹ In dieser theoretischen Konzeption wird der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben. Ökonomische Macht und Marktmißbrauch sind nur ein anderer Ausdruck für die Möglichkeit des Monopolkapitals, seine Verwertungsbedingungen gegen-

27 Erhard Kantzenbach, *Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs*, Göttingen 1968.

28 ebenda, S. 132 f.

29 ebenda, S. 93.

30 ebenda, S. 91; vgl. auch HG II, Tzf. 429 ff., Tzf. 406 ff.

31 Vgl. auch Kantzenbach, *Dynamischer Wettbewerb und oligopolitisches Marktverhalten*, in: *Jahrbücher für Sozialwissenschaft*, Göttingen 1963, S. 205.

über den übrigen Kapitalen zu verbessern und dauerhaft höhere Profite an sich zu ziehen. Der von der bürgerlichen Theorie in den Vordergrund gerückte Aspekt der höheren Produktivität und effektiveren Organisation der Produktion im Großunternehmen ist ein, aber nur ein Mittel zum Zweck: der Erzielung der Monopolprofitrate. Die Ausschaltung der Konkurrenz und die Errichtung von Marktzutrittsschranken, die Abpressung von in kleineren Unternehmen produzierten Mehrwert durch entsprechende Zuliefer- und Abnehmerverträge, die Nutzung staatlich umverteilten Kapitals zur Erhöhung der eigenen Profitabilität sind einige andere Mittel von für das einzelne Monopolkapital gleicher oder sogar größerer Bedeutung. Wird die Konzentration gefördert, werden auch die Grundlagen für ökonomische Macht und deren Mißbrauch gelegt.³²

Es ist sicher kein Zufall, daß die von diesem Verständnis her gewonnenen Daten nicht mehr auf die Theorie bezogen werden. Dies ist Ausdruck der Schwäche der theoretischen Konzeption, in der eine Quantifizierung des „weiten Oligopols“ oder gar dessen Spezifizierung für verschiedene Märkte und Branchen auch nicht vorgenommen wird. Hier hieße es ja auch, von einem verbalen partiellen Antimonopolismus zu konkreten und möglicherweise handlungsleitenden Aussagen überzugehen. Und so konkret ist die Verurteilung des Machtmißbrauchs denn doch nicht gemeint!

Auch die Anmerkungen zum GWB bleiben deshalb in den Grenzen der oben charakterisierten Theorie befangen und richten sich in erster Linie auf die Wiederherstellung einer dezentralen Marktsteuerung und die Förderung oder Wiederbelebung des Innovationswettbewerbs.³³

Im anschließenden Abschnitt sollen die periodisch veröffentlichten Teile des aufgearbeiteten Materials zusammengefaßt werden. Dabei kann dies angesichts des Umfangs der Berichte nur auszugsweise geschehen. Auf eine Darstellung der branchenspezifischen Untersuchungen wird aus Platzgründen, auf die Besprechung des Sondergutachtens des DIW zum Zusammenhang von Konzentration und Stabilitätspolitik deswegen verzichtet, weil diese bereits von *Herbert Schui* aufgearbeitet und in einer Gegenuntersuchung kritisiert wurden.³⁴

3. Ergebnisse der Monopolkommissionsuntersuchungen

3.1 Stand und Entwicklung der Unternehmenskonzentration in der Industrie

Die Umsatzanteile der 10 größten Unternehmen in den Industriegruppen sind im Mittel von 31,1% im Jahr 1954 auf 42,3% im Jahr 1975, also in 20 Jahren um mehr als ein Drittel gestiegen. Dabei ist der Anteil in den einzelnen Industriegruppen sehr verschieden, er reicht in den beiden letzten Jahren der Untersuchung von 96% (Tabakverarbeitende Industrie) bis zu 9,6% (Textilindustrie).³⁵

32 Vgl. Alfred Bönsch, Das Monopolproblem im Spiegel der bürgerlichen Wirtschaftstheorie, in: Herbert Meißner (Hrsg.), Bürgerliche Ökonomie ohne Perspektive, Berlin (DDR) 1976, Seite 215 ff.

33 Vgl. z. B. Hauptgutachten II, Tzf. 388, 389, 393, 447 ff.

34 Herbert Schui, a. a. O.

35 Hauptgutachten II, Tabelle 1. 19, Seite 508 ff. Bei einem Vergleich der Angaben für 1954 und 1960 mit den späteren Jahren ist zu beachten, daß in der damaligen Untersuchung der Konzentrationsenquete die Möglichkeit bestand, die Umsätze nach dem Beteiligungskonzept zu bestimmen.

Fünf der sieben Industriegruppen mit dem höchsten Anteil am Umsatz der Industrie zählen auch zu den höchstkonzentrierten.

Tabelle 1: Umsatzanteile

Industriegruppe	Anteil am Umsatz der Industrie	Anteil der drei größten Unternehmen der Industriegruppe am Umsatz der Industriegruppe
Chemische Industrie	10,9	27,0
Elektrotechnische Industrie	9,8	32,1
Straßenfahrzeugbau	8,0	51,2
Mineralölverarbeitung	6,2	50,4
Eisenschaffende Industrie	5,4	39,5

Quelle: Tabellen I.1 und I.2, Seite 443 und 445 f.; in Hauptgutachten II

Dies sind Anzeichen dafür, daß das Monopolkapital sich auf die wirtschaftlich bedeutendsten Wachstumsindustrien konzentriert. Für 1975 wird der Anteil der 3, 6, 10, 25 und 50 größten Unternehmen an Umsatz und Beschäftigten nach Industriegruppen und -klassen ausgewiesen. In 10 Industriegruppen liegt er für die ersten drei Unternehmen z. T. weit über einem Drittel.³⁶ Dabei ist der Umsatzanteil in der Regel (Ausnahme: Bergbau) allgemein höher als der an den Beschäftigten. Die Hauptursache dafür dürfte in einer höheren Arbeitsproduktivität der Monopolunternehmen liegen. Dafür spricht, daß diese Spanne parallel zur Abnahme der concentration ratios gleichfalls starkt sinkt. Z. B. beträgt die Differenz zwischen Umsatz- und Beschäftigtenanteil bei den ersten drei Unternehmen der tabakverarbeitenden Industrie 22,8 Prozentpunkte (PP) und bei den fünfzig größten nur noch 1,6 PP. Ähnliches gilt für Büromaschinen, Mineralölindustrie und, in wesentlich schwächerem Maße, für Luftfahrzeug-, Straßenfahrzeug- und Schiffbau.³⁷

Damit sind . . . Industriegruppen bzw. -klassen mit einem Anteil von . . . Prozent am Umsatz der Gesamtindustrie folgendermaßen konzentriert:

Tabelle 2:

Industrie- gruppen	Industrie- klassen	Anteil am Umsatz der Industrie der Gruppen	Anteil am Umsatz der Klassen	Zahl der Unter- nehmen	Art der Konzentration	3 Größte
6	38	19,6	28,4	136	sehr hoch	= 50 % u. m.
7	53	29,9	35,0	705	hoch	= 25—50 %
8	48	8,2	28,2	655	mäßig	= 10—25 %
12	12	42,2	14,4	2562	gering	= unter 10 %

Quelle: HG II, S. 66, S. 68, S. 71, Tab. I.8, S. 470 A.

36 Luftfahrzeugbau (81), Tabakverarbeitende Industrie (72), Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitung (71), Bergbau (60), Straßenfahrzeugbau (51), Mineralöl (50), Schiffbau (45), Eisenschaffende Industrie (40), Gummi- und asbestverarbeitende Industrie (34), Elektrotechnische Industrie (32), s. Tabelle I, 2, Seite 445; vgl. Tabelle I, 7, Seite 456 ff.

37 Hauptgutachten II, Tabelle I. 10, Seite 474 ff. Im Durchschnitt beträgt die Differenz bei den ersten drei das

Fast die Hälfte des Umsatzes der Gesamtindustrie wurde 1975 in Industriegruppen mit einem hohen oder sogar sehr hohen Konzentrationsgrad erbracht.

Nimmt man die Industrieklassen zum Maßstab, erhöhen sich diese Zahlen noch: Fast zwei Drittel des Gesamtumsatzes in der Industrie werden in Industrieklassen mit hohem und sehr hohem Konzentrationsgrad erreicht.³⁸

Diese Unternehmenskonzentration ist in Industriezweigen und -gruppen je nach Anzahl der Unternehmen und nach Größenverteilung der Unternehmen innerhalb eines Industriezweiges verschieden zu gewichten. Das Verhältnis des durchschnittlichen Umsatzes der 10 größten Unternehmen zum durchschnittlichen Umsatz der restlichen Unternehmen als Kennziffer der Monopolkommission für die Größenverteilung liegt im Mittel bei 55:1. Die ausgeprägtesten Unterschiede bestehen bei:

Elektrotechnische Industrie	212:1	(48,3)
Straßenfahrzeugbau	167:1	(79,5)
Tabakverarbeitende Industrie	157:1	(96,2)
Chemische Industrie	141:1	(46,4)
Bergbau	106:1	(91,1)

(In Klammern der jeweilige Konzentrationsgrad der 10 größten Unternehmen an der Industriegruppe.)

Quelle: HG II, Tzf. 180.

In Industriezweigen, deren Konzentrationsgrad schon hoch ist, bestehen also die ausgeprägtesten Unterschiede. In der Regel wirkt die Gewichtung offenbar nicht relativierend, sondern eher noch verstärkend auf den Konzentrationsgrad. Diese Polarisierung innerhalb der Industriezweige endet bei der Gruppe der jeweiligen Monopolunternehmen: Die Unternehmensgrößen der Branchenführer selber sind relativ ausgeglichen und sind im Durchschnitt für jeden der drei größten etwa doppelt so groß wie der durchschnittliche Umsatz eines der drei nachfolgenden.³⁹ Stärker ist die Differenz wiederum nach Industrieklassen:

- in 53 Industrieklassen bis 2 x höher
- in 57 Industrieklassen 2 bis 3 x höher
- in 42 Industrieklassen über 3 x höher.⁴⁰

Es besteht also nicht allein eine horizontale Konzentration, die im Schnitt und gemessen an den 10 größten Unternehmen schon die 50-%-Marke weit hinter sich läßt, sondern innerhalb der jeweiligen Branchenmonopole besteht noch ein deutliches Machtgefälle zugunsten der ersten drei Unternehmen.

Auf diese außerordentlich hohe Konzentration hat die stoffliche Struktur bzw. die Stellung der Produktionszweige im Reproduktionsprozeß einen gewissen Einfluß: Der Konzentrationsgrad sinkt deutlich mit wachsender Konsumnähe. So beträgt der gewichtete

1,24fache, bei den vierten bis sechsten Unternehmen das 1,12fache, bei den siebten bis zehnten Unternehmen das 1,11fache, bei den elften bis fünfundzwanzigsten Unternehmen das 0,98fache und bei den fünf- undzwanzigsten bis fünfzigsten Unternehmen das 0,79fache (Tzf. 175).

38 Hauptgutachten II, Tzf. 169.

39 Hauptgutachten II, Tzf. 183 und Tabelle I. 14, Seite 485 ff.

40 Hauptgutachten II, Tzf. 186.

Durchschnitt der größten drei, sechs und 10 Unternehmen in den Industriegruppen 1975 nach Industriezweigen:

Tabelle 3

Industriezweig	...größte Unternehmen		
	3	6	10
Bergbau	60,8	78,6	91,1
Grundstoff- und Produktionsgüter	31,8	46,7	57,4
Investitionsgüter	27,5	36,7	41,1
Verbrauchsgüter	6,5	11,0	13,5
Ernährungsindustrie*	5,7	8,5	11,8

* Für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie wurde keine Mittelwertbildung vorgenommen.

Quelle: Tabelle I.6, Seite 453 f. in Hauptgutachten II.

Der Grund dafür liegt einmal darin, daß die führenden Wachstumsindustrien dem Grundstoff-, Produktionsgüter- und Investitionsgüterbereich zuzurechnen sind, so daß dort die günstigsten Positionen im nationalen und internationalen Wettbewerb errichtet werden können. Sicher wirken aber auch stoffliche Faktoren wie der Umfang der notwendigen Produktionsanlagen und der Grad der Arbeitsmittelausstattung (v. a. bei Bergbau, Grundstoffe) sowie die branchenbezogene Art der staatlichen Alimentierung der privaten Verwertung (z. B. Konzentration der Forschung und Entwicklungssubventionen auf bestimmte Bereiche, Rüstungsförderung, Subventionen im Bergbau) auf diese Struktur ein.

Faßt man diese wenigen Zahlen zusammen, ergibt sich das Bild einer außerordentlich hohen horizontalen Konzentration in der BRD-Industrie. Dahinter verbirgt sich die Konzentration ökonomischer und produktionstechnischer Potenzen und Arbeitsressourcen in einigen strategisch bedeutenden Industriezweigen.

Diese Entwicklung hat sich in den vergangenen, von Krise und Stagnation gekennzeichneten Jahren noch beschleunigt. Gewichtet mit dem Umsatzanteil der Industriegruppen ist der durchschnittliche Konzentrationsgrad 1973—1975 um weitere 5,6 % gestiegen. Damit hat in 21 Industriegruppen der Anteil der 10 größten Unternehmen am Branchenumsatz zugenommen, und in 10 ist er gesunken. Die Monopolkommission weist darauf hin, daß diese Zuwachsrate fast ebensogroß ist wie im doppelt so langen Zeitraum 1968 bis 1973.⁴¹ Gleichzeitig hat sich die Anzahl der Unternehmen noch um 4,5 % vermindert, vor allem in den Industriezweigen mit sinkendem Umsatz.⁴²

Wirkt die krisenhafte Entwicklung also als zusätzlicher Anstoß zur Konzentration und Zentralisation, so tragen umgekehrt die Monopolunternehmen zur weiteren Verschärfung der zyklischen Entwicklung bei. Aus einem Vergleich der Umsatzentwicklung der Gesamtindustrie (nach der Umsatzsteuerstatistik) und der 100 größten Konzerne läßt sich schließen, daß die Wachstumsraten der Umsätze der Großunternehmen offenbar größeren Schwankungen unterworfen sind als die der Gesamtwirtschaft.⁴³ Weiter gibt es Faktoren, die für eine geringere Beschäftigungswirkung monopolistischer Expansion sprechen: „...die größten Unternehmen (haben) in den Industriegruppen, in denen sie ihren

41 Hauptgutachten II, Tzf. 203.

42 ebenda, Tzf. 190 ff.

43 Hauptgutachten II, Tab. 5, S. 123.

Marktanteil ausweiten konnten, zugleich eine Verbesserung der Umsatz/Beschäftigten-Relation realisiert.“⁴⁴

Hohe und steigende Konzentration auf der einen Seite, Verschärfung von Krise und Arbeitslosigkeit auf der anderen — so lassen sich die Aussagen zur horizontalen Konzentration in der Industrie auf den Punkt bringen.

3.2 Die 100 größten Unternehmen

Aufschlußreicher als die Angaben über die horizontale Konzentration in der Industrie sind diejenigen über die 100 größten Konzerne der Wirtschaft⁴⁵, die z. T. die schon ermittelten Tendenzen in bezug auf die Industriezweige bestätigen, darüber hinaus aber Anhaltspunkte zur Beurteilung der Verflechtung innerhalb der Gruppe der Großunternehmen und zwischen dieser und dem Bankenapparat liefern, die die wirkliche Konzentration ökonomischer Macht erahnen lassen.

Neben ökonomisch-statistischen Kennziffern wie Umsatz- und Beschäftigtenanteil erfährt man auch die Tätigkeitsschwerpunkte, den Anteil der Gemeinschaftsunternehmen der Konzerne, ihre Anteilseigner und die Einflußnahme der Banken.

Die Umsatzschwelle für den Kreis der 100 größten Unternehmen lag 1976 bei 1549 Mio. DM (noch 1972 lag sie unter 1 Mrd. DM und war 53 % niedriger). Das umsatzstärkste Unternehmen, die Veba, erzielte einen Umsatz von 25 584 Mio. DM. International er-

⁴⁴ ebenda, Tzf. 221.

⁴⁵ Auswahlkriterium der 100 Größten ist der konsolidierte Konzern-Außenumsatz, zuletzt des Jahres 1976. Dabei wurde nicht nach Wirtschaftszweigen unterschieden, so daß auch Handels-, Verlags- und Verkehrsunternehmen in der Auswahl erscheinen. Bei allen Unternehmen, die mehr als zwei Drittel ihrer Umsätze im Handel tätigten, wurde eine Korrektur durchgeführt: Nur drei Viertel des Umsatzes werden anerkannt, um ihren Umsatz mit dem der Industrieunternehmen vergleichbar zu machen. Dies erschien der Monopolkommission aufgrund der unterschiedlichen Wertschöpfung industrieller und Handelsunternehmen notwendig (vgl. § 23 Abs. 1 GWB). Handelsunternehmen, die unterhalb dieser Schwelle bleiben, wurden dem Wirtschaftszweig zugeordnet, wo sie neben dem Handel den größten Schwerpunkt haben.

Vom Außenumsatz als Größenkriterium wurde in zwei Fällen abgewichen: Bei den Bauunternehmen wurde die Bauleistung herangezogen, da in den Umsätzen auch periodefremde Anteile enthalten sind (Anteile am Ergebnis der Arbeitsgruppen). Unter den Handelsunternehmen wurden bei den Einkaufs- und Konsumzusammenschlüssen auch der Vermittlungsumsatz und das Delcrederegeschäft in dem Umsatz miteinbezogen. (Vgl. dazu im einzelnen: Hauptgutachten I, Tzf. 213—217). Weitere methodische Einschränkungen ergeben sich aus Auslandsbeteiligungen bzw. -investitionen. Einige Gesellschaften nutzen § 329 AktGes, um ausländische Beteiligungen mit in die G&V einzubeziehen: diese sind nicht voll vergleichbar mit solchen Gesellschaften, die nur inländische Beteiligungen konsolidieren. Weiter stellen einige Unternehmen (z. B. Quandt) mit dem Hinweis auf § 11 Abs. 5 Satz 2 Publ. Ges. keinen Konzernabschluß auf, so daß nur einzelne Tochtergesellschaften herangezogen werden können. Das führt natürlich zu einer Unterschätzung der Konzentration. Der gleiche Effekt ergibt sich, wenn ausländische Muttergesellschaften für mehrere inländische Tochtergesellschaften keinen Teilkonzernabschluß erstellen, sondern jede einzelne Gesellschaft für sich bilanzieren (nach § 333 Abs. 2 AktGes).

Leider sind die Zahlen mit denen der Konzentrationsenquete von 1964 nicht voll vergleichbar. Sie unterscheiden sich in vielen Punkten:

- Der Vergleichszeitraum ist kürzer.
- die Konzentrationsenquete beschränkt sich auf die Industrie,
- Konzernbeziehungen wurden präzise nach der Höhe der Kapitalbeteiligung zugeordnet, während die Monopolkommission sich auf die ausgewiesene Konsolidierung verlassen muß,
- die Konzentrationsenquete konnte die Umsätze um die Handelsanteile bereinigen,
- Bei der Zusammenfassung der Beteiligungsgesellschaften zum Gesamtumsatz wurde 1964 der Innenumsatz mitgezählt. (Vgl. Hauptgutachten I, Tzf. 219—220.)

reicht sie damit 22,3 % des Umsatzes des weltgrößten Monopols und 30,1 % des drittgrößten. (1972 lag der Anteil des damals größten, VW, noch erheblich niedriger: 16,5 % bzw. 24,8 %⁴⁶.)

Dieses Wachstum der 100 Größten war aber nicht gleichmäßig. Die Polarisierung innerhalb der 100 hat vielmehr zugenommen: Der Umsatz des auf Platz 1 stehenden Unternehmens belief sich auf das 16,5fache desjenigen an letzter Stelle (1972 = das 12,8fache). Allein die ersten sechs Unternehmen der 100 Größten vereinen 22,2 %, also beinahe schon ein Viertel, des Umsatzes aller 100 Unternehmen auf sich (1972: 19,8 %).⁴⁷

Die Umsatzsumme aller 100 Großunternehmen beträgt 1977 510,38 Mrd. DM und damit fast ein Viertel des Umsatzes der Gesamtwirtschaft. Knapp 20 % (401,458 Mrd. DM) werden alleine von den ersten 50 Gesellschaften auf sich vereinigt.⁴⁸ Bei den Beschäftigten ist die Konzentration nicht so hoch; immerhin sind es aber mit über 3 Millionen beinahe 18 % aller Beschäftigten.⁴⁹

Von den 54 Wirtschaftszweigen sind nur 19 in der Liste der 100 vertreten, und allein auf fünf Wirtschaftszweige entfielen 60 % des Gesamtumsatzes der 100 Größten (auf 44 Unternehmen verteilt).

In acht Wirtschaftsgruppen liegt der Anteil über 50 %:

Tabelle 4: Anteil der 100 Größten an Branchenumsätzen und Branchenanteile am Industrieumsatz 1976

	Anteil der 100 Größten	Anteil am Industrieumsatz
Mineralöl	96,1	6,2
Tabakverarbeitung	86,1*	1,5
Eisen und Stahl	82,2	5,4
Kraftfahrzeugbau	81,2	8,0
Luftfahrzeugbau	72,5	0,4
NE-Metalle	68,3	1,7
Chemische Industrie	64,6	10,9
Elektroindustrie	53,4	9,8

* 1975;

Quelle: Tabelle 7, S. 133, und Tabelle I.1, S. 443 HG II.

Allein 44 % des Umsatzes in der Industrie entfallen also auf diese acht Wirtschaftszweige von außerordentlich hoher Konzentration, von denen die Hälfte der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie zuzurechnen ist. In der unterschiedlichen Besetzung der Industriegruppen durch die 100 Monopolunternehmen spiegelt sich die schon für die Konzentration in der Industrie ermittelte Beziehung zwischen der stofflichen Struktur der Zweige, ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung und ihrem Konzentrationsniveau wider.

46 Vgl. Tabelle II. 1, S. 544 und Hauptgutachten II, Tzf. 277.

47 Hauptgutachten II, Tzf. 257, 258.

48 Hauptgutachten II, Tzf. 255, 256 und Tabelle 5 „Umsatz der 100 Größten“, S. 123.

49 Hauptgutachten II, Tzf. 262 (Gesamtbeschäftigte ohne Gebietskörperschaften; nur Arbeiter und Angestellte).

Damit vereinen 100 Unternehmen von 1 908 060 (nach der letzten Arbeitsstellenzählung 1970) bedeutende volkswirtschaftliche Anteile von Umsatz und Beschäftigung auf sich. Einzelne Branchen kontrollieren sie faktisch völlig, darunter auch solche im Produktions- und Investitionsgüterbereich, die aufgrund ihrer Bedeutung für die Weiterverarbeitung gesamtwirtschaftlich für die Bestimmung und Entwicklung der volkswirtschaftlichen Strukturen ausschlaggebend sind. Dieses ökonomische Machtpotential liegt in festen Händen.

Die Gruppe der 100 größten Unternehmen war in ihrer Zusammensetzung nur geringen Schwankungen unterworfen. 1972—1976 schieden insgesamt 12 Unternehmen aus, davon drei nur juristisch, da sie mit anderen aus dem Kreis der 100 fusionierten.⁵⁰ Gegenüber 1972 sind umgekehrt vier Unternehmen aufgestiegen. Dabei war dies in erster Linie eine Folge der guten Branchenkonjunktur in der Mineralölindustrie.⁵¹

Anteilseigner an den 100 Größten

Besonders aufschlußreich ist nun, daß die Monopolkommission nicht allein die gesamtwirtschaftliche und branchenmäßige ökonomische Macht der Monopolunternehmen anhand wichtiger Kennziffern beleuchtet, sondern zugleich ausführlich ihre Eigentumsverhältnisse recherchiert hat.

Die Anteilseigner der 100 Größten setzen sich folgendermaßen zusammen:

Tabelle 5

Anteile (Zahl der Fälle)	Anteilseigner	Häufigste Anteilshöhe	Anteil der entsprechenden Unternehmen am Gesamtumsatz
40	Anteile aus dem Kreis der 100	25—50 %	13,1 %
39*	ausländische Anteilseigner, davon 27 % ausländische Großunternehmen	über 50 %	21,6 %
34	Anteile von Banken	25—50 %	15,6 %
34	Streubesitz, davon 16 mehrheitlich	über 50 %	31,0 %
28*	Einzelpersonen, Familien	über 50 %	8,7 %
13*	Öffentliche Hand, davon 5 mehrheitlich	über 50 %	8,5 %
7	Versicherungen	25—50 %	

* Mehrheitsbeteiligungen. Quelle: Tabelle 14, S. 146 in HG II und Tzf. 290, 293, 297, 301, 303, 307.

50 Rheinstahl, Gelsenberg und Demag, vgl. Tabelle 1 „Die hundert umsatzstärksten Unternehmen 1976“, in: Hauptgutachten II, Seite 112 ff. mit Tabelle 1 „Die hundert umsatzstärksten Unternehmen 1972 und 1974“, in: Hauptgutachten I, Seite 112 ff.

51 Hauptgutachten II, Tzf. 250.

Der größte geschlossene Block der Unternehmen ist also mit anderen Unternehmen aus dem Kreis der Größten verflochten bzw. mit ausländischen Großunternehmen verbunden. In Streubesitz befinden sich wiederum über ein Drittel; davon finden sich sieben unter den ersten 10 auf der Liste der 100 Größten.

Die 23 Beteiligungen zwischen 25 und 50 % aus dem Kreis der 100 selber bestehen an 16 Unternehmen und werden von 14 Anteilseignern gehalten. Diese 14 erzielten 1976 einen Umsatz von 155,153 Mrd. DM, die 16 Unternehmen, an denen Beteiligungen bestanden, einen Umsatz von 56,225 Mrd. DM. Rechnet man noch die vier Mehrheitsbeteiligungen der 14 in der Höhe von 25,640 Mrd. DM hinzu, dann üben vierzehn Konzernspitzen einen Einfluß auf 46,4 % des Gesamtumsatzes der 100 Größten aus.³² Diese Aussage läßt sich noch zuspitzen durch die Betrachtung der Anteilseigner dieser 14: Sie sind zwar untereinander mit Ausnahme der Metallgesellschaft, an der Siemens — auch zu den 14 gehörend — beteiligt ist, nicht direkt verflochten, aber an acht der 14 Unternehmen besitzen die Kreditinstitute z. T. erhebliche Stimmrechtsanteile (im Schnitt 58 %; bei den fünf Unternehmen, die gleichzeitig in Streubesitz sind, 77 %) und nur in einem einzigen Unternehmen (Esso) verfügen sie über kein Aufsichtsratsmandat.³³ Es bestehen also noch engere eigentumsmäßige bzw. institutionelle Verflechtungen zwischen den 14 Konzernen, als es durch die Beteiligungen zum Ausdruck kommt.

Gemeinschaftsunternehmen der 100 Größten

Die eigentumsmäßige Verflechtung zwischen den Konzernen beschränkt sich aber nicht auf diese Form des Beteiligungsbesitzes an anderen Großunternehmen. Sie tritt weiter auf in Gestalt der Gemeinschaftsunternehmen.³⁴ Als Gemeinschaftsunternehmen definiert die Monopolkommission Unternehmen, an denen mindestens zwei andere aus dem Kreis der 100 beteiligt sind. Diese lassen sich nicht erschöpfend ermitteln, da die Konsolidierungsvorschriften sehr weit auslegbar sind. Weiter wurden nur solche Fälle aufgenommen, in denen beide beteiligten Unternehmen aus dem Kreis der 100 stammen und bei denen die Gemeinschaftsunternehmen ihren Sitz im Inland haben. Trotz der dadurch hervorgerufenen systematischen Unterschätzung sind die Ergebnisse alarmierend.

Acht der 100 sind selber Gemeinschaftsunternehmen, davon eines eine Gemeinschaftsunternehmen-Tochter. Sie werden in der Rechnung der Monopolkommission den Gemeinschaftsunternehmen zugeschlagen, so daß die folgenden Aussagen für 92 Großunternehmen getroffen werden.

Diese hielten 1976 insgesamt Anteile an ca. 4800 anderen inländischen Gesellschaften, davon an 284 Gemeinschaftsunternehmen, die von 58 der 92 Monopolunternehmen gehalten wurden. Die 284 Gemeinschaftsunternehmen hatten weiter Anteile an 378 Töchtern und hielten 133 Beteiligungen unter 50%. Mit anderen Worten: 58 Konzerne waren an 795 Unternehmen gemeinsam beteiligt; sie rekrutieren sich besonders aus der Spitze der Rangliste, wobei auch die jeweilige Branche einen Einfluß ausübt.

32 Hauptgutachten II, Tzf. 306 und Tabelle 22, Seite 164 f.

33 eigene Berechnung nach Hauptgutachten II, Tabelle 23, S. 168 f. und Tabelle II. 1, S. 544, sowie Tabelle IV. 1, S. 560.

34 Zu den folgenden Angaben vgl. Hauptgutachten I Tzf. 323 ff. und Hauptgutachten II, Tzf. 330 ff.

Tabelle 6:

Rangplatz unter den 100	An Gemeinschaftsunternehmen beteiligt
1—11	365
12—22	227
23—32	181
33—43	75
44—53	54
54—63	132

Quelle: Tabelle 29, Seite 188 in HG II

Besonders stark verflochten sind die Konzerne der Eisen- und Stahlindustrie; 1974 war fast jedes der sechs Stahluntermonopole mit jedem anderen an mehr als 35 Gemeinschaftsunternehmen beteiligt (Klöckner und Mannesmann an 33). Aber auch in der Elektrizitätswirtschaft, der Mineralölindustrie und der NE-Metallerzeugung besteht ein hoher Verflechtungsgrad. Allgemein gilt:

Tabelle 7:

Von den 100 Größten sind ... mit anderen Großunternehmen verbunden	
23	1 bis 10
11	11 bis 20
13	21 bis 30
11	31 bis 42

Quelle: Tzf. 341 in HG II

In diesen Zahlen kommt die bedeutende Steigerung des ökonomischen Einflusses von Großunternehmen über ihren ursprünglichen Einflußbereich hinaus zum Ausdruck. Nicht alleine, daß sie in ihrem jeweiligen Zweig die ausschlaggebenden Umsatzteile an sich ziehen; ihre Macht wird potenziert und auf weitere Reproduktionszusammenhänge ausgedehnt durch ihre Beteiligungspolitik. Dabei ist an den Beteiligungen innerhalb der 100 Größten auffallend, daß von den Kapitalgesellschaften kaum noch Mehrheitsbeteiligungen erworben werden^{54a}, sondern für die finanzkapitalistische Bindung an das eigene Unternehmen offenbar geringere — aber zahlreiche — Beteiligungen das flexiblere Instrument darstellen. Die Zunahme der Gemeinschaftsunternehmen dagegen, ihre Konzentration auf die größten der Großunternehmen und ihre branchenmäßige Zuordnung sind Indikatoren dafür, daß es sich hier weniger um die gemeinsame Finanzierung andernfalls nicht zu realisierender Vorhaben handelt — wäre das der wesentliche Grund, würde die Gründung der Gemeinschaftsunternehmen sich eher auf den mittleren und unteren Rängen abspielen. Stärker scheint die Tendenz zur Spezialisierung und technischen Zusammenarbeit, zur arbeitsteiligen Beherrschung gemeinsam organisierter Produktionskomplexe zu sein. Dafür spricht auch die Tatsache, daß diese Gründungen vor allem in vor- und nachgelagerten Produktionszweigen der jeweiligen Konzerne auftreten.

54a Das hat statistische Gründe, da höhere Beteiligungen häufig konsolidiert werden.

Einfluß der Banken auf die 100 Größten

Diese direkten Verflechtungen der Unternehmen werden noch gesteigert durch die indirekte Verflechtung durch die Banken, die gleichzeitig deren dominierende Rolle im Kreis der Konzernspitzen der BRD deutlich macht.⁵⁵ Sie machen ihren Einfluß über zwei Wege geltend: Die Stimmrechte auf den Hauptversammlungen und die Mitgliedschaft in Aufsichtsräten.

Bei 56 der 100 Großunternehmen werden Stimmrechte über 5% von Banken ausgeübt; bei 75 der 100 Monopole nimmt mindestens ein Bankenvertreter ein Aufsichtsratsmandat wahr. Dabei beruhen die Stimmrechte vor allem auf der Depotvertretung von Kleinaktionären: Nur 7% der ausgeübten Stimmrechte stammen aus dem Eigenbesitz der Banken⁵⁶!

Sowohl der Stimmrechtsanteil als auch die durchschnittliche Zahl der Aufsichtsratsmandate pro Gesellschaft steigen mit der Größe der Unternehmen:

Tabelle 8: Einfluß der Kreditinstitute

Aktiengesellschaften auf Platz bis	Gesamtstimmrechtsanteil am Grundkapital in v. H.	Zahl der Aufsichtsräte, in denen Kreditinstitute vertreten sind	Zahl der Mandate pro Aktiengesellschaft	Zahl der AG mit Aufsichtsratsmitgliedern aus Kreditinstituten und Stimmrechtsanteilen
1 bis 10	67,03	9	2,70	8
11 bis 25	54,29	10	2,33	5
26 bis 50	39,68	23	2,04	14
51 bis 100	42,53	33	1,32	24
1 bis 100	56,73	75	1,79	51

Quelle: Tabelle 2, S. 295 und Tabelle 11, Seite 310 in HG II

Unter den Kreditinstituten sind die drei Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank) dominierend, und zwar sowohl in bezug auf die Stimmrechtsanteile als auch im Hinblick auf die Aufsichtsratsmandate. Bei 54 (der 56) Aktiengesellschaften üben die Großbanken Stimmrechte aus, die bei 15 Unternehmen mehr als 25%, in drei Fällen sogar mehr als 50% betragen. In ebensoviel Gesellschaften sind nur die Sparkassen vertreten, aber ihr Anteil bleibt in 41 Fällen davon unter 5% und erreicht nur in zwei Fällen 10 bis 25%.⁵⁷

55 Die Untersuchung des Einflusses der Kreditinstitute bezieht sich auf diejenigen 67 der 100 größten Konzerne aus der Liste der Monopolkommission, die als Aktiengesellschaft bzw. als Kommanditgesellschaft auf Aktien betrieben werden, und auf die nächstgroßen weiteren Gesellschaften, die nach denselben Kriterien ermittelt wurden (vgl. Tabelle IV. 1 „Aufsichtsratsmandate und Stimmrechtsanteile der Kreditinstitute bei den 100 größten Aktiengesellschaften“, Seite 560 ff.).

Vor allem der Einfluß der Kreditinstitute auf kleine und mittlere Unternehmen wird so nicht erfaßt. Auch eine branchenmäßige Gewichtung des Bankeneinflusses entfällt. Und schließlich wird der Einfluß dort, wo er ermittelt wird, systematisch unterschätzt insofern, als der Stimmenanteil einzelner Kreditinstitute auf Hauptversammlungen unter Außerachtlassung von Konzernbeziehungen nach rechtlich selbständigen Instituten zugeordnet wurde. (Vgl. Hauptgutachten II, Tzf. 517 und 518.)

56 Hauptgutachten II, Tzf. 522.

57 Hauptgutachten II, Tzf. 528 und Tabelle 4 „Stimmrechtsstruktur des Anteilsbesitzes ausgewählter Institutsgruppen“, Seite 298.

Von den 1203 Aufsichtsratssitzen der Aktiengesellschaften entfallen 179 auf Vertreter von Kreditinstituten, davon 102 (= 57%) auf die Mitglieder von Großbanken; vertreten sind sie sogar in drei Viertel aller Aufsichtsräte, in die überhaupt Vertreter der Kreditinstitute entsandt wurden.⁵⁸ Auch von den 31 Aufsichtsratsvorsitzen, die durch Vertreter der Kreditinstitute wahrgenommen werden, entfallen 21 auf die Großbanken.⁵⁹

Ein Viertel des Umsatzes der Gesamtwirtschaft und rund 18% der Beschäftigten werden damit von nur 100 Unternehmen im Verein mit den drei Großbanken kontrolliert. Der Einfluß in einzelnen, volkswirtschaftlich bedeutenden Branchen liegt dabei erheblich höher, als es in den aggregierten Zahlen zum Ausdruck kommt.

Es wurde oben schon ausgeführt, daß dabei in den Händen von 14 Konzernspitzen durch gegenseitige Verflechtungen die Kontrolle über 46% des Gesamtumsatzes dieser 100 größten Unternehmen liegt. Generell zeigt sich eine deutliche Polarisierung innerhalb der 100 größten Unternehmen. Versucht man, die Aussagen über die ersten 10 Unternehmen der nach Umsatz geordneten Liste zusammenzustellen, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 9: Die 10 Größten

Rang	Name	Anteilseigner	Umsatz- anteil an den 100 Größten	Betei- ligungen in 100	insge- samt	Ban- ken	Fu- sio- nen	Beschäf- tigte
1	Veba	Bund	5,0	4	(42)	Vertre- ten in neun Auf- sichts- räten, 59% Stimm- rechts- anteil (ge- wich- tet)	98	67 084
2	Thyssen	Fam./Streubesitz	4,0	1	(37)		26	139 440
3	Daimler	Flick/Dt. Bank/ Streubesitz	3,6	—	365		5	126 652
4	VW	Bund/Nieders.	3,3	—			2	124 232
5	BASF	Streubesitz	3,3	1			7	88 568
6	Siemens	Fam./Streubesitz	3,1	5			20	207 700
7	Hoechst	Streubesitz	2,5	—			22	88 835
8	Esso	Exxon	2,5	1			4	4 844
9	Ruhrkohle	Gemeinschafts- unternehmen	2,4	—			20	147 505
10	Bayer	Streubesitz	2,3	3			9	86 986
Summe der 10			32,0	13	365	213	1 080 000	
Summe 1 bis 100			100	27	795	- ⁷⁵ / _{36%} AR	793	3 100 353

Der größte Block der wirtschaftlichen Verflechtungen mit anderen Groß- und mittleren Unternehmen, der Fusionen und der höchste Anteil der Banken-Stimmrechte und

⁵⁸ Also in 56 von den 75 Konzernen. S. Hauptgutachten II, Tzf. 533 und 534.

⁵⁹ Hauptgutachten II, Tzf. 539, Tabelle 7 „Verteilung der Positionen des Aufsichtsratsvorsitzenden auf die Institutgruppen“, Seite 303 sowie Tzf 541 und Tabelle 9 „Verteilung der Aufsichtsratsmandate auf die drei Großbanken“, Seite 305.

-Mandate tritt also bei den ersten 10 Unternehmen auf, die alleine mehr als 1 Mill. Menschen beschäftigen. Eigentümersmäßig befinden sich diese überwiegend in Streubesitz, in dreien treten noch die Gründerfamilien als Anteilseigner auf und zwei (inkl. RAG drei) befinden sich in öffentlicher Hand.

Damit sind auch schon die drei bestimmenden Eigentümergruppen der 100 Konzerne benannt: Die Vertreter der Banken, einige „Familien“ und staatliches Kapital.⁶⁰

Je genauer man die Konzentration in der BRD-Wirtschaft betrachtet, desto stärker schält sich das Bild einer außerordentlich kleinen Gruppe von Vertretern der Konzernspitzen, Familien, Banken heraus, die über das Wohl und Wehe von 3,1 Mill. Beschäftigten unmittelbar, deren Angehörige mittelbar und über Zuliefer- und Vorlieferproduktionen und damit über Prozesse volkswirtschaftlicher Größenordnung bestimmen.

3.3 Fusionen und Fusionskontrolle

Bisher wurden Angaben über den Grad der Konzentration in der BRD-Industrie bzw. -Wirtschaft und die eigentümersmäßige Verfügungsgewalt über den monopolistischen Sektor der Wirtschaft zusammengefaßt. Es wurde ermittelt, daß die Konzentration hoch ist, daß sie weiter zunimmt und, je größer ein Unternehmen ist, es über um so mehr an ökonomischer Macht verfügt. Letztlich sind es eine Handvoll Konzerne, die über ganze Produktionszusammenhänge und Finanzierungsmodalitäten bestimmen.

Neben diesen Beschreibungen beschäftigt sich die Monopolkommission auch mit den Ursachen der Beschleunigung der Konzentration und der mangelhaften Wirksamkeit der Wettbewerbspolitik. Entsprechend der dem GWB zugrundeliegenden Theorie wird dabei das „innere Wachstum“, d. h. die Akkumulation des erwirtschafteten Profits, als positiv anzusehende betriebswirtschaftliche Leistung von vornherein aus der Fragestellung ausgeklammert, und es bleibt nur das Problem der Fusionsentwicklung, das jeweils im Rahmen der Analyse der 100 Größten und der Bankenuntersuchung aufgegriffen wird.⁶¹

Seit Inkrafttreten der Fusionskontrolle bis 1977 wurden 1780 Zusammenschlüsse nach § 23 GWB n. F. angemeldet.⁶² Davon wurden drei rechtskräftig untersagt.⁶³ 712 Fusionen

60 Eine Tatsache, die man dabei nicht aus dem Gedächtnis verlieren sollte — die die Monopolkommission allerdings nicht erörtert —, ist dabei der hohe Anteil aristokratischer oder aus dem „Geldadel“ stammender Familien an den heute führenden Konzernen. Obwohl die Vergesellschaftung der Produktivkräfte ganz andere Maßstäbe der Kapitalmobilisierung erzwingt, als es im Rahmen „familiärer“ Zusammenhänge möglich erscheint, befinden sich doch unter den 100 größten Konzernen 19 mehrheitlich in Familienbesitz (bei Einschluß von Stiftungen und GmbHs). Bei weiteren 6 sind Familien mit geringeren Beteiligungen vertreten. Davon gehören 13 den von Bernt Engelmann in detaillierter Kleinarbeit ermittelten 400 Familien der alten „Geld- und Machtelite“ an, deren Anfänge sich vor 1914 zurückdatieren lassen, d. h. die schon vor dem ersten Weltkrieg beispielsweise im „Jahrbuch der Millionäre“ verzeichnet waren. (Vgl. Bernt Engelmann, *Das Reich zerfiel, die Reichen blieben*, Hamburg 1972, Seite 322 ff.) 19 dieser Familien sind insgesamt bei den 100 Größten vertreten. Von den 25 Familien, die insgesamt unter den 100 vertreten sind, bzw. den entsprechenden 28 Unternehmen nehmen wiederum 12 Aufsichtsratsmandate in den drei Großbanken wahr.

61 Hauptgutachten I, S. 182 ff. und S. 272 ff. und Hauptgutachten II, S. 191 f. und S. 312 ff.

62 § 23 GWB lautet:

„Der Zusammenschluß von Unternehmen ist dem BKA unverzüglich anzuzeigen, wenn

1. durch den Zusammenschluß ein Marktanteil von mindestens 20 vom Hundert erreicht oder erhöht wird oder ein beteiligtes Unternehmen auf einem anderen Markt einen Anteil von mindestens 20 vom Hundert hat oder
2. die beteiligten Unternehmen insgesamt zu einem Zeitpunkt innerhalb des letzten vor dem Zusammen-

fielen unter die sog. Bagatellklausel nach § 24 Abs. 8, S. 2, nach der erworbene Unternehmen mit einem Umsatz unter 50 Mio. DM aus der Fusionskontrolle ausgeschlossen bleiben.⁶⁴ 1977 waren 84 % der in diesen Fällen erwerbenden Unternehmen Umsatzmilliardäre. Im selben Zeitraum waren Unternehmen aus dem Kreis der 100 Größten an 793 Fusionen (= 44,55 %) beteiligt, von denen im Mittel rund 51 % auf Bagatellfälle entfielen.⁶⁵ Der Anteil liegt damit noch höher als schon in der Gesamtwirtschaft. Jeder zweite Zusammenschluß der 100 Größten ist damit der Fusionskontrolle entzogen. Und nur bei rund 15 % der erworbenen Unternehmen lag im gesamten Zeitraum der Untersuchung der Umsatz über 50 Mio. DM.⁶⁶

Diese 793 Fusionen verteilen sich auf 79 Konzerne. Unter den ersten 25 Monopolen waren 1976/77 23 an Zusammenschlüssen beteiligt, und zwar 250mal (1973—75: 242mal), während die 25 rangletzten Unternehmen „nur“ noch an 46 (1973—75: 36) Fusionen teilnahmen. 23 % aller Fusionen wurden von nur elf Großunternehmen durchgeführt (RWE, Veba, Hoesch, BP, Shell, Coop Zentrale, Bay Wa AG, Klöckner & Co, Siemens, RAG, Franz Haniel), darunter waren 56 % Anschlußfälle.⁶⁷ Vom insgesamt 1976/77 durch Fusionen erworbenen Umsatzvolumen entfielen sogar 42,5 % auf nur sechs Unternehmen, die ausschließlich Umsatzmilliardäre waren.⁶⁸ Auch hier tritt also wieder eine deutliche Polarisierung innerhalb der Gruppe der 100 größten Konzerne auf.

Damit hat die Zahl der Fusionen seit Inkrafttreten der Fusionskontrolle außerordentlich zugenommen. Das ist sicher in erster Linie ein Ausdruck des verschärften Konkurrenzkampfes in der wirtschaftlichen Krise, der zum Zusammenschluß zwingt. Im Schnitt 1966 bis 1971, einer Periode, die den Boom 1968/69 umfaßt, lag die jährliche Fusionsrate bei nur 144.⁶⁹ Die hohe Beteiligung der finanzkräftigsten Konzerne im Verein mit deren überdurchschnittlichem Anteil an Anschlußfusionen deutet aber darauf hin, daß es nicht allein der Kampf ums wirtschaftliche Überleben ist, der diese verschärfte Fusionswelle verursacht, sondern daß Krise und Stagnation von den Großkonzernen genutzt werden, um ihre eigene Position auszubauen und sich neue Märkte zu erschließen. Die überdurch-

schluß endenden Geschäftsjahres mindestens 10 000 Beschäftigte oder in diesem Zeitraum Umsatzerlöse von mindestens 500 Millionen Deutscher Mark hatten...

Als Zusammenschluß im Sinne dieses Gesetzes gelten folgende Tatbestände:

1. Erwerb des Vermögens eines anderen Unternehmens ganz oder zu einem wesentlichen Teil durch Verschmelzung, Umwandlung oder in sonstiger Weise
2. Erwerb von Anteilen an einem anderen Unternehmen, wenn die Anteile allein oder zusammen mit sonstigen, dem Unternehmen bereits gehörenden Anteilen
 - a) 25 vom Hundert... oder
 - b) 50 vom Hundert des stimmberechtigten Kapitals des andern Unternehmens erreichen oder
 - c) dem Unternehmen eine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 16 Abs. 1 des Aktiengesetzes gewähren...

63 Hauptgutachten II, Tzf. 404.

64 berechnet nach Hauptgutachten I, Tzf. 857 und Hauptgutachten II, Tzf. 470.

65 Tabelle 31 „Die Beteiligung der 100 Größten an den dem Bundeskartellamt angezeigten Unternehmenszusammenschlüssen“, in: Hauptgutachten II, S. 192, Tzf. 344.

66 Hauptgutachten II, Tzf. 349.

67 Hauptgutachten II, Tzf. 345, 346, 350, Tabelle 33 „Häufigkeit der Beteiligungen nach Gruppen“, S. 196 und Tabelle 34 „Die Unternehmen unter den 100 Größten, die sich am häufigsten an Zusammenschlüssen beteiligt haben“, S. 197.

68 Hocchst, VW, Bayer, Preussag, Klöckner, Karstadt, Hauptgutachten II, Tzf. 350.

69 Jörg Huffschmid, Entkoppelung von Konjunktur und Beschäftigung. Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz fünf Jahre nach der ‚Ölkrise‘, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/79, Köln, S. 75.

schnittlichen Gewinne im monopolistischen Sektor werden so nicht beschäftigungswirksam im eigenen Industriezweig, sondern in den Erwerb von Beteiligungen und von ganzen Unternehmen investiert — was letztlich erfahrungsgemäß zu Rationalisierung und damit Arbeitsplatzvernichtung führt.

Noch eine weitere Tatsache aus der Fusionsstatistik verdient es hervorgehoben zu werden: Die beiden Unternehmen mit der größten Zusammenschlußaktivität (98 bzw. 87 Fälle im gesamten Untersuchungszeitraum mit 49 bzw. 48 Bagatellfällen) gehören der öffentlichen Hand.⁷⁰ Rechnet man die Zusammenschlüsse, an denen das RWE beteiligt war, zu denen der öffentlichen Hand, dann sind es 232 Zusammenschlüsse, die auf deren Initiative zurückzuführen sind.⁷¹ An diesen Zahlen bestätigt sich erneut, daß die formelle Änderung der Eigentumsverhältnisse eines Unternehmens für sich genommen keinerlei Folgen für die soziale Orientierung der Unternehmensstrategie hat, wenn sie nicht von dem ausdrücklichen Willen zu einer Ausrichtung der Konzernpolitik an den Interessen der Arbeitnehmer getragen wird. Gerade umgekehrt scheint aber für die öffentlichen Unternehmen mit wachsender Größe eine zunehmende Abhängigkeit von den privaten Konzernen zu bestehen, die auch nur privatkapitalistische Lösungsformen von einzelwirtschaftlichen Problemen möglich erscheinen lassen.⁷²

Der *Banksektor* war mit 269⁷³ Zusammenschlüssen an den Fusionen beteiligt. Das entspricht 15,17%. Am häufigsten traten dabei Kreditbanken als Erwerber auf (45% der Fälle, darunter 17,4% von den Großbanken), an zweiter Stelle Institute aus dem Sparkassenbereich (37%).

Der größere Teil entfiel dabei auf Zusammenschlüsse von Banken mit Nichtbanken (185 Fusionen mit einer 232maligen Beteiligung von erwerbenden Kreditinstituten), die überwiegend im „near-banking“-Bereich (Grundstücks- und Vermögensverwaltung, Leasing, Mietfinanzierung, Consulting; außerdem Handel, Bau und Brauereien) stattfanden.

Der kleinere Teil (14 Zusammenschlüsse) ist Ausdruck der Zentralisation im Bankenbereich selber. Dabei ist besonders in den letzten beiden Jahren des Untersuchungszeitraums auffallend, daß ausschließlich Anteile an kleineren und mittleren Unternehmen erworben werden (57 bzw. 43%).⁷⁴ Offenbar machen sich in den letzten, krisenhaften Jahren die besonderen Wettbewerbsnachteile dieser Institute stärker bemerkbar. Eine (inflationär bedingte) Steigerung des Geschäftsvolumens bedarf bei den Banken der Erhöhung

70 Hauptgutachten II, Tzf. 347 und Tabelle 34 „Die Unternehmen unter den 100 Größten, die sich am häufigsten an den Zusammenschlüssen beteiligt haben“, S. 197.

71 Eigene Berechnung nach Hauptgutachten II, Tzf. 345, Tabelle 32 „Die Zusammenschlußaktivitäten der 100 Größten im einzelnen“, Seite 193 ff. und Tabelle II. 1, S. 544 ff.

72 Vgl. Heinz Jung, a. a. O., S. 28; Memorandum '79, a. a. O., S. 630.

73 208 nach der Methode des Bundeskartellamtes. Das BKA zählt nur solche Fälle als Fusionen unter Beteiligung der Kreditinstitute, an denen ausschließlich Kreditinstitute auf der Erwerbseite beteiligt waren. (S. Hauptgutachten II, Tzf. 556.)

74 Die Abgrenzung zwischen verschiedenen Größenklassen der Kreditinstitute geschieht anhand der Bilanzsumme:

Klein = Bilanzsumme unter 50 Mio. DM

Mittel = Bilanzsumme zwischen 50 Mio. bis unter 1 Mrd. DM

Groß = Bilanzsumme über 1 Mrd. DM

(s. Tabelle 17 „Die erworbenen Kreditinstitute nach Größenklassen“, S. 318 in Hauptgutachten II und Tzf. 562). Zu den Wettbewerbsnachteilen der kleinen Bankinstitute vergleiche Hauptgutachten I, Tzf. 550, 551.

des Eigenkapitals, die für Privatbanken fast nur über den umständlichen Weg der Rücklagenbildung möglich ist. Dazu kommt verstärkend, daß sowohl bestimmte Bilanzpositionen als auch vor allem die Vergabe von Großkrediten an die Ausstattung mit Eigenkapital gebunden ist (§§ 10, 13 KWG). Diese zusätzlichen Schwierigkeiten vergrößern sicher in Krisenzeiten die Bereitschaft, die eigene Selbständigkeit aufzugeben und sich in den Schoß einer Großbank zu flüchten.

Mängel der Fusionskontrolle

Die immer rascher steigende Zahl der Fusionen, der hohe Prozentsatz beteiligter Großunternehmen und der wachsende Anteil der „Zentralisation auf Raten“ unter Zuhilfenahme der Anschlußklausel ist Grund genug, die Möglichkeiten der Fusionskontrolle in Frage zu stellen. Die Monopolkommission stellt sowohl im ersten wie im zweiten Gutachten fest, daß das überproportionale Wachstum der Großunternehmen nicht begrenzt wurde⁷⁵, und weist auf verschiedene Lücken des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung hin.

Allgemein sei es dem Bundeskartellamt auf Grundlage des GWB nur möglich, die Addition von Marktanteilen zu erfassen; der Bereich der „vertikalen und konglomeraten Konzentration“ falle nicht unter die Gesetzesparagrafen. Zwar seien die Kategorien der Finanzkraft eines Konzerns, seines Zugangs zu Beschaffungs- und Absatzmärkten, Verflechtungen mit anderen Unternehmen und Schranken für den Marktzutritt als Komponenten der „überragenden Marktstellung“ (§ 22 Abs. 1 Ziff. 2) im Gesetz enthalten, sie blieben aber an eine Erhöhung des Marktanteils gebunden. Ist diese nicht nachweisbar oder wahrscheinlich, wird die Fusion nicht angefochten. Zu welch absurden Konsequenzen das führt, die den Gesetzesinhalt auf den Kopf stellen, zeigt folgendes Zitat: „Die Entstehung oder Verstärkung marktbeherrschender Stellungen wurde in mehreren gesamtwirtschaftlich bedeutenden Fällen ausgeschlossen, weil das erwerbende Unternehmen ohnehin so finanzkräftig sei, daß der Erwerb weiterer Ressourcen nicht geeignet sei, dessen Marktstellungen in einer für den Wettbewerb wesentlichen Weise zu verstärken . . . Diese Annahme“, kommentiert die Monopolkommission mit Recht, „tendiert dahin, gerade die größten Unternehmen der Fusionskontrolle faktisch zu entziehen.“⁷⁶

Ebenso wenig ist auch die vertikale Konzentration durch eine bloße Betrachtung des Marktanteils zu ermitteln; alleine schon deswegen nicht, weil ein großer Anteil der Produktion innerhalb integrierter Unternehmen geliefert wird und insofern auf dem Markt gar nicht auftaucht.⁷⁷

Eine zweite wesentliche Gesetzeslücke besteht in der Anschlußklausel, deren Anteil an den Fusionen immer größer wird. In fünf Industriezweigen stellte sie geradezu ein Instrument der Zentralisationsförderung dar.⁷⁸ Die Anschlußklausel geht allein von dem Erwerber aus und basiert auf der Annahme, durch eine nur geringe Umsatzsteigerung könne dessen Marktanteil auch nur marginal erhöht werden. Dabei werden die Auswirkungen auf die Position der Konkurrenz der *erworbenen* Unternehmen außer acht gelassen; insbe-

75 Hauptgutachten II, Tzf. 405.

76 Hauptgutachten I, Tzf. 916.

77 Hauptgutachten I, Tzf. 922.

78 Hauptgutachten II, Tzf. 471, 472 (Reifen, Bau, Brennstoffe, Banken, Transport).

sondere auf Märkten, die durch kleine und mittlere Unternehmen gekennzeichnet sind, ist die Anschlußklausel das Falltor zur Eroberung des Marktes durch Großunternehmen.

Schließlich stellt auch die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen, die ebenfalls in den letzten Jahren zugenommen hat, ein juristisches Problem dar. Dies gilt insbesondere, wenn diese sich ein gegenüber den Tätigkeitsschwerpunkten der beiden Mutterunternehmen neues Tätigkeitsfeld erschließen, da lt. GWB eine Prognose über die zukünftige Marktstellung nicht allein erstellt, sondern rechtswirksam begründet werden müßte. Aber auch der Grad des „herrschenden Einflusses“ eines Unternehmens auf ein Gemeinschaftsunternehmen, der für ein Verbot nachgewiesen werden muß (§ 23 Abs. 2 Ziff. 5), muß nicht die Form von Stimmrechtsvereinbarungen oder anderen entsprechenden, juristisch verwertbaren Verträgen annehmen; Lizenz- und Lieferverträge beispielsweise können durch die Festlegung von Abnahme- bzw. Lieferquoten ebenso schlagkräftige Herrschaftsinstrumente darstellen.⁷⁹

Neben diesen Gesetzeslücken wird von der Monopolkommission das Verhalten sowohl der Bundesregierung als auch des Bundeskartellamts kritisiert; selbst mit den beschränkten Möglichkeiten des GWB wäre mehr an Kontrolle durchzusetzen gewesen.

An der öffentlichen Hand wird vor allem deren fusionsfreundige Praxis in den eigenen Unternehmen bemängelt. Die Kritik am Bundeskartellamt, dem eine „zurückhaltende Untersagungspraxis“ vorgeworfen wird⁸⁰, wird vor allem im zweiten Gutachten geführt. Im einzelnen wird dem BKA vorgehalten, daß

— Zusammenschlüsse zwischen Oligopolen auf demselben Markt, wenn der Marktführer nicht beteiligt war, oft nicht untersagt wurden, da das „Fehlen eines wesentlichen Wettbewerbs im Innenverhältnis“ nicht nachweisbar gewesen sei;⁸¹

— diese Art von Zusammenschlüssen in dem Moment sogar als „Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen“ angesehen wurde, wo der Abstand zum Marktführer gemindert ist.⁸² Dies stellt eine Legitimation aller Zusammenschlüsse unterhalb des Marktführers dar;⁸³

— trotz Bestehens aller Voraussetzungen zur Untersagung davon in mehreren Fällen abgesehen wurde, weil die betroffenen Unternehmen bestimmte (rechtsunverbindliche) Zusagen gegeben hätten;⁸⁴

— die Auflösung von Gemeinschaftsunternehmen im Rahmen einer Vollfusion durch einen der Partner als dezentrierend angesehen, die gleichzeitigen konzentrierenden Elemente aber mißachtet würden.⁸⁵

Ohne es so klar auszudrücken, hat die Monopolkommission damit in ihrer Analyse über die Möglichkeiten und die Handhabung des GWB ein vernichtendes Urteil gefällt. Ausgerechnet die dominierenden Vorgehensweisen der Großunternehmen (Beteiligungspolitik, Gemeinschaftsgründungen und Fusionen) werden von den Gesetzesvorschriften nur unzulänglich erfaßt, während gleichzeitig aus den Daten der Monopolkommission hervorgeht, daß es bei allen drei Fällen in erster Linie um Mittel der finanzkräftigsten Konzer-

79 Hauptgutachten I, Tzf. 906, 907.

80 Hauptgutachten II, Tzf. 406.

81 ebenda, Tzf. 406.

82 ebenda, Tzf. 407, 431.

83 ebenda, Tzf. 435.

84 ebenda, Tzf. 408/439 und Tzf. 478, 479.

85 ebenda, Tzf. 425, 426.

ne geht, ihre Herrschaftspositionen auszubauen und weniger um Behauptungsmaßnahmen oder den Aufbau von Gegengewichtspositionen von mittleren Großunternehmen im verschärften Konkurrenzkampf in der Krise. Die weiteren, bekannten Schwächen des GWB — u. a. die Bindung der Rechtsprechung an den Marktanteil, die Verwässerung durch die Strukturklausel über die mögliche „Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen“, die Schwierigkeiten des Nachweises von „herrschendem Einfluß“ und von Preisabsprachen — machen es zu einer stumpfen Waffe, die kein Konzern zu fürchten braucht. Dies um so weniger, als die öffentliche Hand selbst in ihren eigenen Unternehmen die Intentionen des Gesetzes unterläuft und so die Legitimation zu Eingriffen in andere Konzerne verliert.

4. Illusionäre Schlußfolgerungen Zu den „Empfehlungen“ der Monopolkommission

Trotz der systematischen Unterschätzung der Konzentration in der Wirtschaft aufgrund methodischer Mängel sind die Ergebnisse der Monopolkommission alarmierend. Auf je 3 Unternehmen (10) entfallen 1975 im Mittel 25 (42)% des Gesamtumsatzes der Industriegruppen. In 21 von 31 Industriegruppen ist dieser Anteil 1975 gegenüber 1973 noch gestiegen. 24 % des Umsatzes und 18 % der Beschäftigten der Gesamtwirtschaft entfallen auf 0,01 % aller Unternehmen. Diese kontrollieren unmittelbar per Beteiligungen 4800 weitere Gesellschaften im Inland. Daran wird sich auch so bald nichts ändern; im Gegenteil, denn gleichzeitig waren die Größten der Großen mit 45 % besonders häufig an den gemeldeten Fusionen beteiligt. Die Verflechtung innerhalb der Großunternehmen durch Beteiligungen, Gemeinschaftsunternehmen und Banken ist, soweit sie überhaupt aufgedeckt werden kann, sehr hoch. Die Banken allein sitzen in 75 Aufsichtsratsgremien der 100 Größten. Gleichzeitig hat die Zahl der Fusionen weiter zugenommen, ohne daß die der Untersagungen oder auch der Mißbrauchsverfahren entsprechend gestiegen wäre.

Von optimalem Wettbewerb redet auch die Monopolkommission angesichts dieser negativen Bilanz nicht; insbesondere aus der Auseinandersetzung mit der Praxis des Bundeskartellamtes bzw. der Bundesregierung geht als Ziel der Monopolkommission die Wiederherstellung der „dezentralen Marktsteuerung“ hervor.⁸⁶ Allerdings werden die empirischen Ergebnisse an keiner Stelle des Berichts direkt auf die theoretische Ausgangsposition bezogen. Die Monopolkommission setzt sich aber verschiedene Male mit einzelnen überwiegend monopolorientierten apologetischen Argumenten empirisch auseinander. So wird z. B. das „Optimalitätsargument“: „Großunternehmen fusionieren, um eine optimale Betriebsgröße zu erreichen; nur so ist der wirtschaftliche und technische Fortschritt zu realisieren“ mit dem Hinweis auf das häufige Auftreten der Kombination von Kleinunternehmen auf der Erworbenenseite und Umsatzmilliardären auf der der Erwerber widerlegt und weiter geschlossen: „Die Häufigkeit, mit der Unternehmen als Erwerber an Zusammenschlüssen beteiligt sind, steigt tendenziell mit der Größe des Unternehmens. Hieraus kann der Schluß gezogen werden, daß die Zusammenschlüsse für die aus ihnen entstehende neue unternehmerische Einheit nicht notwendig waren, um zu wirtschaftlichen Betriebs- und Unternehmensgrößen zu gelangen.“⁸⁷

⁸⁶ ebenda, Tzf. 388 und folgende, auch Tzf. 406 und folgende, Tzf. 431 und folgende sowie Tzf. 447 und folgende lassen sich dahingehend interpretieren.

⁸⁷ Hauptgutachten I, Tzf. 857.

Auch die Arbeitgeber-Behauptung, Fusionen würden Arbeitsplätze sichern, widerlegt die Monopolkommission exemplarisch anhand der Fälle Artos/Babcock und Karstadt/Neckermann. Beide Male wurden Arbeitsplätze abgebaut (bis zum Berichtszeitpunkt 428 bzw. 2800).^{88/89}

Trotz der umfangreichen empirischen Ergebnisse, die die hohe und wachsende Konzentration in der BRD belegen; trotz dieser vereinzelt Berichtspassagen, die mit begrüßenswerter Klarheit eine bestimmte Form der Monopol-Apologie zurückweisen, bestehen die Empfehlungen und Stellungnahmen der Monopolkommission nur aus Vorschlägen zur besseren Registrierung und Regulierung von Konzentrationsvorgängen.

Im einzelnen wird neben der Besprechung der BKA-Praxis Stellung bezogen:

— zum 4. Entwurf der GWB-Novelle.⁹⁰ In dieser Stellungnahme ist der einzig verbliebene substantielle Kritikpunkt im II. Hauptgutachten die Forderung nach Streichung der Anschlußklausel.⁹¹

— zur Fusionskontrolle, wo weitere Vermutungstatbestände in bezug auf den Zusammenschluß von Umsatzmilliardären mit Markbeherrschung und die Vorbereitung von Zusammenschlüssen durch Ausnützen marktbeherrschender Stellungen verlangt werden.⁹²

— und zur Begrenzung der Beteiligungen der Banken an Nichtbanken auf 5 % sowie zur Erweiterung der Publizitätspflichten der Aktiengesellschaften in bezug auf die Höhe der Stimmrechte der Hauptversammlungen über 5 % und die Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten.⁹³

Diese Empfehlungen sind insofern zu begrüßen, als sie die Transparenz monopolistischer Institutionen verbessern helfen. Es ist allerdings nicht zu erwarten, daß sie wesentlich dazu beitragen, den sich beschleunigenden Konzentrations- und Zentralisationsprozeß aufzuhalten, zumal ihre Einlösung äußerst unrealistisch ist. Die vorgeschlagenen Maßnahmen stellen partielle Korrekturen dar, die weder am Prinzip des GWB — der Beschränkung auf die Marktprozesse — etwas ändern noch die Informationsrechte der „kontrollierenden“ Instanzen in bezug auf die unternehmerischen Entscheidungen über die wesentlichen ökonomischen Determinanten erhöhen.

Selbst wenn sich aber die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten in der vorgeschlagenen Weise erhöhen würden, bliebe doch das öffentliche Interesse dem der monopolistischen Kapitalverwertung untergeordnet; denn den staatlichen Instanzen fehlt es gegenwärtig nicht allein an Durchsetzungskraft, sondern vor allem auch an dem Willen, gesellschaftliche Interessen gegenüber denen der privaten Kapitale zu behaupten. Um die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht zu verringern, müßten Maßnahmen grundsätzlicher Natur ergriffen werden, die geeignet sind, die Kontrollierbarkeit monopolistischer Entscheidungen durch die Beschäftigten und ihre gewerkschaftliche Vertretung, durch kommunale und übergeordnete staatliche Instanzen herzustellen.

Die Monopolkommission findet sich zu solchen Vorstellungen gesellschaftlicher Demokratisierung nicht bereit. Sie diskutiert nicht Maßnahmen, die am bestehenden Stand

88/89 Hauptgutachten II, Tzf. 452 ff.

90 Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, BTDrS 8/2136 vom 27. 9. 78.

91 Hauptgutachten II, Tzf. 472, vgl. Hauptgutachten I, Tzf. 958 ff.

92 Hauptgutachten I, Tzf. 951 ff.

93 Hauptgutachten I, Tzf. 568 und Hauptgutachten II, Tzf. 599 und folgende sowie Hauptgutachten II, Tzf. 609.

der Vergesellschaftung ansetzen und die weitere Entwicklung der Produktivkräfte den Interessen der Beschäftigten unterwerfen und sie ihnen dienstbar machen wollen, sondern umgekehrt erwägt sie Möglichkeiten, die schlimmsten Auswüchse monopolistischer Herrschaftsgewalt durch einen Stopp bzw. ein Zurückdrehen der weiteren Entwicklung zu korrigieren. Dabei gerät sie aber immer wieder in das Dilemma, das Kind aus dem Brunnen holen zu wollen, ohne sich die Finger naß zu machen: Der Wettbewerb soll wiederhergestellt werden, ohne die bestehenden Monopole anzutasten. Konkret handelt es sich dabei um die Fragen, ob nicht Konzerne ab 10 Mrd. DM Jahresumsatz unter ein generelles Fusionsverbot gestellt werden sollten⁹⁴ und um die Entflechtung bestehender Konzerne.⁹⁵

Im ersten Fall wird zugestanden, daß entsprechende Konzerne durchaus aus eigener Kraft betriebswirtschaftlich erwünschte Änderungen ihres Produktionsprogramms vornehmen könnten, so daß „keine negativen Rückwirkungen auf die Durchsetzung technischen Fortschritts und optimaler Betriebsgrößen“ zu befürchten wären.⁹⁶ Trotzdem wird schließlich zugunsten eines bloßen Vermutungsbestandes auf eine entsprechende Empfehlung verzichtet, denn „normaler Risikoausgleich und wettbewerbswidrige Ausnutzung von Vorteilen aufgrund überragender Finanzkraft lassen sich generell nicht eindeutig unterscheiden.“⁹⁷

In der Frage der Entflechtung treten die gleichen methodischen, letztlich aber politischen Beschränkungen auf. Zwar wird im ersten Hauptgutachten davon gesprochen, daß es nötig wäre, „durch begrenzte Eingriffe in bestehende Unternehmensverbindungen auf gesamtwirtschaftlich wichtigen Märkten ein Mindestmaß funktionsfähigen Wettbewerbs herzustellen“.⁹⁸ Aber auch hier geriet die Monopolkommission wieder in Abgrenzungsschwierigkeiten und konnte sich „zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht entschließen“ zum Vorschlag einer Ermächtigung zu Entflechtungsmaßnahmen. Denn die Veränderung der Markt- und Unternehmensstruktur könnte in Konflikt geraten mit den „Erfordernissen wirtschaftlicher Produktionsbedingungen“⁹⁹ — obwohl doch an anderer Stelle gerade dieses Argument für die Großunternehmen zurückgewiesen wird.

Auch 1977 ist dieser Zeitpunkt offenbar noch nicht herangereift. Prinzip der Monopolkommission ist es nach wie vor, wie Kommissionsmitglied *Kantzenbach* es im zweiten Gutachten in einem Minderheitsvotum zur Novelle des GWB zusammenfaßt, „hochkonzentrierte Marktstrukturen, die eine Verhaltenskontrolle der Unternehmen erforderlich machen, gar nicht entstehen zu lassen“.¹⁰⁰ Wie die Monopolkommission das bewerkstelligen will, bleibt ihr Geheimnis, denn die entscheidenden Bereiche der Volkswirtschaft sind bereits hochkonzentriert — wie sie selbst ja nachgewiesen hat.

5. Resümee

Will man den Eindruck, den die bisherigen Gutachten hinterlassen, zusammenfassen, so sind zwei Gesichtspunkte hervorzuheben:

Erstens ist das vorgelegte Datenmaterial außerordentlich umfangreich und so genau

94 Hauptgutachten I, Tzf. 953.

95 Hauptgutachten I, Tzf. 962 und Hauptgutachten II, Tzf. 489.

96 Hauptgutachten I, Tzf. 955.

97 ebenda, Tzf. 956.

98 ebenda, Tzf. 962.

99 ebenda, Tzf. 963.

100 Hauptgutachten II, Tzf. 489.

und methodisch sauber ermittelt, wie es nach dem momentanen Stand der öffentlichen Statistik möglich ist. Die Datenreihen werden fortgeschrieben und dem Stand der Entwicklung der amtlichen Statistik angepaßt werden (das betrifft vor allem die zu erwartende fachliche Aufgliederung von Betrieben, Unternehmen und Konzernen und deren teilweise Zuordnung zu den beteiligten Wirtschafts- und Produktzweigen für die Berechnung der Konzentrationsraten in der Industrie und den Einbezug der Handwerksunternehmen in das produzierende Gewerbe). Sie tragen offiziellen Charakter. Das ist in der politischen und wissenschaftlichen Landschaft der BRD, wo sich jeder, der sich gegen die Monopole wendet, verdächtig macht, ein nicht zu unterschätzender Vorreil.

So ist all jenen Wissenschaftlern und Gewerkschaftern, die die praktischen Konsequenzen für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ziehen wollen, denen die Monopolkommission ausweicht, eine aufschlußreiche Materialsammlung an die Hand gegeben, die sie nutzen können.

Grundsätzlicher ist der zweite Gesichtspunkt. Zwar behandelt die Monopolkommission auf rund 1410 Seiten die Monopolisierung. Sie hat aber keinen wissenschaftlich fundierten Begriff des Monopols. Die vorgeführten Daten bleiben daher weitgehend uninterpretiert. Viele wesentliche Fragen zur Klärung der Rolle des Monopols bleiben unbehandelt.

Zum einen entspricht dieses Vorgehen einem positivistischen Wissenschaftsverständnis, das die Rolle der Gutachter in einer bloß informierenden „objektiven“ Berichterstattung sieht und verkennt, daß selbst die Auswahl der Untersuchungsschwerpunkte und die Erhebung der Daten theoriegeleitet sind und bestimmten Interessen entsprechen, auch wenn auf jegliche Interpretation verzichtet wird. Auf Mängel der Daten, die nicht einmal eine Beurteilung der unterschiedlichen Gewinnlage zulassen, wurde oben schon verwiesen. Zu den fehlenden Untersuchungsschritten gehört aber vor allem, daß die Ursachen der Konzentration und Zentralisation weder diskutiert, geschweige denn empirisch analysiert werden, obwohl doch immer wieder auf deren beschleunigte Zunahme verwiesen wird. Auch bleiben wesentliche Fragestellungen, die die Funktionsweise des monopolistischen Sektors betreffen, ausgeklammert. Das betrifft sowohl die Erzielung des Monopolprofits — die Bedeutung der staatlichen Nachfrage, der staatlichen Subventionierung, das Bereitstellen von entwertetem Kapital, die Durchsetzung von Monopolpreisen — als auch die der Verwendung des Monopolprofits in alternativen Formen — Finanzanlagen, Kapitalexpert, Kapazitätserweiterung — und deren Determinanten.

Der Verzicht auf Interpretation hat aber auch ideologische Ursachen. Bezöge man die Ergebnisse etwa ausdrücklich auf die Theorie des funktionsfähigen Wettbewerbs, würde sich zeigen, daß die wirtschaftliche Legitimationsgrundlage der ‚freien‘ Eigentumsbildung und -verfügung, der freie Wettbewerb, und damit auch die Legitimation der bestehenden Gesellschaftsordnung, längst hinfällig geworden ist.

So stellt die Monopolkommission viele Daten, Zahlen und Fakten zusammen, ohne daß sich dahinter ein ordnendes Prinzip erkennen ließe, durch das diese Materialfülle erst verständlich und aussagekräftig würde. Diese wissenschaftliche Beschränkung hat politische Ursachen. Schließlich handelt es sich hier nicht allein und nicht einmal an erster Stelle um die Kritik eines theoretischen Defizits, sondern um Probleme höchster politischer und sozialer Bedeutung, die Entscheidungen über die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Strukturen, über die Beschäftigungslage, über die Verwendung der öffentlichen Gelder beinhalten. Dieser Zusammenhang kann aber nur durch eine Theorie hergestellt

werden, die in der Lage ist, vom Begriff des Monopols ausgehend dessen wirtschaftliche und politische Folgewirkungen auf die gesamte Gesellschaft wissenschaftlich herzuleiten und zu begründen.

Ein solcher Ansatz wird im Rahmen der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus entwickelt. Hier werden die drei Ebenen: Ursachen der Monopolisierung, Modifikation der ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Entwicklung durch das Monopolverhältnis und Folgen der Monopolisierung für die Gesellschaft in ihrer gegenseitigen Wechselwirkung vermittelt.

Die Entstehung der Monopole wird als gesetzmäßige Folge der Akkumulation angesehen. Die Produktion von Mehrwert als Ziel und Zweck kapitalistischen Wirtschaftens stößt an Grenzen, die letztlich nur durch Produktivkraftsteigerung überwunden werden können. Produktivkraftentwicklung heißt Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion. Diese zunehmende Vergesellschaftung kann aber in kapitalistischer Form nur über das Wachstum einzelner Unternehmen vor sich gehen. Konzentration und Zentralisation sind nun die zwei Möglichkeiten der Ausdehnung des Einzelkapitals. Die Grenzen der ersteren, der Wiederanlage von Profit, die in der erzielbaren Mehrwertmasse liegen, werden überwunden durch das zweite Verfahren, die Einverleibung bereits bestehender Kapitale. Es entstehen Kapitale überdurchschnittlicher Größenordnung, die sich besondere Vorteile im Konkurrenzkampf erschließen. Die Entstehung der Monopole ist damit in der gesetzmäßigen Entwicklung des Kapitals angelegt. Sie setzt sich durch über den krisenhaften Prozeß der Überakkumulation und Entwertung von Kapital im Verlauf des kapitalistischen Zyklus, was eine ungleiche Position der einzelnen Kapitale im verschärften Konkurrenzkampf hervorruft und verstärkt.

Im Maße einer solchen Differenzierung der Verwertungsbedingungen einzelner Kapitale werden praktisch alle Seiten der Tätigkeit kapitalistischer Unternehmen betroffen. Die Möglichkeiten der Finanzierung, der Rohstoff- und Vorproduktbeschaffung, der Effektivierung, des Produktionsprozesses und der Absatzstrategien sind durch die ökonomische Beherrschung der Reproduktionszusammenhänge durch das Monopol bedingt und Momente derselben. Eben diese Tatsache ist es, die den Monopolen auch dauerhaft höhere, überdurchschnittliche Profite gewährleistet: „Kapitalgröße ist damit nicht mehr allein der quantitative Maßstab für die Höhe des Profits; an einem bestimmten Punkt schlägt sie um in eine qualitative Potenz, die sich zusätzlichen Profit aufgrund der Störung des allein durch Quantitäten regulierten Reproduktionsprozesses anzueignen in der Lage ist.“¹⁰¹

Die vorteilhafte Konkurrenzposition der Monopole verkehrt sich in eine Schwächung der Konkurrenzposition der anderen Kapitale und macht sie um so anfälliger für die Folgen gesamtwirtschaftlicher Disproportionen. Gleichzeitig führen die spezifischen monopolistischen Strategien — Angebotsverknappung und Marktzutrittschranken — zu einem relativen Kapitalüberschuß. Die gesamtwirtschaftliche Instabilität erhöht sich.

Existenz und Funktionsweise der Monopole sind damit keine rein wissenschaftlichen, keine rein ökonomischen Fragen, sondern gesellschaftliche Probleme. Dies aus zwei Gründen:

Einmal beinhaltet die Monopolisierung eine zunehmende Vergesellschaftung der Pro-

101 Jörg Huffschild, Zu den theoretischen Grundlagen der marxistisch-leninistischen Monopoltheorie, in: IMSF (Hrsg.), Das Monopol — Ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus, Frankfurt/Main 1976, S. 26.

duktion, die Zusammenführung von immer mehr Produktionsmitteln und Arbeitskräften unter einem einheitlichen Kommando, die Durchsetzung einer planmäßigen Organisation und Leitung von Produktionsprozessen in gesellschaftlicher Größenordnung. Damit sind die stofflichen Voraussetzungen einer gesamtwirtschaftlichen Planung und Kontrolle der strategisch bedeutendsten volkswirtschaftlichen Bereiche — in denen die Konzentration mit am höchsten ist — gegeben.

Auf der anderen Seite haben die spezifischen Strategien der Monopole zur Erhaltung und zum Ausbau ihrer Position einen bestimmten, sozial-reaktionären und aggressiven Inhalt. Die Verschärfung der sozialen Polarisierung durch das Monopolverhältnis ergibt sich alleine schon daraus, daß die Krisen durch das Wirken des Monopols vertieft werden. Die Verteilung der Krisenlasten ist ungleich. Die Monopole können sich den negativen Folgewirkungen der von ihnen ausgelösten Prozesse weitgehend entziehen. Durch die Daten der Monopolkommission über den Zeitraum der letzten Krise wird dies bestätigt.

Von da her ist jede Lösung der Monopolfrage zum Scheitern verurteilt, die nicht deren gesellschaftliche Dimension berücksichtigt.

Betrachtet man die Berichte der Monopolkommission unter dem Gesichtspunkt ihrer impliziten Aussagen zu den ökonomischen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen in der BRD, dann sind zwei Tatbestände hervorzuheben:

Zum einen konzentrieren sich Macht und Einfluß der Konzerne in immer weniger Händen; dies wird um so deutlicher, je genauer man die verschiedenen Teilbereiche der Untersuchung durchforstet (Anteilseigner, Gemeinschaftsunternehmen, Fusionen, Banken);

zum anderen konzentriert sich dieser Einfluß auf einige der volkswirtschaftlich wichtigsten Branchen und Sektoren, die Schlüsselstellungen für die gesamtwirtschaftliche Reproduktion darstellen (Produktions- und Investitionsgüter, Banken).

Wenn auch aus den Berichten selber keine Angaben über die Ursachen dieser Situation hervorgehen, insbesondere Gewinne und Preispolitik der Unternehmen ausgeklammert bleiben und negative Folgen der Monopolisierung nur in bezug auf die Arbeitsplätze angedeutet werden, so zeigt doch der Fakt einer fünfjährigen Arbeitslosigkeit an der Milliongrenze im Verein mit der offengelegten Machtstruktur in der Wirtschaft: Die Schaltstellen der ökonomischen Macht liegen in den falschen Händen! Die Kontrolle über Prozesse volkswirtschaftlicher Größenordnung darf nicht privaten Profitinteressen überlassen bleiben. Die einzige Konsequenz aus dem empirischen Material der Monopolkommission kann nur die Forderung nach demokratischer Nationalisierung der Schlüsselunternehmen und die Ausrichtung ihrer Politik an gesamtwirtschaftlichen, unter Mitwirkung der Gewerkschaften und kommunaler Institutionen entstandener Rahmendaten sein.

Konzentration und staatliche Finanzierung der Kernenergieindustrie

Helga Bufe / Jürgen Grumbach

I. Rahmenbedingungen der Kernenergieentwicklung in der Bundesrepublik — II. Ökonomische Besonderheiten der Kernenergieentwicklung — III. Zur monopolistischen Struktur der Kernenergieindustrie — 1. Reaktorbauindustrie — 2. Brennstoffkreislaufindustrie — 3. Elektrizitätsversorgungsunternehmen — 4. Versicherungen — 5. Banken — IV. Staatstätigkeit im Kernenergiebereich — 1. Der staatliche Kernenergieapparat — 2. Förderung der Kernforschung — 3. Förderung der kerntechnischen Entwicklung — 4. Förderung der Kernenergieanwendung — 5. Der Umfang der staatlichen Förderung — V. Zusammenfassung, Probleme

Die Erforschung und Anwendung der Kernenergie in der BRD wird seit ihrem Beginn in den fünfziger Jahren in enger, wenn auch nicht widerspruchsfreier Zusammenarbeit von Staat, Monopolen und Wissenschaft betrieben. Ihre hervorstechendsten Merkmale sind ein starker Monopolisierungsprozeß in der von Anfang an aus Großkonzernen bestehenden Atomindustrie, die permanente hohe staatliche Unterstützung der Kernenergieentwicklung in einem Umfang von bisher weit über 23 Mrd. DM sowie die Herausbildung eines staatsmonopolistischen Lenkungsapparates.

Die im Vergleich zu früheren Phasen der kapitalistischen Entwicklung erheblich gewachsene Bedeutung der ökonomischen Staatstätigkeiten und das enge Wechselverhältnis von Staat und Monopolen sind dabei keine Besonderheit der Erforschung und Anwendung der Kernenergie — wenngleich sie hier besonders deutlich werden —, sondern eine aufgrund der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion notwendige allgemeine Eigenschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Im folgenden Beitrag wollen wir einige ökonomische Besonderheiten der Entwicklung der Produktivkraft Kernenergie unter den Bedingungen der staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisse der Bundesrepublik untersuchen. Dabei geht es uns nicht um eine historische Darstellung der Entwicklung der Atomenergieforschung und ihrer Nutzung sowie der Kernenergiepolitik — was diesen Punkt betrifft, so können wir auf unsere kürzlich vorgelegte Arbeit verweisen¹ —, sondern hier sollen Gesichtspunkte der Herausbildung und der Struktur des staatsmonopolistischen „Kernenergie-Komplexes“ im Vordergrund stehen. Es werden einige Daten zur Charakterisierung des Konzentrationsprozesses in den verschiedenen, miteinander verflochtenen Zweigen und Abteilungen der Atomindustrie vorgelegt und ein Überblick über die staatliche Tätigkeit im Kernenergiesektor gegeben.

1 Vgl. Helga Bufe, Jürgen Grumbach, Staat und Atomindustrie, Kernenergiepolitik in der BRD, Köln 1979.

I. Rahmenbedingungen der Kernenergieentwicklung in der Bundesrepublik

Wenn seit den sechziger Jahren die Kernforschung in allen entwickelten kapitalistischen Ländern mit relevanten Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen zu einem der zentralen und am umfassendsten geförderten Sektoren der Forschungs- und Technologiepolitik geworden ist², so gilt es rückblickend festzuhalten, daß der eigentliche Ausgangspunkt die militärisch motivierte Atomforschung gewesen ist. Nur vier Jahre nach der *Hahn/Straßmann'schen* Entdeckung der Kernspaltung wurde im Rahmen des von 1942 bis 1945 verfolgten US-amerikanischen „Projekt Manhattan“ die Atomenergieforschung mit dem Ziel des Baus der Atombombe als staatlich gelenktes Großforschungsprojekt betrieben. Allein wegen seiner gewaltigen Dimensionen — zeitweilig waren mehr als 120 000 Personen beteiligt, der Finanzaufwand übertraf mit rd. 4 Mrd. US-Dollar bei weitem die vorher für Forschung und Entwicklung aufgebrauchten Mittel —, der damit verbundenen Organisationsprobleme und der militärisch bedingten Forderung nach schnellstmöglicher Realisierung mußte das Projekt alle bisherigen Formen kapitalistischer Technologie-Entwicklung sprengen. Insofern war das überaus massive Engagement des Staates schon unmittelbar bei Beginn der Entwicklung der Kerntechnologie zwingend.

In den fünfziger Jahren folgten eine Reihe kapitalistischer Staaten mit der Entwicklung einer eigenen, von der wissenschaftlich-technischen Seite her jedoch weitgehend von den USA abhängigen Entwicklung einer rüstungsorientierten Nukleartechnologie: zuerst Großbritannien, dann Frankreich und Kanada sowie, Ende der fünfziger Jahre, die BRD, Italien und Japan. In der Durchsetzung dieser Technologiepolitik in den sechziger Jahren verband sich dabei die militärisch-rüstungsorientierte Argumentation mit dem Argument der „technologischen Lücke“: dem Verweis auf den allgemeinen Rückstand des technologischen Potentials und des Forschungssystems, also insgesamt des Niveaus der Produktivkraftentwicklung und Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gegenüber der kapitalistischen Konkurrenzmacht USA wie auch im Rahmen der internationalen Systemauseinandersetzung. Es genügt hier der Hinweis auf die entsprechenden OECD-Publikationen dieser Periode.³ Die Entwicklung der westdeutschen Forschungspolitik und der Ausbau des staatsmonopolistischen Forschungssystems vollzieht sich seit Ende der fünfziger Jahre unter der Dominanz dieser beiden Argumentationslinien, wobei der Hinweis auf den Zwang zum Aufholen des technologischen Rückstandes eindeutig an Gewicht gewinnt; diese Gesichtspunkte sind in der einschlägigen Literatur herausgearbeitet worden und brauchen hier nicht wiederholt zu werden.⁴ Der globale Überblick zeigt zudem, daß erst in den sechziger Jahren in den kapitalistischen Ländern

2 Vgl. Lech Jankowski, Einige Aspekte der Forschungspolitik der kapitalistischen Staaten auf dem Gebiet der Kernforschung und Kerntechnik, in: Institut f. Theorie, Geschichte u. Organisation d. Wissenschaft d. Akademie d. Wissenschaften d. DDR (Hrsg.), Charakter und Tendenzen der staatsmonopolistischen Forschungsregulierung in den siebziger Jahren (Kolloquien, H. 18), Berlin 1977, S. 68 ff.

3 C. Freeman, A. Young, The Research and Development Effort in Western Europe, North America and the Soviet Union, OECD, Paris 1965; Gaps in Technology, General Report, OECD, Paris 1968; Gaps in Technology, Analytical Report, OECD, Paris 1970.

4 Rainer Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970; Joachim Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, Frankfurt/M. 1974; IMSF (Hrsg.), Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik. Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der BRD in der Periode 1966/67 bis 1975/76, Frankfurt/M. 1976, S. 196 ff. (Beiträge des IMSF, Bd. 4)

auf breiter Grundlage mit umfangreichen Arbeiten zur nichtmilitärischen Nutzung der Atomenergie und der Entwicklung entsprechender Technologien begonnen wurde — unbeschadet der bereits früher einsetzenden Vorarbeiten.

Ist der militärische Ausgangspunkt eindeutig, so bleibt die Frage nach dem ökonomischen Stimulus der forcierten Entwicklung der nichtmilitärischen Erforschung und Nutzung der Kernenergie. Unter Abstreifung aller propagandistischen Argumentationen, wie sie in der öffentlichen Meinungsbeeinflussung zugunsten des forcierten Ausbaus der Kernenergienutzung vorgebracht werden, dürften hier drei Gesichtspunkte ausschlaggebend sein:

1. Die Forderung nach einer staatlich vermittelten Förderung des gesamten technologischen Niveaus der westdeutschen Wirtschaft unter dem Eindruck einer bevorstehenden „Phase eines besonders harten internationalen Wettbewerbs“, in dessen Rahmen gerade die Wirtschaftszweige hoffnungslos in Rückstand zu geraten drohten, „die einen so hohen und risikoreichen Kapitaleinsatz in Forschung, Entwicklung, Rohstoffbasen und Fertigung erfordern, daß er selbst von den größten deutschen Unternehmen nicht geleistet werden kann“⁵; hierbei wurde besonders auch der Atomenergieforschung neben solchen Feldern wie Datenverarbeitung und Weltraumforschung ein zentraler Stellenwert beigegeben.

2. Der Gesichtspunkt des Preis- und damit Konkurrenzvorteils bei der Gewinnung von Energie aus Kernkraft unter dem Gesichtswinkel der längerfristigen Verteuerung der Energiegewinnung aus traditionellen Primärenergiequellen und der Möglichkeit einer weiteren Verbilligung von Atomstrom bei Ausarbeitung einer entwickelten und insbesondere auch voll verfügbaren Atomtechnologie (also bei Ausschaltung der gegenwärtig extrem hohen Stillstandszeiten der Kernkraftwerke)⁶.

3. Für die Bundesrepublik besonders gewichtig die systematisch vorangetriebene und staatsmonopolistisch (wie auch in anderen technologischen Sektoren, so besonders der Computerentwicklung) organisierte Verbesserung der Konkurrenzposition des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt für Atomkraftwerke einschließlich der vor- und nachgelagerten Sektoren (bes. dem Brennstoffkreislauf). Dieser Aspekt wird u. a. auch im I. Hauptgutachten der Monopolkommission hervorgehoben: „Die optimale Produktionskapazität von Unternehmen, die Kernkraftwerke errichten, überschreitet die Aufnahmefähigkeit nationaler Märkte in Westeuropa. Die Unternehmen sind zur Auslastung ihrer Kapazitäten auf den Export der Anlagen und der damit verbundenen Dienstleistungen angewiesen. Obwohl die Entwicklung der westdeutschen Atomindustrie aufgrund der Auflagen der Siegermächte des 2. Weltkrieges erst 1956 einsetzte, konnte sie dank hoher Subventionen Anschluß an die internationale Entwicklung gewinnen und mit den Konkurrenten auf den internationalen Märkten gleichziehen.“⁷

Vor dem Hintergrund dieser in erster Linie von den Konkurrenzinteressen des west-

5 So H. J. Abs, Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, H. 20 vom 17. Mai 1966.

6 Vgl. H. Bufe, J. Grumbach, Staat und Atomindustrie, a. a. O., S. 17 ff. Dieser Gesichtspunkt wird als zentrales Motiv der kapitalistischen Atomenergieentwicklung besonders hervorgehoben von M. Massarat, Die Ursachen des massiven Ausbaus der Kernenergie, in: Probleme des Klassenkampfes (Prokla), H. 34, 1979, S. 35—62. Vgl. zur regierungsamtlichen Argumentation auch die Zusammenstellung in: BMFT (Hrsg.), Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, Bonn 1977, S. 425 ff.

7 Monopolkommission, Mehr Wettbewerb ist möglich. Hauptgutachten 1973/75, Baden-Baden 1976, S. 367, TZ 674.

deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt und weniger den inneren Energieversorgungsinteressen geprägten Bestimmungsgründe lassen sich u. E. die Herausbildung des „Kernenergie-Komplexes“ der BRD und seine staatsmonopolistische Struktur verstehen⁸, wenn zugleich die ökonomischen Besonderheiten in Rechnung gestellt werden, die sich aus den Vergesellschaftungsanforderungen ergeben, die mit der Entwicklung der Produktivkraft Kernenergie verbunden sind.

II. Ökonomische Besonderheiten der Kernenergieentwicklung

Die Entwicklung der Produktivkraft Kernenergie erfordert einen Vergesellschaftungsgrad der Produktion, der Forschung, Planung und der Kernenergienutzung, den das Privatkapital auch in hochmonopolisierter Form — der kapitalistischen Reaktion auf wachsenden Vergesellschaftungsdruck — nicht realisieren kann. Die Kernenergieentwicklung stößt insofern unter den heutigen kapitalistischen Bedingungen immer wieder an die Grenzen einer einzelkapitalistisch oder monopolistisch betriebenen Produktivkraftentwicklung und verlangt nach neuen Bewegungsformen der monopolistischen Produktionsverhältnisse. Die finanziellen, organisatorisch-planerischen und sich aus der Langfristigkeit der Entwicklungsarbeiten ergebenden Risikofaktoren übersteigen die Möglichkeiten der Einzelkapitale und Monopole und erzwingen staatliche Aktivitäten dauerhafter Natur in Form einer kapitalistischen, eben staatsmonopolistischen Überwindung oder Hinausschiebung der sich für die Entwicklung der Produktivkräfte aus den Produktionsverhältnissen ergebenden Grenzen. Andererseits bedeutet die Herausbildung staatsmonopolistischer Tätigkeit und Strukturen keine wirkliche Lösung der ihr selbst zugrundeliegenden Widersprüche, sondern nur deren Verlagerung und Reproduktion auf neuer, höherer Ebene.

Die Notwendigkeit staatlicher dauerhafter Intervention — oder, vom Standpunkt der Theorie des SMK gesprochen, der Herausbildung staatsmonopolistischer Strukturen und besonderer staatsmonopolistischer Komplexe — spricht auch aus zahlreichen Veröffentlichungen der beteiligten Kernenergie-Konzerne und staatlichen Institutionen. So heißt es in der Begründung der Bundesregierung zur Finanzierung der Kernenergieentwicklung und anderer Technologien in ihrem „Programm Energieforschung und Energietechnologien 1977—1980“, in dem von insgesamt 6532 Mio DM 4532 auf Kernenergie entfallen: „Die Bedeutung der Energieforschung und der Entwicklung neuer Energietechnologien für die gesamte Volkswirtschaft erfordert staatliches Engagement. Dies hat vor allem zwei Gründe:

— Forschung, Entwicklung und Markteinführung neuer Energietechnologien benötigen heute Zeiträume, die nach Jahrzehnten zu bemessen sind. Das gilt besonders für die in Frage stehenden sehr risikoreichen Neuentwicklungen jenseits der betriebswirtschaftlich überschaubaren Zeiträume. Dieses Risiko und die ungewöhnlich hohen benötigten Investitionen überfordern oft selbst große Industrieunternehmen.

8 Auch gegenwärtig spielen militärische Gesichtspunkte bei der Kernenergieentwicklung eine große und zu Unrecht oftmals unterschätzte Rolle. Vgl. dazu u. a.: H. Buße, J. Grumbach, Staat und Atomindustrie, a. a. O., S. 33 f., 54 f., 71 f.; dies., Versorgungszentrum oder nukleare Zeitbombe? Die Ergebnisse des Gorleben-Hearings im Überblick, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 24, 1979, 5, S. 537—553, hier S. 548 ff.

— Die betriebswirtschaftliche Optimierung von Technologien wird nicht von vornherein allen übergeordneten Zielen gerecht. Dies gilt insbesondere für die Berücksichtigung des Umweltschutzes, des Bevölkerung- und Arbeitsschutzes und der Verminderung der Importabhängigkeit.⁹ Und weiter: „Durch eine stärkere Zusammenarbeit und Arbeitsteilung bei Forschung und technischer Entwicklung ist es möglich, die verfügbaren Kenntnisse, Kapazitäten und Mittel besser zu nutzen. Zudem überschreiten technische Entwicklungsvorhaben, etwa neue Reaktorsysteme, nach erforderlichem finanziellem Entwicklungsaufwand und Risiko bei der Markteinführung oft die Grenzen der Leistungsfähigkeit einzelner Volkswirtschaften.“¹⁰

Diese Aussagen deuten die grundsätzlichen Eigenschaften der Kernenergieentwicklung, die sich im Begriff der wachsenden Vergesellschaftung zusammenfassen lassen und auch für andere Produktionsbereiche, besonders jene, die mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt eng verbunden sind (z. B. EDV, Luft- und Raumfahrt, Großtechnologien in der Eisen-, Stahl- und Chemieindustrie etc.), gelten, schon an:

Die Entwicklung der Kerntechnologie von der Erforschung ihrer Grundlagen bis zur Marktfähigkeit erfordert für die mit dem Ziel möglichst kurzfristiger und hoher Profite arbeitenden Kapitale nicht zu überschauende, extrem lange Zeiträume von bis zu 20 oder 30 Jahren, in denen zudem in der Hauptsache nur investiert und kein Profit realisiert wird.

Bei der Entwicklung der Kernenergie ist ein äußerst hohes Maß an Arbeitsteilung und Kooperation notwendig; Tausende von Teilarbeiten im Forschungs-, Entwicklungs- und Fertigungsprozeß müssen zeitlich und sachlich aufeinander abgestimmt durchgeführt werden. Dies ist von den selbst in hochmonopolisierter Form relativ begrenzten, in Konkurrenz zueinander stehenden und anarchisch handelnden Kapitalen nicht zu leisten.

Das Risiko von Fehlentwicklungen, d. h. ein begonnenes Projekt nicht oder erst sehr viel später als vorgesehen bis zur Marktfähigkeit entwickeln zu können, ist bei kerntechnischen Anlagen relativ groß. Dies wiegt um so schwerer, als Fehlentwicklungen u. U. erst nach langer Zeit und hohen Investitionen zu erkennen sind.

Die in der Kernenergieentwicklung notwendigen Investitionen erreichen — ganz abgesehen von ihrer Langfristigkeit — absolut eine derartige Höhe, daß sie von einzelnen, auch größten Monopolen oder Konzerngruppen nur schwer aufzubringen sind. Das gilt auch und besonders für die Markteinführung von Kernkraftwerken. Die Investitionen für ein Kernkraftwerk sind im Vergleich zu anderen Kraftwerken sehr viel höher und für die Elektrizitätswirtschaft dementsprechend schwer zu mobilisieren; auch schlägt das investierte Kapital nur sehr langsam um. Zudem kann im Bereich der Kerntechnik kaum von einem ‚Markt‘ gesprochen werden: Die Zahl der jährlich in Auftrag gegebenen Kernenergieanlagen ist relativ gering, manchmal sogar gleich Null; eine Konkurrenz um Bauaufträge besteht mittlerweile nur noch auf dem Weltmarkt beim Export in Länder ohne eigene Atomindustrie; schließlich sind die Elektrizitätserzeugungskapazitäten der Kernkraftwerke im Vergleich zu anderen Kraftwerken so groß, daß sie die Aufnahmefähigkeit der Netze einzelner Elektrizitätsversorgungsunternehmen häufig übersteigen.

Die Folgen dieser Eigenschaften sind ein gewaltiger Konzentrationsprozeß — der noch längst nicht abgeschlossen ist — und ein dementsprechend hoher Monopolisierungsgrad

9 Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Programm Energieforschung und Energietechnologien 1977—1980, Bonn 1977, S. 13.

10 Ebenda, S. 144.

in der Atomindustrie. Der Hang zum Monopol, zur Bildung immer größerer, zu gewissen Planungen befähigter Kapitale durch Konzentration und Zentralisation ist dabei die kapitalistische Reaktion auf den wachsenden Vergesellschaftungsgrad der Produktion. Aber auch die Monopole als kapitalistische Antwort auf den Widerspruch zwischen Vergesellschaftung der Produktion und privater Kapitalverwertung können diesen Widerspruch nicht lösen; sie können ihn nur für einige Zeit bannen, um ihn auf neuer Ebene zu reproduzieren. Denn auch das Monopol anerkennt nicht tatsächlich den gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte — und allein dadurch wäre der Widerspruch aufzuheben.

Unter diesen Bedingungen übernimmt der Staat als außerhalb des ökonomischen Verwertungsprozesses und -zwanges stehende Instanz Koordinationsaufgaben und die Mobilisierung fehlenden Kapitals, er trägt die Risiken und unterstützt die beteiligten Unternehmen in fast allen Bereichen der Entwicklung und Anwendung der Kernkraft und ermöglicht so durch die ‚Garantie‘ von Profiten erst die Entwicklung der Kernenergie unter privatmonopolistischen Verhältnissen. Die ökonomischen Staatstätigkeiten haben in dieser staatsmonopolistischen Phase der kapitalistischen Entwicklung nicht nur einen das Kapitalverhältnis fördernden, sondern einen für die Reproduktion des Kapitalverhältnisses notwendigen Charakter.

Aber auch die über den Staatshaushalt mobilisierbaren Kapitalmassen sind endlich; außerdem konkurrieren verschiedene Monopole untereinander um Förderungsmittel, und auch die Arbeiterklasse und andere nichtmonopolistische Schichten erheben Anspruch auf Leistungen aus dem Staatshaushalt. So sind bestimmte fortgeschrittene Forschungs- und Entwicklungsprojekte der Kernenergieentwicklung derart aufwendig und risikoreich, daß sie auch von einzelnen Staaten allein nicht mehr getragen werden können. Ein Beispiel dafür ist das 300 MW-Prototypkernkraftwerk vom Typ Schneller Brüter (SNR 300) in Kalkar. Sein Bau, der nur eine Etappe auf dem Weg zu den angestrebten Großkraftwerken dieses Typs darstellt, kam erst zustande, als sich die BRD, Belgien und die Niederlande zur gemeinsamen Finanzierung zusammenschlossen. Die Baukosten dieses Projekts (ohne Forschungs- und Entwicklungskosten) wurden 1973 mit 1698 Mio DM angegeben und waren bis 1977 schon auf 2519 Mio DM angestiegen.¹¹ Konstant blieb dabei nur der Zuschuß der Industrie in Höhe von 11 Mio DM, der Anteil des Bauherrn und späteren Betreibers SBK¹² stieg von 120 Mio DM auf 180 Mio DM, den Rest bringen die drei beteiligten Staaten auf.

Alle Formen der internationalen Zusammenarbeit werden jedoch gleichzeitig von der Weltmarktkonkurrenz der beteiligten nationalen Atomindustrien überlagert: Nach der Markteinführung des gerade gemeinsam entwickelten Projekts konkurrieren die beteiligten Unternehmen um Aufträge, weshalb bisher alle in internationaler Zusammenarbeit durchgeführten Projekte, wenn sie in die Nähe industrieller Verwertung rückten, in Existenzkrisen gerieten.

11 H. Buße, J. Grumbach, *Staat und Atomindustrie*, a. a. O., S. 202.

12 Schnell-Brüter-Kernkraftwerks-GmbH, Essen; Gesellschafter sind das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) mit 68,8 %, die belgische Electronucléaire (bis 1977 Synatom S.A.) mit 14,8 %, die niederländische N.V. Samenwerkende Electriciteits-Productiebedrijven mit 14,8 % und der britische Central Electricity Generating Board mit 1,6 %.

III. Zur monopolistischen Struktur der Kernenergieindustrie

Die Entwicklung und Anwendung der Kernenergie hat unter den kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen der Bundesrepublik in allen beteiligten Industrie- und Wirtschaftszweigen zu erheblichen Konzentrations- und Zentralisationsprozessen geführt und sich bereits vollziehende Monopolisierungsprozesse noch beschleunigt. Im folgenden sollen die Reaktorbauindustrie, die Brennstoffkreislaufindustrie, der Sektor der Elektrizitätsversorgungsunternehmen sowie ferner Versicherungen und Banken unter diesen Gesichtspunkten untersucht werden.

I. Reaktorbauindustrie

An der Entwicklung von Kernreaktoren beteiligten sich von Anfang an nur relativ wenige und große Unternehmen insbesondere der Elektro- und Maschinenbauindustrie und des Kraftwerkbaus, also diejenigen, die bereits am Bau konventioneller Kraftwerke beteiligt waren.¹³ Die wichtigsten dieser Unternehmen sind die Siemens-Schuckertwerke AG, Erlangen; die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), Frankfurt; die Deutsche Babcock & Wilcox Dampfkesselwerke AG, Oberhausen; die Brown Boveri/Krupp-Reaktorbau GmbH, Düsseldorf (Brown, Boveri & Cie AG, Mannheim, 50 %; Friedr. Krupp GmbH, Essen, 50 %); die Internationale Atomreaktorbau GmbH, Bensberg (Interatom: Demag AG, Duisburg, 50 %; Atomics International, Los Angeles, 50 %); und schließlich die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Nürnberg^{12a}, und ihre Tochtergesellschaft Gutehoffnungshütte Sterkrade AG (GHH), Oberhausen. Diese Unternehmen teilten sich zunächst — vor allem aufgrund der hohen Kosten und der Gefahr einer ruinösen Konkurrenz bei paralleler Reaktorentwicklung — die ursprünglich aussichtsreichsten Reaktortypen auf, d. h. sie trafen gewisse Absprachen, nach denen jede Unternehmensgruppe einen bestimmten Reaktortyp entwickelte. Dabei spielte ihre enge Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen eine große Rolle. So konnten sich bei der ‚Aufteilung‘ der Reaktortypen die Siemens AG — die zunächst auch Schwerwasserreaktoren entwickelte — und AEG die von ihren US-amerikanischen Partnern Westinghouse und General Electric bereits relativ weit entwickelten Druck- bzw. Siedewasserreaktoren (beides sog. Leichtwasserreaktoren) sichern. Auf der Grundlage dieser Absprachen wurden die Entwicklung der einzelnen Reaktortypen und die sie entwickelnden Unternehmen zunächst auch vom Staat relativ gleichmäßig gefördert.

In den sechziger Jahren setzten sich dann aber bestimmte Reaktortypen durch, so die Leichtwasserreaktoren gegenüber den Natururan-Graphit-Reaktoren und den Schwerwasserreaktoren und die Schnellen Brutreaktoren mit Natriumkühlung gegenüber denen mit Dampfkühlung. Dabei spielten sicherlich die technischen Vor- und Nachteile einzelner Reaktortypen eine Rolle. Letztlich ausschlaggebend waren aber jeweils ökonomische und politische Faktoren. Die auch vom Staat mitgetragenen Entscheidungen zugunsten bestimmter Reaktortypen berücksichtigten in erster Linie sowohl die Kapitalkraft und die nationalen und internationalen Beziehungen der sie entwickelnden Unternehmen, die direkt auf die technische Reife der entsprechenden Reaktortypen zurückwirken, als auch — unter Weltmarktkonkurrenzgesichtspunkten — die Entwicklungen im Ausland. Diese

12a MAN: Tochtergesellschaft der Gutehoffnungshütte Aktienverein Nürnberg-Oberhausen.

13 Beim Kernkraftwerksbau entsprechen etwa 75 % der Anlagen dem konventionellen Kraftwerksbau.

Konzentration auf wenige Reaktortypen stand in enger Wechselwirkung mit der Konzentration der staatlichen Förderung und der weiteren Monopolisierung in der Atomindustrie. Die ökonomisch stärksten Unternehmen sicherten sich die aussichtsreichsten, am weitesten entwickelten Reaktortypen und hatten so bei der Konkurrenz um staatliche Fördermittel gewisse Vorteile, die sich wiederum positiv auf ihre weitere technische und ökonomische Entwicklung auswirkten. So erhielten z. B. im Jahr 1971 Siemens 21 % und AEG 17,5 % sämtlicher staatlicher Mittel im Forschungs- und Entwicklungsbereich¹⁴; ein Zeichen für den dominierenden Einfluß dieser Konzerne, der dadurch gleichzeitig weiter gefestigt wurde. Diejenigen Unternehmen, die die inzwischen aussichtslos gewordenen Reaktortypen entwickelten und dementsprechend keine staatliche Förderung mehr erhielten bzw. die nicht über den im nur langfristig profitablen Kernkraftwerksbau notwendigen langen Atem verfügten — Deutsche Babcock, MAN, GHH und Krupp —, gaben schließlich ihr Engagement als Reaktorbauunternehmer auf, gehörten aber weiterhin als wichtige Zulieferer zur Atomindustrie.

Doch auch bei den verbleibenden Unternehmen ging der Konzentrationsprozeß weiter. Nur wenige Monate nach der Entscheidung zugunsten des natriumgekühlten Schnellen Brutreaktors kaufte die Siemens AG 1969 die diesen Reaktortyp entwickelnde Interatom für insgesamt nur 17,5 Mio DM auf und beherrschte nun neben der inzwischen dominierenden Druckwasserreaktorlinie innerhalb der Leichtwasserreaktoren auch die Entwicklung der Schnellen Brutreaktoren. Ebenfalls 1969 gründeten die Siemens AG und die AEG die Kraftwerk Union AG (KWU), Mülheim/Ruhr, in der sie ihre Kraftwerks- und kerntechnischen Abteilungen zusammenlegten. Damit wurden die beiden konkurrierenden Unternehmen im Bereich des Reaktorbaus zu Partnern, ohne allerdings ihre Konkurrenz grundsätzlich aufzugeben. Mit der Gründung der KWU, die die Aufteilung des nationalen Marktes ermöglichte und der heftigen Konkurrenz auf dem Weltmarkt Rechnung trug, entstand ein Monopol, das den bundesdeutschen Markt für Leichtwasserreaktor-Kernkraftwerke völlig beherrschte und bis 1978 (einschließlich der vorher von Siemens und AEG gebauten Reaktoren) immerhin 41 Bauaufträge erhielt.¹⁵ Dieser Monopolstellung tut auch das einzige, 1972 gegründete Konkurrenzunternehmen, die Babcock-Brown Boveri Reaktorbau GmbH, Mannheim (BBR: The Babcock & Wilcox Comp., New York, 40 %; BBC, Mannheim, und BBC, Baden/Schweiz, 60 %), die in der gleichen Zeit nur 3 Bauaufträge für LWR-Kernkraftwerke bekam, keinen Abbruch.¹⁶ Zum 1. 1. 1977 erwarb Siemens für 618 Mio DM den 50 %igen KWU-Anteil der AEG¹⁷, die schon 1974 aufgrund ihrer erheblichen Verluste im Kernkraftwerksbau — die von ihr in die KWU eingebrachten Siedewasserreaktor-Kernkraftwerke weisen enorme technische Mängel auf — und ihrer allgemeinen Kapitalverwertungsschwierigkeiten ihren Rückzug aus dem Kernenergiebereich angekündigt hatte. Allerdings mußte die AEG später einen fast doppelt so hohen Betrag — 1,215 Mrd. DM — für diese Kernkraftwerke an Siemens zurückzahlen.¹⁸ Auch auf dem Gebiet der Hochtemperaturreaktor-Entwicklung existie-

14 Vgl. J. Hirsch, *Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals*, a. a. O., S. 348.

15 Vgl. *Atomwirtschaft — Atomtechnik*, Düsseldorf, 24. Jg., 1979, Nr. 3, S. 141.

16 Lt. FAZ v. 21. 6. 1979 wird die Babcock & Wilcox Company bis 1980 ihre Anteile an der BBR abgeben. BBC, Mannheim, übernimmt 49 % und BBC, Baden/Schweiz 51 %.

17 Vgl. ebenda, 21. Jg., 1976, Nr. 12, S. 564.

18 Vgl. ebenda, 23. Jg., 1978, Nr. 10, S. 425. Diese Zahlungen erfolgten für die Verpflichtungen der AEG aufgrund der in die KWU eingebrachten SWR-Aufträge und der zu erstattenden Verzögerungsfolgekosten.

ren schließlich nur noch zwei Unternehmen, die Gesellschaft für Hochtemperaturreaktor-Technik mbH, Bensberg (GHT: KWU 60 %, Interatom 40 %; also Siemens 100 %), und die Hochtemperatur-Reaktorbau-GmbH, Köln (HRB: BBC, Mannheim, 55 %; General Atomic, USA, 45 %), die seit 1975 eng zusammenarbeiten und seit kurzem die Gründung eines gemeinsamen Konsortiums beabsichtigen.

Als Indiz für den Konzentrationsgrad des Kapitals in der Reaktorbauindustrie kann die Stellung der beteiligten Konzerne unter den hundert umsatzstärksten Unternehmen der Bundesrepublik in den siebziger Jahren dienen. Die im Reaktorbau-Geschäft tätigen Konzerne gehören unmittelbar oder über die Beteiligungsverhältnisse ausnahmslos in diesen Kreis der „hundert Größten“, die im II. Hauptgutachten der Monopolkommission erfaßt worden sind. (Vgl. Tab. 1)

Tab. 1: Rangstellung der im Reaktorbau tätigen Konzerne unter den „hundert Größten“ 1972—1976 sowie Umsatz 1976

Konzern	Ifd. Nr. (Rangst.)			Umsatz 1976 ¹
	1972	1974	1976	
Siemens AG	2	6	6	15 746
AEG	7	11	13	11 341
Mannesmann AG	19	13	14	9 934
— Demag AG ²	—	—	—	2 129 (W)
Friedr. Krupp GmbH	13	15	15	9 016
Gutehoffnungshütte Aktienverein	15	18	18	8 553
— MAN ²	—	—	—	5 945 (W)
KWU AG	—	86	36	4 715
Brown, Boveri & Cie AG	48	49	47	3 442
Deutsche Babcock AG	65	55	52	3 179

1 Konzernumsatz der inländischen Konzerngesellschaften, in Mio DM; (W) = Konzernumsatz unter Einbeziehung des Fremdotsatzes ausländischer Tochtergesellschaften.

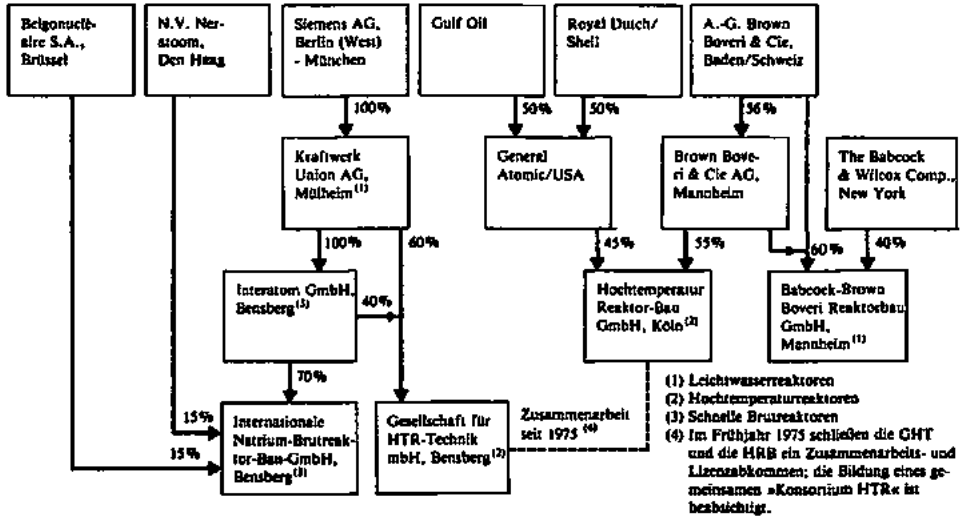
2 Tochtergesellschaft des vorstehenden Konzerns.

Quellen: Monopolkommission, Fortschreitende Konzentration bei Großunternehmen. Hauptgutachten 1976/1977, Baden-Baden 1978, Tab. 1, S. 112—115; Beteiligungsverhältnisse und Umsätze der Demag und MAN nach: Max Kruk, Die hundert größten Unternehmen (19), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 204 v. 3. September 1977, S. 13.

Als Ergebnis dieses Monopolisierungsprozesses in der Reaktorbauindustrie beherrscht heute die Siemens AG — dies zeigt auch die nachstehende Abbildung — vollständig das Gebiet der Leichtwasser- und der Schnellen Brutreaktoren und weite Teile der Hochtemperaturreaktorenentwicklung. Entsprechend kommt die staatliche Förderung der Reaktorenentwicklung und des -baus fast ausschließlich der Siemens AG zugute.

Diese Entwicklung wirkt sich auch auf die Position der bundesdeutschen Reaktorbaulndustrie auf dem Weltmarkt aus (vgl. Tab. 2); Die KWU liegt heute auf Platz 4 — von Platz 3 wurde sie 1978 von der französischen Framatome aufgrund deren zahlreicher in ihrer Realisierung allerdings noch nicht gesicherten Inlandsaufträge verdrängt — der interna-

Abbildung: Unternehmen der Reaktorbauinterie (Stand 1979)



Quellen: Atomwirtschaft—Atomtechnik, Düsseldorf, 18. Jg., 1973, Nr. 12, S. 571; 21 Jg., 1976, Nr. 12, S. 564; 23. Jg., 1978, Nr. 2, S. 60; Monopolkommission, Mehr Wettbewerb ist möglich. Hauptgutachten 1973/1975, a. a. O., S. 374. Nach: H. Buße / J. Grumbach, Staat und Atomindustrie, a. a. O., S. 250.

tionalen Rangliste der LWR-Hersteller und ist insbesondere wegen ihrer relativ hohen Zahl von Exportaufträgen zum schärfsten Konkurrenten der ehemals Siemens und AEG durch Lizenzabkommen fördernden US-Konzerne Westinghouse und General Electric geworden. Auch im Bereich der Entwicklung von Schnellen Brutreaktoren und Hochtemperaturreaktoren liegen die bundesdeutschen Unternehmen mit an der Weltspitze.

Tabelle 2: Reaktorbau und -bauaufträge der internationalen Reaktorbauinterie (Stand: 31. 12. 1978)

Hersteller (Land)	gebaut		in Bau od. Auftrag		gesamt		Summe
	Inland	Export	Inland	Export	Inland	Export	
Westinghouse (USA)	26	14	53	21	79	35	114
General Electric (USA)	25	12	41	13	66	25	91
Framatome (F)	4	1	44	6	48	7	55
KWU (BRD)	15	2	12	12	27	14	41
AECL (Kanada) ¹	11	1	15	4	26	5	31
Combustion Engineering (USA)	7	—	24	—	31	—	31
Babcock & Wilcox (USA)	11	—	19	—	30	—	30

1 Die AECL baut ausschließlich Schwerwasserreaktoren, während die anderen Unternehmen ausschließlich oder überwiegend Leichtwasserreaktoren herstellen.

Quelle: Atomwirtschaft — Atomtechnik, Düsseldorf, 24. Jg., 1979, Nr. 3, S. 141.

2. Brennstoffkreislaufindustrie

In der Brennstoffkreislaufindustrie vollziehen sich — in engem Zusammenhang mit der Monopolisierung in der Reaktorbauindustrie und der Konzentration der staatlichen Förderung — ebenfalls beachtliche Konzentrationsprozesse. Die auf staatliche Initiative 1967 und 1968 gegründeten Uranversorgungsunternehmen Urangesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt, und Uranerzbergbau-GmbH & Co. KG, Bonn, werden von den Energiekonzernen Steag, VEBA und Rheinische Braunkohlenwerke (Tochter des RWE) beherrscht. In der ebenfalls kommerziell betriebenen Brennelementherstellung dominieren die Nukem GmbH, Hanau (RWE 45 %, Degussa 35 %, Metallgesellschaft 10 %, Rio tinto Zinc London 10 %), die Reaktor-Brennelemente Union GmbH, Hanau (KWU 60 %, Nukem 40 %), und die Alkem GmbH, Hanau (KWU 60 %, Nukem 40 %). Auf dem Gebiet der bislang noch nicht profitablen Urananreicherung betätigen sich vor allem die Uranit GmbH, Jülich (Nukem 40 %, Preußische Elektrizitäts-AG 40 %¹⁹, Hoechst 20 %), die Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik mbH, Bensberg (Interatom 50 %, MAN 50 %), und die Steag-Kernenergie GmbH, Essen, die mit erheblichen staatlichen Förderungsmitteln arbeitsteilig verschiedene Anreicherungsverfahren entwickeln und erproben und sich so auf den späteren kommerziellen Betrieb vorbereiten. Der Bereich der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente wurde 1977 — nachdem sich die zunächst engagierte Chemieindustrie aufgrund der enormen Kosten und der Unwirtschaftlichkeit der Wiederaufarbeitung aus diesem Bereich zurückgezogen hatte — von der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH, Hannover (ein Zusammenschluß der zwölf Kernkraftwerke betreibenden Elektrizitätsversorgungsunternehmen), übernommen. Auch im Bereich des Brennstoffkreislaufs betätigen sich heute also nur noch relativ wenige Unternehmen — insbesondere der Reaktorbau- und der rohstoffproduzierenden und -verarbeitenden Industrie sowie Energiekonzerne —, die zudem untereinander eng verflochten sind. Diese Unternehmen haben sich 1977 zusätzlich zum Wirtschaftsverband Kernbrennstoffkreislauf e. V., Bonn, zusammengeschlossen.

Nimmt man auch hier die Umsatzstärke der beteiligten Konzerne bzw. der Mutterkonzerne als Indiz für den Konzentrationsgrad, so zeigt sich, daß gleichfalls alle genannten Konzerne (von den 12 in der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernkraftstoffen mbH (DWK) zusammengeschlossenen EVU's nur die RWE AG, die Preußenelektra und die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), die zusammen allerdings — z. T. über die Beteiligung an anderen EVU — schon einen Anteil von 58 % an der DWK haben) zu den „hundert Größten“ der westdeutschen Wirtschaft zählen und zudem in deren Rangskala vorwiegend auf den vorderen Plätzen zu finden sind (vgl. Tab. 3).

3. Elektrizitätsversorgungsunternehmen

Im Bereich der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU), die in der Bundesrepublik als Auftraggeber und Betreiber der Kernkraftwerke fungieren, ist ebenfalls ein bemerkenswerter Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß festzustellen. So verringert

19 Die VEBA-Tochter Preußische Elektrizitäts-AG übernahm diesen 40 %-Anteil 1978 von der Gelsenberg AG im Rahmen einer Übertragung der Gelsenberg-Aktivitäten auf dem Gebiet der Kernenergie auf andere VEBA-Gesellschaften; vgl. Atomwirtschaft — Atomtechnik, Düsseldorf, 23. Jg., 1978, Nr. 9, S. 380.

Tabelle 3: Rangstellung der im Brennstoffkreislauf tätigen Konzerne unter den „hundert Größten“ 1972—1976 sowie Umsatz 1976

Konzern	lfd. Nr. (Rangst.)			Umsatz 1976 ¹
	1972	1974	1976	
VEBA AG	5	2	1	25 584
— Preußenelektra ⁴	—	—	—	4 002
— Gelsenberg AG ^{2, 4}	26	17	—	2 597
Hoechst AG	8	7	7	12 918
Ruhrkohle AG	9	8	9	12 340
— Steag ^{3, 4}	—	—	—	1 534
RWE AG	11	14	11	11 459
Gutehoffnungshütte Aktienverein	15	18	18	8 553
— MAN ⁴	—	—	—	5 945 (W)
Metallgesellschaft AG	23	22	25	6 226
KWU AG	—	86	36	4 715
Degussa	57	40	44	3 760
VEW AG	66	69	61	2 734

1 Konzernumsatz der inländischen Konzerngesellschaften, in Mio DM; (W) = Konzernumsatz unter Einbeziehung des Fremdotsatzes ausländischer Tochtergesellschaften.

2 Durch Fusion mit der VEBA AG als selbständiger Konzern aus dem Kreis der hundert umsatzstärksten Unternehmen ausgeschieden.

3 1976 auf Rang 79 der hundert umsatzstärksten Industrieunternehmen.

4 Tochtergesellschaft des vorstehenden Konzerns.

Quellen: Monopolkommission, Fortschreitende Konzentration bei Großunternehmen. Hauptgutachten 1976/1977, a. a. O., Tab. 1; Max Kruk, Die hundert größten Unternehmen (19), a. a. O.

te sich die Zahl der EVU von ca. 3000 im Jahr 1955 auf 1200 bis 1300 im Jahr 1974²⁰; dabei hatten die acht größten EVU 1974 schon einen Anteil von 72,7 % an der Stromerzeugung.²¹

Die Energiewirtschaft, die durch die Bereitstellung von Energie die Voraussetzungen insbesondere der materiellen Produktion gewährleisten muß, weist eine Reihe von ökonomischen Besonderheiten auf.²² Sie ist ein besonders kapitalintensiver Wirtschaftssektor mit einer relativ langen Umschlagsdauer; sie braucht ein weit verzweigtes Verteilungsnetz mit einer längerfristigen Orientierung am Gesamt-Energiebedarf sowie seiner regionalen Entwicklung; dies erfordert die Erschließung und Sicherung der Primärenergievorkommen und die aufwendige Entwicklung neuer Energiere Ressourcen mit entsprechenden wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen wie gegenwärtig die Entwicklung der Kernenergienutzung. Diese Faktoren machen die Energiewirtschaft zu einer für privates

20 Vgl. Monopolkommission, Mehr Wettbewerb ist möglich. Hauptgutachten 1973/75, a. a. O., S. 386.

21 Vgl. ebd., S. 390.

22 Vgl. hierzu: Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik. Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der BRD in der Periode 1966/67 bis 1975/76. Beiträge des IMSF Bd. 4, a. a. O., S. 171 ff. sowie: Monopolkommission, Mehr Wettbewerb ist möglich. Hauptgutachten 1973/75, a. a. O., S. 382—461.

Kapital mit hohen Risiken belasteten Anlagesphäre und haben früh zur Herausbildung von Formen staatlichen Eigentums und staatlicher Regulierung geführt.

In der Bundesrepublik dominieren in der Energiewirtschaft sogenannte „gemischtwirtschaftliche“ und öffentliche Energiekonzerne (vgl. Tab. 4), auf die zusammen 1974 97 Prozent der Energieerzeugung entfielen. Eine beherrschende Rolle spielten dabei die „gemischtwirtschaftlichen“ Konzerne mit einer Staatsbeteiligung zwischen 25 und 95 Prozent des Kapitals.

Tabelle 4: Zur Struktur der Elektrizitätswirtschaft 1974

Eigentümer	Zahl der Unternehmen	in %	Anteil an der nutzbaren Abgabe in %
Öffentliche Hand	454	66	28
„gemischtwirtschaftliche Unternehmen“	92	13	69
private Unternehmen	142	21	3
zusammen	688	100	100

Quelle: VDEW-Statistik, nach: Monopolkommission, Mehr Wettbewerb ist möglich, Hauptgutachten 1973/75, a. a. O., S. 397, TZ 729.

Die Energiewirtschaft ist also nicht nur ein Sektor mit hoher Kapitalkonzentration, sondern zugleich ein Sektor mit ausgeprägter staatsmonopolistischer Struktur, in dem seitens des imperialistischen Staates zentrale ökonomische Funktionen wahrgenommen werden und sich demzufolge auch Planung und Finanzierung neuer Energieressourcen in unmittelbarer Kooperation von Staat und Monopolen vollziehen. Insofern kann die Verflechtung von privatem und staatlichem Kapital in der Energiewirtschaft und die damit verknüpfte Herausbildung entsprechender staatsmonopolistischer Konzern- und Leitungs-bürokratien neben der staatlichen Finanzierung der Kernenergieforschung und der anwendungsnahen Kernenergieentwicklung der in der Reaktorbau- und Brennstoffkreislaufindustrie tätigen Konzerne sowie deren Repräsentanz in staatlichen Leitungs- und Planungsgremien als ein zentrales „Scharnier“ der Herausbildung der staatsmonopolistischen Kernenergiepolitik der BRD angesehen werden.

Dieser Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß wird durch die Entwicklung und Anwendung der Kernenergie noch beschleunigt, teilweise entwickeln sich in diesem Zusammenhang auch neue Formen der Zusammenarbeit der EVU. Zu Beginn der Kernenergieentwicklung, als die Risiken von Fehlinvestitionen noch sehr groß und die Aussichten auf Wirtschaftlichkeit der Kernkraftwerke sehr gering waren, schlossen sich zahlreiche EVU in Norddeutschland, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern zu verschiedenen Arbeitsgemeinschaften und Studiengesellschaften zusammen, um gemeinsam Kernkraftwerke zu bauen und zu betreiben. Heute werden die Kernkraftwerke aufgrund der aus Rentabilitätsgründen großen Produktionskapazitäten und der hohen Investitionskosten fast ausschließlich von den großen überregionalen Verbund-EVU und/oder von Zusammenschlüssen mehrerer EVU — bei den Schnellen Brutreaktoren sogar aus mehreren Staaten — in Auftrag gegeben und betrieben. Insgesamt betätigen sich

zur Zeit nur zwölf EVU als Auftraggeber und Betreiber der marktbeherrschenden LWR-Kernkraftwerke; nur sie kommen in den Genuß der staatlichen Förderung. Die wichtigsten dieser EVU sind die Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (RWE) AG, die Preussische Elektrizitäts-AG und ihre Tochtergesellschaft Nordwestdeutsche Kraftwerke AG, die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, die Bayernwerk AG, die Hamburgische Electricitäts-Werke AG, die Badenwerk AG und die Energie-Versorgung Schwaben AG.

4. Versicherungen

Die Entwicklung und Anwendung der Kernenergie wirkt sich auch auf den Bereich der Versicherungswirtschaft aus. Da die Gewährung von Versicherungsschutz für Kernkraftwerke und andere kerntechnische Anlagen aufgrund der erheblichen Risiken und dementsprechend hoher möglicher Schadenssummen die Möglichkeiten einzelner, auch größter Versicherungsunternehmen übersteigt, schloß sich die bundesdeutsche Versicherungswirtschaft schon 1957 zur Deutschen Kernreaktor-Versicherungsgemeinschaft (DKVG), Köln, zusammen. Dieser nationale Versicherungspool, der zudem noch international rückversichert ist, hatte 1977 107 Mitglieder und arbeitete mit Versicherungspools in 20 anderen Ländern zusammen.²³ Da jedoch auch diese neue Organisationsform zur versicherungsmäßigen Bewältigung der Kernenergie Risiken allein noch nicht ausreicht, unterstützt der Staat die DKVG zusätzlich durch die Übernahme von Schadenersatzverpflichtungen bis zu einem Haftungshöchstbetrag von zunächst 500 Mio. DM, seit 1975 1 Mrd. DM.²⁴

5. Banken

Schließlich nehmen die ohnehin große Bedeutung und der Einfluß des Finanzkapitals, insbesondere der Großbanken, mit der Entwicklung und Anwendung der Kernenergie weiter erheblich zu. Zum einen spielen die Banken aufgrund der für den Kernenergieanlagenbau charakteristischen hohen Investitionen eine große Rolle als Kreditgeber. Zur Verdeutlichung sei hier nur darauf hingewiesen, daß die Baukosten eines „Standard“-Kernkraftwerkes mit 1300 MW-Druckwasserreaktor (in diesem Fall des geplanten Kernkraftwerks Emsland) heute auf 2,5 Mrd. DM²⁵, der in Gronau geplanten Urananreicherungsanlage (für die allerdings noch keine Erfahrungswerte vorliegen und deren Baukosten sich voraussichtlich noch erheblich erhöhen werden) auf 1 Mrd. DM²⁶ und des nuklearen Entsorgungszentrums in Göttingen auf mindestens 12 Mrd. DM²⁷ veranschlagt werden. Für die Finanzierung der ersten beiden Kernkraftwerksprojekte im Rahmen des Brasilien-Geschäftes z. B. stellte ein bundesdeutsches Bankenkonsortium einen Kredit von 1,85 Mrd. DM²⁸ zur Verfügung. Zum anderen sind die Banken an einigen Unternehmen der Atomindustrie und der Elektrizitätswirtschaft direkt oder indirekt beteiligt.

23. Vgl. *Atomwirtschaft — Atomtechnik*, Düsseldorf, 22. Jg., 1977, Nr. 6, S. 303.

24. Vgl. §§ 34 und 36 Atomgesetz, in: *Bundesgesetzblatt*, Teil I, Nr. 131 vom 6. 11. 1976.

25. Vgl. *Atomwirtschaft — Atomtechnik*, Düsseldorf, 23. Jg., 1978, Nr. 9, S. 373.

26. Vgl. ebenda, Nr. 4, S. 152.

27. Vgl. u. a. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. 3. 1979.

28. Vgl. *Atomwirtschaft — Atomtechnik*, Düsseldorf, 21. Jg., 1976, Nr. 8, S. 381.

So ergibt die jüngste Untersuchung der Monopolkommission über die Beteiligungen von Banken an den hundert umsatzstärksten Unternehmen der BRD Bankbeteiligungen an immerhin fünf der schon genannten Konzerne (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Beteiligungen von Banken an Konzernen der Reaktorbau- und Brennstoffkreislaufindustrie

Rang 1976	Konzern	Anteilseigner	Kapitalanteil in % 1977 ¹
18	Gutehoffnungshütte	Commerzbank	indirekt (25)
25	Metallgesellschaft AG	Deutsche Bank	indirekt (33,3)
		Dresdner Bank	über 25
44	Degussa	Dresdner Bank	über 25
52	Deutsche Babcock AG	Berliner Handelsgesellschaft - Frankfurter Bank	über 10
61	VEW AG	Deutsche Bank	indirekt (25)
		Westdeutsche Landesbank u. Girozentrale Düsseldorf	32,59

¹ Die Angaben in Klammern geben bei indirekter Beteiligung den Anteil an der Beteiligungsgesellschaft an, die die direkte Beteiligung hält.

Quelle: Monopolkommission, Fortschreitende Konzentration bei Großunternehmen, Hauptgutachten 1976/1977, a. a. O., Tab. 23, S. 168/169.

Darüber hinaus wird der Einfluß der Banken durch die Wahrnehmung von Depotstimmrechten auf den Hauptversammlungen und die Entsendung von Vertretern in die Aufsichtsräte — teilweise sogar das Stellen der Aufsichtsratsvorsitzenden — der Unternehmen noch erheblich verstärkt.

„Der Einfluß der Kreditinstitute aufgrund von Eigenbesitz wird durch die Wahrnehmung von Depotstimmrechten gesteigert... Hohe Depotstimmrechtsanteile wurden durch große Kreditinstitute auf den Hauptversammlungen der großen Aktiengesellschaften vertreten... Die Einflußmöglichkeiten, die für die Kreditinstitute aufgrund ihres Eigenbesitzes und der von ihnen ausgeübten Depotstimmrechte bestehen, werden durch die von ihren Vertretern wahrgenommenen Aufsichtsratsmandate verstärkt,“^{28a} stellt die Monopolkommission ihre Untersuchungen zusammenfassend fest, ohne allerdings die beteiligten Banken und Aktiengesellschaften namentlich zu nennen.

IV. Staatstätigkeit in Kernenergiebereich

Die Entwicklung und Anwendung der Kernenergie führt nicht nur zu erheblichen Monopolisierungsprozessen in allen an ihr beteiligten Industrie- und Wirtschaftszweigen, sie erfordert von Anfang an auch eine umfangreiche staatliche Förderung sowie eine enge Zusammenarbeit des Staates mit den beteiligten Unternehmen.

^{28a} Monopolkommission, Fortschreitende Konzentration bei Großunternehmen, Hauptgutachten 1976/1977, a. a. O., S. 44, TZ 105 f.

1. Der staatliche Kernenergieapparat

Die Entwicklung der Kernenergie verlangt aufgrund ihres hohen Vergesellschaftungsgrades eine gewisse, den nur an einzelbetrieblichen Rentabilitätsüberlegungen orientierten Entscheidungsprozessen der Industrie und an der Lösung von Teilproblemen orientierten Forschungsprozessen der Wissenschaftler übergeordnete Planung und Koordinierung sowie die Bereitstellung erheblicher Finanzmittel. Beides kann nur vom Staat als außerhalb des Verwertungsprozesses stehender und von einzelbetrieblichen Konkurrenzmotiven relativ freier Instanz gewährleistet werden. Aus diesen Gründen wurde schon zu Beginn der Kernenergieentwicklung der Aufbau eines zentralen staatlichen Kernenergieapparates notwendig.

Als erstes Organ dieses Apparates errichtete die Bundesregierung unter *Konrad Adenauer* im Oktober 1955 das Bundesministerium für Atomfragen (BMA). Erster Atomminister war *Franz Josef Strauß*; nach dessen Ernennung zum Verteidigungsminister 1956 wurde *Siegfried Balke* — ehemaliger IG-Farben-Direktor von der Wacker-Chemie und späterer Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände — sein Nachfolger. Entsprechend den Vorstellungen der an der Kernenergieentwicklung interessierten Kapitalgruppen, die die Verwertung der Kernenergie möglichst in eigene Regie nehmen wollten, und dem obersten Ziel des Staates, auch im Kernenergiebereich eine privatwirtschaftliche Betätigung zu ermöglichen²⁹, wurde das BMA allerdings keine starke staatliche Atombehörde mit weitreichenden Kompetenzen, sondern beschränkte sich weitgehend auf die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen der Kernenergieentwicklung, gewisse Koordinationsaufgaben und — das Wichtigste — auf die zunächst notwendige Durchsetzung und Bereitstellung von staatlichen Finanzmitteln.

Nur wenige Monate später, im Januar 1956, wurde auf Beschluß der Bundesregierung die Deutsche Atomkommission (DAK) als „Beratungsorgan“ des Bundesministers für Atomfragen gegründet. Von ihren 27, vom Atomminister offiziell als „Sachverständige“ berufenen Mitgliedern waren 15 direkte Vertreter der an der Kernenergieentwicklung interessierten Kapitalgruppen, 8 Wissenschaftler und je 2 Staats- und Gewerkschaftsvertreter. Die DAK wurde also allein schon aufgrund dieser zahlenmäßigen Zusammensetzung von den Vertretern der Wirtschaft beherrscht. Zusätzlich schlossen sich insbesondere auf Initiative der Industrie im Mai 1959 vier für die Kernenergieentwicklung eintretende Organisationen zum Deutschen Atomforum (DAF) zusammen. Mit dem DAF schufen sich die an der Kernenergieentwicklung interessierten Kapitalgruppen ein Gremium, in dem sie ihre Interessen bereits im Vorfeld der DAK ausgleichen, koordinieren und geschlossen nach außen vertreten konnten, weshalb es auch als Lobby der bundesdeutschen Atomindustrie zu bezeichnen ist.

Die DAK als das wichtigste Organ des staatlichen Kernenergieapparates besaß — trotz offiziell nur beratender Funktion — aufgrund ihrer tatsächlich weitgehenden Einfluß- und Entscheidungsmöglichkeiten lange Zeit eine Schlüsselposition für die Kernenergieentwicklung: „Entscheidendes Machtzentrum der Atompolitik war das aus privaten Sachverständigen bestehende ‚Beratungsorgan‘ des Fachministeriums, das es verstan-

29 „Entsprechend den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft mit dem Ziel des freien Wettbewerbs wird Wert auf die Entfaltung der Unternehmerinitiative gelegt. Der neue Wirtschaftszweig soll tunlichst ohne staatlichen Dirigismus entstehen...“; Taschenbuch für Atomfragen 1959, hrsg. von W. Cartellieri, A. Hocker und W. Schnurr, Bonn 1959, S. 2 f.

den hat, praktisch die gesamte Planung im Atombereich an sich zu ziehen. Die Bundesregierung war faktisch wie ein Exekutivorgan der DAAtK auf die finanzielle und verwaltungsmäßige Durchführung von deren Politik beschränkt. . . Den privaten ‚Beratern‘ war es gelungen, ihre je eigenen, untereinander abgestimmten Interessen unmittelbar in staatliche Entscheidungen umzusetzen.“³⁰

Insofern mag die Auflösung der DAAtK als Beratungsorgan des jeweils für Kernenergie zuständigen Ministers Ende 1971 als tiefer Eingriff in den Mechanismus der monopolistischen Machtausübung erscheinen; dem war jedoch keineswegs so, wie die weitere Entwicklung des „Beratungswesens“ und der Kernenergiepolitik der „sozialliberalen“ Koalition zeigen sollte. Die Funktionen der DAAtK wurden teils vom DAAtF übernommen, teils gingen sie an die im Dezember 1971 neukonstituierten Fachausschüsse „Kernforschung und Kerntechnik“ sowie „Strahlenschutz und Sicherheit“ über.³¹ Die Konstituierung dieser beiden Fachausschüsse zusammen mit dem „Beratenden Ausschuß für Bildungs- und Wissenschaftspolitik“ leitete die im September 1971 angekündigte „Neuordnung des Beratungswesens“ ein, die — wie die in den folgenden Jahren veröffentlichten Beratungspläne ersehen lassen — zu einer starken Ausdehnung und Auffächerung des monopolistischen Einflusses auf den Gesamtbereich der staatlichen Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik führte.

Die neu konstituierten Fachausschüsse spielten ebenso wie das DAAtF eine wesentliche Rolle bei der Ausarbeitung des im Dezember 1973 verabschiedeten 4. Atomprogramms, das sich als zentraler Bestandteil des energiepolitischen Gesamtprogrammes der Bundesregierung erweisen sollte, das erstmals im September 1973 vorgelegt wurde. Dies Gesamtkonzept wies der Entwicklung der Kernenergie einen bedeutenden Stellenwert in der zukünftigen Energieversorgung zu, so daß die Interessenten der Atomindustrie und des Atomforums „mit Befriedigung“ feststellen konnten, „welcher Vorrang der Kernenergieentwicklung jetzt gegeben wurde.“³²

2. Die Förderung der Kernforschung

Die Entwicklung der Kernforschung wurde von Anfang an fast vollständig vom Staat finanziert, da Wissenschaft und Industrie aufgrund der langen Entwicklungszeiträume und der hohen Kosten und Risiken insbesondere der Grundlagenforschung dazu allein nicht in der Lage waren bzw. aufgrund ihrer ausschließlichen Orientierung an einzelkapitalistischen Wirtschaftlichkeitsüberlegungen an einer Übernahme dieses kostspieligen und unprofitablen Bereichs nicht interessiert sind.

Die Kernforschung wurde zunächst mit staatlicher Unterstützung in den traditionellen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen — Hochschulen, Max-Planck-Gesellschaft und Bundesanstalten — betrieben. Es zeigte sich aber sehr schnell, daß diese Einrichtun-

30 J. P. Pesch, Staatliche Forschungs- und Entwicklungspolitik im Spannungsfeld zwischen Regierung, Parlament und privaten Experten, untersucht am Beispiel der deutschen Atompolitik, Dissertation, Freiburg 1975, S. 90.

31 Siehe: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Beratungsplan 1972 des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1972.

32 So Karl Winnacker, K. Wirtz, Das unverstandene Wunder, Kernenergie in Deutschland, Düsseldorf und Wien 1975, S. 351.

gen zur Entwicklung einer hochvergesellschafteten Produktivkraft wie der Kernenergie nicht ausreichten: die zusätzliche Errichtung von besonderen Kernforschungszentren — auch Großforschungszentren genannt — erwies sich als notwendig. Als Kernforschungszentren mit dem Schwerpunkt Grundlagenforschung wurden 1957 das Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung (Berlin [West]), 1959 das Deutsche Elektronen-Synchrotron (Hamburg-Bahrenfeld), 1960 das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (Garching/München), 1964 die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH (Neuherberg/München) und 1969 die Gesellschaft für Schwerionenforschung mbH (Darmstadt) gegründet. Diese Zentren waren von Anfang an ausschließlich vom Staat — heute in der Regel zu 90 % vom Bund und zu 10 % vom jeweiligen Sitzland — finanziert.

Über die Errichtung nationaler Institute hinaus erfordern bestimmte Bereiche der Grundlagenforschung, insbesondere die kernphysikalische Grundlagenforschung, auch eine internationale Zusammenarbeit, da sie zunehmend die vertretbaren Möglichkeiten eines einzelnen Staates übersteigen. Als Beispiele seien hier nur die Europäische Organisation für Kernforschung (CERN) in Genf mit ihren teilweise gigantischen Teilchenbeschleunigern und das deutsch-französische Max-von-Laue-/Paul-Langevin-Institut in Grenoble genannt.

Kernforschungszentren, deren Schwerpunkt neben der Grundlagen- und angewandten Forschung in der kerntechnischen Entwicklung liegt, sind die 1956 gegründete Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt mbH (Geesthacht-Hamburg), das Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH und die Kernforschungsanlage Jülich GmbH. Bei der Errichtung dieser Zentren, an denen die Industrie aufgrund der gegenüber den reinen Grundlagenkernforschungszentren größeren Anwendungsnähe ein besonderes Interesse hatte, praktizierten die an der Kernenergieentwicklung interessierten Kapitalgruppen folgende Strategie: Durch eine personelle und relativ geringe finanzielle Beteiligung verschafften sie sich bedeutende Einflußpositionen und Mitspracherechte und sicherten sich insbesondere auch den Zugriff auf die Forschungs- und Entwicklungsergebnisse. Nach relativ kurzer Zeit, als ihnen die Investitions- und Betriebskosten der Zentren zu hoch wurden, gaben sie ihr finanzielles Engagement dann wieder auf, ohne damit allerdings auch ihren Einfluß in den Zentren zu verlieren. An der Gründung des Kernforschungszentrums Karlsruhe z. B. und der Errichtung des dortigen ersten Forschungsreaktors beteiligte sich — neben dem Staat — die Industrie mit der eigens zu diesem Zweck gegründeten Kernreaktorfinanzierungs-GmbH zu 50 % und mit einem Kapital von insgesamt 30 Mio DM. Als jedoch abzusehen war, daß das von Staat und Industrie aufgebrauchte Kapital zur Errichtung des Kernforschungszentrums bei weitem nicht ausreichte, gab die Industrie — da sie zu einem größeren finanziellen Engagement nicht bereit war — 1963 ihre finanzielle Beteiligung auf und übertrug ihren Anteil auf den Staat. Als Dank für diese — nach Meinung des Vorstandsvorsitzenden der Farbwerke Hoechst und ersten Aufsichtsratsvorsitzenden des Kernforschungszentrums Karlsruhe, *Karl Winnacker* — „generöse Stiftung von privater Hand, wie sie nach dem letzten Krieg nur selten vorgekommen ist“³³, behielt die Industrie u. a. das Recht zur Benutzung des Forschungsreaktors sowie Sitze im Aufsichtsrat des Zentrums und blieb darüber hinaus dem Zentrum durch „enge wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit weiter... eng verbun-

33 K. Winnacker, Nie den Mut verlieten, Erinnerungen an Schicksalsjahre der deutschen Chemie, Düsseldorf und Wien 1971, S. 321.

den".³⁴ Seit Anfang der sechziger Jahre werden die drei genannten Kerntechnik-Forschungszentren ausschließlich vom Staat unterhalten.

Der Bereich der Kernforschung wird also praktisch vollständig vom Staat finanziert. Allein für die Kernforschungszentren, in denen heute fast 13 000 Menschen beschäftigt sind, wurden bis 1976 fast 9 Mrd. DM³⁵ aufgewandt; hinzu kommen, da sie „gemeinnützige“ Einrichtungen sind, umfangreiche Steuerbefreiungen und -erleichterungen. Die Industrie ist an der Kernforschung weitgehend nur insofern beteiligt, als daß sie aufgrund ihrer engen Zusammenarbeit mit den traditionellen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen und den Kernforschungszentren wichtige Forschungs- und Entwicklungsergebnisse und damit die Voraussetzungen für eine privatwirtschaftliche Kernenergieentwicklung kostenlos erhält.

3. Die Förderung der kerntechnischen Entwicklung

Die kerntechnische Entwicklung — d. h. die Forschungs-, Entwicklungs- und Projektierungsarbeiten im direkten Vorfeld des Baus von Kernenergieanlagen — ist entsprechend der bei Beginn der Kernenergieentwicklung zwischen Staat und Industrie vereinbarten „Arbeitsteilung“ das Hauptbetätigungsfeld der Atomindustrie. Allerdings wurde auch dieser Bereich von Anfang an — wenn auch zunächst mit nur relativ geringen Mitteln — vom Staat gefördert. Die ersten staatlichen Förderungsprogramme in den Jahren 1956 bis 1962 waren u. a. ein Programm für Forschungs- und Unterrichtsreaktoren, das Eltviller 500-MW-Programm, das Programm für fortgeschrittene Reaktoren und ein Programm für Schiffsantriebsreaktoren. Mit ihnen erhielten die Unternehmen der Atomindustrie und die von ihnen eingerichteten kerntechnischen Abteilungen und Reaktorentwicklungsgruppen die Möglichkeit, die sie interessierenden verschiedenen Reaktortypen in mehreren Varianten mit staatlicher Unterstützung, z. T. sogar ausschließlich auf Staatskosten, zu entwickeln und zu projektieren. Zwar wurden diese Programme und insbesondere der in ihnen vorgesehene Bau von Kernreaktoren nicht einmal annähernd realisiert, weil die Kosten der relativ langwierigen Entwicklungsarbeiten zunächst unterschätzt und die „Initiative der Wirtschaft“, sprich: deren kurzfristige Kapitalverwertungschancen, überschätzt wurden³⁶ und dementsprechend die staatliche Förderung viel zu gering war. Dennoch konnte die Industrie wichtige Kenntnisse erlangen, Erfahrungen sammeln und ihr Personal qualifizieren und so ganz erheblich von diesen ersten Programmen profitieren, zumal der Staat die Entwicklungsrisiken und die Kosten von „Fehl“entwicklungen weitgehend übernahm.

In der folgenden Zeit wurden die staatlichen Fördermittel für die kerntechnische Entwicklung erheblich und beständig erhöht und gleichzeitig auf weniger Reaktortypen konzentriert. In den Jahren 1963 bis 1967 stand die Förderung der Leichtwasserreaktor-(LWR-)Entwicklung, vor allem der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die LWR-Demonstrationskernkraftwerke, im Vordergrund. Diese Förderung wurde auch

34 W. Cartellieri, *Die Großforschung und der Staat*, 2 Teile, München 1967 und 1969, hier: Teil I, S. 31.

35 Vgl. H. Bufe, J. Grumbach, *Staat und Atomindustrie*, a. a. O., S. 96 ff.

36 „Die in der vergangenen Zeit vorherrschende Auffassung, daß jede technische Auswertung auf diesem Gebiet vor allem aus der freien Initiative der Wirtschaft kommen müsse, (hat sich) als nicht tragfähig erwiesen.“ *Atomprogramm der Bundesrepublik Deutschland 1963—1967*, in: *Taschenbuch für Atomfragen 1964*, hrsg. von W. Cartellieri, A. Hocker und A. Weber, Bonn 1964, S. 163—200, hier: S. 166.

nach dem sogenannten Durchbruch zur Wirtschaftlichkeit der LWR 1967 zum Erhalt dieser ‚Wirtschaftlichkeit‘ und zur weiteren Verbesserung dieser Technologie fortgesetzt. Der Schwerpunkt der Förderung verlagerte sich allerdings seit Ende der sechziger Jahre auf die Entwicklung von Hochtemperaturreaktoren und Schnellen Brutreaktoren — vor allem der Prototyp-Kernkraftwerke THTR 300 in Hamm/Uentrop und SNR 300 in Kalkar — und zum Brennstoffkreislauf für LWR-Kernkraftwerke. Auf diesen besonders kostenintensiven und bisher noch nicht kommerziell zu betreibenden Gebieten besteht darüber hinaus auch eine enge Zusammenarbeit mit mehreren westeuropäischen Staaten — bei den Schnellen Brutreaktoren mit Belgien, Frankreich und den Niederlanden, bei der Urananreicherung mit Großbritannien und den Niederlanden, bei der Wiederaufarbeitung mit Frankreich und Großbritannien —, bzw. eine solche Zusammenarbeit wird — wie bei den Hochtemperaturreaktoren — verstärkt angestrebt.

Die kerntechnische Entwicklung — das Hauptbetätigungsfeld der Atomindustrie — wird also, da die Industrie aufgrund der hohen Entwicklungskosten und -risiken, der langen Entwicklungszeiträume und der relativ geringen kurzfristigen Kapitalverwertungschancen auch zu ihr allein nicht bereit und teilweise gar nicht in der Lage ist, ebenfalls vom Staat mit erheblichen Mitteln gefördert. Allein für die direkte Industrieförderung wurden — nach offiziellen Angaben — bis 1976 über 6 Mrd. DM aufgewandt; bis 1980 kommen noch einmal über 2 Mrd. DM dazu. Die wichtigsten staatlichen Förderungsformen sind die Finanzierung von industriellen Forschungs-, Entwicklungs- und Projektierungsarbeiten sowie die Vergabe von Projektierungs- und Bauaufträgen für Kernenergieanlagen oder deren Unterstützung; ihr Ergebnis ist der Aufbau und die Konsolidierung einer profitablen, auch international ‚führenden‘ privaten Atomindustrie.

4. Die Förderung der Kernenergieanwendung

Der privatwirtschaftlich betriebene Bereich der Kernenergieanwendung, d. h. der Bau und Betrieb von Kernkraftwerken — und zwar sowohl von Forschungsreaktoren, Prototyp- und Demonstrationskernkraftwerken als auch von sogenannten kommerziellen Kernkraftwerken — und der zu ihrem Betrieb notwendigen Anlagen des Brennstoffkreislaufs, wird ebenfalls vom Staat gefördert. Eine der wichtigsten Förderungsformen ist dabei die direkte und indirekte Unterstützung der die Kernkraftwerke in Auftrag gebenden und betreibenden Elektrizitätsversorgungsunternehmen. Mit der Gewährung von Krediten aus dem ERP-Sondervermögen und von Staatsbürgschaften für Kapitalmarktkredite, mit besonderen Investitionshilfen und allgemeinen Investitionszulagen z. B. im Rahmen von staatlichen Konjunkturförderungsprogrammen, mit Sonderabschreibungsmöglichkeiten und weiteren Steuervergünstigungen, mit staatlicher Betriebsrisiko-Beteiligung, partieller Deckung von Betriebsverlusten und mit der staatlichen Übernahme gewisser Haftungssummen werden insbesondere die Kapitalbeschaffung erleichtert und das gerade beim Bau von kerntechnischen Anlagen relativ große Investitionsvolumen sowie die Betriebskosten und finanziellen Risiken vermindert. Darüber hinaus unterstützt der Staat die für die Industrie unprofitablen, für den Betrieb von Kernkraftwerken aber notwendigen Bereiche des Brennstoffkreislaufs; ebenso übernimmt er die Ausgaben für Sicherheitsforschung.

Neben dieser direkten ökonomischen Förderung wird die Kernenergieanwendung auch durch eine entsprechende staatliche Energiepolitik gefördert. Diese Energiepolitik läßt

zunächst eine weitgehende Verdrängung der Steinkohle durch das Mineralöl zu und betreibt mit erheblichen staatlichen Subventionen in großem Stil die Stilllegung von Kohlekapazitäten.

Seit der sogenannten Ölkrise 1973/74, in der die Unsicherheit des mittlerweile zur Hauptenergiequelle gewordenen Mineralöls und die Abhängigkeit der gesamten Energieversorgung offen zutage traten, wird die forcierte Anwendung der Kernenergie als Hauptmittel zur Senkung des Mineralölanteils an der Energieversorgung und zur Lösung der Energieversorgungsprobleme überhaupt propagiert. Damit werden erst die energiepolitischen Voraussetzungen für einen großangelegten Einsatz der Kernenergie geschaffen. Denn energiepolitische Überlegungen spielten bei der Förderung der Kernenergie zunächst nur eine untergeordnete Rolle. Das Hauptziel war die Schaffung einer national und international konkurrenzfähigen privaten Atomindustrie: „Zwar gab es im Inland keine Energielücke zu schließen, aber bei dem schnell wachsenden Energiebedarf der Welt war vorauszusehen, daß die herkömmlichen Energiequellen wie Wasserkraft, Kohle und Öl diesen Bedarf auf lange Sicht nicht würden decken können. Die deutsche Kraftwerksindustrie mußte sich nicht nur für die Stromversorgung in der Heimat rüsten, sie mußte rechtzeitig auf dem Weltmarkt anbieten können, um Kernkraftwerke ebenso wie konventionelle Kraftwerke exportieren zu können. Dazu war es nötig, Kernkraftwerke dem ausländischen Kunden zu Hause in sicherem und wirtschaftlichem Betrieb zu demonstrieren.“³⁷

Schließlich unterstützt der Staat die Kernenergieanwendung durch eine umfangreiche öffentlichkeitswirksame Werbung — z. B. durch die Herausgabe von entsprechenden Broschüren und „Informationen“ —, aber auch durch den „Schutz“ von Kernkraftwerksbaustellen sowie Bespitzelungs- und Polizeigrößaktionen gegen demokratische Bürgerinitiativen.

Die staatliche Förderung beschränkt sich keineswegs auf die Kernenergieanwendung im Inland. Aufgrund des relativ kleinen nationalen Marktes und ihrer aus Wirtschaftlichkeitsgründen relativ großen Produktionskapazitäten ist der Export von Kernkraftwerken und anderer kerntechnischer Anlagen von vornherein ein Hauptziel der bundesdeutschen Atomindustrie. Der Weltmarkt entwickelt sich aus diesen Gründen und wegen des hohen Monopolisierungsgrades der nationalen Atomindustrie zur Hauptebene der Konkurrenz. Dabei steht er für den Export allerdings nur begrenzt offen: „Wettbewerb zwischen Kraftwerkanbietern herrscht nur beim Export der Anlagen in Länder, die nicht über eine eigene entwickelte Atomindustrie verfügen.“³⁸ Deshalb unterstützt der Staat auch den Export von Kernenergieanlagen. Dies geschieht zum einen durch die schon dargestellten Förderungsmaßnahmen für die Kernenergieanwendung im Inland, mit denen insgesamt auch die Exportchancen der Atomindustrie verbessert werden. Zum anderen wird der Export direkt durch besondere Maßnahmen gefördert, wie z. B. die Gewährung von Krediten aus dem ERP-Sondervermögen und durch die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau, staatliche Exportbürgschaften und zusätzliche Erleichterungen der Exportkreditfinanzierung, Verhandlungen auf der politischen Ebene, den Abschluß von zwischenstaatlichen Verträgen und Zusammenarbeitsabkommen und schließlich eine expansive Exportpoli-

37 J. Pretsch, 10 Jahre Kernenergiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: J. Sobotta (Hrsg.), Staat, Wissenschaft und Wirtschaft als Partner, Berlin (West) und Wien 1967, S. 34.

38 Monopolkommission, Mehr Wettbewerb ist möglich, a. a. O., S. 51.

tik, die den Export von sogenannten sensitiven Technologien — Anlagen, die zu einer militärischen Verwendung der Kernenergie mißbraucht werden können — nicht verbietet.

Der Bereich der Kernenergieanwendung wird also vom Staat umfassend unterstützt. Das oberste Ziel dieser Unterstützung besteht in dem Bemühen, der bundesdeutschen Atomindustrie einen genügend großen nationalen und internationalen Markt zu schaffen und den Absatz ihrer Kernkraftwerke zu sichern.

5. Der Umfang der staatlichen Förderung

Insgesamt zeigt sich, daß der Staat alle Bereiche der Kernenergieentwicklung und -anwendung mit erheblichen Mitteln — zum Teil sogar vollständig — finanziert. Das wichtigste Kennzeichen dieser Förderung ist neben der Übernahme der gänzlich und fortwährend unprofitablen Bereiche wie z. B. der Kernforschung die massive direkte und indirekte Unterstützung der Atomindustrie und der Elektrizitätswirtschaft, denen so eine privatwirtschaftliche Betätigung auf dem Gebiet der Kernenergie überhaupt erst ermöglicht wird. Dabei konzentriert sich die staatliche Förderung im Laufe der Zeit auf immer weniger Unternehmen, womit einerseits den sich vollziehenden Monopolisierungsprozessen Rechnung getragen, andererseits aber auch die weitere Monopolisierung zusätzlich gefördert wird.

Allein im Rahmen der Atomprogramme und — seit 1977 — des Programms Energieforschung und Energietechnologien hat der Staat — wie die folgende Tabelle 6 zeigt — bisher über 20 Mrd. aufgebracht. Insgesamt dürfte der zur Förderung der Kernenergie tatsächlich verwandte Betrag noch bedeutend höher liegen, da bei weitem nicht alle Unterstützungsmaßnahmen in den Programmen aufgeführt werden.

Tabelle 6: Staatsausgaben zur Förderung der Kernenergie im Rahmen der Atomprogramme (in Mio DM)

Zeitraum und Programm	Förderungsmittel	Durchschnitt pro Jahr
1956—62 Vorlauf und 1. Programm	1 506 ¹	215,14
1963—67 2. Programm	3 791 ¹	758,20
1968—72 3. Programm	6 154	1 230,80
1973—76 4. Programm	7 815	1 953,75
1956—76 Summe	19 266	
1977—80 Programm Energieforschung und Energietechnologien; Teil: Kernenergie	4 532 ² (real 8 000 bis 9 000 ³)	1 113,00 (2 000,00 bis 2 250,00)

1 Im Programm Energieforschung und Energietechnologien ist für den Zeitraum von 1956—1962 der Betrag von 1452 Mio DM und für 1963—1967 von 3801 Mio DM angegeben.

2 Geplante Ausgaben.

3 Die tatsächlich geplanten Ausgaben betragen ca. 8000 bis 9000 Mio DM; die später real verausgabte Summe dürfte noch höher liegen.

Quelle: H. Bufe, J. Grumbach, Staat und Atomindustrie, a. a. O., S. 238.

V. Zusammenfassung, Probleme

Die von uns vorgetragenen Überlegungen und Daten lassen sich in folgender Weise zusammenfassen:

1. Die in der westdeutschen Kernenergieindustrie tätigen Unternehmen gehören zu den umsatzstärksten Konzernen der BRD, sie sind Unternehmen der die BRD-Wirtschaft beherrschenden Monopole in erster Linie der Elektrobranche, der Energieversorgung, aber auch der Eisen- und Stahlindustrie, des Maschinenbaus und der Chemie-Industrie.

2. Seit Aufbau einer westdeutschen Kernenergieindustrie hat sich ein ausgeprägter Konzentrations- und Zentralisationsprozeß in diesem Sektor vollzogen, der zur Dominanz einzelner Monopole in verschiedenen Einzelsektoren geführt hat, wie z. B. des Siemenskonzerns in der Reaktorbau-Industrie.

3. Die Entwicklung der westdeutschen Kernenergieindustrie ist untrennbar verbunden mit der Herausbildung einer staatsmonopolistischen Technologiepolitik und -förderung auf diesem Gebiet. Die staatliche Kernenergieförderung umfaßt den gesamten Zyklus der Produktivkraftentwicklung und ihrer kapitalistischen Entfaltung: die wissenschaftlich-technische Erforschung der Voraussetzungen einer entwickelten Kernenergietechnologie im Hochschul- und außeruniversitären Forschungsbereich; die unter der Regie des Konzernkapitals betriebene kerntechnische Anwendung; die Planung und Finanzierung von Atomkraftwerken in der BRD; die Stabilisierung der internationalen Konkurrenzposition der westdeutschen Kernenergieindustrie auf dem Weltmarkt unter Einschluß ihrer politischen Absicherung in internationalen Geschäften.

4. Wir gehen davon aus, daß die Herausbildung eines „staatsmonopolistischen Kernenergiekomplexes“ weder eine zufällige, nur der momentanen Dominanz finanzkräftiger und politisch einflußreicher Monopole geschuldete Erscheinung ist, noch daß sie nur vor dem Hintergrund der besonderen internationalen Konkurrenzposition des westdeutschen Monopolkapitals auf dem Kernenergiesektor verständlich wäre. U. E. findet die Herausbildung eines solchen „Komplexes“ ihre eigentliche Ursache in den Vergesellschaftungsanforderungen, die von der kapitalistischen Entfaltung der Produktivkraft Kernenergie ausgehen und die unter den Bedingungen des heutigen, internationalisierten Monopolkapitalismus nicht mehr vom einzelnen Privatkapital bewältigt werden können, sondern Staatstätigkeit von der Planung und Kapitalmobilisierung bis hin zur Profitgarantie für das Monopolkapital erzwingen.

5. Nicht ohne Grund haben wir die Formulierung „staatsmonopolistischer Kernenergiekomplex“ als einen vorläufigen Begriff eingeführt. U. E. bedarf der Mechanismus der Formulierung, Umsetzung und Realisierung monopolistischer Interessen in einem solchen staatsmonopolistischen Komplex ebenso wie der Prozeß der Entscheidungsfindung auf staatlicher Ebene, die Frage der relativen Selbständigkeit staatlicher Apparate gegenüber einzelkapitalistischen und monopolistischen Interessen eingehenderer empirischer und theoretischer Untersuchungen. Hierbei könnte sich u. E. die These von der Existenz entsprechender staatsmonopolistischer Komplexe³⁹ als ein fruchtbarer und weiterzuverfolgender Ansatz erweisen.

39 Vgl. hierzu auch die Übersicht von Heinz Jung in diesem Band: Gesamtkapital — Monopole — Staat. Gesichtspunkte des ökonomischen Mechanismus im staatsmonopolistischen Kapitalismus, insbesondere Abschnitt 6, „Zur Konzeption der staatsmonopolistischen Komplexe“.

Regionale Strukturkrisen im staatsmonopolistischen Kapitalismus und marxistische Raumökonomie Am Beispiel der Ruhrgebietskrise

Hermann Bömer

I. Entwicklung der Ruhrgebietskrise: empirische Daten — II. Die staatlichen Maßnahmen zur Dämpfung der Krisenfolgen — III. Elemente einer marxistischen Theorie räumlicher (regionaler und städtischer) Krisen — IV. Wesen und Erscheinungsformen der staatlichen räumlichen Regulierung — V. Räumliche Vergesellschaftungsprozesse und theoretische Auseinandersetzungen

I. Entwicklung der Ruhrgebietskrise: empirische Daten

„Seit Ende der 50er Jahre ist durch das unterdurchschnittliche Wachstum der Stahlindustrie und die Rückbildung im Bergbau mindestens einer halben Million Beschäftigten unmittelbar oder mittelbar die Erwerbsgrundlage entzogen worden.“¹ Die Zahl der Beschäftigten in der eisenschaffenden Industrie Nordrhein-Westfalens reduzierte sich dabei von Ende 1960 bis Ende 1978 um über 86 000 und betrug im September 1978 noch 212 000 Personen.²

Die Zahl der Beschäftigten im Steinkohlenbergbau an der Ruhr ist seit 1957 um über 350 000 zurückgegangen, so daß 1978 143 000 im Bergbau beschäftigt waren. Die Anzahl der Schachtanlagen ging von 140 (1957) auf 31 (1978) zurück.

Tabelle 1: Die Entwicklung des Steinkohlenbergbaus im Ruhrgebiet von 1957 bis 1978³

	1957	1960	1965	1970	1975	1978 ⁴
Förderung (Mio. t ²)	123,2	115,4	110,9	91,1	75,9	67,1
Lagerbestände (Mio. t ^{2,3})	0,9	11,0	13,5	0,7	14,2	15,6
außerdem: Kohlereserve (Mio. t ^{2,3,4})			0,9	0,4		10,0
Beschäftigte (Anzahl)	496 000	398 000	307 000	202 000	160 000	143 000
Schichtleistung unter Tage (t je Mann u. Schicht)	1,6	2,1	2,8	3,8	3,9	3,9
Fördernde Schacht- anlagen (Anzahl)	140	122	90	56	35	31

1 vorläufige Zahlen

2 verwertbare Förderung

3 Koks in Kohle umgerechnet

4 Bundesgebiet insgesamt

Trotz dieser massiven Reduzierung der Arbeitsplätze des Montansektors sind nach wie vor 48 % aller Industriebeschäftigten (einschl. Bergbau) im Bergbau, in der Eisen- und Stahlindustrie, in den Gießereien, Ziehereien und Kaltwalzwerken oder der Stahlverformung tätig.⁴

Zahlreiche Städte speziell der Emscher- und Lippezone des Ruhrgebiets sind daher nach wie vor massiv monostrukturiert vom Bergbau abhängig:

Tabelle 2: Anteil der Bergbaubeschäftigten an den Industriebeschäftigten⁵
Stand 31. 12. 1976, in v. H.
Kreise und kreisfreie Städte des Ruhrgebietes

Mülheim	—
Bochum	0,62
Duisburg	7,06
Essen	15,53
Oberhausen	17,36
Dortmund	20,99
Herne	29,84
Unna	31,06
Gelsenkirchen	32,45
Hamm	40,39
Recklinghausen	42,99
Wesel	43,81
Bottrop	68,56

Das RWI schätzt die Zahl der Arbeitsplätze im Bergbau und der Energiewirtschaft für 1978 auf 190 000, das Gesamtvolumen des darauf aufbauenden Energiekomplexes auf ca. 350 000 Arbeitsplätze.⁶ Diese Zahlen zeigen, welche herausragende Bedeutung in der Vergangenheit und ebenso in der Zukunft der Energiepolitik und Energiewirtschaft für die Entwicklung des Ruhrgebiets zugekommen ist und auch weiter zukommen wird.

Offensichtlich ist die regionale Strukturkrise des Ruhrgebiets damit wesentlich auf die komplizierten Entwicklungsbedingungen und Strategien des Montankapitals zurückzuführen. Im Verhältnis von Zweig- und Territorialstruktur der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens ist die Dominanz der Verwertungsbedingungen der im wesentlichen sektoral strukturierten Konzerne offensichtlich ein Schlüsselproblem, das eine ausgegli-

1 R. Brune, U. Heilemann, H. Karrenberg, K. Löbbe, Überlegungen zu regionalpolitischen Maßnahmen für das Ruhrgebiet, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, Mitteilungen, Heft 1/1979, S. 5 (im folgenden zitiert als: R. Brune u. a., Überlegungen...). Vgl. auch die RWI-Studie: Wirtschaftsstrukturelle Bestandsaufnahme für das Ruhrgebiet — 1. Fortschreibung, Gutachten erstellt im Auftrag des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, der Industrie- und Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen und Münster, (Bearbeiter: R. Brune, H. Hennies-Rautenberg, K. Löbbe), Essen 1978.

2 Politik für das Ruhrgebiet. Leistungen des Landes. Hrsg. Landesregierung NRW, Mai 1979, S. 18 f.

3 ebenda, S. 20.

4 ebenda.

5 R. Brune u. a., Überlegungen... S. 21.

6 ebenda, S. 8.

chene territoriale Bewegung der kapitalistischen Produktionsweise verhindert. Natürlich haben in den Jahren seit 1957 Strukturveränderungen größten Ausmaßes im Ruhrgebiet stattgefunden. Insgesamt zeigt sich, daß die Investitionsgüterindustrien heute ein deutlich höheres Gewicht als in der ersten Hälfte der 60er Jahre haben. „Die Abhängigkeit des Reviers von der Montanwirtschaft bleibt zwar bestehen, aber sie ist deutlich gesunken: Während 1957 etwa 55 % aller Erwerbstätigen im Revier im Montansektor und in den damit verflochtenen Wirtschaftszweigen tätig waren, sind es heute nur noch 37 %.“⁷ Diese Schlußfolgerung der Landesregierung muß jedoch teilweise relativiert werden, weil der relative Anstieg der Investitionsgüterindustrien verdeckt, daß diese besonders konjunkturanfällig und außerdem sehr stark auf den Montansektor ausgerichtet sind.

In der Zeit von Mai 1970 bis April 1977 ging die Zahl der Erwerbstätigen in der BRD um 2,3 % zurück, im Ruhrgebiet um 7,9 %. Die Zahl der Industriebeschäftigten ging in der BRD vom 30. 9. 1967 bis 30. 9. 1976 um 4,5 %, im Ruhrgebiet um 11,4 % zurück. Von Januar 1977 bis Oktober 1978 waren es in der BRD —0,5 %, im Ruhrgebiet —4,0 %!⁸

Folglich ging die ohnehin schon vergleichsweise niedrige Erwerbstätigenquote des Ruhrgebiets (BRD in Klammern) von Mai 1970 bis April 1977 von 38,9 % (43,9 %) auf 37,5 % (42,1 %) zurück.

Während der Abstand sich bei der Erwerbstätigenquote der Männer von Mai 1970 von 57,8 % (59,2 %) auf 54,0 % (55,5 %) kaum veränderte, betrug die Differenz bei den Frauen im Mai 1970 8,4 Prozentpunkte (BRD: 30,0 %; Ruhrgebiet: 21,6 %), im April 1977 immer noch 7,2 Prozentpunkte (BRD: 30,0 %; Ruhrgebiet: 22,8 %).⁹

Mit diesen wenigen Zahlen ist die typische Erwerbstätigenstruktur einer alten schwerindustriellen Region skizziert. Trotz der insgesamt raschen Expansion des tertiären Sektors in den 70er Jahren ist damit die weibliche Erwerbstätigenquote im Ruhrgebiet nach wie vor extrem niedrig. Die nach Wirtschaftsbereichen zusammengefaßte Erwerbstätigenstruktur erklärt diese Situation teilweise:

Tabelle 3: Erwerbstätige nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen 1977¹⁰

	Anteile in %		
	Bundesgebiet	Land NW	Ruhrgebiet
Land- und Forstwirtschaft	6,0	2,8	1,3
Produzierendes Gewerbe	44,8	50,9	53,1
Handel und Verkehr	17,4	17,0	18,5
Übrige Dienstleistungen	31,8	29,3	27,1

Anzumerken bleibt, daß diese Ziffern für das Ruhrgebiet die teilweise äußerst starke intraregionale Differenzierung, das Süd-Nord-Gefälle des Ruhrgebiets, verdecken. Denn ein Großteil der Dienstleistungen ist im südlichen Ruhrgebiet konzentriert. Ferner wird ein großer Teil der Dienstleistungen für das Ruhrgebiet vom Raum Düsseldorf, dem sog-

7 Politik für das Ruhrgebiet... S. 73.

8 ebenda, S. 13 f.

9 ebenda, S. 13.

10 ebenda, S. 18.

nannten Schreibtisch des Ruhrgebiets, wahrgenommen. Insofern ist es nur bedingt richtig, das Ruhrgebiet relativ isoliert zu betrachten und zu analysieren. Denn die funktionale Arbeitsteilung fällt mit der territorialen Arbeitsteilung zwischen dem Ruhrgebiet und der Rheinschiene überdeutlich zusammen.

Nach einem starken *Wanderungsverlust* des engeren Ruhrgebiets in den 60er Jahren (—258 900 von 1961 bis 1969) zeigte die erste Hälfte der 70er Jahre zunächst ein etwas günstigeres Bild. „In den Jahren 1970 bis 1975 haben 1,5 Mill. Personen das Ruhrgebiet verlassen, in der gleichen Zeit sind 1,4 Mill. Personen dazugezogen. Da viele der Abwanderer lediglich das Umland aufgesucht haben, weist das Ruhrgebiet (in dieser konjunkturrell günstigen Zeit, H. B.) einschließlich seinem Umland sogar einen Zuwanderungsgewinn aus.“¹¹ Allerdings hat sich die Bevölkerung insgesamt von Mai 1970 bis April 1977 um 4,5 % oder 228 500 reduziert. Seit 1976 haben die Wanderungsverluste wieder stark zugenommen. Verglichen mit anderen Verdichtungsräumen oder schwachen Arbeitsmarkregionen sind die Wanderungsverluste des Ruhrgebiets mit etwa 20 000 Personen pro Jahr „als unverändert hoch zu bezeichnen“.¹²

Das Ruhrgebiet umfaßt ca. 17 % der Fläche Nordrhein-Westfalens, stellt ein Drittel der Wohnbevölkerung und Erwerbstätigen, war jedoch im März 1979 mit mehr als 40 % der *Arbeitslosen* und nur rund einem Viertel der offenen Stellen Problemregion Nr. 1 in Nordrhein-Westfalen. Die registrierte Arbeitslosenquote betrug im Ruhrgebiet Ende März 1979 6,4 % (130 200). Auf eine offene Stelle kamen 6,8 Arbeitslose.^{13/14}

„Hinter diesen Daten verbergen sich regional differenzierte Entwicklungen. So lag die Arbeitslosenquote im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (1976, 1977, 1978) jeweils Ende September in einigen Arbeitsämtern im Bundesgebiet zwischen 1,3 % und 1,8 %, im Bundesdurchschnitt bei 3,9 %, im Landesdurchschnitt bei 4,5 %, während Gelsenkirchen 6,6 %, Duisburg 6,3 %, Bochum 5,8 %, Dortmund 5,7 %, Essen 5,6 %, Hamm 5,5 % und Recklinghausen 5,4 % aufweisen.“¹⁵

Im März 1979 waren in den Arbeitsamtsbezirken Gelsenkirchen 8,0 %, Duisburg 7,6 %, Bochum 7,0 %, Dortmund 7,0 % und Oberhausen 6,1 % Arbeitslose offiziell registriert.

Diese Abkoppelung des Ruhrgebiets vom Bundes- und Landestrend erfolgte paradoxerweise in einem Zeitraum, in dem die Investitionstätigkeit der Industrie in Prozent des Landesdurchschnitts im Ruhrgebiet mit 104,3 % (1970) über 123,0 % (1972), 119,0 % (1974) und 123,0 % (1976) weit über dem Durchschnitt lag. Dies ist nur durch die kapitalintensiven Rationalisierungsinvestitionen erklärbar, die vor allem im Montansektor und der Investitionsgüterindustrie realisiert wurden.¹⁶

Die *Struktur der Arbeitslosigkeit* verweist darauf, daß die Unternehmen die Dauer der hohen Arbeitslosigkeit zu einer massiven Auslesepolitik benutzt und damit die von ihnen beklagten „Problemgruppen“ selbst geschaffen haben:

Im September 1978 entfielen von 119 000 registrierten Arbeitslosen 34 % auf Angestellte; 54 % hatten keine abgeschlossene Berufsausbildung; 32 % waren gesundheitlich eingeschränkt; 10 % waren jünger als 20 Jahre; 23 % waren 50 Jahre und älter; 25 % waren

11 ebenda, S. 22.

12 R. Brune u. a., Überlegungen... S. 3.

13/14 Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen, Der Arbeitsmarkt im Ruhrgebiet, Düsseldorf 1979, S. 2.

15 Politik für das Ruhrgebiet, S. 10.

16 ebenda, S. 14.

länger als ein Jahr arbeitslos. Eine Sondererhebung des Landesarbeitsamtes NRW ergab, daß von den Ende Mai 1978 registrierten 108 837 Arbeitslosen der Arbeitsamtsbezirke Hamm, Oberhausen, Recklinghausen, Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen und Wesel nur 9,9 % aus den Wirtschaftsbereichen Metallerzeugung, Metallverformung und Kohlenbergbau, dagegen aber 16,1 % aus dem Handel, 10,5 % aus dem Baugewerbe und 63,5 % aus den übrigen Wirtschaftsbereichen kommen.¹⁷

Es besteht also ein Widerspruch zwischen der sektoral sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung und der Struktur der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftsbereichen. Offensichtlich hat eine weitgehende Abkoppelung der wichtigsten Ursachen der Regionalkrise des Ruhrgebiets — der Krise der die Monostruktur prägenden Montanindustrie — von den inzwischen verfestigten Erscheinungsformen dieser Krise, die teilweise in ganz anderen Wirtschaftszweigen ihren Niederschlag finden, stattgefunden. Allgemeine und besondere Krisenerscheinungen sind außerdem auf das engste miteinander verflochten.

II. Die staatlichen Maßnahmen zur Dämpfung der Krisenfolgen

„In den Jahren 1966 bis 1978 wurde der Steinkohlenbergbau in Nordrhein-Westfalen insgesamt mit ca. 15 Milliarden DM aus Bundes- und Landesmitteln unterstützt. Allein das Land hat dabei ca. 5,6 Milliarden DM zur Verfügung gestellt...“¹⁸

Tabelle 4: Aufschlüsselung der Landesmittel für den Steinkohlenbergbau von 1966 bis 1978¹⁹

— Sozialleistungen	948 Mio. DM
— Stilllegungshilfen	836 Mio. DM
— Absatzhilfen	1697 Mio. DM
— Investitionshilfen	1090 Mio. DM
— Maßnahmen speziell zugunsten der Ruhrkohle AG	483 Mio. DM
— Forschung und Entwicklung	420 Mio. DM
— sonstige Förderungsmaßnahmen	101 Mio. DM

(Der überwiegende Teil — und zwar ca. 90 % — dieser Mittel ist dem Ruhrgebiet zugute gekommen.)

1978 wurde eine weitere Aufstockung der Investitionshilfe um 582 Mill. DM pro Jahr von 1978 bis 1981 für den Steinkohlenbergbau beschlossen.

Für das Jahr 1979 stehen nach den Haushaltsplänen des Bundes und des Landes dem Ruhrbergbau weitere 2,7 Mill. DM zu Verfügung. „Weitere energie- (und umwelt-)politische Investitionen im Ruhrgebiet im Rahmen einer Energiesicherungspolitik sind:

— Ausbau der Fernwärmeversorgung. Bund und Land fördern diesen Ausbau gemeinsam im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen. Bisher wurden im Ruhrgebiet 15 Einzelvorhaben mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 200 Mill. DM gefördert. Bis zum Jahre 1981 werden für den Ausbau der Fernwärmeversorgung über 400 Mill. DM investiert.

17 ebenda, S. 16.

18 ebenda, S. 28.

19 ebenda.

— Gewährung von Bürgschaften durch das Land für verschiedene Zwecke der Energiewirtschaft — z. B.:

— Haldenfinanzierungsbürgschaften für die Ruhrkohle AG

— Kraftwerksfinanzierungsbürgschaften für die STEAG und die VEBA-Kraftwerke Ruhr AG

Außerdem wirkt sich für Nordrhein-Westfalen, insbesondere für das Ruhrgebiet aus:

die Ausgleichsabgabe nach dem 3. Verstromungsgesetz, die vom Verbraucher erbracht wird. Diese Ausgleichsabgabe stabilisiert den Absatz des Ruhrbergbaus in der Steinkohleverstromung. Das Gesamtaufkommen aus der Ausgleichsabgabe betrug 1978 ca. 2 Milliarden DM.

Die Landesregierung hat den LEP VI ‚Gebiete für flächenintensive Großvorhaben und Kraftwerksstandorte‘ erlassen.²⁰

Dieser Plan weist unter anderen 16 Standorte für Großkraftwerke aus. Die Behauptung der Landesregierung vom „Vorrang für die Kohle“ entspricht allerdings nur teilweise der Wahrheit, da der LEP VI eben auch Standorte für Kernkraftwerke ausweist und die Landesregierung die Sabotage der wichtigsten Kraftwerksbetreiber gegen den weiteren Bau von Kohlekraftwerken unterstützt bzw. nicht wirkungsvoll bekämpft.

Regionale Wirtschaftsförderung: Nach Angaben der Landesregierung wurden im Ruhrgebiet nach § 23 Abs. 2 Kohlegesetz in den kreisfreien Städten und Kreisen des Ruhrgebiets von 1968 bis 1974 Investitionen von 21,76 Milliarden DM mit 10 % Investitionsprämie gefördert. Von 1972 bis 1977 wurden zusätzlich 4,67 Milliarden DM Investitionen mit Hilfe der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und landeseigener Förderungsprogramme mit 10—20 % subventioniert. Im Jahre 1979 stehen dafür 360 Millionen DM zur Verfügung.²¹

Die *Mittelstandsförderung* beträgt 1979 ca. 83,5 Millionen DM. Seit 1974 wurden im Ruhrgebiet diverse *Konjunkturprogramme* einschl. des Zukunftsinvestitionsprogramms in Höhe von knapp 2 Milliarden DM hauptsächlich im Bereich Infrastruktur, Stadtсанierung, Wohnungsmodernisierung, Wasserwirtschaft, Fernwärme und Verkehr getätigt.

Mit dem *Technologie-Programm Energie* wurden Mittel bereitgestellt:

— zur Verbesserung der herkömmlichen und der Entwicklung neuer Kohlegewinnungs- und Veredelungsverfahren (1979: 75,6 Mill. DM);

— zur Entwicklung neuer Technologien zur Kohleverwendung (Kohledruckvergasungsanlage, bisher mit 56 Mill. DM subventioniert; Kohleverflüssigung, insgesamt mit ca. 120 Mill. DM subventioniert; nukleare Prozeßwärme zur Kohlevergasung, THTR 300 — Hochtemperaturreaktor —, insgesamt bislang 1,2 Mill. DM Subventionen) sowie für das Technologieprogramm Wirtschaft (innovationsfördernde Projekte).

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen: Die Hauptkompetenz liegt in diesem Bereich beim Bund und der Bundesanstalt für Arbeit. Nach Angaben des Landesamtes²² wurden allein 1978 über die Arbeitsämter des Ruhrgebiets 1,7027 Milliarden DM (ohne Kindergeld) ausgezahlt. Davon 198,1 Millionen DM für berufliche Bildung, 57,5 Millionen DM für die Förderung der Arbeitsaufnahme, 794,4 Millionen DM für Arbeitslosengeld, 252,9 Millionen DM für Arbeitslosenhilfe.

20 ebenda, S. 29 f.

21 ebenda, S. 33.

22 Landesamtsamt Nordrhein-Westfalen, Der Arbeitsmarkt im Ruhrgebiet, Düsseldorf 1979.

Die Hauptaktivitäten der Landesregierung liegen auf dem Gebiet der sogenannten Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. „Im Jahre 1979 dürften voraussichtlich rund 20 000 Plätze für Jugendliche im Land insgesamt gefördert werden, darunter in erheblichem Umfang auch im Ruhrgebiet. Der Bewilligungsrahmen (Ansätze und Verpflichtungsermächtigung) des Landes zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beträgt 1979 rund 620 Millionen DM²³, davon ca. ein Drittel im Ruhrgebiet.

Wissenschaft und Forschung: Seit 1961 wurden im Ruhrgebiet 5 Universitäten und Gesamthochschulen gegründet: Bochum (1961), Dortmund (1962), Duisburg (1972), Essen (1972), Fernuniversität-Gesamthochschule Hagen (1974). Die Studentenzahl stieg von 2000 (1960) auf 67 150 (1979). Der Anteil der im Ruhrgebiet Studierenden an der Gesamtzahl der nordrhein-westfälischen Studenten stieg damit von 2,8 % im Jahre 1950 über 18,3 % im Jahre 1970 auf z. Z. 23,2 %.²⁴ An den Hochschulen sind 1979 ca. 12 000 Arbeitskräfte beschäftigt. Bis Ende 1978 sind für die 5 Hochschulneugründungen über 3 Milliarden DM investiert worden, während an laufenden Ausgaben für die Revier-Hochschulen im Jahre 1979 etwa 800 Millionen DM vorgesehen sind.

Der Ausbau der Forschung außerhalb der Hochschulen wurde ebenfalls vorangetrieben: Unter anderem sind hier zu nennen die Bergbauforschungs GmbH Essen (1051 Mitarbeiter); das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen; die Forschungsgesellschaft für Arbeitsphysiologie und Arbeitsschutz, Dortmund; die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung, Dortmund; das Silikose-Forschungsinstitut, Bochum.

Verkehr: „Für das Wegenetz des ÖPNV im Ruhrgebiet (ohne S-Bahn) sind von 1967 bis 1978 staatliche Zuschüsse in Höhe von rund 1,8 Milliarden DM geleistet worden.“²⁵ Die Investitionsplanung 1977 bis 1990 für den Stadtbahnbau sieht im Bereich Rhein-Ruhr ca. 9 Milliarden DM vor. 1990 sollen ca. 172 km Stadtbahnstrecke in Betrieb sein. Für den Bau von S-Bahnen der Deutschen Bundesbahn sind 3 Milliarden DM Finanzhilfen vorgesehen.

Seit 1967 sind im Ruhrgebiet rund 175 km Autobahnen mit Kosten in Höhe von ca. 2 Milliarden DM neu gebaut worden.²⁶

Die Investitionen für den Neu-, Um- und Ausbau der Landstraßen im Ruhrgebiet betragen seit 1967 etwa 1,25 Milliarden DM. Für die kommenden Jahre sind Investitionen in der gleichen Größenordnung vorgesehen. Für kommunale Straßenverkehrsprojekte wurden von 1967 bis 1978 den Kommunen 1,5 Milliarden DM Zuschüsse gewährt, ebenso 1,1 Milliarden DM Straßenbauzuweisung zur Erfüllung ihrer Aufgaben aus der Straßenbaulast. Bund und Land haben für den Ausbau der Wasserstraßen seit 1967 ca. 1,5 Milliarden DM aufgewandt.

Umweltschutz: Auch im Bereich des Umweltschutzes sind die organisatorischen, gesetzgeberischen und finanziellen Maßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen und des Bundes nicht unerheblich gewesen: 1962 wurde in Nordrhein-Westfalen als erstem Bundesland ein Immissionsschutzgesetz verabschiedet. 1963 wurde die Landesanstalt für Immissionsschutz (Essen) gegründet. Ein Immissionsschutzkataster wurde aufgebaut. Bei der Bekämpfung von Grobstaub, Ruß und Schwefeldioxyd wurden Erfolge erzielt. 1975

23 Politik für das Ruhrgebiet, S. 40.

24 ebenda, S. 44.

25 ebenda, S. 48.

26 ebenda, S. 49.

wurde für alle 43 Siemens-Martin-Öfen der Eisen- und Stahlindustrie die Entstaubung angeordnet, die bis Ende 1979 bis auf 4 Öfen abgeschlossen ist. In Nordrhein-Westfalen werden „Luftreinhaltepläne“ aufgestellt. „Das Schwergewicht der Sanierungsmaßnahmen der Luftreinhaltepläne liegt im industriellen Bereich. So müssen allein im Rahmen der 1977 bzw. 1978 aufgestellten Pläne für das Ruhrgebiet-West und Ruhrgebiet-Ost ca. 400 Einzelmaßnahmen an Kraftwerken, Kokereien, Hochöfen, Sinteranlagen, Stahlwerken, Gießereien und Chemieanlagen durchgeführt werden.“²⁷

Die wichtigste Form der staatlichen Subventionierung der Umweltschutzinvestitionen an Industrieanlagen ist neben der Förderung von Einzelprojekten die Steuervergünstigung nach § 7d EinkStG (erhöhte Absetzungen für Wirtschaftsgüter, die dem Umweltschutz dienen). Im Rahmen des hierzu erforderlichen Bescheinigungsverfahrens wurden im Jahre 1978 Bescheinigungen über ein Investitionsvolumen von ca. 359 Millionen DM erteilt. Hiervon entfielen auf Investitionen im Ruhrgebiet ca. 182 Millionen DM.²⁸

Insgesamt hat sich zwischen 1963/64 und 1977 im Ruhrgebiet der Staubbiederschlag um mehr als die Hälfte verringert. Im gleichen Zeitraum haben die Schwefeldioxydemissionen um ca. 50 % abgenommen. Zwischen 1970 und 1977 konnten die Feinstaubemissionen im Ruhrgebiet um $\frac{1}{3}$ verringert werden.

Der Lärmschutz steht dagegen vergleichsweise noch am Anfang. Analog zu den Luftreinhalteplänen sollen Lärminderungspläne in Nordrhein-Westfalen erarbeitet werden.

Wasserversorgung: Für den Ausbau des vorzüglichen Talsperrenwesens sind seit 1963 86 Millionen DM, für die Abwasserbeseitigung seit 1967 481 Millionen DM als Unterstützung für die Gemeinden, den Ruhrverband, die Emscher-Genossenschaft und den Lippe-Verband vom Lande zusätzlich bereitgestellt worden. In den nächsten 5 Jahren sind Abwasseranlagen mit Kosten in Höhe von etwa 500 Millionen DM geplant.²⁹

Auch im Bereich der *Abfallwirtschaft* gibt es im Ruhrgebiet im großen und ganzen richtungweisende Konzeptionen und Lösungen. So wird z. B. in Herten vom Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk ein Rohstoffrückgewinnungszentrum geplant und gebaut, an dem sich auch das Land NRW mit ca. 35 Millionen DM beteiligt.

Städtebau, Freizeit und Erholung, Wohnungsbau, soziale Infrastruktur: „Die städtebauliche Situation des Ruhrgebiets ist gekennzeichnet durch seine bergbaubedingte polyzentrische Siedlungsstruktur mit meist ungünstiger Gemengelage von Wohn- und Industriebereichen, die als Folge früher Industrialisierung heute das Wohnumfeld oft beeinträchtigt.“³⁰ Deshalb sind an zahlreichen Orten, besonders in den Stadtzentren und Nebenzentren, Stadtumbaumaßnahmen, zunächst in den 60er Jahren in der Regel als Kahlschlagsanierungen mit anschließender hochverdichteter Bebauung, ergriffen worden. Auf Grund des Widerstandes gegen die Flächensanierungen wurden in jüngster Zeit verstärkt Altbaumodernisierungsmaßnahmen durchgeführt. Aus Städtebauförderungsmitteln hat das Land die Verbesserung des Freizeit- und Erholungsangebotes im Ruhrgebiet seit 1969 mit ca. 211 Mill. DM bezuschußt.

Betriebsverlagerung zwecks Entflechtung von Wohn- und Gewerbe- bzw. Industriegebieten wurden von 1970 bis 1978 mit ca. 223 Mill. DM bezuschußt. Insgesamt wurden von

27 ebenda, S. 54.

28 ebenda, S. 54.

29 ebenda, S. 60.

30 ebenda, S. 61.

Bund und Land Städtebauförderungsmittel in Höhe von 1,226 Mrd. DM von 1971 bis 1978 eingesetzt. Im Ruhrgebiet wurden von 1958 bis 1978 510 000 WE mit ca. 13 Mrd. DM im sozialen Wohnungsbau gefördert.

Von 1967 bis 1978 hat sich die Zahl der Heime der offenen Tür für Jugendliche vervierfacht, und die Zahl der Jugendfreizeitheime stieg von knapp über 200 auf annähernd 350. Für Tageseinrichtungen für Kinder wurden von 1969 bis 1978 ca. 222,7 Mill. DM Investitionskosten aufgewandt.

In der Zeit von 1960 bis 1978 wurden im Ruhrgebiet insgesamt 40 Krankenhausneu- bzw. Ersatzneubauten sowie Teilneubauten mit insgesamt 13 179 Betten mit Unterstützung des Landes errichtet.

Zur Förderung des Sportstättenbaus wurden seit 1960 vom Land Nordrhein-Westfalen insgesamt rund 224 Mill. DM plus 34 Mill. DM für Großstadien bereitgestellt. Darüber hinaus wurden und werden im Ruhrgebiet noch Bundes- und Landesleistungszentren finanziert.

Die *Kulturlandschaft* Ruhrgebiet ist durch einige wichtige Investitionsobjekte abgesichert worden: Über eigenes Theaterangebot verfügen die Städte Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen, Oberhausen, Essen, Duisburg und Recklinghausen als Sitz der Ruhrfestspiele. Städtische Orchester gibt es in Duisburg, Essen, Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen und Oberhausen sowie weitere Orchester in Marl, Recklinghausen und Essen. Das Bibliothekswesen ist ebenfalls entwickelt und erhält durch die neuen Hochschulbibliotheken einen weiteren Aufschwung.³¹

Die Maßnahmen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen bezüglich des Ruhrgebiets wurden deshalb so relativ ausführlich dargestellt, um im folgenden deutlich herausarbeiten zu können, warum trotz dieser beträchtlichen staatlichen Aktivitäten die heutige Krise des Ruhrgebiets nicht verhindert werden konnte. Die Erklärung hierfür wird im folgenden Kapitel versucht werden. Generell liegt sie in dem nichtplanmäßigen Strukturwandel der gesellschaftlichen Produktion und ihrer territorialen Bewegungsform durch das Lenkungsprinzip des Monopolgewinns. Der für die regionale Entwicklung ausschlaggebende Faktor ist die Bewegung der territorialen Produktionsstruktur, die im wesentlichen durch die monopolistischen Kapitalverwertungsbedingungen determiniert wird. Es wird die Hypothese formuliert, daß die Unternehmen, die an der mit staatlichem entwertetem Kapital unterstützten sektoralen und territorialen Kapitalwanderung beteiligt sind, einerseits nicht an einer vollständigen Beseitigung der Folgen der Stagnation der dominierenden Branchen interessiert sind, weil eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit ein günstiges regionales Milieu für Branchen mit unterdurchschnittlich guten Kapitalverwertungsbedingungen ist, daß andererseits die Restrukturierung einer Region in Form einer nachträglichen Anpassungsplanung an staatlicherseits geförderte sektorale und regionale Kapitalmobilität die Krise nicht beheben kann, weil das Tempo der Kapitalwanderung viel höher ist als das des Umbaus der regionalen Infra- und Siedlungsstruktur sowie des Aufbaus einer neuen territorialen Produktionsstruktur.

Das Volumen und die Struktur der staatlich finanzierten Anpassungsinvestitionen ist andererseits verantwortlich dafür, in welchem Ausmaß die Krisenfolgen auf die Regionsbevölkerung abgewälzt werden. In diesem Punkte wiederum ist die Situation der Ruhrgebietsbevölkerung relativ günstig im Vergleich zu den entsprechenden alten Montanregio-

³¹ ebenda, S. 65.

nen der Europäischen Gemeinschaft (Saarland, Lothringen, Belgien, Nordfrankreich sowie die verschiedenen Montanregionen Großbritanniens). Eine Theorie räumlicher Krisen hat daher auch einen Erklärungsbeitrag dafür zu leisten, warum sich die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung auch im unterschiedlichen Verlauf und unter der unterschiedlichen Intensität regionaler und städtischer Krisen niederschlägt, warum schließlich das Ausmaß der Abwälzung der Krisenlasten auf die betroffenen Regionsbevölkerungen unterschiedlich ist. Es ist wahrscheinlich, daß eine Strategie des beschleunigten Strukturwandels, d. h. der staatlichen Förderung des Abbaus von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger relativ ausgebauter sozialer Absicherung der betroffenen Arbeitskräfte und hohen Anpassungsinvestitionen, die Arbeitsproduktivität der Beschäftigten so schnell erhöht, daß eine derartige Politik in Wachstumszeiten finanzierbar ist und gegenüber der internationalen Konkurrenz Vorteile verschafft. Ein Indiz für diese Strategie des aktiven Strukturwandels ist die Tatsache, daß allein von 1958 bis 1967 insgesamt ca. 16,3 Mrd. DM an Hilfen der öffentlichen Finanzwirtschaft für den Ruhrbergbau vergeben wurden, davon ca. 10,4 Mrd. DM allein an Subventionen für den Arbeitgeberanteil zur Knappschaftsrentenversicherung (6,7 Mrd. DM) und an Unterstützungen für den Arbeitnehmeranteil der Knappschaftsrentenversicherung (3,7 Mrd. DM).³²

Im folgenden Abschnitt soll versucht werden, einige Aspekte einer Theorie regionaler Strukturkrisen aus der marxistischen Raumökonomie abzuleiten.

III. Elemente einer marxistischen Theorie räumlicher (regionaler und städtischer) Krisen

1. Grundelemente der räumlichen Dimension des kapitalistischen Reproduktionsprozesses

Die Integration der Raumdimension in die Politische Ökonomie hat in doppelter Weise zu erfolgen: „Zum einen über die Naturbedingtheit menschlicher Arbeit, also über die Abhängigkeit jeglicher gesellschaftlicher Arbeit von dem vorhandenen (und zunehmend gesellschaftlich geschaffenen, H. B.) ‚geographischen Milieu‘³³ und damit den naturbedingten Produktivkräften, zum anderen über die *Raumsphäre* bzw. den *Wirkungsraum* der gesellschaftlichen Arbeit, wie sie aus den je historisch spezifischen Kooperationsformen resultieren . . . Die entscheidende Frage ist nun, wie sich diese in den natürlichen und gesellschaftlichen Produktivkräften angelegten allgemeinen räumlichen Determinationen über die formationsspezifische Entwicklung der Produktivkräfte in eine den jeweiligen Produktionsverhältnissen adäquate territoriale Produktions- und Siedlungsstruktur umsetzen.“³⁴

Der kapitalistische industrielle Produktionsprozeß ist widersprüchliche Einheit von Arbeits- und Wertbildungs-/Verwertungsprozeß des Kapitals. Der kapitalistische

32 U. Sonnenschein, Die Industrie des Ruhrgebiets als Objekt der Strukturpolitik, Dissertation, Bochum 1970, Tab. 1.

33 G. Schmidt-Renner, Elementare Theorie der ökonomischen Geographie, Gotha/Leipzig 1966, S. 55.

34 D. Läßle, Gesellschaftlicher Reproduktionsprozeß und Stadtstrukturen, in: M. Mayer, R. Roth, V. Brandes (Hrg.), Stadtkrise und soziale Bewegungen. Texte zur internationalen Entwicklung, Köln/Frankfurt/Main, 1978, S. 33.

Arbeitsprozeß weist zwar bestimmte Besonderheiten auf — er findet unter dem Kommando des auf das begrenzte Profitziel orientierten Kapitals statt und unterscheidet sich deshalb wesentlich vom sozialistischen Arbeitsprozeß —, ist jedoch als Arbeitsprozeß, d. h. als Prozeß der Einwirkung des Menschen auf die Natur vermittels Maschinen und Technologien, bestimmten Natur- und Technikgesetzen unterworfen, die formationsunspezifisch wirken. Deshalb muß zunächst die Analyse der territorialen Arbeitsteilung und ihrer Organisationsformen³⁵ vorgenommen werden.

Die Höherentwicklung der Verausgabung der menschlichen Arbeitskraft, deren Maß die zunehmende Fähigkeit ist, ein immer größeres absolutes und relatives Mehrprodukt zu erzeugen, führt über den Weg der fortschreitenden Vergesellschaftung des Reproduktionsprozesses, d. h. über immer höhere Formen der Arbeitsteilung. Räumliche Organisationsformen dieser Arbeitsteilung sind:

- territoriale Spezialisierung
- territoriale Komplexität
- territoriale Kombination
- territoriale Kooperation und Konzentration.

Die verschiedenen Kommunikationssysteme und Transportsysteme sind die Adern, die sachlich und räumlich den Gesamtcharakter des ausdifferenzierten Reproduktionsprozesses realisieren. Grundlegend ist hierbei die Unterscheidung von „zwischengebietlichen“ (interregionalen) und „innergebietlichen“ (intraregionalen) Elementen der Arbeitsteilung.

Ausmaß und Struktur des Entwicklungsniveaus der territorialen Arbeitsteilung sind abhängig vom Stand der Produktivkraftentwicklung, die selbst wiederum von den Produktionsverhältnissen gefördert oder gehemmt wird. So ist z. B. der mögliche Grad der Konzentration der Produktion einer bestimmten Ware (Automobile) an einem Standort im Kapitalismus nicht nur abhängig von dem historisch variablen Gefüge von Kostendegression der Massenproduktion, Transportökonomie und Bodennutzungsbedingungen, den sogenannten raumdifferenzierenden Faktoren³⁶, sondern auch bestimmt vom Stand der Konkurrenz zwischen den Automobilkonzernen, ihren verfestigten und monopolisierten Absatzmärkten usw. Insofern ist die räumliche Organisation des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses formationspezifisch und prägt somit auch die konkreten Formen und Dimensionen der territorialen Arbeitsteilung und ihrer Organisationsformen. Die marxistische Grundthese „Nicht was, sondern wie produziert wird, unterscheidet die verschiedenen Gesellschaftsformationen“ muß dementsprechend auch bei der Analyse der räumlichen Bewegungsformen des Reproduktionsprozesses berücksichtigt werden. Zu jeder Produktionsweise gehört die Produktion von Gebrauchswerten und damit auch von Produktions- und Siedlungsstrukturen. Produktionsweisen mit industrieller Grundlage erzeugen überwiegend städtische Siedlungsstrukturen. Das Eigentümliche ist auch hier die *Form* der Siedlungsstruktur, ihr interregionales Muster (Größenstruktur, Hierarchie) und die interne Struktur der einzelnen Städte und Siedlungen. Die Form der Produktion wiederum entscheidet über Prioritäten und Proportionen der Produktion und damit über

35 Territorialplanung. Herausgegeben von R. Bönisch, G. Mohs und W. Ostwald, Berlin 1976, S. 25 ff. Dieses erste Lehrbuch der Territorialökonomie in der DDR bietet einen systematischen Überblick. Vgl. auch die Rezension dieses Buches durch G. Streibelin: *Wirtschaftswissenschaft*, Heft 8/1977, S. 1249 ff.

36 E. von Böventer, *Standortentscheidung und Raumstruktur*. Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 76, Hannover 1979, S. 9 ff.

die konkrete Gebrauchswertstruktur des gesellschaftlichen Gesamtprodukts. Während z. B. Brasilien als Entwicklungsland über eine für seinen Entwicklungsstand parasitäre Pkw-Produktion verfügt, deren Stellung im krassen Gegensatz zum niedrigen Niveau der Befriedigung der Grundbedürfnisse Nahrung, Wohnung, Bildung und Gesundheit steht, ist der kubanische Produktionsapparat heute auf die Befriedigung dieser Grundbedürfnisse ausgerichtet. Die Struktur des Outputs der Produktion ist folglich sehr unterschiedlich, ebenso die Standortstruktur der Produktivkräfte und der Siedlungsstruktur.

Für die territoriale Betrachtungsweise ist nicht nur die Analyse des Produktionsprozesses notwendig, sondern die Betrachtung des Gesamtprozesses der gesellschaftlichen Reproduktion als Einheit von Produktions-, Zirkulations- und Konsumtionsprozeß. Läßle schlägt hier vor, die Kategorie des „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters“ zentral zu nutzen.³⁷ Aus dieser Sicht betrachtet man nicht nur die Standortstrukturentwicklung der Industrie, der Landwirtschaft und der Verwaltungseinrichtungen, d. h. die Standortstruktur der Produktivkräfte (territoriale Produktionsstruktur), sondern immer auch die an jedem Einzelstandort sich entwickelnde Siedlungsstruktur einschließlich der Standortssysteme der Zirkulation und Konsumtion sowie der Art und Weise, des Ausmaßes und der Dimensionen der Nutzung der natürlichen Ressourcen, die Errichtung von Anlagen zu ihrem Schutz bzw. zu ihrer erweiterten Reproduktion usw.

Von besonderem Interesse sind dabei zwei Problembereiche: einerseits die Widersprüche zwischen der Dynamik der Produktionsstruktur und der relativen Trägheit der Siedlungsstruktur, andererseits der ‚feed back‘, den eine zur Produktionsstruktur dysfunktionale Siedlungsstruktur auf deren Dynamik und Produktivität ausübt.

Alle Ökonomie löst sich letztlich auf in die Ökonomie der Zeit.³⁸ Anders ausgedrückt: „Der gemeinsame Nenner der Einsparung aller Arten von Aufwendungen zur Erreichung eines bestimmten Resultats ist die Zeit.“³⁹ Dies gilt folglich auch für das Maß der Effektivität der räumlichen Verteilung der gesellschaftlichen (lebendigen und vergegenständlichten) Arbeit.

Die zur Erreichung eines gegebenen Ziels erforderliche Minimierung des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes (begleitet von relevanten Arbeitszeitverkürzungen und der humaneren Gestaltung der Arbeitsbedingungen) bzw. — was nur ein anderer Ausdruck des Optimierungsproblems ist — die Maximierung des Zielerreichungsgrades bei einem gegebenen gesellschaftlichen Arbeitsaufwand ist nicht das Ziel der kapitalistischen Proportionierung des Arbeitsaufwandes, da das Mehrwertgesetz die Kapitalisten zur Minimierung der bezahlten Arbeitszeit, nicht zur Minimierung der Gesamtarbeitszeit veranlaßt. Dies führt zum Verschleiß der Arbeitskraft, zu Verschwendung von Arbeitsvermögen in Form von Arbeitslosigkeit, brachliegenden Produktionsanlagen sowie zu einer am Profitziel orientierten räumlichen Organisation des gesellschaftlichen Lebens.

Das Wertgesetz in der einfachen Warenproduktion, das Produktionspreisgesetz bzw. seine Modifikationen durch die monopolistische und staatsmonopolistische Weiterentwicklung des Kapitalismus haben die Konkurrenz der individuellen und nationalen Kapitale zur Voraussetzung. Entscheidungen über die Nutzung der räumlichen Ressourcen sowie die räumliche Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters fallen daher nicht nach

37 D. Läßle, a. a. O.

38 K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf 1857—1858), Berlin (DDR), 1953, S. 89.

39 Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin (DDR) 1969, S. 238.

Maßgabe gesamtgesellschaftlicher Optimierungskriterien, sondern grundsätzlich spontan als Resultat von an Partialinteressen orientierten Einzelentscheidungen. Der Anarchie der Produktion entspricht damit die Anarchie der Standortstruktur. Eine hohe Wertschöpfung muß daher nicht unbedingt eine hohe und qualitativ gute reale Versorgung der Menschen bedeuten, sondern kann z. B. mit überaus ungünstigen räumlichen Zuordnungen von Produktion, Zirkulation, Dienstleistungseinrichtungen und individueller Konsumtion verbunden sein, mit einer ungünstigen Rohstoffverwertung, hohen Wiederaufarbeitungskosten und hohem Transportaufwand.

Der *gebietswirtschaftliche Aufwand*, ein Maß für die Effektivität der räumlichen Organisation des Reproduktionsprozesses, ist der Aufwand, „den ein beliebiger Betrieb oder ein Produkt, eine Einrichtung oder auch die gesamte Wirtschaft eines Gebietes durch den Bedarf an gebietswirtschaftlichen Produktionsbedingungen im Wirtschaftsgebiet verursacht“.⁴⁰ Diese Kategorie ist formal vergleichbar mit dem Konzept der Berechnung der Kosten einer Maßnahme, z. B. einer Stadtteilsanierung, nach dem *Folgekostenprinzip* oder mit dem Konzept der positiven oder negativen „externen Effekte“ betrieblicher oder städtischer Investitionsmaßnahmen. Nur durch die komplexe Berechnung der Gesamtkosten (des gesamtgesellschaftlichen Arbeitsaufwands) kann z. B. entschieden werden, ob der Bau von 1000 neuen Wohnungen — bei Einhaltung eines je nach dem Stand des gesellschaftlichen Reichtums möglichen qualitativen Standards sowie bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Produktivität verschiedener Bauverfahren — günstiger auf der grünen Wiese oder aber durch Verdichtung und Umprofilierung vorhandener Siedlungsgebiete erfolgen kann, ob also eine *extensiv oder intensiv erweiterte Reproduktion der Siedlungsstruktur* erfolgen soll. Ein Hauptaspekt der städtischen und regionalen Krisen im heutigen Kapitalismus besteht daher darin, daß die profitorientierte Zirkulation des Mehrwerts verhindert, daß eine konsequente intensiv erweiterte Reproduktion der städtischen Substanz realisiert wird.⁴¹

Für den industriellen Bereich gibt es zahlreiche Beispiele für eine hocheffektive, überwiegend intensiv erweiterte Reproduktion, die in der Regel nach folgendem Phasenschema verläuft: monopolistische Konkurrenz—Fusion—Programmvereinbarung, Spezialisierung der einzelnen Werke einschließlich Rationalisierung — allmähliche Ausrichtung der Infrastruktur auf die neue Standortstruktur sowie Anpassung der städtischen Siedlungsstruktur. Dieser Prozeß läßt sich sehr gut z. B. an den Stahlkonzernen des Ruhrgebiets studieren (Krupp, Hoesch, Thyssen und Mannesmann), die nach der Fusionswelle Mitte der sechziger Jahre mangels Möglichkeiten nicht hauptsächlich in neue Küstenwerke investierten — im Gegensatz zum Klöckner-Konzern und den französischen Stahlkonzernen —, sondern den Hauptteil ihrer Investitionen auf die Modernisierung, Rationalisierung und Kapazitätsausweitung der jeweils günstigsten alten Standorte konzentrierten.

Die intensiv erweiterte territoriale Reproduktion der Stahlindustrie im Ruhrgebiet ist mit ein Hauptgrund dafür, daß die heutige Konkurrenzposition der Stahlindustrie des Ruhrgebiets im Vergleich zur saarländischen, luxemburgischen und lothringischen Stahlindustrie vergleichsweise günstig ist.⁴²

40 Gisela Lindenau, *Der gebietswirtschaftliche Aufwand. Planung und Leitung der Volkswirtschaft*, Heft 22, Berlin (DDR) 1968, S. 28.

41 Vgl. R. Child Hill, *Staatskapitalismus und städtische Finanzkrise in den USA*, in: M. Mayer, R. Roth, V. Brandes (Hrsg.) *Stadtkrise und soziale Bewegungen*, a. a. O., S. 79—99.

Am Beispiel der Fried. Krupp Hüttenwerke⁴³ soll der Prozeß der intensiv erweiterten Reproduktion und ihrer territorialen Bewältigung kurz dargestellt werden.

Tabelle 5: Roheisen- und Rohstahlerzeugung der Fried. Krupp Hüttenwerke

	Roheisenerzeugung	
	Werk Rheinhausen	Werk Bochum
1966		
Anzahl der Hochöfen	7	5
Kapazität in Mill. t/Jahr	1,8	1,1
1977		
Anzahl der Hochöfen	5	—
Kapazität in Mill. t/Jahr	4,8	—
Ziel		
Anzahl der Hochöfen	3	—
Kapazität in Mill. t/Jahr	5,4	—
	Rohstahlerzeugung	
	Werk Rheinhausen	Werk Bochum
1966		
Anzahl der Anlagen ¹	11	21
Kapazität in Mill. t/Jahr	2,2	1,5
1977		
Anzahl der Anlagen ¹	7	7
Kapazität in Mill. t/Jahr	5,5	1,2
Ziel		
Anzahl der Anlagen ¹	3	3
Kapazität in Mill. t/Jahr	6,0	1,2

¹ LD-Konverter, Siemens-Martin-Öfen, Elektroöfen.

Für das geplante Ziel ergibt sich eine im Durchschnitt zehnfache Produktionsleistung der Einzelanlagen gegenüber dem Ausgangszustand von 1966. Für den notwendigen Roheisentransport von Rheinhausen nach Bochum wurde die Bahnstrecke von der Bundesbahn voll elektrifiziert. Im Zuge dieser Rekonstruktion wurde bei einer fast 100prozentigen Steigerung der Kapazitäten die Staubemission beider Werke auf ca. 30 % des Ausgangswertes gesenkt. In einer Modellrechnung wurden die Investitionskosten dieser Rundumerneuerung mit 350 DM je Tonne Rohstahlkapazität bei hypothetischen Ko-

42 Dies muß jedoch nicht bedeuten, daß die Konzerne, die die Besitzer der in den zuletzt genannten Gebieten lokalisierten veralteten Werke sind, im Konkurrenzkampf unterlegen sein müssen, da sie in der Regel auch über neuerrichtete Kistenwerke verfügen. Falls es ihnen gelingt, die veralteten Werke im Zuge des Davignon-Planes stillzulegen, kann sich die internationale Konkurrenzsituation schnell ändern.

43 G. Meinshausen, Konzentration und Ausbau der Roheisen- und Rohstahlerzeugung der Fried. Krupp Hüttenwerke. Bericht Nr. 546 des Ausschusses für Anlagentechnik des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute, in: Stahl und Eisen 97 (1977), Nr. 3, S. 110—117.

sten von 500 DM je Tonne für ein neues Werk auf der grünen Wiese errechnet. „Der Unterschied von 150 DM (t/Jahr) ist dadurch bedingt, daß bei dem Ausbau . . . sehr weitgehend die vorhandene Infrastruktur mitbenutzt werden konnte und daß diese mit verhältnismäßig geringem Aufwand an die gestiegenen Leistungen angepaßt werden konnte.“⁴⁴

Ein wichtiger Aspekt von typischen Auswirkungen der intensiv erweiterten Reproduktion der territorialen Produktionsstruktur kann jedoch an diesem Beispiel nicht aufgezeigt werden: der Prozeß der *Rekonzentration* und der damit verbundenen vollständigen Aufgabe der jeweils ungünstigsten Standorte und damit einer in Hochkonjunkturzeiten durch Auslagerung von Teilproduktionen oder durch Zentralisation entstandenen komplexen Konzernstandortstruktur. Beispielsweise fusionieren zwei Konzerne mit 10 bzw. 5 Produktionsstandorten. Durch die Konzentration der verschiedenen Teilproduktionen auf die jeweils günstigsten Standorte reduziert sich die Zahl der intensiv erweiterten Standorte z. B. auf 12, wobei das Produktionsvolumen insgesamt größer sein mag als vor Beginn des „Bereinigungsprogramms“. Dies ist der typische Fall einer intensiven Erweiterung der territorialen Produktionsstruktur. Bei dem Krupp-Beispiel sind die gesellschaftlichen Aufwendungen für Umschulung, die Bereitstellung neuer Arbeitsplätze, die Milderung der sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit (1978 war z. B. die Arbeitslosigkeit in Duisburg und Bochum doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt), die Kosten der Neuausrichtung der regionalen Infra- und Siedlungsstruktur auf die neue Standortstruktur der Industrie kein Passivposten in den konzerninternen Wirtschaftlichkeitsberechnungen derartiger Umstrukturierungsmaßnahmen, auch wenn sie oftmals ein Mehrfaches der Konzerninvestitionen betragen haben mögen.⁴⁵ Derartige intensiv erweiterte Umstrukturierungsmaßnahmen sind vielmehr nur mit massiver staatsmonopolistischer Finanzierung des siedlungsstrukturellen Umbaus möglich. Dies gilt freilich erst recht für die Neuaufschließung von Standorten etwa an der Küste, wie es die Beispiele Klöckner, der französischen, belgischen, britischen und italienischen Konzerne zeigen.⁴⁶ Dennoch ergibt ein Vergleich beider Reproduktionstypen — die in der Realität natürlich nicht in reiner Form, sondern gemischt auftreten —, daß zumindest für die Industrie mit hohem Anteil des fixen konstanten Kapitals eine intensiv erweiterte Reproduktion an bereits historisch aufbereiteten Standorten einerseits betriebswirtschaftlich sehr kostengünstig, andererseits mit einem vergleichsweise niedrigeren gebietswirtschaftlichen Aufwand verbunden ist. Deshalb ist der Begriff der *territorialen Rationalisierung*⁴⁷, der im Sozialismus eine umfassende Strategie zur Durchsetzung der räumlichen Komponente des Gesetzes der Ökonomie

⁴⁴ ebenda, S. 116.

⁴⁵ So vorteilhaft die Konzentration der Rohstahlproduktion der Fried. Krupp Hüttenwerke auf das Werk Rheinhausen war, so problematisch waren die Auswirkungen auf den gesamten Duisburger Standort, weil Mannesmann und Thyssen ebenfalls ihre Produktion in Duisburg konzentrierten. Duisburg blieb somit die Stadt mit der stärksten Luftverschmutzung in Westeuropa. Dies trug mit bei zu einer außerordentlich hohen Abwanderungsrate. Vgl. M. Walz, Die Bedeutung der räumlichen Konzentration der Industrie für die Entwicklungsplanung am Beispiel der (Nieder-)Rheinschiene. In: J. Janssen, M. Statz (Hrsg.) Stadtentwicklungsprozesse in der BRD. Ausdruck der Ohnmacht von Stadt- und Regionalplanung, Köln 1979.

⁴⁶ Vgl. M. Castells und F. Godard, *Monopolville*, Paris 1976. Vgl. ebenso H. Bömer, *Internationale Kapitalkonzentration und regionale Krisenentwicklung am Beispiel der Montanindustrie und der Montanregionen der Europäischen Gemeinschaft*, Dortmund Beiträge zur Raumplanung Bd. 5, Dortmund 1977.

⁴⁷ C. Wurms, *Raumordnung und Territorialplanung in der DDR. Untersuchungen zur Entwicklung von Territorialstruktur, Planungsorganisation und Raumwissenschaft in der DDR*. Mit Beiträgen von M. Görg, W. Selke und D. Töpfer, Dortmund 1976.

der Zeit beinhaltet, außerordentlich wichtig für das Verständnis der ökonomischen Effektivität der räumlichen Organisation des gesellschaftlichen Lebens.

2. Die Spezifik territorialer Disproportionen, Widersprüche und Krisen

Von territorialen Krisen kann im Kapitalismus dann gesprochen werden, wenn sich die räumlichen Verteilungsverhältnisse der einzelnen Elemente des Reproduktionsprozesses in ihren stofflichen und wertmäßigen Dimensionen gegenüber den Erfordernissen des Reproduktionsprozesses als disproportional (Überschuß oder Mangel) herausstellen. Die wichtigsten Erscheinungsformen territorialer Krisen sind:

- regional konzentrierte Vernichtung von Kapital aufgrund fehlender Reinvestitionen (statt dessen regionaler Kapitalexport);
- Zerstörung des regionalen Reproduktionsprozesses durch Überbeanspruchung der natürlichen und menschlichen Ressourcen (Beispiel: Ruhrgebiet im letzten Drittel des 19. Jh.);
- dauerhafte Nichtauslastung der sachlichen und menschlichen Produktivkräfte sowie der Infrastruktureinrichtungen;
- generelle Unterausstattung der Regionen mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur;
- erzwungene Mobilität der Arbeitskräfte usw.⁴⁸

Die typische kapitalistische Form der relativen „Lösung“ der Territorialkrisen ist die regional konzentrierte Kapitalvernichtung, die geographische Zirkulation des Mehrwerts sowie die erzwungene Mobilität der Arbeitskräfte. Die *Spezifik* der räumlichen Disproportionen und folglich auch der Territorialkrisen liegt in dem „Trägheitsmoment der Territorialstruktur“ begründet: im Akkumulationsprozeß werden zwar immer auch neue Regionen erschlossen, neue Städte gebaut und die bereits vorhandenen aufgrund der notwendigen ungleichmäßigen Entwicklung des Akkumulationsprozesses ungleichmäßig reproduziert. Der Zeitraum der Erschließung und des Neubaus von Regionen und Städten ist jedoch wesentlich geringer als die Lebensdauer, denn die Umschlagsgeschwindigkeit der stofflichen Infrastruktureinrichtungen (allgemeine Produktionsbedingungen wie: Verkehrsanlagen, Wasseraufbereitung und -entsorgung, Einrichtungen für die Qualifikation und Reproduktion der Arbeitskräfte einschließlich des Wohnungsbestandes) liegt zwischen 50 bis 100 und mehr Jahren. Aufgrund der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion und des tendenziellen Falls der Profitrate erfolgt zweitens eine zunehmende *Infrastrukturierung* von immer mehr Bereichen des Reproduktionsprozesses; da der fixe Teil dieser Produktionsfonds zunimmt, erfolgt eine immer langfristigere räumliche Fixierung dieser Infrastrukturanlagen⁴⁹, während gleichzeitig die potentielle räumliche Mo-

48 Vgl. hierzu: W. Linder, U. Maurer, H. Resch, Erzwungene Mobilität. Alternativen zur Raumordnung, Stadtentwicklung und Verkehrspolitik, Köln/Frankfurt a. M., 1975; Bundesraumordnungsbericht 1974; 1978; Bundesraumordnungsprogramm 1975; Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 06.012, Raumordnungsprognose 1990, Bonn 1977; Arbeitskreis arbeitsorientierte Regionalwissenschaft, Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik. Erklärung zur Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Zusammengefasst von Klaus Brake, Köln 1979.

49 Vgl. auch H. Bömer und L. Schröter, Ursachenanalyse regionaler Krisenanfälligkeit. Zur Anwendung der Theorie der Überakkumulation / Einwertung auf regionale Probleme. In: Gesellschaft für Regionalforschung, Seminarberichte 10, St. Jakob 1974.

bilität der noch unter der Verfügung des privaten Kapitals verbleibenden speziellen Produktionsprozesse ansteigt. „Wenn die wertmäßige Umschlagszeit der (speziellen, *H. B.*) Arbeitsmittel sich heute dem Fünfjahreszyklus annähert, so braucht es wenig Phantasie, um sich vorzustellen, welche Unzahl von Möglichkeiten zum Entstehen räumlicher Disproportionen sich allein aus dieser Ungleichmäßigkeit ergibt.“⁵⁰

Das Kapital ist folglich in der Lage, eine über Jahrzehnte und Jahrhunderte entwickelte Region innerhalb kurzer Zeit zu destabilisieren, wenn die Konkurrenz zu einer Kapitalvernichtung führt bzw. wenn die speziellen Produktionsprozesse ganz oder teilweise demontiert und in anderen Gegenden der kapitalistischen Welt wieder aufgebaut werden. (Die dort ebenfalls notwendige Bereitstellung der allgemeinen Produktionsbedingungen und der Arbeitskräfte erfolgt zunehmend als Ergebnis der territorialen Konkurrenz der Staaten und Regionen, heute unter der Bedingung der staatsmonopolistischen Finanzierung dieser Voraussetzungen.) Die Spezifik der territorialen Krise ist dann ebenfalls ihr *Dauercharakter*, weil das fixe konstante staatliche Kapital nicht schlagartig vernichtet werden kann. Die Krisen schleppen sich über Jahrzehnte hin, da es in der Regel nicht vorkommt, daß eine entwickelte Region, in der das Kapital der jeweils dominierenden Branchen vernichtet wird, vollständig das territoriale Anlagefeld anderer Branchen wird. Dafür gibt es vielfältige Gründe: unter anderem kommt es in der Regel nicht zur totalen Demontage der alten Branchen, und zwar dann nicht, wenn es sich um monopolistische Wirtschaftssektoren mit hoher organischer Zusammensetzung des Kapitals und hohem Anteil des fixen konstanten Kapitals handelt. Diese Monpole sind nicht an einer weitgehenden Umprofilierung und Neubesetzung „ihrer Region“ interessiert, weil eine regional fixierte industrielle Reservearmee und bereits „eingearbeitete“ staatliche Apparate zu sehr günstigen Kapitalverwertungsbedingungen der noch vorhandenen Kapitale führen können.

Tabelle 6: Schema der Kapitalstruktur einer Region

	Werteinheiten	Umschlagszeit in Jahren	Beschäftigte
Gesamtkapital einer Region (staatliches und privates Kapital)	1000	—	1000
Kapital und Vermögen im Infrastrukturbereich (staatlich) und im Wohnungssektor	800	100	200
Kapital im privaten Sektor	200	7½	800
— davon im Basissektor	100	5	400
— davon im Nicht-Basissektor	100	10	400

50 H.-J. Hermann, *Gemeinsamer Informationsbedarf von Umweltplanung und Raumplanung*, Diplomarbeit, Universität Dortmund, Abt. Raumplanung, Dortmund 1977, S. 137, vgl. auch: R. Katzenstein, *Technischer Fortschritt, Kapitalbewegung, Kapitalfixierung, Einige Probleme der Ökonomie des fixen Kapitals unter den gegenwärtigen Bedingungen der Vergesellschaftung der Produktion im SMK*, Berlin (DDR), 1971.

Eine Vernichtung von nur 25 Kapitaleinheiten, d. h. von nur 2,5 Prozent des Gesamtkapitals, im Basissektor des regionalen Produktionskapitals⁵¹ zieht unter sonst gleichbleibenden Umständen eine Nichtauslastung von ebenfalls 25 Einheiten im Nicht-Basissektor sowie von 200 Einheiten im IS-Bereich nach sich. Die Zahl der Arbeitsplätze würde theoretisch um 250 zurückgehen, die Arbeitslosenquote auf 25 Prozent steigen können. Praktisch wird die Arbeitslosigkeit nicht auf dieses Niveau steigen, weil die Arbeitslosen nicht völlig als Nachfrager ausfallen. Ihr Einkommen würde sich in der BRD um etwa 40—50 Prozent verringern.

Für Produktionen, die keine hohe Infrastrukturierung der allgemeinen Produktionsbedingungen zur Voraussetzung haben, die aber dennoch regional stark konzentriert sind (z. B. die Uhrenindustrie im Schwarzwald oder die Textilindustrie im Münsterland) kann die „Lösung“ einer Branchenkrise ein sehr schneller Niedergang dieser Region mit der erzwungenen Abwanderung der Bevölkerung sein.⁵² Es ist folglich zweckmäßig, von einem im Kapitalismus unlösbaren Widerspruch zwischen der Dynamik der Zweigstruktur der Produktion und den Proportionalitätsinteressen der Territorialstruktur der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens zu sprechen.⁵³

Ein weiterer territorialer Disproportions- und Krisentyp ist der der zu schnell wachsenden neuen Regionen, d. h. eine nicht planmäßige Mischung von extensiv und intensiv erweiterter territorialer Reproduktion. Der Konkurrenz der Kapitale untereinander entspricht die Konkurrenz der Gebietskörperschaften bzw. der Staaten selbst. Um neue Industrie anziehen zu können, werden massive Infrastrukturvorleistungen erbracht, gerade auch in solchen Regionen, die eine künftige Entwicklungschance etwa aufgrund einer günstigen Lage zum sich schnell entwickelnden kapitalistischen Welthandel aufweisen. In Boom-Zeiten werden in solchen Regionen aufgrund der Arbeitskräfteknappheit vor allem die innerregionalen Proportionalitätsbedingungen für die Reproduktion der Arbeitskraft verletzt. In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit werden dann speziell die produktionsorientierten IS-Systeme weiter ausgebaut, es sei denn, die Qualität der haushaltsorientierten IS sei selbst ein wichtiger Ansiedlungsfaktor. Dies trifft zu für Industrien und Dienstleistungsunternehmen, deren Arbeitskräfte hochqualifiziert sind und damit auch hohe Einkommen erzielen. Die Konkurrenz der Regionen untereinander erzeugt damit bei den alten Regionen „Abwehrinvestitionen“ im IS-Bereich, die entsprechend der ökonomischen Leistungsfähigkeit ungleichmäßig dimensioniert sind. Insgesamt werden zu viele Regionen und Städte aufbereitet bzw. erhalten. Damit wird gesellschaftliche Arbeit überproportional verausgabt, die dann nicht entsprechend genutzt werden kann und folglich brachliegt und vernichtet wird. Es realisiert sich somit im Kapitalismus eine Gesetzmäßigkeit der Überproduktion von Produktionsstandorten, Regionen und Städten.⁵⁴

Ein anderer Aspekt des gleichen Mechanismus ist die Tatsache, daß der Kapitalaufwand für jeden einzelnen Produktionsstandort zu gering ist, um ihn in seinen technisch mögli-

51 Als Basissektor wird in der Regionalökonomie der Sektor bezeichnet, dessen Waren regional exportiert werden. Der Nichtbasissektor schafft innerhalb der Region mit dem Infrastruktursektor die Voraussetzungen für die Produktionsmöglichkeiten des Basissektors. Vgl. dazu etwa F. Buttler, K. Gerlach, P. Liepmann, Grundlagen der Regionalökonomie, tororo studium, Reinbek bei Hamburg 1977.

52 In den USA ist aufgrund der großen Flächen- und Naturressourcen der Mechanismus der „Wegwerfstädte und -regionen“ viel extremer ausgeprägt als im dichtbesiedelten Westeuropa.

53 H. Bömer, L. Schrötter, Ursachenanalyse . . . , a. a. O., S. 51.

54 H. Bömer, Internationale Kapitalkonzentration und regionale Krisenentwicklung . . . , a. a. O., Kap. IV.

chen Dimensionen zwecks Ausnutzung der Kostendegression zu entwickeln. Aufgrund der monopolistischen Beherrschung der Regionen erfolgt in der Regel auch keine komplexe Entwicklung der neuen Regionen. Suboptimale Kombinationsmöglichkeiten innerhalb von Industrieregionen führen aber zwangsläufig zu einer Überproportionierung der Transportarbeit zwischen den Regionen.

Damit ist nicht gesagt, daß alle Agglomerationen zu klein seien. Im Gegenteil: Die Produktionsentwicklung im Transportwesen ermöglicht gerade eine riesige spontane Zusammenballung von Industrie und tertiärem Sektor bei gleichzeitiger Entleerung großer ländlicher Gebiete.

Ein ähnlich kostspieliger Prozeß findet innerhalb jeder einzelnen Region und Stadt statt. Das Ausufern der Siedlungsstruktur der Metropolen, die rasche Expansion von Stadtteilen bei gleichzeitigem Niedergang der alten Stadtteile, die Suburbanisierung, die räumliche *Segregation* der Bevölkerung entsprechend der Klassen- und Schichtenstruktur als Folge der Konkurrenz um die Nutzung des städtischen Grund und Bodens, die funktionale Trennung der Daseinsfunktionen aufgrund des städtischen Grundrentenmechanismus⁵⁵ sind Erscheinungsformen der Dominanz der privatkapitalistischen Interessen über den heute hochvergesellschafteten räumlichen Reproduktionsprozeß.

3. Staatsmonopolistische Finanzierung der extensiven und intensiven Reproduktion territorialer Produktions- und Siedlungsstrukturen

Es liegt auf der Hand, daß die gewaltigen Kosten für die infrastrukturelle Aufbereitung der neuen Industriegebiete, ihre Anbindung an das vorhandene Netz der Siedlungsstruktur sowie die „Verteidigungsinvestitionen“ in den von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen alten Industriegebieten und Großstädten großenteils aus staatlichen Mitteln finanziert werden. Die staatlichen Haushalte werden folglich doppelt belastet. Der gleiche Mechanismus setzt sich auch innerhalb der Stadtregionen durch. Während in den Städten mit hohem Aufwand und oftmals mit äußerst negativen sozialen Folgen Sanierungs- und Erneuerungsinvestitionen getätigt werden, werden gleichzeitig durch den Bau von großspurigen Verkehrssystemen die Innenstädte auch für das Umland so gut erreichbar, daß sich die Investitionen bestimmter Teile der Industrie, des Gewerbes, Handels und Dienstleistungssektors sowie der Wohnungswirtschaft zunehmend auf das Umland konzentrieren und hier wieder hohe Folgeinvestitionen erforderlich machen, so daß die kommunalen Haushalte doppelt belastet werden und schnell an ihre Verschuldungsgrenzen stoßen.

Die kommunale und verstärkt die regionale und internationale Konkurrenz um die Ansiedlung von Großbetrieben, Verwaltungen bzw. Forschungseinrichtungen treibt die jeweiligen Gebietskörperschaften — nur ein kleiner Teil kann sich diesem Wettbewerb überhaupt mit Aussicht auf Erfolg stellen — in einen verheerenden Subventionswettlauf, der unter den Bedingungen der hohen Arbeitslosigkeit eine Umschichtung innerhalb der Haushalte in Richtung Industrieförderung, infrastrukturelle Aufbereitung von Standorten und Steuererleichterungen erzeugt, die nur durch eine Austerity-Politik und zusätzliche Verschuldung zu finanzieren ist.

Auch auf kleinräumiger Ebene ist dieser Konkurrenzprozeß nach wie vor voll wirksam⁵⁶

55 H. Brede, B. Dietrich, B. Kohaupt, Politische Ökonomie des Bodens und Wohnungsfrage, Frankfurt 1976.

56 Für den Bereich der Industrie- und Gewerbeflächen vgl. K.-D. Stark, Kommunale Wirtschaftsförderung und Standortwahl von Industrie und Gewerbe, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin (West) 1978.

und führt zwangsläufig zu den bekannten Überproduktionstendenzen und der skizzierten Haushaltssituation. Es hängt dabei entscheidend von der Qualität des horizontalen und vertikalen Finanzausgleichs als einem Instrument der Abschwächung der territorialen Konkurrenz ab, wie intensiv sich diese auch in Unterschieden des Lebensstandards niederschlägt. In den USA herrschen diesbezüglich wesentlich schlechtere Bedingungen als in der BRD.⁵⁷

Insgesamt erzeugt damit der skizzierte Krisenmechanismus ein schnell wachsendes, unübersichtliches und teilweise widersprüchliches System der staatsmonopolistischen Finanzierung der extensiv und intensiv erweiterten territorialen Produktions- und Siedlungsstrukturen. Die in Abschnitt II für das Ruhrgebiet aufgeführten staatlichen Maßnahmen sind dafür Beleg.

4. Wissenschaftlich-technische Revolution (wtR)⁵⁸ und raumstrukturelle Gesetzmäßigkeiten

Die Revolutionierung der Produktivkräfte wälzt den Arbeitsprozeß, die sektorale und räumliche Struktur des Produktions- und Konsumtionsprozesses grundlegend um. Auch hier gilt es wieder, die formationsunspezifischen objektiven Entwicklungsrichtungen des Arbeitsprozesses und folglich auch der Territorialstruktur analytisch von den spezifischen, durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus formbestimmten Prozessen und ihren räumlichen Ausprägungen zu unterscheiden. Dabei sei die Hypothese aufgestellt, daß mit zunehmender absoluter und relativer Größe des gesellschaftlichen Mehrprodukts, das durch die Produktivitätssteigerungen infolge der wtR weiter steigt, der *Freiheitsgrad* bzw. die *Gestaltungsmöglichkeit* der räumlichen Verteilung der Produktivkräfte entsprechend den Bedürfnissen der Produzenten wächst. Dies hängt damit zusammen, daß bei wachsendem Wert der Produkte (gemessen in Arbeitsaufwand pro Gewichtseinheit Gebrauchswert) die Transportkosten einen zunehmend geringeren Anteil an den Gesamtkosten und damit einen zunehmend geringeren zwingenden Einfluß auf die Standortverteilung der Produktion ausüben. Das heißt, daß eine gegebene räumliche Verteilung der Bevölkerung oder eine (etwa aus klimatischen Gründen) erwünschte Umverteilung immer problemloser mit den entsprechenden Arbeitsplätzen versorgt werden könnte. Wird dieser Prozeß der gesellschaftlichen Zuordnung von Arbeitskräften, natürlichen Ressourcen und Arbeitsplätzen jedoch nicht planmäßig beherrscht, so steigen die Möglichkeiten der Disproportionen ebenfalls an.

Das Wachstum des Anteils der „fußlosen“ Industrien und Beschäftigungssektoren im Zuge der industriellen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung führt jedoch zugleich zu einem rasch zunehmenden absoluten Niveau des Austausches Mensch—Natur und wird deshalb als Gesamtsystem immer abhängiger von einer vernünftigen Dimensionierung und Zuordnung der einzelnen Daseinsfunktionen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Man darf den zunehmenden Gestaltungsspielraum der sektoralen und räumlichen Struktur des Reproduktionsprozesses deshalb nicht als zunehmende Unabhängigkeit (im Sinne einer folgenlosen Willkürlichkeit) von der Bewirtschaftung der naturnahen Ressourcen Wasser, Luft, Energie und sonstige Rohstoffe sowie der Fläche und

57 R. Child Hill, a. a. O.

58 Vgl. eine systematische Darstellung bei M. Buhr, G. Kröber, Mensch, Wissenschaft, Technik. Versuch einer marxistischen Analyse der wissenschaftlich-technischen Revolution, Köln 1977.

des ökologischen Potentials interpretieren. Im Gegenteil: Die zunehmende Standort-unabhängigkeit jeder Einzelproduktion entspricht einer umgekehrt proportional zunehmenden Standortabhängigkeit des Gesamtsystems der Produktivkräfte.

Bei den Arbeitsgegenständen findet im Zuge der wtR ein Größenwachstum des Verbrauchs von naturnahen Ressourcen statt, der teilweise erdgeschichtliche Dimensionen angenommen hat. Durch die Chemisierung werden prinzipiell neue Werkstoffe erzeugt. Gleichzeitig wachsen die technischen Möglichkeiten der Nutzung lokaler Rohstoffe. Die Rohstoffe (einschließlich Wasser, Luft und Boden) müssen zunehmend einer Mehrfachnutzung zugeführt werden. Die Ausbeutung der Rohstoffe auf dem Meeresgrund und in den unwirtschaftlichsten Gegenden der Erde (Alaska, Sibirien) wird in großem Maßstab in Angriff genommen.

Es kommt zur Revolutionierung aller Arten von Arbeitsmitteln (Werkzeug-, Kraft-, Kraftübertragungsmaschinen, Verkehrs- und Kommunikationsmittel) und zur Entwicklung völlig neuer Arten (Steuerungsmaschinen usw.). Die Elektronik als eine Hauptrichtung der wtR im Bereich der Arbeitsmittel ermöglicht tendenziell die Vollautomatisierung von Produktion, Lagerhaltung, Transport, Verwaltung sowie die Teilautomatisierung von Konstruktion, Projektierung usw. In der Landwirtschaft entwickelt sich mit den Fortschritten der Transport- und Lagertechnik tendenziell ein Weltmarkt für alle Bereiche und Stufen der Produktion (Getreide, Fleisch, Gemüse, Blumen usw.).

Durch umfassende Bewässerungs- und Entwässerungsmaßnahmen, Melioration, Aufforstung usw. können und werden ganze Regionen in historisch kurzen Fristen umgestaltet und komplex kultiviert. Die Biotechnologie eröffnet die Perspektiven der direkten biologischen Produktion.

Die menschliche *Arbeitskraft* als wichtigste Produktivkraft wird im Prozeß der wtR sowohl hinsichtlich ihrer Fähigkeiten als auch ihrer Reproduktionsanforderungen tiefgehend verändert:

- rasches zahlenmäßiges Wachstum der Weltbevölkerung;
- Explosion des Qualifikations- und Ausbildungsniveaus (bei sehr ungleicher räumlicher Verteilung);
- wesentlich bessere Ernährungssituation in den entwickelten Ländern;
- wesentlich bessere medizinische Versorgung in den entwickelten Ländern;
- wesentlich verlängerte Lebenserwartung; kürzere Jahres-, Wochen- und Tagesarbeitszeit; mehr Freizeit;
- wesentlich bessere Sport- und Freizeiteinrichtungen; erstmals Urlaubsmöglichkeiten für große Teile der arbeitenden Klassen und Schichten;
- wesentlich bessere Versorgung mit Wohnraum pro Person;
- wesentlich größere Mobilität durch Massenverkehrsmittel einschließlich der Luftfahrt sowie der Individualmotorisierung.

Als Ergebnis dieser umfassenden Veränderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen entwickeln sich die materiellen, kulturellen und ökologischen Bedürfnisse sprunghaft. Gleichzeitig wachsen die objektiven und subjektiven Mitbestimmungs- und Demokratisierungsbedürfnisse der Arbeiterklasse als Resultat und treibendes Element der Weiterentwicklung dieser Prozesse.⁵⁹ Daß sich aufgrund dieser aufgezählten Tendenzen die An-

59 Autorenkollektiv DDR-UdSSR (Tjulpanow u. a.), *Kapitalistische Ausbeutung heute*, Berlin 1977, insbes. S. 1. Tjulpanow, *Die marxistisch-leninistische Mehrwerttheorie und die Gegenwart*. Vgl. auch E. Weber,

forderungen an die räumliche Organisation des gesellschaftlichen Lebens sowohl im Produktions- als auch im Konsumtionsbereich grundlegend verändern, liegt auf der Hand.

Diese neuen Anforderungen des Produktionsprozesses an die Reproduktion der Arbeitskraft und die aufgrund der neuen Möglichkeiten sprunghaft wachsenden Bedürfnisse erfordern die komplexe Prognose und Planung von *territorialbedingten und umweltbedingten Bedürfniskomplexen*.⁶⁰

Schon diese Skizze der Dynamik der Produktivkräfte legt die Vermutung nahe, daß auch neue Tendenzen der territorial-strukturellen Entwicklung wirksam werden:

Erstens: Entsprechend der zunehmenden Infrastrukturierung der Produktions- und Reproduktionsprozesse (wachsender Anteil des kollektiven bzw. gesellschaftlichen Konsums) wird es durch die zunehmende Standortunabhängigkeit hochentwickelter Produktion möglich und notwendig, die Proportionalitätsbedürfnisse der Regionsbevölkerung und der anderen regionalen Ressourcen zunehmend mit den zweiglichen Proportionalitätsbedingungen in Übereinstimmung zu bringen. Offensichtlich ist der Typ des Industriekombinats in Form von „Wissenschaft-Technik-Industrie-Komplexen“ die konkrete Vergesellschaftungsform der Produktion, die es am ehesten ermöglicht, diese beiden Proportionalitätsanforderungen der Zweig- und Territorialstruktur des gesellschaftlichen Lebens in Übereinstimmung zu bringen.⁶¹

Zweitens: Im Zuge der wtR werden Forschung, Entwicklung, Management sowie die entsprechenden Hilfsdienste selbst zu einer Hauptanlagesphäre der gesellschaftlichen Arbeit. Die räumlichen Formen der Lokalisation der Forschungs- und Entwicklungsfunktionen werden damit zu einem immer bedeutsameren Faktor für die Bestimmung der Entwicklungsfähigkeit von Städten und Regionen sowie ihren inneren räumlichen Strukturen.⁶² Wie die Darstellung der staatlichen Maßnahmen gezeigt hat, hat die Platzierung von fünf neuen Hochschulen im Ruhrgebiet seit Beginn der 60er Jahre diesem objektiven Entwicklungstrend zumindest Rechnung getragen.

Drittens: Der dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und der allseitigen Entfaltung der Persönlichkeit aller Gesellschaftsmitglieder widersprechende *räumliche Arbeitsteilungstyp nach dem Produktionszyklus* (jeweilige räumliche Konzentration der Produktionsphasen Forschung, Entwicklung und Management in den Metropolen; breite qualifizierte Industrieproduktion in den Mittelbereichen der hochentwickelten kapitalistischen Län-

Kommunalpolitik muß sich an den Bedürfnissen der werktätigen Bevölkerung orientieren. In: Grete Thiele (Hrsg.), *Kommunalpolitik, Gegenwart und Perspektive*, Frankfurt 1975.

60 Vgl. die ausführliche Auseinandersetzung mit diesen in der sowjetischen Wissenschaft entwickelten Kategorien bei H.-J. Hermann, a. a. O.

61 Die Lehre von den territorialen Produktionskomplexen in der UdSSR und die Bedeutung für die territoriale Produktionsorganisation in der DDR, In: *Beiträge zur territorialen Produktionsstruktur*, Wissenschaftliche Abhandlungen der Geographischen Gesellschaft der DDR, Bd. 13, Leipzig 1976.

62 Eine systematische Darstellung der Standortanforderungen für Wissenschaftseinrichtungen findet sich im Lehrbuch ‚Territorialplanung‘, a. a. O., Kap. 4. Empirische Untersuchungen über die räumliche Verteilung von Wissenschaftseinrichtungen und anderen Sektoren des tertiären Sektors in der Bundesrepublik finden sich bei: L. Krickau, J. Olbrich, *Regionale Strukturpolitik mit Dienstleistungsbetrieben von überregionaler Bedeutung am Beispiel von Hauptverwaltungen (Industrieunternehmen, Banken, Versicherung) und privaten Forschungseinrichtungen*. Diplomarbeit, Universität Dortmund, Abt. Raumplanung, Dortmund 1978; vgl. auch J. Frerich, R. Pöttsch, *Tertiärer Sektor und Regionalpolitik*, Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 62, Göttingen 1975.

der; Auslagerung der hochstandardisierten Endmontage in die unterentwickelten Regionen der hochentwickelten Länder sowie in die Entwicklungsländer; Auslagerung der stark emittierenden Grundstoffindustrie in die abhängigen Zonen) kann als eine dem Monopolkapitalismus immanente raumstrukturierende Gesetzmäßigkeit gelten.⁶³

Die Durchbrechung dieses reinen Typs der heutigen imperialistischen Raumstruktur-entwicklung ist natürlich schon unter den heutigen Bedingungen ein wesentliches Ziel des sozialen Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in den hochentwickelten Ländern des Kapitals ebenso wie das Ziel der Volksmassen in den Entwicklungsländern, die sich nicht in die neue Abhängigkeit zu den „Blaupausenexporteuren“, d. h. in eine neue Form des Neokolonialismus begeben wollen. Innerhalb der hochentwickelten Länder bedeutet dies, die Vernichtung der Industrie in den Metropolen zu verhindern, Forschungs- und Entwicklungszentren und Verwaltungen relativ gleichmäßig über die nationale Siedlungsstruktur zu verteilen sowie das Netz der zentralen Orte mit Versorgungsfunktionen auf möglichst hohem Niveau mit den objektiv notwendigen Abstufungen (Mindesteinzugsbereiche für Spezialeinrichtungen) möglichst gleichmäßig im Raum zu streuen; ferner die gewachsenen Ballungsgebiete über eine planmäßige interne intensiv erweiterte Reproduktion ihrer anarchischen Struktur zu entledigen.

Viertens: Im Zuge der kapitalistischen Form der Internationalisierung der Produktion unter dem dominierenden Einfluß der internationalen Konzerne hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten eine starke *Küstenorientierung* der Grundstoffindustrie, zumeist auf Kosten hochentwickelter alter Industriegebiete, herausgebildet. Dabei sind gleichzeitig alte komplexe Verbundsysteme der Produktion, so z. B. im Rhein-Ruhr-Gebiet der Kohle-Chemie-Verbund zerschlagen worden und durch den Petrol-Chemie-Verbund in Nordwesteuropa ersetzt worden.

Fünftens: Entsprechend den Erfordernissen der intensiv erweiterten Reproduktion müssen im Zuge der wR die vorhandenen Ballungsgebiete, Städte und Agglomerationen rekonstruiert werden. Unter den Bedingungen der profitstimulierten *Übermobilität des Kapitals* besteht dabei die gefährliche Tendenz, diesem Erfordernis durch die Industrialisierung und Tertiärisierung der Ballungsrandzonen bzw. ländlichen Zonen in unmittelbarer Nähe der Ballungsgebiete auszuweichen und damit vor allem die Umwelt-, Verkehrs- und Freizeitprobleme weiter zu verschärfen. Die *Stadterneuerungspolitik* steht damit vor der Aufgabe, dem parallel erfolgenden Stadtrand-Wanderungsprozeß der Wohnbevölkerung, der teilweise durch die schlechten Wohn- und Wohnumfeldbedingungen, durch die Verdrängungsprozesse aufgrund des Grundrentenmechanismus *verursacht*, durch die individuelle Motorisierung sowie die einseitige Förderung des Eigenheimbaus *ermöglicht* und verschärft wird, durch einen planmäßigen Stadtumbau zu begegnen. Dieser stößt aber auf außerordentliche Schwierigkeiten, weil eine umfassende Siedlungspolitik, die alle wesentlichen Determinanten der Siedlungsstrukturentwicklung erfaßt, derzeit nicht möglich ist.

Während das Kapital bei Krisen bzw. Akkumulationsproblemen aufgrund des wach-

63 Vgl. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 06.010, Auswirkungen der europäischen Integration auf die großräumige Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1976 sowie Nr. 06.021, Internationale Arbeitsteilung und Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Szenarien zur Regionalpolitik, Bonn 1978; F. Fröbel, J. Heinrichs, O. Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Reinbek bei Hamburg, 1977.

senden Kapitalminimums mit Konzentration, Zentralisation und Monopolisierung reagiert, entwickelt sich aufgrund der zunehmenden gesellschaftlichen Kosten der disproportionalen territorialen Entwicklungen, die zu einem großen Teil als zusätzliche Ausgaben bzw. verminderte Einnahmen in den staatlichen Haushalten ihren Niederschlag finden, auch auf der territorialen Ebene ein Bedarf an zunehmender staatlicher Planung, und zwar auf allen Ebenen. Dieser Bedarf wird durch die territorialen Bewegungsformen der wR enorm gesteigert.

IV. Wesen und Erscheinungsformen der staatlichen räumlichen Regulierung

Lenin hat bei seiner Analyse des Monopolkapitalismus darauf verwiesen, daß die zunehmende Verschärfung des Grundwiderspruchs die Anpassung zum Monopolkapitalismus und SMK erzwingt. Dieser sei die „vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe . . . , denn auf der historischen Stufenleiter gibt es zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, keinerlei Zwischenstufe mehr“.⁶⁴ Analog zur Herausbildung eines formellen Apparates der gesellschaftlichen Rechnungsführung in Form des Bankapparates hat sich in der Geschichte des Monopolkapitalismus in allen kapitalistischen Hauptländern ein *formeller Apparat der flächendeckenden räumlichen Planung und Rechnungsführung* herausgebildet.

Die feudale Stadt wurde entsprechend den relativ stagnativen Produktivkräften streng geplant. Spontanes Wachstum der Städte setzte erst mit der Manufakturperiode der kapitalistischen Entwicklung an den vorhandenen und an neuen Standorten ein.⁶⁵ Ausgehend von den aus Brandschutzinteressen und polizeilich-militärischen Interessen gespeisten Fluchtlinien- und Baubestimmungen über die Anfänge einer Wohnplanung, die aus hygienischen Interessen für die Quartiere der Arbeiterklasse erfolgen mußten, wurde die räumliche und sektorale (Wohnen, Wasser, Verkehr) staatliche Planung schrittweise ausgedehnt.⁶⁶

Heute existiert in der BRD folgender räumlich relevante Planungsapparat, der gesetzlich und institutionell weitgehend abgesichert ist:

Institutionen / Projekte	Gesetzliche Grundlagen
Auf der städtischen Ebene:⁶⁷	
— Bebauungspläne; Flächennutzungspläne, Instrumente städtebaulicher Erneuerungsmaßnahmen	Bundesbaugesetz; Städtebauförderungsgesetz; Wohnungsmodernisierungsgesetz;
— Wirtschaftsförderungsämter;	Baunutzungsverordnung;
— Stadtteil- und Stadtentwicklungspläne	

64 W. I. Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. In: Lenin Werke, Bd. 25, S. 370.

65 Vgl. etwa K. Brake, Das Verhältnis von Stadt und Land, hektogr. Manu., Oldenburg 1978; E. Bremer, Funktion, Lokalisation und Gestalt neuer Städte in Deutschland — unter besonderer Berücksichtigung der Wohnumwelt fünf neuer Städte in der BRD (NRW), Diplomarbeit, Dortmund 1977.

66 C. Wurms, Materialien zum Seminar „Räumliche Organisation und gesellschaftliches System — Zur politischen Ökonomie der Raumplanung“, WS 72/73, Universität Dortmund, Abt. Raumplanung (hektografiert).

Auf der Regionsebene:⁶⁸

- Regionalpläne
(Gebietsentwicklungspläne)
- Landesentwicklungspläne
(z. B. Landesentwicklungsplan VI in NRW zur Sicherung von flächenintensiven Großvorhaben);
- Landesentwicklungsprogramme
(z. B. Hessen '85, Nordrhein-Westfalen-Programm '75);

Landesplanungsgesetze,
Landesraumordnungsgesetze;
Landesplanungsgesetz;

Auf der Bundesebene:⁶⁹

- Bundesraumordnungsprogramm;
- Bundesraumordnungsberichte;
- Ministerkonferenz für Raumordnung;

Bundesraumordnungsgesetz;
Raumordnungsklauseln in den ver-
schiedensten Fachplanungsgesetzen;

Auf der EG-Ebene und Europaratsebene:

- EG-Regionalfonds;
- Europäische Ministerkonferenz für
Raumordnung

Auf der Weltebene:

- erste Informationskonferenzen
(z. B. Habitat-Konferenz)⁷⁰

Festzustellen ist als generelle Tendenz die Zentralisierung der Kompetenzen für die Festlegung der Flächennutzung (deutliches Beispiel ist der Landesentwicklungsplan VI in NRW, der bestimmte Teile der Bauleitplanung in die Kompetenz des Landes verlegt; als Extremfall gilt hier die Standortplanung für Kernkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen und Endlagerungsstätten, die bereits heute Gegenstand internationaler Planung sind). Die Blockierungen und Gegenkräfte sind allerdings nicht zu unterschätzen. Die föderalistische Staatsstruktur und das kommunale Selbstverwaltungsrecht spielen dabei eine bedeutende Rolle.

Wichtiger als die direkten Raumplanungsgesetze sind für die konkrete räumliche Entwicklung die Fachplanungen, die sich ebenfalls in einem langen historischen Prozeß herausgebildet haben. Raumplanung versteht sich daher immer mehr als Instrument der räumlichen Integration der Fachplanung. Die wichtigsten Bereiche der Fachplanungen sind:

- Verkehrsplanung;
- technische Infrastrukturplanung (Strom, Wasser, Gas), die teilweise privat betrieben wird;

67 Vgl. die Stichworte ‚Städtebau‘, ‚Städtebauliche Ordnung‘, u. a. in: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, neueste Auflage.

68 ebenda, Stichworte ‚Regionalplanung‘, ‚Landesplanung‘ u. a.

69 ebenda, Stichworte ‚Raumordnungsgesetz des Bundes‘, ‚Raumplanung‘ u. a.

70 1976 fand in Vancouver (Kanada) die UN-Konferenz „Habitat“ („Menschliche Siedlungen“) statt. Vgl. den Nationalbericht für die BRD, Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, o. O. (Bonn), o. J. (1976).

- Planung der technischen Kommunikationsmittel (Post);
- militärische Territorialplanung.

Seit Mitte der sechziger Jahre sind als neue zentralstaatliche Fachplanungen die Bildungsplanung, Teile der Gesundheitswesen-Planung, die Umweltplanung sowie die Freizeit-, Erholungs- und Landschafts- bzw. Naturschutzplanung hinzugekommen — Planungen, die übrigens gleichzeitig durch die Schaffung von speziellen Ausbildungsgängen professionalisiert wurden.

Im Unterschied zu den Flächenplanungen sind es die Fachplanungen, die nach dem Ressortprinzip auch unmittelbar finanziell ausgestattet sind. Eine integrierte Fach- und Raumplanung findet noch nicht statt. Den formalen Anspruch, diese Integration zu realisieren, erhebt die *Entwicklungsplanung*, die sich seit Mitte der sechziger Jahre ebenfalls auf allen Ebenen (Stadtentwicklungsplanung, Gebietsentwicklungsplanung, Landesentwicklungsplanung, Bundesentwicklungsplanung [noch nicht realisiert!]) etabliert hat, jedoch eine wesentlich schlechtere gesetzliche Absicherung genießt und in ihrer Existenzberechtigung immer wieder bestritten wird.⁷¹

Faktisch findet jedoch selbst ein Teil der Fachplanungen noch nicht in wirklich integrierter Form statt (z. B. die Verkehrsplanung), weil sie in Form einer marktwirtschaftlich ausgerichteten staatlichen Planung erfolgt, die dem Prinzip der Konkurrenz zwischen den Verkehrsträgern huldigt und damit keine wirkliche Planung des Gesamtsystems Verkehr leisten kann.

Ein weiterer Typ von Planung bzw. Programmierung mußte sich zwangsläufig mit dem Übergang von Wirtschaftssektoren und Regionen in einen permanenten Krisenzustand sowie aufgrund sprunghaft gestiegenen Kapitalminimums in den forschungsintensiven Branchen wie Luft- und Raumfahrt, Energiewirtschaft und Computertechnologie⁷² entwickeln.

Folge war und ist die immer neue Herausbildung von branchenbezogenen Programmen und Politiken, die sich unter dem Oberbegriff „Industriepolitik“ oder „sektorale Strukturpolitik“ zusammenfassen lassen: Energiepolitik, Stahlpolitik (auf EG-Ebene), Luft- und Raumfahrtprogramme, EDV-Programme, Werftenprogramm und die für die Raumentwicklung außerordentlich wichtige Agrarpolitik. Eines der wichtigsten Instrumente dieser staatsmonopolistischen sektoralen Strukturpolitik ist die staatliche Konzentrations- und Fusionsförderung, die zur Herausbildung von „nationalen Einheitskonzernen“ oder wenigen Monopolgruppen und in deren Gefolge durch eine „Flurbereinigung“ und Rekonzentration der Produktion auf die profitabelsten Standorte zu einer grundlegenden Umwälzung der Territorialstruktur führt. Die RAG, Arbed, KWU, Siemens, MBB-VFW-Fokker sind solche ‚Einheitskonzerne‘ mit entsprechenden Folgen für die Rekonzentration.

Parallel hierzu mußte sich zwangsläufig die regionale Wirtschaftspolitik (regionale Strukturpolitik) entwickeln, die mit der „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung“ einen im Grundgesetz abgesicherten organisierten nationalen Ausdruck, mit

71 Die von H. Jung skizzierten beiden unterschiedlichen Entwicklungsvarianten des SMK werden in diesem Bereich sehr deutlich sichtbar. Vgl. H. Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD: Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven. Entwicklungstendenzen 1973—1979. In: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 11/1978, S. 9 ff.

72 Vgl. hierzu: Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik. Beiträge des IMSF 4, Frankfurt 1976, insbes. Kap. 2.4. Felder strukturpolitischer Aktivitäten.

der Bildung des EG-Regionalfonds (1975) einen ersten westeuropäischen Ausdruck gefunden hat.⁷³

Der in der Regierungserklärung von 1976 angekündigte Aufbau eines Informationssystems für sektorale Prognosen (Strukturberichterstattung), die Vervollkommnung regionalisierter Bevölkerungs- und Arbeitsmarktprognosen sowie die zunehmend explizite räumliche Bestandsaufnahme des Forschungs- und Technologiepotentials einschließlich der Überlegungen zur staatsmonopolistischen Vergesellschaftung von Forschungs- und Entwicklungsfunktionen (z. B. in Innovationsberatungsstellen für Klein- und Mittelbetriebe) komplettieren damit ansatzweise das räumliche und sektorale Berichtswesen und Planungssystem auch über das „Eingemachte“ des Kapitals, die zentralen Bereiche der unter privater Verfügung stehenden Teile des Produktions- und Reproduktionsprozesses. Dieser Prozeß ist z. B. besonders weit fortgeschritten in der Stahlindustrie, für die es bereits Investitionsmeldestellen auf EG-Ebene gibt, während sie auf der OECD- und UN-Ebene in Planung sind.⁷⁴ Die immer vollständigere und räumlich ausgedehntere Schaffung der materiellen und informationellen Voraussetzungen für eine an gesamtgesellschaftlichen Zielen orientierte integrierte Planung aller Seiten des Reproduktionsprozesses ist damit das „spontane“ Ergebnis der jeweils partiellen Reaktion auf zunächst als partiell erscheinende Planungserfordernisse.

Aus dieser Sicht wird auch verständlich, warum die Monopole in jüngster Zeit verstärkt gegen die „Bürokratisierung“ und das „Auswuchern des Staates“ polemisieren: Einerseits sollen die Investitionen schnell und jeweils entsprechend der wechselnden Konjunkturlage flexibel realisiert werden, andererseits ist es jedoch notwendig, bei der Integration neuer Großprojekte jeder Art in eine hochkomplexe Territorialstruktur alle wesentlichen Sektoren des Reproduktionsprozesses (und die für sie zuständigen Planungsinstitutionen) an der Planung zu beteiligen. Daß dies in krassen Gegensatz zu den Anforderungen der Konzernplanungen und auch einer Konjunkturpolitik nach optimaler Flexibilität gerät, ist offensichtlich.

Die zunehmende Integration der drei skizzierten Planungstypen (Flächenplanung/Fachplanung/Industrie- und Regionalplanung) zu einer wirklich integrierten Planung erfordert schließlich den Einbau der *Finanzplanung* in dieses Planungssystem.

Es steht zu vermuten, daß das sozialistische Beispiel einer immer umfassenderen Integration der Volkswirtschafts- und Territorialplanung einschließlich der Ressourcenplanung solche Tendenzen, den staatsmonopolistischen Regulierungs- und Planungsapparat auf allen Ebenen auszubauen, nicht unwesentlich beeinflusst, wobei ein großer Teil der Planer, die im technischen Sinne mit dieser Planung beschäftigt sind, subjektiv gegen den Mißbrauch dieser Instrumente im Monopolinteresse eingestellt ist.

73 Eine ausführliche Untersuchung der nationalen und supranationalen Raumordnungs- und Regionalpolitik auf westeuropäischer Ebene wird in dem Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau „Analyse der funktionalen Gliederung der Raumnutzung Europas und ihre Auswirkungen auf nationale und supranationale Raumordnungspolitik“ von K. Kunzmann und G. Rojann, Institut für Raumplanung, Universität Dortmund, vorgenommen (erscheint demnächst in der Schriftenreihe des BMBau).

74 Vgl. J. Glaubitz, K. Marth, Strukturberichterstattung: Wirtschaftliche Entwicklung als ein „Lern- und Entdeckungsprozeß“. Kritische Würdigung der von den Forschungsinstituten DIW, Ifo, IFW, HWWA und RWI vorgelegten Vorberichte zur Strukturberichterstattung, WSI-Mitteilungen, Heft 12/1977.

75 Erklärung der IMB-Weltkonferenz für die Eisen- und Stahlindustrie, Pittsburgh 1976, In: Schriftenreihe der IG Metall 74, Zur Situation bei Eisen und Stahl, Frankfurt 1977.

Die ökonomischen und sozialen Widersprüche der kapitalistischen Basis erlauben dem Staat kein einheitliches, widerspruchsfreies Konzept des Eingriffs in den territorialen Reproduktionsprozeß als territorial-ökonomische Form der Herrschaftssicherung. Folglich ist der „Ressortegoismus“, die territoriale Konkurrenz der staatlichen Gebietseinheiten sowie das Auseinanderklaffen von physischer und finanzieller Planung immer mehr als lediglich ein bürokratisches oder wissenschaftlich-technisches Problem.⁷⁶ Die sozialökonomischen Widersprüche reproduzieren sich im Staatsapparat selbst. Betrachten wir z. B. nur diejenigen Widersprüche, die infolge der ‚Bündnispolitik‘ entstehen, die die Monopole zur Erhaltung ihrer sozialen Basis gegenüber den Mittelschichten durchzuführen gezwungen sind. Dies gilt etwa hinsichtlich der Wohnungsbau- und Verkehrspolitik, der extremen Förderung des Eigenheimbaus usw. Durch die entsprechenden verkehrspolitischen Arrondierungen werden die Reproduktionskosten dieser Arbeitskräfte einschließlich der kommunalen Folgekosten erhöht. Im Gegensatz hierzu engt sich mit der Verschärfung der Stagnationstendenzen im Zuge der allgemeinen Krise des Kapitalismus der finanzielle Spielraum für diese „Mittelstandspolitik“ ein. Gleichzeitig werden durch derartige Strategien die Umweltprobleme in den Ballungsgebieten verschärft und selbst zu einem Hauptanlagefeld des entwerteten staatlichen Kapitals. Die hierdurch verstärkte Binnenmarktorientierung der staatlichen Aktivitäten steht jedoch in direktem Widerspruch zu den Interessen der führenden Monopole an der Priorität der Außenexpansion. Die hohen sozialen Kosten einer derartigen Politik erhöhen die Defizite in den Haushalten der Gebietskörperschaften und erzeugen dadurch eine ständige Diskontinuität in der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die jedoch eine denkbar schlechte Grundlage für die geforderte Langfristigkeit der Infrastrukturplanung ist usw.

Der Begriff „Planung“ erhält damit unter kapitalistischen Bedingungen einen spezifischen Inhalt: Im Gegensatz zum Sozialismus bedeutet die Bepanung eines Gegenstandes, z. B. die Entwicklung einer Stadt, nicht, daß damit auch die Leitung, Durchsetzung und die Kontrolle der Planung ermöglicht wird, eben weil die wichtigsten Determinanten und Variablen (die privaten Investitionen, der Bodenpreismechanismus, die Steuereinnahmen) nicht direkt beeinflußt werden können und sollen. Die räumliche Planung erhält damit den Charakter von *Angebotsplanung* bzw. *Vorratsplanung* oder einer *kompensatorischen Anpassungsplanung*.

Im Bereich der räumlichen Entwicklung und Planung (und auch der Fachplanungen) ist die klassen- und schichtenspezifische Selektivität nicht immer unmittelbar ersichtlich, zumal die jeweiligen staatlichen Maßnahmen immer auch Ausdruck des aktuellen Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen sind. Einer abstrakten Netzstruktur von Autobahnen z. B. sieht man zunächst ihren Klassencharakter nicht an. Selbst in dem frappierend offen auf der Hand liegenden Fall der ursprünglichen Autobahnplanung für den Dortmund-Raum⁷⁷, die vorsah, an jedes der Haupttore der Hoesch-Hüttenwerke eine Autobahn zu legen, findet man viele sozial motivierte Gründe für eine derartige Straßenkonzeption (z. B. das Argument, daß durch die direkte Ableitung des Schwerlastverkehrs auf die Autobahnen die Verkehrssicherheit in den innerstädtischen Gebieten erhöht und die Lärmbelastigung, Abgasbelastigung und Überbeanspruchung der innerstädtischen Straßen reduziert würde), wenn man nicht an weitergehende verkehrspolitische Alternativen denkt,

76 Vgl. die Kritik entsprechender Positionen durch F. Naschold, *Alternative Raumpolitik. Ein Beitrag zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse*. Kronberg/Ts. 1978.

77 Verkehrsuntersuchung für die Hoesch-Hüttenwerke AG, Dortmund, IVV Aachen, 1971.

etwa die administrative Verlagerung des Schwerlastverkehrs auf das im Ruhrgebiet besonders dichte Schienennetz. Durch den breiten Widerstand der Bevölkerung konnte diese Maximalkonzeption inzwischen gestoppt werden. Eine generelle Neuorientierung der Verkehrspolitik erfolgte jedoch nicht.

Bei der Analyse und Einschätzung von Infrastrukturplanungen, ihrer Dimensionierung und Netzstruktur kommt es folglich darauf an, etwa die Mobilitätsbedürfnisse klassen- und schichtenspezifisch zu untersuchen, die soziale Verteilung der Zeit- und Finanzbudgets einzubeziehen und zu beurteilen, ob die Grundbedürfnisse der Arbeiterklasse und ihrer Gruppen (darunter auch der Rentner, Kinder, Jugendlichen, Behinderten usw.) auf hohem Niveau befriedigt werden können oder bei den entsprechenden Planungen nicht berücksichtigt werden.

Die objektiv notwendigen Zentralisationstendenzen im räumlichen Planungssystem, die gleichzeitig immer auch begleitet sind von Tendenzen der Rückverlagerung von Kompetenzen (Dezentralisierung), gehen jedoch nicht einher mit einer zunehmenden Demokratisierung und Kontrolle der Planungsentscheidungen auf den verschiedenen Ebenen.

Auch im Bereich der Entscheidungen über die Entwicklung der Proportionen der Raumstruktur wird sichtbar, daß dieser Entscheidungsprozeß zunehmend nicht von den Parlamenten kontrolliert wird. Damit wird die Fiktion von der Gewaltenteilung im bürgerlichen Staat und deren Kernstück, die angebliche Kontrolle der Exekutive durch die Legislative und der Abgeordneten durch ihre Wähler, erneut sichtbar. Da die Betroffenheit der „Planungs- und Raumpfer“ jedoch zunimmt, entwickelt sich notwendigerweise das Bedürfnis nach mehr Mitbestimmung und Kontrolle, die zunächst auch direkt — an den Parlamenten vorbei — in Form von betrieblicher Interessenvertretung und Bürgerinitiativen eine unmittelbare Beeinflussung der Entscheidungen oder die Abwehr von negativen Folgen bereits in der Vergangenheit getroffener Entscheidungen zum Ziel haben.

Dabei läßt sich nicht die in demokratischen Bewegungen häufig anzutreffende These bestätigen, daß die Erfordernisse der Demokratisierung immer mit der Durchsetzung von Dezentralisierungen der Entscheidungskompetenzen zusammenfallen. Denn Zentralisierungstendenzen resultieren gerade im Bereich der Raumplanung nicht selten aus dem Erfordernis der Ausschaltung der territorialen Konkurrenz sowie dem Erfordernis der komplexen und langfristigen Planung von Netzen. Bei gegebenen Machtverhältnissen allerdings würde ein Kompetenzzuwachs etwa der Landes- und Bundesraumplanung gerade den Zugriff der stärksten Monopole erleichtern. Demokratisierung aller staatlichen Ebenen und eine den (sich historisch verändernden) inneren Sachnotwendigkeiten entsprechende Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen Ebenen ist deshalb die Form, in der die scheinbare Unvereinbarkeit von Demokratie und komplexen, langfristigen Planungserfordernissen aufgehoben werden kann. Die außerordentlich breite Diskussion um die Tendenzen der Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung kreist letztlich um diesen Fragenkomplex, der ihr größtes theoretisches und politisches Problem darstellt.

V. Räumliche Vergesellschaftungsprozesse und theoretische Auseinandersetzungen

Die territorialen Krisen und Disproportionen treten weitgehend nicht unmittelbar als Resultat der „privatkapitalistischen Aneignung des vergesellschafteten städtischen Raumes“ in Erscheinung, sondern — dies gilt insbesondere für die kleinräumigen Krisen und

Segregationsprozesse auf der städtischen Ebene — als Ergebnisse des mit der Wahrnehmung „klassenneutraler, gemeinsamer“ Interessen beauftragten mystifizierten bürgerlichen Staates.⁷⁸

Deshalb kommt es auch auf der theoretischen Ebene der Erklärungsversuche des Wesens der territorialen Widersprüche und der Entwicklungsgesetzmäßigkeiten der Territorialstruktur zu ähnlich intensiven Auseinandersetzungen wie z. B. auf dem Gebiet der Technik-Diskussion. Aus der Analyse des Mechanismus der regionalen und städtischen Krisen und der Herausbildung eines entwickelten Systems der staatlichen Beeinflussung der territorialen Entwicklung lassen sich folgende methodologische Schlußfolgerungen ziehen:

Erstens: Territoriale Widersprüche sind von der gleichen Qualität wie etwa sektorale Widersprüche bzw. Disproportionen z. B. zwischen den verschiedenen Abteilungen des Produktionsapparates; beide resultieren aus dem Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise und dem aus ihm resultierenden Klassenwiderspruch. *Préteceille* spricht in diesem Zusammenhang sogar vom „Grundwiderspruch der Verstädterung im Kapitalismus“ als dem „Widerspruch zwischen der Notwendigkeit einer wachsenden Vergesellschaftung bei der Nutzung von Raum zur erweiterten Reproduktion der Produktivkräfte und der privaten Nutzung dieses Raumes im Kapitalismus, die von den zahlreichen und miteinander konkurrierenden Forderungen nach Verwertung der verschiedenen Kapitalien beherrscht ist“.⁷⁹ Genausowenig, wie aus den Disproportionen zwischen Abteilung I und Abteilung II der Produktion im Wachstumsprozeß des Kapitals ein „Klassengegensatz zwischen Wirtschaftssektoren“ abgeleitet werden kann, genausowenig dürfen aus räumlichen Disproportionen etwa zwischen den kapitalistischen Metropolen und den Entwicklungsländern oder zwischen Stadt und Land in den kapitalistischen Hauptländern „Klassengegensätze zwischen Territorien“ geschlußfolgert werden. Alle Theorien und politischen Konzepte, die den räumlichen Widersprüchen eigenständigen Charakter zuweisen (Extremfall: „Nord-Süd-Konflikt“), lenken damit letztlich vom Klassencharakter der räumlichen Organisation des gesellschaftlichen Lebens auf allen territorialen Ebenen ab. Kategorienpaare wie: Zentrum—Peripherie, Metropolen—Hinterland, Agglomerationsräume—Entleerungsräume, Stadt—Land usw. sind daher oftmals Indiz für einen in den Raumwissenschaften weit verbreiteten „territorialen Determinismus“, der sich analog zum „technologischen Determinismus“⁸⁰, der die bürgerliche, speziell die kleinbürgerliche Technikdiskussion weitgehend beherrscht, entwickelt hat.

Ebenso und aus den gleichen Gründen ist die Konvergenztheorie in den Raumwissenschaften extrem weit verbreitet. Ihr objektiver Nährboden ist die „Konvergenz der Erscheinungsformen“, die aus den Gesetzmäßigkeiten der Produktivkraftentfaltung resultiert.

Häufig wird von derartigen Theorien (z. B. der Polarisierungstheorie⁸¹, der Dualismus-

78 D. Läßle, a. a. O.

79 E. Préteceille, Städteplanung. Widersprüche der Stadtentwicklung im Kapitalismus, in: Marxismus Digest 26, Städtebau und Städteplanung im Kapitalismus, Frankfurt 1976, S. 42.

80 Vgl. eine ausführliche Analyse des „technologischen Determinismus“ in: Internationales Autorenkollektiv, Wissenschaftlich-technische Revolution und ideologischer Kampf, Frankfurt 1978.

81 Adalbert Evers, Fragen an eine korrigierte Raumordnungspolitik. Das Bundesraumordnungsprogramm heißt ungleiche Entwicklung und Abhängigkeit. In: Stadtbauwelt, Nr. 47/1975; F. Butter, K. Gerlach, P. Liepmann, Grundlagen der Regionalökonomie, Reinbek bei Hamburg 1977, vertreten explizit den Ansatz der Polarisierungstheorie.

Theorie oder den Dependencia-Ansätzen⁸²), in denen oftmals partiell marxistische Kategorien Verwendung finden, die Ungleichheit des sozialökonomischen Entwicklungsniveaus der Staaten und Regionen in erster Linie aus Umverteilungsprozessen der produzierten Werte zugunsten der Metropolen, nicht aber aus der hohen Produktivkraftentwicklung und Wertbildung in den hochentwickelten Regionen selbst und den Faktoren erklärt, die eine schnelle Produktivkraftentwicklung auch in kapitalistischer Form in den unterentwickelten Regionen behindern und unmöglich machen.

Methodologisch ist deshalb die Leninsche Analyse des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung richtungweisend. Angewandt auf die internationalen Beziehungen der kapitalistischen Staaten besagt dieses Gesetz, daß die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung das Resultat ungleichmäßiger Produktivkraftentwicklung ist, die verfestigt wird, weil die imperialistische Beherrschung der abhängigen Länder die Produktivkraftentwicklung in diesen Ländern insgesamt hemmt. Erst in zweiter Linie vollzieht sich über den „ungleichen Tausch“, die Verlängerung dieser Ungleichheit in der Zirkulationssphäre, ein Umverteilungsprozeß von gesellschaftlichem Reichtum. Analoges gilt für die inneren territorialen Disproportionen in den einzelnen Ländern.

Zweitens: Die marxistische Raumökonomie ist auf das engste mit der marxistischen Politischen Ökonomie verknüpft, deren Raumdimension ‚lediglich‘ expliziert werden muß. Bei *Marx* und *Engels* geschah dies zunächst teilweise cursorisch, z. B. in *Engels'* Schriften zur Wohnungsfrage und zur Lage der arbeitenden Klasse in England, später systematisch in der Grundrententheorie. „Lediglich explizieren“ heißt nicht, daß die Aufdeckung und Erklärung der territorialen Widersprüche und Disproportionen ohne eigene Forschungsanstrengungen möglich wären. Gemeint ist hier vielmehr, daß wir hierzu keine „neue politische Ökonomie“ brauchen, sondern daß wir vollständig auf dem Lehrgebäude der marxistischen Politischen Ökonomie einschließlich der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus aufbauen können. Dabei läßt sich feststellen, daß gerade die Analyse der Gesetzmäßigkeiten der räumlichen Entwicklung des heutigen Kapitalismus zu einer eklatanten Bestätigung und streckenweise eine Bereicherung der SMK-Theorie führt.

Drittens: Größere Defizite bestehen nach wie vor bei der ausführlichen Analyse der historischen Entwicklung der Territorialstruktur. Die ungeheure Vielfalt der sozialgeographischen Erscheinungsbilder ist dabei nur auf der Grundlage einer konsistenten Theorie als gesetzmäßiger Prozeß im Sinne des dialektischen Determinismus darstellbar.⁸³ Dabei steckt der detaillierte Forschungsprozeß über die Entwicklung einzelner Regionen über lange Zeiträume in der Bundesrepublik noch weitgehend in den Anfängen.⁸⁴

Viertens: Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der bürgerlichen raumbezogenen Wirtschaftswissenschaft, die in der Tradition der nachklassischen, tendenziell immer mehr formalisierten Ökonomie entstanden ist und heute unter der Rubrik „Regional Science“ Hunderte von Autoren und Abhandlungen umfaßt, steht noch weitgehend aus.

82 Vgl. die Kritik dieser Ansätze bei D. Läßle, a. a. O., S. 25 ff. Bei den neomarxistischen Analysen der Unterentwicklung wird damit die Ungleichheit und Unterentwicklung aus der Zirkulationssphäre und nicht aus den Widersprüchen der Produktionssphäre abgeleitet. Dies ist eine interessante Parallele zur ‚Staatsableitung‘ der gleichen Richtung (vgl. zur Kritik: R. Katzenstein, Zum Problem einer marxistischen ‚Staatsableitung‘, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4/1975).

83 Vgl. dazu den ersten Versuch von G. Schmidt-Renner, a. a. O., ebenso K. Brake, a. a. O.

84 Vgl. z. B. Gert Zang (Hrsg.) Provinzialisierung einer Region. Zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz, Frankfurt a. M., 1978.

Dieses schwerwiegende Defizit, das aus der explosionsartigen Ausdehnung und radikalen Spezialisierung der Wirtschaftswissenschaften resultiert, muß Konsequenzen für die Forschungsplanung haben. *H. Lehmann*⁸⁵, der die Entwicklungstendenzen in den bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften analysiert hat, weist darauf hin, daß im Zuge der Spezialisierung ganze Wissenschaftszweige entstanden sind, z. B. die Praxeologie⁸⁶, die Ökonometrie, die Betriebswirtschaftslehre usw., denen es nicht in erster Linie oder überhaupt nicht um die Erklärung bzw. Rechtfertigung der politisch-ökonomischen Entwicklung der gesamten bürgerlichen Gesellschaft geht, sondern um die Analyse von Detailprozessen, bestimmten Segmenten oder Ebenen der Realität, die in planmäßiges ‚rationales‘ Handeln in der kapitalistischen Gesellschaft umgesetzt werden soll. Dabei werden wahre Erkenntnisse produziert, die in oftmals nur schwer zu identifizierender Weise mit apologetischen Aussagen vermischt sind. Die Unterscheidung von zwei Grundtypen gesellschaftlicher Gesetze durch *Bollhagen*⁸⁷, den funktional-strukturellen und den genetischen Gesetzen, bietet ein praktikables Abgrenzungskriterium für die Vermutung produktiver wissenschaftlicher Erkenntnisse, die z. B. auch für die sozialistischen Planungswissenschaften fruchtbar gemacht werden können: Weite Teile der Praxeologie, der Ökonometrie und des Operation Research, der Betriebswirtschaftslehre und auch der „Regional Science“ haben funktional-strukturelle Gesetzmäßigkeiten und ihre diversen Untertypen zum Gegenstand und werden für die Analyse und praktische Beherrschung gesellschaftlicher Prozesse nutzbar gemacht. Dabei entgeht diesen Wissenschaftlern die historische Dimension sowie die Klassendimension der räumlichen Entwicklung nahezu vollständig. Wo die historische Dimension eingearbeitet ist — so bei *E. von Böventers* umfassender Darstellung der bürgerlichen Raumwissenschaften „Standortentscheidung und Raumstruktur“⁸⁸ —, geschieht dies in der Regel in Form eines „quasi-historischen Ansatzes“ in Anlehnung an die Stadienlehre von *Rostow*.⁸⁹

E. von Böventer z. B. unterscheidet in seiner Entwicklungstheorie der Raumstrukturen drei Stadien:

- „a) Dominanz der Landwirtschaft, Einrichtung von Regierungs- und Verwaltungssitzen, Entwicklung anderer tertiärer und sekundärer Funktionen der Wirtschaft“;
- „b) Starkes Hervortreten der Industrie“;
- „c) Überwiegen der Agglomerationseffekte“.

Diesen drei Entwicklungsstadien der Raum-, Landschafts- und Städtestruktur ordnet er bestimmte Theorien und Modelle zu, die in der Geschichte der Raumwissenschaft hervorgebracht worden sind: die Modelle *Thünens*, *Christallers* und *Löschs* sowie *Hoovers* dem ersten Stadium; die Theorien von *Alfred Weber*, *Palander* und *Isard* sowie Theorien des ausgleichenden und kumulativen Wachstums dem zweiten Stadium und schließlich

85 *H. Lehmann*, Entwicklungstendenzen in den bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften. In: *E. Altwater u. a.*, Materialien zur Kritik der bürgerlichen Ökonomie, Gießen 1971, S. 80—103.

86 *O. Lange*, Politische Ökonomie. Bd. 1 und 2, Frankfurt 1969, vor allem Bd. 1, 5. Kapitel: „Das Prinzip des rationalen Wirtschaftens. Ökonomie und Praxeologie“.

87 *P. Bollhagen*, Gesetzmäßigkeit und Gesellschaft. Zur Theorie gesellschaftlicher Gesetze, Berlin (DDR) 1967.

88 Vgl. Fußnote 36.

89 Vgl. *W. W. Rostow*, Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1960. Eine ausführliche Kritik der Industriegesellschaftstheorie im Städtebau leistet *Bruno Flierl*, Industriegesellschaftstheorie und Städtebau. Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, Berlin 1973.

Agglomerations- und Wachstumstheorien dem dritten Stadium.⁹⁰ Es bleibt einer intensiven Auseinandersetzung mit diesen einzelnen Theorien vorbehalten, ihre formationsspezifischen Elemente herauszuarbeiten und damit ihren rationalen Inhalt zu dokumentieren und für die marxistische Territorialökonomie fruchtbar zu machen.

Fünftens: Parallel zur Herausbildung der staatsmonopolistischen Institutionen und Instrumente der räumlichen Planung entwickelt sich das theoretische Potential und die Professionalisierung der Analyse und Bereitstellung von wissenschaftlich begründeten räumlichen Leitbildern und Instrumenten der Steuerung der Raumstrukturen.

Bei der Herausbildung des wissenschaftlichen Instrumentariums zur im Kapitalismus weitgehend formalen, im Sozialismus auch zunehmend substantiellen Beherrschung der räumlichen Entwicklung lassen sich folgende Schwerpunkte beobachten:

Da im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb zumeist unterstellt wird, daß das Versagen bestimmter planerischer Instrumente oder auch von erklärenden Theorien nicht in der Organisation der Gesellschaft bzw. in den theoretischen Grundaussagen über das Wesen der gesellschaftlichen Widersprüche begründet liegt, sondern in Mängeln der Informationsbeschaffung, zu wenig zeitlich und räumlich ausdifferenzierten Prognosen bzw. Wirkungsanalysen von Planungsinstrumenten oder der zu geringen Komplexität der mathematischen Modellierung der funktionalen, strukturellen und sozialen Beziehungen und anderen Gründen, gibt es eine außerordentliche Konzentration von Forschungspotenzen auf die Entwicklung von hochformalisierten Prognose-, Optimierungs- und Simulationsmodellen, die technisch raffiniert ausgestattet werden. So sind etwa im Sonderforschungsbereich 26 der Deutschen Forschungsgemeinschaft verschiedene Forschungsgruppen mit der Entwicklung von Modellen beschäftigt, die die räumlichen Entwicklungstendenzen, die Interdependenzen zwischen großräumiger und kleinräumiger Entwicklung sowie die Optimierungserfordernisse der Raumstrukturen in rechenbaren Modellen widerzuspiegeln versuchen.⁹¹ Dabei betont der Simulationsmodelltyp die marktmäßigen Anpassungsprozesse und eignet sich damit eher dazu, die Wirkungen partieller Planungsmaßnahmen im Kapitalismus zu simulieren und damit — was für die Demokratisierungsbemühungen nicht unwichtig ist — die Transparenz der Wirkungen verschiedener Maßnahmen der Monopole und des Staates herzustellen („Frühwarnsystem“ für territoriale Krisen und Widersprüche). Die mit Hilfe der linearen Programmierung arbeitenden Optimierungsmodelle (Thoss-Modell) sind dagegen eher geeignet, optimale Zuordnungen von räumlichen und sektoralen Strukturen zu berechnen und damit in zentral geplanten Volkswirtschaften Anwendung zu finden, wobei nach dem Grad der planmäßigen Beherrschung der gesellschaftlichen Prozesse und nach dem Grad der gewünschten oder spontanen Selbstregulierung die Kombination beider Modelltypen möglich und notwendig ist.⁹²

Da die wissenschaftliche Entwicklung im Kapitalismus und Sozialismus nicht unabhängig voneinander erfolgt, kann man heute davon ausgehen, daß das theoretische In-

90 E. von Böventer, a. a. O., S. 237 ff.

91 Universität Dortmund, Abteilung Raumplanung, „Kleinräumige Standortwahl und interregionale Mobilität“, Teilprojekt A 6 des Sonderforschungsbereichs 26 der Deutschen Forschungsgemeinschaft: P. Velsing, M. Wegener, C. Schönebeck u. a., laufend. Vgl. auch A. G. Aganbegjan, Das System ökonomisch-mathematischer Modelle zur Berechnung der optimalen Produktions- und Territorialstruktur für die Perspektivplanung. In: Gesellschaftlicher Wohlstand und Volkswirtschaftsplanung, Berlin (DDR), 1972.

92 M. Wegener, Mensch—Maschine—Systeme für die Stadtplanung, Basel und Stuttgart 1978.

strumentarium für eine umfassende Raumplanung zunehmend universell vorhanden ist. Um so schärfer treten in den kapitalistischen Ländern die Defizite in Erscheinung, die einerseits auf dem Gebiet der Informationsbeschaffung, hier vor allem infolge der Tabuisierung und Geheimhaltung der Informationen über die wichtigsten ökonomischen Daten (Profite, Investitionen, langfristige Planungen) der Privatwirtschaft als dem Kernstück des räumlichen Reproduktionsprozesses, andererseits darin begründet liegen, daß diese Kategorien (Investitionen, Arbeitsplätze usw.) nicht zu direkten Aktionsparametern der Planung gemacht werden können, solange das Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln dies verhindert.

Zum Schluß halten wir es für angebracht, darauf zu verweisen, daß eine ganze Reihe von Fragen, die im Rahmen der Analyse räumlicher Entwicklungsgesetze zu untersuchen und darzustellen wären, in diesem Beitrag nicht behandelt oder nur angedeutet werden konnten. Hier konnte es nur darum gehen, räumliche Grundprozesse und Krisen und die zu ihrer Analyse erforderlichen Kategorien im Zusammenhang der politikökonomischen Kapitalismusanalyse auf der Ebene des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu entwickeln und darzustellen.

Die Aufzählung der in den Untersuchungsgegenstand einzubeziehenden Fragen macht die Spannweite der Problematik deutlich und verweist auf Schwerpunkte der weiteren wissenschaftlichen Arbeit. Hierzu zählen Fragen wie: die Herausbildung der Raumtypen (Metropolen, ausführende Industrieregionen, ländliche Räume); die Industrialisierung der Landwirtschaft und ihre Auswirkungen auf die Siedlungsstruktur; das Standortverhalten des tertiären Sektors; die Herausbildung der Stadtregionen und der Städtebänder; die sozialen Bewegungen in den Städten, die Stadtpolitik (Kommunalpolitik) u. a.⁹³; die Orientierung der Gewerkschaften der Bundesrepublik auf die Raumordnungs-, Regional- und Kommunalpolitik⁹⁴; die Integration von Umwelt- und Raumwissenschaften bzw. Umwelt- und Raumpolitik; die sozialkulturellen, sozialpsychologischen und politischen Auswirkungen der Ungleichmäßigkeit und Krisenhaftigkeit räumlicher Entwicklung.

Schließlich konnten die Probleme der Ausarbeitung einer alternativen, an den Bedürfnissen der werkstätigen Bevölkerung orientierten Raumpolitik nur von den Ansätzen her aufgezeigt werden. Gerade hierzu hat sich aber nicht nur schon eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur entwickelt⁹⁵, sondern derartige Alternativvorstellungen und -forderungen spielen in der sozialen Auseinandersetzung eine zunehmende Rolle. Dies ist die Bewährungsaufgabe progressiver Raumökonomie. Sie wird dieser Aufgabe jedoch nur dann gerecht werden können, wenn sie sich gleichlaufend ihrer theoretisch-wissenschaftlichen Grundlagen versichert.

93 Vgl. etwa die bei M. Castells, *Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung*, Hamburg 1977, aufgeführte Literatur (S. 294 ff) sowie die weiteren Beiträge des Sammelbandes „Stadt- und soziale Bewegungen“ (Fußnote 2). Ferner H. See, *Grundwissen einer kritischen Kommunalpolitik, Wirtschaft, Staat und kommunale Selbstverwaltung*, Köln 1975.

94 Als eine der ersten Aktivitäten ist hier das Kommunalpolitische Programm des DGB Frankfurt von 1974 zu nennen.

95 Aufmerksam zu machen ist hier vor allem auf: Arbeitskreis arbeitsorientierter Regionalwissenschaft. Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik. Erklärung zur Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, zusammengestellt von K. Brake, Köln 1979; F. Naschold, *Alternative Raumpolitik. Ein Beitrag zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse*, Kronberg/Ts. 1978; *Soziale Probleme der Städte und die Politik der Kommunisten. Bericht über ein internationales Seminar*. In: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Prag, Heft 6/1977.

Unternehmerverbände in der EG

Walter Simon

1. Zur Geschichte transnationaler Kapitalverbände; — 2. Zur Organisation der eurokapitalistischen Interessenverbände; — 3. Das Verbandsgefüge von Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Dachverbände: 3.1 Die Vertretung kapitalistischer industrieller Interessen — 3.2 Die Vertretung kommerzieller Interessen — 3.3 Die Vertretung landwirtschaftlicher Interessen — 3.4 Die Vertretung handwerklicher Interessen; — 4. Die Einbettung der europäischen Kapitalverbände in das Herrschaftsgefüge der EG.

Zur Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft gehört auch die Internationalisierung der kapitalistischen Interessenverbände. Diese Organisationen sind ebenso multinational wie die Konzerne, denen sie dienen. Sie sind lokal, regional, national, regional-kontinental, gesamt-kontinental und mondial organisiert. Im internationalen Bereich entfallen die unternehmerischen Verbände insbesondere auf regional-integrierten Teilmärkten rege Aktivitäten. Als Beispiel wäre hier die Europäische Gemeinschaft zu nennen, die nicht nur durch die ökonomische Integration, sondern auch durch den Prozeß der politischen Vergemeinschaftung gekennzeichnet ist. Die damit zusammenhängende Übertragung wirtschaftspolitischer Befugnisse auf die EG-Kommission, die als eurowirtschaftliche Exekutivinstanz die Rahmenbedingungen des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses entscheidend mitbeeinflusst, hatte die Gründung und Einflußnahme von eurokapitalistischen Interessenverbänden zur Folge. Das „Europa der Konzerne“ ist insofern auch das Europa der Verbände dieser Konzerne.

Eine Analyse der internationalen Wirtschaftsverbände erscheint insofern geboten, als daß auch hier, ähnlich wie im einzelstaatlichen Bereich, die Literatur noch immer recht große Lücken aufweist. Zwar konnten die internationalen Gewerkschaftsorganisationen das sozialwissenschaftliche Interesse auf sich lenken, doch die transnationalen Verbandskoalitionen des Kapitals blieben bisher weitgehend unbeachtet. Neunreithers Hinweis aus dem Jahre 1968, wonach die Vertretung wirtschaftlicher Interessen im Bereich der EG bisher kaum erforscht wurde, gilt nach wie vor.¹ Im folgenden soll daher der Versuch gemacht werden, den internationalen Verbandsdschungel am Beispiel der EG ein wenig zu lichten.

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich dabei auf eine Darstellung der Organisation der zentralen kapitalistischen Interessenverbände und ihrer Verzahnung mit den supranationalen EG-Institutionen. Der Frage, wie es in den jeweiligen internationalen Kapitalverbänden zur Interessenartikulation kommt und auf welche Weise sich das internationale Monopolkapital zur Realisierung seiner spezifischen Interessen dieser Verbände bedient, soll hier nicht nachgegangen werden. Das betrifft auch die Frage der realen Durchsetzung dieser Interessen gegenüber den EG-Behörden und der Beurteilung des Stellen-

¹ Vgl. Karlheinz Neunreither, *Wirtschaftsverbände im Prozeß der europäischen Integration*, in: C. J. Friedrich (Hrsg.), *Politische Dimensionen der europäischen Gemeinschaftsbildung*, Köln/Opladen 1968, S. 422.

wertes, den die Politik der internationalen Unternehmerverbände im Rahmen ihrer ökonomischen und politischen Machtausübung hat.

1. Zur Geschichte transnationaler Kapitalverbände

Die Gründung transnationaler Wirtschaftsverbände vollzog sich als organisatorischer Reflex der Internationalisierung des kapitalistischen Wirtschaftslebens.

Da der Weltmarkt im wesentlichen durch Handel und Verkehr konstituiert wurde², waren diese Bereiche führend bei der Bildung internationaler Wirtschaftsverbände. Zu nennen wären hier z. B. der 1899 gegründete „Deutsch-Russische Verein zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen“, das „Zentralbureau der internationalen Eisenbahntransporte“ (1893), die „Fédération aéronautique internationale“ (1905) sowie die zahlreichen Schifffahrtsorganisationen. Der Zweck dieser neuartigen transnationalen Wirtschaftsvereinigungen bestand darin, international akzeptierte Verkehrsformen zum Zwecke des weltwirtschaftlichen Güteraustausches herzustellen und diese auf dem Wege der Schiedsgerichtsbarkeit zu kodifizieren.

Auch im Bereich der Industrie entstanden kurz nach der Jahrhundertwende zahlreiche internationale Verbände. Hier sei stellvertretend für viele andere an die berühmte, 1904 gegründete „Baumwollinternationale“ erinnert, ein fast idealtypisch organisierter und wirkender Interessenverband der industriellen Baumwollspinner und -weber. Er nahm sich sowohl fach- als auch kartellpolitischer Fragen an. Doch auch Probleme des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit wurden zumindest propagandistisch durch ihn wahrgenommen. Bis 1913 vereinigte er 4 nordamerikanische, 23 europäische und 2 asiatische Nationalverbände der Baumwollindustrie unter seinem Dach.³

Weitere internationale Wirtschaftsverbände entstanden infolge der Etablierung zwischenstaatlicher Organisationen. So hatte die Gründung des „Internationalen Arbeitsamtes“ die Schaffung der „Internationalen Arbeitgeberorganisation“ (1920) zur Folge. Auch die im Rahmen des Völkerbundes geschaffene „Beratende Wirtschaftskommission“, die maßgeblicher Träger aller großen internationalen Wirtschaftskonferenzen der Zwischenkriegszeit war, lenkte das Interesse der weltwirtschaftlich relevanten Kräfte auf sich. Da jedoch nur internationalen Verbänden eine Teilnahme am „Pressureprozeß“ möglich war, mußten eine ganze Reihe von Verbänden erst noch gegründet werden. So entstanden allein in den Jahren zwischen 1920 und 1929 rund 300 kapitalorientierte internationale Verbände.⁴

Die Krisenanfälligkeit kapitalistischer Produktionsverhältnisse wirkte ebenfalls gründungsstimulierend. Hier wären insbesondere die internationalen Zusammenschlüsse der Eisen- und Stahlindustrie nach 1926 zu nennen (z. B. die „Internationale Rohstahlgemeinschaft“), wobei der Übergang vom Wirtschaftsverband zum Marktverband (Kartell) oft sehr fließend war. Hier wurde versucht, „durch Manipulation und Organisation zu ersetzen, was an ‚Automatismus‘ (Marktmechanismus) nunmehr fehlt; eine Entwicklung,

2 Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der kommunistischen Partei, in: Marx-Engels Werke, Band 4, S. 464 f.

3 Vgl. Offizieller Bericht der Verhandlungen des Zweiten Internationalen Kongresses der Delegierten der Baumwollspinner- und Webervereinigungen, Manchester und Liverpool 1905; Offizieller Bericht des Neunten Kongresses der Baumwoll-Industrie vom Internationalen Verband der Spinner- und Weber-Vereinigungen, Scheveningen 1913.

4 Vgl. Hans Jürgen Beatus, Interessengruppen in internationalen Organisationen, Göttingen 1967.

die die am Außenhandel interessierten Kräfte der Wirtschaft zwang, sich ihrerseits zu internationalen Interessenvertretungen zusammenzuschließen".⁵

Ähnlich wie im nationalstaatlichen Bereich, so waren auch in der internationalen Sphäre die Industrie- und Handelskammern Schrittmacher bei der Gründung eines ersten, alle Wirtschaftsbereiche umfassenden internationalen Dachverbandes. Ein Jahr nach Ende des ersten Weltkriegs wurde die „Internationale Handelskammer“ mit Sitz in Paris gegründet.

Bei dieser Verbandsgründung ging es darum, einen den Erfordernissen des gewaltig angewachsenen internationalen Güteraustausches adäquaten außenwirtschaftlichen Überbau zu schaffen. Doch auch US-amerikanische Interessen spielten hier eine Rolle. Um nach 1918 zumindest der Tendenz nach wieder ein internationales, monetäres und außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu erlangen, mußte dem Welthandel wieder jener Grad an Multilateralisierung verschafft werden, den er vor Beginn des Krieges auswies; nicht zuletzt deshalb, um die Kriegsschulden an die USA, die sich vom Schuldnerstaat zum größten Gläubigerland und Geldbesitzer entwickelt hatten, regeln zu können.⁶

Auch Aufgaben, die sich aus dem widerspruchsvollen Verhältnis von Arbeit und Kapital ergeben, werden von der Internationalen Handelskammer wahrgenommen. So erfährt man von einem leitenden deutschen Mitarbeiter dieser Organisation, daß sie sich „ganz entschieden für die Sicherung des Privateigentums ausgesprochen“ hat und dieses aktiv verteidigt. Dieses gilt über den kapitalistischen Grundwiderspruch hinaus für den Systemgegensatz: „Sie (die Internationale Handelskammer, *W.S.*) ist wertvoll in einer Zeit, wo der Osten der freien Welt einen Wirtschaftswettlauf angesagt hat, um sie einzuholen und zu übertreffen.“⁷

Die durch den zweiten Weltkrieg unterbrochene Vereinigungsbewegung des Kapitals wurde im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan nach 1946 fortgesetzt. Die Gründung der OEEC (Organization for European Economic Cooperation) als Verwaltungsorgan der ERP-Gelder hatte die Verständigung der Industrieverbände jener Länder zur Folge, die sich am Marshall-Plan beteiligten. Diese Verbände waren daran interessiert, die Arbeit der OEEC als quasi der ersten europolitischen Zentralinstanz im Sinne privatwirtschaftlicher Vorstellungen zu beeinflussen. Vom belgischen Sozialdemokraten und späteren Außenminister *H. Spaak* und dem französischen Wirtschafts-Dachverband „Conseil National du Patronat Français“ kam die Initiative zur Gründung einer auf die OEEC bezogenen europäischen Unternehmer-Internationale, die 1949 von 13 nationalen Industrieverbänden unter dem Namen „Rat der Europäischen Industrieverbände“ aus der Taufe gehoben wurde. Auch die spätere Gründung zwischenstaatlicher Euroorganisationen wie Montanunion und EWG hatte die Bildung von eurokapitalistischen Interessenorganisationen zur Folge, die nachstehend hinsichtlich verschiedener Aspekte ihrer Organisation und ihres Wirkens vorgestellt werden sollen.

5 M. Scheffer, *Internationale Selbstverwaltung der Wirtschaft. Ihre Organisation, Aufgaben und Möglichkeiten im internationalen Raum*, Diss. rer. pol. Frankfurt am Main 1956, S. 41.

6 Vgl. ebenda, S. 78.

7 Fritz Haercke, *Die Internationale Handelskammer als Pionier der internationalen wirtschaftlichen Selbstverwaltung*, in: *Mitteilungen der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer*, Köln o. J. (ca. 1963), S. 5.

2. Zur Organisation der eurokapitalistischen Interessenverbände

Im Bereich der EG agieren rund 400 kapitalorientierte Euroverbände. Die stärkste Vertretung ist im Bereich der Industrie mit 170 Zusammenschlüssen festzustellen, gefolgt vom Handel mit 59 Organisationen. Besonders augenscheinlich ist die Vertretung jener Interessen, die in irgendeiner Form den landwirtschaftlichen Sektor berühren. Außer den reinen Erzeugerverbänden, von denen nur 12 existieren, besteht eine große Anzahl solcher Organisationen, die die Interessen der industriellen Weiterverarbeiter und kommerziellen Vertreter wahrnehmen.

Bei den meisten kapitalorientierten Euroverbänden handelt es sich um reine „Wirtschaftsverbände“, d. h. sie wirken speziell fach- und/oder allgemein wirtschaftspolitisch. Ihre vorrangige Aufgabe besteht darin, auf der westeuropäischen Ebene die Rahmenbedingungen der kapitalistischen Profitproduktion zu erhalten und gegebenenfalls auszubauen.

Die sozial- und tarifpolitisch ausgerichteten „Arbeitgeberverbände“ haben bisher fast keine Verbreitung gefunden. Nur im Bereich der metallverarbeitenden Industrie wurde ein entsprechender Verband, die „West European Metal Trades Employer's Organization“ geschaffen, deren Aufgabe u. a. darin bestehen soll, gegen die nach den Europawahlen zu erwartenden sozialpolitischen Resolutionen des Europaparlaments vorzugehen.⁸

Aber auch ideologische Euroverbände des Kapitals wurden gegründet. Als Beispiel sei hier die vom früheren Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, *H. J. Abs*, initiierte und präsidierte „Fondation Européenne pour l'Économie“ erwähnt, deren Aufgabe, laut *Abs*, u. a. darin bestehen soll, „dem Unverständnis der marxistischen Doktrinäre mit einer regelrecht militanten Unternehmensart zu begegnen“. Für diesen Bankier sind allein die Unternehmer das „katalysierende“ Element Europas, „indem sie, wie die Zellen des menschlichen Körpers, Symbiosen und Übertragungen verwirklichen“.⁹

Die EG-Verbände sind etwa zur Hälfte als originäre Neugründungen im Zusammenhang mit der Errichtung des Gemeinsamen Marktes oder aber als regionale Unterorganisationen bereits bestandener eurokontinentaler oder gar weltweiter Verbände gegründet worden (z. B. International Confederation of Agriculture → European Confederation of Agriculture → Committee of Agricultural Organizations in the European Community). Damit ist eine mehrstufige Interessenvertretung gesichert.

Obwohl in den meisten Euroverbänden nur Mitglieder aus EG-Ländern organisiert sind, existieren einige Organisationen mit umfassenderer Mitgliederstruktur. Zu nennen wäre hier beispielsweise der „Verbindungsausschuß für die europäische Maschinenbau-, elektrotechnische und metallverarbeitende Industrie“ (ORGALIME), worin nicht nur die Spitzenverbände der metallverarbeitenden Industrie der neun EG-Länder zusammengeschlossen sind, sondern auch die entsprechenden Organisationen aus den sogenannten Rest-EFTA-Staaten. Die verbandspolitische Integration ist hier ebenso wie bei der ökonomischen Vergemeinschaftung der politisch-institutionellen Vereinigung vorausgeschritten.

Die Mitgliederstruktur der EG-Verbände ist auch insofern uneinheitlich, als sie sich, so die Mehrzahl, aus nationalen Verbänden zusammensetzen, z. T. aber auch aus Unterneh-

⁸ Vgl. Gesamtmetall, Bericht der Geschäftsführung 1975—1976, S. 133.

⁹ Hermann J. Abs, Europäische Unternehmensstrategie, in: Marktwirtschaft, Nr. 1/2, Jan./Feb. 1971, S. 12.

men oder aus beiden. Bei den auf Firmenmitgliedschaft beruhenden Euroverbänden ist deren monopolistische Exklusivität evident. So sind z. B. in der „Association of Plastics Manufactures in Europe“ (APME) u. a. folgende Monopolgruppen organisiert: Akzo, ATO Chimie, BASF, Bayer, Borg Warner, BP, Charbonnage de France Chimie, Chemische Werke Hüls (VEBA), Ciba-Geigy, Dow Chemical, Du Pont, Esso, ICI, KemaNord AB, Montedison, Norsk Hydro, Petrofina, Rhône-Poulenc Industries, Shell, Solvay, Rütgerswerke (Allianz/Ruhrkohle), Wacker-Chemie (Höchst). Klein- und Mittelunternehmen finden sich nicht in diesem Verband.

Auch die Verbandskohäsion ist recht unterschiedlich. Sie erstreckt sich über gelegentliche Konferenzen über gemeinsame Verbandsausschüsse bis hin zu Organisationen mit eigener Rechtspersönlichkeit, Sekretariat und ständigem nationalen Verbandsdelegierten, so bei einigen Industrieverbänden.

Da der politische Entscheidungsprozeß in der EG nicht nur durch die EG-Kommission als supranationales Exekutivorgan vermittelt wird, sondern auch über den Ministerrat als intergouvernemental-föderatives Organ läuft, ist es notwendig, das europäische Verbandswesen mit einer Doppeloptik zu betrachten. Denn nicht nur die rund 400 eurokapitalistischen Interessenverbände, sondern auch deren aus etwa 2000 nationalen Verbänden bestehender Unterbau nimmt über die einzelstaatlichen Regierungen und somit über den Ministerrat Einfluß auf die europolitischen Entscheidungsprozesse. „Die europäische Verbandsarbeit muß Stückwerk bleiben, wenn sie nur damit rechnen kann, die Kommission zu beeinflussen, und wenn nicht gleichzeitig die nationalen Verbände die wichtigsten Elemente einer vorher erarbeiteten Haltung gegenüber ihren Regierungen vertreten und somit eine Einwirkung auf den Ministerrat versuchen.“¹⁰

Als einflußnehmende Instanzen wären hier insbesondere die nationalen Dachverbände der Industrie zu nennen. So erfährt man schon vor Jahren von der „Confederation of British Industry“, daß sie „eine Organisation (ist), die den Anforderungen einer Vertretung ihrer Interessen gegenüber der Labourregierung in jeder Hinsicht voll gewachsen ist“ und „sich inzwischen als Gesprächspartner der Regierung eine Position gesichert (hat), welche einflußmäßig die des Gewerkschaftsdachverbandes (TUC) übertrifft“.¹¹ Auch vom „Conseil National du Patronat Français“ ist zu erfahren, daß diese Organisation „besser als alle übrigen Pressure Groups (sich) der vielfältigen Interaktionen zwischen den in denselben Grandes Ecoles ausgebildeten Technokraten der Ministerialbürokratie und den Spitzenmanagern bedienen kann“, was ihr Durchsetzungsvermögen erhöht.¹² Der italienische Dachverband „Confindustria“ kann sich ebenfalls nicht über mangelnden Einfluß beklagen: „Um die Öffentlichkeit über die Auffassungen der Industrie zu unterrichten, übt die Confindustria eine breitgestreute Informationstätigkeit aus“, wobei sie sich „aller modernen Massenmedien“ sowie der Tageszeitung „Giornale d'Italia“ und dreier Wirtschaftszeitungen bedienen kann.¹³ Über die vielfältigen Einflußkanäle der bundesdeutschen Wirtschaft, insbesondere des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie“ wurde in anderen Veröffentlichungen des Verfassers bereits ausführlich berichtet.¹⁴

10 Karlheinz Neunreither, a. a. O., S. 425.

11 Industriekurier vom 25. 6. 1966.

12 Udo Kempf, Das politische System Frankreichs, Opladen 1975, S. 199.

13 Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts, 13. 1. 1966, S. 7.

14 Vgl. Walter Simon, Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände. Zur Rolle von BDI, BDA und DIHT im ökonomischen und politischen System der BRD, Köln 1976.

3. Das Verbandsgefüge von Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Dachverbände

Alle Bereiche der kapitalistischen Wirtschaft sind verbandsförmig im Bereich der EG vertreten: Industrie, Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Dienstleistungen, freie Berufe u. a. m.

3.1 Die Vertretung kapitalistischer industrieller Interessen

Am einflußreichsten gestaltet sich die Vertretung industrieller Interessen. Das offizielle Verbandsregister der EG-Kommission¹⁵ weist hier über 170 fachlich orientierte Euroverbände aus, gebildet von einem aus rund 1200 nationalen Verbänden bestehenden Unterbau. Am stärksten gestaltet sich die Vertretung agroindustrieller Interessen mit 38 Organisationen, gefolgt vom Textilsektor mit 19 und der Metallverarbeitung mit 13 Verbänden.

Das industrielle Allgemeininteresse wird durch die „Union des Industries de la Communauté Européenne“ (UNICE) vertreten. In diesem Verband haben sich die industriellen und sozialpolitischen Spitzenvertretungen der neun EG-Staaten organisiert. Hierzu gehören auch der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Als assoziierte Mitglieder gehören der Union auch die Spitzenverbände aus EG-assoziierten und den Rest-EFTA-Staaten an.

UNICE bestimmt sich als „the official spokesman of the industries . . . vis-a-vis the Common Market institutions“¹⁶. Doch tritt diese Organisation nicht nur als euroindustrieller Dachverband auf, sondern auch als europäische Vertretung der sozial- und tarifpolitischen Interessen, dieses aber in Zusammenarbeit mit den wirtschaftspolitischen Spitzenvertretungen von Handel, Handwerk, Banken und Landwirtschaft. Über die Aufgaben erfährt man verbandsoffiziell: „To strenghten the solidarity of its members; to stimulate the elaboration of an industrial policy in a European spirit; make the voice of European industry heard whenever necessary.“¹⁷

Zu den Aufgabengebieten, derer sich UNICE insbesondere annimmt, gehören die Industriepolitik, das Gesellschaftsrecht und soziale Fragen hinsichtlich des Verhältnisses von Arbeit und Kapital. Was die Industriepolitik der EG angeht, so wirkt UNICE vorrangig dafür, daß diese „von den Erfordernissen der Industrie (ausgehend), die freie Wahl und die Entscheidungsfreiheit der Industrieunternehmen respektiert“¹⁸. Außerdem bemüht sich UNICE um eine möglichst extensive Auslegung der Artikel 85 und 86 des EWG-Vertrages, in denen wettbewerbsverzerrende Vereinbarungen und der Mißbrauch marktbeherrschender Stellungen verboten werden.

15 Vgl. Vierte Ergänzung des Verzeichnisses der gemeinsamen Organisationen, die in den Europäischen Gemeinschaften geschaffen wurden, Brüssel 1973.

16 Broschüre UNICE, 15 Seiten, undatiert, S. 4 („... als den offiziellen Sprecher der Industrie gegenüber den Institutionen des Gemeinsamen Marktes“).

17 UNICE, hektographierte Broschüre, Juni 1976 („Stärkung der Solidarität der Verbandsmitglieder; Anregung der Erarbeitung einer Industriepolitik in europäischem Geist; der Stimme der europäischen Industrie wo immer notwendig Gehör zu verschaffen.“)

18 Die Union der Industrien der Europäischen Gemeinschaft, in: Europäische Dokumentation (Schriftenreihe Gewerkschaften und Arbeitnehmer) 74/2 — EG-Information.

Im Bereich des Gesellschaftsrechtes wirkt UNICE nicht nur für einheitliche Steuer- und Sozialvorschriften — der EWG-Vertrag fordert in Artikel 3 die Angleichung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften —, sondern insbesondere auch für die rechtliche Absicherung der alleinigen Verfügungsgewalt der Produktionsmittelbesitzer über die Sachmittel des Produktionsprozesses. Wie der UNICE-Generalsekretär *B. Sassen* selbst betonte, stehen alle Verbandsaktivitäten unter dem „Leitgedanken des freien Unternehmertums und der Marktwirtschaft“.¹⁹

In dieser Hinsicht wurde UNICE insbesondere im Zusammenhang mit der Diskussion um die Schaffung einer „Europäischen Aktiengesellschaft“ wiederholt gefordert. Da in den seit 1970 diskutierten und mehrfach abgeänderten Entwürfen der EG-Kommission für ein Statut der Europäischen Aktiengesellschaft gewisse Mitwirkungsrechte für Betriebsräte und eine (nichtparitätische) Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat der künftigen Europa-AG vorgesehen waren, intervenierte UNICE immer wieder mit Eingaben, und zwar erfolgreich, gegen alle Versuche, die zur Einschränkung der unternehmerischen Vormachtstellung in den neuen Euro-Konzernen führen könnten. So heißt es in der Erklärung der UNICE vom 12. März 1971 zum entsprechenden Kommissionsentwurf, „daß das Statut der europäischen Gesellschaft nur dann einen Nutzen haben kann, wenn es tatsächlich den Wünschen der Unternehmen entspricht... Der Vorschlag der Kommission... dagegen... führt inquisitorische und bürokratische Verfahrensregeln ein“. Und offen erpresserisch heißt es dann am Schluß: „Zusammenfassend ist zu unterstreichen, daß alles darauf hindeutet, daß die Unternehmen in der Mehrzahl der Fälle es vorziehen werden, das Statut der europäischen Gesellschaft unbenutzt zu lassen, da sie zu Recht die zahlreichen Belastungen befürchten müssen, die ihnen durch die Übernahme dieses juristischen Rahmens auferlegt würden. Um eine solche Lage zu vermeiden, ist es erforderlich, daß der Vorschlag des Statuts... grundlegend überarbeitet wird“.²⁰

Im sozialpolitischen Bereich nimmt UNICE jene Aufgaben wahr, die in einigen Ländern ganz speziell den Arbeitgeberverbänden zufallen. In den ersten Jahren nach Gründung der EWG war UNICE sozialpolitisch jedoch nur wenig gefordert, da sich die Gemeinschaftsorgane in erster Linie rein wirtschaftspolitischen Aufgaben zuwandten. Die sozialpolitischen Vorschriften des EWG-Vertrages (Artikel 117—128) sollten vor allem verhindern, daß auf dem europäischen Arbeitsmarkt als Folge unterschiedlicher sozialer Leistungen Wettbewerbsverzerrungen auftreten. Außerdem war man der Meinung, daß sich soziale Wohlfahrt als Nebenprodukt wirtschaftlichen Wachstums gleichermaßen automatisch einstellt.²¹

Als Ende der sechziger Jahre immer offensichtlicher wurde, daß diese Formel nicht aufgeht, sah sich die Kommission zum Handeln genötigt und legte 1974 ein „Sozialpolitisches Aktionsprogramm“ vor. UNICE wurde in Zusammenarbeit mit den Spitzenverbänden von Handel, Landwirtschaft, Handwerk und Banken sofort aktiv, um die Umsetzung dieses Programms in Rechtsverordnungen u. ä. im Sinne der Kapitaleigner zu beeinflussen. „Bedenken wurden insbesondere gegen den Vorschlag der Empfehlung zur Ände-

19 Vortrag von B. Sassen, Generalsekretär der UNICE, vor dem irischen Rat der Europäischen Bewegung am 19. März 1976, hektographiertes Material.

20 Erklärung des Präsidiums der UNICE zum Vorschlag eines Statuts für europäische Aktiengesellschaften, Brüssel, 12. März 1971, hektographiertes Material.

21 Vgl. Die Sozialpolitik der Europäischen Gemeinschaft, in: Europäische Dokumentation (Zeitschrift) 1978/2, S. 3 f.

rung des Grundsatzes der 40-Stunden-Woche und des vierwöchigen, bezahlten Jahresurlaubs, gegen die Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und auch gegen das geplante Berufsbildungszentrum geäußert.“²² Von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände war einige Zeit später zu erfahren, „daß Kommission und Ministerrat einige wesentliche Grundsätze“ aus den Stellungnahmen der UNICE „anerkannt haben“.²³

Aufgrund der massiven Interventionen durch die eurokapitalistischen Interessenverbände mit UNICE an der Spitze hat zwischenzeitlich der sozialpolitische Schwung der EG-Kommission nachgelassen. So erfährt man von Arbeitgeberseite, daß die EG-Kommission im Laufe des Jahres 1976 „nur noch zögernd an die Verwirklichung ihres Arbeitsprogramms heranging“,²⁴ ein Zustand, der in den nachfolgenden Jahren noch zunahm.

Die europäische Industrieunion beschäftigt sich aber nicht nur mit industrie- oder sozialpolitischen Teilproblemen, sondern auch mit europäischen Grundsatzfragen. Ein Blick in die UNICE-Jahresberichte zeigt, daß eine nicht unbeträchtliche Zahl von Stellungnahmen allgemeinere europapolitische Sachgebiete betreffen. Hier wäre beispielsweise die „Stellungnahme der UNICE zur Europäischen Union“ (1976), die „Erklärung zum Tindemans-Report“ (1976) oder das Memorandum an die gegenwärtig amtierende Kommission zu nennen, das dieser bei Amtsantritt unter Nennung der nach Meinung der Industrie vorrangigen europapolitischen Aufgaben vorgelegt wurde. Erwähnenswert ist auch ein im Hinblick auf die Europawahlen an die europäischen Parteienzusammenschlüsse gerichteteres Memorandum, dessen Zweck offensichtlich darin bestand, die Programmgestaltung dieser Parteienzusammenschlüsse zu beeinflussen. Dazu die BDA: „Dieses Memorandum ist an die europäischen Zusammenschlüsse der Parteien gerichtet, die mit der Vorbereitung ihrer Programme für die kommenden Direktwahlen zum Europäischen Parlament beschäftigt waren. Die UNICE beabsichtigte, mit diesem Memorandum den Parteien die Position der europäischen Wirtschaft zur Kenntnis zu bringen.“²⁵

3.2 Die Vertretung kommerzieller Interessen

Bis Dezember 1978 firmierte das „Comité des Organisations Commerciales des Pays de la C.E.E.“ (COCCEE) als eurokommerzielle Spitzenvertretung. Hierbei handelt es sich um die europäische Schwesterorganisation der „Organisation Internationale du Commerce“ (OIC), mit der sie ein gemeinsames Sekretariat unterhält, das Budget gemeinschaftlich beschließt und gemeinsame Tätigkeitsberichte herausgibt. Das COCCEE verstand sich „jedoch nicht als Unterorganisation des größeren Verbandes, sondern eher als fester Kern, der dessen Arbeiten orientiert und vorantreibt“.²⁶

Dem COCCEE waren 14 überfachliche Spitzenorganisationen (z. B. der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels), 7 Funktions- resp. Formverbände (z. B. Vereinigung der Versandhäuser Europas) und 32 Fachverbände (Möbel, Textilien, Fleisch u. ä.) angeschlossen.

22 BDA-Jahresbericht 1974, S. 142.

23 ebenda, S. 143.

24 BDA-Jahresbericht 1976, S. 131.

25 BDA-Jahresbericht 1978, S. 154 f.

26 Karlheinz Neunreither, a. a. O., S. 398.

Die sehr heterogene Mitglieder- und Interessenstruktur erschwerte eine kohärente Verbandspolitik. Anders als beim Bauernverband ist es auch nicht gelungen, die unterschiedliche Zusammensetzung des eurokommerziellen Dachverbandes durch einen straffen Organisationsaufbau zu kompensieren. Charakteristisch war die deutliche Betonung der Rechte der einzelnen Mitgliedsverbände in der COCCEE-Satzung. Während z. B. bei den Industrie- und Agrarverbänden bezüglich der Kontakte zu den EG-Behörden oft ein über die Dachverbände vermitteltes Interessenclearing stattfindet, wurden die europäischen Handelsverbände oft unabhängig vom COCCEE aktiv.²⁷

Das Zusammenwirken dieser Aspekte trug dazu bei, die Organisationspotenz dieses Verbandes zu dezimieren. Als dann noch „einige Mitgliedsverbände . . . ihre Möglichkeiten als begrenzt“ ansahen, „notwendige verbandspolitische Kompromisse mitzutragen, die in einem Zusammenschluß nötig sind, der alle Branchen und Funktionen des europäischen Handels umfaßt“²⁸, und sich einige nicht mehr in der Lage sahen, die Mitgliedsbeiträge beim COCCEE zu tragen, wurde der Verband aufgelöst.

Die Auflösung des COCCEE hat jedoch nicht dazu geführt, daß die Vertretung des europäischen Handels vollständig erlahmte. Die am Agrarhandel interessierten Organisationen, also eine relativ homogene Gruppe, haben sich in einem vorerst noch losen Verbindungsausschuß zusammengefunden. Auch die Groß- und Außenhandelsverbände der EG-Länder planen die Gründung eines eigenen europäischen Verbandes.

3.3 Die Vertretung landwirtschaftlicher Interessen

Die Entstehung und Entwicklung agrarischer Euroverbände stellt einen Sonderfall im europäischen Verbandsgefüge dar. Hier wurde der europäische Zusammenschluß von den Gemeinschaftsorganen der EG selbst angeregt und gefördert. Auf der ersten EWG-Landwirtschaftskonferenz im Juli 1958 in Stresa verkündete die EG-Kommission ihre Absicht, „mit den berufständischen Organisationen eine enge und dauerhafte Zusammenarbeit aufrecht zu erhalten“,²⁹ vorausgesetzt, daß es sich hierbei um europäische Zusammenschlüsse handelt. Damit regte sie die Verbandsgründung im landwirtschaftlichen Sektor direkt an. Aufgrund des großen Stellenwerts der Agrarpolitik im EWG-Vertrag war sie ihrerseits an einer Zusammenarbeit mit den Agrarverbänden interessiert, wollte aber, um nicht den Schiedsrichter zwischen den nationalen Verbänden spielen zu müssen, den Kontakt von vornherein auf europäische Agrarorganisationen beschränken.

Der erste und wichtigste Verband, der in der Folge entstand, war das „Comité des Organisations Professionnelles Agricoles de la C.E.“ (COPA), das seinerseits aus der „Confédération Européenne de l'Agriculture“ (CEA) hervorging. Dem COPA gehören 22 nationale Spitzenverbände aus neun EG-Staaten an, darunter der Deutsche Bauernverband.

Im landwirtschaftlichen Bereich besteht, anders als beim Handel, eine starke Kohäsion zwischen der Dachvertretung und den Fachverbänden. So wurden allein sechs von den vierzehn produktorientierten Erzeugerverbänden, der sonstigen Verbandspraxis völlig entgegengesetzt, vom COPA selbst gegründet, während der Rest einer engen Zusammenarbeit mit dem Dachverband zugestimmt hat und damit als Sprecher einer bestimmten landwirtschaftlichen Gruppe vom COPA anerkannt wurde.

²⁷ Vgl. ebenda.

²⁸ aus einem Schreiben der BDA an den Verfasser.

²⁹ Hans Jürgen Beatus, a. a. O., S. 145.

Wie stark der Einfluß von COPA ist, wird u. a. daran deutlich, daß ihm alle von den agrarischen Fachverbänden ausgearbeiteten Stellungnahmen zwecks Prüfung der Übereinstimmung mit dem agrarischen Gesamtkonzept des Dachverbandes vorgelegt werden müssen. Außerdem übernimmt das COPA die Vertretung der Fachverbände gegenüber den Gemeinschaftsbehörden, wobei Vertreter der betreffenden Verbände beteiligt werden sollen. *Neunreither* resumiert, daß „die EWG-Kommission . . . die Bemühungen des COPA, die agrarischen Fachverbände in ein faktisches Abhängigkeitsverhältnis zu bringen und somit das Problem der möglichen Zersplitterung des Verbandseinflusses auf recht einseitige Weise zu lösen, tatkräftig unterstützt“ hat.³⁰

Da im COPA mehr oder weniger großagrarisches Interessen dominieren, kam es im Frühjahr 1970 zur Gründung eines „EWG-Ausschusses für Familienbetriebe“, der in der bürgerlichen Literatur als „linksstehend“ apostrophiert wird.³¹ Diese Organisation, die im Gründungsauftrag scharf das Vertretungsmonopol von COPA kritisierte, vereinigt Mitgliedsverbände aus Frankreich, Italien und Belgien mit insgesamt rund 760 000 Einzelmitgliedern und 1800 Mitglieds-genossenschaften.³²

Zwischen COPA und dem „Comité Général de la Coopération Agricole des Pays de la C.E.E.“ (COGECA), dem europäischen Dachverband der nationalen Genossenschaftsverbände, bestehen enge Kontakte, die ausdrücklich auch als Zielsetzung genannt werden.³³ Die Enge der Zusammenarbeit wird daran deutlich, daß beide, COPA und COGECA, ein gemeinsames Sekretariat in Brüssel unterhalten, einen gemeinsamen Generalsekretär haben und eine Reihe gemeinschaftlicher Arbeitsgruppen und Fachausschüsse geschaffen haben, „in denen die Genossenschaftsexperten mit denen des landwirtschaftlichen Berufsstandes alle anstehenden Fragen und Probleme behandeln.“³⁴ Von hier aus erfolgt auch ein „konzertiertes Vorgehen von genossenschaftlicher Wirtschaft und landwirtschaftlichem Berufsstand“ gegen solche Kommissionsvorlagen, die den Agrarverbänden unliebsam sind.³⁵

3.4 Die Vertretung handwerklicher Interessen

Im Bereich des Handwerks haben sich nur wenige Verbände zusammengeschlossen. Neben einem Dachverband sowie einer Arbeitsgemeinschaft der wissenschaftlichen Institute des Handwerks der EG-Länder schufen nur die Metzger, Bäcker und Friseure eigene europäische Fachverbände. Nach dem Verbandsverzeichnis der EG-Kommission bestehen im handwerklichen Bereich fünf Euroverbände. Zählt man einige unter der Rubrik „Freie Berufe“ geführte Berufsgruppen dazu (z. B. Optiker), dann erhöht sich die Zahl auf acht.

Die allgemeinen Interessen der 2,7 Millionen Handwerksbetriebe in der EG werden von der „Union de l'Artisanat de la C.E.E.“ (U.A.C.E.E.) wahrgenommen, dem 13 nationale Mitgliedsverbände, darunter der Zentralverband des deutschen Handwerks angehören.

30 Karlheinz Neunreither, a. a. O., S. 395.

31 So bei Gerald Braun, Die Rolle der Wirtschaftsverbände im agrarpolitischen Entscheidungsprozeß der EWG, Westberlin 1972, S. 76 f.

32 Vgl. ebenda.

33 Vgl. COCEGA-Satzung

34 COCEGA-Tätigkeitsbericht 1975/76, S. 30.

35 ebenda.

Bei der U. A. C. E. E. handelt es sich um einen Mitgliedsverband der „Internationalen Gewerbeunion“ (IGU), die außerdem noch folgende transnationale Verbände unter ihrem Dach beherbergt: „Fédération Internationale des Petites et Moyennes Entreprises Commerciales“ (FIPMEC), „Fédération Internationale des Petites et Moyennes Entreprises Industrielles“ (FIPMI) und die „Fédération Internationale de l'Artisanat“ (FIA). Die FIA wird vom bundesdeutschen Handwerkspräsidenten *Paul Schmitker* präsiert, der gleichzeitig Vizepräsident der IGU ist. Das Grundanliegen der U. A. C. E. E. im Rahmen der EG-Politik besteht im folgenden: „1. Die Berücksichtigung des Handwerks und seiner spezifischen Belange im Rahmen der allgemeinen Politiken und Maßnahmen; 2. die Verwirklichung bestimmter gezielter Maßnahmen zur Steigerung seiner Leistungs- und Wettbewerbskraft; 3. die Förderung der Erörterung und Lösung gemeinschaftsweiter Schwerpunktprobleme des Handwerks.“³⁶

Zur Durchsetzung dieser Ziele kann die U. A. C. E. E. „vor Ort“ in Brüssel nur wenig Organisationspotenz in die Waagschale werfen. Das mehr oder weniger verwaiste Brüsseler Büro wird von Bonn aus von einem Mitarbeiter des ZDH betreut. Das Büro selbst wird vom „Comité national belge des Petites et Moyennes Entreprises“ zur Verfügung gestellt, das seinerseits dem belgischen „Ministère des Classes Moyennes“ angegliedert ist. Die laufenden Verbandskosten werden vom ZDH getragen — während die Aufwendungen für das ebenfalls von diesem Büro mitbetreute „Comité des Petites et Moyennes Entreprises Commerciales des Pays de la C. E. E.“ vom niederländischen Handwerks-Dachverband getragen werden.³⁷

Infolge der mangelnden organisatorischen Repräsentanz in Brüssel fällt es dem Handwerk im Gegensatz zur Industrie oder der Landwirtschaft wesentlich schwerer, auf die Gemeinschaftsorgane einzuwirken. So berichtet z. B. der ZDH, daß die Abteilung „Klein- und Mittelbetriebe, Handwerk“ der EG-Kommission, die nach Erweiterung der EG auf Verlangen der U. A. C. E. E. in der Generaldirektion III der Kommission geschaffen wurde, um „für eine verstärkte Berücksichtigung der Lage des Handwerks sowie der Klein- und Mittelbetriebe Sorge (zu) tragen ... selbst nach dreijährigem Bestehen in keiner Weise diese Funktion“ ausübt.³⁸ Das Handwerk fühlt sich von den EG-Organen in vielerlei Hinsicht diskriminiert und meint, daß insgesamt gesehen die Kommission gegenüber den Problemen des Handwerks „konzeptionslos und untätig ist“.³⁹

4. Die Einbettung der europäischen Kapitalverbände in das Herrschaftsgefüge der EG

Zu den einflußnehmenden Interessenorganisationen in Brüssel gehören Kapitalverbände, Gewerkschaften und in schwächerem Maße die Verbraucherorganisationen. Doch „scheinen die Industrieverbände über ein besser entwickeltes System von formellen und informellen Kontakten auf der Arbeitsebene zu verfügen als der Europäische Gewerkschaftsbund“.⁴⁰ Im Bereich der Montanunion wird den Industrieverbänden gemäß Arti-

36 UACEE-Jahresbericht 1977.

37 Karlheinz Neunreither, a. a. O., S. 407.

38 Zentralverband des Deutschen Handwerks: *Handwerk* 1976, S. 303.

39 Heinz Kramer, *Die Rolle der Sozialpartner im Entscheidungssystem der EG*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B 22/77, S. 37.

40 ebenda.

kel 48 des EGKS-Vertrages ohnehin eine bevorzugte Stellung gegenüber den Eurobehörden eingeräumt, über die die Gewerkschaften in diesem Maße nicht verfügen.

Die Einbeziehung der kapitalistischen Euroverbände in den Prozeß der europäischen Integration wird ähnlich wie im nationalstaatlichen Bereich mit der Integration von Sachverstand begründet. So betont *Fischer*, daß die EG „in vielen Fällen auf die technische Mitarbeit und den Sachverstand der Verbände angewiesen ist. Diese im Zeitalter zunehmender Spezialisierung immer wichtigere Rolle der Verbände ist daher in der mit Integrationsaufgaben befaßten EWG noch ausgeprägter als im nationalen Bereich“.⁴¹ Für die EG-Kommission sind sie daher „das unentbehrliche Medium, durch das sie mit der Wirtschaft in einem sinnvollen, praktisch verwertbaren Kontakt steht“.⁴²

Die engen Beziehungen zwischen den europäischen Wirtschaftsverbänden und der EG-Kommission beruhen u. a. auch insbesondere darauf, „daß die vorwiegend wirtschaftlichen Integrationsaufgaben zu ihrer Lösung viele statistische Unterlagen erfordern“, die nur die Unternehmensseite zu liefern in der Lage ist.⁴³ Mit diesen kostenintensiven statistischen Dokumentationsarbeiten ist den wirtschaftlichen Euroverbänden „eines der wenigen Druckmittel“ in die Hand gegeben, von dem „vereinzelt schon Gebrauch gemacht worden“ ist.⁴⁴

Obwohl die europäischen Kapitalverbände sozusagen als Transmissionsriemen zwischen der Wirtschaft und den Eurobehörden agierten, wirken die Großkonzerne oftmals an den Interessenorganisationen vorbei direkt in die EG-Administration hinein. Bei Spezialproblemen haben die Verbände einem solchen Vorgehen gegenüber auch keine Einwände. So berichtete der Brüsseler Vertreter der „Confederation of British Industry“, daß sie bei Sonderproblemen den Unternehmen ohnehin zu einem solchen Vorgehen raten.⁴⁵ Aber auch die Kommission diskutiert recht gerne mit den Repräsentanten einzelner Großunternehmen, die nicht verpflichtet sind, ein „ausgewogenes“ Lagebild zu liefern.⁴⁶

Die institutionellen Besonderheiten des europolitischen Entscheidungsprozesses bewirken einige Modifikationen der aus dem nationalstaatlichen Bereich bekannten Pressure-Modelle, und zwar hinsichtlich der über das Zweigespann Kommission/Ministerrat bedingten Mehrphasigkeit der Willensbildung in der EG. Von der Rolle des Europäischen Parlaments kann hier abgesehen werden, da dieses auch nach der Europawahl nur eine beratende, nicht aber legislative Funktion hat. Zu erwähnen wäre allerdings die institutionelle Einbettung der Interessenverbände in ihrer über den „Wirtschafts- und Sozialausschuß“ vermittelten Form.

Bei der *Kommission* handelt es sich um ein aus dreizehn Personen bestehendes supranationales Kollegialorgan, das sich aus Vertretern der neun EG-Staaten zusammensetzt, ohne jedoch weisungsgebunden zu sein. Das politische und institutionelle Gewicht der Kommission beruht darauf, daß sie mit der Durchführung der drei Integrationsverträge (EGKS, EWG und Euratom) beauftragt ist und im Rahmen dieser Aufgaben verbindliche und recht weitgehende Vorschriften erlassen kann. Außerdem besitzt sie auf allen ge-

41 Fritz Fischer, Die institutionalisierte Vertretung der Verbände in der EWG, Hamburg 1965, S. 192.

42 Helmut Rittsteg, Wirtschaftsverbände und europäische Gemeinschaften. Eine Untersuchung zur institutionalisierten Interessenvertretung, Hamburg 1967, S. 36.

43 EG-Bulletin 192/93.

44 Fritz Fischer, a. a. O., S. 65.

45 Vgl. Lidia Gazzo, Am helllichten Tag... in: VISION, Nr. 78, Mai 77, Genf, S. 23.

46 Vgl. ebenda.

meinschaftsrelevanten Sachgebieten ein Initiativrecht für Vorschläge an den Ministerrat. „Als Initiator der Gemeinschaftspolitik“ ist sie daher „von hohem Stellenwert für die Wirtschaftsverbände“.⁴⁷ Zugleich bewirtschaftet sie eigene finanzielle Mittel, verwaltet verschiedene Eurofonds (Sozial-, Entwicklungs-, Währungs- und Agrarfonds) und firmiert als letztlich ausführendes Organ der Beschlüsse des Ministerrats. Sie ist das motorische Zentrum der EG.

Der prozessuale Ablauf der Rechtssetzungsakte in der EG trug dazu bei, daß sich die Kommission zum Gravitationszentrum der Verbandsaktivitäten entwickelte. Da sie sozusagen der „Architekt“ der europolitischen Gesetzgebungsvorschläge ist und im Stadium der Projektierung i. d. R. größere Einflußmöglichkeiten bestehen als in der entscheidungsreifen Phase im Ministerrat, ist sie der bevorzugte Adressat der wirtschaftlichen Interessenorganisationen. Die Kommission, genauer gesagt ihre 19 Generaldirektionen, sind nicht nur wegen der angeblichen „Integration von Sachverstand“ an einer Zusammenarbeit mit den europäischen Wirtschaftsverbänden interessiert, sondern auch wegen des Nichtvorhandenseins von administrativen Informationskontakten, die im Falle nationaler Ministerien über regionale bis in lokale Verwaltungen hineinreichen. Infolgedessen würde die Kommission ohne die „Ersatzkontakte“ zu den Wirtschaftsverbänden „im luftleeren Raum schweben“.⁴⁸

Aber auch hinsichtlich des spannungsvollen Nebeneinanders von Kommission und Ministerrat spielen die Wirtschaftsverbände eine nicht unwesentliche Rolle. So soll die Kommission an die Privilegierung ihrer von den Verbänden kommenden Verhandlungspartner u. a. die Hoffnung knüpfen, Verbündete gegen die nationalen Regierungen und Verwaltungen im Entscheidungsprozeß der Gemeinschaft zu gewinnen. Die Kommission muß also, um ihr „eigenes politisches Gewicht“ in der Ehe mit dem Ministerrat zu verstärken, insbesondere in Anbetracht der zunehmenden Renationalisierung in der EG „an einer Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden interessiert sein“.⁴⁹

Da im Bereich der EG, wie schon erwähnt, mit einer doppelten Optik bezüglich des Verbandseinflusses gearbeitet werden muß, ist es notwendig, auch jene Pressure-Mechanismen zu beachten, die den Umweg über die nationalen Regierungen zum Ministerrat nehmen. „Ein Fehler, der insbesondere bei der Beurteilung der Mehrstufigkeit der Interessenvertretung zu vermeiden ist, bestünde darin, die Tätigkeit der Wirtschaftsverbände nur von der europäischen Ebene her zu sehen und die nationalen Standpunkte als zweitrangig und eigentlich veraltet zu disqualifizieren.“⁵⁰

Beim *Ministerrat* handelt es sich um ein föderatives Repräsentationsorgan, in dem die Mitwirkung aller neun EG-Staaten an den Entscheidungsverfahren der Gemeinschaft gesichert werden soll. Er setzt sich aus je einem Vertreter der Mitgliedsländer zusammen, wobei sich die personelle Zusammensetzung je nach der politischen Tagesordnung ändert. Von hier werden die Richtlinien der europäischen Politik vorgegeben. Ihm obliegt also die Beschlußfassung über alle grundsätzlichen Probleme der Gemeinschaft.

Ein Blick in die Jahresberichte wichtiger nationaler Verbände, z. B. der BDA, zeigt, daß sie sich der nationalen Regierungen bedienen, um den Ministerrat zu beeinflussen. Nationale und europäische Verbände wirken also konzentriert und konzertiert zusammen.

47 Gerald Braun, a. a. O., S. 95.

48 Helmut Rittstieg, a. a. O., S. 35.

49 ebenda, S. 32.

50 Karlheinz Neunreither, a. a. O., S. 423.

Hierzu ein Beispiel: Das Sozialpolitische Aktionsprogramm sah u. a. die Errichtung eines von der EG getragenen „Europäischen Gewerkschaftsinstituts“ vor, wogegen UNICE aktiv und erfolgreich intervenierte. Das Institut wurde schließlich vom Europäischen Gewerkschaftsbund, und zwar mit einem Finanzzuschuß der EG, gegründet. Dazu ist von der BDA zu erfahren: „Die UNICE hat nach Bekanntwerden dieses Vorganges zunächst bei der Kommission und darauffolgend auch beim Ministerrat gegen diese einseitige Unterstützung des Europäischen Gewerkschaftsbundes protestiert... Der Präsident der BDA hat in der gleichen Sache die Bedenken der deutschen Arbeitgeber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgetragen“.⁵¹ Hinsichtlich Italiens und Belgiens ist zu erfahren, daß „die von den Verbänden formulierten Interessen die Haltung der jeweiligen Regierungen im Ministerrat wesentlich mitbestimmt (haben). Keine dieser Regierungen hat es je gewagt, in Brüssel eine Haltung zu vertreten, die der Auffassung aller wichtigen Verbände scharf zuwiderliefe“.⁵²

Die mit der Koexistenz von Kommission und Ministerrat zum Ausdruck kommende Janusköpfigkeit der EG-Spitze hat aber nicht nur Konsequenzen bezüglich der Adressaten, sondern auch einen direkten Nutzeffekt für die einflußnehmenden Kapitalverbände. Für den Fall unliebsamer Vorschläge der Kommission kann sich die europäische Wirtschaftslobby unter Einschaltung ihrer nationalen Interessenorganisationen über den Ministerrat querlegen und somit Entscheidungen abblocken oder verändern. Das Schicksal des Sozialpolitischen Aktionsprogramms ist ein gutes Beispiel dafür.

Aber auch hinsichtlich innerverbandlicher Widersprüche, die sich aus nationalen Interessegegensätzen ergeben, spielt der Dualismus von Kommission und Ministerrat eine wesentliche Rolle. So ist es nicht undenkbar, daß ein nationaler Verband, dessen Politik sich in Einzelfragen von der des europäischen Dachverbandes unterscheidet, versucht, seine Vorstellungen über den nationalen Vertreter im Ministerrat durchzusetzen. Wird für einen oder einige nationale Verbände eine „nachteilige Gemeinschaftsregelung getroffen, dann zeigt die Reaktion der nationalen Verbände, daß in Wahrheit der betreffende Mitgliedsstaat der Hauptadressat ihrer Forderungen geblieben ist...“⁵³ Auch hierfür liegen eine Reihe von Beispielen vor.

Im Organisationsgefüge der EG spielt noch der sogenannte *Wirtschafts- und Sozialausschuß* (WSA) eine zu beachtende Rolle. Mit ihm soll die institutionelle Einbettung von Vertretern der verschiedenen Gruppen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens erreicht werden, um diesen die Möglichkeit zu geben, der Kommission und dem Rat ihre Ansichten zur Kenntnis zu bringen. In den Verträgen von Rom ist die Anhörung durch den Rat und die Kommission bei einer Reihe von Sachgebieten sogar ausdrücklich vorgeschrieben. Nach der Pariser Gipfelkonferenz der EG-Regierungschefs 1972 erhielt er das Recht, nicht nur konsultativ, sondern auch initiativ tätig zu werden. Gegenwärtig gibt er durchschnittlich über 100 Stellungnahmen pro Jahr ab. Dem Wirtschafts- und Sozialausschuß gehören 144 Mitglieder an, die sich wie folgt auf die EG-Mitgliedsstaaten verteilen: BRD, Frankreich, Italien und Großbritannien je 24 Vertreter; Belgien und Niederlande je 12 Vertreter; Dänemark und Irland je 9 und Luxemburg 6 Abgesandte. Diese 144 Delegierten setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und „sonstiger Interessen“ zusam-

51 BDA-Jahresbericht 1976, S. 137.

52 Karlheinz Neunreither, a. a. O., S. 387.

53 Fritz Fischer, a. a. O., S. 68.

men. Zur letztgenannten Gruppe gehören „Landwirte, Verkehrsunternehmer, Kaufleute, Kleinunternehmer, freie Berufe und Verbraucher“.⁵⁴ Schon hieran zeigt sich, daß von einer gleichberechtigten resp. paritätischen Beteiligung der Gewerkschaften nicht gesprochen werden kann. Dieses läßt sich am Beispiel der bundesdeutschen Abgesandten leicht aufzeigen.

Bundesdeutsche Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Vertreter „sonstiger Interessen“ sind mit jeweils acht Delegierten im WSA vertreten. Von den acht Arbeitnehmer-Vertretern kommen 7 aus dem Bereich des DGB und einer von der DAG. Die Vertreter der Arbeitgeberseite kommen in der Mehrzahl aus unternehmerischen Dachverbänden. Was die „sonstigen Interessen“ angeht, so stellt die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher 3 Abgesandte. Mit je einem Vertreter gehören zu dieser Gruppe noch folgende Verbände: Deutscher Ärztetag, Zentralverband des Deutschen Handwerks und der Deutsche Beamtenbund, der durch den CSU-Intimus *Hermann Fredersdorf* persönlich vertreten wird. Zu diesen gesellen sich der Direktor der Kernforschungsanlage Jülich und ein Ministerialdirektor aus der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn. Ähnliche Relationen gelten für andere Staaten. Auch hier zeigt sich zum Nachteil der Arbeiterseite das Übergewicht kapitalistischer Interessen in den Willensbildungsprozessen in der EG.

⁵⁴ Wirtschafts- und Sozialausschuß (Broschüre), Brüssel 1978.

Materialien zur Entwicklung der Einkommen und der individuellen Konsumtion der Lohnabhängigen in den siebziger Jahren*

Eberhard Dähne / Jörg Dieckhoff

I. Zur Entwicklung der Haushaltseinkommen und der individuellen Konsumtion der Haushalte verschiedener sozialstatistischer Gruppen — II. Einkommen und Einkommensquellen — Reproduktionsleistungen — 1. Die Entwicklung der Arbeitseinkommen aus dem Hauptberuf — 2. Einkommen aus Nebenerwerbstätigkeit — 3. Sozialeinkommen — 4. Einkommen aus Wohnungseigentum und -vermietung sowie aus Geldvermögen — 5. Eigenleistungen der Arbeiterfamilien zur Reproduktion der Arbeitskraft — III. Krise und Konsumtion der erwerbstätigen Teile der Arbeiterklasse — IV. Einkommen und individuelle Konsumtion bei Arbeitslosigkeit und ihren Folgen — 1. Zur Struktur und zum Umfang der industriellen Reservearmee — 2. Einkommensverluste verschiedener Gruppen der industriellen Reservearmee — 3. Auswirkungen der finanziellen Belastungen — Einschränkungen der individuellen Konsumtion — 4. Schlußbemerkung — Statistischer Anhang

Das Statistische Bundesamt hat kürzlich erste Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978 über die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern veröffentlicht.¹ Danach ergibt sich zwar, daß Ausstattungsunterschiede zwischen den Haushalten der verschiedenen sozialstatistischen Gruppen nach wie vor vorhanden sind, daß aber für eine relativ große Anzahl langlebiger Gebrauchsgüter inzwischen eine relativ gleichförmige Verbreitung festgestellt werden kann (vgl. Tabelle 1). Im Vergleich zu der Ausstattung, die 1973 festgestellt wurde, ist neben dem weiteren Anstieg der privaten Motorisierung für die Arbeiterhaushalte bemerkenswert, daß auch Gefriertruhen und Telefone — Gebrauchsgüter mit vergleichsweise großen Betriebskosten — inzwischen in mehr als 50 Prozent aller Arbeiterhaushalte anzutreffen sind.²

Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß es noch viele langlebige Gebrauchsgüter gibt, bei denen die Ausstattungsunterschiede zwischen den sozialstatistischen Gruppen nach wie vor beträchtlich sind. So gab es 1978 beispielsweise Geschirrspülma-

* Der Leser findet die statistischen Materialien, auf die sich der vorliegende Beitrag stützt, im Anhang abgedruckt; Verweise im Text auf Tabellen beziehen sich auf diesen Anhang.

1 Manfred Euler, Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern im Januar 1978. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, in: *Wirtschaft und Statistik (Wista)*, H. 4/1979, S. 291 ff.; der entsprechende Aufsatz vom gleichen Verfasser zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 erschien in: *Wista*, H. 7/1974, S. 476 ff.

2 Vgl. *Wista*, H. 4/1979, S. 295. Welche Probleme im Hinblick auf die Repräsentativität dieser Stichproben — also auch im Hinblick auf die hier vorgetragenen Ergebnisse — bestehen, haben wir an anderer Stelle entwickelt. Vgl. Eberhard Dähne und Jörg Dieckhoff, Die Preisindizes für die Lebenshaltung und die Entwicklung der Verbraucherpreise, IMSF-Informationsbericht Nr. 32, Frankfurt 1979, S. 75 ff.

schinen in 33,5 Prozent aller Landwirts- und in 45,2 Prozent aller Selbständigenhaushalte (Beamte 31,8; Angestellte 25,2), aber nur in 11 Prozent aller Arbeiterhaushalte.³

Derartige Unterschiede resultieren zum einen aus der unterschiedlichen Höhe der Haushaltseinkommen, die zum Teil unterschiedliche Klassenlagen widerspiegeln. Bei den Angestellten- und Beamtenhaushalten ist zu berücksichtigen, daß hier neben Arbeiterklassengruppen auch ein hoher Prozentsatz von Haushalten erfaßt ist, die den Mittelschichten und zu Teilen der Kapitalistenklasse zuzurechnen sind.

Diese Unterschiede sind zum anderen Ausdruck schichtspezifischer Unterschiede der individuellen Konsumtion selbst dann, wenn die Haushalte der gleichen Einkommensklasse angehören.⁴

Das erreichte relativ hohe Ausstattungsniveau — das inzwischen zum gewohnheitsmäßigen Konsum der Arbeiterklasse gehört und in die Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft eingeht — hat u. a. zur Folge, daß die „Investitionskosten“ für einen neu einzurichtenden Haushalt die 30 000-DM-Grenze überschritten haben. Nach unseren überschlägigen Berechnungen ergeben sich allein für Güter mit einem Einzelpreis über 30 DM (ohne Ausstattung für Kinder und Kinderzimmer) nach den Preisen (für einen unteren bis mittleren Qualitätsstandard) vom Januar 1978 Ausgaben in folgender Größenordnung:

— Gebrauchsgüter für Verkehr und Nachrichten einschließlich Auto und Autozubehör	10.900 DM
— Gebrauchsgüter für Haushaltsführung (vom Bügeleisen bis zum Elektroherd)	4.300 DM
— Gebrauchsgüter für Bildung und Unterhaltung	3.300 DM
— Gebrauchsgüter für die übergreifende Ausstattung einer 80 qm großen Wohnung (Bodenbelag, Gardinen usw.)	3.900 DM
— Kücheneinrichtung, kleinere Haushaltsgeräte	1.700 DM
— Schlafzimmereinrichtung (einschl. Bettzeug usw.)	4.100 DM
— Wohnzimmereinrichtung	3.400 DM
Zusammen	31.600 DM

Aus den Kosten dieser Ausstattung, die neben den laufenden Ausgaben der Arbeiterhaushalte aufzubringen sind, ergibt sich nicht zuletzt, daß Kinder in der Aufbauphase eines Haushalts eine schwere Belastung sind. Bündig formuliert besteht die Alternative: Entweder „Mithalten“ und den gewohnheitsmäßigen Konsum realisieren oder Kinder großziehen.

Zugleich wird deutlich, welche Probleme entstehen, wenn ein Haushalt in der Aufbauphase von Arbeitslosigkeit betroffen wird. Die Probleme potenzieren sich, wenn auf Raten oder mit Konsumentenkrediten gekauft wurde.

3 Zusätzlich ist zu berücksichtigen, daß die einzelnen Gebrauchsgüter große Qualitäts- und Preisunterschiede haben können. „Auto“ ist nicht gleich Auto usw.

4 Vgl. zu dieser These im Hinblick auf den Urlaubs- und Erholungsverkehr: Kaspar Maase, Arbeitszeit — Freizeit — Freizeitpolitik, IMSF-Informationsbericht Nr. 27, Frankfurt 1976, S. 42.

I. Zur Entwicklung der Haushaltseinkommen und der individuellen Konsumtion der Haushalte verschiedener sozialstatistischer Gruppen

Das vorliegende Datenmaterial über die soziale Struktur der Haushaltsnettoeinkommen und seine Quellen ist spärlich.⁵ Es erlaubt lediglich einige Grundtendenzen aufzuzeigen. Das Statistische Bundesamt hat zum Beispiel in seiner 1977 vorgelegten Untersuchung, die auf einer Aufbereitung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für den Zeitraum 1962—1972 beruht, deutlich gemacht, wie groß die Einkommensunterschiede zwischen den Haushalten der Selbständigen und denen der Lohnabhängigen sind (vgl. Tabelle 2). 1972 betrug das verfügbare Jahres-Netto-Einkommen pro Mitglied eines Haushaltes von

— „Arbeitnehmern“	7.266 DM (= 100)
— Nichterwerbstätigen	7.510 DM (= 103)
— Selbständigen	15.838 DM (= 218)

Die Einkommensrelation zwischen dem Mitglied des Selbständigenhaushalts zu dem des Arbeiterhaushalts betrug also 2,18:1. Sie hatte 1962 „nur“ 1,73:1 betragen. Sie hat sich also im untersuchten 10-Jahres-Zeitraum beträchtlich erhöht, wobei der deutliche Rückgang der Zahl der Selbständigenhaushalte eine Rolle spielte. Überwiegend dürften die Haushalte mit geringerem Einkommen ausgeschieden sein.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Selbständigenhaushalte aus ihrem verfügbaren Einkommen noch Kranken- und Altersversicherung bezahlen müssen, ist die Differenz doch so groß, daß sie als Widerspiegelung unterschiedlicher Klassenlagen angesehen werden kann. Dies um so mehr, als die Lohnabhängigen nicht die Möglichkeit haben, Ausgaben für die individuelle Konsumtion als Geschäftsausgaben zu verbuchen.

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt man auch durch die Auswertung der nach sozialstati-

⁵ Die 1977 erstmalig vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zeitreihen, die auf Umrechnungen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beruhen, operieren teilweise mit „heroischen“ Annahmen und Hilfskonstruktionen. In der entsprechenden Veröffentlichung wird dazu mit kritischem Unterton — mehr ist bei einer Institution, die dem Bundesminister des Innern untersteht, wohl auch nicht möglich — angemerkt: „Fortschritte hinsichtlich der Aktualität und der Gliederungstiefe der Ergebnisse sind nur durch Verbesserung der Basisstatistiken über die Einkommen und ihre Verwendung möglich. Diese sind — wie die Erfahrungen bisher gezeigt haben — nur schrittweise zu erreichen; sie setzen entsprechende Rechtsgrundlagen voraus.“ (Hans-Wilhelm Richter und Norbert Hartmann, Nachweis der Verteilung und Verwendung der Einkommen nach Haushaltsgruppen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1962 bis 1975, in: Wista, H. 6/1977, S. 353; Hervorhebung im Original). Nach ähnlichen Methoden wie das Statistische Bundesamt bemüht sich seit Jahren das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zunächst für einige Stichjahre eine stimmige Übersicht über die Verteilung der Einkommen und ihre Verwendung zu errechnen. Der Vorteil dieser Arbeiten liegt in der Differenzierung des Materials nach Haushaltstypen und Einkommensschichten. Vgl. Gerhard Göseke und Klaus Dietrich Bedau, Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1975, DIW-Beiträge zur Strukturforchung, H. 31, Westberlin 1974; Dieselben, Einkommens- und Verbrauchsschichtung für die größeren Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs und die privaten Ersparnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1974, DIW-Beiträge zur Strukturforchung, H. 49, Westberlin 1978. Ferner liegt eine Untersuchung der Deutschen Bundesbank vor: Ersparnisbildung und Geldvermögen der Haushalte von Arbeitnehmern, Selbständigen und Rentnern, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, H. 11/1977, S. 23 ff.

Neben den Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die bisher 1962/63, 1969, 1973 und 1978 durchgeführt wurden, ist auf die laufenden Wirtschaftsrechnungen zu verweisen, die bei allen Mängeln grobe Entwicklungstendenzen der individuellen Konsumtion aufzeigen. Bei den Verbrauchsstichproben und laufenden Wirtschaftsrechnungen bleiben die Haushalte von Ausländern unberücksichtigt.

stischen Gruppen und Einkommenschichten gegliederten Untersuchungen des DIW, die methodisch annähernd mit denen des Statistischen Bundesamtes übereinstimmen, allerdings teilweise korrigiert wurden.⁶ Im 20-Jahres-Zeitraum 1955—1977 stiegen die monatlichen Durchschnittsnettoeinkommen der Selbständigenhaushalte um rund 600 Prozent, die der Angestellten-, Beamten- und Arbeiterhaushalte lediglich um ca. 320 und 360 Prozent (vgl. Tabelle 3). Dabei muß berücksichtigt werden, daß diejenigen Arbeiter- und Angestelltenhaushalte, die überwiegend von Arbeitslosengeld oder -hilfe leben oder sogar zum Empfang von Sozialhilfe gezwungen sind — in überdurchschnittlichem Maße relativ wenig verdienende Haushalte der Arbeiterklasse —, unter den Nichterwerbstätigen erfaßt werden, wodurch sich die Durchschnittseinkommen der aktiven Lohnabhängigenhaushalte 1977 erhöht haben.

Der Vorteil der DIW-Zahlen besteht nicht zuletzt darin, daß die Information über die Verteilung der Einkommen nach sozialen Gruppen durch die Schichtung der Haushaltseinkommen nach Einkommensklassen ergänzt wird. Entsprechende Daten sind in Tabelle 4 zusammengestellt. Aus ihnen geht beispielsweise hervor, daß 1977 19 Prozent aller Arbeiterhaushalte (Angestellte/Beamte 14,4) aber nur 0,2 Prozent aller Haushalte von Selbständigen ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen unter 1500 DM hatten. Weniger als 2500 DM hatten 1977 zur Verfügung:

- 60,7 Prozent aller Arbeiterhaushalte
- 49,9 Prozent aller Angestellten/Beamtenhaushalte
- 5,1 Prozent aller Selbständigenhaushalte.

Die Durchschnittseinkommensangaben verwischen allerdings — besonders bei den Selbständigen — die Klassen- und Schichtengrenzen. Die 9,1 Prozent aller Selbständigenhaushalte (187 000), die 1977 mehr als 10 000 DM Monateinkommen hatten, verfügten im Durchschnitt über 20 450 DM. Jährlich hatten diese Haushalte also 45,9 Milliarden DM verfügbares Einkommen, wobei hier abweichend von den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes die nichtentnommenen Gewinne noch nicht einmal berücksichtigt sind.⁷ Die 20 000 Angestellten/Beamtenhaushalte mit mehr als 10 000 DM im Monat hatten im Durchschnitt 13 258 DM zur Verfügung. Das Monateinkommen dieser Gruppe beträgt also ca. 265 Millionen, das Jahreseinkommen rund 3,2 Milliarden DM. Ähnlich wie bei den 1000 Arbeiterhaushalten mit mehr als 10 000 DM Monateinkommen — der Durchschnitt lag hier bei 12 082 DM — dürften hier Einkommen mehrerer Einkom-

6 Diese Änderungen — in der Veröffentlichung von 1977 sind sie leider nicht erwähnt — dürften zum Teil mit den verschiedentlich erfolgten Kotrekturen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch das Statistische Bundesamt zusammenhängen. Nachweisbare Veränderungen des verfügbaren Einkommens bei den Haushalten mit erwerbstätigem Haushaltsvorstand in Milliarden DM:

	Selbständige		Angestellte/Beamte		Arbeiter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
1970	98,0	93,9	116,8	120,2	125,7	120,2
1974	144,3	129,0	172,0	175,3	169,1	165,2

(1) Zahlen nach Göseke und Bedau, Einkommens- und Verbrauchsschichtung, S. 168 ff.; (2) Zahlen nach: Verbrauch und Ersparnis sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1977, DIW — Wochenbericht 11/79, S. 120.

7 In der Veröffentlichung der Deutschen Bundesbank wird die Größenordnung der nichtentnommenen Gewinne für den Zeitraum 1963—1972 auf jährlich 15 Milliarden DM geschätzt. Vgl. Ersparnisbildung und Geldvermögen, a. a. O., S. 31.

mensbezieher⁸, Einkommen aus Zweiterwerb, Wohnungsvermietung usw. eine vergleichsweise große Rolle spielen.

Die Höhe der Netto-Haushalts-Einkommen bestimmt in der Hauptsache den Umfang des individuellen Konsums und der Ersparnis sowie die Struktur des privaten Verbrauchs. Dabei gilt die bekannte Gesetzmäßigkeit, daß der Anteil der vergleichsweise elastischen Ausgangspositionen⁹ — Übrige Ware und Dienstleistungen für die Haushaltsführung; Waren und Dienstleistungen: für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung, Körper- und Gesundheitspflege, Bildung und Unterhaltung, Persönliche Ausstattung und Sonstiges — sowie der Ersparnisse um so größer ist, desto größer die Einkommen sind. Eine gewisse Sonderstellung nehmen die Ausgaben für Bekleidung und Schuhe ein, die zunächst auch relativ mit dem Einkommen steigen, in sehr hohen Einkommensklassen aber wieder absinken. Die Strukturdifferenzen zwischen verschiedenen Einkommensklassen unterschiedlicher sozialer Gruppen bezeichnen im großen und ganzen zugleich die Tendenz der zeitlichen Entwicklung der Konsumtionsstruktur (vgl. Tabelle 5).

Nach den DIW-Zahlen gab zum Beispiel ein Arbeiterhaushalt der Einkommensklasse 1250—1500 DM (1977 rund 19 Prozent aller Arbeiterhaushalte) rund 62 Prozent seines Nettoeinkommens für den vergleichsweise unelastischen Bedarf aus; seine Sparquote betrug 6,8 Prozent. Der Selbständigenhaushalt mit mehr als 10 000 DM Haushaltseinkommen wendete für die gleiche Gruppe von Waren und Dienstleistungen nur noch 24,2 Prozent auf; nur wenig mehr als die Sparquote, die 22,2 Prozent betrug. Der Vergleich der absoluten „unelastischen“ Ausgabenbeträge dieser zwei Haushaltstypen (Arbeiterhaushalt 864 DM; Kapitalistenhaushalt 4960 DM) — die unterschiedliche Haushaltsgröße spielt angesichts der Größe dieser Differenz kaum eine Rolle¹⁰ — verweist freilich darauf, daß hier im Grunde genommen Unvergleichbares verglichen wird.^{10a}

Besonders deutlich werden die Differenzen beim Umfang der Ersparnis. Nach den DIW-Zahlen sparte 1977 ein durchschnittlicher Haushalt von

— Selbständigen fast	13 500 DM
— Lohnabhängigen	3 254 DM

⁸ 1974 betrug nach den DIW-Zahlen das Netto-Durchschnittseinkommen aller Angestelltenhaushalte im Jahr 29 528 DM; das von Angestelltenhaushalten mit zwei und mehr Einkommensbezieheren dagegen 41 880 DM (vgl. Göseke und Bedau, Einkommens- und Verbrauchsschichtung, S. 204 ff.).

⁹ Die Bestimmung dessen, was in Abhängigkeit vom Einkommen zur „elastischen“ und was zur „unelastischen“ Konsumtion gehört, ist bekanntlich umstritten. Zum einen handelt es sich nicht um starre, sondern mit der Entwicklung der Produktion und der Bedürfnisse veränderliche Begriffe. In diesem Zusammenhang spielt auch eine Rolle, wie groß der Haushaltsetat für die jeweiligen Ausgabenpositionen ist. Ein 4-Personen-Haushalt, der 1000 DM für Essen im Monat ausgibt, kann leichter etwas einsparen als einer, der 500 DM ausgibt. Zum anderen reicht die Aufgliederung nach 9 Hauptgruppen nicht aus, um die Aufteilung vorzunehmen. Seife und Klopapier gehören gewiß zum „unelastischen“ Bedarf, sind aber in der „elastischen“ Ausgaben-Gruppe Körper- und Gesundheitspflege enthalten.

¹⁰ Nach den DIW-Berechnungen hatten 1974 Haushalte von Selbständigen mit 7000 DM und mehr Haushaltsnettoeinkommen im Monat eine durchschnittliche Größe von 4,3 Personen. Bei Arbeiterhaushalten der Einkommensklasse 1300—1500 DM betrug die durchschnittliche Haushaltsgröße dagegen lediglich 2,7 Personen. Berechnet nach: Göseke und Bedau, Einkommens- und Verbrauchsschichtung, S. 200 und 208.

^{10a} Wissen Sie, wie man in anständigen Schuhen geht? Ich meine in leichten, nach Maß, aus feinem Leder, wo Sie sich wie ein Tänzer fühlen, und richtig geschnittene Hosen aus weichem Material, wer kennt das schon von euch? Das ist aber eine Unwissenheit, die sich rächt. Die Unwissenheit über Steaks, Schuhe und Hosen ist eine doppelte: Sie wissen nicht, wie das schmeckt, und Sie wissen nicht, wie Sie das bekommen können, aber die Unwissenheit ist eine dreifache, wenn Sie nicht einmal wissen, daß es das gibt.“ (B. Brecht, Flüchtigsgespräche).

— Angestellten/Beamten	3 804 DM
— Arbeitern	2 712 DM

im Jahr.

Nach einer Untersuchung der Bundesbank betragen die durchschnittlichen Geldvermögen (einschließlich Wertpapieren zum Tageskurs) im Jahre 1976 für den durchschnittlichen „Arbeitnehmer“haushalt 33 750 DM, für den Selbständigenhaushalt 89 450 DM.¹¹ Daß die Bestände 1976 nach der Bundesbankuntersuchung in ihrer Relation (Lohnabhängige zu Selbständigen 1:2,7) so deutlich von den Zugängen an Ersparnis 1977 abweichen (1:4,1) dürfte neben dem großen Unsicherheitsfaktor aller dieser Berechnungen (vgl. Anmerkung 5) damit zusammenhängen, daß die Selbständigen in Abhängigkeit von der Bewegung des Konjunkturzyklus den größten Teil ihres Geldvermögens akkumulieren. Für sie handelt es sich bei dieser Anlageform nur um einen durchlaufenden Posten.

Nach den DIW-Zahlen lassen sich auch Ungleichgewichte der Ersparnis innerhalb der Gruppe der Lohnabhängigen aufzeigen. So hatten 1977 die Lohnabhängigenhaushalte insgesamt mit einem Netto-Haushalts-Einkommen

- bis unter 1500 DM (16,7 Prozent aller Lohnabhängigenhaushalte) einen Anteil von 5,3 Prozent an der Ersparnis;
- bis unter 2000 DM (37,1 Prozent dieser Haushalte) einen Anteil von 15,8 Prozent an der Ersparnis;
- bis unter 2500 DM (55,3 Prozent dieser Haushalte) einen Anteil von 28,9 Prozent an der Ersparnis.

An der Spitze der Einkommenspyramide hatten dagegen die Lohnabhängigenhaushalte mit einem monatlichen Netto-Haushalts-Einkommen

- von mehr als 8000 DM (0,9 Prozent aller Haushalte von Lohnabhängigen) einen Anteil von 4,7 Prozent an der Ersparnis
- von 4000 bis unter 8000 DM (13,6 Prozent der Haushalte) einen Anteil von 32,5 Prozent an der Ersparnis.

Lediglich in der Einkommensgruppe von 2500 DM bis unter 4000 DM (in der sich Arbeiterklasse und lohnabhängige Mittelschichten überlappen) stimmte der Haushaltsanteil (30,3 Prozent) mit dem Anteil an der Ersparnis (34,0 Prozent) in etwa überein.¹² Dieses deutliche Ungleichgewicht der Ersparnis ist bei allen Durchschnittsangaben über die vorhandenen Geldvermögen der „Arbeitnehmer“haushalte zu berücksichtigen.

Neben der Differenzierung der Konsumtionsstruktur durch die unterschiedliche Einkommenshöhe spielen schichtspezifische Konsumtionsgewohnheiten eine Rolle. Sie werden sichtbar, wenn die Konsumtionsausgaben unterschiedlicher Haushaltstypen der gleichen Einkommensklasse miteinander verglichen werden (vgl. Tabelle 6).

Auch hier gilt freilich wieder die materialbedingte Einschränkung, daß sich aufgrund verschiedener Haushaltsgrößen und unterschiedlicher Zahlen von Einkommensbeziehern pro Haushalt nur grobe Anhaltspunkte skizzieren lassen. Am auffälligsten ist die Tatsache, daß die Arbeiterhaushalte deutlich mehr als die anderen Haushaltstypen für Nahrungs- und Genußmittel ausgeben. Das gilt vor allem bei einem Vergleich mit den Angestelltenhaushalten. Nach den Daten der Tabelle 6 gibt ein Arbeiterhaushalt mit

11 Vgl. Deutsche Bundesbank, Ersparnisbildung und Geldvermögen, S. 29.

12 Berechnet nach: Verbrauch und Ersparnis . . . 1977, S. 122 f.

durchschnittlich 3,2 Haushaltsmitgliedern und einem Jahresnettoeinkommen des Haushalts von ca. 25 500 DM rund 5670 DM im Jahr für Nahrungsmittel aus. Der durchschnittliche Angestelltenhaushalt dieser Einkommensklasse (2,8 Mitglieder) verausgabt nur ca. 4110 DM für diesen Zweck, also rund 1560 DM weniger. Der Abstand bei den Genußmittelausgaben beträgt ca. 400 DM. Die Differenz ist so deutlich, daß sie nur zum Teil durch den 0,4 Haushaltsmitglieder größeren Umfang des Arbeiterhaushalts erklärt werden kann.¹³ Hier dürften sich der höhere Kalorienbedarf bei körperlicher Arbeit ebenso bemerkbar machen wie die im Sozialisationsprozeß entstandene unterschiedliche Rangordnung der Bedürfnisse einschließlich der Eßgewohnheiten.

Der erste Teil dieser These wird auch von seiten des Statistischen Bundesamtes vorsichtig diskutiert, das erstmals 1978 die Daten der Wirtschaftsrechnungen für 1976 und 1977 nach den sozialstatistischen Hauptgruppen der Lohnabhängigen aufgegliedert hat.¹⁴ Für den privaten Verbrauch insgesamt gaben die Arbeiterhaushalte des Haushaltstyps 2 („4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstands“) monatlich 2028 DM, die Angestelltenhaushalte 2146 DM aus. Trotz dieser relativ geringen Differenz lagen bei den Arbeiterhaushalten fast in allen Untergruppen die Nahrungs- und Genußmittelausgaben absolut in DM über denen der Angestelltenhaushalte. Besonders deutlich bei Eiern (+ 25 Prozent), Speisefette ohne Butter — vorwiegend Margarine (+ 25,9), Kartoffeln (+ 31,5), konserviertem Gemüse (+ 40,0), Zucker (+ 48,4), Tabakwaren (+ 51,4). Lediglich der Konsum von fertigen Mahlzeiten (—24,1) und Wein (—18,4) — nicht aber von Bier (+ 20,6) und Branntwein (+ 46,6) — lag deutlich niedriger als bei den Angestellten.¹⁵ Nach den DIW-Zahlen der Tabelle 6 liegen die Angestelltenausgaben aller übrigen Hauptgruppen der individuellen Konsumtion und die Ersparnis in aller Regel über denen vergleichbarer Arbeiterhaushalte.

Eine Sonderstellung nehmen die Selbständigenhaushalte ein: Trotz des höheren privaten Motorisierungsgrades liegen deren Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Telefon!) selbst unter denen vergleichbarer Angestelltenhaushalte. Dabei dürfte eine Rolle spielen, daß Ausgaben für die individuelle Konsumtion hier in den Geschäftsausgaben untergehen, was zum Teil auch für die Mieten und Energiekosten zu gelten scheint.¹⁶

II. Einkommen und Einkommensquellen — Reproduktionsleistungen

Der Verkauf der Arbeitskraft bzw. die daraus resultierenden Einkommen sind auch im gegenwärtigen Stadium der kapitalistischen Entwicklung sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht entscheidendes Kriterium der materiellen Existenzbedingungen

13 Maximal könnten $\frac{1}{8}$ der Nahrungsmittelausgaben, also rund 708 DM, auf den größeren Haushaltsumfang zurückgeführt werden.

14 Manfred Euler, Einfluß der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes auf Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte. Ergebnis der laufenden Wirtschaftsrechnungen, in: *Wista*, H. 11/1978, S. 730 ff.; derselbe, Budgets ausgewählter privater Haushalte 1978, in: *Wista*, H. 5/1979, S. 365 ff.

15 „Trotzdem bleibt offen, ob die Unterschiede in der Ernährung nicht möglicherweise auch auf die unterschiedliche regionale Steuerung der Angestellten- und Arbeiterhaushalte zurückzuführen sind. Gerade weil die Ergebnisse gewisse Klischeevorstellungen von dem Verbrauchsverhalten von Angestellten und Arbeitern zu bestätigen scheinen, muß besonders gründlich überlegt werden, ob und inwieweit andere Faktoren eine Rolle spielen könnten.“ (Euler, Einfluß der sozialen Stellung, S. 743.)

16 Vgl. dazu auch Göseke und Bedau, Einkommens- und Verbrauchsschichtung, S. 29.

der Lohnabhängigen. Mit dem Arbeitslohn allein ist jedoch nicht die Summe von Lebensmitteln abgedeckt, die gegenwärtig Bestandteil der individuellen Konsumtion der Arbeiterhaushalte ist. Vielmehr wird der Reproduktionsfonds noch durch eine Reihe weiterer Einkommensquellen gebildet, die in den vergangenen Jahrzehnten sowohl in ihrer Anzahl als auch in ihrer Bedeutung zugenommen haben. Dazu gehören u. a. die Sozialerwerbseinkommen (Einkommen aus Renten- und Krankenversicherungen, der Arbeitslosenversicherung, aus Wohngeld, Kindergeld, Ausbildungsbeihilfen, Sozialhilfe), die Einkommen aus Haus- und Grundbesitz, Geldvermögen. Ferner sind bei der Untersuchung der Reproduktionsquellen der Arbeitskraft auch die Güter und Leistungen einzubeziehen, die im Rahmen der Haushalte durch Eigenleistungen entstehen und unmittelbar in die individuelle Konsumtion eingehen.

Umfang und Bedeutung der verschiedenen Reproduktionsquellen entwickelten sich in den vergangenen drei Jahrzehnten unterschiedlich. Einige Daten sind in Tabelle 7 zusammengestellt.

1. Die Entwicklung der Arbeitseinkommen aus dem Hauptberuf

Ein erster Blick auf die langfristige Veränderung der *Bruttoarbeitseinkommen* für verschiedene Gruppen der Arbeiterklasse zwischen 1950 und 1977 läßt Zuwachsraten bis zu 780 Prozent erkennen. (Vgl. Tabelle 8.) Die Wachstumsraten der nach Abzug der Lohnsteuer- und Sozialversicherungsbeiträge verbleibenden *Nettolöhne und -gehälter* fallen jedoch schon merklich geringer aus. Mit rd. 600 Prozent bei den Nettoarbeitseinkommen „je durchschnittlich beschäftigter Arbeitnehmer“ liegt die Zuwachsrate fast ein Viertel unter der der Bruttolöhne und -gehälter. Besonders hohe Abzugsquoten sind bei den ledigen sowie verheirateten Erwerbstätigen ohne Kinder zu beobachten. Ein lediger Facharbeiter in der Industrie mußte 1977 fast 36 Prozent seines Bruttolohnes an das Finanzamt und die Sozialversicherungsträger abführen. Das entspricht einem monatlichen Betrag von 830 DM, womit die gesetzlichen Abzüge für diese Gruppe von Lohnabhängigen 1977 ein fast so hohes Niveau erreichten wie ihr Nettoeinkommen im Jahr 1969 (857 DM).

Allerdings können auch die Nettolohnkennziffern nur ein unvollständiges Bild der Veränderung des Einkommensniveaus zeichnen, da sie noch die Einflüsse der inflationsbedingten Kaufkraftminderung verdecken. Berücksichtigt man, daß sich die Kaufkraft des Geldes in der Bundesrepublik zwischen 1950—1977 um 55,6 Prozent verringert hat¹⁷ (eine Mark mit der Kaufkraft von 1950 war 1977 nur noch 44,4 Pfennige wert), ergeben sich für die *Reallöhne und -gehälter* verschiedener Lohnabhängigengruppen seit 1950 Wachstumsraten zwischen 160 und 230 Prozent. Diese Steigerungsraten weisen, selbst wenn sie erheblich unter denen der Nominaleinkommen liegen, immer noch auf eine beträchtliche Erweiterung der realen kaufkraftfähigen Nachfrage der Arbeiterklasse hin und zeigen eine deutliche Ausweitung des zur Befriedigung gewachsener konsumtiver Bedürfnisse notwendigen individuellen Reproduktionsfonds.

Die realen Einkommenszuwächse haben sich im Zeitraum der vergangenen drei Jahrzehnte ungleichmäßig entwickelt. Sie waren besonders groß in der Restaurationsperiode

17 Nach dem Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen.

des westdeutschen Kapitalismus bis hin zur Krise 1966/67. In dieser Zeit partizipierte die Arbeiterklasse an den Ergebnissen der äußerst günstigen Akkumulationsbedingungen des westdeutschen Kapitals und konnte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ohne größeren Widerstand von seiten der Unternehmer erhebliche materielle Zugeständnisse erringen.¹⁸ So lagen die jährlichen Zuwachsraten der Realeinkommen für den Durchschnitt aller beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger mit Ausnahme der Krisenjahre 1958 (+ 2,9 %) und 1963 (+ 2,7 %) über der 4-Prozent-Marke. Die Krise 1966/67 brachte für große Teile der Arbeiterklasse nicht nur erstmalig Reallohnrückgänge mit sich, sondern markiert auch einen Wendepunkt in der langfristigen Einkommensentwicklung. Diese wird seitdem gekennzeichnet durch deutlich geringere Wachstumsraten mit zeitweiligen Stagnations- und Rückgangstendenzen.

Vor dem Hintergrund verschlechterter Wachstumsbedingungen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses wurde seit Ende der sechziger Jahre die Verbesserung der materiellen Existenzbedingungen über die Durchsetzung höherer Reallöhne als deren Hauptelement zusehends schwieriger. Zwar konnten in den Jahren 1969 und 1970 im Zuge der kurzfristig wirkenden konjunkturellen „Wachstumsexplosion“ noch einmal hohe Reallohnsteigerungen durchgesetzt werden — allerdings auch erst nach massiven Streikaktionen vor allem im September 1969 —, doch blieb die Höhe der Einkommenszuwächse dieser Jahre bis in die Gegenwart trotz einer insgesamt offensiveren Lohnpolitik der Gewerkschaften und einer erheblichen Zunahme der sozialen Kämpfe die Ausnahme. Wie geringfügig die Einkommenssteigerungen in den siebziger Jahren bisher waren, zeigt die Tatsache, daß die monatlichen Realeinkommen der Industriearbeiter im Jahr 1975 lediglich um 10 DM über denen des Jahres 1971 lagen. In den 4 Jahren dieses ökonomischen Zyklus konnte lediglich eine Verbesserung der realen Kaufkraft von 1,7 Prozent durchgesetzt werden; wohlgerne: im Zeitraum 1971/75 insgesamt, nicht im Jahresdurchschnitt.¹⁹

Die Stagnation der tatsächlichen Arbeitseinkommen in den siebziger Jahren wurde von überaus hohen nominalen Zuwachsraten begleitet. Die Spanne zwischen nominalen und realen Einkommenssteigerungen war nie so groß wie in dieser Periode. Sie ist zum einen, wie bereits angeführt, Ergebnis der besonders seit Mitte der sechziger Jahre rapide ansteigenden gesetzlichen Abzugsquoten, zugleich und vor allem aber Ausdruck der um die Wende zu den siebziger Jahren eintretenden qualitativen Verschärfung des Inflationsprozesses. Angesichts verschlechterter Verwertungsbedingungen versuchten die Monopole in dieser Zeit unter Ausnutzung ihrer beherrschenden Marktstellung durch Preissteigerungen eine Rückverteilung der in den Klassenkämpfen der vorangegangenen Jahre von den Lohnabhängigen errungenen materiellen Zugeständnisse zu erzwingen. Daß diese Bemühungen nicht ohne Erfolg blieben und wie sehr die Beschleunigung des Inflationstempos die Durchsetzung realer Kaufkraftzuwächse beschränkte, zeigt die folgende Übersicht.

18 Vgl. zur Lohn- und Gehaltsentwicklung in dieser Zeit: Rainer Skiba, Die gewerkschaftliche Lohnpolitik und die Entwicklung der Reallöhne, Köln 1968; Hermann Adam und Rainer Skiba, Die langfristige Lohn- und Gehaltsentwicklung, in: Das Mitbestimmungsgespräch, 8/1971.

19 Neben den aufgezählten Faktoren spielt zusätzlich der in gewissem Umfang erfolgte Abbau von Überstunden und unabgesicherten Zuschlägen eine Rolle. Es ist aber auch zu berücksichtigen, daß die arbeitslos gewordenen Arbeiter insgesamt unterdurchschnittliche Einkommen hatten (besonders die Gruppe der teilzeitbeschäftigten Frauen), was den Einkommensdurchschnitt für die aktiven Industriearbeiter 1975 nach oben verschoben hat.

Jährliche Zuwachsraten der monatlichen Netto- und Reallöhne für ausgewählte Gruppen der Arbeiterklasse in den siebziger Jahren (in Prozent)

	Verteuerung der Lebenshaltung ^a	Industriearbeiter insgesamt		Facharbeiter in der Industrie, ledig		Facharbeiter in der Industrie, verheiratet, 3 Kinder			
		Netto-Löhne	Real- ^b	Netto-Löhne	Real- ^b	Netto-Löhne einschl. Kindergeld	Real- ^b	Netto-Löhne ohne Kindergeld	Real- ^c
1970	3,2	10,5	7,1	12,2	9,0	11,6	8,4	12,1	8,6
1971	5,1	8,1	2,9	8,3	3,2	8,7	3,6	8,7	3,3
1972	5,3	8,1	2,6	5,0	-0,3	5,8	0,5	6,2	-0,1
1973	6,8	6,8	0,0	6,7	-0,1	7,9	1,1	8,4	0,5
1974	6,9	6,7	-0,1	5,5	1,4	6,2	-0,7	6,6	-0,7
1975	6,1	5,3	-0,7	9,4	3,3	10,3	4,2	0,0	-6,7
1976	4,6	6,3	1,6	4,4	-0,2	5,1	0,5	5,9	-1,3
1977	3,6	6,4	2,7	5,3	1,7	5,8	2,2	6,7	5,1
1970/1977 insgesamt	45,8	58,6	9,2	54,0	6,3	61,6	11,9	51,2	-0,3
1970/1977 im Jahresdurchschnitt	5,5	6,8	1,3	6,4	0,9	7,1	1,6	6,1	0,0

a) Berechnet nach dem Preisindex für die Lebenshaltung eines „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen“

b) Deflationierung mit dem Preisindex für die Lebenshaltung eines „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen“

c) Deflationierung mit dem „Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes“

Quelle: Zusammengestellt und berechnet nach Stat. BA., Fachserie 17, Reihe 7, Preise und Preisindizes für die Lebenshaltung, Januar 1978; Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Sozialbericht 1978.

Gleichzeitig wird deutlich, daß die Krise 1974/75 die seit Mitte der sechziger Jahre wirkende Tendenz der langfristigen Verringerung der Einkommenszuwächse verschärfte: Für den Durchschnitt aller Industriearbeiter waren die jüngsten Krisenjahre mit einer absoluten Verminderung des realen Einkommensniveaus verbunden. Dabei ist hervorzuheben, daß sich diese Daten lediglich auf die aktiv im Erwerbsprozeß stehenden Teile der Industriearbeiterschaft beziehen. Eine Berücksichtigung der Gruppen der Arbeiterklasse, die im Zuge der Krise arbeitslos wurden, ergäbe für die materiellen Reproduktionsbedingungen des Durchschnitts der gesamten Arbeiterklasse noch ein wesentlich ungünstigeres Bild.

Ferner ist auf ein statistisch-methodisches Problem aufmerksam zu machen, das im Zusammenhang mit Reallohnberechnungen von Bedeutung ist. Es wurde bereits an anderer Stelle deutlich gemacht, daß die für diese Zwecke heranzuziehenden Preisindexziffern des Statistischen Bundesamtes — insbesondere was den Preisindex eines „mittleren Arbeitnehmerhaushalts“ betrifft — die Verteuerung der Lebenshaltung für große Teile der

Arbeiterklasse tendenziell zu gering ausweisen²⁰, so daß mit dem Gebrauch dieser Indexziffer das Bild der realen Einkommensentwicklung günstiger gezeichnet wird, als diese tatsächlich ist.²¹

Als der Druck der Unternehmer auf das Lebensniveau der Arbeiter und Angestellten 1974/75 seinen Höhepunkt erreichte, sah sich die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung, nicht zuletzt auch wegen der bevorstehenden Bundestagswahlen, zum Eingreifen genötigt. Allerdings nicht in der Weise, daß sie wirksame Maßnahmen gegen die Inflationspolitik der Unternehmer in die Wege leitete, sondern durch ein Paket steuer- und sozialpolitischer Maßnahmen, insbesondere durch die Kindergeldreform sollte die angespannte Einkommenssituation der Lohnabhängigen entlastet werden. Die am 1. 1. 1975 in Kraft getretene Kindergeldreform sah als wesentliche Neuerung die Entkoppelung der Kindergeldzahlungen von der Anzahl der Kinder und von der Einkommenshöhe vor. Sie brachte nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) den Arbeiter- und Angestelltenhaushalten 1975 monatliche Mehreinnahmen in Höhe von 78 bzw. 71 DM.²² Eine solche Reform kostet natürlich Geld, 1975 allein rd. 11 Milliarden DM.²³ Allerdings ist, wie das Bundesarbeitsministerium 1977 feststellte, dieser „Unterschiedsbetrag zwischen den (Kindergeld- d. Verf.) Aufwendungen für 1974 und 1975 kein echter Mehraufwand, da den Ausgaben für Kindergeld 1975 z. B. Steuermehreinnahmen aufgrund der weggefallenen steuerlichen Kinderfreibeträge gegenüberstehen (rund 6 Mrd. DM).“²⁴ Dies bedeutet somit nichts anderes, als daß diese „Reform“ zum größeren Teil von den Lohn- und Gehaltsempfängern selbst bezahlt wurde. Im Endeffekt hatte sie allerdings das Ergebnis, daß sie den bisher größten Angriff der Unternehmer auf das Lohnniveau verschleierte: Ohne die Kindergeldreform wären die Reallöhne 1975 z. B. für die 5köpfige Familie eines Facharbeiters in der Industrie gegenüber dem Vorjahr um nicht weniger als 6,7 Prozent gesunken.

In den Folgejahren konnten bei sich abschwächendem Inflationstempo und im Gefolge eines leichten konjunkturellen Aufschwungs wieder geringfügige reale Einkommensverbesserungen erzielt werden, doch scheint diese Entwicklung für 1979 schon wieder nicht mehr zuzutreffen, so werden die zur Jahreswende 78/79 bzw. im Frühjahr vereinbarten Brutto-Einkommensverbesserungen um 4 Prozent inzwischen durch die beschleunigte Verteuerung der Lebenshaltung wieder aufgezehrt.²⁵

20 Vgl. Dähne und Dieckhoff, Preisindizes für die Lebenshaltung, vor allem S. 139 ff.

21 Ein weiteres Problem ergibt sich bei der Reallohnberechnung daraus, daß für alle Gruppen der Arbeiterklasse lediglich ein Index, nämlich der des „4-Personen-Arbeitnehmerdurchschnittshaushalts ...“ zur Verfügung steht. Es liegt auf der Hand, daß ein derartiger Index allein schon aufgrund seines auf die spezifischen Verbrauchsverhältnisse dieses Haushaltstyps zugeschnittenen Warenkorbs für Reallohnberechnungen von Ledigen oder kinderreichen Arbeiterfamilien wenig tauglich ist. Will man aber auf Reallohnberechnungen für diese Gruppen nicht gänzlich verzichten, muß man behelfsweise Indizes zur Hilfe nehmen, die zwar nicht für die Messung der Verteuerung der Lebenshaltung bei Arbeiterfamilien konstruiert sind, deren Warenkorbsstruktur aber die Ausgabenstruktur der genannten Erwerbstätigen Gruppen weitaus besser repräsentieren, etwa die Preisindizes für die „Einfache Lebenshaltung eines Kindes“ bzw. für 2-Personen-Rentnerhaushalte.

22 DIW-Wochenbericht 30—31/1976, S. 285.

23 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Übersicht über die soziale Sicherung, Bonn 1977, S. 238.

24 Ebenda.

25 Der von uns auf der Grundlage der offiziellen Daten berechnete durchschnittliche Freisanstieg im ersten Halbjahr 1979 im Vergleich zum ersten Halbjahr 1978 betrug rund 3,4 Prozent. Dabei stiegen bislang die Nahrungs- und Genussmittelpreise sowie die Mieten unterdurchschnittlich, was im Verlauf des Jahres u. E.

Die Untersuchung des Niveaus der Arbeitseinkommen der Arbeiterklasse eröffnet nur einen begrenzten Zugang zur Beurteilung der Veränderung der materiellen Reproduktionsbedingungen. Zwar bilden nach wie vor die aus dem Verkauf der Arbeitskraft resultierenden Einkommen die Hauptreproduktionsquelle der Haushalte, doch ist nicht zu übersehen, daß ihre Bedeutung als Einkommensquelle in den vergangenen Jahren rückläufig gewesen ist. So zeigt die Übersicht über die personelle Einkommensverteilung in Tabelle 7, daß der Anteil der Nettolöhne und -gehälter an den verfügbaren Einkommen der Lohnabhängigen zwischen 1950 und 1977 um 7 (Arbeiter) bzw. 4 (Angestellte/Beamte) Prozentpunkte zurückgegangen ist.

2. Einkommen aus Nebenerwerbstätigkeit

Neben den Arbeitseinkommen aus dem Hauptberuf bilden die Nebenerwerbseinkommen eine wichtige zusätzliche Einkommensquelle. Zunehmende Intensität der Arbeit im Hauptberuf hat in den vergangenen Jahren allerdings wesentlich dazu beigetragen, daß den Belastungen einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit immer weniger Werktätige gewachsen sind. Die Zahl der Nebenerwerbstätigkeiten ist auf rund eine halbe Million bis Mitte der siebziger Jahre zurückgegangen. 1961 lag die Anzahl der Erwerbstätigen mit zweiter Tätigkeit immerhin noch bei mehr als einer Million. Gegenwärtig verfügen etwa 5 % der Haushalte von Lohn- und Gehaltsempfängern über Einkommen aus angemeldetem Nebenerwerb.²⁶

In der Mehrzahl (fast 70 Prozent) handelt es sich bei den z. Z. noch ausgeübten Zweiterwerbstätigkeiten um Nebenerwerb in der Landwirtschaft. Die Reineinkommen, die aus der Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieben resultieren, beliefen sich im Monatsdurchschnitt des Wirtschaftsjahres 1977/78 auf 246,50 Mark und machten damit 10,2 Prozent der Gesamteinkommen der Familien aus (vgl. Tabelle 9). Im Gegensatz zu den Nebenerwerbs- ist in den Zuerwerbsbetrieben noch die landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit Haupteinkommensquelle. Ihr Niveau ist allerdings so gering, daß die außerbetriebliche (Zu-)Erwerbstätigkeit unmittelbare Existenznotwendigkeit für diese Familien geworden ist.

Trotz zweiter Erwerbstätigkeit erreichen die Familien mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb nicht das durchschnittliche Einkommensniveau von Arbeiterhaushalten.²⁷ Mit 3,6 Prozent ist die Differenz zu den Haushaltseinkommen der Arbeiter allerdings relativ gering, sie wäre jedoch ohne die Nebeneinkommen bedeutend höher (15,3 Prozent).

nicht anhalten wird. Überdurchschnittliche Preissteigerungsraten gab es nicht nur bei Mineralölprodukten, sondern auch bei den Waren und Dienstleistungen für: Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung, Körper- und Gesundheitspflege, Bildungs- und Unterhaltungszwecke sowie die persönliche Ausstattung. Darunter befinden sich auch viele öffentliche Dienstleistungen, deren Preise zum Teil beträchtlich in die Höhe getrieben wurden. Angesichts der am 1. Juli erfolgten Mehrwertsteuererhöhung und den gewachsenen Möglichkeiten der Großunternehmen, Preiserhöhungen am Markt durchzusetzen, ist es sicher, daß die Jahresdurchschnittsrate der Preissteigerung selbst nach den amtlichen Berechnungen um 5 Prozent liegt. Sie hatte 1978 offiziell noch 2,6 Prozent betragen. Spätestens im September 1979 wird die Rate im Vergleich zum Vorjahr die 6-Prozent-Grenze erreichen oder übersteigen. Ohne „Nachschlag“ tritt also eine beachtliche Senkung der Reallöhne ein.

²⁶ Vgl. Stat. BA., FS A, Reihe 6, Entwicklung der Erwerbstätigkeit (Ergebnis des Mikrozensus), laufend.

²⁷ Eine gewisse Rolle dürfte dabei allerdings die Minderbewertung der Entnahmen von Nahrungsmitteln und der Mieten spielen.

Eine zusätzliche Einkommensquelle erschloß sich einer Vielzahl von Haushalten durch unangemeldeten Nebenerwerb („Schwarzarbeit“). Durch Umgehung von Lohnsteuern und Sozialabgaben erzielte hohe Effektivverdienste trugen dazu bei, die gerade in dieser Zeit gewachsene Spanne zwischen konsumtiven Bedürfnissen und den zu deren Realisierung notwendigen Einkommen zu verkleinern. Es liegt in der Natur der Sache, daß abgesicherte Angaben über das Ausmaß von „Schwarzarbeit“ nicht vorliegen.

Schätzungen zufolge wurde das Volumen der „Schwarzarbeit“ 1966 insgesamt auf 500 Millionen DM beziffert²⁸, für 1973 wurde mit 6 Milliarden DM ein erheblich höherer Betrag angenommen.²⁹ Teilt man diesen Betrag durch die Anzahl der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenhaushalte, ergibt sich für diese ein fiktives monatliches Einkommen aus „Schwarzarbeit“ in Höhe von 43 DM.

Es sind vor allem Handwerker, die über „Schwarzarbeit“ zu zusätzlichen Einkommen gelangen. Nach in der FAZ veröffentlichten Schätzungen für 1973 wurden 73 % aller Rohbauten, 58 % aller Installationsarbeiten und 90 % aller Malerarbeiten in „Schwarzarbeit“ geleistet.³⁰ Wenngleich diese Angaben reichlich überhöht zu sein scheinen, bleibt doch festzuhalten, daß das Einkommen aus unangemeldetem Nebenerwerb für bestimmte Gruppen von Lohnabhängigen zeitweilig eine beachtliche Größenordnung erreicht.

3. Sozialeinkommen

Ein Bündel vielfältiger ökonomischer, politischer und demographischer Faktoren hat dazu geführt, daß der Umfang der staatlichen Sozialleistungen in den vergangenen drei Jahrzehnten angestiegen ist und gegenwärtig fast ein Viertel des Bruttosozialprodukts ausmacht (1960: 16,0 Prozent).³¹ Der Schwerpunkt der Ausdehnung der Sozialleistungsquote lag dabei besonders in den siebziger Jahren.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der wachsenden Bedeutung der Sozialeinkommen für die Reproduktion der Arbeitskraft wider. Sie hatten 1977 einen Anteil von 15,1 Prozent an den verfügbaren Einkommen der Arbeiterhaushalte.³²

Den für die Lohn- und Gehaltsempfänger in bezug auf den Empfängerkreis sowie die Höhe der Leistungen größten Bereich der Sozialeinkommen stellen die *Kindergeldzahlungen* dar. Ein allgemeines Kindergeld wurde erstmals 1954 gezahlt, allerdings nur für Familien mit drei und mehr Kindern. Seitdem hat sich sowohl die Höhe der Leistungen als auch der Empfängerkreis beträchtlich ausgeweitet, woran die bereits erwähnte Kindergeldreform von 1975 wesentlichen Anteil hatte (vgl. Tabelle 10). Nach wie vor haben die Kindergeldzahlungen besondere Bedeutung für Großfamilien. Zum Haushaltseinkommen z. B. einer sechsköpfigen Arbeiterfamilie trugen sie 1977 zu rund 10 % bei.

Wohngeld trat als zusätzliche Reproduktionsquelle 1976 bei etwa 213 000 Lohnabhängigenhaushalten auf. Mehr als zwei Drittel davon waren Arbeiterfamilien.³³ Ihr Anteil an den Wohngeldempfängern insgesamt — überwiegend handelt es sich dabei um Haushal-

28 C. A. Andreae, *Ökonomik der Freizeit*, Reinbek 1970, S. 140.

29 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 8. 1974.

30 Ebenda.

31 Vgl. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, *Übersicht über die soziale Sicherung*, Bonn 1977, S. 27.

32 Auch bei diesen Daten muß freilich berücksichtigt werden, daß der Unsicherheitsbereich dieser Schätzungen sehr groß ist.

33 Stat. BA., FS 13, Reihe 4, *Wohngeld* 1976, S. 13; nicht erfaßt sind hierbei die Empfänger von Sozialhilfe.

te von Nichterwerbstätigen — betrug dagegen nur 9,2 Prozent. Umgelegt auf alle Lohnabhängigenhaushalte ergaben die staatlichen Wohngeldzahlungen einen Betrag von 1,20 Mark pro Haushalt. Die Haushalte von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die 1976 Wohngeld bezogen, bekamen im Durchschnitt monatlich 72 Mark. Mehr als 50 Prozent aller Wohngeld empfangenden Arbeiterhaushalte wohnten in sogenannten „Sozial“-wohnungen.

Rund 3,4 Milliarden DM wurden 1975 für *Ausbildungsbeihilfen* nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz gezahlt.³⁴ Die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und die Sozialhilfe werden in einem anderen Abschnitt dieses Aufsatzes untersucht.

4. Einkommen aus Wohnungseigentum und -vermietung sowie aus Geldvermögen

Mit der Verbreitung des Haus- und Wohnungseigentums hat sich für mehr als ein Drittel der Haushalte von Lohn- und Gehaltsempfängern eine weitere potentielle Reproduktionsquelle aufgetan. Immerhin hatten 1978 Haus- und Grundbesitz etwa

- 80 Prozent der Selbständigenhaushalte
- 40 Prozent der Angestelltenhaushalte
- 35 Prozent der Arbeiterhaushalte
- 30 Prozent der Rentnerhaushalte.³⁵

Zumeist wird der Wohnraum von den Eigentümerhaushalten jedoch selbst genutzt, so daß nur in geringem Umfang tatsächlich Zusatzeinkommen aus der Wohnraumvermietung realisiert werden. Das ist bei den Daten der Tabelle 11 zu berücksichtigen, bei der neben den realen Mieteinnahmen auch unterstellte Beträge für die Nutzung der Eigentümerwohnung enthalten sind.

Die Zahl von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten, die Einkommen aus Untervermietung von Wohnraum bezogen, belief sich Anfang der siebziger Jahre auf etwa 400 000, die Höhe der entsprechenden monatlichen Einkommen betrug für diese Haushalte 90 bis 95 DM. Dabei ist zu beachten, daß Untervermietung von Wohnraum nicht an dessen Besitz gebunden ist. So waren z. B. 1972 nur 58 Prozent der untervermietenden Haushalte Wohnungseigentümer, während die restlichen 42 Prozent Hauptmieter waren.³⁶

Gegenwärtig gibt es innerhalb der Gruppe der Lohnabhängigen so gut wie keine Haushalte mehr, die nicht in der einen oder anderen Form Geldrücklagen anlegen.³⁷ Je mehr Urlaubsreisen und hochwertige langlebige Gebrauchsgüter unmittelbare Reproduktionserfordernisse und Bestandteil der individuellen Konsumtion wurden, weitete sich vor al-

34 Das Einkommen sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975, in: DIW-Wochenbericht 30—31/1976, S. 279.

35 Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1978, DIW-Wochenbericht, 19/79, S. 209.

36 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Das Wohnen in der Bundesrepublik, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 46.

37 Dabei spielt die staatliche Sparförderung, die inzwischen auch in vielen Tarifverträgen berücksichtigt wird, eine beträchtliche Rolle. Nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1973 hatten 63,7 Prozent aller Arbeiterhaushalte, 60,8 Prozent aller Haushalte von Angestellten und 54,4 Prozent aller Beamtenhaushalte prämiengünstigte Sparbücher. Nimmt man alle Anlagemöglichkeiten zusammen, dann hatten 92,3 Prozent aller Arbeiter-, 92,4 aller Angestellten- und 96,2 Prozent aller Beamtenhaushalte vermögenswirksam gespart. (Vgl. Manfred Euler, Nutzung der staatlichen Sparförderung durch private Haushalte im Jahr 1973, Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973, in: Wista, H. 1/1976, S. 14 ff.)

lem das kurz- und mittelfristige Sparen auf immer größere Gruppen von Lohnabhängigen aus. Mit der Anlage von Sparguthaben verbunden sind, je nach Anlageform, Zins- und Prämienzahlungen, Dividenden u. ä., die inzwischen zu einer laufenden Einkommensquelle nahezu aller Arbeiter- und Angestelltenhaushalte geworden sind.

Mit der Ausweitung des Sparvolumens haben sich auch die daraus resultierenden Einkommen erhöht. Die Einkommen aus Vermögen (aus Geldvermögen und Haus- und Grundbesitz zusammen) haben ihren Anteil an den Einkommen der Arbeiter seit 1950 verzehnfacht; gleichwohl lag dieser Anteil 1977 erst bei 4,3 Prozent (vgl. Tabellen 7 und 11).

Zwischen den Vermögenseinkünften von Arbeiter- und Angestellten-/Beamtenhaushalten bestehen deutliche Unterschiede, die sich seit 1970 absolut noch erheblich vergrößert haben. Sie erklären sich aus den im Durchschnitt erheblich höheren Vermögensbeständen der Angestellten- und Beamtenhaushalte. Wir hatten bereits gezeigt, daß eine deutliche Einkommenspolarisierung auch innerhalb dieser sozialstatistischen Gruppen dazu führt, daß diese Durchschnittszahlen wenig aussagekräftig sind.

5. Eigenleistungen der Arbeiterfamilien zur Reproduktion der Arbeitskraft

Wie deutlich wurde, sind die Gesamteinkünfte der Familien höher als der Arbeitslohn der erwerbstätigen Familienmitglieder. Allerdings ist auch über die Erfassung der gesamten Geldeinkünfte noch nicht der Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen sich die Reproduktion der Arbeitskraft vollzieht. Vielmehr muß noch auf die Bedeutung des Haushalts als Quelle von Reproduktionsleistungen hingewiesen werden. Hier produziert die Arbeiterfamilie alles das, was sie für ein normales Leben braucht, aber wegen fehlender Geldeinkünfte auf dem Markt nicht kaufen kann. „Dies zu ignorieren wäre falsch; Haushalt und daraus resultierendes Einkommen müssen in den Prozeß der Produktion heutiger Arbeitskraft miteinbezogen werden.“³⁸ Ihrem Wesen nach sind die in der arbeitsfreien Zeit durch Hausarbeit erbrachten Eigenleistungen, deren Produktivität und Intensität in den vergangenen Jahren mit der gewachsenen Technisierung der Haushalte zugenommen hat, Moment verstärkter Ausbeutung. Würden diese Dienstleistungen und Güter nicht in Eigenleistung erbracht, müßte eine entsprechende Erhöhung der Arbeitslöhne ein unverändertes Reproduktionsniveau gewährleisten.

Auf die den Wert der Arbeitskraft senkende Wirkung der eigenen Reproduktionsleistungen wies bereits *Friedrich Engels* im Vorwort zu seiner Arbeit „Zur Wohnungsfrage“ hin: Nirgends wurden in Deutschland „so infam niedrige Löhne“ gezahlt wie in der deutschen Hausindustrie, wo die Handweber neben der Arbeit an ihren Webstühlen auch noch den eigenen Grund und Boden bewirtschafteten.³⁹

Die gesellschaftliche Bedeutung der eigenen Reproduktionsleistungen war bzw. ist in den verschiedenen Ländern je nach den spezifischen Entwicklungsbedingungen verschieden. Sie sind gegenwärtig noch besonders hoch in Japan, wo Mitte der siebziger Jahre die Naturaleinkünfte und Naturaleinkommen aus Haushaltstätigkeit fast ein Drittel der mo-

38 V. S. Gajdo, Zur Theorie des „menschlichen Kapitals“ und einigen realen Problemen der Reproduktion der Arbeitskraft, in: *Marxismus Digest* 3/1973 (Nr. 15), S. 61.

39 Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, Vorwort zur zweiten Auflage, in: *Marx/Engels, Werke*, Bd. 21, S. 331 f.

natlichen Gesamteinkommen von städtischen Arbeiterfamilien ausgemacht haben sollen.⁴⁰

Das Spektrum der gegenwärtig in westdeutschen Lohnabhängigenhaushalten erbrachten eigenen Reproduktionsleistungen ist vielfältig. Es beschränkt sich nicht auf die Produktion von Nahrungsmitteln (wenngleich diese Eigenleistungen bei den rund 370 000 Erwerbstätigenhaushalten mit Zweiterwerb in der Landwirtschaft immer noch zu den bedeutendsten zählen) und auf die „normale“ Hausarbeit (Saubermachen, Kochen, Waschen usw.), sondern reicht von dieser Art von Eigenleistungen über hauswirtschaftlich nutzbringende Hobbies (wie z. B. Stricken, Nähen, Basteln) bis hin zu den sogenannten Do-it-yourself-Arbeiten. Gerade letztere haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen. In den meisten Arbeiterfamilien werden leichte Reparaturarbeiten, Instandhaltungs- oder Verschönerungsarbeiten am eigenen Haus, der Wohnung, an Einrichtungsgegenständen oder anderen Gebrauchsgütern (wie z. B. am eigenen Auto) selbst vorgenommen und nicht an entsprechende private Dienstleistungseinrichtungen übertragen. Die Quantifizierung der dadurch entstehenden Einsparungseffekte ist allerdings angesichts des vorliegenden spärlichen Datenmaterials über die Verbreitung von Do-it-yourself-Arbeiten schwierig.

III. Krise und Konsumtion des erwerbstätigen Teils der Arbeiterklasse

Die seit Mitte der sechziger Jahre zu beobachtende Labilität der wirtschaftlichen Entwicklung spiegelt sich auch in der Entwicklung der Reallöhne der Industriearbeiter in den Krisenjahren 1966/67 und 1974/75 wider. Für die verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen verlief die Entwicklung in der letzten Krise allerdings wesentlich differenzierter als 1966/67. Das gilt auch für die Auswirkungen von Krise und Einkommensverlusten auf die Struktur und das Niveau der individuellen Konsumtion.

Der Reallohnabbau 1967 betrug gegenüber dem Vorjahr für den Durchschnitt aller Industriearbeiter 2,2 Prozent.⁴¹ Aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen des „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen“ ergibt sich, daß in diesem Jahr nicht nur die Individualeinkommen, sondern die gesamten ausgabenfähigen Einkommen gegenüber dem Vorjahr real um 2,1 Prozent zurückgingen (vgl. Tabelle 12). Mit dem Einkommensabbau ging eine Einschränkung der individuellen Konsumtion einher: Die inflationsbereinigten Lebenshaltungsausgaben des gleichen Haushaltstyps sanken um mehr als 3 Prozent, 1968 gegenüber 1967 nochmals um 0,2 Prozent. Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, waren von der Einschränkung vor allem die Verbrauchskomplexe „Verkehr und Nachrichtübermittlung“ sowie „Persönliche Ausstattung“ betroffen.

40 Vgl. Gojlo, Reproduktion der Arbeitskraft, S. 61. Hohe eigene Reproduktionsleistungen der Arbeiterfamilien ermöglichen den Unternehmern, „den ganzen Kapitalprofit . . . aus einem Abzug vom normalen Arbeitslohn“ herauszuholen und „den ganzen Mehrwert dem Käufer zu schenken“ (Engels, Wohnungsfrage, S. 331) bzw. den Anteil der bezahlten Arbeit an der gesamten Arbeitsverausgabung bedeutend zu drücken und die Akkumulationskraft entsprechend zu erhöhen. Das dürfte nicht nur „das Geheimnis der erstaunlichen Wohlfeilheit der meisten deutschen Ausfuhrartikel“ (ebenda, S. 332) Ende des vorigen Jahrhunderts gewesen sein, sondern auch zum Teil das „japanische Wirtschaftswunder“ erklären.

41 Einzelne Gruppen von Industriearbeitern wurden vom Reallohnabbau in unterschiedlichem Ausmaß betroffen. So sanken die Reallöhne für Industriearbeiterinnen um 1,0 Prozent, für verheiratete Facharbeiter mit 2 Kindern um 2,6 Prozent.

Entwicklung der individuellen Konsumtion in den Krisenjahren 1966/67 und 1974/75 für den „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen“ nach den laufenden Wirtschaftsrechnungen

Veränderung gegenüber dem Vorjahr (in Prozent)

	1966	1967	1974	1975
Reallöhne der Industriearbeiter	-0,9	-2,2	-0,1	-0,7
Inflationsbereinigte Ausgaben für				
— die individuelle Konsumtion insg.	1,3	-3,3	1,3	6,0
— Nahrungs- und Genußmittel	0,4	-0,2	2,0	2,2
— Bekleidung, Schuhe	-2,8	-8,6	2,4	4,9
— Wohnungsmieten	5,5	3,8	5,9	2,1
— Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1,7	4,4	-4,1	1,6
— Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	5,8	-2,4	-4,9	2,2
— Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke, Nachrichtenübermittlung	-6,0	-20,5	-0,6	20,7
— Körper- und Gesundheitspflege	4,4	-1,8	± 0	1,1
— Bildungs- und Unterhaltungszwecke	8,8	1,5	4,9	12,0
— Persönliche Ausstattung, sonst. W. u. D.	3,9	-24,4	8,5	16,2

Quelle: Wie Tabelle 13 im Anhang

1974/75 war dagegen eine anderslaufende Entwicklung zu beobachten. Obwohl die Reallöhne der Industriearbeiter ebenfalls rückläufig waren (allerdings in geringerem Umfang als 1966/67), konnten durch die Steuer- und Kindergeldreform zahlreiche Gruppen von Lohnabhängigen Einkommenszuwächse verbuchen. So stiegen z. B. die monatlichen Kindergeldeinkommen für den 2-Kinder-Haushalt ab 1. 1. 1975 von 25 DM auf 120 DM. Der reale Zuwachs der ausgabenfähigen Einkommen betrug für den „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt“ der laufenden Wirtschaftsrechnungen 7,3 Prozent (vgl. Tabelle 12). Der Anstieg der Haushaltseinkommen war wesentliche Grundlage für die Ausweitung der inflationsbereinigten Konsumtionsausgaben. Nach den Wirtschaftsrechnungen stiegen sie 1975 gegenüber dem Vorjahr um 6 Prozent. Den größten Anstieg hatten die Ausgabengruppen zu verzeichnen, bei denen 1966/67 die deutlichsten Rückgänge eintraten: „Verkehr- und Nachrichtenübermittlung“ sowie „Persönliche Ausstattung“.

Aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen allein lassen sich aufgrund der problematischen Datenbasis kaum weitergehende verallgemeinerbare Aussagen hinsichtlich der Konsumtionsentwicklung in der jüngsten Krise treffen. Hinweise liefert die zusätzliche Betrachtung gesamtwirtschaftlicher Globaldaten. Danach ist seit Einsetzen der Krise im 2. Halbjahr 1973 bis zu ihrem Tiefpunkt im 1. Halbjahr 1975 eine deutliche Zurückhaltung der privaten Haushalte bei den Konsumtionsausgaben zu beobachten. Sie ist jedoch nicht auf fehlende Geldeinkünfte der privaten Haushalte zurückzuführen. Vielmehr stiegen, wie die folgende Übersicht zeigt, die verfügbaren Einkommen zunächst deutlich schneller als der private Verbrauch, was dazu führte, daß die Sparquote im 1. Halbjahr 1975 ihren bisher höchsten Stand erreichte.

Einkommen, privater Verbrauch und Ersparnis privater Haushalte
1974—1976 (Milliarden DM)

	1974		1975		1976
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
Verfügbare Einkommen	295,2	332,9	329,4	359,9	349,0
Privater Verbrauch	252,8	280,2	274,0	306,2	299,0
Ersparnis	42,4	52,7	55,4	53,8	50,0
Sparquote in Prozent	14,4	15,8	16,8	14,9	14,3
Steigerung gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum in Prozent:					
Verfügbare Einkommen	.	12,8	11,7	8,1	5,9
Privater Verbrauch	.	10,8	8,2	9,3	9,1
Ersparnis	.	24,3	32,2	2,1	-9,7

Quelle: Zusammengestellt und berechnet nach Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, März 1976, S. 15; Oktober 1976, S. 15.

Die Einschätzung der Bundesbank scheint nicht unbegründet, daß die privaten Haushalte in dieser Zeit einen großen Teil des ihnen aus der Steuer- und Kindergeldreform zufließenden Einkommenszuwachses „aus Furcht vor einem Verlust des Arbeitsplatzes gespart und manche Käufe von Verbrauchsgütern ... zurückgestellt“⁴² haben. Mit der, abgesehen von den Arbeitsmarktproblemen, Verbesserung der ökonomischen Entwicklung trat in der 2. Jahreshälfte 1975 auch eine Trendwende im Verbrauchsverhalten der Haushalte ein. Der durch die Konsumzurückhaltung zur Zeit des Tiefpunktes der Krise entstandene Nachholbedarf wurde nunmehr durch den verstärkten Kauf besonders von langlebigen Gebrauchsgütern ausgeglichen. Das ging zum einen zu Lasten der Ersparnisbildung: Die Sparquote sank von 16,8 Prozent im 1. Halbjahr 1975 auf 14,3 Prozent im 1. Halbjahr 1976, wobei die neu gebildeten Ersparnisse vorwiegend in verhältnismäßig liquider Form angelegt wurden⁴³, um eine schnelle Zuführung dieser Mittel für die individuelle Konsumtion zu sichern. Die Verbrauchsexpansion war ferner begleitet von einem deutlichen Anstieg der Kreditaufnahmen der privaten Haushalte, die zur Zeit des Krisentiefpunktes äußerst gering war und zum Teil sogar durch das Volumen der Kreditrückzahlungen übertroffen wurden.⁴⁴ Die aus der verstärkten Kreditaufnahme resultierenden Einkommen dürften hauptsächlich zur Anschaffung langlebiger hochwertiger Gebrauchsgüter, vor allem für Kfz-Käufe, verwendet worden sein, worauf auch die Haushaltsbuchehebungen im Rahmen der laufenden Wirtschaftsrechnungen hindeuten.⁴⁵ Ferner glaubte die Bundesbank Anfang 1976 eine zunehmende Auflösung privater Geldanlagen (z. B. Sparguthaben) registrieren zu können, die nach ihrer Vermutung vor-

42 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Oktober 1976, S. 14.

43 Vgl. Monatsberichte, März 1976, S. 14.

44 Monatsberichte, Oktober 1976, S. 16.

45 So schreibt das Statistische Bundesamt: Für den Haushaltstyp des „mittleren Arbeitnehmerhaushalts“ ist „hervorzuheben, daß die Haushalte die Aufwendungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung — nach einem äußerst zurückhaltenden Ausgabenverhalten im Vorjahr — 1975 kräftig gesteigert haben. Die absolute Höhe dieser Aufwendungen nahm ... um ... fast 30 % zu. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren vor allem die um mehr als die Hälfte ... höheren Aufwendungen für den Kauf von Kraftfahrzeugen (und Fahrrädern).“ Stat. BA., Einnahmen und Ausgaben 1975, S. 9.

nehmlich für den Erwerb von Wohnungseigentum bzw. für größere Reparaturen und Renovierungen ausgegeben wurden.⁴⁶

Wenngleich sich das Niveau der Konsumtionsausgaben 1975 erhöhte, kann doch nicht übersehen werden, daß die Krise zu Veränderungen in der Lebensführung der Haushalte führte. So ist gerade in den Krisenjahren eine verstärkte Tendenz zur Rückverlagerung zahlreicher Reproduktionsleistungen in die Haushalte zu beobachten, die im Rückgang bzw. der Stagnation des Anteils der privaten Dienstleistungsausgaben zum Ausdruck kommt.⁴⁷ Sogar absolut rückläufig waren in mindestens einem der Krisenjahre die Ausgaben für Wohnungsreparaturen, Schneiderarbeiten, für Wäscherei und Reinigung und für Taxi-Fahrten. Auch der gegenwärtig bei den rund 10—12 Millionen Kleingärtnern der Bundesrepublik zu bemerkende Trend zu einer wirtschaftlicheren Nutzung der privaten Gartenflächen durch vermehrten Anbau von Obst und Gemüse muß wohl unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden.

IV. Einkommen und individuelle Konsumtion bei Arbeitslosigkeit und ihren Folgen

Vorliegende Untersuchungen über die Auswirkungen der Krise auf die Lohnabhängigen — vor allem der Arbeiterklasse —, die für kurze oder längere Zeit arbeitslos wurden, zeigen, daß neben den negativen psychisch-sozialen Folgen auch materielle Einbußen eine große Rolle spielen.⁴⁸ Das Ausmaß der Betroffenheit ist unterschiedlich. Es reicht von Einkommenseinbußen infolge langandauernder Kurzarbeit, über längere und kürzere Perioden der Arbeitslosigkeit bis zum Absinken in die „Lazarusschicht der Arbeiterklasse“. Aber auch die verschiedenen Möglichkeiten, aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen — Aufnahme einer neuen Erwerbstätigkeit, vorzeitige Verrentung, „Aufgehen“ in der sogenannten „stillen Reserve“, amtlich verordnete Bildungsmaßnahmen, Wehrdienst und Krankheit führen meistens zu Einkommensverschlechterungen.

1. Zur Struktur und zum Umfang der industriellen Reservearmee

Die aufgezählten Kategorien von Krisenbetroffenen sind sichtbare Teile der für die kapitalistische Produktionsweise charakteristischen „relativen Überbevölkerung“, das heißt, der „mit Bezug auf das mittlere Verwertungsbedürfnis des Kapitals überschüssigen

46 Vgl. Monatsberichte, Oktober 1976, S. 16.

47 Vgl. Stat. BA., Einnahmen und Ausgaben, lfd.

48 Vgl. dazu: Christian Brinkmann, *Finanzielle und psycho-soziale Belastungen während der Arbeitslosigkeit*, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)*, H. 4/1976; ders., *Arbeitslosigkeit und Mobilität*, in: *MittAB*, H. 2/1977; Arbeitsgruppe des IMSF, *Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation in der BRD*, IMSF-Informationsbericht Nr. 31, Frankfurt/M. 1978; Wolfram Elsner, *Soziale Kosten der Wirtschaftskrise: Lebenslage — Verschlechterungen und Anpassungsleistungen von Arbeitslosen*, Diskussionsarbeiten der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Bielefeld, Nr. 31, Bielefeld 1978; Ministerium für Gesundheit, Soziales und Sport von Rheinland-Pfalz, *Begleiter der Arbeitslosigkeit, Abstieg und Armut*, Dokumentation zur wirtschaftlichen Lage von Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland, Mainz 1978; Hans Schindler, *Folgen der Arbeitslosigkeit*, in: *Marxistische Blätter*, H. 1/1979, S. 57 ff.; Carola Möller, *Finanzielle Auswirkungen von Erwerbslosigkeit auf die Erwerbslosen und ihre Haushalte*, unveröffentlichtes, vorläufiges Manuskript, Köln 1979; Norbert Lambert, *Arbeitsmarktpolitik in der Wirtschaftskrise*, IMSF-Informationsbericht Nr. 33, Frankfurt am Main 1979.

Bevölkerung".⁴⁹ Diese industrielle Reservearmee erfüllt nicht nur die Funktionen des Lohndrucks und der Disziplinierung, sondern sie ist unter den „normalen“ Bedingungen kapitalistischer Entwicklung zugleich das Reservoir, über das die Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Sektoren der gesellschaftlichen Produktion vermittelt ist. Die erweiterte Reproduktion des Kapitals erfordert die Existenz einer „disponiblen industriellen Reservearmee“, die „ohne Abbruch der Produktionsleiter in andere Sphären auf die entscheidenden Punkte werfbar“ ist.⁵⁰

Dieser ständig ablaufende Prozeß — die niedrigste Zahl an jährlichen Arbeitslosenmeldungen in der Nachkriegszeit betrug immer noch 1,3 Millionen (1970) — beschleunigt und weitet sich unter dem Druck der Krise aus. Nach einer Untersuchung des IAB wird „in zwei von drei Fällen (67 Prozent) . . . mit der Wiederaufnahme der Arbeit auch der Wirtschaftszweig gewechselt“.⁵¹ Nach den Angaben der wieder Erwerbstätigen haben auch rund 44 Prozent den Beruf gewechselt. Von den Berufswechslerinnen geben wiederum fast drei Viertel an, daß sie von ihren „beruflichen Kenntnissen und Fertigkeiten auf dem neuen Arbeitsplatz wenig, sehr wenig oder nichts verwenden“ können. Wichtig ist auch der Hinweis, daß der Anteil der Berufswechsler mit der abgelaufenen Dauer der Arbeitslosigkeit und im Ausmaß der finanziellen Belastungen ansteigt. Daß die durch die Krise ausgelösten Mobilitätsprozesse noch nicht abgeschlossen sind, geht auch aus der Einschätzung des neuen Arbeitsplatzes hervor: 15,1 Prozent der Wiedererwerbstätigen bezeichnen ihn als „Notlösung“, 34,3 Prozent betrachten ihn als „Übergangslösung“, und nur 50,7 Prozent meinen eine „Dauerlösung“ gefunden zu haben, die es aber unter kapitalistischen Bedingungen nicht gibt.

„Die relative Überbevölkerung existiert in allen möglichen Schattierungen. Jeder Arbeiter gehört ihr an während der Zeit, wo er halb oder gar nicht beschäftigt ist. Abgesehen von den großen periodisch wiederkehrenden Formen, welche der Phasenwechsel des industriellen Zyklus ihr aufprägt, so daß sie bald akut in den Krisen erscheint, bald chronisch in den Zeiten flauen Geschäfts, besitzt sie fortwährend drei Formen: flüssige, latente und stockende“.⁵² Es bedarf keiner näheren Begründung, daß diese verschiedenen Formen zwar analytisch, aber kaum empirisch zu trennen sind. In Tabelle 14 wurde versucht, eine Übersicht über die durch die Statistik der Arbeitsverwaltung erfaßten sichtbaren (bzw. überhaupt erfaßbaren Teile) der Reservearmee zusammenzustellen. Nur schwerlich sichtbar zu machen — dazu wären eigene Untersuchungen notwendig — sind vor allem die *latenten* Formen der Reservearmee. Ihr sind z. B. Selbständige und Mithelfende zuzurechnen, die angesichts relativ ungünstiger Möglichkeiten, die Arbeitskraft zu verkaufen, an ihrer kümmerlichen Existenz festhalten. Dazu zählen die Schüler, die die Zeit ihrer formalen Ausbildung verlängern, ohne daß sich — nicht zuletzt wegen der völlig ungenügenden materiellen und personellen Ausstattung der entsprechenden Bildungsgänge — ihr Bildungsniveau und ihre Verkaufschancen dadurch merklich verbessern. Schwer abzuschätzen ist auch die Zahl derjenigen Jugendlichen, die unter dem Druck der Lehrstellenknappheit aussichtslose Berufe aufzunehmen gezwungen sind. Die Hauptgruppe dieses

49 Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, S. 658.

50 Ebenda, S. 661.

51 Brinkmann, Mobilität, S. 209; auch die folgenden Angaben nach dieser Quelle, S. 209 ff.

52 Marx, Kapital, Bd. I, S. 670.

Teils der Reservearmee stellen aber die Un- und Unterbeschäftigten in den Armenhäusern Europas, weil die Abzugskanäle ökonomisch und administrativ blockiert sind.

In der Statistik der Arbeitsverwaltung sichtbar werden lediglich Personen, die in sogenannte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und in Vollzeitmaßnahmen der beruflichen Bildung und Umschulung einbezogen sind.⁵³ Häufig handelt es sich dabei um längerfristig Arbeitlose, die auch nach dem Abschluß der Arbeitsamtsmaßnahmen keinen Arbeitsplatz finden. Zu schätzen ist ferner der Umfang der sogenannten „Stillen Reserve“, bei der es sich um Personen handelt, die nicht erwerbstätig sind, sich aber auch nicht (oder nicht mehr) als Arbeitlose melden.⁵⁴ Zu dieser „Stillen Reserve“ zählen vor allem Frauen, die aus der Erwerbstätigkeit in die „Nur-Hausfrauentätigkeit“ zurückgedrängt wurden oder die ein Kind bekommen und während ihrer gesetzlichen Schwangerschaftszeiten aus der Arbeitslosenstatistik gestrichen werden. Nach einer Abgangsstichprobe (gezählt und beobachtet wurden alle Personen, die an einem bestimmten Stichtag aus der Arbeitslosigkeit „abgingen“) des IAB vom September 1976⁵⁵ verteilten sich die „Abgangsquoten“ nach verschiedenen Arten des Ausscheidens aus der Arbeitslosigkeit (in Prozent) wie folgt:

Geschlecht	Beendigung der Arbeitslosigkeit durch				
	Arbeitsauf- nahme	Krankheit	Aus- und Weiterbil- dung, Um- schulung	Rente	Sonstige Gründe / unbekannt
Männer	71,3	5,6	4,8	1,7	16,6 ^{b)}
Frauen	61,6	12,5 ^{a)}	4,3	0,7	20,9 ^{c)}
Insgesamt	67,5	8,3	4,6	1,3	18,3

a) Neben „Kranken“ sind hier auch Frauen gezählt, die ihren gesetzlichen Schwangerschaftsurlaub antreten.

b) Vor allem: Ablauf der Aufenthaltserlaubnis in der Bundesrepublik für Ausländer; Aufnahme des Zivil- und Wehrdienstes, Tod.

c) Vor allem: „Aufnahme einer Hausfrauentätigkeit“.

Daß viele Frauen, die ihre Arbeitskraft aktuell nicht (bzw. nur zu für sie unakzeptablen Bedingungen) verkaufen können, an einer neuen Erwerbstätigkeit interessiert sind, zeigt eine andere IAB-Untersuchung: Nur rund 17 Prozent der durch die Arbeitslosigkeit zu Nur-Hausfrauen Gewordenen beabsichtigten nicht, einen neuen Arbeitsplatz zu suchen; dagegen erklärten 34 Prozent, daß sie das auf „jeden Fall“ vorhaben.⁵⁶ Das deckt sich auch mit den Ergebnissen einer Infratest-Untersuchung, nach der jede dritte Frau, die nicht

53 Die sogenannte „Entlastungswirkung“, d. h. die Minderung der Arbeitslosenzahl liegt unter den in Tabelle 14 angegebenen Zahlen, da sich die Maßnahmen nur zum Teil über ein ganzes Jahr ausdehnen.

54 Zum Begriff vgl. W. Klauer und G. Kühlewind, Zur längerfristigen Vorausschätzung des Arbeitskräfteangebots in der Bundesrepublik Deutschland, Technik, Probleme, Möglichkeiten und Grenzen, in: MittAB, H. 10/1969.

55 Franz Egle und Rudolf Leupoldt, Mehrfacharbeitslosigkeit, Dauer der Arbeitslosigkeit und Wiedereingliederung von Arbeitslosen. Eine empirische Untersuchung aus einer Abgangsstichprobe, in: MittAB, H. 4/1977, S. 465.

56 Christian Brinkmann, Strukturen und Determinanten der beruflichen Wiedereingliederung von Langfristigarbeitslosen, in: MittAB, H. 2/1978, S. 195.

mehr arbeitslos gemeldet ist, weiter nach Arbeit sucht; ein weiteres Drittel erklärt, daß es gerne wieder berufstätig wäre.⁵⁷

Im Unterschied zur registrierten Arbeitslosenzahl, die an bestimmten Stichtagen gezählt wurde, wächst der erfaßbare Teil der latenten Reservearmee („Stille Reserve“, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen) auch nach dem Krisentiefpunkt noch weiter an. So betrug die Personenzahl in 1000:

1973	1974	1975	1976	1977	1978
260	329	652	737	750	801

Quelle: Eigene Berechnung nach den Daten der Tabelle 14.

Neben Kurzarbeitern und vergleichsweise kurzzeitig Arbeitslosen infolge von Entlassungen zählen zur *flüssigen Form* der Reservearmee auch die „Fluktuationsarbeitslosen“, die selber kündigen, Auswanderer⁵⁸ usw. Auch von dieser Gruppe taucht ein erheblicher Teil überhaupt nicht in den Arbeitsamtsstatistiken auf. Dabei handelt es sich vor allem um solche Personen, die sich selbst einen neuen Arbeitsplatz suchen, ohne daß sie ihren alten vorher aufgeben. Diese Form der „freiwilligen“⁵⁹ Mobilität geht in Krisenperioden allerdings zurück.

Eines der Kennzeichen des flüssigen Teils der Reservearmee sind die unterdurchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit und die vergleichsweise reibungslose Umsetzung in neue Unternehmen der gleichen Branche, neue Branchen und Berufe. Dieses Merkmal der „kurzen Dauer der Arbeitslosigkeit“ läßt sich statistisch kaum von einem Kennzeichen des *stockenden* Teils der Reservearmee trennen, denn „sie bildet einen Teil der aktiven Arbeiterarmee mit durchaus unregelmäßiger Beschäftigung“⁶⁰, was durch die Arbeitsamtsstatistik bestätigt wird. Gerade unter den Problemgruppen der Arbeitslosen ist die Mehrfacharbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres besonders ausgeprägt. Nach einer Untersuchung des IAB betrug die Mehrfacharbeitslosigkeit für alle Arbeitslosen insgesamt 1,54 Arbeitslosigkeitsfälle pro Person und Jahr.⁶¹ Das heißt, wenn der jährliche Zugang an Arbeitslo-

57 Werner Sörgel, *Motivation von Arbeitssuchenden, Hemmnisse für die Einstellung von Arbeitslosen, Effektivität von Vermittlung und Beratung, Fortbildungs- und Mobilitätsbereitschaft von Beschäftigten, Zusammenfassung wichtiger Untersuchungsergebnisse*, Forschungsprojekt von Infratest (finanziert vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung), München, Mai 1978, S. 5.

58 In den drei Jahren 1974–1976 wanderten 1,028 Millionen Erwerbspersonen aus der Bundesrepublik ab. Gleichzeitig wanderten 643 000 Erwerbspersonen in die Bundesrepublik ein. Beide Ströme sind u. E. Bestandteil bzw. Form der Reservearmee, weil die Zuwanderer, insofern sie in der Bundesrepublik auch einen Arbeitsplatz finden, von der unsichtbaren „latenten“ Reserve in die „flüssige“ Form überführt werden, ansonsten zur „Stillen Reserve“ gehören. Der Saldo der Wanderungsströme betrug in diesen drei Jahren — 384 000 Erwerbspersonen. Alle Zahlen nach: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, *Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1978*, S. 10.

59 Daß bei dieser „Freiwilligkeit“ ökonomische Zwänge, u. a. der Druck, der von den strukturellen Veränderungen der Produktion ausgeht, eine Rolle spielen, haben für die sechziger Jahre bereits Burkhardt Lutz und Friedrich Weltz gezeigt. Vgl. *Der zwischenbetriebliche Arbeitsplatzwechsel. Zur Soziologie und Sozioökonomie der Berufsmobilität*, Frankfurt 1966.

60 Marx, *Kapital*, Bd. 1, S. 672.

61 Vgl. Egle und Leupoldt, *Mehrfacharbeitslosigkeit*, S. 463.

sen drei Millionen beträgt, dann beträgt die Zahl der betroffenen Personen rund 2 Millionen.

Die zusammengefaßten Merkmale einer Person, die innerhalb eines Jahres überdurchschnittlich häufig arbeitslos wird, sind: Ausländischer Arbeiter, ohne Berufsausbildung, mit gesundheitlichen Einschränkungen, älter als 50 Jahre (vgl. Tabelle 15). Bei diesen Personengruppen handelt es sich zugleich um diejenigen, die den größten Teil der Dauerarbeitslosen stellen.

Bekanntlich ist die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit bedeutend größer als die Bestandszahlen ausweisen. So gab es im Jahresdurchschnitt 1973 lediglich 273 000 registrierte Arbeitslose, aber rund 1,9 Millionen Arbeitslosenmeldungen. Hinter dieser Fallzahl verbergen sich wegen der beschriebenen Mehrfacharbeitslosigkeit aber „nur“ rund 1,2 Millionen Betroffene (vgl. Tabelle 14).

Für die insgesamt von Arbeitslosigkeit Betroffenen und die Arbeitslosenbestände ist auch eine unterschiedliche Zeitdauer der Arbeitslosigkeit charakteristisch. Nach der IAB-Untersuchung vom September 1976 betrug die Dauer der bisherigen Arbeitslosigkeit der Abgangsstichprobe 13,5 Wochen, während der verbleibende Bestand im Durchschnitt bereits 31,7 Wochen arbeitslos war (vgl. Tabelle 15).

Mit dem Verlauf des Zyklus verändert sich auch die Dauer der Arbeitslosigkeit. Beim Arbeitslosenbestand folgt sie der konjunkturellen Entwicklung deutlich phasenverzögert (vgl. Tabelle 16, Spalte 6). Im Zusammenhang mit der Rezession 1966/67 wird die längste Durchschnittsdauer mit 7,58 Monaten im September 1968 erreicht.⁶² Die Werte im Gefolge der Krise 1974/75 liegen nicht nur wesentlich höher — (Mai 1978: 9,17 Monate, September 1978: 8,55 Monate) —, sondern auch zeitlich viel weiter hinter dem Krisentiefpunkt. Das verweist darauf, daß der Anteil der Dauerarbeitslosen nach der jüngsten Krise höher ist als nach der Krise 1966/67 und daß sich der Ausleseprozeß der Arbeitskräfte auch nach dem Krisentiefpunkt weiter fortsetzt.

Die durchschnittliche vollendete Dauer der Arbeitslosigkeit für alle, die innerhalb eines Jahres von Arbeitslosigkeit betroffen waren, entwickelte sich nach den IAB-Berechnungen dagegen wie folgt⁶³:

Durchschnittlich vollendete Dauer der Arbeitslosigkeit in Monaten

10/66— 9/67	10/67— 9/68	10/68— 9/69	10/69— 9/70	10/70— 9/71	10/71— 9/72	10/72— 9/73	10/73— 9/74	10/74— 9/75	10/75— 9/76
1,66	2,17	1,99	1,52	1,32	1,59	1,71	1,88	2,79	3,66

Quelle: Cramer und Egle, Dauer der Arbeitslosigkeit, S. 495.

Auch bei der vollendeten Dauer der Arbeitslosigkeit liegen die Werte im Gefolge der Krise 1966/67 wesentlich niedriger als 1974/75, und der Gipfelpunkt lag näher am Krisentiefpunkt als 1974/75. Diese Daten legen die Vermutung nahe, daß innerhalb des

62 Ausgewiesen werden als Ergebnisse der Strukturrehebungen folgende Klassen: „bis unter 1 Monat“, „1 bis unter 3 Monate“, „3 bis unter 6 Monate“, „6 bis unter 12 Monate“, „12 bis unter 24 Monate“, „24 Monate und darüber“. Bei der Durchschnittsbildung wird davon ausgegangen, daß die Arbeitslosen in der unteren offenen Klasse im Durchschnitt einen halben Monat, in der oberen offenen Klasse 36 Monate arbeitslos sind und daß sich die Arbeitslosen ansonsten auf die Klassenmitten verteilen.

63 Ulrich Cramer und Franz Egle, Zur durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit, in: MittAB, H. 4/1976, S. 495.

flüssigen Teils der Reservearmee (der wohl am besten als Kontinuum von „leichtflüssig“ bis „zähflüssig“ zu begreifen ist) im Gefolge der jüngsten Krise und der durch sie angetriebenen Rationalisierungswelle die „zähflüssigen“ Elemente stärker als in den sechziger Jahren vertreten sind.

„Ein Teil der Erwerbstätigen, die arbeitslos werden, haben in bezug auf ihre Wiederbeschäftigung keine größeren Probleme. Etwa ein Drittel aller Arbeitslosen findet innerhalb von drei Monaten wieder eine Beschäftigung und verschlechtert sich dabei im Durchschnitt nicht.“⁶⁴ Der angegebene Prozentsatz dürfte in etwa den leichtflüssigen Teil der Reservearmee unter den betroffenen Arbeitslosen angeben, wozu noch die betroffenen Kurzarbeiter zu zählen sind.⁶⁵

Überlegungen zur Dauer der Arbeitslosigkeit und der Struktur der industriellen Reservearmee sind in unserem Untersuchungszusammenhang auch deshalb wichtig, weil sie den objektiven Hintergrund für die Formen und das Ausmaß der materiellen Verluste andeuten. Aus diesem Grund haben wir auch versucht, den Umfang der verschiedenen Teile der Reservearmee abzuschätzen. Dabei ist klar, daß es sich — schon wegen der Doppelzählungen (jemand kann z. B. im gleichen Jahr Kurzarbeiter und Arbeitsloser sein) — nur um eine Schätzung handeln kann, die lediglich Größenordnungen aufzeigt.⁶⁶

Schätzung des Umfangs und der Struktur der industriellen Reservearmee 1973—1978
(Personen in 1000)

Form der Reservearmee	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Latent	260	330	650	740	750	800
Leichtflüssig	450	890	1500	980	940	850
Flüssig bis zähflüssig	680	1010	1180	1040	1060	970
Stockend	160	220	340	400	410	400
Zusammen	1550	2450	3670	3160	3160	3020
1975 = 100	42	67	100	86	86	82
Zuwanderer ^{a)}	592	260	180	204	227	.
Abwanderer ^{a)}	369	389	361	278	225	.
Zusammen	961	649	541	482	452	.
Insgesamt ^{b)}	2510	3100	4210	3640	3610	.

a) Erwerbspersonen.

b) gerundet.

Quelle: Eigene Berechnungen nach den Daten der Tabelle 14 (vgl. Anmerkung 66).

64 Sörgel, Zusammenfassung, S. 4.

65 Auch bei den Kurzarbeitern ist die Zahl der Kurzarbeitsfälle wegen Mehrfachkurzarbeit höher als die Zahl der Betroffenen, die wiederum beachtlich über der amtlich registrierten Zahl von Kurzarbeitern liegt. Rolf Flechsenhar nimmt an, daß den 555 000 Kurzarbeitsfällen des Jahres 1977 rund 231 000 Kurzarbeiter entsprachen. Vgl. Kurzarbeit — Kosten und Finanzierung; in: MittAB, H. 4/1978, S. 443.

66 Als „latent“ wurde die Summe aus Stiller Reserve, und der Beteiligung an ABM-Maßnahmen sowie Vollzeitmaßnahmen der beruflichen Bildung bezeichnet. Die beiden zuletzt genannten Gruppen können selbstver-

Aus der Übersicht wird deutlich, welche Scharen „disponibler Arbeitskraft abhängig von der Bewegung des Kapitals“ „in Bewegung gesetzt“, „umgesetzt“, „freigesetzt“ usw. werden, „so daß der Arbeitsmarkt bald relativ untermittelt erscheint, weil das Kapital sich expandiert, bald wieder übermilt, weil es sich kontrahiert“.⁶⁷

Selbst wenn die möglichen Doppelzählungen berücksichtigt werden, ergibt sich, daß seit 1975 Jahr für Jahr aktive und potentielle Arbeitskraftanbieter in der Größenordnung von 3 Millionen Einzelpersonen Einbußen an Einkommen und Konsum hatten. Schließlich zeigt sich, daß der Anstieg der Reservearmee in der jüngsten Krisenperiode sehr rasch erfolgte, während sich der Abbau sehr schleppend vollzieht, wobei die über die Bundesgrenzen erfolgende Wanderungsbewegung eine ausgleichende Wirkung hat.

Von der stockenden Form der Reservearmee ist der Übergang zur „Lazarusschicht der Arbeiterklasse“ und zum Lumpenproletariat fließend. Spärliches Zahlenmaterial vom Ende der sechziger Jahre, Anfang der siebziger Jahre wurde in der Klassenstrukturstudie des IMSF veröffentlicht.⁶⁸ Wegen des Aufwands haben wir darauf verzichtet, die Daten zu aktualisieren. Mit einiger Sicherheit kann man aber davon ausgehen, daß die folgende Beziehung auch in der Gegenwart gilt: „Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus.“⁶⁹

2. Einkommensverluste verschiedener Gruppen der industriellen Reservearmee

Große Teile der industriellen Reservearmee beziehen zeitweise Einkommen nach verschiedenen Bestimmungen des „Arbeitsförderungsgesetzes (AFG)“. Entweder Arbeitslosengeld (§ 100 ff.) oder Arbeitslosenhilfe (§ 134 ff.), zu geringen Teilen und unter bestimmten Bedingungen auch Unterhaltsgeld bei Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung (§ 44). Wachsende Bedeutung hat die Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) erlangt, die ein Dahinvegetieren deutlich unterhalb des sozialen Existenzminimums erlaubt. Es hat sich eingebürgert, die Sozialhilfe als Maßstab für die absolute Armut zu gebrauchen.⁷⁰

Neben den Arbeitseinkommensverlusten, die durch den Bezug dieser im Vergleich zum vorherigen Arbeitseinkommen vergleichsweise niedrigen Leistungen entstehen, spielt außerdem die Differenz zwischen dem Einkommen in der „alten“ und der „neuen“ Erwerbstätigkeit eine Rolle: In vielen Fällen vermindern sich die Löhne und Gehälter. „Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer arbeitslos ist, der Arbeitsvermittlung zur Verfü-

ständiglich auch im gleichen Jahr arbeitslos sein, also doppelt gezählt werden. Als „leichtflüchtig“ wurden 30 Prozent der von Arbeitslosigkeit Betroffenen und die Kurzarbeiter bezeichnet. „Stockend“ setzt sich zum einen aus der Gruppe der Mehrfacharbeitslosen mit unstabilen Beschäftigungsverhältnissen zusammen. Aufgrund verschiedener Untersuchungen wurde angenommen, daß diese Kennzeichnung für 10 Prozent der von Arbeitslosigkeit Betroffenen zutrifft. Dazu gezählt wurden diejenigen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren, und diejenigen, die im gleichen Jahr einen Antrag auf Verrentung mit 60 bewilligt bekommen haben. Auf mögliche Doppelzählungen wurde bereits mehrfach verwiesen. Die Gruppe „flüchtig bis zählflüchtig“ wurde als Restkategorie bestimmt: 60 Prozent aller von Arbeitslosigkeit Betroffenen abzüglich der Arbeitslosen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren.

67 Marx, Kapital, Bd. I, S. 666.

68 Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970, Sozialsstatistische Analyse, Beiträge des IMSF 3, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1975, 2. Halbbd., S. 146 ff.

69 Marx, Kapital, Bd. I, S. 673 f.

70 Vgl. Heiner Geißler, „Neue Soziale Frage“ — Zahlen, Daten, Fakten, 5. November 1975, S. 15 ff.

gung steht, die Anwartschaftszeit erfüllt, sich beim Arbeitsamt gemeldet und Arbeitslosengeld beantragt hat" (§ 100 AFG, Absatz 1). In diese Bestimmung sind also eine Reihe von Fallstricken eingebaut.

Anteil der Leistungsberechtigten an den Arbeitslosen

Die Hauptklippen sind die Erfüllung der „Anwartschaft“ und das „zur Verfügung“ Stellen der Arbeitskraft. Gerade das letzte Kriterium ist in den letzten Jahren laufend in Richtung einer Entrechtung und „Verflüssigung“⁷¹ der Arbeitslosen verschärft worden.

Mindestvoraussetzung für den Leistungsbezug ist eine beitragspflichtige Beschäftigung in den letzten drei Jahren vor der Arbeitslosigkeit von mindestens 6 Monaten (26 Wochen). Arbeitslosengeld wird in diesem Fall für 78 Tage gewährt. Die Staffel reicht bis zu einer vorangegangenen Arbeitszeit von 2 Jahren, die einen Anspruch auf Arbeitslosengeld für 312 Tage begründet. Arbeitslosenhilfe wird dagegen zeitlich unbegrenzt gewährt, wenn „Bedürftigkeit“ besteht.

Nicht empfangsberechtigt sind in aller Regel:

- Bisher Nichterwerbstätige, die ihre Arbeitskraft verkaufen wollen;
- Ehemalige Mithelfende und Selbständige;
- Teilzeitbeschäftigte, die eine so geringe Wochenstundenzahl arbeiteten, daß sie nicht beitragspflichtig waren;
- Abgänger aus dem Ausbildungssystem;
- „Fluktuationsarbeitslose“, die innerhalb der ihnen auferlegten Sperrfrist einen neuen Arbeitsplatz finden;
- Erwerbstätige, die in den letzten drei Jahren weniger als 26 Wochen gearbeitet haben.

Letzteres kommt nicht selten vor, weil die Nachfrage nach Arbeitskräften unmittelbar vor dem Kriseneinbruch besonders groß ist, was zur Rekrutierung von schwer mobilisierbaren Arbeitskräften führt (Beispiel Hausfrauenschichten), die dann beim Kriseneinbruch wieder auf die Straße gesetzt werden.

Daneben ist bei den Bestandszahlen der Arbeitslosenstatistik zu berücksichtigen, daß stets ein nicht unbeträchtlicher Teil der Arbeitslosen zwar eine Leistung beantragt hat, aber noch keine Leistung bezieht. Ende Mai 1977 ergab sich zum Beispiel für den Arbeitslosenbestand folgendes Bild⁷²:

Leistungsart	Zahl der Fälle (absolut)	Prozent
Ohne Leistung	147 262	15,6
Leistung beantragt	222 596	23,5
Bezug Arbeitslosengeld	430 172	45,5
Bezug Arbeitslosenhilfe	146 172	15,4
Insgesamt	946 491	100,0

71 Sowohl im Hinblick auf Qualifikation, Einkommensansprüche und regionale Mobilität; das Unternehmerleitbild scheinen Wohnwagenbesitzer zu sein, die sich nach Belieben von einer Ecke der Bundesrepublik in die andere verschieben lassen.

72 Werner Karr, Die Leistungsberechtigten in der Arbeitslosenstatistik, in: MittAB, H. 1/1978, S. 3.

Unter Berücksichtigung der abgelehnten Anträge auf Leistungen gelangt *Karr* zu dem Ergebnis, daß im Zeitraum September 1974 bis September 1977 der Anteil der Leistungsempfänger am Arbeitslosenbestand zwischen 80 Prozent (September 1977) und 90 Prozent (Mai 1975) gelegen hat.⁷³ Wesentlich niedrigere Raten ergeben sich, wenn man untersucht, wie hoch der Anteil der Leistungsberechtigten an allen innerhalb eines Jahres von Arbeitslosigkeit Betroffenen ist.

Anteil von arbeitslosen Leistungsberechtigten an den Arbeitslosen insgesamt bei allen in einem Zeitraum von Arbeitslosigkeit Betroffenen in Prozent⁷⁴

1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
40	43	45	46	64	77	73	71

Sowohl die zeitlichen Unterschiede des Anteils der Leistungsberechtigten, die auch beim Bestand sichtbar wurden, als auch die Abweichungen zwischen den Bestandszahlen und den Stromgrößen (alle von Arbeitslosigkeit Betroffenen) sind darauf zurückzuführen, daß der Anteil der aufgezählten Kategorien von Nichtleistungsberechtigten in Phasen der Hochkonjunktur und unter den Insgesamt-Betroffenen besonders hoch ist.

Für den Fortgang der Untersuchung muß also berücksichtigt werden, daß stets nur ein Teil der Reservearmee Arbeitslosenunterstützung erhält, was für den größten Teil ihrer latenten Form ohnehin gilt. Die Nichtanspruchsberechtigten sind entweder auf Sozialhilfe oder die Mildtätigkeit ihrer Verwandten angewiesen.

Willkürliche Handhabung von Sperrfristen

Eine weitere Kategorie von Arbeitslosen, die zumindest vorübergehend keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, sind die, denen eine Sperrfrist — in der Regel 4 Wochen⁷⁵ — auferlegt wird. Anlaß dafür ist entweder die eigene Kündigung (§ 119, Absatz 1, Nr. 1 AFG)⁷⁶, die Weigerung, eine sogenannte „zumutbare“ Arbeit (§ 103 AFG) anzunehmen, an einer Umschulungsmaßnahme teilzunehmen oder diese abzubrechen (§ 119, Absatz 1, Nr. 2—4 AFG).⁷⁷ Wer zwei Sperrzeiten bekommt, der verliert jeglichen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung (§ 119, Absatz 3 AFG). Allein von dieser Willkürmaßnahme waren 1977 fast 10 000 Arbeitslose betroffen.⁷⁸

73 Ebenda, S. 4.

74 Ebenda, S. 5.

75 Bei besonderen Härtefällen kann diese Frist auf 14 Tage vermindert werden (§ 119, Absatz 2 AFG). Versäumt der Arbeitslose eine Meldung beim Arbeitsamt, obwohl er dazu aufgefordert wurde, dann kann die Sperrfrist 6 Tage betragen (§ 120 AFG).

76 „Hat der Arbeitslose 1. das Arbeitsverhältnis gelöst oder durch ein vertragswidriges Verhalten Anlaß für die Kündigung des Arbeitsgebers gegeben und hat er dadurch vorsätzlich oder grobfahrlässig die Arbeitslosigkeit herbeigeführt ...“

77 Hat der Arbeitslose „trotz Belchrung über die Rechtsfolgen eine vom Arbeitsamt angebotene Arbeit nicht angenommen oder nicht angetreten ...“

78 Vgl. ANBA, Arbeitsstatistik 1978 — Jahreszahlen, S. 263.

Alle diese Maßnahmen bedeuten für die betroffenen Arbeitslosen eine erhebliche finanzielle Einbuße. Wie die Daten der Tabelle 17 zeigen, ist das Ausmaß dieser Disziplinierungs- und Einschüchterungsmaßnahmen auf der einen Seite, der Einsparungseffekt bei der Bundesanstalt für Arbeit auf der anderen Seite nicht gering. Allein in der Periode 1974—1977 wurden insgesamt 938 000 Sperrzeiten verhängt.

Geht man davon aus, daß ein Arbeitsloser im Monatsdurchschnitt dieses Zeitraums 700 bis 800 Mark erhielt, dann bedeuten diese Sperrfristen eine Ausgabenverminderung bei der Bundesanstalt zwischen 660 und 750 Millionen DM.

Der Anteil der Sperrzeiten, bezogen auf die Zahl der Anträge auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, steigt in Krisenperioden an. An der jüngsten Entwicklung ist vom Standpunkt der Arbeiterklasse besonders besorgniserregend, daß die Anteilswerte deutlich über denen der Krise 1966/67 liegen, wo jeweils 5,4 und 8,3 Prozent erreicht wurden. Dagegen betragen die entsprechenden Sätze 1975 — 7,3 Prozent, 1976 — 8,6 Prozent, 1977 — 9,6 Prozent (vgl. Tabelle 17).

Nach wie vor machen die Sperrfristen, die aufgrund Ziffer 1 (eigene Kündigung) ausgesprochen werden, den größten Anteil an den Sperrfristen aus. Auch die Sperrfrist mit dieser Begründung — im Grunde genommen handelt es sich um eine Verletzung der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes, weil dem Eigentümer die freie Verfügbarkeit über seine Ware Arbeitskraft eingeschränkt wird — steigt in Krisenperioden deutlich an. Das dürfte darauf zurückzuführen sein, daß

- ein Teil der Arbeiter und Angestellten aus einem Betrieb ausscheidet, bevor er pleite macht;
- in Krisenperioden die sogenannten Kündigungen „in beiderseitigem Einvernehmen“ — häufig eine verschleierte Form der Erpressung durch den Unternehmer — zunehmen. Das gilt auch für die sogenannten „Abfindungskündigungen“;
- die Zahl der fristlosen Kündigungen zunimmt.

Selbst wenn der Betriebsrat zum Beispiel der fristlosen Kündigung widersprochen hat, wird der Arbeitslose in vielen Fällen mit einer Sperrfrist belegt. Der Beamte beim Arbeitsamt ist in der unglücklichen Lage, sich hier als Richter aufspielen zu müssen.⁷⁹

Daß schon bei der Anwendung dieser Bestimmung ein beträchtliches Maß an Willkür möglich ist — zumal bei der Abwägung der Kündigungsgründe der Begriff der „zumutbaren Arbeit“ eine Rolle spielt —, zeigt eine IAB-Untersuchung. Der Sperrzeitenanteil wegen § 119, Absatz 1, Nr. 1 streut zwischen den Arbeitsamtsbezirken der Bundesrepublik beträchtlich. Den niedrigsten Anteilssatz (bezogen auf die Arbeitslosenzugänge aus Erwerbstätigkeit) hat der Arbeitsamtsbezirk Traunstein mit 3,9 Prozent, den höchsten der Arbeitsamtsbezirk Helmstedt mit 17,5 Prozent.⁸⁰ In die Willkürrichtung verweist ein weiteres Ergebnis der Untersuchung, das besagt, „daß Arbeitsämter, die häufig Sperrzeiten wegen Arbeitsaufgabe verhängen, tendenziell auch häufig Sperrzeiten wegen Ablehnung einer zumutbaren Arbeit verhängen, ohne daß zwischen beiden Größen ein unmittelbar zwingender Zusammenhang zu bestehen braucht“.⁸¹

79 Nach einer von uns durchgeführten Umfrage unter südhessischen Arbeitsämtern sind die Vermittler angehalten, alle Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen und dabei auch die Unternehmensargumente gebührend zu berücksichtigen.

80 Werner Karr und Rudolf Leupoldt, Unterschiede im Leistungsbezug zwischen den Arbeitsamtsbezirken der Bundesrepublik Deutschland, in: MittAB, H. 1/1979, S. 19.

81 Ebenda, S. 22.

Besonders beunruhigend ist es, daß der Anteil der Sperrzeiten, die wegen Verweigerung einer „zumutbaren Arbeit“ verhängt werden, laufend ansteigt. Im Zeitraum 1974—1977 wurde insgesamt 200 000 mal von dieser Disziplinierungsmaßnahme Gebrauch gemacht. Dabei wurden die Zumutbarkeitskriterien laufend zuungunsten der Arbeiter und Angestellten verschärft: Erstmals mit dem Haushaltsstruktur-Gesetz vom Dezember 1975, nach dem Arbeitslose auch gezwungen werden können — falls sie nicht ihren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung verlieren wollen —, ihre Arbeitskraft unterhalb ihrer Qualifikation, auf größere Entfernung als bisher und zu schlechteren Bedingungen zu verkaufen. Die letzte Verschärfung brachte die ebenfalls von einem sozialdemokratischen Arbeitsminister vorgelegte 5. Novelle zum AFG, die Genugtuung in den Wirtschaftsredaktionen der bürgerlichen Zeitungen hervorlockte: „Der Zwang zum Wochenendpendeln zwischen Wohnort und Arbeitsplatz, zum Wechsel von einer Angestellten- zu einer Arbeitertätigkeit oder die Aufnahme von Schicht- und Nacharbeit wird nach dem 1. August nicht mehr grundsätzlich eine Arbeitsvermittlung verhindern. Erschwernisse dieser Art gelten künftig nur noch dann als unzumutbar für einen Arbeitslosen, wenn dessen persönliche und familiäre Verhältnisse mit solchen Vermittlungsbedingungen nicht zu vereinbaren sind.“⁸²

Wie die bereits zitierte IAB-Untersuchung gezeigt hat, werden solche Gummibestimmungen mit einem beträchtlichen Ermessensspielraum in jedem Arbeitsamtsbezirk anders ausgelegt. Im Durchschnitt aller 140 Arbeitsamtsbezirke der Bundesrepublik sowie Westberlins beträgt die Quote der Sperrzeiten wegen Ziffer 2—4 (bezogen auf den Gesamtzugang an Arbeitslosen aus Erwerbstätigkeit) 2,7 Prozent. Am niedrigsten liegt der Arbeitsamtsbezirk Ahlen mit 0,2 Prozent, am höchsten Waiblingen mit 5,8 Prozent.⁸³

Nachdem die Autoren der IAB-Untersuchung keine nennenswerten regionalspezifischen Faktoren als Ursache für die großen Streuungen ausmachen konnten, formulieren sie vorsichtig: „*Amtsspezifische Verhaltensweisen*, die zudem noch durch einen *Einfluß des übergeordneten Landesarbeitsamtes* überlagert werden, können zumindest nicht ausgeschlossen werden.“⁸⁴

Auf deutsch heißt das, daß hier zum Teil willkürlich gehandelt wird und die Bestimmungen unterschiedlich „scharf“ ausgelegt werden. Das Problem müßte von den Vertretern der Gewerkschaften in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter auf allen Ebenen, aber auch gegenüber der Bundesregierung angepackt werden. Zum einen, um der weiteren Entsolidarisierung zwischen dem aktiven und dem arbeitslosen Teil der Lohnabhängigen entgegenzuwirken, zum anderen im Hinblick auf die langfristigen Entwicklungstendenzen des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik. Angesichts der hohen Sockelarbeitslosigkeit, die sich bei der nächsten Krise ohne weiteres auf einen Bestand von 2 bis 3 Millionen Arbeitslosen aufstocken kann, ist nicht abzusehen, wie dann mit den arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen umgesprungen wird, wenn dieser Praxis nicht heute bereits Widerstand entgegengesetzt wird.

82 Süddeutsche Zeitung, 2-3-4. 6. 1979.

83 Karr und Leupoldt, Unterschiede, S. 20.

84 Ebenda, S. 22.

Beträgt das Arbeitslosengeld 68 Prozent des Nettolohnes?

Die im § 11 des AFG vorgetragene Aussage — „Das Arbeitslosengeld beträgt 68 vom Hundert des um die gesetzlichen Abzüge, die bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallen, verminderten Arbeitsentgelts“ — ist eine Behauptung, der bereits im Gesetz laufend widersprochen wird. Meistens liegt das Arbeitslosengeld unter dieser Marke. Die Fakten:

- Das Arbeitsentgelt wird stets nur bis zur Leistungsbemessungsgrenze berücksichtigt, die 1977 z. B. bei 3400 DM Bruttoeinkommen lag.
- Unabhängig davon, ob jemand in der Kirche ist oder nicht, wird bei der Bemessung des Arbeitslosengeldes auch die Kirchensteuer in Abzug gebracht (1977: 8 Prozent der Lohnsteuer). Das fällt besonders bei ungünstigen Steuerklassen ins Gewicht und benachteiligt alle, die ohnehin keine Kirchensteuer bezahlen.
- Arbeitsentgelt „ist das im Bemessungszeitraum in der Arbeitsstunde durchschnittlich erzielte Arbeitsentgelt, vervielfacht mit der Zahl der Arbeitsstunden, die sich als Durchschnitt der *tariflichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit* . . . im Bemessungszeitraum ergibt (§ 112 AFG, Absatz 2). Anders als beim Krankengeld werden Überstunden, falls sie vor der Arbeitslosigkeit noch geleistet wurden (was nicht selten der Fall ist), nicht berücksichtigt; lediglich der Überstundenzuschlag geht in das „durchschnittlich erzielte Arbeitsentgelt“ ein.
- „Bemessungszeitraum“ sind die letzten 20 Arbeitstage vor der Arbeitslosigkeit, was ins Gewicht fällt, wenn kurzfristig weder tarifvertraglich noch durch Betriebsvereinbarungen gesicherte „freiwillige“ Lohnzuschläge abgebaut wurden, was häufig vorkommt.
- Generell bleiben „einmalige Zuwendungen . . . außer Betracht“ (AFG, § 112, Absatz 2). Weihnachts- und Urlaubsgeld bleiben bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes also ebenso unberücksichtigt wie „freiwillige“ Bargeldzuwendungen der Unternehmen (Essensgeld, Zuschuß zu den Fahrtkosten usw.).

Abgesehen von diesen Einschränkungen muß berücksichtigt werden, daß Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nur mit Verzögerung auf die Veränderung des Lohn- und Gehaltsniveaus des aktiven Teils der Lohnabhängigen reagieren. Das für die Höhe des Arbeitslosengeldes maßgebende Arbeitsentgelt wird zwar um den Prozentsatz erhöht, „um den die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung zuletzt angehoben worden sind“, aber ein Arbeitsloser, der das Arbeitslosengeld für die zulässige Höchstdauer von einem Jahr ohne Unterbrechung bezieht, kommt „frühestens mit dem Beginn der anschließenden Zahlung von Arbeitslosenhilfe in den Genuß der angepaßten Leistung“.⁸⁵ Aus dieser Koppelungsbestimmung ergibt sich übrigens, daß gerade die Dauerarbeitslosen durch das 21. Rentenanpassungsgesetz, dessen 4-Prozent-Steigerungsbeträge deutlich unterhalb der Inflationsrate liegen werden, besonders benachteiligt sind.

Die vorgetragenen Einschränkungen gelten selbstverständlich auch für die angeblichen 58 Prozent des Nettolohnes, den die Arbeitslosenhilfe betragen soll.

85 Erich Weber und Walter Blitzer, *Arbeitsrechts- und Sozialfibel*, 13. Auflage, Köln 1976, S. 410.

Zu den durchschnittlichen Einkommensverlusten von Arbeitslosen

„Während beschäftigte Arbeiter und Angestellte im Durchschnitt ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von etwa 2400 DM angeben, beträgt das Haushaltseinkommen der Arbeitslosen nach ihrer Angabe im Durchschnitt etwa 1600 DM, das der wiederbeschäftigten Arbeitslosen etwa 2200 DM. Dementsprechend geben die Arbeitslosen eine *Verringerung des Haushaltseinkommens durch die Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 600 DM, an.*“⁸⁶ Diese Aussage, die sich auf die Einkommensverhältnisse 1976/77 bezieht, deckt sich in etwa mit den Ergebnissen der IAB-Untersuchung, die Einkommensverhältnisse im Zeitraum 1974/75 berücksichtigt. Der von den Befragten angegebene Einkommensverlust durch die Arbeitslosigkeit beträgt im Durchschnitt 520 DM pro Monat. Die Aufgliederung nach Nettoeinkommensklassen zeigt im übrigen, daß schon in der Einkommensklasse 800 bis unter 1000 DM netto die 68-Prozent-Grenze des Einkommens aus Erwerbstätigkeit unterschritten wird.⁸⁷

In der Größenordnung ähnliche Einkommensverluste stellt auch *Carola Möller* in ihrer Untersuchung fest: „Die individuellen Einkommensverluste durch Arbeitslosigkeit betragen bei den Männern durchschnittlich 510 DM im Monat (= 40 %), bei den Frauen, aufgrund des insgesamt um 25 % niedrigeren Einkommensniveaus, 350 DM je Monat.“⁸⁸

Insgesamt ergibt sich also, daß schon die durchschnittlichen Einkommensverluste beträchtlich sind. Die dargestellten Einkommensverluste reichen aus, daß große Teile der Arbeiter und Angestellten bereits beim Bezug von Arbeitslosengeld unter die Armutsschwelle, den Sozialhilfesatz, abrutschen.⁸⁹ So

- „— der weitaus größte Teil der Arbeitslosen mit Kindern,
- nahezu alle alleinstehenden Frauen mit Kindern,
- nahezu alle alleinverdienenden, verheirateten Arbeiter ohne Kinder,
- ein großer Teil der alleinverdienenden, verheirateten Angestellten ohne Kinder,
- ein großer Teil der alleinstehenden Frauen.“⁹⁰

Nach dieser Untersuchung des Sozialministeriums von Rheinland-Pfalz sind in der Regel nur zwei Gruppen von Arbeitslosen von einem Einkommen unterhalb der Armutsschwelle verschont: unverheiratete Männer ohne Kinder, kleine Familien mit zwei Erwerbstätigen.⁹¹

In der *Brinkmann*-Untersuchung finden sich auch Belege für die Einkommensverluste, die beim Wiedereintritt in die Erwerbstätigkeit von den Arbeitslosen hingenommen werden müssen. Wir hatten bereits gezeigt, daß die SPD-geführte Bundesregierung durch das Haushaltsstrukturgesetz und die 5. Novelle zum AFG einen bedeutenden Beitrag dazu geleistet hat, daß immer mehr Arbeitslose durch Druck dazu gezwungen werden können, schlechter bezahlte Arbeitsplätze anzunehmen.

86 Sörgel, Zusammenfassung, S. 5

87 Brinkmann, Belastungen, S. 403.

88 Möller, Finanzielle Auswirkungen, S. 13.

89 Ganz abgesehen davon, daß ein erheblicher Prozentsatz von Arbeitern und Angestellten vor allem im Handel bereits während der Erwerbstätigkeit Sozialhilfe beziehen müßte.

90 Ministerium für Gesundheit, Soziales und Sport von Rheinland-Pfalz, Abstieg und Armut, S. 51.

91 Ebenda.

Einkommensunterschied zwischen dem Arbeitsplatz vor der Arbeitslosigkeit und dem nach der Arbeitslosigkeit

Monatliches Nettoeinkommen vor der Arbeitslosigkeit	Veränderung in der neuen Erwerbstätigkeit in DM
unter 800 DM	+ 140 DM
800 bis unter 1000 DM	+ 60 DM
1000 bis unter 1200 DM	+ 20 DM
1200 bis unter 1400 DM	—100 DM
1400 bis unter 1600 DM	—190 DM
1600 bis unter 2000 DM	—320 DM
2000 DM und mehr	—490 DM
Zusammen	—100 DM

Quelle: Brinkmann, *Mobilität*, S. 216.

Vor allem bei den Einkommenszuwächsen in den unteren Lohngruppen ist zu berücksichtigen, daß mindestens eine, in vielen Fällen sogar zwei Lohnrunden zwischen der alten Erwerbstätigkeit vor der Arbeitslosigkeit und der Befragung lagen und daß 1975 eine Steuerentlastung für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen eintrat.

Einkommensverluste des latenten und flüssigen Teils der Reservearmee — Verlust durch Kurzarbeit

Die latenten Teile der Reservearmee haben entweder ihre Arbeitskraft noch nicht verkauft oder vor ihrem erzwungenen Abwandern in die Stille Reserve über längere oder kürzere Zeit Arbeitslosenunterstützung bezogen. Weil es sich dabei in vielen Fällen um verheiratete Frauen handelt, entfällt hier häufig die Arbeitslosenhilfe, wenn der Anspruch auf Arbeitslosengeld aufgebraucht ist.

Umschüler erhalten angeblich 80 Prozent ihres vorhergegangenen Nettolohnes. Hier gelten die gleichen Einschränkungen, wie wir sie für die fiktive 68-Prozent-Quote entwickelt haben. Häufig handelt es sich bei dieser Gruppe um Personen, die vor der Umschulungsmaßnahme schon längere Zeit arbeitslos waren und zur stockenden Form der Reservearmee zählten.

Längere Arbeitslosigkeit (meistens 1 Jahr) trifft auch für die Beschäftigten in „Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen“ zu. Sie erhalten zwar für ein halbes Jahr (häufig werden die Verträge aber auf 1 Jahr verlängert) vollen Lohn, der aber nicht selten niedriger als in der alten Erwerbstätigkeit ist. Bekanntlich werden diese Löhne aus den Arbeitslosenbeiträgen bis zu 90 Prozent an⁹² die öffentlichen und privaten Unternehmer erstattet. Häufig wird versucht, diese Gruppe von Beschäftigten durch raffiniert gelegte Eintritts- und Austrittstermine um Weihnachts- und Urlaubsgeld zu prellen.

Für das Kontinuum des flüssigen Teils der Reservearmee — von leichtflüssig bis zähflüssig — gilt: um so länger arbeitslos, um so größer die Einkommensverluste während der

⁹² Es gibt Fälle, in denen erst Leute entlassen wurden, andere später wieder mit den entsprechenden staatlichen Beihilfen eingestellt wurden.

Arbeitslosigkeit, um so größer die negative Einkommensdifferenz zwischen alter und neuer Erwerbstätigkeit.

Wir hatten bereits gezeigt, daß auch der flüssige Teil der Reservearmee mit seinem Arbeitsloseneinkommen unter die Sozialhilfeschwelle gedrängt werden kann. Allerdings wissen die meisten Arbeitslosen nicht, daß sie Ansprüche auf Sozialhilfe haben. *Eine von uns durchgeführte Blitzumfrage unter Arbeitsämtern in Südhessen ergab, daß in keinem Fall die Arbeitslosen darauf hingewiesen werden, daß, wie und wo sie ihre Rechtsansprüche geltend machen können.* Das widerspricht eindeutig dem Geist und Buchstaben des Bundessozialhilfegesetzes. Aus den Berechnungsunterlagen des Arbeitsamtes geht in aller Regel hervor, ob jemand noch zusätzlichen Anspruch auf Sozialhilfe hat. Hier ergibt sich u. E. ein wichtiger Ansatzpunkt gewerkschaftlicher Interessenvertretung zur Sicherung der elementarsten Existenzbedingungen der von Krise und Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Teile der Klasse.⁹³

Wir haben gezeigt, daß die *Kurzarbeiter* einen wesentlichen Teil der (leicht-)flüssigen Form der Reservearmee ausmachen. Bei ihren Einkommensverlusten ist zu berücksichtigen, daß vor dem Eintritt der Kurzarbeit in aller Regel durch den Abbau von Überstunden, unabgesicherten Lohnzulagen usw. bereits die Effektivverdienste gesunken sind. Arbeitsausfall und die Dauer der Kurzarbeit sind über die Jahre hinweg recht unterschiedlich (vgl. Tabelle 18) und damit auch das Ausmaß der finanziellen Belastungen. Im Januar 1979 fiel bei 15,6 Prozent der Kurzarbeiter mehr als 50 Prozent der Arbeitszeit aus, und 15,6 Prozent arbeiteten schon mehr als 6 Monate kurz. Die Übereinstimmung der beiden Prozentzahlen ist zufällig, verweist aber darauf, daß lange Dauer der Kurzarbeit und großer Ausfall von Arbeitsstunden häufig zusammentreffen dürften.

In einer IAB-Untersuchung wurden für das Jahr 1977 die finanziellen Wirkungen und Kosten der Kurzarbeit untersucht. Für die 231 000 Kurzarbeiter dieses Jahres (bei 555 000 Fällen von Kurzarbeit) ergab sich dabei folgendes zusammengefaßtes Ergebnis: „Die Arbeitnehmer haben während der Ausfallzeit einen Einkommensausfall, da ihnen durch das Kurzarbeitergeld nur 68 % des potentiellen Nettolohnes (ohne Berücksichtigung von Überstunden) ersetzt werden. Dieser Prozentsatz erhöht sich jedoch durch Steuerersparnisse und je nach dem Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung auf bis zu 99 %. Der insgesamt entstandene Einkommensausfall beziffert sich für 1977 auf 130 Mio. DM.“⁹⁴

Abgesehen davon, daß die Steuerersparnis zum Teil erst im Lohnsteuerjahresausgleich geltend gemacht werden kann, sind auch die errechneten 130 Millionen DM noch eine beträchtliche Belastung. Teilt man diese Summe durch die 231 000 Kurzarbeiter des Jahres 1977, dann ergibt sich ein Einkommensausfall von durchschnittlich 563 DM. Für viele Kurzarbeiter dürfte damit zumindest die Urlaubsreise — falls sie überhaupt möglich war — ausfallen.

93 Das häufig zu hörende „Gegenargument“, daß dann die kommunalen Haushalte noch stärker belastet würden, ist haltlos. Es gilt dann eben den Kampf für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen entschiedener zu führen, als das bisher geschehen ist.

94 Hans Rolf Flechsenhar, Kurzarbeit — Kosten und Finanzierung, in: MittAB, H. 4/1978, S. 443.

Einkommen des stockenden Teils der Reservearmee — Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

„Wesentlich in der Entwicklung der Lebenslage der Lohnabhängigen ist auf der einen Seite das weitgehende Verschwinden der absoluten Armut.“⁹⁵ Die Fakten stimmen zumindest seit der jüngsten Krise nicht mit dieser Aussage überein. Dabei ist selbstverständlich, daß „absolute Armut“ am Ende der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts anders zu definieren ist als für die schlesischen Weber Anfang der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts.

Daß im Gefolge der jüngsten Krise auch die absolute Verarmung zugenommen hat, belegt zum einen das Ansteigen des stockenden Teils der Reservearmee, der nach unseren Schätzungen von 160 000 (1973) auf 400 000 Personen 1977 angestiegen ist. Das geht außerdem daraus hervor, daß die Zahl der Haushaltsvorstände unter 60 Jahren, die im Rahmen der Sozialhilfe *laufende Hilfe zum Lebensunterhalt* empfangen, von 195 000 im Jahre 1970 über 241 000 (1973) auf 466 000 im Jahre 1977 angestiegen ist (vgl. Tabelle 19 im Anhang). Die empfangenen Durchschnittsbeträge zeigen freilich, daß viele dieser Haushaltsvorstände nur zeitweilig Sozialhilfe bezogen haben. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, daß viele potentielle Sozialhilfeempfänger diese aus Unkenntnis und Scham nicht in Anspruch nehmen.⁹⁶ Nach der Studie des Rheinland-Pfälzischen Sozialministeriums ergibt sich, daß Empfänger von Arbeitslosenhilfe — meistens handelt es sich dabei um Angehörige des stockenden Teils der Reservearmee — fast immer unter den Regelsätzen der Sozialhilfe liegen. Zusammenfassend ergibt sich: „Die Zahl der Haushalte (allein von Arbeitslosen, d. Verf.) mit einem verfügbaren Einkommen unter der Sozialhilfeschwelle dürfte etwa bei 500 000 liegen. Die zahlreichen Unsicherheitsfaktoren lassen es allerdings geraten erscheinen, sich nicht auf eine feste Zahl festzulegen. Man kann aber nach den oben gewonnenen Erkenntnissen mit großer Sicherheit davon ausgehen, daß zwischen 300 000 bis 700 000 Haushalte ein verfügbares Einkommen unterhalb der Armutsgrenze haben. Die Zahl der betroffenen Personen dürfte fast dreimal so hoch sein.“⁹⁷ Rund 900 000 bis 2,1 Millionen Personen sind also zumindest zeitweilig in die Lazaruschicht der Arbeiterklasse abgesunken. Daß es sich bei der Sozialhilfe tatsächlich um eine absolute Armutsschwelle handelt, zeigen die Höhe der sogenannten Regelsätze und die Ausgestaltung des Warenkorbes, der ihnen zugrunde liegt.

Dem Anspruch nach ist es die Aufgabe der Sozialhilfe, „dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht“ (§ 1, Absatz 2 BSGH). Angesichts der geltenden Regelsätze⁹⁸ und der teilweise von den Ämtern geübten Praxis ist das blanker Hohn.

Die Regelsätze für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt betragen z. B. in Hessen zur Zeit (letztmalig erfolgte eine Anhebung im September 1978 um ganze 1,7 Prozent):

— Haushaltsvorstand oder Alleinstehende

297,—

95 Sebastian Herkomer u. a., *Gesellschaftsbewußtsein und Gewerkschaften, Arbeitsbedingungen, Lebensverhältnisse, Bewußtseinsänderungen und gewerkschaftliche Strategie von 1945 bis 1979*, S. 63. Ansonsten ist die kurze und knappe Zusammenfassung über viele Momente der Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse sehr informativ.

96 Bei einer INFAS-Untersuchung in Dortmund ergab sich, daß nur rund 20 Prozent der Haushalte, die Anspruch auf Sozialhilfe hatten, diese auch in Anspruch nahmen. Vgl. Geisler, „Neue Soziale Frage“, S. 36.

97 Ministerium für Gesundheit, Soziales und Sport usw., *Abstieg und Armut*, S. 51.

98 Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind gering.

— Haushaltsangehörige im Alter von 21 und mehr Jahren	238,—
— Haushaltsangehörige im Alter von 15—20 Jahren	267,—
— Haushaltsangehörige im Alter von 11—14 Jahren	223,—
— Haushaltsangehörige im Alter von 7—10 Jahren	193,—
— Haushaltsangehörige unter 7 Jahren	134,—

Dazu kommen die Mietausgaben in tatsächlicher Höhe (einschließlich Umlagen, abzüglich Wohngeld).

Diese Regelsätze sollen für die laufenden Ausgaben des Haushalts ausreichen. Anschaffungen von Hausrat, Kleidung, Schuhen usw. müssen jeweils einzeln beantragt werden, wobei sich unter dem Druck der kommunalen Finanzmisere — Sozialhilfe muß fast ausschließlich von der kommunalen Ebene aufgebracht werden — die Praxis eingebürgert hat, die Sozialhilfeempfänger selbst um ihnen gesetzlich zustehende Leistungen zu prellen.⁹⁹

Wozu diese Regelsätze ausreichen, zeigt der Warenkorb, der letztmalig 1970 verändert wurde und den der „Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge“ aufgestellt hat:

An Grundnahrungsmitteln stehen dem Erwachsenen täglich vier Scheiben Graubrot, 14 g Nudeln oder Reis und zwei Kartoffeln zur Verfügung. Wenn er, wie vorgesehen, jeweils zur Hälfte Butter und Margarine verwendet, stehen ihm pro Woche wechselweise 25 g (1 kleiner Becher) zu. Als Brotaufgabe kann er täglich zwei bis drei Scheiben Wurst und eine Scheibe Schnittkäse verwenden. Für jeden zweiten Tag sieht der Speiseplan ein Ei vor. Der Gebrauch von Marmelade kommt nur in geringem Umfang in Frage, da ein Glas (450 g) rund drei Monate ausreichen muß. Bei den „Hauptmahlzeiten“ muß sich der Sozialhilfeempfänger noch stärker einschränken. Nur an zwei Tagen der Woche reicht es zu einem Fleisch- oder Fischgericht. Immerhin kann er täglich ein kleines Döschen Gemüse (150 g) oder eine entsprechende Menge Salat verbrauchen. Schließlich soll ihm der Regelsatz jeden zweiten Tag den Verzehr einer Apfelsine oder einer anderen Südfrucht und jeden dritten Tag den eines Apfels gestatten. An Getränken muß sich der Hilfeempfänger täglich etwa mit zwei Tassen Kaffee und einem Glas Milch begnügen. Die Einrechnung von Süßigkeiten besitzt fast nur symbolischen Wert. Demnach kann eine erwachsene Person etwa alle zwei Wochen einen kleinen Becher Joghurt und alle vier Wochen eine Tafel Schokolade einplanen. Um diese Speisen zuzubereiten, wird tatsächlich nur wenig elektrische Energie benötigt. Es erscheint jedoch zweifelhaft, ob die angesetzte Menge (526 Watt täglich) überhaupt reicht, um die dafür erforderliche Kochfeuerung zu erhalten. Der Betrieb anderer lebensnotwendiger Elektrogeräte (Kühlschrank, Radio, Glühlampen) überschreitet diesen Betrag in jedem Fall.

Selbst dieser kümmerliche Warenkorb ist nach den Berechnungen und Erhebungen der „Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen“ selbst bei billigstem Einkauf in Supermärkten und Kaufhäusern nicht für den Regelsatz von 297 DM zu bekommen. Notwendig wären dafür 358,89 DM.¹⁰⁰ Insofern kann kein Zweifel bestehen: Wer zum Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt verdammt ist, ist *absolut arm*.

⁹⁹ Eine gute Grundlage, solchen Praktiken entgegenzuwirken, ist der „Leitfaden der Sozialhilfe“, Frankfurt 1978, herausgegeben von der Sozialhilfegruppe TUWAS, C/o Fachhochschule, FB Sozialarbeit, Limescorso 5, 6000 Frankfurt.

¹⁰⁰ Vgl. Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen, Brennpunkt-Zeitung, Nr. 2/78 vom 23. 9. 1978.

Arbeitslos und mit 60 Jahren verrentet

Bei diesem Teil der stockenden Form der Reservearmee muß zunächst berücksichtigt werden, daß der Verrentung in der Regel längerdauernde Arbeitslosigkeit und der Bezug von Arbeitslosengeld und -hilfe (u. U. auch Sozialhilfe) vorausgegangen sind. Ehemals vorhandene Ersparnisse sind in vielen Fällen aufgebraucht.

Aus den Daten der Tabelle 14 geht hervor, daß inzwischen Jahr für Jahr zwischen 20 000—30 000 Arbeitslose auf diese Weise abgeschoben werden. Die Bestandszahlen dieser Art von Rentenbeziehern haben sich entsprechend „stürmisch“ entwickelt: 1970 gab es 130 000, 1977 bereits 222 000 Personen.¹⁰¹

Neben den Einkommensverlusten infolge der Arbeitslosigkeit ist zu berücksichtigen, was die vorzeitige Verrentung an Verlusten bei der Rente bringt. Dazu eine Modellrechnung. Die Formel für die Berechnung der Rente berücksichtigt¹⁰²:

- Die *allgemeine Bemessungsgrundlage* (aB) des Jahres, in dem der Versicherungsfall eingetreten ist;
- den Prozentsatz, den der Versicherte im Durchschnitt seiner Versicherungsjahre mit seinem Bruttoarbeitsentgelt im Verhältnis zum Durchschnittsentgelt aller Versicherten erzielt hat. Das ist die *persönliche Bemessungsgrundlage* (P);
- Die *Versicherungsdauer* (Vd);
- Den *Steigerungssatz* je Versicherungsjahr (St).

Die Formel für die Jahresrente lautet: $(P \times aB) \times (Vd \times St)$. Danach ergibt sich zum Beispiel für einen Arbeiter, der im Durchschnitt seiner 40 Versicherungsjahre 120 Prozent der allgemeinen Berechnungsgrundlage verdient hat, beim Stand der allgemeinen Bemessungsgrundlage von 18 337 DM und dem gültigen Steigerungssatz von 1,5 Prozent eine *Jahresrente in Höhe von 13 202,64 DM*.¹⁰³ Nimmt man an, daß diese 40 Versicherungsjahre einem Rentenalter von 63 Jahren entsprochen haben, dann bekäme der gleiche Mann bei einer Verrentung mit 60 Jahren (also nach nur 37 Versicherungsjahren) lediglich eine *Jahresrente in Höhe von 12 212,44 DM*.¹⁰⁴ Der jährliche Rentenverlust beträgt also 990,20 DM. Hätten sich die 40 Versicherungsjahre auf das Rentenalter 65 Jahre bezogen, dann würde die Jahresrente (nach 35 Versicherungsjahren) sogar nur 11 552,31 DM, der jährliche Rentenverlust also 1 650,33 DM betragen.

Die Verluste sind also im Einzelfall nicht unbeträchtlich, diese Form der Bereinigung der Arbeitslosenstatistiken und ihre Anwendung in Sozialplänen nicht unproblematisch.

101 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1978, S. 113.

102 Alle Angaben und das grundlegende Berechnungsbeispiel nach Erich Weber und Walter Blitzer, Arbeitsrechts- und Sozialfibel, 13. Auflage, Köln 1976, S. 553 f.

103 $\left(\frac{120}{100} \times 18\,337\right) \times \left(40 \times \frac{1,5}{100}\right) = 13\,202,64 \text{ DM}$.

104 Nach Auskunft der Landesversicherungsanstalt bleibt der Steigerungssatz mit 1,5 Prozent unverändert. Allerdings dürfte die Arbeitslosigkeit auch zu einer Senkung der Persönlichen Bemessungsgrundlage geführt haben, was in unserer Überschlagsrechnung nicht berücksichtigt wurde.

3. Auswirkungen der finanziellen Belastungen — Einschränkungen der individuellen Konsumtion

Die Zahl der zu diesem Problem vorliegenden Untersuchungen ist gering. Auch hier liefert die bereits häufig zitierte Repräsentativbefragung von *Brinkmann* wichtiges Material. Nach dieser Untersuchung gaben lediglich 18,2 Prozent aller befragten Arbeitslosen, die älter als 20 Jahre waren, an, daß sie im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit kaum finanzielle Belastungen verspürt hätten. Dagegen antworteten Prozent der Befragten, sie hätten¹⁰⁵:

Persönliche Ausgaben eingeschränkt	73,4
Anschaffungen zurückgestellt	53,0
Ersparnisse ganz oder teilweise verbraucht	43,6
Schulden gemacht, Kredite aufgenommen	14,8
Schwierigkeiten mit Ratenzahlungen gehabt	14,0
Schwierigkeiten mit Sparverträgen gehabt	13,1
Schwierigkeiten mit Versicherungszahlungen	11,0
Mit der Miete in Verzug gekommen	9,1
Sonstige finanzielle Probleme	7,9
Zusammen (Mehrfachnennungen)	239,9

Bereits diese Durchschnittszahlen zeigen, daß die materiellen Einbußen in der Regel so groß sind, daß sie in drei Viertel aller Fälle zu spürbaren Einschränkungen der Konsumtion zwingen. Die Tatsache, daß fast 44 Prozent angaben, Ersparnisse ganz oder teilweise verbraucht zu haben (die Spanne reicht hier von 14,4 Prozent bei Frauen, die an erneuter Arbeitsaufnahme nicht interessiert sind, bis zu 57 Prozent bei Angestellten in gehobener/leitender Stellung) —, verweist darauf, daß sich in vielen Fällen die „Manövrierfähigkeit“ der Haushalte bei zukünftiger erneuter Arbeitslosigkeit wesentlich verringert hat. Aus der Untersuchung von *Carola Möller* geht ohnehin hervor, daß 17 Prozent aller Arbeitslosenhaushalte überhaupt keinen Sparfonds haben.¹⁰⁶ Besonderes Augenmerk verdienen die Fälle, in denen kontinuierlich anstehende Ausgaben nicht mehr geleistet werden können. Wer mit der Miete in Verzug kommt, dem droht häufig eine Räumungsklage und der Abstieg in die Obdachlosigkeit. Die Zahl dieser Fälle ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen.¹⁰⁷

Pro befragten Arbeitslosen trafen im Durchschnitt 2,4 Fälle der benannten 9 Indikatoren finanzieller Belastung zu. Auch bei diesem Merkmal ist die Streuung zwischen verschiedenen Gruppen von Arbeitslosen hoch, wie die folgende Übersicht zeigt. Sie reicht von 1,8 bei den Frauen, die nach der Arbeitslosigkeit ins Haushaltsdasein wechseln mußten, bis zu 3,3 bei den Männern, die 18 Monate und mehr arbeitslos waren.

In der Zusammenstellung tritt das unterschiedliche Ausmaß der finanziellen Betroffenheit verschiedener Formen der industriellen Reservearmee deutlich hervor. Sichtbar wird

¹⁰⁵ *Brinkmann*, Belastungen, S. 400.

¹⁰⁶ *Möller*, Finanzielle Auswirkungen, S. 61.

¹⁰⁷ So gab es z. B. allein in Offenbach 1975 78 Fälle von Zwangsräumungen, 1978 bereits 143 und für 1979 wird mit 160 gerechnet (vgl. FAZ, 31. 7. 1979).

u. a., daß für große Teile der stockenden Form der Reservearmee der Übergang zur Lazarschicht der Arbeiterklasse vorgezeichnet ist. Rund ein Fünftel ist mit den Mietzahlungen in Verzug geraten. Gerade diese Gruppe muß aber bei neuer Erwerbstätigkeit überdurchschnittlich häufig Einkommenseinbußen hinnehmen und ist ständig in Gefahr, erneut arbeitslos zu werden.¹⁰⁸

Ausgewählte Merkmale finanzieller Belastungen für einzelne Gruppen verschiedener Formen der industriellen Reservearmee

Gruppen/Formen der industriellen Reservearmee	Anteil an allen Arbeitslosen in % ^{a)}	durchschnittliche Zahl der Belast. ^{b)}	In Schwierigkeiten geraten mit ^{c)} Ratenzah. %	Mieten %	kaum Schwierigkeiten ^{d)}
<i>„Latent“</i>					
Abgang aus der Arbeitslosigkeit in					
„Umschulung“	4,0	2,6	10	10	21
ins Hausfrauendasein	11,9	1,8	8	3	30
<i>„Leichtflüssig“</i>					
Dauer der Arbeitslosigkeit bis zum Ausscheiden (Männer und Frauen)					
bis unter 1 Monat ^{e)}	2,6	1,9	12	3	30
1 bis unter 3 Monate ^{e)}	9,4	2,1	12	8	25
bis unter 3 Monate (nur Männer)... ^{f)}	6,2	2,2	14	9	22
<i>Flüssig-Zähflüssig</i>					
Durchschnitt aller Arbeitslosen	100	2,4	14	9	18
<i>„Stockend“</i>					
erneut arbeitslos 12—18 Monate arbeitslos ^{f)}	7,5	3,0	24	20	10
18 und mehr Monate arbeitslos ^{f)}	10,4	3,1	23	17	9
18 und mehr Monate arbeitslos ^{f)}	8,1	3,3	28	22	11

a) Alle Arbeitslosen, die an der Befragung teilnahmen, b) von 9 Belastungsarten, c) Prozentanteil an allen Arbeitslosen der entsprechenden Gruppe, d) „kaum finanzielle Schwierigkeiten“. Prozentanteil an allen Arbeitslosen der entsprechenden Gruppe, e) alle befragten Arbeitslosen, unabhängig vom Geschlecht und der Art ihrer Tätigkeit bzw. Nichttätigkeit zum Zeitpunkt der Befragung, f) nur Männer, die zum Zeitpunkt der Befragung entweder erwerbstätig oder arbeitslos waren.

Quelle: Zusammengestellt nach Brinkmann, Belastungen, S. 400 (teilweise eigene Berechnungen).

108 Die Stationen einer solchen Abstiegs spirale sind sehr plastisch dargestellt, in: Arbeitsgruppe der IMSF, Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation, Informationsbericht Nr. 31, S. 151 ff.

Die Daten zeigen aber auch, daß finanzielle Schwierigkeiten und Anzeichen von Armut nicht nur in der Gruppe der stockenden Form der Reservearmee zu finden sind. Wie die Untersuchung von *Carola Möller* zeigt, spielt dabei vor allem die Haushaltsgröße eine Rolle. Haushalte mit vielen Kindern — häufig kann dann die Frau keine Arbeit aufnehmen — sinken auch bei kurzer Dauer der Arbeitslosigkeit in vielen Fällen unter die „Armutsgrenze“. Die umfassendste Untersuchung zum Problem — die Ergebnisse stimmen zum Teil mit der *Brinkmann*-Untersuchung recht gut überein — hat *Carola Möller* vom „Institut zur Erforschung sozialer Chancen“ in Köln vorgelegt.¹⁰⁹ Auf die an Arbeitslose gerichtete Frage: „In jedem Haushalt gibt es andere Möglichkeiten zu sparen oder das Haushaltseinkommen aufzubessern. Ich lese Ihnen hier einige Möglichkeiten vor und bitte Sie, mir anzugeben, ob Sie davon jetzt in der Arbeitslosigkeit Gebrauch machen, oder ob das für Sie nicht zutrifft“ antworteten in Prozent¹¹⁰:

— preisbewußter einkaufen, weniger teure Lebensmittel einkaufen	75
— geplante Anschaffungen zurückstellen	67
— weniger Kleidung kaufen	62
— Dinge wieder selbst machen (nähen, Reparaturen)	58
— auf Urlaubsreise verzichten	53
— weniger ausgehen, weniger Ausflüge am Wochenende	51
— entsparen	33
— Nebentätigkeit außer Haus aufnehmen	23
— Kredit aufnehmen	18
— Auto verkaufen	13
— Heimarbeit übernommen	12
— andere aus dem Haushalt arbeiten jetzt mehr	11
— andere aus dem Haushalt haben Arbeit aufgenommen	10
— Wohnung gewechselt	3
<hr/> Zusammen (Mehrfachnennungen)	<hr/> 489

Zu den Mehrfachnennungen, die vor allem unter den Sparmaßnahmen auftreten, wird ergänzend bemerkt: „Wer geplante Anschaffungen zurückstellt, der spart auch beim Einkauf von Lebensmitteln und Kleidern, der repariert im Haushalt mehr als früher etc. Arbeitslos gewordene Frauen sparen gezielter beim Kleiderkauf, arbeitslose Männer verzichten häufiger auf das gewohnte Ausgehen. Dies sind die einzigen geschlechtsspezifischen Abweichungen in den finanziellen Reaktionen der Haushalte.“¹¹¹

Die Angaben der Zusammenstellung relativieren sich, wenn berücksichtigt wird, welche Haushalte überhaupt in der Lage sind, bestimmte Vorhaben zu realisieren. Von den befragten Arbeitslosenhaushalten verfügen 17 Prozent über keine Ersparnisse und 36 Prozent haben kein Auto. Von denen, die überhaupt auf Erspartes zurückgreifen konnten, mußten dies 40 Prozent aller Arbeitslosenhaushalte tun. Jeder 5. Haushalt mit einem Pkw mußte diesen verkaufen.¹¹²

109 Man kann nur hoffen, daß diese wichtige Untersuchung bald veröffentlicht wird.

110 Möller, *Finanzielle Auswirkungen*, S. 59 f.

111 Ebenda, S. 60.

112 Ebenda, S. 61.

In Tabelle 20 im Anhang sind die Nutzung von Einsparungsmöglichkeiten und neuen Einnahmequellen in Abhängigkeit von der Dauer der Arbeitslosigkeit dargestellt. Die Aussagen dieser Zusammenstellung entsprechen der Erwartung: Je länger die Arbeitslosigkeit, desto umfassender die Einsparungen und die Nutzung zusätzlicher Einnahmequellen. Schwellenwert mit sprunghaft steigenden Prozentsätzen ist der Punkt, an dem die Arbeitslosigkeit bereits ein Jahr andauert. Immerhin wechseln dann 7 Prozent aller Arbeitslosenhaushalte die Wohnung, nach 2 Jahren Arbeitslosigkeit sogar 10 Prozent.

Das hängt u. a. damit zusammen, daß spätestens nach etwa einem Jahr der Übergang vom Arbeitslosengeld zur Arbeitslosenhilfe stattfindet. Wie wir gezeigt hatten, bedeutet das fast immer, daß die Arbeitslosen unter das Niveau der Sozialhilfe absinken. Wie tiefgreifend der Eingriff der Arbeitslosigkeit ist, zeigt sich auch daran, daß in vielen Fällen Lebenspläne geändert werden müssen. Jedenfalls geben das 23 Prozent aller Arbeitslosen an.¹¹³ An erster Stelle stehen dabei Pläne, die mit Geldausgaben verbunden sind (z. B. Aufschieben oder Streichen von Bauplänen), an zweiter Stelle Pläne im Hinblick auf die Berufsperspektive, an dritter Stelle Pläne, die die zwischenmenschlichen Beziehungen (Verschiebung von Heiraten, Verzicht auf Kinder usw.) betreffen (vgl. Tabelle 21 im Anhang).

4. Schlußbemerkung

Wir hatten gezeigt, daß für *den beschäftigten Teil der Lohnabhängigen* die realen Arbeitseinkommen in den siebziger Jahren zeitweilig stagnierten, teilweise zurückgingen. Zu einer gewissen Verbesserung kam es erst in der Aufschwungsphase nach der letzten Krise ab 1976.

Anders als in der Krise 1966/67 gingen in der letzten Krise die Ausgaben für die Konsumtion — soweit das spärliche Datenmaterial zu diesem Sachverhalt eine verlässliche Aussage erlaubt — nicht zurück.

Neben dieser beschäftigten Gruppe von Lohnabhängigen stehen jene, *die dauernd oder zeitweilig den verschiedenen Formen der industriellen Reservearmee* zugehören. Ihr Umfang hat sich zwischen 1973 und 1978 verdoppelt. Darunter befindet sich ein wachsender Anteil in ihrer stockenden Form mit erheblichen Einbußen an Einkommen und Möglichkeiten der individuellen Konsumtion. Es gibt Anzeichen dafür, daß die darunter gelagerte Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die offizielle Armut ebenso zugenommen haben, wie das Lumpenproletariat (der Begriff wird hier als soziale Gruppenbezeichnung und nicht als Schimpfwort benutzt) in seinen verschiedenen Formen vom organisierten Verbrechen, über Prostitution und Zuhälterei, bis zu denen, die durch Alkoholismus und Rauschgiftsucht keiner geregelter Arbeit mehr nachgehen können.

Es bedarf weitergehender Untersuchungen, um die Struktur und den Umfang dieses Sozialgefüges zu erhellen. Dabei drängt sich die Frage auf, ob bei uns bereits eine ähnliche Entwicklung wie in den USA eingesetzt hat, wo dem erwerbstätigen Teil der Bevölkerung ständig wachsende Gruppen gegenüberstehen, die aus dem „normalen“ kapitalistischen Reproduktionskreislauf ausgeschlossen sind.

113 Ebenda, S. 87.

Statistischer Anhang

Tabelle 1: Langlebige Gebrauchsgüter, die 1978 in mehr als 50 Prozent aller Arbeiterhaushalte vorhanden waren nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes

	Von den Haushalten waren... % ausgestattet mit:					
	Landwirt	Selbständiger	Beamter	Angestellter	Arbeiter	Nicht- werbs- rätiger
Fabrikneues Auto	45,5	61,0	57,7	50,1	42,0	19,3
Gebrauchtwagen	43,3	25,5	34,4	31,5	35,2	12,8
Autos zusammen	88,8	86,5	91,9	81,6	77,2	32,1
Telefon	69,8	93,0	82,9	81,7	58,3	64,2
Fernsehgerät	92,9	94,0	95,3	94,8	96,0	90,3
davon Farbfernseher	38,6	64,7	53,4	53,7	52,9	44,1
Rundfunkgerät	84,7	73,8	76,5	73,0	74,2	77,4
Fotoapparat	72,9	90,8	91,1	91,7	87,9	52,7
Kühlschrank	89,9	86,3	83,5	82,5	84,8	83,7
Gefriertruhe	88,2	58,2	54,5	47,8	56,1	28,8
Elek. Nähmaschine	45,4	54,6	61,9	57,9	54,3	31,9
Waschautomat	82,3	83,6	80,6	76,4	79,0	55,7
Staubsauger	88,2	97,6	97,3	97,3	96,3	91,2

Tabelle 2: Zahl der Haushalte und Haushaltsmitglieder sowie das durchschnittliche verfügbare Jahreseinkommen von Selbständigen-, Arbeitnehmern^{a)} und Nichterwerbstätigenhaushalten 1962 und 1972

	1962	1972	1962/72 in %
<i>Selbständige</i>			
Zahl der Haushalte in 1000	2 400	1 950	-18,8
Haushaltsmitglieder in 1000	9 300	7 470	-19,7
Verfügbares Einkommen ^{b)} in Mill. DM	59 270	118 310	99,6
Pro Haushalt in DM	24 996	60 672	145,7
Pro Haushaltsmitglied in DM	6 373	15 838	148,5
<i>Arbeitnehmer^{a)}</i>			
Zahl der Haushalte in 1000	11 070	12 440	12,4
Haushaltsmitglieder in 1000	33 920	39 000	15,0
Verfügbares Einkommen ^{b)} in Mill. DM	124 810	283 360	127,0
Pro Haushalt in DM	11 275	22 778	102,0
Pro Haushaltsmitglied in DM	3 680	7 266	97,4
<i>Nichterwerbstätige</i>			
Zahl der Haushalte in 1000	6 010	7 610	26,6
Haushaltsmitglieder in 1000	11 837	13 693	15,7
Verfügbares Einkommen ^{b)} in Mill. DM	39 670	102 830	159,2
Pro Haushalt in DM	6 601	13 512	104,7
Pro Haushaltsmitglied in DM	3 351	7 510	124,1

a) Gemeint sind Arbeiter, Angestellte und Beamte. b) Das „verfügbare Einkommen“ ergibt sich aus dem Gesamt-Brutto-Einkommen abzüglich laufenden Übertragungen“ (Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Gewerkschaftsbeiträge usw.) und Zinsen auf Konsumentenschulden.

Quelle: Zus. und ber. nach Richter und Hartmann, Verteilung und Verwendung der Einkommen nach Haushaltsgruppen in: WiSta, H. 6/1977, S. 421 f.

Tabelle 3: Monatliches Netto-Durchschnittseinkommen von Haushalten verschiedener sozialstatistischer Gruppen 1955, 1970 und 1974 (in DM)

	Selbständige	Angestellte ^{a)}	Arbeiter	Rentner ^{b)}
1955	939	690	550	337
1970	3267	1842	1519	911
1974	5150	2461	2077	1362
1977	6539	2894	2505	1628
Veränderung				
1955/77 in DM	5600	2204	1955	1291
in %	596	319	355	383

a) Einschl. Beamte b) Einschl. Nichterwerbstätiger, die vom Vermögen usw. leben.

Quelle: Göseke und Bedau, Einkommens- und Verbrauchsschichtung, S. 74 ff.; Zahlen für 1977 nach: Verbrauch und Ersparnis sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1977, DIW-Wochenbericht 11/79, S. 1227.

Tabelle 4: Einkommensschichtung der Haushalte ausgewählter sozialer Gruppen 1977

Monatl. Haushaltseinkommen in DM	Selbständige		Angestellte ^{a)}		Arbeiter	
	1000	%	1000	%	1000	%
unter 1500	4	0,2	897	14,4	1196	19,0
1500—2000	30	1,5	1125	18,1	1430	22,7
2000—2500	70	3,4	1077	17,3	1201	19,1
2500—3000	119	5,8	898	14,4	891	14,1
3000—4000	364	17,6	1109	17,8	894	14,2
4000—6000	685	33,2	778	12,5	624	9,9
6000—10 000	606	29,3	311	5,0	63	1,0
10 000 und mehr	187	9,1	20	0,3	1	0,0
Insgesamt	2065	100	6215	100	6300	100
Durchschnittseinkommen DM	6539		2894		2505	

a) Einschließlich Beamte

Tabelle 5: Verbrauch und Ersparnis verschiedener Haushaltstypen pro Monat 1977

		Nahrung		Genußm.		Bekleid. Schuhe		Mieten		Energie		Üb. Haus- haltsf.		Verkehr, Nachr.		Gesundh. ^{a)} Unterhalt.		Pers. A. ^{b)} Sonstiges		Ersparnis	
		DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
Angest. ^{c)}	1250—1500	292	21,0	108	7,8	127	9,1	200	14,3	83	5,9	140	10,1	138	9,9	114	8,2	79	5,7	111	8,0
Arbeiter	1250—1500	334	24,1	137	9,9	120	8,7	193	13,9	80	5,7	133	9,6	128	9,3	107	7,7	60	4,4	94	6,8
Angest. ^{c)}	2500—2570	458	17,5	177	6,7	250	9,5	311	11,9	116	4,4	276	10,5	342	13,0	265	10,1	168	6,4	260	9,9
Arbeiter	2500—2750	561	21,4	222	8,5	242	9,3	289	11,0	108	4,1	258	9,9	323	12,3	248	9,5	140	5,3	228	8,7
Selbständ.	6000—7000	877	13,6	347	5,4	516	8,0	490	7,6	148	2,3	717	11,1	1050	16,3	803	12,5	446	6,9	1042	16,2
Selbständ.	m. a. 10 000	1605	7,8	730	3,6	1224	6,0	1172	5,7	229	1,1	2418	11,8	3989	19,5	2881	14,1	1655	8,1	4547	22,2

a) Körper- und Gesundheitspflege, Bildung und Unterhaltung; b) Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen von Beherbergungsgewerbe, Banken, Versicherungen usw., Saldo der Reiseausgaben der Ausländer im Inland und der Inländer im Ausland; c) Einschließlich Beamte.

Quelle: Zu. nach DIW-Wochenbericht 11/79, S. 122 f.

Tabelle 6: Ausgaben für den privaten Verbrauch nach Hauptgruppen und Ersparnis verschiedener Haushaltstypen in der Einkommensklasse 2000—2250 DM im Jahr 1974 (in DM und Index: durchschnittlicher Arbeiterhaushalt = 100)

		Selbstän- digen	Ange- stellten	Haushalt von . . .			
				Arbeitern	4-Personen Selbstän- digen	4-Personen Ange- stellten	4-Personen Arbeiter
		a)	a)	a)	b)	c)	d)
Personen je Haushalt		2,6	2,8	3,2	4	4	4
Netto-Einkommen in 1000 DM ^{c)}		25,6	25,5	25,5	25,8	25,6	25,4
Nahrungsmittel	DM	4383	4112	5667	4910	4767	5819
	A = 100	77	73	100	87	84	103
Genußmittel	DM	1953	1688	2096	1703	1768	1845
	A = 100	93	81	100	81	84	88
Bekleidung	DM	2399	2746	2433	2604	3322	2175
	A = 100	99	113	100	107	137	89
Mieten	DM	2491	2631	2460	2442	2381	2597
	A = 100	101	107	100	99	97	106
Energie	DM	789	1151	1031	844	928	1334
	A = 100	77	112	100	82	90	129
Übrige Haushaltsführung	DM	2956	2949	2671	2869	2711	2723
	A = 100	111	110	100	107	101	102
Verkehr und Nachrichten	DM	2485	2594	2343	2498	2737	2253
	A = 100	106	111	100	107	117	96
Körper- und Gesundheits- pflege, Bildung, Unterh.	DM	2338	2386	2175	2487	2391	2317
	A = 100	107	110	100	114	110	107
Persönliche Ausst. Sonstiges	DM	1626	1702	1463	1534	1654	1296
	A = 100	111	116	100	105	113	89
Private Ersparnis	DM	4227	3508	3114	3893	2917	3032
	A = 100	136	113	100	125	94	97

a) Durchschnittshaushalte b) mit 1 Einkommensbezieher c) Mit zwei und mehr Einkommensbeziehern
d) mit 1 Einkommensbezieher e) Jahreseinkommen des Haushalts insgesamt.

Tabelle 7: Personelle Einkommensverteilung a) bei Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenhaushalten 1950—1977

	1950		1960		1970		1977	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
<i>Arbeiter</i>								
Nettolöhne	21,8	86,5	59,0	86,9	108,3	87,1	154,0	79,8
Entnommene Gewinne	—	—	—	—	1,0	0,8	1,6	0,8
Vermögenseinkommen	0,1	0,4	1,0	1,5	4,5	3,6	8,2	4,3
Sozialeinkommen	3,3	13,1	7,9	11,6	10,5	8,4	29,1	15,1
Verfügbares Einkommen	25,2	100,0	67,9	100,0	124,3	100,0	192,9	100,0
<i>Angestellte^{b)}</i>								
Nettogehälter	12,8	91,4	44,9	92,2	107,7	89,8	196,1	87,0
Entnommene Gewinne	—	—	—	—	1,0	0,8	1,6	0,7
Vermögenseinkommen	0,1	0,7	1,1	2,3	5,8	4,8	12,2	5,4
Sozialeinkommen	1,1	7,9	2,7	5,5	5,5	4,6	15,5	6,9
Verfügbares Einkommen	14,0	100,0	48,7	100,0	120,0	100,0	225,4	100,0

a) Ohne Einkommen der Personen in Anstalts Haushalten.

b) Einschl. Beamte.

Tabelle 8: Die Einkommensentwicklung für ausgewählte Gruppen der Arbeiterklasse in den Zyklen 1950—1977

	1950	1977	Zuwachs in % ins- gesamt	Einkommenszuwächse in den Zyklen													
				1950/1953		1953/1958		1958/1963		1963/1967		1967/1971		1971/1975		1975/1977	
				DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
<i>Monatliches Individualeinkommen</i>																	
<i>Bruttolöhne und -gehälter von</i>																	
Industriearbeitern	268	2039	660	78	29,0	108	31,2	225	49,6	186	27,4	416	48,0	459	35,8	299	17,0
1957:																	
Angestellten ^{a)}	479	2433	408					225	44,5	245	33,5	442	45,3	695	49,0	320	15,1
Beamten ^{b)}	307	1946	534	133	43,3	138	31,4	188	32,5	180	23,5	318	33,6	501	39,6	181	10,2
je durchschnittlich beschäftigter Arbeitnehmer ^{c)}	243	2137	779	80	32,9	121	37,5	210	47,3	208	31,8	421	48,8	586	45,7	268	14,3
<i>Nettolöhne und -gehälter je</i>																	
<i>durchschn. besch. Arbeitnehmer</i>																	
213	1490	599	64	30,0	101	36,5	164	43,4	161	29,7	272	38,7	376	38,6	139	10,3	
<i>Reallohne und -gehälter^{d)}</i>																	
<i>je durchschn. besch. Arbeitnehmer</i>																	
Industriearbeiter	235	634	170	39	16,8	54	19,7	101	30,8	56	12,9	112	23,0	10	1,7	26	4,3
weibliche Industriearbeiter	133	434	227	22	16,6	36	23,2	72	37,7	47	17,7	77	24,7	32	8,3	16	3,8
<i>Facharbeiter in der Industrie:</i>																	
Ledig	255	673	164	43	16,7	57	19,3	98	27,5	62	13,6	139	26,9	9	1,5	9	1,5
Verheiratet, mit 1 Kind	273	775	184	45	16,4	67	21,2	107	27,7	58	11,7	161	29,3	36	5,1	29	3,9
Verheiratet, mit 2 Kindern	276	811	194	50	18,1	77	23,7	116	28,8	49	9,4	175	30,8	40	5,4	28	3,5
Verheiratet, mit 3 Kindern ^{d)}	279	863	209	54	19,3	98	29,5	138	32,0	73	12,9	157	24,5	41	5,1	23	2,7
Verheiratet, mit 3 Kindern ^{e)}												142	21,9	8	1,1	16	2,0

a) Angestellte in Industrie und Handel (einschl. Banken und Versicherungen); b) Bundesbeamte der höchsten Dienstaltersstufe; bis 1972 Ortszuschlag 5, verheiratet; die Gehaltsangaben enthalten Kinderzuschlag für 1 Kind; Bundesbeamte der Besoldungsgruppe A 5 (Eingangstufe für Mittleren Dienst); c) Kennziffer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung; genaue Bezeichnung: Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer; d) Deflationierung mit dem Preisindex für die Lebenshaltung von „4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes“; e) Deflationierung mit dem Preisindex für die „einfache Lebenshaltung eines Kindes“, dessen Warenkorbstruktur den Verhältnissen kinderreicher Arbeiterfamilien eher entspricht als die des Index „mittlerer Arbeitnehmerhaushalte“.

Quellen: Zusammengestellt und berechnet nach Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Statistisches Taschenbuch 1978 ders., Sozialbericht 1978 ders., Einkommens- und Vermögensverteilung 1977, Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft 1972—1972, Wiesbaden 1972, ders., Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, laufend, Göseke und Bedau, Einkommen der privaten Haushalte. Das Einkommen sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1977, in: DIW-Wochenbericht 32—33/1978.

Tabelle 9: Monats-Netto-Einkommen von Haushalten mit landwirtschaftlichen Zu- und Nebenerwerbsbetrieben im Wirtschaftsjahr 1977/78

	Zuerwerbs- betriebe	Nebenerwerbs- betriebe	Durchschn. aller Arbeiter- haushalte
Einkommen aus landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit	972,58	246,50	—
Außerbetriebliche Erwerbseinkommen	694,83	2136,42	—
sonstige Einkommen	140,00	—	—
Gesamteinkommen	1807,41	2415,25	2501,00

Quelle: Berechnet nach Agrarbericht 1979, Bundestagsdrucksache 8/2530, S. 22; Das Einkommen sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1977, in: DIW-Wochenbericht 32—33/1978, S. 318.

Tabelle 10: Höhe der monatlichen Kindergeldzahlungen 1955—1979 (DM)

ab	1. Kind	2. Kind	3. Kind	4. Kind	5. und weitere Kinder
1. 1. 1955	—	—	25	25	25
1. 10. 1957	—	—	30	30	30
1. 3. 1959	—	—	40	40	40
1. 4. 1961	—	25	40	40	40
1. 7. 1964	—	25	50	60	70
1. 9. 1970	—	25	60	60	70
1. 1. 1975	50	70	120	120	120
1. 1. 1978	50	80	150	150	150
1. 1. 1979	50	80	200	200	200
1. 7. 1979	50	100	200	200	200

Quelle: Bundesminister für Arbeiter und Sozialordnung, Übersicht über die Soziale Sicherheit, Bonn 1977, S. 238; Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Das Kindergeld, Bonn 1979.

Tabelle 11: Bruttomonatseinkommen von Arbeiter- und Angestellten/Beamtenhaushalten^{a)} aus Wohnungsvermietung^{b)} und Geldvermögen^{c)} 1970—1978 (in DM)

	Arbeiterhaushalte		Angestellten/Beamtenhaushalte	
	Wohnungsverm. DM	Geldvermögen DM	Wohnungsverm. DM	Geldvermögen DM
1970	99	29	137	72
1971	104	31	140	79
1972	111	34	153	84
1973	113	39	153	101
1974	110	43	149	110
1975	137	49	185	116
1976	160	55	215	126
1977	175	62	234	143
1978	185	68	253	158

a) Nur Haushalte mit Wohnungseigentum bei der Wohnungsvermietung; Einkommen aus Geldvermögen alle Arbeiter- und Angestelltenhaushalte.

b) Reale Einkünfte und unterstellte Beträge für die Nutzung der Eigentümerwohnung zzgl. Abschreibungen auf Wohngelände zu Wiederbeschaffungspreisen.

c) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenkredite.

Tabelle 12: Monatliches Einkommen eines „4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes“ 1962—1977

Jahr	Einkommen aus unselbst. Arbeit d. Haushaltsvor- standes (brutto) DM	Einkommen aus Erwerbst., Vermögen und empf. Eink.- übertragungen (brutto) ² DM	Haushalts- netto- einkommen ³ DM	ausgabe- fähige Ein- nahmen ⁴ DM	Reales Haushalts- einkommen ⁵ DM	± %
	1	2	3	4	5	6
1962	800	894	782	800	800	—
1963	865	964	837	853	828	3,5
1964	915	1024	882	904	858	3,6
1965	982	1107	960	994	912	6,3
1966	1045	1180	1015	1043	925	1,4
1967	1036	1179	1008	1036	906	-2,1
1968	1082	1212	1021	1042	899	-0,8
1969	1195	1340	1112	1142	965	7,3
1970	1354	1507	1221	1256	1029	6,6
1971	1529	1732	1381	1427	1112	8,1
1972	1687	1931	1527	1573	1164	4,7
1973	1910	2177	1694	1761	1220	4,8
1974	2122	2433	1875	1934	1255	2,9
1975	2242	2684	2100	2200	1346	7,3
1976	2449	2882	2212	2352	1375	2,2
1977	2624	3067	2331	2459	1387	0,9

1 Einkommen aus haupt- und (angemeldeter) nebenberuflicher Tätigkeit.

2 Spalte 1 zzgl.: Einkommen aus unselbständiger Arbeit (brutto) der Ehefrau, der Kinder und sonstiger Haushaltsmitglieder; Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (brutto); empfangene Einkommensübertragungen.

3 Spalte 2 abzgl.: Einkommens- und Vermögenssteuer, Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung.

4 Spalte 3 zzgl.: „Sonstige Einnahmen“ (Einnahmen) (brutto) aus Untervermietung, aus dem Verkauf gebrauchter Waren und Nettoeinnahmen aus Erstattung von Ausgaben für geschäftliche (dienstliche) Zwecke, empfangene Vermögensübertragungen (brutto); Einnahmen, die anderen Positionen nicht zuzuordnen sind. Diese Position erfaßt *nicht* die Einnahmen aus Auflösung und Umwandlung von Vermögen und Kreditaufnahme.

5 Spalte 4, deflationiert mit dem Preisindex f. d. Lebenshaltung des „mittleren Arbeitnehmerhaushalts“.

Tabelle 13: Die Entwicklung der realen Ausgaben für die individuelle Konsumtion von „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes“ 1958—1977

	Nahrungs- und Genußmittel		Bekleidung und Schuhe		Wohnungsmieten u. i.		Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. i.		Übrige Waren und Dienstl. f. d. Haushaltsführung		Waren und Dienstleistungen für ... Verkehrszwecke, Nachrichten- übermittlung		Körper- und Gesundheits- pflege		Bildungs- und Unterhaltungs- zwecke		Persönliche Ausstattung, sonst. W. u. D.		Lebenshaltung Insgesamt	
	DM	gg. Vj. in %	DM	gg. Vj. in %	DM	gg. Vj. in %	DM	gg. Vj. in %	DM	gg. Vj. in %	DM	gg. Vj. in %	DM	gg. Vj. in %	DM	gg. Vj. in %	DM	gg. Vj. in %	DM	gg. Vj. in %
1958	251,75		69,33		53,97		26,48		56,48		22,74		16,00		37,25		10,09		544,09	
1959	260,82	3,6	73,12	5,3	57,14	5,9	26,46	-0,1	61,32	8,6	23,08	1,5	17,91	11,9	36,19	-2,8	11,40	13,0	567,44	4,3
1960	269,47	3,3	75,43	3,2	58,67	2,7	27,71	4,7	60,97	-0,6	29,76	28,9	19,69	9,9	38,10	5,3	12,27	7,6	592,07	4,3
1961	285,14	5,8	79,16	4,9	59,24	1,0	29,38	6,0	66,92	9,8	33,21	11,6	21,54	9,4	40,10	5,2	13,50	10,2	628,19	6,1
1962	288,80	1,3	82,72	4,3	60,94	2,9	32,18	9,5	76,00	13,6	45,90	38,2	22,54	4,6	38,74	-3,4	17,73	31,3	665,55	5,9
1963	294,26	1,9	87,76	6,1	63,86	4,8	37,06	15,2	70,67	-7,1	51,39	12,0	22,20	-1,5	44,54	15,0	17,85	0,7	689,39	3,6
1964	302,03	2,6	88,66	1,0	65,48	2,5	33,57	-9,4	74,42	5,3	64,25	25,0	24,24	9,2	46,28	3,9	19,35	8,4	718,28	4,2
1965	301,64	-0,1	91,78	3,3	68,20	4,1	35,16	4,7	79,97	7,5	73,94	15,1	25,20	4,0	47,27	2,1	21,14	9,2	744,30	3,6
1966	302,98	0,4	89,16	-2,8	71,96	5,5	35,76	1,7	84,65	5,8	69,53	-6,0	26,31	4,4	51,41	8,8	21,97	3,9	753,73	1,3
1967	302,47	-0,2	81,50	-8,6	74,69	3,8	37,55	4,4	82,60	-2,4	55,24	-20,5	25,84	-1,8	52,20	1,5	16,61	-24,4	728,50	-3,3
1968	293,52	-3,0	81,22	-0,3	77,93	4,3	37,02	-0,9	79,23	-4,1	70,32	27,3	24,19	-6,4	46,43	-11,0	17,58	4,6	727,24	-0,2
1969	300,50	2,4	88,89	9,4	81,13	4,1	40,11	8,3	91,59	13,6	76,61	8,9	26,42	9,2	49,97	7,6	20,76	19,4	775,98	6,7
1970	309,30	2,9	93,81	5,5	83,47	2,9	40,11	± 0	84,14	-8,1	91,79	19,8	26,95	2,0	56,79	13,6	23,26	12,0	809,62	4,3
1971	321,25	3,9	96,74	3,1	85,57	2,5	42,21	5,2	103,35	22,83	101,33	10,4	27,82	3,2	63,59	12,0	26,20	12,6	868,06	7,2
1972	319,60	-0,5	101,25	4,7	92,52	8,1	42,42	0,5	101,41	-1,9	95,42	-5,8	28,30	1,7	69,37	9,1	29,46	12,4	879,75	1,3
1973	318,32	-0,4	96,26	-4,9	94,41	2,0	47,88	12,9	122,71	21,0	115,90	19,4	37,63	-2,4	73,41	5,8	32,78	11,3	927,30	5,4
1974	324,71	2,0	98,62	2,4	100,00	5,9	45,96	-4,1	116,71	-4,9	113,22	-0,6	37,63	± 0	76,99	4,9	35,57	8,5	939,41	1,3
1975	331,97	2,2	103,49	4,9	102,09	2,1	46,71	1,6	119,32	2,2	136,65	20,7	27,94	1,1	86,26	12,0	41,34	16,2	995,77	6,0
1976	343,22	3,4	99,50	-3,9	106,19	4,0	49,24	5,4	120,20	0,7	146,94	7,5	28,80	3,1	96,78	12,2	43,85	6,1	1034,72	3,9
1977	340,62	-0,8	102,62	3,1	108,88	2,5	52,10	5,8	124,85	3,9	163,00	10,9	30,35	5,3	91,64	-5,3	46,85	6,8	1060,89	2,5

a) Die Deflationierung erfolgte mit dem Preisindex für die Lebenshaltung des gleichen Haushaltstyps.

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der laufenden Wirtschaftsberechnungen: Stat. BA, FSM, Reihe 13, Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte 1969 und 1975 ff.

Tabelle 14: Daten zur Arbeitsmarktentwicklung 1973—1978

Jahr	Zugang an Arbeitslosen (1)	Betroffene Arbeitslose ^{a)} (2)	Stille Reserve ^{b)} (3)	(2) + (3) (4)	Registrierter Arbeitslosenbestand ^{c)} (5)	Betroffene Kurzarbeiter ^{d)} (6)	Arbeitsbesch. ABM ^{e)} (7)	Bildung (FuU) ^{f)} (8)	Mit 60 in Rente ^{g)} (9)	(6) + (7) (8) + (9) (10)
1973	1877	1219	156	1375	273	44	4	100	(16)	164
1974	2795	1815	206	2021	582	292	8	115	(13)	428
1975	3450	2240	480	2720	1074	773	41	130	(17)	961
1976	3256	2114	561	2675	1060	277	75	101	29	482
1977	3315	2153	609	2762	1030	231	72	69	(26)	398
1978	3081	2001	642	2643	993	191	90	69	(25)	375

a) Jahressumme der monatlichen Arbeitslosenmeldungen geteilt durch den Faktor 1,54.

b) Weder erwerbstätiges noch arbeitslos gemeldetes Erwerbspersonenpotential.

c) Jahresdurchschnitt.

d) Geschätzte Zahl der einmal oder mehrmals kurzarbeitenden Personen (vgl. Anmerkung 65).

e) Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) — Zahl der betroffenen Personen.

f) Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung und Umschulung — Zahl der betroffenen Personen.

g) Altersruhegeld wegen Vollendung des 60. Lebensjahres bei Arbeitslosigkeit — Zahl der Neubewilligten Anträge — teilweise (geschätzt).

Quellen: ANBA, Arbeitsstatistik 1978 — Jahreszahlen; ANBA, H. 3/1978; ANBA, H. 3/1979, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1977, 1978; Autoren-gemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland 1979, insgesamt und regional, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, H. 1/1979, S. 27 f.; eigene Berechnungen.

Tabelle 15: Abgeschlossene und bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit im September 1979 sowie Mehrfacharbeitslosigkeit für verschiedene Gruppen von Arbeitslosen

	abgeschl. Dauer ^{a)}	bisherige Dauer ^{b)}	Mehrfacharbeits- losigkeit ^{a)}
(1) Insgesamt	13,5	31,7	1,54
(2) Geschlecht			
Männer	12,5	34,9	1,60
Frauen	15,0	28,6	1,47
(3) Nationalität			
Deutsche	14,3	32,1	1,52
Ausländer	8,7	27,2	1,74
(4) Alter			
Unter 20 Jahre	8,6	13,7	1,49
20 bis 25 Jahre	10,8	22,0	1,49
25 bis unter 30 Jahre	12,9	26,8	1,59
30 bis unter 35 Jahre	13,3	30,9	1,59
35 bis unter 40 Jahre	14,0	34,3	1,59
40 bis unter 45 Jahre	15,0	39,0	1,59
45 bis unter 50 Jahre	18,0	43,4	1,59
50 bis unter 55 Jahre	24,3	46,2	1,59
55 bis unter 60 Jahre	24,3	47,8	1,48
über 60 Jahre	36,0	43,0	1,48
(5) Gesundheitliche Einschränkung			
nicht vorhanden	21,1	26,4	1,53
vorhanden	20,2	47,6	1,65
(6) Berufsausbildung			
ohne Ausbildung, Anlernung Lehre, Berufsfachschule, Fachschule	13,2	34,4	1,66
Hochschule, Universität	13,6	28,8	1,45
Hochschule, Universität	16,7	28,2	1,25
(7) Stellung im Beruf			
Angestellte	16,8	28,4	1,37
nicht Angestellte	12,3	34,1	1,66
(8) gewünschte Arbeitszeit			
Vollzeit	12,8	31,7	1,56
Teilzeit	21,7	31,8	1,42

a) Arbeitslose, die am 28. 9. 1976 aus der Arbeitslosigkeit ausgeschlossen sind.

b) Bestand an Arbeitslosen Ende September.

Tabelle 16: Daten zur Dauer der Arbeitslosigkeit 1966—1978

Zeitpunkt ^{a)}	Arbeitslose insg. in	1—2 Jahre arbeitslos		mehr als 2 Jahre arbeitslos		Durchschnittl. Dauer der Arbeitslosigk.
	1000 (1)	in 1000 (2)	in % von (1) (3)	in 1000 (4)	in % von (1) (5)	in Monaten (6) ^{b)}
Sept. 1966	113	4	3,5	3	2,7	3,91
Sept. 1967	341	10	2,9	3	0,9	4,64
Sept. 1968	174	30	17,2	6	3,4	7,58
Sept. 1969	100	10	10,0	5	5,0	6,61
Sept. 1970	97	5	5,2	3	3,1	4,92
Sept. 1971	147	6	4,1	2	1,4	4,25
Sept. 1972	195	9	4,6	2	1,0	4,55
Sept. 1973	219	15	6,8	4	1,8	4,95
Mai 1974	457	18	3,9	6	1,3	4,74
Sept. 1974	557	22	3,9	6	1,1	4,46
Mai 1975	1018	60	5,9	11	1,1	5,56
Sept. 1975	1007	84	8,3	13	1,3	5,96
Mai 1976	954	130	13,6	30	3,1	7,56
Sept. 1976	898	122	13,6	39	4,3	7,44
Mai 1977	946	113	11,9	59	6,2	8,01
Sept. 1977	911	106	11,6	63	6,9	7,94
Mai 1978	913	112	12,3	91	10,0	9,17
Sept. 1978	864	98	11,3	77	8,9	8,55

a) Jeweils Ende des Monats.

b) Durchschnittliche *bisherige* Dauer der Arbeitslosigkeit des am Stichtag erfaßten Arbeitslosenbestandes (vgl. auch Anmerkung 62).

Quelle: Spalte (1)—(5) ANBA, Arbeitsstatistik 1969 — Jahreszahlen; ANBA, Arbeitsstatistik 1978 — Jahreszahlen; eigene Berechnungen; Spalte (6) Ende September 1966 bis Ende September 1976 nach: Cramer und Egle, Dauer der Arbeitslosigkeit, S. 482; ab Mai 1977 eigene Berechnungen.

Tabelle 17: Sperrzeiten beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe 1966—1977 (Zahl der Maßnahmen)

Jahr	Anträge auf Arbeitslosenunterstützung in 1000 (1) ^{a)}	Sperrzeiten insgesamt in 1000 (2) ^{a)}	(2) in % von (1) (3)	Sperrzeiten Arbeitsaufgabe ^{b)} (4)	wegen Ablehnung ^{c)} (5)	(5) in % von (2) (6)
1966	728	39	5,4	35	4	10,3
1967	1800	150	8,3	132	18	12,0
1968	1156	82	7,1	65	17	20,7
1969	737	38	5,2	31	7	18,4
1970	632	23	3,6	20	3	13,0
1971	804	38	4,7	33	5	13,2
1972	914	55	6,0	46	9	16,4
1973	1079	59	5,5	50	9	15,3
1974	2189	145	6,6	123	22	15,2
1975	3276	240	7,3	195	45	18,8
1976	3031	262	8,6	200	62	23,7
1977 ^{d)}	3022	291	9,6	220	71 ^{d)}	24,4

a) Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, b) §119, Absatz 1, Nr. 1 AFG, c) Ablehnung einer „zumutbaren“ Arbeit § 119, Absatz 1, Nr. 2—4 AFG, d) außerdem verloren 9590 Arbeitslose jeglichen Anspruch auf Unterstützung, weil sie zweimal mit einer Sperrzeit belegt worden waren.

Quelle: ANBA, Arbeitsstatistik 1976 — Jahreszahlen, S. 226 f.; ANBA, Arbeitsstatistik 1978 — Jahreszahlen, S. 262 f. (eigene Berechnungen).

Tabelle 18: Daten zum Umfang und zur Dauer der Kurzarbeit Januar 1974 bis Januar 1979

Arbeitsausfall in ... % der betriebsübl. Arbeitszeit	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Bis 25 %	30,6	27,5	52,1	49,5	46,9	38,2
25—50 %	53,5	56,5	38,5	41,7	41,8	46,2
mehr als 50 %	15,8	16,0	9,4	8,8	11,4	15,6
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Kurzarbeiter in 1000 ^{a)}	268	1000	743	269	251	135
Dauer der Kurzarbeit in Monaten						
Bis 3 Monate	.	.	37,7	61,9	50,4	65,2
3 bis 6 Monate	.	.	20,3	23,3	29,0	19,2
6 bis 12 Monate	.	.	26,8	3,7	9,0	7,2
mehr als 12 Monate	.	.	15,2	11,1	11,6	8,4
Zusammen	.	.	100	100	100	100

a) Bestand an Kurzarbeitern Mitte Januar.

Quelle: ANBA: H. 3/1974, S. 223; H. 3/1975, S. 265; H. 3/1976, S. 345, 347; H. 3/1977, S. 372, 374; H. 3/1978, S. 470, 472; H. 3/1979, S. 245, 247 (eigene Berechnungen).

Tabelle 19: Daten zur Entwicklung der Sozialhilfe 1970—1977

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
1 Empfänger von Sozialhilfe insg. (1000)	1491	1548	1645	1730	1916	2049	2109	2164
2 Sozialhilfeempfänger pro 1000 Einwohner	25	25	27	28	31	33	34	35
3 Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) insg. (1000) ^{a)}	749	803	867	918	1057	1190	1276	1362
4 E in % von 1	50,2	51,9	52,7	53,1	55,2	58,1	60,5	62,9
5 Empfänger von HLU außerhalb von Anstalten in 1000								
a) — Zahl der Haushalte	424	454	485	505	568	633	674	715
— %-Anstieg gegen Vorjahr	.	7,1	6,8	4,1	12,5	11,4	6,5	6,1
b) — Zahl der Hilfeempfänger	698	748	809	861	999	1134	1222	1302
— %-Anstieg gegen Vorjahr	.	7,2	8,2	6,4	16,0	13,5	7,8	6,5
c) — Haushaltsvorstände unter 60 Jahren	195	205	220	241	299	365	413	466
— %-Anstieg gegen Vorjahr	.	5,1	7,3	9,5	24,1	22,1	13,2	12,8
d) — Bruttoausgaben je Empfänger von HLU in DM ^{b)}	1097	1255	1450	1581	1747	1753	1877	1994

a) Innerhalb und außerhalb von Anstalten; b) außerhalb von Anstalten im Laufe eines Jahres.

Tabelle 20: Nutzung von Einsparungsmöglichkeiten und neuen Einnahmequellen in Abhängigkeit von der Dauer der Arbeitslosigkeit

	seit einigen Tagen	unter einem Monat	1 bis unter 3 Mo- nate	3 bis unter 6 Mo- nate	6 bis unter 12 Mo- nate	12 bis unter 24 Mo- nate	24 Mo- nate und länger	Durch- schnitt der Ak- tivität.
preisbewußter ein- kaufen, weniger teure Lebensmittel einkaufen	65	70	79	82	82	78	83	78
geplante Anschaffungen zurückstellen	47	61	74	70	71	81	83	70
weniger Kleidung kaufen	39	57	68	70	66	71	79	65
Dinge wieder selbst machen (nähen, Reparaturen)	50	50	63	60	59	67	72	60
auf Urlaubsreise verzichten	32	43	53	57	65	70	71	56
weniger ausgehen, weniger Ausflüge am Wochenende	35	47	54	56	51	66	67	54
entsparen	31	29	28	38	36	52	48	36
Nebentätigkeit außer Haus aufnehmen	32	23	23	18	23	32	32	25
Kredit aufnehmen	10	21	17	19	19	28	23	19
Auto verkaufen	15	12	11	13	12	21	21	14
Heimarbeit übernommen	16	12	13	13	11	13	13	13
andere aus dem Haus- halt arbeiten jetzt mehr	13	10	13	12	9	12	13	12
andere aus dem Haus- halt haben Arbeit aufgenommen	9	12	11	10	10	13	17	11
Wohnung gewechselt	1	—	3	3	6	7	10	4

Tabelle 21: Lebenspläne haben aufgegeben in Prozent

	Arbeitslose insgesamt	Alte Arme ^{a)}	Neue Arme ^{b)}	Nicht- Arme ^{c)}
Ja	23	36	31	18
Nein	77	64	69	82
zusammen	100	100	100	100
n =	(716)	(64)	(168)	(484)
Geänderte Lebenspläne im Hinblick auf (%)...				
Geldausgaben	71	59	70	73
Zwischenmensch- liche Beziehungen	12	6	18	10
Berufsperspektive	17	35	12	17
zusammen	100	100	100	100
n =	(150)	(17)	(51)	(82)

a) Haushalte, deren Einkommen bereits vor der Arbeitslosigkeit unter den Sätzen der Sozialhilfe lag; b) Haushalte, die durch die Arbeitslosigkeit Anspruch auf Sozialhilfe haben; c) Haushalte, deren Einkommen während der Arbeitslosigkeit über den Sozialhilfesätzen liegt.

Integration und Gewerkschaftsanalyse

Zur Diskussion einiger gewerkschaftstheoretischer Ansätze in der Bundesrepublik

Gert Hautsch / Klaus Pickshaus

I. Einleitung — II. Zur Entwicklung der Gewerkschaftsforschung — III. Funktionswandel der Gewerkschaften? Zu einer Literaturstudie von Evelies Mayer — IV. Gewerkschaften als „intermediäre Organisationen“? Zur Gewerkschaftsanalyse des ISF: 1. Die These vom Autonomieverlust der Gewerkschaften — 2. „Institutionalisierung des Klassenkampfes“ — 3. Einkommenspolitische Regulierung der Klassenbeziehungen — 4. Gewerkschaftspolitische Perspektivlosigkeit — 5. Verselbständigung des „institutionellen“ Ansatzes — V. Die „Vergesellschaftungstendenz“ als Rahmen der Gewerkschaftsanalyse (Frank Deppe).

I. Einleitung

Seit Beginn der siebziger Jahre, und verstärkt seit 1975/76 hat in der politischen Linken der Bundesrepublik die Diskussion zu Fragen der Gewerkschaftstheorie erheblich zugenommen. Zuvor hatte in ultralinken und studentisch-intellektuellen Kreisen der sogenannten „neuen Linken“ weithin eine pauschale Ablehnung der Gewerkschaften als verknöcherte Bürokratien, die nur noch in der Niederhaltung der Arbeiterklasse ihre Aufgabe sähen, vorgeherrscht.

Ursache für die Überwindung solcher Ansichten dürften die politischen Erfahrungen vieler fortschrittlicher Menschen, vor allem die nach den Septemberstreiks 1969 einsetzende Belebung der Arbeiterbewegung gewesen sein. Sie führten die Theorien von der „Verbürgerlichung“ der Arbeiterklasse ad absurdum. Im Zuge einer solchen ideologisch-politischen Entwicklung mußte auch die Aufmerksamkeit für die größte Massenorganisation der Arbeiterklasse wachsen.

Die Situation in der Bundesrepublik ist auch in Hinsicht auf die Gewerkschaften durch eine Reihe von Besonderheiten gekennzeichnet. In unserem Land hat sich — anders als in den kapitalistischen Nachbarstaaten — das Prinzip der Einheitsgewerkschaft mit Industrieverbandsstruktur durchgesetzt. Die Gewerkschaften der Bundesrepublik können deshalb eine enorme organisatorische Kraft entfalten und stellen für die Unternehmer einen ernst zu nehmenden Gegner dar. Noch nie war im kapitalistischen Deutschland die Arbeiterklasse durch eine so mächtige gewerkschaftliche Organisation vertreten. Die Folge davon ist auch, daß vor allem die großen Einzelgewerkschaften und der DGB einen weitverzweigten Apparat benötigen und auch besitzen, daß sie erhebliche finanzielle Mittel zentralisieren und teilweise eigene wirtschaftliche Unternehmungen betreiben, darunter die viertgrößte Privatbank der Bundesrepublik.¹

¹ Vgl. speziell zu letzterer Problematik: Jörg Goldberg, Gewerkschaften als Unternehmer. Grenzen und Möglichkeiten ihrer gesellschaftspolitischen Wirksamkeit; Diss. Köln 1974.

Eine Besonderheit der Situation in unserem Land ist aber auch, daß dieses mächtige Potential der Arbeiterbewegung die kapitalistischen Verhältnisse nicht durchgängig in Frage stellt, sondern sich de facto weitgehend als eine systemerhaltende Kraft betätigt. Ausdruck dessen ist auf der einen Seite die politische und organisatorische Schwäche der Kommunistischen Partei und der übrigen linken Kräfte, auf der anderen Seite die absolute Vorherrschaft der Sozialdemokratie bzw. der rechts-sozialdemokratischen Ideologie und Politik. Die Dominanz der SPD, die auch im Spektrum der „Sozialistischen Internationale“ auf dem äußersten rechten Flügel steht, findet ihre Entsprechung in einer Gewerkschaftspolitik, die noch überwiegend — wenn auch keineswegs einheitlich — an der Doktrin von der „Sozialpartnerschaft“ orientiert ist. Auch wenn die DGB-Gewerkschaften² insgesamt keineswegs zum progressivsten Flügel der internationalen Arbeiterbewegung zu rechnen sind, stellen sie im politischen Spektrum der BRD eine Kraft dar, von der noch am ehesten machtvolle Impulse in Richtung auf die Vertretung sozialer und ökonomischer Interessen der Werktätigen oder wenigstens zur Verteidigung des Erreichten gegen Angriffe von rechts erwartet werden.

Diese Situation ist historisch neu. Seit Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Machtantritt des deutschen Faschismus standen die Freien Gewerkschaften bzw. der ADGB rechts von der SPD. Nach 1949 war das sowohl programmatisch als auch politisch-praktisch umgekehrt. Bei entscheidenden politischen Fragen gingen fortschrittliche Impulse stärker von den Gewerkschaften aus: Bewegungen gegen Remilitarisierung, Anti-Atom-Bewegung, Protest gegen die Notstandsgesetze, Kampf gegen Neofaschismus. Die Hoffnungen vieler Linker, auch fortschrittlicher Wissenschaftler, auf die Gewerkschaften als progressive politische Kraft sind deshalb keineswegs unbegründet.

In den Gewerkschaften besteht eine stärkere und intensivere organische Verbindung zwischen der Basis und der offiziellen Politik, als das bei der SPD der Fall ist. Deshalb kommt hier die rechtssozialdemokratische Politik schneller und härter mit den praktischen Erfahrungen im Kapitalismus in Konflikt. Solche Erfahrungen aber sind die Grundlage für Diskussionen um Neuorientierungen der Gewerkschaftspolitik, um die Notwendigkeit einer autonomen Interessenpolitik auch gegen den Druck der herrschenden Instanzen.

Unter diesen Gesichtspunkten sind für die Gewerkschaftsforschung, die von marxistischem Anspruch ausgeht, vor allem folgende Fragen von Interesse:

— Aufgrund welcher Bedingungen konnte die derzeitige Richtung der offiziellen Gewerkschaftspolitik die Vorherrschaft erringen und bis heute erhalten?

— Welche Faktoren können bewirken, daß klassenkämpferische Positionen stärkeres Gewicht erlangen?

Solche Überlegungen können nicht nur aus einer Analyse der Gewerkschaftsorganisationen selber gewonnen werden. Die Entwicklung in den Gewerkschaften ist wesentlich beeinflusst von politischen Prozessen, die im sozialökonomischen Umfeld stattfinden. Wissenschaftliche Untersuchungen über Gewerkschaftsprobleme stoßen deshalb auf Fragen wie:

— Welche Rolle spielen die Gewerkschaften im gesellschaftlichen und politischen System des heutigen Kapitalismus?

2 Nur um diese geht es bei gewerkschaftstheoretischen Diskussionen mit marxistischem Anspruch. Spaltervereine wie der CGB oder Standesorganisationen à la DAG und DBB spielen keine Rolle, von Erscheinungen wie der ominösen „Deutschen Steuergewerkschaft“ ganz zu schweigen.

— Welche Entwicklungen der kapitalistischen Gesellschaftsformation wirken sich auf die Stellung und die Politik der Gewerkschaften aus, und in welche Richtung geschieht das?

— Wie sind die derzeitigen DGB-Gewerkschaften vor diesem Hintergrund einzuschätzen, und welche Entwicklungsperspektiven sind möglich?

Jede mit marxistischem Anspruch betriebene Untersuchung zur Gewerkschaftsfrage hat von einem starken, teilweise beherrschenden Einfluß der „Sozialpartnerschafts“-Ideologie auszugehen. Damit unterscheiden sich die westdeutschen Gewerkschaften auch von denen in früheren Perioden der deutschen Geschichte. Die Freien Gewerkschaften vor dem 1. Weltkrieg hatten sich, wenn auch nur meist verbal, weitgehend am Marxismus orientiert und verstanden sich als Organisation, die letztlich ein anderes Gesellschaftssystem anstrebt. In der Weimarer Republik gab es im ADGB zwar immer eine „sozialpartnerschaftliche“ Mehrheit, doch stand dieser eine starke, auf den Klassenkampf orientierte Minderheit gegenüber; ein Konflikt, der sich dann allerdings bis zur organisatorischen Spaltung zuspitzte und die Kraft der Arbeiterbewegung katastrophal schwächte.

Vor dem Hintergrund dieser Traditionen verlangt die heutige ideologisch-politische Situation der Gewerkschaften erst recht nach einer genauen Analyse. Ziel der marxistischen Gewerkschaftsforschung ist es deshalb, einerseits die Ursachen für die Entwicklung in der BRD herauszufinden, und andererseits mögliche Alternativen hierzu und die Voraussetzungen für ihre Verwirklichung zu erforschen. Wissenschaftlich ernst genommen werden können dabei nur solche Ansätze, die die Dialektik der objektiven und subjektiven Faktoren berücksichtigen und sich mit der These vom Komplott der „Arbeiterverräter“, die von den Kapitalisten und vom Staat bestochen seien, nicht zufriedengeben.

Ein markanter Einschnitt in der Entwicklungsgeschichte der westdeutschen Gewerkschaften war die Einrichtung der „Konzertierten Aktion“ am 14. 2. 1967 nach dem Regierungsantritt der Großen Koalition. Damit waren die Gewerkschaften auch organisatorisch mit dem Staat und den Unternehmern in einem gesamtwirtschaftlichen Mechanismus indirekter Regulierung zusammengefaßt. An der Oberfläche mußte das wie der bewußte Versuch der Gewerkschaftsführung zur Durchsetzung der staatlichen Einkommenspolitik erscheinen, einer Politik, die an den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals orientiert ist. Die „Konzertierte Aktion“ führte dazu, daß die Gewerkschaften von vielen Linken als quasi-staatliche Organe begriffen wurden, die eine eigenständige — von staatlichen Vorgaben unabhängige — Interessenpolitik nicht mehr betreiben konnten und dies auch nicht wollten.

II. Zur Entwicklung der Gewerkschaftsforschung

Das Phänomen der institutionellen Eingliederung von Gewerkschaftern auf allen Ebenen in staatliche Gremien ist schon seit längerem Gegenstand marxistischer Untersuchungen. So wurde mit der Herausarbeitung der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) Mitte der sechziger Jahre auch nachgewiesen, daß die Integration der Arbeiterklasse und ihrer Massenorganisationen eine Bedingung für die Stabilität des kapitalistischen Systems in seiner heutigen Form ist.³ Die Ursachen wurden — basierend auf um-

3 Autorenkollektiv, *Imperialismus heute*, 1. Aufl. Berlin 1965. Dieser Ansatz wurde in dem 1970 veröffentlichten Nachfolgeband *Der Imperialismus der BRD* weiterentwickelt.

fangreichen ökonomischen Untersuchungen — vor allem auf zwei Ebenen analysiert: Einerseits erfordert der Entwicklungsstand der Produktivkräfte auch im Kapitalismus zentrale staatliche Regulierungen und zu diesem Zweck die gezielte Beeinflussbarkeit z. B. der Lohnsumme und die Beherrschung der Klassenkonflikte, andererseits erfordert die Systemkonkurrenz mit dem Sozialismus die Zusammenfassung und Mobilisierung aller relevanten Kräfte der Gesellschaft für die Ziele des Imperialismus.

Bemühungen um die Indienstnahme der Gewerkschaften als Ordnungsfaktor wurden als ein zentraler Bestandteil des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems analysiert. Es genüge nicht mehr, durch sozialpolitische und andere Manöver die Mehrheit der Arbeiterklasse an das bestehende System zu binden. Die Versuche gingen dahin, „bestimmte Vertreter der Arbeiterklasse mit allen Mitteln für den Kampf gegen traditionelle reformistische Ansichten zu gewinnen“. ⁴ Der in der BRD relativ weitgehende Erfolg dieser Bemühungen wurde hauptsächlich daraus abgeleitet, daß es gelungen sei, maßgebliche Gewerkschaftsführer durch Privilegien an der Verteidigung des staatsmonopolistischen Systems zu interessieren, sei es durch die Einbeziehung in unternehmerische Teilentscheidungen oder die Übertragung öffentlicher Funktionen, sei es durch die Bezahlung hoher Gehälter und Tantiemen.

Unbestreitbar ist, daß solche Bemühungen seitens der herrschenden Klasse stattfinden und teilweise auch Erfolge hatten und haben. Aber solche Sachverhalte reichen zur Erklärung der Massenverankerung der „Sozialpartnerschafts“-Ideologie nicht aus. Zu fragen bleibt, weshalb in der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften eine massenhafte Bewußtseinshaltung entstehen konnte, die die Verselbständigung bestimmter gewerkschaftspolitischer Strömungen und der ihnen zuzurechnenden Funktionsträger sowie deren Ablösung von den Interessen der Mitglieder hinnehmen. Der ideologische und organisatorisch-politische Einfluß rechter Gewerkschaftsfunktionäre auf das Verhalten der Mitglieder ist sicherlich erheblich, jedoch kaum der Hauptfaktor. Außerdem gab es in der Geschichte der BRD-Gewerkschaften Beispiele für die Überwindung von besonders rechten Positionen auch in personeller Hinsicht (z. B. Abwahl von *Fette* und *vom Hoff*).

Trotz mancher genannter Schwächen und offengebliebener Probleme in den Arbeiten auf Grundlage der SMK-Theorie halfen die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen der Integrationsprozesse bei der Beantwortung der relevanten Fragestellungen für die praktische Gewerkschaftspolitik. So wurden auf der Konferenz „Marx und die Gewerkschaften heute“ schon 1968 die Wirkung der Einkommenspolitik, Reaktionen und Diskussionen in den Gewerkschaften und Ansatzpunkte für eine kampforientierte Gewerkschaftspolitik untersucht. ⁵

Die neuen Entwicklungen im System des SMK, die zentrale Bedeutung der Integration der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften für die Systemstabilität, veränderten nicht nur in der Nachkriegszeit die Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeit, sie reflektierten sich auch in den politisch-ideologischen Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung. Diese neuen Differenzierungen wurden in einem Aufsatz von *Petschick/Schleifstein/Schlüter* analysiert. ⁶ Stütze der Politik der Systemstabilisierung ist danach die „sozialintegrations-

4 Imperialismus heute, a. a. O., S. 686; vgl. auch S. 691 f.

5 Marxistische Studiengemeinschaft Düsseldorf (Hrsg.), Marx und die Gewerkschaften heute, Frankfurt/Main 1969.

6 Werner Petschick u. a., Der gewerkschaftliche Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse, in: Das Argument 62, Dez. 1970, S. 822 ff.

stische" Strömung geworden, die das kapitalistische Gesellschaftssystem uneingeschränkt bejaht und auf „systemüberschreitende" Forderungen auch programmatisch verzichtet. Diese in den DGB-Gewerkschaften noch dominierende Strömung entstand aus den sozialdemokratischen Reformismus und der christlichen Soziallehre. Daneben existiert als zweite Hauptströmung eine sozialistisch-reformistische, die die Gegenwartsinteressen auch in kämpferischen Konflikten vertritt, auf Klassegegensätzen hinweist und die Gewerkschaften noch als Kampforganisationen versteht. Als dritte Strömung werden die „marxistischen Kräfte" genannt, die für eine konsequente Interessenvertretung, die Selbstaktivität der Gewerkschafter in den Betrieben und am Ort eintreten und die Integrationspolitik und die Sozialpartnerschaftsideologie in Theorie und Praxis bekämpfen.

Mit der Bildung der SPD-geführten Bundesregierung und dem Aufschwung der Streikbewegung seit 1969 hatten in Gewerkschaftskreisen und Zirkeln der politischen (intellektuellen) Linken Diskussionen über strategische Fragen des Klassenkampfes, die Rolle der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften, das Verhältnis von Reform und Revolution zugenommen. Mit diesen Problemen, insbesondere mit neoreformistischen und neosyndikalistischen Auffassungen, setzte sich die Konferenz des IMSF „Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften" auseinander.⁷

Eine wichtige Rolle in der Diskussion um die Integration der Gewerkschaften und die daraus abgeleiteten strategischen Fragen spielte die Mitbestimmung in kapitalistischen Unternehmen. In dieser Auseinandersetzung und den sich daraus ergebenden Untersuchungen wurden die zentralen Momente gewerkschaftlicher Politik und Strategie unter gegenwärtigen Bedingungen sichtbar.⁸

Seit den Septemberstreiks 1969, dem zentralen Ereignis für die Belebung gewerkschaftspolitischer und -theoretischer Diskussionen, hat sich die sozialwissenschaftliche Untersuchung des Streikkampfes zum kontinuierlichen Bestandteil der Gewerkschaftsforschung entwickelt. Die erste und umfangreichste Analyse veröffentlichte das IMSF 1969.⁹ Ihr folgten im Rahmen der IMSF-Tätigkeit zahlreiche weitere Arbeiten bis zu den Publikationen der Reihe „Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF".¹⁰

7 IMSF (Hrsg.), *Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften*, Frankfurt 1971. Hier vor allem das Referat von Josef Schleifstein, *Neoreformistische Theorien und einige Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung*, S. 56—74. Beispiel für das Aufleben neoreformistischer Positionen war die starke Aufnahme und Diskussion von Schriften von André Gorz gerade in Gewerkschaftsverlagen und -publikationen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Tagung des Bundesvorstandes des DGB im März 1970 in Bad Kreuznach zum Thema „Gewerkschaftstheorie heute", auf der unter anderem Ernest Mandel referierte. Vgl. Referate und Bericht in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, H. 6/1970, S. 328 ff.

8 Kurt Schumacher, *Partnerschaft oder Mitbestimmung*, Berlin (DDR) 1967; Frank Deppe u. a., *Kritik der Mitbestimmung — Partnerschaft oder Klassenkampf*, Frankfurt/Main 1969; IMSF (Hrsg.), *Mitbestimmung als Kampfaufgabe* (Beiträge des IMSF 2), Köln 1971.

9 IMSF (Hrsg.), *Die Septemberstreiks 1969* (Beiträge des IMSF 1), Frankfurt/Main 1969.

10 Neben der Analyse der „Septemberstreiks" handelte es sich um folgende Einzelpublikationen:

— Über die Streiks in der chemischen Industrie im Juni/Juli 1971 in einigen Zentren der Tarifbewegung in Hessen und Rheinland (IMSF-Informationsbericht 7; Verfasser J. H. v. Heiseler, M. Heiseler, A. Leisewitz, Frankfurt 1972).

— Streiks in der Bundesrepublik 1966—1974 (Verfasser Kurt Steinhaus, Frankfurt/Main 1975).

— Betriebsbesetzung — eine Kampfform zur Sicherung der Arbeitsplätze (IMSF-Informationsbericht 21; Verfasser H. Bär u. a., Frankfurt/Main 1976).

Aber auch an den offiziellen, zum Teil den Universitäten angeschlossenen sozialwissenschaftlichen Instituten konnte sich, bedingt auch durch politische und personelle Veränderungen im Gefolge der Studentenbewegung der sechziger Jahre, eine Streik- und Gewerkschaftsforschung etablieren. Das „Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut“ (SO-FI) in Göttingen legte ebenfalls eine Untersuchung der Septemberstreiks vor¹¹, die „Sozialforschungsstelle“ Dortmund, eine Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen, veröffentlichte unter dem Forschungsschwerpunkt „Industrieller Konflikt und Partizipation“ Analysen des Streiks in der chemischen Industrie 1971 und des Metallarbeiterstreiks in Baden-Württemberg 1978.¹² Vereinzelt beschäftigten sich weitere Institutionen mit der Streikanalyse¹³, mit politischem Anspruch unter anderem auch verschiedene Autoren in der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes“, insbesondere ein „Redaktionskollektiv Gewerkschaften“.¹⁴

Besonders intensiv hat sich das Frankfurter „Institut für Sozialforschung“ (ISF) auf den

— Der Arbeitskampf in der Druckindustrie im Frühjahr 1976 (Soziale Bewegungen I; Verfasser B. Güther, K. Pickshaus, Frankfurt 1976).

— Tariffbewegungen und Arbeitskämpfe 1976/77 (Soziale Bewegungen III; Verfasser K. Pickshaus u. a., Frankfurt/Main 1977).

— Stahlkrise an der Saar — ein Kampf um Arbeitsplätze (Soziale Bewegungen IV; Verfasser A. Lenhardt, G. Weiß, Frankfurt/Main 1978).

— Arbeitskämpfe '77 (Soziale Bewegungen V; Verfasser G. Hautsch u. a., Frankfurt/Main 1978).

— Streik und Aussperrung 1978 (Soziale Bewegungen VI; Verfasser K. Pickshaus, W. Roßmann, Frankfurt/Main 1978). Auf die Ergebnisse dieser Analysen stützen sich u. a. die diesem Artikel zugrunde liegenden Überlegungen zur Gewerkschaftstheorie. Vgl. auch: Von „Die Septemberstreiks '69“ zu „Soziale Bewegungen, in: 10 Jahre IMSF — Marxistische Forschung für die Arbeiterbewegung, Frankfurt/Main 1978, S. 26—31.

11 Michael Schumann, Frank Gerlach, Albert Gschlössl, Petra Milhoffer, Am Beispiel der Septemberstreiks. Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse? Frankfurt/Main 1971.

12 Willi Dzielak, Wolfgang Hindrichs, Helmut Markus, Verena Stanislawski, Wolfram Wassermann, Belegschaften und Gewerkschaft im Streik, Am Beispiel der chemischen Industrie, Frankfurt/New York 1978; und Willi Dzielak, Wolfgang Hindrichs, Helmut Markus, Den Besitzstand sichern! Der Tarifkonflikt 1978 in der Metallindustrie Baden-Württembergs, Frankfurt/New York 1979.

13 Institut zur Erforschung sozialer Chancen, Die Tariffbewegung 1976 in der Druckindustrie, Köln 1976.

14 In der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes“ (Westberlin), sowie in deren Vorläufer „Sozialistische Politik“ (Hefte 1—10) wurden zu Fragen der Gewerkschaftstheorie und verwandter Gebiete Artikel von Autoren mit variierenden theoretischen Ansätzen veröffentlicht, die im analytischen Grundmuster jedoch übereinstimmen. Als erstes erschien in SOPO 6—7/1970 von Wolfgang Müller und Christel Neusüß „Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital“. Ein „Redaktionskollektiv Gewerkschaften“ brachte in PROKLA 2/1972 „Thesen zur Gewerkschaftsanalyse“ heraus sowie in PROKLA 13/1974 „Bedingungen sozialistischer Gewerkschaftspolitik“ (weitere Artikel in PROKLA 3/72, 4/72, 5/72, 8—9/73, 10/73 und 19—21/75). Schließlich schrieben Bernhard Blanke, Ulrich Jürgens und Hans Kastendiek in PROKLA 14—15/1974 „Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates“ (dieselben Autoren veröffentlichten 1975 auch ein Buch zum Thema). Alle diese Ansätze gehen von der „Staatsableitung“ aus der Warenproduktion aus. Die rigideste Position enthielt der Aufsatz von Müller/Neusüß, die jede Art von gewerkschaftlicher Forderung an den Staat für illusionär und gefährlich und die Zerschlagung des Staates als einzig legitimes Ziel erklärten. Ähnlich, wenn auch etwas differenzierter, argumentierten Blanke/Jürgens/Kastendiek, die gleichzeitig einen Funktionswandel der Gewerkschaften in staatsähnliche Repressionsorgane glaubten erkennen zu können. Das „Redaktionskollektiv Gewerkschaften“ betrachtete die zyklischen Krisen als das Medium zur Durchbrechung der „Sozialstaatsillusion“ und des Reformismus. Auf diese theoretischen Arbeiten wird hier nicht weiter eingegangen, weil sie schon Jahre zurückliegen, vor allem aber weil sie so abstrakt angelegt sind, daß Fragen zu den aktuellen Problemen der Gewerkschaftstheorie gar nicht gestellt, geschweige denn beantwortet werden. Einen Beitrag zu den Diskussionen, die heute geführt werden müssen, stellen sie nicht dar.

Bereich der Gewerkschaftsforschung konzentriert. Nach der Literaturstudie von *Evelies Mayer*¹⁵ wurde 1975 eine umfangreiche Studie zur tarifpolitischen Praxis der Gewerkschaften, zu ihren Zielen und Durchsetzungsformen, ihrem Selbstverständnis und ihren innerorganisatorischen Voraussetzungen veröffentlicht, die später durch die Auswertung einer Funktionärsbefragung ergänzt wurde.¹⁶ Hinzu kamen einzelne Fallstudien.¹⁷ Mit politischem Anspruch wurden Ergebnisse dieser und auch anderer Arbeiten von Mitarbeitern des ISF wie *Otto Jacobi* und *Walther Müller-Jentsch* und dem Oldenburger Professor *Eberhard Schmidt* als Herausgeber in der seit 1972 erscheinenden Reihe „Gewerkschaften und Klassenkampf — Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch“ popularisiert.¹⁸ 1975 wurde am ISF, ebenfalls gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die „Projektgruppe Gewerkschaftsforschung“ gebildet, die seitdem neben einigen theoretischen Vorarbeiten kontinuierlich vergleichende Analysen der Tarifbewegungen und Streiks in mehreren Industriebranchen veröffentlicht.¹⁹

In den „Beiträgen zur Soziologie der Gewerkschaften“, herausgegeben von *Joachim Bergmann*, ist ein Querschnitt von solchen gewerkschaftsanalytischen Arbeiten enthalten, die von demselben oder einem ähnlichen theoretischen Ansatz wie die Autoren des ISF ausgehen.²⁰

Es ist nicht erstaunlich, daß neben den zahlreichen empirischen Arbeiten, von denen nur ein kleiner Ausschnitt genannt werden konnte, auch das theoretische Interesse an der Funktionsbestimmung der Gewerkschaften im heutigen Kapitalismus zunahm. Nach den Arbeiten von *N. Auerbach* und *A. Losowski* in den zwanziger und dreißiger Jahren hatte es lange keine geschlossenen Darstellungen der Marxschen Gewerkschaftstheorie mehr gegeben.²¹ In den Vorarbeiten zu der Studie des ISF „Gewerkschaften in der Bundesrepublik“ faßte *W. Müller-Jentsch* seine *Marx-Interpretation* zusammen²², die ebenso wie die Schrift von *Rainer Zoll*^{22a} von Kritikern als syndikalistisch verengt bezeichnet wur-

15 Evelies Mayer, Theorien zum Funktionswandel der Gewerkschaften, Frankfurt/Main 1973.

16 Joachim Bergmann/Otto Jacobi/Walther Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik I, Frankfurt/Köln 1975; Joachim Bergmann/Walther Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Bd. 2: Gewerkschaftliche Lohnpolitik im Bewußtsein der Funktionäre, Frankfurt/Main 1977.

17 Dietrich Hoß, Die Krise des „Institutionalisierten Klassenkampfes“. Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg 1963, Frankfurt/Köln 1974; Rainer Deppe/Richard Herding/Dietrich Hoß, Sozialdemokratie und Klassenkonflikte, Frankfurt/New York 1978.

18 Otto Jacobi/Walther Müller-Jentsch/Eberhard Schmidt, Gewerkschaften und Klassenkampf — Kritisches Jahrbuch, Frankfurt/Main 1972 (jährlich bis 1975), dann: Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch, Berlin (West) 1978 ff.

19 Projektgruppe Gewerkschaftsforschung, Die Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit im Kontext der sozio-ökonomischen Entwicklung. Zwischenbericht 1976 — Erster Teil: Theoretische Vorarbeiten und Zweiter Teil: Methodische Vorarbeiten, Empirische Analysen, Frankfurt/Main 1976; dies., Tarifpolitik unter Krisenbedingungen, Frankfurt/Main 1977; dies., Tarifpolitik 1977, Frankfurt/New York 1978.

20 Joachim Bergmann (Hg), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt/Main 1969.

21 N. Auerbach, Marx und die Gewerkschaften, Berlin und Leipzig 1922, und A. Losowski, Marx und die Gewerkschaften, Zürich 1934.

22 Walther Müller-Jentsch, Materialien zur Gewerkschaftstheorie, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 3, Frankfurt/Main 1975, S. 27 ff.

22^a Das Buch von Rainer Zoll (*Der Doppelcharakter der Gewerkschaften*, Frankfurt/Main 1976) ist ein extremes Beispiel für das dogmatische Verfahren, Marx-Zitate als Etikett der heutigen Realität zu benutzen. Er referiert Aussagen von Karl Marx zur Gewerkschaftsfrage, stellt daneben Beispiele von heute und unterstellt: So ist es immer noch. Die Gewerkschaftsanalyse wird in Analogien aufgelöst. Dieses „Verlängerungsverfahren“ (W. Müller-Jentsch) hat mit produktiver Forschungsarbeit so wenig zu tun, daß sich eine eingehendere Aus-

de. Ein Autorenkollektiv der „Projektgruppe Klassenanalyse“ trug ebenfalls wichtige Aussagen von *Marx* und *Engels* zur Funktion der Gewerkschaften zusammen.²³ Eine knappe Darstellung von *Georg Fülberth* findet sich in der „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“.²⁴ *Frank Deppe* hat jüngst versucht, ausgehend von dem Marx-schen Gewerkschaftsverständnis die Theorie zur Funktion der Gewerkschaften im gegenwärtigen Stadium des Kapitalismus, des SMK, weiterzuentwickeln.²⁵

Die Diskussion gewerkschaftstheoretischer Fragen steckt, auch wenn die Fülle der angeführten Literatur einen anderen Eindruck vortäuschen mag, noch in den Anfängen.²⁶ Im folgenden soll diskutiert werden, welche theoretischen Ansätze und teilweise auch empirischen Befunde sich bei der Analyse der gegenwärtigen Bedingungen gewerkschaftlicher Politik als ergiebig und tragfähig erweisen.

Ausgespart bleiben aus diesem Überblick die Entwicklung des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses, der gewerkschaftlichen Programmatik ebenso wie die Beiträge und Diskussionen in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Tätigkeit des „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts“ (WSI) des DGB.²⁷

einandersetzung an dieser Stelle erübrigt. Zur Kritik von Zolls Marx-Interpretationen vgl. Frank Deppe, *Autonomie und Integration — Materialien zur Gewerkschaftsanalyse*, Marburg 1979, S. 99 ff.

23 Die Arbeiten des PKA zur Gewerkschaftstheorie werden hier nicht berücksichtigt. 1976 erschien „Marxistische Gewerkschaftstheorie. Eine Einführung“, 1979 die Untersuchung „Gesellschaftsbewußtsein und Gewerkschaften“, außerdem eine Reihe von Artikeln in der Zeitschrift „Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus“ (u. a. Hefte 17/1978 und 21/1979). Ähnlich wie die Autoren aus PROKLA geht das PKA von einer ahistorischen Betrachtungsweise der gesellschaftlichen Entwicklung aus. Die kapitalistische Gesellschaftsformation wird als ein sich auf immer gleicher Ebene reproduzierender Kreislauf betrachtet; innere qualitative Veränderungen (vor allem der Übergang zum Monopolkapitalismus) werden bestritten. Veränderte geschichtliche Existenzbedingungen z. B. der Gewerkschaften sind daher kein Untersuchungsgegenstand (weshalb das PKA auch kein Wort zu den historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung verliert). Vielmehr werden — ähnlich wie bei Zoll — Aussagen von Marx abstrakt auf die heutige Realität übertragen. Die Gewerkschaftsgeschichte wird als ein Prozeß der notwendigen Höherentwicklung des Arbeiterbewußtseins interpretiert, der sich wiederum aus der Erkenntnis entsprechend dem Ausmaß der Entfaltung der kapitalistischen Widersprüche speise. Auf diese Weise wird einem ideologischen Determinismus das Wort geredet: die Verschärfung der Widersprüche müsse zur Radikalisierung der Arbeiterklasse nach links führen. Auf dieser Grundlage ist eine Auseinandersetzung mit verschiedenen ideologisch-politischen Strömungen innerhalb der Gewerkschaften nicht mehr möglich: Die jeweilige Gewerkschaftspolitik erscheint als Reflex der ideologischen Situation an der Basis. Das PKA ist deshalb nicht in der Lage, Orientierungen zur Gewerkschaftspolitik zu erarbeiten. Allenfalls sieht man seine Aufgabe darin, den Gewerkschaften die Problemkreise zu nennen, die sie bewältigen müßten. De facto wird die derzeit vorherrschende integrationsistische Strömung in den Gewerkschaften beschönigt und entschuldigt. Das PKA hat zwar bei bestimmten Einzelfragen (z. B. Gewerkschaftsbürokratie) sektiererische Standpunkte vermieden, ist jedoch nicht in der Lage, zu den heute anstehenden Fragen diskutierenswerte Antworten zu geben.

24 Georg Fülberth, *Probleme der Gewerkschaften in der Theorie von Karl Marx und Friedrich Engels*, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, Köln 1977, S. 32 ff.

25 Frank Deppe, *Autonomie und Integration*, a. a. O.

26 Die potentielle politische Brisanz einer solchen notwendigen Diskussion wird durch den Konflikt um die „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ demonstriert, in dem ein theoretischer Meinungsstreit von interessierter Seite politisch funktionalisiert wurde, um Kritik an sozialpartnerschaftlicher Politik und Ideologie in Geschichte und Gegenwart einzudämmen. Vgl. zu dieser Diskussion Frank Deppe / Georg Fülberth / Jürgen Harrer, *Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung (I + II)*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 4/1979, S. 488—498 und H. 5/1979, S. 569—596.

27 Zur gewerkschaftlichen Programmdiskussion vgl. den Beitrag von Frank Deppe und die Dokumente in:

III. Funktionswandel der Gewerkschaften? Zu einer Literaturstudie von *Evelies Mayer*

Eine der ersten Arbeiten, in denen mit marxistischem Anspruch versucht wurde, neue Erscheinungen der Gewerkschaftspolitik wissenschaftlich zu verallgemeinern und strategische Schlußfolgerungen zu ziehen, wurde von *Evelies Mayer* 1973 vorgelegt.²⁸ Bemerkenswert ist, daß die Autorin darauf verzichtet, eine genauere ökonomische Untersuchung des heutigen Kapitalismus ihrer Analyse zugrunde zu legen. Sie setzt den Abschluß einer strukturellen Entwicklung zum „organisierten Kapitalismus“ als gegebene Tatsache voraus. Daraus leitet sie folgende Konsequenzen ab:

„Die zunehmende Kapitalkonzentration und -zentralisation zerstört mit der oligopolistischen Organisierung der Märkte die soziale Grundlage, an der die Ideologie eines sich selbst regulierenden Marktsystems anknüpfen konnte, in doppelter Weise. Zum einen erfordert dies die Erweiterung der staatlichen Bürokratie und die Differenzierung des Instrumentariums, mit dem steuernd in den ökonomischen Prozeß eingegriffen werden soll. Zum anderen zwingt sie das industrielle Proletariat, seine Interessen überregional und organisiert durchzusetzen. Das um so mehr, als mit dem Bedeutungsverlust des Parlaments . . . die direkte Einflußnahme organisierter Kapitalinteressen auf die Staatsbürokratie zunimmt.

In dem Maß, wie der Wirtschaftsprozess auf eine dauerhafte politische Regulierung angewiesen ist, entsteht ein hochorganisiertes kapitalistisches System, in dem staatliche Interventionen in den Wirtschaftsablauf und die Organisierung und Politisierung privater Gruppeninteressen sich gegenseitig bedingen. Die Verbände, unter ihnen die Gewerkschaften, erhalten einen quasi-öffentlichen Charakter. Ihre Funktionen beziehen sich nicht mehr nur auf Auseinandersetzungen in einem gleichsam vorstaatlichen Freiheitsraum. Als öffentliche Funktionen sind sie auf die Beeinflussung der politischen wie sozialen Prozesse gleichermaßen gerichtet.“²⁹

Schon hier wird deutlich, daß der Ansatzpunkt von *Mayer* nur zum Teil dem der SMK-Theorie seit Mitte der sechziger Jahre entspricht. Diese hatten die Herausbildung von produktions- und marktbeherrschenden Strukturen als ein äußerst widersprüchliches Ergebnis der Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise insgesamt analysiert. Das Monopolkapital und die Verflechtung seiner Macht mit der des Staates sind die privatkapitalistische „Antwort“ auf Existenzbedingungen, die das Privateigentum an Produktionsmitteln in Frage stellen. Beim heutigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte und angesichts der Spaltung der Welt in zwei antagonistische Systeme ist kapitalistische Produktion nur noch als SMK möglich. Aber derartige Strukturen lösen die entstandenen Widersprüche nicht, sondern verlagern sie auf andere Ebenen. Dadurch werden die Erfolge, auch die Integration der Gewerkschaften, notwendigerweise in Frage gestellt.

Bei *Mayer* scheint die Herausbildung des organisierten Kapitalismus das bruchlose Ergebnis der Kapitalkonzentration und -zentralisation zu sein; ein System, das aus sich selbst heraus nicht in Frage gestellt wird. Die staatlichen Regulierungsmaßnahmen („Glo-

IMSF (Hrsg.), DGB wohin? Dokumente zur Programmdiskussion, eingeleitet von Frank Deppe, Frankfurt/Main 1978. (Zur Tätigkeit des WSI vgl. auch den Beitrag von Klaus Priester in diesem Band.)

28 *Evelies Mayer*, Theorien . . . , a. a. O.

29 ebenda, S. 17.

balsteuerung“) erscheinen als prinzipiell erfolgversprechend, sofern es ihnen gelingt, die dafür notwendigen Voraussetzungen (vor allem eben die Integration der Gewerkschaften) zu schaffen. Diese Annahme ist jedoch fragwürdig, weil die staatsmonopolistische „Globalsteuerung“ die entscheidenden volkswirtschaftlichen Kennziffern (Investitionen, Produktionen usw.) unter privatkapitalistischem Kommando beläßt und allenfalls indirekt beeinflussen kann.

Mayer begründet die Notwendigkeit der Einbeziehung der Gewerkschaften in die staatliche Regulierung u. a. damit, daß zu hohe Löhne die Inflation anheizen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit verschlechtern würden.³⁰ Das trifft insoweit zu, als die Inflationsrate für den BRD-Imperialismus zur strategischen Kennziffer für den Erfolg seiner außenwirtschaftlichen Expansionsbestrebungen geworden ist.³¹ Aber die Politik der „Lohnleitlinien“ wird nicht von einem „objektiven“ gesellschaftlichen Gesamtinteresse aus betrieben, sondern im Interesse der Durchsetzung der o. g. Monopolstrategie. Deshalb ist eine erfolgreiche „Einkommenspolitik“ (wie 1975/76) zwar in der Lage, die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern, nicht jedoch den Volkswirtschaftsprozess unter Vermeidung größerer Widersprüche zu lenken. Ergebnis dieser Politik sind die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, Bankrottwellen, verschärfte staatliche Repression usw., also insgesamt Faktoren, die den Erfolg der Integrationspolitik in Frage stellen können.

Nach *Mayers* Analyse produziert das (heutige) kapitalistische System Sachzwänge, die den Gewerkschaften gar keine andere Wahl lassen, als aktiv an der staatlichen Regulierung teilzunehmen — es sei denn, sie würden dem System prinzipiell den Kampf ansagen. Diese Überlegung stützt sich darauf, daß die widerspruchsfreie Regulierung prinzipiell möglich sei. Diese Behauptung widerspricht aber der praktischen Erfahrung ebenso wie theoretischen Überlegungen: Die „Globalsteuerung“ ist eine Struktur, die dem kapitalistischen Privateigentum widerspricht und die ihm durch den Druck der äußeren Verhältnisse aufgezwungen wird. Sie ist Ausdruck der historischen Überlebtheit des kapitalistischen Systems.

Diese innere Widersprüchlichkeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus produziert immer wieder Konflikte mit den Interessen der Arbeiterklasse, die die Gewerkschaften zu irgendeiner Form von Stellungnahme zwingen (z. B. Rationalisierungen). *Mayer* macht es sich deshalb zu einfach, wenn sie aus der herrschaftstechnischen Notwendigkeit einer Einbindung der Gewerkschaften schon den erfolgreichen Vollzug dieser Politik ableitet. Eine Analyse der Entwicklung der inneren Widersprüche des SMK bietet die Möglichkeit, jene Bruchstellen herauszufinden, an denen die staatlich regulierte Profitpolitik am schärfsten mit den Interessen der Arbeiter und Angestellten kollidiert, und wo die Ansatzpunkte für eine stärkere gewerkschaftliche Interessenvertretung liegen.

Mayers Argumentation scheint die Annahme zugrunde zu liegen, daß es auf kapitalistischer Grundlage für bestimmte Probleme immer nur eine Lösungsmöglichkeit gibt. Nur so gibt die Einbindung der Gewerkschaften qua „Sachzwang“ einen Sinn. Dem ist jedoch zu widersprechen. Der gewerkschaftliche Kampf ist in der Lage, dem Kapital bestimmte Formen der Entwicklung aufzuzwingen oder ihm bestimmte Formen abzuschneiden, oh-

³⁰ ebenda, S. 114.

³¹ vgl. hierzu Heinz Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD: Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven. Entwicklungstendenzen 1973 bis 1978, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 1/1978, Frankfurt/M. 1978, S. 9 ff.

ne daß deswegen das Kapitalverhältnis selbst in Frage gestellt werden würde. Auf dieser Ebene können die Entwicklungsperspektiven der Gewerkschaften gesehen werden. Die heutige, unmittelbare Alternative heißt nicht Anpassung oder Revolution, sondern Unterordnung unter die Profitinteressen oder eigenständige Interessenpolitik.

In gewisser Form scheint das auch Mayer zu sehen, wenn sie schreibt, daß fortschrittliche Gewerkschaftspolitik die Positionen, die im Zuge der Einbindung der Gewerkschaften zugestanden worden sind, ausnutzen könne, um stärkeren Einfluß auf staatliches Handeln auszuüben. Das stützt sich darauf, daß das staatliche Handeln (nicht die Entwicklung des SMK!) in sich widersprüchlich sei, weil es einerseits das Wirtschaftswachstum, andererseits die Loyalität der Bevölkerung zu garantieren habe.³² Auf dieser Basis könnten Gewerkschaften „ihre Position in gesamtwirtschaftlichen Planungsprozessen offensiv nutzen und die Grenzen kapitalistischer Rationalität an der Funktionsweise ihrer Institutionen verdeutlichen. Gerade wenn sie sich weigerten, blindlings den... Ergebnissen zentraler Steuerungsprozesse zu folgen, und gleichzeitig versuchten, eine Diskussion um Prioritäten und Zielsetzungen staatlicher Wirtschaftspolitik zu entfachen, könnten sie neue Impulse für die Aktualisierung von Klassenauseinandersetzungen geben“.³³

Diese Orientierung ist nur scheinbar differenzierter. Fortschrittliche Gewerkschaftspolitik kann sich nicht damit begnügen, die „Grenzen kapitalistischer Rationalität“ (wo liegen diese?) zu „verdeutlichen“. Real bildet die Grenze z. B. für Lohnerhöhungen nicht die kapitalistische Rationalität, sondern das „Kräfteverhältnis der Kämpfenden“ (Marx).^{33a} Eine an den Klasseninteressen orientierte Gewerkschaftspolitik muß versuchen, auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse (nicht jedoch in Unterwerfung unter die Profitbedürfnisse des Kapitals) bestimmte Lösungswege durchzusetzen, die Zugeständnisse seitens des Kapitals und damit die Sperrung der reaktionärsten (den Profitinteressen am direktesten entsprechenden) Wege bedeuten. In jedem Fall geht es aber darum, konkrete gewerkschaftspolitische Ziele auch wirklich durchzusetzen; beim Kampf hierum bildet sich Klassenbewußtsein. Eine Politik, die das Ziel hat, die Erfolglosigkeit bestimmter Kampfziele zu demonstrieren, kann höchstens Resignation erzeugen.

Entscheidender Mangel an Mayers Untersuchung bleibt die oberflächliche ökonomische Analyse, die im wesentlichen die Behauptungen der bürgerlichen Ökonomen über die Tauglichkeit der „Globalsteuerung“ für bare Münze nimmt. Die Negierung der inneren Widersprüchlichkeit der Entwicklung des SMK verbaut den Blick auf die Widersprüchlichkeit der Einbindung der Gewerkschaften und auf die Ansatzpunkte zur Überwindung dieser Struktur (die sich übrigens in den letzten Jahren auch in der Bundesrepublik deutlich zeigen).

IV. Gewerkschaften als „intermediäre Organisationen“? Zur Gewerkschaftsanalyse des ISF

Nach der ersten, mehr überblickartigen Schrift von Evelies Mayer von 1973 erschien 1975 gleichfalls von Mitarbeitern des Frankfurter Instituts für Sozialforschung eine Studie zur Funktion der Gewerkschaften, die zu den bisher datailliertesten Untersuchungen

32 Evelies Mayer, Theorien..., a. a. O., S. 109.

33 ebenda, S. 149 f.

33a Karl Marx, Lohn, Preis und Profit, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke Bd. 16, S. 149.

zählt.³⁴ Aus diesem Grunde wird auf die Ergebnisse dieser Forschungsgruppe ausführlicher eingegangen.

Ebenfalls ausgehend von Veränderungen der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen, für die *Bergmann u. a.* vor allem in der staatlichen Einkommenspolitik den wesentlichen Indikator sehen, sollen die Funktionen gewerkschaftlicher Organisationen im gegenwärtigen Kapitalismus untersucht und die Widersprüche gewerkschaftlicher Politik angemessen begrifflich gefaßt werden. Das Hauptproblem gewerkschaftlicher Theoriebildung wird in der Verschränkung von folgenden drei Fragestellungen bzw. Funktionen gesehen: „1. Was leisten die Gewerkschaften für die ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder? 2. Was leisten die Gewerkschaften für die Emanzipation der Arbeiterklasse? 3. Welche Funktionen haben Gewerkschaften im spätkapitalistischen System? Welches ist ihr Beitrag zur Stabilität oder Instabilität dieses Systems?“³⁵

1. Die These vom Autonomieverlust der Gewerkschaften

Die generelle These der Autoren besagt, daß die Gewerkschaften im Laufe historischer Veränderungen ihren autonomen Charakter eingebüßt haben: „Im gegenwärtigen Kapitalismus können Gewerkschaften jedoch nicht mehr als autonom handelnde Interessenorganisationen der Lohnabhängigen angesehen werden. Der Einfluß ihrer Tarifpolitik auf den ökonomischen Gesamtprozeß ist heute ungleich größer, vor allem kalkulierbarer als früher.“³⁶

Ähnlich wie *E. Mayer* behaupten *Bergmann u. a.* mit Hinweisen auf *Marx*, daß im Kapitalismus der freien Konkurrenz die Gewerkschaften noch autonom waren, ohne allerdings ihren Autonomie-Begriff näher zu definieren. Er erscheint so lediglich als Beschreibung des Zustandes vor dem „Sündenfall“ der Integration in den weiteren Entwicklungsphasen der kapitalistischen Gesellschaft. Da jedoch die Arbeiterklasse wie auch ihre Organisationen Resultat der Entfaltung des Kapitalverhältnisses zum gesellschaftlich bestimmenden Verhältnis sind, unterlagen und unterliegen sie den kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten auf jeder Entwicklungsstufe und können insofern nicht von vornherein als autonom gegenüber diesen betrachtet werden. *Frank Deppe*, der in seiner Studie „Autonomie und Integration“ diese Problematik behandelt hat, faßt den Zusammenhang folgendermaßen: „Die gewerkschaftliche Organisation und Praxis — als die Form der kollektiven Reproduktionsinteressen der Arbeitskraft — unterliegt also bestimmten Gesetzen und Zwängen, die sie nicht autonom setzt, sondern die ihr durch Struktur und Bewegung der kapitalistischen Produktionsweise vorgegeben werden. Diesen Bedingungen ihrer eigenen Existenz kann sie sich nicht willkürlich und subjektivistisch entziehen. Damit ist zugleich die Erkenntnis einer prinzipiellen Beschränkung gewerkschaftlicher Autonomie verbunden.“³⁷ *Deppe* zeigt, daß der Nachweis der Notwendigkeit der Gewerkschaften als „Schutz- und Abwehrkoalition“, als „Sammelpunkte des Widerstandes“ der Arbeiterklasse keineswegs mit der Bestimmung ihrer Autonomie zusammenfällt. „Autonomie

34 Joachim Bergmann / Otto Jacobi / Walther Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen, a. a. O.

35 ebenda, S. 16.

36 ebenda, S. 18.

37 Frank Deppe, Autonomie und Integration, a. a. O., S. 91. Auf diese Studie wird noch ausführlich eingegangen werden.

kann sich nur im Prozeß der Konstitution der ‚Klasse für sich selbst‘ entwickeln — einem Prozeß, der mit der Aufhebung der ‚Konkurrenz der Arbeiter unter sich‘ beginnt, sich fortentwickelt in den Kämpfen für die Erringung des Koalitionsrechtes zur ‚Aufrechterhaltung der Assoziation‘ bis hin zur organisierten Repräsentanz der allgemeinen und vereinheitlichten Reproduktionsinteressen der Arbeit gegenüber dem Kapital und dem bürgerlichen Staat.“³⁸ Die Veränderungen, die *Bergmann u. a.* für Bedingungen und Inhalte gewerkschaftlicher Politik beschreiben, sind nicht mit der These vom „Autonomieverlust“ zu fassen.

Als neues Moment der „befestigten“ gegenüber der „klassischen“ Gewerkschaft wird die Einbindung in die „Funktionszusammenhänge der spätkapitalistischen Ökonomie“ bezeichnet.³⁹ Grundlage ist ein objektiver historischer Prozeß, der in einem Zitat von *Franz Neumann* charakterisiert wird: „Geschichtlich hat das Verhältnis von Staat und Gewerkschaften vier Stadien durchlaufen: vom Verbot über die Duldung zur Anerkennung und zur Inkorporierung der Koalitionen.“⁴⁰ *Bergmann u. a.* bezeichnen diese Entwicklung in Anlehnung an den konservativen Theoretiker *Götz Briefs* als „Befestigung“ der Gewerkschaften.

Der Veränderung der gesellschaftlichen Stellung und Bedeutung der Gewerkschaften liegen drei Entwicklungsprozesse zugrunde: 1. Die Konzentration und Zentralisation der gewerkschaftlichen Organisation als Antwort auf den Konzentrationsprozeß des Kapitals, aber auch gefördert durch staatliche Eingriffe, läßt die Einheitsgewerkschaft zu einem Machtpotential werden, das die „klassischen“ Gewerkschaften, zersplittert in Richtungsgewerkschaften und Berufsverbände, nie besaßen. Zwar wird gelegentlich von *Bergmann u. a.* konzediert, daß dieser Prozeß für die Erhaltung der Schlagkraft der gewerkschaftlichen Organisation unumgänglich gewesen ist, doch wird die Entwicklung insgesamt als Durchsetzung eines „bürokratischen Zentralismus“, als „Anhäufung von Entscheidungskompetenzen in den Spitzen der Verbände“ mit Einschränkungen der innergewerkschaftlichen Demokratie gewertet.⁴¹ An anderer Stelle werden von Autoren des ISF die Durchsetzung des Industrieverbandsprinzips und der Zusammenschluß zur Einheitsgewerkschaft vorrangig als Momente einer „Konfliktverminderung“ interpretiert.⁴²

Durch die eher organisationssoziologische Sichtweise wird der Blick dafür verstellt, daß diese organisatorische Vereinheitlichung auch ein Moment des Bildungsprozesses der Arbeiterklasse reflektiert und die Einheit des Klassenhandelns zu fördern vermag. Die Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik und die Entstehung des DGB nach 1945 zeigen, daß die Durchsetzung der Einheitsgewerkschaft mit industriegewerkschaftlichem Organisationsprinzip keineswegs spontan verlief, sondern politischer Anstöße bedurfte, die in den zwanziger Jahren von den Linken und nach 1945 durch die Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandes gegeben wurden.

Zuzustimmen ist den Autoren, daß das damit entstandene gewerkschaftliche Machtpotential „auch in den Dienst von Ordnungsfunktionen treten kann“.⁴³

38 ebenda, S. 98.

39 *Bergmann u. a.*, a. a. O., S. 20.

40 *Franz Neumann*, *Koalitionsfreiheit und Reichsverfassung*. Berlin 1932, S. 3, zit. n. *Bergmann u. a.*, a. a. O., S. 389 (Anm. 28 zu Kap. I).

41 *Bergmann u. a.*, a. a. O., S. 21 und 270 ff.

42 Projektgruppe Gewerkschaftsforschung, *Die Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit...*, Erster Teil, a. a. O., S. 119/120.

43 *Bergmann u. a.*, a. a. O., S. 22.

2. „Institutionalisierung des Klassenkampfes“

Die „Institutionalisierung des Klassenantagonismus“, die „institutionelle und rechtliche Einfriedung des Klassenkampfes“ wird als zweite folgenreiche Entwicklung beschrieben. Mit dem Begriff der „Institutionalisierung des Klassengegensatzes“, den die Autoren von dem Soziologen *Theodor Geiger* übernehmen, soll verdeutlicht werden, wie soziale Interessengegensätze entschärft und kanalisiert werden.⁴⁴

Der „Dauerkonflikt zwischen Kapital und Lohnarbeit“ wird „durch Staat und Öffentlichkeit anerkannt und rechtlich legitimiert“, zugleich aber auch durch „Regeln einer kontrollierten Konfliktaustragung“ eingedämmt.⁴⁵ Die weitgehende, durch Gesetz und Arbeitsrechtsprechung betriebene Normierung der Tarifauseinandersetzungen wird als Tendenz zur „Verrechtlichung des Arbeitskampfes“ bezeichnet.⁴⁶ In theoretischen Überlegungen der „Projektgruppe Gewerkschaftsforschung“ am Institut für Sozialforschung wird in Anlehnung an die Arbeiten von *H. Weitbrecht* insbesondere die Tarifautonomie als Prozeß der Konfliktregelung und Normsetzung zwischen Kapital und Arbeit definiert.⁴⁷ „Die allgemeinste Funktion der Tarifautonomie besteht darin, die der Kapitallogik entgegenwirkenden Kräfte zu integrieren und den Kapitalverwertungsprozeß störende Momente einzudämmen.“⁴⁸ Die Behauptung, daß durch die Tarifautonomie „der Klassenkampf auf spezifische Formen der Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit, auf industrielle Beziehungen eingegrenzt werden“ kann, widerspricht den an anderer Stelle ausgebreiteten Fakten, die eine Einbindung der Tarifauseinandersetzungen in den staatlich regulierten Wirtschaftsprozeß und damit die politische Dimension dieses Konflikts zwischen Kapital und Arbeit belegen.⁴⁹

Es fällt auf, daß die Tarifautonomie, das rechtliche System der Tarifverträge, oder auch andere soziale und politische Rechte selten oder nur am Rande als Resultate des Drucks und des Kampfes der Arbeiterklasse von den Autoren gesehen werden. Damit wird außer acht gelassen, daß gerade in der deutschen Geschichte entscheidende gewerkschaftliche Rechte meist im Ergebnis zugespitzter Klassenauseinandersetzungen von den Herrschenden zugestanden wurden (nach 1918 und 1945) und dann im Prozeß der Veränderung der Kräfteverhältnisse in ein System der „Konfliktabsorption“ verwandelt werden konnten. Es wird aber auch von den Autoren vernachlässigt, daß im Rahmen solcher zugunsten des Monopolkapitals verschobenen Kräftekonstellationen soziale Rechte nicht nur „umfunktioniert“ sondern sukzessive eingeschränkt und abgebaut werden. So ist gerade die Tarifautonomie insbesondere durch die reaktionäre Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts in den fünfziger und sechziger Jahren zunehmend eingeengt worden. Ebenso kann „das Instrumentarium der staatlichen Einkommenspolitik“ nicht „als notwendige Ergänzung der Tarifautonomie im Spätkapitalismus angesehen werden“⁵⁰, sondern als ihre folgenreichste Einschränkung durch den Staat, um die kapitalistischen Verwertungsbedingungen zu verbessern.

Die Spezifik der Integrationspolitik in der Bundesrepublik besteht ja darin, daß die Ge-

44 Theodor Geiger, *Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel*, Köln-Hagen 1949.

45 Bergmann u. a., a. a. O., S. 23.

46 ebenda, S. 24.

47 Vgl. H. Weitbrecht, *Effektivität und Legitimität der Tarifautonomie*, Berlin (West) 1969.

48 Projektgruppe Gewerkschaftsforschung, *Die Austauschbeziehungen...*, Erster Teil, a. a. O., S. 27.

49 ebenda, S. 26. Vgl. dagegen S. 165 ff.

50 ebenda, S. 29.

werkschaften und die Tarifautonomie prinzipiell anerkannt, zugleich aber ihre Handlungsspielräume eingeengt wurden. Frank Deppe weist darauf hin, daß die Wirkungsweise der „Verrechtlichung“ und „Institutionalisierung“ der Klassenauseinandersetzung „nur im Zusammenhang der Frage beantwortet werden (kann), warum die Gewerkschaften die rechtliche und politische Beschränkung ihrer Handlungsautonomie letztlich hingenommen haben“.⁵¹

Die rechtliche Normierung der gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen sowie die institutionelle Einbeziehung von Vertretern der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften in Organe kapitalistischer Unternehmen und in staatliche Gremien ist immer gekoppelt worden mit der Verpflichtung auf ein „Gemeinwohl“ und eine „sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit“, um eine eindeutige Bindung der Arbeitervertreter an ihre Klasseninteressen zu verhindern.

Für einen Teilbereich der Einbeziehung von Vertretern der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften in Organe bzw. die Leitung kapitalistischer Unternehmen in Form der Mitbestimmung wurden von Marxisten ausführliche theoretische und empirische Untersuchungen vorgelegt, die sowohl die zugrunde liegenden objektiven Prozesse, den Umfang und die Ziele des rechtlichen Wirkungsmechanismus, die politischen Konzeptionen als auch die Funktion der institutionellen Mitbestimmung in der sozialen Realität des Klassenkampfes analysieren.⁵²

Für die Analyse der sozialen Regulierungsfunktion der Mitbestimmung sind auch die strukturellen Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, vor allem die Vergesellschaftung der Reproduktions- und insbesondere der Leitungsprozesse, grundlegend. „Die Vergesellschaftung der Leitungsprozesse schafft aber die materiellen Voraussetzungen zur Hereinnahme von Vertretern der Arbeiterklasse in die Leitungsorgane bzw. zur Schaffung von Organen, die durch Vertreter der Arbeiterklasse und des Kapitals besetzt sind. Wie die bisherige Praxis zeigt, ist die Reichweite und Einflußmöglichkeit der so zusammengesetzten Gremien ohnehin begrenzt, da sich die Zentren staatsmonopolistischer Macht dieser Art Kontrolle entziehen. Diese Organe bieten jedoch die Möglichkeit, Kräfte aus der Arbeiterklasse in die Tätigkeit der kapitalistischen Unternehmensleitung einzubeziehen, wenn die Mitbestimmung integrationistischen Fesseln unterworfen werden kann. Das gilt gleichermaßen für überbetriebliche und staatliche Gremien. Es besteht auch hier die breite Möglichkeit der Einbeziehung von Vertretern der Arbeiterklasse in ein System bürokratisch-kapitalistischer Kontrolle im Interesse des Gesamtsystems und der Integration dieser Vertreter in dieses System.“⁵³ Der wachsende Grad der Vergesellschaftung ist sowohl die materielle Voraussetzung für die Mitbestimmung oder andere „Partizipationsformen“, er bedingt aber auch das wachsende Gewicht der Arbeiterklasse, dem durch solche Formen der Einbeziehung Rechnung getragen wird.

Es hängt von der Klarheit der Strategie und Politik der Organisationen der Arbeiterbewegung und der Entwicklung des Kräfteverhältnisses ab, ob diese objektiven Möglichkeiten zur Stärkung der Positionen der Arbeiterklasse genutzt werden können oder ob sie als

51 Frank Deppe, a. a. O., S. 85.

52 Vgl. zum Beispiel K. Schumacher, Partnerschaft oder Mitbestimmung, a. a. O. und IMSF (Hrsg.), Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a. a. O. Diese Untersuchungen werden von den Autoren des ISF nicht zur Kenntnis genommen.

53 IMSF (Hrsg.), Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a. a. O., S. 29.

Bestandteil der Integrationsstrategie zur Stabilisierung der Macht des Monopolkapitals dienen.

Die empirische Untersuchung des IMSF („Mitbestimmung als Kampfaufgabe“) zeigt, daß nicht der institutionelle Rahmen, der juristisch fixiert ist, das Entscheidende ist, sondern seine inhaltliche Ausfüllung. Sowohl die Hinnahme des institutionellen, rechtlichen Rahmens als absolute und nicht überwindbare Grenze des Handlungsbereiches als auch seine Betrachtung als Ausgangspunkt zur Erweiterung der wirklichen Positionen der Arbeiterklasse sind in der Realität als unterschiedliche Typen gewerkschaftlicher Interessenvertretung anzutreffen.

Bei *Bergmann u. a.* und dann auch in den Arbeiten der „Projektgruppe Gewerkschaftsforschung“ fällt auf, daß empirische Tatbestände der „Institutionalisierung“ und „Verrechtlichung“ sorgfältig und zweifellos meist zutreffend beschrieben werden, daß man dann jedoch bei der äußeren, formalen Seite der Probleme stehen bleibt. Auf die Konsequenzen, zu denen die Weiterentwicklung der „Institutionalisierungsthese“ in den Arbeiten der Autoren des Instituts für Sozialforschung bei der Analyse sozialer Kämpfe führt, wird später noch eingegangen werden.

Im Kern weisen die mit „Institutionalisierung“ und „Verrechtlichung“ der Klassenausinandersetzungen bezeichneten Sachverhalte auf ein erweitertes Wirkungsfeld des bürgerlichen Staates im staatsmonopolistischen Kapitalismus hin. „Mit der völligen Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus... läßt sich eine breite, relativ dauerhafte und wirksame Bindung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen an das System — wobei die bisherigen Methoden weiter angewendet werden — nur noch durch den Staat unmittelbar mit den ihm gemäßen Integrationsmethoden einer staatlich-rechtlichen Regulierung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit erreichen. Diese verstärkte Tätigkeit des Staates und seines Rechts ist ein spezieller Ausdruck neuer Wechselbeziehungen zwischen Politik, Ökonomie und Klassenkampf.“⁵⁴ Die staatlich-rechtliche Regulierung erfaßt auch die Bereiche, in denen die Klassenbeziehungen durch den ökonomischen Prozeß unmittelbar geregelt wurden.

Viele dieser „Rechte“ und „Institutionen“ sind einerseits Ergebnis des Drucks und des Kampfes der Arbeiterklasse und damit Konzessionen des Monopolkapitals und des Staates und können doch andererseits, solange das System als Ganzes nicht in Frage gestellt wird oder werden kann, zu Institutionen der „Konfliktabsorption“ und Systemstabilisierung werden. In den Arbeiten auf Grundlage der SMK-Theorie wird — im Gegensatz zu der Konzeption von *Bergmann u. a.* und der „Projektgruppe Gewerkschaftsforschung“ — der widersprüchliche Charakter dieser Prozesse hervorgehoben und darauf hingewiesen, daß die Integrationsstrategie und -politik der Monopolbourgeoisie keine eindimensionale Entwicklung darstellt.

„Es erweist sich aber immer wieder, daß die auf ökonomischen Tatsachen beruhenden gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte auf die Dauer stärker sind als die regulierende Rolle des bürgerlichen Rechts, und darum müssen auch immer wieder ‚härtere‘ Mittel angewandt werden.“⁵⁵ In der „Mitbestimmungsstudie“ des IMSF wird betont: „Die Politik der Integration stößt aber kontinuierlich an die vor allem an der Basis durchschlagenden und sich zu Konflikten entfachenden Widersprüche des Systems. Ihre notwendi-

54 Autorenkollektiv, Spätkapitalismus ohne Perspektive, Frankfurt/Main, 1970, S. 229.

55 ebenda, S. 232.

ge Ergänzung vom Standpunkt des Monopolkapitals muß die Politik der Integration deshalb in einer Politik der Repression gegenüber allen politischen Kräften der Arbeiterklasse finden, die eine gegen das System gerichtete Politik vertreten. Diese Repressionspolitik kulminiert in juristisch-politischen Maßnahmen (z. B. KPD-Verbot), sie schließt jedoch ebenso die Meinungsmanipulation und politisch-ideologischen Druck ein."⁵⁶

3. Einkommenspolitische Regulierung der Klassenbeziehungen

Als dritte Entwicklung und wichtige Komponente für die Gewerkschaftsanalyse wird von *Bergmann u. a.* die „staatliche Regulierung der Ökonomie“ durch Fiskal-, Geld- und Kreditpolitik genannt, die unter Bedingungen monopolistischer Konkurrenz notwendig geworden sei, um wirtschaftliches Wachstum zu sichern, die Vollbeschäftigung zu erhalten und inflatorischen Tendenzen entgegenzuwirken — also alles Ziele, die nicht erreicht werden konnten.⁵⁷ Ebenso kann die folgende Formulierung eines der Autoren, *Walther Müller-Jentsch*, nur die Zielsetzung, nicht aber die Realität dieser Politik wiedergeben: „Eine keynesianische Wachstums- und Vollbeschäftigungspolitik erwies sich als unerlässlich, um das kapitalistische Gesellschaftssystem gegen wirtschaftliche Depressionen und soziale Krisen abzusichern.“⁵⁸ Als Kern der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung bildete sich die Beeinflussung der Klassenbeziehungen in Form der Einkommenspolitik heraus. „Mit der Etablierung einer staatlichen Einkommenspolitik wird die traditionelle Form des institutionalisierten Klassenkonflikts um zwei entscheidende Elemente erweitert: erstens beteiligt sich nunmehr der Staat als eigenständiger, kontinuierlich intervenierender dritter Partner am Lohnbildungsprozeß; zweitens werden damit die bislang zweiseitigen Lohnverhandlungen explizit auf die Funktionsbedingungen des ökonomischen Gesamtprozesses bezogen.“⁵⁹

Die Einkommenspolitik bedeutet eine politisch-rechtliche Einschränkung der Tarifautonomie und des Handlungsspielraums der Gewerkschaften. Vor allem fixiert sie inhaltlich die gewerkschaftliche Politik auf Leitlinien staatlicher Wirtschaftspolitik. Dennoch: auch wenn die einkommenspolitischen Zielsetzungen durchgesetzt werden konnten, kann eine noch so ausgebaute „moderne“ staatsmonopolistische Regulierung nicht die Krisentendenz der kapitalistischen Entwicklung aufheben. Darauf wurde schon in der Kritik an *E. Mayer* hingewiesen.

Die Einkommenspolitik kann nur voll wirksam werden, solange eine Unterordnung der Gewerkschaften gesichert ist. In den spontanen Massenaktionen im September 1969 und im gewerkschaftlich organisierten Arbeitskampf in der Druckindustrie 1976 gelang es am eindeutigsten, im Streik die staatlichen Lohnleitlinien zu durchbrechen. Am Widerstand der Arbeiterklasse findet die Einkommenspolitik ihre Grenzen. Die Haltung zur staatlichen Einkommenspolitik und ihren Institutionen (Konzertierte Aktion) wurde zu einem wichtigen und umstrittenen Diskussionspunkt innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, der zentral mit der Formulierung und Durchsetzung einer autonomen Politik zusammenhängt.

56 Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a. a. O., S. 38.

57 *Bergmann u. a.*, a. a. O., S. 24 ff., S. 117/8.

58 *Walther Müller-Jentsch*, Zum Verhältnis von Staat und Gewerkschaften, in: *Elmar Altvater u. a.*, Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns — 10 Thesen, Frankfurt/Main 1976, S. 152.

59 ebenda, S. 153.

Der allgemeinen Feststellung von *Bergmann u. a.*, daß „die Gewerkschaftsvorstände... heute nicht mehr umhin (können), die gesamtwirtschaftlichen Folgen ihrer Lohnpolitik in Rechnung zu stellen“, kann sicherlich zugestimmt werden.⁶⁰ Doch die Schlußfolgerung für die Gewerkschaftspolitik bleibt sehr abstrakt und trifft nicht die aktuelle spezifische Problematik: „Die Tatsache der Beeinflussung von ökonomischen Makrogrößen durch die Tarifpolitik stellt die Gewerkschaften ständig vor die Entscheidung, ihre Politik den ‚Spielregeln des kapitalistischen Systems‘ anzupassen oder aber sie bewußt zu verletzen.“⁶¹

Die Verletzung der Profit-„Spielregeln“ des Kapitals war immer eine Voraussetzung, um die Reproduktionsinteressen der Arbeitskraft zu verteidigen. Die neue Dimension gewerkschaftlicher Aufgabenstellung, die sich aus der staatsmonopolistischen Regulierung ergibt, betrifft zum einen den Tatbestand, daß der Lohnkampf sich nicht mehr nur auf die Ebene der Auseinandersetzung Kapital—Gewerkschaften beschränken kann, sondern die staatlich-politische Ebene mit umfassen muß. Dies begründet zum anderen und vor allem die Notwendigkeit der Formulierung und Durchsetzung von Alternativen zu den einkommenspolitischen Leitlinien und der sie begründenden wirtschaftspolitischen Konzeption.

Heinz Jung hat darauf hingewiesen, daß die Wirksamkeit und der starke Einfluß der staatsmonopolistischen Einkommensregulierung auf das faktische Verhalten der Gewerkschaften nicht nur aus der politischen Bindung an die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung erklärt werden kann. „Vielmehr erreicht die ideologische Mystifikation des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital auf dieser objektiven Grundlage des staatsmonopolistischen Kapitalismus einen neuen Wirkungsgrad, die auch in der Fiktion der sachneutralen Logik der Wirtschaftsentwicklung und der sogenannten gesamtwirtschaftlichen Interessen zum Ausdruck kommt. Marxisten und progressive Gewerkschafter wären blind, wenn sie nicht zur Kenntnis nehmen würden, daß damit nicht nur eine neue Grundlage der Reproduktion reformistischer Vorstellungen und Konzeptionen entstanden ist, sondern daß sich gerade hieraus auch die Notwendigkeit einer konkreten antimonopolistischen Wirtschaftspolitik ergibt, die die grundsätzliche Infragestellung des Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus auch in einer konkreten, an den unmittelbaren Interessen anknüpfenden Politik ausdrückt.“⁶²

Die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse und damit die gewerkschaftlichen Kampfbedingungen und -felder werden nicht nur durch die staatliche Einkommenspolitik, sondern ebenso durch andere wirtschaftspolitische Entscheidungen (z. B. Beschäftigungspolitik), durch die Steuer- und Technologiepolitik (Rationalisierung) und andere Bereiche staatlicher Politik beeinflusst. Zudem muß die Reproduktion der Arbeitskraft nicht nur durch den Nettolohn, sondern auch durch Institutionen der gesellschaftlichen Konsumtion gewährleistet werden, die wie die Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik staatlich vermittelt sind. Diesen strukturellen Gegebenheiten wird nicht durch eine ausschließliche Orientierung auf die Entwicklung einer betrieblichen Basismilitanz der Arbeiter Rechnung getragen, wie sie meist in den Arbeiten von *Bergmann/Jacobi/Müller-*

60 *Bergmann u. a.*, a. a. O., S. 27.

61 ebenda, S. 18.

62 *Heinz Jung*, Monopol — Wirtschaftskrise — Wirtschaftspolitik. Aktuelle Gesichtspunkte, in: IMSF (Hrsg.), Das Monopol — ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus, Frankfurt/Main 1976, S. 190.

Jentsch vorzufinden ist.⁶³ Durch eine solche Basismilitanz kann sicherlich gegenüber den Angriffen des Monopolkapitals eine wirksame Schranke errichtet werden, wie Erfahrungen etwa der britischen Gewerkschaftsbewegung demonstrieren. Die Entwicklung der Militanz der betrieblichen Mitgliederbasis ist gerade in der Bundesrepublik auch der erste notwendige Schritt zur Stärkung einer kampforientierteren, autonomen Gewerkschaftspolitik. Dies drückt sich in den letzten Jahren vielfach in innergewerkschaftlichen Diskussionen und Orientierungen auf die „eigene Kraft“ aus. Zugleich widerspiegelt die ausschließliche betriebliche und tarifpolitische Schwerpunktsetzung bei manchen Gewerkschaften aber auch die Absicht, Konfliktfelder zur Regierungspolitik auszuschalten oder zu verringern. Die sozialen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, die Arbeitskämpfe 1976 und 1978/79 zeigen eindringlich, daß die verstärkte tarifpolitische Aktivierung sich nicht von den gesellschaftspolitischen Kampffeldern abtrennen läßt. Schon im Druckerstreik 1976 wurde sichtbar, daß die ideologische Auseinandersetzung mit den Doktrinen der staatlichen Wirtschaftspolitik Voraussetzung für die Mitglieder mobilisierung und wirksame Durchbrechung der einkommenspolitischen Lohnleitlinien war. Die Erfahrungen der Streiks und Aussperungen 1978 belegen, daß die Entwicklung gewerkschaftlicher Kampffähigkeit — und nicht nur programmatischer Vorstellungen — auch im gesellschaftspolitischen und staatlich-rechtlichen Bereich notwendig ist, um einer Einschränkung gewerkschaftlicher Kampfmöglichkeiten zu begegnen und eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zu erreichen.

Hinsichtlich der strategischen Konsequenzen faßt *Frank Deppe* seine Kritik an *Bergmann u. a.* zusammen: „Die Wiedergewinnung der gewerkschaftlichen Autonomie kann daher weder ausschließlich auf der Ebene der aggressiven Lohnpolitik, spontaner betrieblicher Streikaktionen, noch auf der Ebene der Konstitution von Kernen einer ‚sozialistischen Opposition‘ in der Gewerkschaft erfolgen. Das gesamte System gesellschaftlicher und politischer Integration kann eben nicht nur als ein Mechanismus der Selbstregulierung, der systemstabilisierenden Konfliktabsorption im Spätkapitalismus begriffen werden. Vielmehr handelt es sich um Formen der Systemregulierung, die sowohl dem ökonomischen Widerspruchspotential als auch dem objektiven und subjektiven Reifegrad des Gegensatzes von Kapital und Arbeit Rechnung tragen. Die Entwicklung gewerkschaftlicher Autonomie muß sich daher auf der Ebene der Auseinandersetzungen vollziehen, die sowohl durch den kapitalistischen Vergesellschaftungsprozeß als auch durch die ‚gesellschaftliche Macht‘, die die ‚assoziierte Arbeit‘ repräsentiert, definiert wird.“⁶⁴

Den zentralen theoretischen Mangel sieht *Deppe* im „Verzicht auf eine gesellschaftstheoretische, kritische Reflexion der Integrationsproblematik“ und damit auch des Widerspruchsystems des heutigen Kapitalismus. Grundaussagen der bürgerlichen Integrationstheorien, *Briefs*’ „Befestigung der Gewerkschaften“ ebenso wie *Th. Geigers* „Institutionalisierung des Klassenkampfes“ und die neoklassische „Globalsteuerung“ werden für bare Münze genommen: „Der Gewerkschaftsanalyse ist eine Vorstellung vom organisierten und institutionalisierten Monopolkapitalismus vorausgesetzt, der sein inneres Widerspruchspotential — im ökonomischen wie im politischen Bereich — im wesentli-

63 In einer jüngeren Arbeit sieht Müller-Jentsch auch wichtige Konfliktfelder in der Auseinandersetzung um staatliche Reformpolitik, das Mitbestimmungsgesetz sowie die staatliche Wirtschaftspolitik, ohne dies allerdings genauer auszuführen. Walther Müller-Jentsch, Die Neue Linke und die Gewerkschaften, in: Das Argument 107, S. 27.

64 Frank Deppe, a. a. O., S. 187.

chen ‚gebändigt‘ hat.“⁶⁵ Mit einem solchen theoretischen Ansatz von *Bergmann u. a.* können weder die Konflikte und sozialen Kämpfe in der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus noch die gewerkschaftspolitischen Konsequenzen adäquat analysiert werden.

4. Gewerkschaftspolitische Perspektivlosigkeit

Aus den folgenreichen Entwicklungen der „Konzentration und Zentralisation gewerkschaftlicher Organisation“, der „Institutionalisierung des Klassenantagonismus“ und der „staatlichen Regulierung der Ökonomie“ wird bei *Bergmann u. a.* die Schlußfolgerungen gezogen, daß gewerkschaftliche Praxis im Spätkapitalismus von zwei Polen bestimmt wird: „zum einen von den Mitgliederinteressen, zum anderen von den Imperativen der Kapitalverwertung“.⁶⁶ Das zentrale Problem der Gewerkschaften sei heute, „wie die Vermittlung zwischen den Interessen der Lohnabhängigen einerseits und dem ökonomischen Gesamtprozeß andererseits geleistet wird“.⁶⁷

Als „Vermittlungsorgane“ bestimmt auch *Müller-Jentsch* in einem späteren Aufsatz die gesellschaftliche Funktion der Gewerkschaften im gegenwärtigen Kapitalismus: „Ausgangspunkt ist, daß Gewerkschaften heute nicht mehr umstandslos als Interessenorganisationen der Arbeiterklasse begriffen werden können. Sie lassen sich zutreffender als bürokratisch verfaßte, intermediäre Organisationen zwischen Kapital und Arbeit beschreiben. Ihre Interessenvertretung beruht auf der pragmatischen Vermittlung zwischen Kapital- und Arbeiterinteressen nach der Alltags-Maxime, die Kuh nicht zu schlachten, die man melken will.“⁶⁸ Auch wenn *Müller-Jentsch* feststellt, daß die Gewerkschaften den „bewußteren Teil der lohnabhängigen Klasse“ organisieren⁶⁹, geht er mit dieser Definition von einer faktisch vollzogenen Integration aus. Trotz dieser — an anderer Stelle schon kritisch beleuchteten — Voraussetzung bleibt jedoch selbst die begriffliche Bestimmung der Gewerkschaften als „intermediäre Organisationen“, als Institutionen zwischen Kapital und Arbeiterklasse, höchst diffus. Um „die Widersprüche gewerkschaftlicher Politik in angemessener Weise begrifflich zu fassen“, die durch die „unterschiedliche und teilweise widersprüchliche Anforderung seitens der Mitglieder und der ökonomischen Lenkungsinstanzen“ bestimmt sind⁷⁰, unterscheiden *Bergmann u. a.* in der Gewerkschaftsanalyse zwischen zwei typischen Reaktionsweisen: der „kooperativen“ und der „konfliktorischen“. Dabei handele es sich primär um tarifpolitische Strategien, die jedoch die Gesamtgewerkschaft prägten. „Kooperative Gewerkschaften versuchen, die Mitgliederinteressen durch Anpassung ihrer tarifpolitischen Forderungen und Strategien an die konjunktur- und wachstumspolitischen Erfordernisse zu realisieren. Sie passen ihre Lohn- und Tarifpolitik unter Abwägung der verschiedenen Teilinteressen den ökonomischen Konzessionsspielräumen an und lassen sich — bei institutionalisierter Einkommenspolitik — auf die Orientierungsdaten und Leitlinien staatlicher Wirtschaftspolitik ein.“⁷¹

65 ebenda, S. 185.

66 *Bergmann u. a.*, a. a. O., S. 20.

67 ebenda.

68 *Walther Müller-Jentsch*, *Die Neue Linke und die Gewerkschaften*, a. a. O., S. 25.

69 ebenda, S. 17.

70 *Bergmann u. a.*, a. a. O., S. 11 und 28.

71 ebenda, S. 28.

„Kooperative“ Gewerkschaftspolitik wirkt nicht nur an der Einkommenspolitik mit, sie anerkennt das System der institutionalisierten Konfliktregulierung und fördert den Integrationsprozeß. Eine wichtige Funktion wird in der Verhinderung politischer Bewußtseinsprozesse bei den Gewerkschaftsmitgliedern gesehen.

Demgegenüber versuchen „konfliktorische“ Gewerkschaften, „die artikulierten Mitgliederinteressen durch unmittelbare Umsetzung in tarifpolitische Forderungen und Strategien zu realisieren, und lehnen eine Einbettung ihrer Lohnpolitik in die konjunkturpolitische Wirtschaftssteuerung ab. Bei ihren Forderungen werden sie wohl die bestehenden Markt- und Machtverhältnisse in Rechnung stellen, eine Verantwortung für den Gesamtzustand der Ökonomie jedoch ablehnen.“⁷² Die „konfliktorische“ Strategie operiert „in der Regel an der Grenze der Legalität“ und nimmt „eine Verschärfung oder Herbeiführung von Krisensituationen in Kauf“.⁷³

Nun betonen *Bergmann u. a.*, daß mit diesem begrifflichen Schema keineswegs „eine generell gültige Typologie der Gewerkschaften“ beabsichtigt sei. Beide Gewerkschaftstypen betrieben eine pragmatische Politik auf dem Boden des kapitalistischen Systems, bei beiden handele es sich um „Ausdifferenzierungen der ‚befestigten Gewerkschaft‘“ in der Phase staatlicher Regulierung der Ökonomie.⁷⁴ Mit dem Begriffsschema „kooperativ-konfliktorisch“ wird die gewerkschaftliche Praxis jedoch nur an der Oberfläche, auf der Ebene von Verhaltensweisen erfaßt. Es dringt nicht tiefer in die Erklärung der jeweiligen „Reaktionsweisen“ und der inhaltlichen Bestimmung der gewerkschaftspolitischen Strömungen ein. Die Vermutung, daß es sich „um eine von den Verfassern ‚von außen‘ an die Gewerkschaft herangetragene Bestimmung“ handelt, wird auch dadurch bekräftigt, daß die praktische Ausgestaltung des Typus „konfliktorische Gewerkschaft“ nicht genauer bestimmt wird.⁷⁵

Zweifel daran, daß mit dieser Typologisierung die reale gewerkschaftliche Politik und Praxis erfaßt werden kann, wird auch von anderen Autoren geäußert. *Rainer Erd*, der in der „Projektgruppe Gewerkschaftsforschung“ am Frankfurter Institut für Sozialforschung mitarbeitet, kam in einer Analyse des Druckerstreiks 1976 zu der Schlußfolgerung: „Solche Autoren (*Bergmann u. a.*, d. V.), die die Tarifpolitik der westdeutschen Gewerkschaften als kooperativ bezeichnen und den gewerkschaftlichen Streik als weitgehend funktionales, wenn auch widersprüchliche Elemente enthaltendes Erfordernis für die Etablierung und Stabilisierung kooperativer Tarifpolitik interpretieren, muß der Streik in der Druckindustrie angesichts seines politischen, gegen die staatliche Einkommenspolitik gerichteten Charakters zur theoretischen Neubesinnung anregen...“⁷⁶

Bergmann u. a. hatten Streiks als „Entwicklungsstufen einer sich herausbildenden Kooperation zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Staat“ im Rahmen der „kooperativen Gewerkschaftspolitik“ interpretiert.⁷⁷ Für „kooperative Gewerkschaften“ sollen Streiks folgende Funktionen haben: 1. Stabilisierung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht durch Beweis der Kampffähigkeit, 2. Auflösung objektiver, durch

72 ebenda.

73 ebenda, S. 33 und 32.

74 ebenda.

75 Frank Deppe, a. a. O., S. 184.

76 Rainer Erd, Der Arbeitskampf in der Druckindustrie 1976 — ein politischer Streik, in: Leviathan, H. 4/1976, S. 517.

77 Bergmann u. a., a. a. O., S. 260.

inkompatible Anforderungen entstandene Problemlagen und 3. Stärkung der Mitgliederbindung an die Organisation. Dabei, so wird konzediert, können Streiks auch Lernprozesse über den Klassencharakter der Gesellschaft und den widersprüchlichen Charakter „kooperativer Politik“ auslösen.⁷⁸ *Erd* belegt nun am Beispiel des Druckerstreiks 1976 die Unbrauchbarkeit dieser Typologisierung und unterstreicht, „daß dieser Arbeitskampf die Generalthese der Autoren widerlegt. Im Gegensatz zu sämtlichen bisher in der Nachkriegsgeschichte geführten gewerkschaftlichen Streiks war der Arbeitskampf in der Druckindustrie die Auseinandersetzung um die Autonomie gewerkschaftlicher Tarifpolitik in der schwersten ökonomischen Krise seit 1929. Um die These von *Bergmann u. a.* in das Gegenteil zu verkehren, läßt sich behaupten, daß der Streik in der Druckindustrie ein Mittel zur Destruktion kooperativer Tarifpolitik und staatlicher Einkommenspolitik war, dessen längerfristige Folge die Rückgewinnung einer partiell radikalen Interessenvertretungspolitik sein kann.“⁷⁹ *Erd* bezeichnet den Arbeitskampf als „politischen Streik“, weil er sich „zur Durchsetzung einer Lohnerhöhung explizit gegen die staatlichen Regelungsmechanismen der Krisendämpfung (staatliche Einkommenspolitik) wandte, um die Autonomie gewerkschaftlicher Tarifpolitik zu bewahren“.⁸⁰ Diese Charakterisierung, die die „politische“ Seite eher überbetont, wird in einer Analyse der „Projektgruppe Gewerkschaftsforschung“ übernommen, um dann allerdings wieder die alte These von *Bergmann u. a.* aufzunehmen und den Druckerstreik als Beleg anzuführen, „daß eine kooperative Tarifpolitik in der ökonomischen Krise partiell kämpferisch werden kann“.⁸¹

Aber auch in das Raster „konfliktorischer Politik“ läßt sich der Streik nicht einordnen. Nicht die bewußte „Verschärfung von Krisensituationen“, sondern alternative wirtschaftspolitische Vorstellungen zur Krisenpolitik des Kapitals waren die ideologische Grundlage für die langfristige argumentative Vorbereitung des Lohnkonflikts, die in beiden Analysen — sowohl bei *Erd* wie bei der „Projektgruppe Gewerkschaftsforschung“ — auch registriert werden. Es wird aber nicht herausgearbeitet, daß die systematische öffentliche Auseinandersetzung mit den Auffassungen der staatlichen Wirtschaftspolitik und die Darstellung gewerkschaftlicher Alternativforderungen eine Voraussetzung zur Mobilisierung und Durchbrechung der Lohnleitlinien war und insofern die politische Dimension des Streiks wesentlich bedingte.⁸² Hierin werden Ansätze einer autonomen Gewerkschaftspolitik sichtbar, die nicht die „kapitalistische Rationalität“ abstrakt negiert, sondern konkrete, von den Interessen der Arbeiterklasse bestimmte Alternativen zur „Logik des Kapitals“ beginnt durchzusetzen.

Die Entscheidung der Gewerkschaften für eine „kooperative“ oder „konfliktorische“ Praxis ist nach *Bergmann u. a.* primär abhängig von zwei Determinanten: „1. Dem Zustand des ökonomischen Systems, seiner Krisensicherheit und seinen Wachstumsraten, die letztlich den objektiven Konzessionsspielraum des Systems bestimmen; sowie 2. dem Reproduktionsniveau und subjektiven Erfahrungshorizont der Mitglieder.“⁸³ Seit 1969 konstatieren die Autoren eine zunehmende Krise der „kooperativen Interessenvertre-

78 ebenda, S. 263.

79 R. Erd, a. a. O., S. 518/9.

80 ebenda, S. 520.

81 Projektgruppe Gewerkschaftsforschung, Die Austauschbeziehungen ..., Zweiter Teil, a. a. O., S. 332/3.

82 Vgl. hierzu B. Güther / K. Pickshaus, Der Arbeitskampf in der Druckindustrie im Frühjahr 1976, Soziale Bewegungen, Frankfurt/Main 1976, S. 58 ff.

83 Bergmann u. a., a. a. O., S. 29.

„Indikatoren sind die Verengung des Lohnerhöhungsspielraums, die steigende Mitgliederunzufriedenheit in Form von inoffiziellen Streiks und das Wachsen einer „innergewerkschaftlichen Opposition“.⁸⁴ Prognostiziert wird: Bei „krisenhafter Wirtschaftsentwicklung ist zu erwarten, daß die Gewerkschaften gezwungen sind, die Tagesinteressen ohne Rücksicht auf den Gesamtzustand der Ökonomie . . . zu vertreten“.⁸⁵

Daß dieser Automatismus zwischen ökonomischer Krise und einer Krise der „kooperativen“ Politik nicht besteht, beweist die gewerkschaftliche Politik in der Wirtschaftskrise 1974/76.⁸⁶ In dem Nachwort zur 1976 neu aufgelegten Studie müssen die Autoren eingestehen: „Diese Entwicklung widerspricht offensichtlich den in der vorstehenden Analyse behaupteten Krisentendenzen der kooperativen Gewerkschaftspolitik.“⁸⁷ In dieser Fehlprognose zeigt sich ein grundsätzliches Problem des Ansatzes der Autoren, das durch eine Diskrepanz zwischen der Analyse der ökonomischen Entwicklung und der subjektiven Vermittlung dieser Bewegung charakterisiert ist. Das führt dazu, daß sie kaum die konkreten historischen Vermittlungen angeben können, an denen eine klassenorientierte Politik in den Gewerkschaften ansetzen kann. Stattdessen dominiert die Hoffnung auf eine „innergewerkschaftliche Opposition“.

Die Problematik der typologisierenden Unterscheidung von „kooperativer“ und „konflikthorischer“ Gewerkschaftspolitik ist angesichts der Arbeitskämpfe der letzten Jahre offensichtlich auch von *Bergmann u. a.* registriert worden. Zumindest fällt auf, daß in den Analysen der letzten Zeit diese Charakterisierung weitgehend ad acta gelegt wurde — allerdings begleitet von einem zunehmenden Verzicht auf politische Kategorien, wie noch zu zeigen ist. Dies ist nur ein weiteres Indiz für die Brüchigkeit des theoretischen Rahmens der Gewerkschaftskonzeption der genannten Autoren, aus der keine realistische Perspektive einer autonomen Gewerkschaftspolitik entwickelt werden kann. Ebenso willkürlich und verschwommen wie die Unterscheidung „kooperativ—konflikthorisch“ angewandt wurde, wird plötzlich die Perspektive einer „revolutionären Gewerkschaft“ eingeführt, die „eine bewußt emanzipatorische Praxis macht“.⁸⁸ Die Autoren gestehen ein, daß sie über das Konzept einer „revolutionären Gewerkschaft“ — offensichtlich die Alternative zur „befestigten Gewerkschaft“ — keine näheren Angaben machen können.⁸⁹

Sehr oberflächlich wird auch mit dem Begriff der „Mitgliederinteressen“ verfahren, deren konsequente Vertretung zur „Wiedergewinnung der gewerkschaftlichen Autonomie“ bei konsequenter innergewerkschaftlicher Demokratie führen soll.⁹⁰ „Mitgliederinteressen“ werden im wesentlichen reduziert auf Lohn- und Arbeitsplatzsicherung, in späteren Aufsätzen auch auf „qualitative Interessen“ (Arbeitsbedingungen, Kontrolle der Arbeitsorganisation) erweitert. Der gesamte Bereich der erweiterten Reproduktion der Arbeitskraft, der im wesentlichen durch die Staatstätigkeit vermittelt wird und auf dem die Erweiterung der gewerkschaftlichen Forderungs- und Aktionsfelder beruht, wird ignoriert. Gerade hieran zeigt sich nach Meinung von *Deppe*, „wie die bloß deskriptive und dazu

84 ebenda, S. 317 ff., 321 ff. und 326 ff.

85 ebenda, S. 31.

86 Vgl. K. Pickshaus, Krisenbedingungen und Arbeitskämpfe. Zur Entwicklung sozialer Kämpfe in der Bundesrepublik 1975 bis 1978, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 1/1978, S. 242 ff.

87 Bergmann u. a., a. a. O., 2. Auflage Frankfurt/Main 1976, S. 420.

88 Bergmann u. a., a. a. O., (1. Auflage) S. 34.

89 ebenda. Auch in keiner anderen Publikation dieser Autorengruppe wird dies erläutert.

90 ebenda, S. 335.

noch höchst eingengte Charakterisierung des Autonomiebegriffs (Vertretung der Mitgliederinteressen) den Zugang zum Begriff gewerkschaftlicher Autonomie auf der gegenwärtigen Stufe kapitalistischer Entwicklung verbaut. Da die Verfasser letztlich die gesamte Problematik von Rechten der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften, von staatlicher Sozialpolitik und ökonomischer Steuerung nur als Moment der Systemstabilisierung, der ‚Institutionalisierung des Klassenkampfes‘, zu fassen vermögen, sind sie notwendig außerstande, eine Konzeption gewerkschaftlicher Autonomie zu denken, die nicht nur von einem erweiterten Interessen- und Reproduktionsbegriff, sondern auch von der Entfaltung gewerkschaftlicher Kampfkraft auf der Ebene des Betriebes *und* des Staates ausgeht, die — mit anderen Worten — die kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesse nicht abstrakt negiert, sondern die der Vergesellschaftungslogik einen anderen Inhalt, nämlich das Klasseninteresse der Lohnabhängigen aufzwingt und sie damit negiert. In diesem Zusammenhang jedoch erhält der Begriff der gewerkschaftlichen Autonomie eine völlig andere und neue Bestimmung.⁹¹

5. Verselbständigung des „institutionellen“ Ansatzes

In neueren, zum Teil schon erwähnten Arbeiten der Autoren des Frankfurter Instituts für Sozialforschung wird die These der „Institutionalisierung des Klassenkampfes“ weiterentwickelt und auf die Analyse aktueller Klassenkämpfe angewandt.

Nach der Aufgabenstellung der 1975 gebildeten „Projektgruppe Gewerkschaftsforschung“ sollen die „Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit zum Gegenstand einer umfassenden Prozeßanalyse“ gemacht werden.⁹² Unter „Austauschbeziehungen“ werden dabei die kollektive Konfliktregelung auf der Ebene des Tarifvertragssystems und auf der betrieblichen Verhandlungsorgane begriffen. Ziel ist die Entwicklung einer „Theorie der Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit, die die am Konzept der industriellen Beziehungen orientierte Theoriediskussion in den Vereinigten Staaten und in England auf die materialistische Theorietradition zu beziehen sucht“.⁹³

An den bisherigen Theorien der „industriellen Beziehungen“ (Industrial Relations System) aus dem angelsächsischen Raum wird vor allem kritisiert, daß der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit entweder überhaupt nicht oder nur partiell und ausschnitthaft als objektiv notwendiger wahrgenommen wird.⁹⁴ Ferner werde die „Machtasymmetrie im Verhältnis von Kapital und Arbeit . . . nur bedingt thematisiert“. Zudem nähmen die theoretischen Ansätze „ihre Gegenstände immer schon unter dem Aspekt der Regulierbarkeit“ wahr.⁹⁵

Demgegenüber kommt die „Projektgruppe Gewerkschaftsforschung“ zu folgender Bestimmung: „Industrielle Beziehungen sind nur ein Ausschnitt der kapitalistischen Klassenverhältnisse; das Klassenverhältnis zwischen Kapital und Arbeit geht in ihnen nicht auf. Bei den industriellen Beziehungen handelt es sich um jene Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, die über den Arbeitsmarkt und die wirtschaftlichen bzw. sozialpolitischen Organisationen der Klassen (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände) vermittelt

91 Frank Deppe, a. a. O., S. 186.

92 Projektgruppe Gewerkschaftsforschung, Die Austauschbeziehungen . . . , Erster Teil, a. a. O., S. V.

93 ebenda, S. VI.

94 ebenda, S. 15.

95 ebenda, S. 16.

werden. In ähnlicher Weise kann auch der ‚industrielle Konflikt‘ nur als spezifischer Konfliktbereich des umfassenden Klassenkampfes angesehen werden.⁹⁶

Jedoch ist die zentrale Fragestellung der Autoren des ISF eingeschränkt die nach der Stabilität des für die Bundesrepublik charakteristischen Systems „institutionalisierter Konfliktregelung“.⁹⁷ Dieses wird als „duales System“ der „rechtlich-institutionellen Trennung von Betriebsverfassung und Tarifautonomie“ beschrieben, in dessen arbeitsteiliger Struktur sich eine „funktionale Differenzierung der Konfliktverarbeitung“ widerspiegelt.⁹⁸

An bisherigen marxistischen Analysen wird die „Vernachlässigung institutioneller und organisationsstruktureller Dimensionen, die auf die Gewerkschaftspolitik bestimmenden Einfluß haben“, kritisiert.⁹⁹ „Das heißt: Zur Erklärung konkreter Konfliktsituationen und Auseinandersetzungen reicht der Rekurs auf ökonomische Lage, Interessenpotential und Betroffenheit nicht aus.“¹⁰⁰ Dies sei zwar als Ausgangsbedingung unabdingbar, zentral sei jedoch die Frage nach der „Filterwirkung“ und der „Verarbeitung“ dieser Fakten durch das „duale System“.

Auch wenn Müller-Jentsch versucht, die Kritik an einer „Überschätzung institutioneller Regelungen“ an andere Autoren (Weitbrecht, Streeck) weiterzureichen, da diese „sozio-ökonomische Rahmenbedingungen“ vernachlässigten¹⁰¹, so wurde und wird in den eigenen Analysen deutlich, daß der Zusammenhang von ökonomischen und politischen Prozessen und von der Organisations- und Bewußtseinsentwicklung aufgelöst, ja oft sogar verkehrt wird.¹⁰²

Die Reduzierung sozialökonomischer und politischer Prozesse auf organisationssoziologische und institutionelle Momente fällt besonders bei der Analyse der sozialen Kämpfe der letzten Jahre (insbesondere von 1978) auf. Die Bewertung der „neuen Konflikte“ erfolgt ausschließlich unter dem Blickwinkel, ob die „institutionelle Stabilität“ in der BRD erhalten geblieben sei. Gegenüber einer fiktiven These einer linearen „Verschärfung der Klassenkämpfe“ will Müller-Jentsch den „sektionalen und partikularistischen Charakter der gewerkschaftlichen Kämpfe“ 1978 betonen, der „noch weit entfernt von einer genuine Klassenpolitik ist“.¹⁰³ Nun sind die feststellbaren Segmentierungs- und Fraktionierungstendenzen innerhalb der Arbeiterklasse aber nicht ursächlich Ergebnis einer „institutionellen Filterung“, sondern in erster Linie aus der in der Krise verstärkten intrafraktio-

96 ebenda.

97 Walther Müller-Jentsch (Projektgruppe Gewerkschaftsforschung), Neue Konfliktpotentiale und institutionelle Stabilität. Die Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik seit dem Ende der sechziger Jahre, Referat auf dem 19. Deutschen Soziologentag in Berlin (West), April 1979 (vielfältigstes Manuskript), S. 1.

98 ebenda, S. 1/2.

99 ebenda, S. 17. Dies trifft sicherlich auch in manchen Fällen zu.

100 ebenda, S. 4.

101 ebenda, S. 16.

102 Wie die organisationssoziologische Einengung von Fragen zu einer rein technokratischen Position geraten kann, demonstriert Wolfgang Streeck, Gewerkschaften als Mitgliederverbände. Probleme gewerkschaftlicher Mitgliederrekrutierung, in: Joachim Bergmann (Hrsg.), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, a. a. O., S. 72 ff. Den Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften seit Beginn der siebziger Jahre erklärt er aus den Verwaltungsreformen (Umstellung auf EDV-Kassierung etc.) vieler Gewerkschaften und dem „Übergang zur sozial-liberalen Koalition“, S. 86 ff. Einen unmittelbaren Zusammenhang mit der anwachsenden Streikbewegung und der Aktivierung der Tarifpolitik seit 1969 schließt er aus (S. 91).

103 Müller-Jentsch, Neue Konfliktpotentiale..., a. a. O., S. 17.

nellen Klassenkonkurrenz zu erklären, durch die berufsbezogene und andere eingrenzende Elemente des Bewußtseins und des Kampfes gefördert werden. Auf diesen Sachverhalt und die sich daraus ergebenden Probleme wurde in mehreren Analysen hingewiesen.¹⁰⁴ Vor allem wurden aber auch die Momente der Vereinheitlichung, des allgemeinen Klassenkonflikts hervorgehoben, die insbesondere im exemplarischen Charakter der Arbeitskämpfe für die gesamte Arbeiterklasse sichtbar wurden.

Der entscheidende Punkt ist jedoch, daß es Müller-Jentsch mit der eingeschränkten Frage nach der „institutionellen Stabilität“ weder gelingt, die wesentlichen Erklärungsmomente noch die wichtigsten Ergebnisse der Arbeitskämpfe 1978 zu erfassen. So erklärt die Feststellung, daß aufgrund der Krisen- und Rationalisierungsauswirkungen „die Gewerkschaften unter Erwartungsdruck von seiten der Mitglieder“ gerieten, noch nicht, warum eine initiierende, mobilisierende Funktion gerade von den Führungen einiger Gewerkschaften wahrgenommen wurde.¹⁰⁵ Ein relevanter, spontaner Massendruck auf die Organisation (wie 1969 oder 1973) war ja gerade nicht erkennbar; vielmehr erforderte die Situation eine langfristige und konzeptionelle Vorbereitung der Mobilisierung durch die Gewerkschaften, um die durch die Krise verstärkten Entsolidarisierungstendenzen zu überwinden und einheitliche Widerstandsaktionen auszulösen.¹⁰⁶

Da Müller-Jentsch die Untersuchung der Entwicklung des politischen Kräfteverhältnisses und der Strategie des Monopolkapitals ganz oder weitgehend außer acht läßt, gelingt es ihm nicht, die spezifische Konstellation zur Auslösung der sozialen Kämpfe 1978 zu analysieren. Die Spezifik bestand gerade darin, daß auf dem Hintergrund der Einengung des materiellen Manövrierraums das Monopolkapital bestimmte Formen der Integrationspolitik selbst aufgekündigt hat und durch eine Verschiebung des sozialökonomischen Kräfteverhältnisses der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften neue Konditionen aufzwingen wollte. Dies veranlaßte einige Gewerkschaften zu einem verstärkten Rückgriff auf eine Mitglieder mobilisierung. Damit gewannen auch in den Gewerkschaften klassenautonome Kräfte ein größeres Gewicht.

Müller-Jentsch hält hingegen die Interpretation der Politik des Kapitals 1977/1978 als „Generalangriff auf die Gewerkschaften“ schlichtweg für falsch, ohne sich mit den in zahlreichen Analysen aufbereiteten Belegen für einen verstärkten Konfrontationskurs (Mitbestimmungsklage, Null-Linie in der Tarifrunde 1978, Offensivaussperrungen, verstärkte politische Angriffe auf die Gewerkschaften usw.) auseinanderzusetzen.¹⁰⁷ Heinz Jung hat die Offensive des Kapitals im Zusammenhang mit der Durchsetzung der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des SMK in den letzten Jahren interpretiert, auf deren Grundlage sich auch verstärkt politische Rechtstendenzen entfalten konnten. Of-

104 Vgl. Frank Deppe, Zu einigen Problemen der Bestimmung des gegenwärtigen gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse der BRD, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 1/1978, S. 305 ff. und K. Pickshaus / W. Roßmann, Streik und Aussperrung '78. Hafen—Druck—Metall, Soziale Bewegungen, Frankfurt/Main 1978, S. 28 ff. und S. 52 ff.

105 Müller-Jentsch, Neue Konfliktpotentiale . . . , a. a. O., S. 14.

106 Vgl. hierzu und zur Kritik an anderen Erklärungsversuchen K. Pickshaus / W. Roßmann, Arbeitskämpfe 1978: Ursachen — Probleme — Perspektiven, in: SOPO 46/1978, S. 16 ff.

107 Vgl. Frank Deppe, Autonomie . . . , a. a. O., S. 17 ff. und Pickshaus/Roßmann, Arbeitskämpfe 1978, a. a. O., S. 20 ff. In den Analysen der Projektgruppe Gewerkschaftsforschung werden solche politischen Fragen generell vernachlässigt. Die Massenaussperrungen 1978/79 werden bei Müller-Jentsch nur am Rande erwähnt.

fensichtlich wollte das Monopolkapital unter Ausnutzung der disziplinierenden Wirkung der Massenarbeitslosigkeit nunmehr auch den offenen sozialen Konflikt riskieren.¹⁰⁸

Es wurde schon in der Kritik an *Bergmann u. a.* darauf hingewiesen, daß die Integrationsstrategie des Kapitals nicht als eindimensionale Entwicklung zu betrachten ist, sondern in bestimmten Krisensituationen sich mit verstärkten repressiven Momenten verbindet oder durch sie ersetzt wird. Allerdings wirkt der Kampf der Arbeiterklasse auch auf diese Strategiebildung des Monopolkapitals und des Staates zurück. Nach dem breiten Widerstand der Arbeiterklasse in drei großen Streikaktionen 1978/79 wurde offensichtlich wieder verstärkt auf integrative Formen gegenüber den Gewerkschaften orientiert, was sowohl im Tenor des „Mitbestimmungsurteils“ als auch in zahlreichen Angeboten zur Wiederbelebung der „Konzertierten Aktion“ zum Ausdruck kommt. Diese Bedingungen fördern wiederum auch in den Gewerkschaften die Bestrebungen und Möglichkeiten der integrationistischen Strömung, neue Formen einer Sozialpartnerschaftspolitik zu entwickeln und insbesondere den in den vergangenen Jahren vergrößerten Raum für autonome Interessenvertretung politisch und ideologisch einzugrenzen.

Von *Müller-Jentsch* wird der „Widerstand“ des Kapitals nur mit einer „Grenzüberschreitung traditioneller Gewerkschaftspolitik“ durch die Wahrnehmung der „qualitativen Interessen“ erklärt.¹⁰⁹ Sicherlich spielt die Furcht vor Eingriffen in die „Dispositionsfreiheit der Unternehmer“ (*O. Esser*, BDA) durch die Tarifforderungen in der Druck- und Metallindustrie eine Rolle, sie kann jedoch nicht die Offensive des Kapitals erklären.¹¹⁰ *Müller-Jentsch* kommt in der abschließenden Bewertung zu der Feststellung, daß trotz der „Veränderungen im Konfliktverhalten“ die „duale Struktur der Interessenvertretung . . . eine erstaunliche Stabilität bewahrt hat“. Woher er seinen Maßstab bezieht, wird durch den Vergleich deutlich: „Zu den Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre in Italien und Frankreich, im Gefolge breiter Massenbewegungen, durchgesetzten Veränderungen der institutionellen Vertretungsstrukturen in Form neuer betrieblicher und gewerkschaftlicher Basisorgane gibt es für die Bundesrepublik keine Parallele. Die funktionale Differenzierung der Konfliktverarbeitung hat sich bislang als strukturell stabil erwiesen.“¹¹¹

Nun mag dieser Vergleich erneut belegen, wie von „außen“ Fragestellungen und Bestimmungen an die gewerkschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik herangetragen werden. Entscheidender noch scheint uns zu sein, daß der selbst gesteckte Anspruch, die „institutionelle Struktur“ vor allem in ihrer „Filterwirkung“ und „Verarbeitungsfunktion“ von „ökonomischer Lage, Interessenpotential und Betroffenheit“ zu untersuchen, sich völlig verselbständigt hat. So werden die entscheidenden Veränderungen im Bewußtsein von Teilen der Arbeiterklasse und neue Momente in der gewerkschaftspolitischen Entwicklung überhaupt nicht — auch nicht als Grundlage für die „institutionelle“ Fragestellung — untersucht. Der wesentliche Gesichtspunkt, daß in den sozialen Kämpfen 1978 der „soziale Konsens“, der für Ideologie und Praxis der Sozialpartnerschaft und von

108 Heinz Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, a. a. O., S. 49 ff.

109 Müller-Jentsch, Neue Konfliktpotentiale . . . , a. a. O., S. 15.

110 Zur problematischen Bewertung der „qualitativen“ Tarifpolitik, vgl. Pickshaus/Roßmann, Arbeitskämpfe 1978, a. a. O., S. 22/23.

111 Müller-Jentsch, Neue Konfliktpotentiale . . . , a. a. O., S. 18.

allen untersuchten Formen der Integration bestimmend ist, erstmalig in der Geschichte der BRD in größerem Umfang in Frage gestellt wurde, wird „vergessen“.

Warum dieses bisherige Modell sozialpartnerschaftlicher, institutionalisierter Konfliktregelung in Frage gestellt wurde, welche Perspektiven in dieser neuen Situation für die Gewerkschaftsbewegung liegen und welche Gegentendenzen sich entwickeln, wird von *Müller-Jentsch* nicht analysiert. Untersuchungswert wäre sicherlich auch, ob und wie sich *innerhalb* des institutionellen Rahmens des „dualen Systems“ betrieblicher und tariflicher Interessenvertretung neue Tendenzen — insbesondere in der Gewerkschaftspolitik — entwickeln, die durch eine stärkere Einbindung der Betriebsräte in eine umfassende gewerkschaftliche Strategie Gefahren und Schranken der juristischen und politischen Trennung von Betriebsrat und Gewerkschaft überwinden und die Befriedigungsfunktion der „Betriebsverfassung“ neutralisieren können.¹¹²

V. Die „Vergesellschaftungstendenz“ als Rahmen der Gewerkschaftsanalyse (Frank Deppe)

Als das entscheidende Problem einer marxistischen Gewerkschaftsanalyse erweist sich die Bestimmung der Rolle und Funktion von Gewerkschaften in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Erst auf einer solchen theoretischen Grundlage ist es möglich, aktuelle Probleme einzuschätzen, Perspektiven zu erarbeiten, Strategien wirklichkeitsnah zu diskutieren. An diesen Erfordernissen scheitern die bislang geschilderten Analysen; und zwar nicht wegen noch ungenügender Forschungsintensität, sondern weil der theoretische Ansatz ein Eindringen in die Probleme verbaut.

Vom ISF werden zwar die neuen, gegenüber früher veränderten Bedingungen gewerkschaftlicher Existenz und Funktion analysiert und auf ihre Folgen hin beschrieben. Gegenstand des Forschungsinteresses ist aber nurmehr der gesellschaftliche Überbau. Die Tatsache einer weitgehenden Einbindung westdeutscher Gewerkschaften in das Herrschaftssystem wird als zwangsläufiges Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung verabsolutiert. Eine fortschrittliche Perspektive wird den Gewerkschaften als solchen nicht mehr zugesprochen.

Voraussetzung für eine Gewerkschaftstheorie, die marxistischen Kriterien standhält, ist eine Analyse, die die heutige kapitalistische Gesellschaft insgesamt (also Basis und Überbau) als Ergebnis der Entwicklung der historisch-logischen Gesetzmäßigkeiten sowie in ihrer wechselseitigen Beeinflussung analysiert. Die Theorie des SMK ist unseres Erachtens allein in der Lage, die in dieser Hinsicht gültigen Aussagen und Erklärungen der heutigen Phänomene zu liefern. Wie eingangs schon geschildert, analysiert sie den heutigen Kapitalismus als das *widersprüchliche* Ergebnis objektiver Entwicklungsgesetze.

Auf der einen Seite herrscht nach wie vor das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln — mit allen Folgen, die schon *Karl Marx* analysiert hat. Andererseits haben die Produktivkräfte ein Entwicklungsniveau erreicht, das schon längst die Sprengung der Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse verlangt; die private Anwendung der Produktionsmittel ist ein Anachronismus geworden, der auch vom Kapitalismus selbst seinen Tribut fordert. Dieser „Tribut“ ist die Herausbildung *gesellschaftlicher* For-

112 Vgl. hierzu die Hinweise bei Rolf Geffken, *Gewerkschaften und Arbeitsrecht*, in: SOPO 44/1978, S. 56 ff.

men auf der Basis des Privateigentums an Produktionsmitteln. Das Monopol ist das Ergebnis dieser Tendenzen.

Das Monopol ist gleichzeitig Ausdruck einer übergreifenden Vergesellschaftungstendenz, die ebenfalls „eigentlich“ dem Kapitalverhältnis widerspricht. Immer mehr gesellschaftliche Bereiche werden direkt für die materielle Produktion relevant: das Monopol als ökonomisches und politisches Machtverhältnis verkörpert diese Tendenz. Die Verschmelzung der Macht der Monopole mit der des Staates im SMK ist Ausdruck des heute erreichten Niveaus dieser objektiven Entwicklung. Was den heutigen Kapitalismus von dem zu *Marx'* Zeiten unterscheidet, ist, daß für keinen relevanten Bereich mehr andere als gesellschaftliche Lösungen der Probleme in Frage kommen — auch unter den Bedingungen der privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse.

Dieses theoretische Grundkonzept bietet die Möglichkeit, die heutigen Erscheinungsformen des Kapitalismus voll anzuerkennen und zu akzeptieren, gleichzeitig aber auch ihre Widersprüchlichkeit und Perspektivlosigkeit zu begründen. Bei der Anwendung der Theorie auf ökonomische Teilfragen wurden in den letzten Jahren wichtige Forschungsarbeiten geleistet. Was bisher weitgehend fehlt, ist die Anwendung dieser Erkenntnisse auf gesellschaftliche Probleme, die über den Bereich der Ökonomie reichen. Konkret: wie kann man herausfinden, auf welchen Wegen und mit welchen Ergebnissen sich die Veränderungen der ökonomischen Basis z. B. auf politische Bewegungen auswirken. Die wichtigste Fragestellung zielt hierbei auf die Gewerkschaften.

Erstmals hat nun *Frank Deppe* in seinem jüngsten Buch¹¹³ versucht, die bestehende Lücke zu schließen, bzw. Anstöße für weitere Bemühungen hierzu zu geben. Er stellt fest, daß „die Behandlung der Gewerkschaftsfrage auf dem Boden der SMK-Theorie erhebliche Lücken und Defizite auf(weist): Nach wie vor fehlt eine theoretische Durchdringung der Bedingungen für die Entstehung und die Auflösung der verschiedenen Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung, die oft nur beschrieben werden. Der gesamte Wirkungsmechanismus des ‚Eindringens bürgerlicher Ideologien‘ in die Arbeiterbewegung auf der Basis des Monopolisierungsprozesses und der Staatsintervention bleibt oftmals unbegriffen. Zugleich fallen immer wieder Unklarheiten und Widersprüche bei der Analyse der ‚gewerkschaftlichen Autonomie‘ im Gesamtzusammenhang der Arbeiterbewegung — namentlich bei der Analyse der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien der Arbeiterbewegung — auf.“¹¹⁴

Deppes Untersuchung, die hier nur in den Kernpunkten referiert werden kann, geht von der durch die SMK-Theorie analysierten Vergesellschaftungstendenz des Kapitals aus: „Der kapitalistische Vergesellschaftungsprozeß hat einen ‚geschichtlichen Reifegrad‘ erreicht, der auch im Interesse der Sicherung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte, in zunehmendem Maße gesellschaftliche Lösungen erzwingt. Nur der bürgerliche Staat kann solche allgemeinen Lösungen, die immer auch im Widerspruch zu Verwertungsinteressen von Einzelkapitalen bzw. von Kapitalfraktionen stehen, gewährleisten.“¹¹⁵

Diese Vergesellschaftungstendenz wirkt sich auch auf die Strukturen aus, die nicht direkt zum politischen Apparat des Herrschaftssystems gehören, wohl aber gesellschaftliche

113 Frank Deppe, *Autonomie...*, 2. a. O.

114 ebenda, S. 143.

115 ebenda, S. 157.

Machtfaktoren sind: die Kapitalverbände¹¹⁶ und die Gewerkschaften. Die Unternehmerverbände haben einen enormen Machtzuwachs erfahren, der nicht allein aus der Abwehrfunktion gegen die erstarkten Gewerkschaften begründbar ist. Ihr Wirken ist Ausdruck der Notwendigkeit des bewußten Eingriffs in gesellschaftliche Abläufe; sie sollen den entscheidenden Einfluß des Großkapitals auf die Wirtschafts-, Gesellschafts- und Außenpolitik gewährleisten. Der politische Vergesellschaftungsprozeß beschränkt sich nicht auf den „vorstaatlichen Bereich“ (Lobby usw.), sondern durchdringt das gesamte Herrschaftssystem.¹¹⁷

Im gleichen Rahmen wirken die Gewerkschaften. Hervorstechendes Merkmal ihrer heutigen Stellung ist die Massenorganisation mit relativ stabilem Mitgliederstamm und gesellschaftlicher Anerkennung.¹¹⁸ Wichtig ist, daß *Deppe* diesen Umstand nicht — wie etwa die ISF-Autoren — „an sich“ schon bewertet („Ordnungsfaktor“), sondern zunächst nur als objektiven gesellschaftlichen Sachverhalt konstatiert, dessen Ursachen zwar untersucht werden müssen, von dem jede Gewerkschaftspolitik jedoch auszugehen hat.

Die Ursachen für die Herausbildung der stabilen Massengewerkschaft werden ebenfalls in der Vergesellschaftungstendenz gesehen. „Die Arbeiterklasse ist die soziale Personifikation der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit und insofern Träger des Vergesellschaftungsprozesses... Organisierung und kollektive, allgemeine Interessenvertretung gegenüber dem Kapital und dem bürgerlichen Staat verwandeln die Ohnmacht des individuellen Lohnarbeiters in die *gesellschaftliche Macht* der Organisation.“¹¹⁹

Die Entwicklung der gesellschaftlichen Macht der Klasse begreift *Deppe* als „die bewußte Anwendung der Vergesellschaftungstendenz gegen das Kapital“.¹²⁰ Deshalb kann heute für die Gewerkschaften nicht die Verweigerung der Ausübung ihrer objektiven gesellschaftlichen Rolle zur Debatte stehen; das wäre nicht nur unrealistisch, es würde auch dem Erfordernis einer Interessenvertretung der Mitglieder nicht gerecht. Die Frage, an deren Beantwortung die Politik der Gewerkschaften gemessen werden muß, lautet vielmehr: wie nimmt man die objektive Funktion wahr, wie reagiert man auf die Erfordernisse gesellschaftlicher Problemlösungen?

Wenn es den Gewerkschaften gelingt, politische Schritte durchzusetzen, die den Interessen der Arbeiterklasse entgegenkommen, dann bleibt das kapitalistische System durchaus intakt, „und doch hat sich in diesem System etwas verändert: Der Antagonismus zwischen der kapitalistischen Vergesellschaftungslogik (...) und den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Arbeiterklasse tritt als Machtkampf auf die Bühne der bürgerlichen Gesellschaft. Er greift verändernd in die Strukturen dieser Gesellschaft ein. Diese ‚beiden widerstreitenden Logiken‘ bilden nach der Auffassung des italienischen Marxisten und Sozialisten *Lelio Basso* zugleich die geschichtliche Struktur, auf die sich die Strategie des Klassen-

116 Walter Simon analysiert auf der Grundlage des Monopolisierungsprozesses die Funktion der Kapitalverbände im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem. Auch für die Binnenstruktur der Verbände weist er die monopolistische Dominanz nach. Vgl. Walter Simon, *Verbände des Finanzkapitals. Organisation und Funktion*, in: IMSF (Hrsg.), *Das Monopol — ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus*, a. a. O., S. 108—113; ders. ausführlicher: *Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände. BDI, BDA und DIHT im ökonomischen und politischen System der BRD*, Köln 1976.

117 Frank *Deppe*, *Autonomie...*, a. a. O., S. 149 f.

118 Ein Zustand, der natürlich nicht „ewig“ garantiert ist; offene Repression gegen die Arbeiterbewegung ist auch im heutigen Kapitalismus möglich, setzt aber entscheidende politische Veränderungen voraus.

119 Frank *Deppe*, *Autonomie...*, a. a. O., S. 146.

120 ebenda, S. 146.

kampfes bewußt beziehen muß. Und diese antagonistische Logik gibt es in der Tat in der kapitalistischen Gesellschaft: Es handelt sich um die Logik der Produktivkräfte. Der Kapitalismus ist bei Strafe seines Unterganges gezwungen, die Produktivkräfte immer weiter zu entwickeln, und diese erlangen so zunehmend gesellschaftlichen Charakter, der sich immer weniger mit den privaten Produktionsverhältnissen verträgt. Das revolutionäre Handeln der Arbeiterklasse muß sich daher einfügen in diesen Prozeß der wachsenden Vergesellschaftung.¹²¹

Vor dem Hintergrund einer solchen Analyse werden gewerkschaftliche Strategien präziser faßbar. Der „Integrationismus“ muß nicht mehr bloß herrschaftstechnisch oder verschwörertheoretisch begründet werden, er ist aus den sozialökonomischen Strukturen heraus erklärbar. „Als ‚Integrationismus‘ bezeichnen wir zunächst einmal eine gesellschaftspolitische Strategie, die in ihrem Kern darauf abzielt, die ‚antagonistische Logik‘ von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen, von Vergesellschaftungsprozeß und Profitprinzip, mit dem Instrumentarium der klassenübergreifenden Konsensbildung abzuschwächen und in Übereinstimmung zu bringen, um auf diese Weise das revolutionäre Potential des Klassen Gegensatzes von Kapital und Arbeit einzudämmen.“¹²²

Demgegenüber gewinnt die Gewerkschaftspolitik in dem Maß Klassenautonomie, wie sie die objektiven gesellschaftlichen Gesetze bewußt im Interesse der Arbeiterklasse anwendet. Autonome Gewerkschaftspolitik bedeutet den Kampf für politische Maßnahmen, in denen die „Logik der Arbeiterklasse“ bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme mit zum Tragen kommt. „Von Klassenautonomie (kann) in dem Maß gesprochen werden, wie in den gewerkschaftlichen Kämpfen die allgemeinen und einheitlichen Interessen der Lohnabhängigen als Klasseninteressen sich konkretisieren. Die Alternative besteht daher nicht zwischen der Realität der ‚befestigten Gewerkschaft‘ und dem Phantom der ‚revolutionären Gewerkschaft‘.“¹²³

Gewerkschaftliche Autonomie kann nach diesem Verständnis nicht einfach auf die organisatorische und politische Selbständigkeit der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien und staatlichen Institutionen reduziert werden, obwohl dies ein wichtiges Kriterium der Einheitsgewerkschaft ist. Der Autonomie-Begriff ist auch durch die Postulierung einer „Unabhängigkeit“ der gewerkschaftlichen Basis gegen den „Apparat“ oder die „Führung“ fehlgedeutet. Er erhält vielmehr eine inhaltliche, nicht-formale Ausweitung¹²⁴ und wird als umfassende Klassenautonomie verstanden, die sich im Prozeß der Vereinheitlichung und Verallgemeinerung der Interessen der Arbeiterklasse entwickelt.

Die Verteidigung der Reproduktionsinteressen der Arbeiterklasse muß von dem prinzipiell antagonistischen Charakter des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit ausgehen, wenn sie die Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse unter die kapitalistischen Gesamtinteressen verhindern will. Im Kampf gegen eine solche Unterordnung

121 ebenda, S. 146 f.

122 ebenda, S. 163.

123 ebenda, S. 188.

124 Wie man trotz aller demonstrierter Gelehrsamkeit zu einer völlig inhaltsleeren Bestimmung „vorstoßen“ kann, zeigt Gerhard Beier aus Kronberg/Ts., der Autonomie unter anderem „auch als sinngebende Vermittlung von ‚Ordnungsfaktor und Gegenmacht‘“ verstehen will. (vgl. G. Beier, Elemente einer Theorie der gewerkschaftlichen Entwicklung. Autonomie, Funktion, Struktur und Aktion, in: Borsdorf u. a. (Hrsg.), Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität, Köln 1977, S. 202).

und in der Auseinandersetzung mit den Integrationsstrategien entwickelt sich klassengewerkschaftliche Autonomie. Sie bezieht damit auch die Gewerkschaftsbewegung in den Zusammenhang der antikapitalistischen Perspektive der Arbeiterbewegung ein.

In dem Maße, in dem sich der gewerkschaftliche Kampf in die Gesamtbewegung der Arbeiterklasse einfügt, wird auch die traditionelle Trennung von ökonomischem und politischem Kampf überwunden. Das bedeutet keine Verwischung der Funktionen von Gewerkschaften und politischen Parteien der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften vertreten die Reproduktionsinteressen gegenüber dem Kapital und dem Staat und organisieren dabei einen möglichst hohen Anteil der Arbeiterklasse, um die Konkurrenz zu überwinden und eine größtmögliche gesellschaftliche Macht zu repräsentieren. Diese Aufgaben können von keiner anderen Organisation wahrgenommen werden. Die Einheitsgewerkschaft, in der ja verschiedene politische Strömungen (christliche, sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische) präsent sind, kann diese Aufgaben auch nur dann wirkungsvoll wahrnehmen, wenn sie das einheitliche Handeln aller Mitglieder in der praktischen Interessenvertretung herstellt. Je stärker jedoch in der Entwicklung einer klassenautonomen Politik die gesellschaftspolitischen „Gestaltungsfunktionen“ der Gewerkschaften in den Vordergrund treten, desto mehr „verringert sich die Distanz zwischen den gewerkschaftspolitischen und den parteipolitischen Orientierungen und Entscheidungen“.¹²⁵

„Einheitsgewerkschaftliche Autonomie setzt daher in der Praxis einmal den Erfolg selbständiger außer- bzw. vorparlamentarischer Mobilisierung und Interessenvertretung voraus. Zum andern kann sie sich nur verwirklichen, wenn der Kampf um die Verbesserung der Reproduktionsbedingungen, um die Kontrolle der Macht des Kapitals, um die Demokratisierung der Gesellschaft sich im politischen Bereich, im Kampf um die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses umsetzt. Es ist zu vermuten, daß die politische Dynamik eines solchen Prozesses zugleich auf die existierende Parteienstruktur (vor allem natürlich auf die innere Entwicklung der SPD, der die überwiegende Mehrzahl der aktiven Gewerkschafter angehört bzw. anhängt) transformierend einwirken würde, denn die Veränderung des Bewußtseins der Lohnabhängigen, die eine solche Entwicklung zur Voraussetzung hat und vorantreibt, kann sich natürlich nicht auf den Binnenraum gewerkschaftlicher Organisation und Praxis beschränken. Diese spezifischen politischen Bedingungen — d. h. die im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern extrem schwache Position der politischen Kräfte der klassenbewußten Arbeiterbewegung — weisen daher der Einheitsgewerkschaft in der BRD eine besondere Funktion für die Entwicklung des gesellschaftlichen und politischen Bewußtseins der Lohnabhängigen zu.“¹²⁶

Deppe ist in der Lage, mit seinem theoretischen Instrumentarium die Integrationsstrategie der herrschenden Klasse gegenüber den Gewerkschaften sowie die Rolle der integrationistischen Strömung innerhalb der Gewerkschaften einzuschätzen. Die weitestgehende Stufe der Integration ist erreicht, wenn die Organisation in den Herrschaftsapparat eingegliedert ist. „Der Integrationismus, der aus der Arbeiterbewegung hervorgeht, mußte unbegriffen bleiben, wenn er lediglich als der politische Ausdruck des Hineindringens bürgerlicher Ideologien in das Bewußtsein der Arbeiterklasse und die Politik der Arbeiterbewegung bestimmt würde.(...) Die Wirkungsweise solcher Prozesse (kann) nur dann richtig erfaßt werden, wenn die Frage beantwortet wird, welches die Voraussetzungen in

125 Frank Deppe, *Autonomie...*, a. a. O., S. 190.

126 ebenda, S. 198.

den Reproduktionsbedingungen und Bewußtseinsformen in der Arbeiterklasse sind, die in letzter Instanz dieses ‚Hineindringen‘ bürgerlicher Ideologien und Strategien ermöglichen. Die historische und logische Grundlage des Integrationismus in der Arbeiterbewegung ist der Reformismus. Der Integrationismus festigt sich in einem Prozeß, in dem die reformorientierte ‚Tagespolitik‘ der Arbeiterbewegung, die sich auf dem Boden der herrschenden Ordnung vollzieht, sich von dem ‚sozialistischen Endziel‘ ablöst und verselbständigt.“¹²⁷

Wenn es dem Monopolkapital gelingt, durch Monopolisierung, Staatseinmischung und Integrationspolitik über längere Zeit gesellschaftliche Lösungen zu verwirklichen, die die „antagonistische Logik“ obsolet erscheinen lassen, dann kann dies zu relativ stabilen sozialen Verhältnissen führen. Die Bundesrepublik ist ein Beispiel dafür. Die Massenverankerung des Integrationismus ist dabei nicht allein der ideologische Reflex auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse, sondern die Wirksamkeit eines „spezifischen Typs bürgerlicher Hegemonie“, der eine Konsensbildung bewirkte und sich durch die „Verschmelzung der ‚nationalen Frage‘ mit dem Antikommunismus und schließlich auch allen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik festigte“.¹²⁸

Erst diese reaktionär-sozialpartnerschaftliche Konsensbildung — und nicht ursächlich Prozesse der Verrechtlichung, Bürokratisierung usw. — bewirkten den weitgehenden Verlust der Handlungsautonomie für die Gewerkschaften. Voraussetzung für die Stabilität dieses Konsens ist aber ein entsprechender Spielraum der Monopolbourgeoisie für Zugeständnisse an die Arbeiterklasse, d. h. die Kontinuität der Kapitalakkumulation. Voraussetzung ist außerdem die Dominanz integrationistischer Kräfte innerhalb der Gewerkschaften.

Wird der Verwertungsspielraum eingeschränkt, so verschärfen sich zahlreiche ökonomisch-soziale Probleme (heute z. B. Rationalisierungen, Massenarbeitslosigkeit, Abqualifizierungen usw.), was die Integration erschwert. Außerdem wird seitens des Monopolkapitals versucht, bestehende Formen der Integrationspolitik aufzukündigen. Die Verschärfung der Gegensätze zieht die Krise der integrationistischen Kräfte in den Gewerkschaften nach sich und belebt Diskussionen über neue Orientierungen der Politik. Der Verlauf dieser Diskussionen hängt nicht zuletzt auch davon ab, wie die Vertreter der klassenorientierten Strömung in den Gewerkschaften es verstehen, alternative Vorschläge für die Lösung anstehender Probleme, d. h. die Konkretisierung der „antagonistischen Logik“ zu leisten. Der aktuelle Ansatzpunkt der Betonung einer autonomen Politik in den innergewerkschaftlichen Diskussionen zeigt sich z. B. in der Orientierung auf die „eigene Kraft“ der Gewerkschaften, die — wie die Erfahrungen der letzten Jahre belegen — zu einer Aktivierung tarifpolitischer Initiativen und der Stärkung der Kampffähigkeit beitragen kann. In dem Maße allerdings, in dem die gesellschaftspolitische Qualität der kämpferischen Auseinandersetzungen um die Bedingungen der Einführung neuer Techniken, der Arbeitsplatzsicherung und Verbesserung von Arbeitsbedingungen sichtbar wurde und die Entwicklung wirtschaftspolitischer Alternativen zur Strategie des Kapitals und Staates förderte, werden auch Gegentendenzen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung stärker, die eine kritischere Distanz zur offiziellen SPD- und Regierungspolitik und eine Stärkung klassenautonomer Kräfte verhindern wollen.

127 ebenda, S. 167.

128 ebenda, S. 84 f.

Es ist ein Verdienst von Deppes Arbeit, daß sie die Verbindungsglieder zwischen der sozialökonomischen Analyse des SMK und den politischen Analysen zur Gewerkschaftsfrage aufdeckt und die Richtung zeigt, in die weiter geforscht werden muß. Denn natürlich ist *Deppes* Buch keine abschließende Aussage, die alle Fragen beantwortet.

Notwendig wäre es z. B., neueste Ergebnisse der SMK-Analyse auf wirtschaftspolitischem Gebiet einzubeziehen. Die Entwicklung in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern nach der Krise 1974/75 hat gezeigt, daß es zwei Grundlinien staatsmonopolistischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gibt, die sich an der unterschiedlichen Gewichtung der kurzfristigen Profitinteressen bzw. der längerfristigen Systeminteressen festmachen lassen.¹²⁹ Beide „Linien“ (die in der Praxis natürlich nie in reiner Form auftreten) sind Varianten staatsmonopolistischer Politik, d. h. der politische Vollzug der Profitinteressen der Monopole. Sie sind insofern nicht gleichzusetzen mit den bei *Deppe* diskutierten „antagonistischen Logiken“. Trotzdem bedeutet die privatmonopolistische Entwicklungsvariante, wie sie in der BRD vorherrscht, den Frontalangriff auf die Interessen der Arbeiterklasse. Auch die stärkere Betonung längerfristiger Systeminteressen zu Lasten kurzfristiger Profitmöglichkeiten kommt den Reproduktionsinteressen der Arbeiterklasse entgegen. Andererseits würde die ausschließliche Orientierung gewerkschaftlicher Forderungen auf solche staatliche Lösungen noch nicht die Gewinnung von Klassenautonomie bedeuten. Diese Probleme bedürfen noch genauerer Untersuchungen.

Ein anderes Problem, auf das *Deppe* hinweist, ohne schon ausreichende Antworten geben zu können, ist das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und den politischen Parteien der Arbeiterklasse, insbesondere der kommunistischen Partei. Je mehr die Vergesellschaftungstendenzen die Gewerkschaften zwingen, von sich aus fortschrittliche Problemlösungen zu praktisch allen sozialökonomischen Fragen zu erarbeiten, desto schwieriger wird die theoretische Abgrenzung ihrer Funktionen zu denen der politischen Organisationen. Das gilt besonders für ein Land, in dem das Prinzip der Einheitsgewerkschaft besteht. Hier wird die politische Praxis „Lehrmeister“ der Wissenschaft sein müssen, denn mit abstrakten Strukturanalysen wird dem Problem bestimmt nicht beizukommen sein.

Deppes Arbeit zeigt, daß die SMK-Theorie als einzige in der Lage ist, die Fragen, vor die sich die Gewerkschaftsforschung heute gestellt sieht, wissenschaftlich fundiert zu beantworten. Daß hier in der Vergangenheit Versäumnisse vorliegen, soll nicht verschwiegen werden. Allerdings hängt der Grad der Verallgemeinerung, den die Praxis in der Wissenschaft erfährt, auch vom Entwicklungsniveau dieser Praxis ab. Die Zuspitzung der Widersprüche und der Klassenkämpfe, damit verbunden auch eine Klärung der Fronten, und im Zuge einer solchen Entwicklung die Stärkung der an den Klasseninteressen orientierten Kräfte in den Gewerkschaften war eine Voraussetzung für die Vertiefung der Gewerkschaftstheorie. Von einigen der oben besprochenen Arbeiten sind wichtige Impulse für die Intensivierung der Forschung auf diesem Gebiet gegeben worden, auch wenn die unzureichenden theoretischen Prämissen ein Durchdringen der Problematik verhinderten. Zweifellos wird die Fortsetzung der Arbeiten an marxistischer Gewerkschaftsanalyse auch für die weitere Entwicklung der Gewerkschaften, insbesondere für die um eine konsequente Klassenpolitik bemühten Kräfte von Bedeutung sein.

129 vgl. hierzu insbesondere Heinz Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante ..., a. a. O.

Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, neue Technik und Arbeiterbewegung*

Lothar Peter

1. *Technischer Fortschritt im Kapitalismus oder „dritte industrielle Revolution“?* — 2. *Gegenwärtige Tendenzen der neuen Technik in der materiellen Produktion;* — 3. *Technische und arbeitsorganisatorische Rationalisierung der Büroarbeit;* — 4. *Tendenzen in den sozialen Auswirkungen der neuen Technik und Rationalisierung auf die Lohnabhängigen;* — 5. *Exkurs: Zur theoretischen Kontroverse um den Zusammenhang von technischem Fortschritt und Qualifikation;* — 6. *Arbeiterbewegung und neue Technik.*

1. Technischer Fortschritt im Kapitalismus oder „dritte industrielle Revolution“?

Die Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Bundesrepublik ist gegenwärtig durch eine sprunghafte Zunahme neuer Technologien sowohl in der materiellen Produktion als auch im nichtproduktiven privaten oder öffentlichen Bereich des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses geprägt.

Neben den Veränderungen der energetischen Basis der gesellschaftlichen Produktion — es sei hier auf den wachsenden Anteil der Kernenergie an der Energieversorgung hingewiesen — gehören die neuen Technologien im Arbeitsprozeß zu den wichtigsten konkreten Erscheinungsformen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in unserem Land.

Diese neuen Technologien beruhen wesentlich auf der Anwendung steuernder, kontrollierender, regelnder und informierender Funktionen der Elektronik. Sie umfassen vor allem Produkte der Halbleiter- und Optoelektronik sowie der Speicher- und Sensortechnik. Unter diesen neuen Technologien kann die Mikroelektronik als die entscheidende, als Schlüsseltechnologie „mit der Funktion einer echten Basisinnovation“¹ bezeichnet werden. Es handelt sich jedoch bei der Mikroelektronik auf ihrem heutigen Entwicklungsstand technisch gesehen nicht um eine revolutionierende Errungenschaft, um eine tatsächlich umwälzende Neuerung,² sondern um eine Weiterentwicklung schon jahrzehntelang bekannter wissenschaftlich-technischer Gesetzmäßigkeiten und Funktionen.

* Dieser Beitrag schließt an den von mir verfaßten Beitrag „Neue Technik und die Folgen ihrer kapitalistischen Anwendung“ an, der in den „Marxistischen Blättern“ 2/1978 erschien.

1 Günter Friedrichs, Drei Millionen Arbeitsplätze fehlen, in: Wirtschaftswoche Nr. 21/1977, S. 62.

2 In diesem Punkt unterscheidet sich meine Einschätzung von der Johanna Hunds, die im Zusammenhang mit der Einführung von Mikroprozessoren von „revolutionierenden Veränderungen“ und „qualitativer Umwälzung“ spricht (vgl. Johanna Hund, Zur technologischen Entwicklung und deren sozialen Auswirkungen. Unveröffentlichtes Manuskript, Oktober 1977, S. 4). Nach meiner Auffassung sind solche Kennzeichnungen Umwälzungsprozessen des gesamten Produktivkraftsystems vorbehalten, wie sie z. B. mit der industriellen Revolution des 18./19. Jh. gegeben waren. Diese Kritik ändert jedoch nichts daran, daß ich diesem Beitrag von Johanna Hund sowie ihrem Aufsatz: Zur gegenwärtigen technologischen Entwicklung und deren Auswirkung auf die Beschäftigungslage, in: SOFO, 46/1978 wichtige theoretische Anregungen und zahlreiche konkrete Informationen verdanke.

Wenn es trotzdem gerechtfertigt ist, von einer neuen Stufe des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu sprechen, so deshalb, weil durch die massenhafte Überleitung elektronischer Informations-, Steuerungs- und Regelungsmittel in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß empirisch eindeutige, qualitativ und quantitativ relevante Veränderungen ausgelöst worden sind. Sie beziehen sich sowohl auf die Arbeitsproduktivität als auch auf die Entwicklung der sachlichen Momente des Arbeitsprozesses und nicht zuletzt auf die Stellung des Menschen im Arbeitsprozeß.

Diese Veränderungen, deren Anfang vor etwa fünf bis zehn Jahren liegt, sind so enorm, daß sich der Vorsitzende der IG Metall, *Eugen Loderer*, veranlaßt sah, von einer „dritten industriellen Revolution“ zu sprechen.³ Nach meiner Auffassung handelt es sich jedoch nicht um eine „dritte industrielle Revolution“, sondern um eine neue Stufe im Prozeß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, dessen ungehinderte Entfaltung innerhalb der Schranken des Privateigentums der kapitalistischen Gesellschaft nicht möglich ist.

Der Begriff der „dritten industriellen Revolution“ unterstellt — ähnlich wie die schon während der zwanziger Jahre von sozialdemokratischer Seite benutzte Formel der „zweiten industriellen Revolution“, daß auf der Basis der gegebenen kapitalistischen Produktionsverhältnisse beliebig viele Umwälzungen der Produktivkraftstruktur stattfinden können, ohne daß es notwendigerweise zur antagonistischen Zuspitzung in der Beziehung der Produktivkräfte zu den Produktionsverhältnissen kommen müsse. Zumindest legt der Begriff der „dritten industriellen Revolution“, wie er von *Eugen Loderer* dargestellt wird, nicht die Deutung nahe, daß zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gesetzmäßige, systemhafte Zusammenhänge bestehen und ein bestimmtes Niveau der Produktivkräfte und der Vergesellschaftung der Arbeit bestimmter Eigentumsformen, also bestimmter Produktionsverhältnisse bedarf, um sich weiterentwickeln zu können.

Aber auch der in der marxistischen Diskussion häufig verwendete Begriff der „wissenschaftlich-technischen Revolution“⁴ ist zumindest vorerst noch mit zu vielen Unsicherheiten behaftet, als daß er ohne weiteres für die Analyse der gegenwärtigen Produktivkraftentwicklung als theoretischer Leitbegriff dienen könnte. Ohne hier tiefer ins Problem eindringen zu können, sei nur auf einige Schwierigkeiten hingewiesen, die mit dem Begriff der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ verknüpft sind.

Dem Begriff fehlt die erforderliche Bestimmungsschärfe seines zeitlichen Geltungsbereichs. Er trägt nicht zu einer präzisen Periodisierung der Produktivkraftentwicklung bei. Da das Verhältnis zwischen „revolutionären“ und „nicht-revolutionären“ Phasen der kapitalistischen Produktivkraftgeschichte nicht exakt im Rahmen der Begriffsexplikation bestimmt wird, besteht die Gefahr einer Verflachung der theoretischen Qualität des Revolutionsbegriffs. Des weiteren gibt der Begriff der „wissenschaftlich-technischen Revolution“, der für die Analyse des Produktionsprozesses, vor allem seiner „stofflichen“ Seite wichtige Erkenntnisse vermittelt, nicht hinreichend Aufschluß über den Zusammenhang

3 Eugen Loderer, Strukturelle Arbeitslosigkeit durch technologischen Wandel, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/1977, S. 410.

4 Aus der großen Zahl von Veröffentlichungen zur Frage der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ seien hier nur beispielsweise erwähnt: Autorenkollektiv, Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution. Eine historische Untersuchung, Berlin (DDR) 1972; Tomscho Trendafilov, Wissenschaftlich-technische und soziale Revolution, Frankfurt/Main 1976; Internationales Autorenkollektiv, Wissenschaftlich-technische Revolution und ideologischer Kampf, Frankfurt/Main 1978.

von Produktivkraftentwicklung und sozialökonomischen Strukturveränderungen. Es bleibt unklar, inwieweit sich etwa wissenschaftlich-technische Innovationen unabhängig von und ungleichzeitig zu sozialökonomischen und politischen Umwälzungen vollziehen können. Zwar läßt das den Begriff umgebende theoretische Konzept der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ keinen Zweifel daran, daß eine Vollendung der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ nur in den sozialökonomischen und politischen Entwicklungsformen einer sozialistischen Gesellschaft möglich ist, aber die Beziehung zwischen Produktivkräften, Produktionsverhältnissen und politischem System bleibt auffällig vage. So ist zum Beispiel ungeklärt, inwieweit die Qualifizierung der gegenwärtigen Phase der Produktivkraftbewegung als revolutionär mit jenen Anpassungsprozessen und Modifikationen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse vereinbar ist, die zwar durchaus nicht die dem Kapitalismus innewohnenden Antagonismen lösen können, aber doch eine zeitlich und qualitativ beträchtliche Flexibilität für die weitere Entfaltung produktiver Potenzen der Gesellschaft an den Tag legen.

Aus diesen und anderen, hier nicht näher zu beschreibenden Gründen scheint es mir geraten, solange auf den Begriff der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ zu verzichten, wie die erwähnten Probleme nicht ausreichend geklärt sind, und statt dessen die gegenwärtige Phase der Produktivkraftbewegung als kapitalistisch bestimmten wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu bezeichnen.

Die neue Stufe des technischen Fortschritts ist nicht durch revolutionisierende wissenschaftliche oder technische Erfindungen gekennzeichnet, die plötzlich Umbrüche in der materiell-technischen Basis des Produktionsprozesses hervorrufen, sondern durch die Weiterentwicklung und Verallgemeinerung schon länger vorhandener Technologien. So ist die allerdings in der Form eines Innovationsschubs erfolgende Expansion der Mikroelektronik das Ergebnis einer systematischen Weiterentwicklung vor allem der Transistorentechnik, deren erste Produktgeneration Anfang der fünfziger Jahre wirksam wurde. Das gilt auch für andere Faktoren der neuen Technik wie beispielsweise für moderne Verbundtechniken, die die Vorzüge der Mikroelektronik mit denen synthetischer Werkstoffe verbinden (Spritzgußverfahren bei Bauteilen elektronischer Produktion). Ihre spektakulärste Vergegenständlichung findet die Mikroelektronik in den sogenannten „Mikroprozessoren“ oder „Minicomputern“. Sie haben als „job-killer“ bereits traurige Berühmtheit erlangt; denn unter kapitalistischen Bedingungen ist der technische Fortschritt, also auch die Mikroelektronik mit ihren immensen technischen Anwendungsmöglichkeiten, in erster Linie den Gesetzen und Verlaufsformen der kapitalistischen Akkumulation unterworfen⁵. Wie der technische Fortschritt im Kapitalismus überhaupt, so hat folglich auch die Mikroelektronik den Zweck, „lebendige Arbeit“ durch „vergegenständlichte Arbeit“ zu ersetzen, um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen und damit das Verhältnis von produziertem Mehrwert und variablem Kapital (Löhne und Gehälter) zugunsten des Kapitals zu verändern. Die gesellschaftlichen Produzenten, die Arbeiter und Angestellten, erfahren den wissenschaftlich-technischen Fortschritt als einen Prozeß, in dem einerseits ihre „selbständige Produktionsfähigkeit gebrochen wird, andererseits mit der Entwick-

5 Daß sich die gesellschaftliche Folge der technologisch angewandten Mikroelektronik nicht unvermeidlich in Arbeitslosigkeit äußert, sondern ihre planmäßige Einführung im Sozialismus vielmehr ebenso zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen wie zu einer Steigerung der Produktivkraft der Arbeit führt, macht Gerhard Merkel, „Mikroelektronik und wissenschaftlich-technischer Fortschritt“, in: *Einheit*, 12/1977, deutlich.

lung der Maschinerie auch technologisch die Bedingungen der Arbeit als die Arbeit beherrschend erscheinen und zugleich sie ersetzen, unterdrücken, überflüssig machen in ihren selbständigen Formen"⁶.

Aber die Verdrängung „lebendiger Arbeit“ durch Maschinerie und Technik zum Zweck erhöhter Kapitalrentabilität ist für die kapitalistische Entwicklung allgemein charakteristisch. Was die gegenwärtige konkretere Erscheinungsform dieses Prozesses von vorangegangenen Phasen der kapitalistischen Akkumulation seit Kriegsende unterscheidet, ist die Tatsache, daß die heutigen Technologien nicht nur Arbeitskräfte freisetzen, wo sie in den verarbeitenden Industrien angewandt werden, sondern gleichzeitig Arbeitsmittel „einsparen“ und infolgedessen die Entwicklung der Investitionsgüterindustrie dämpfen.⁷ Technische Rationalisierung ist nicht mehr wie in den fünfziger und sechziger Jahren mit einem ebenso breiten wie steilen Investitionsboom verbunden; denn die modernen Arbeitsmittel und Technologien ermöglichen enorme Kapazitätsausweitungen, ohne entsprechende arbeitsplatzschaffende Impulse in der Investitionsgüterindustrie auszulösen. Schließlich drosselt der technische Fortschritt den Beschäftigungseffekt selbst noch dann, wenn nicht nur Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen getätigt werden, was zur Zeit allerdings überwiegend der Fall ist, sondern es sich um „echte“ Erweiterungsinvestitionen handelt. Diesen Aspekt hat *J. Huffschnid* folgendermaßen prägnant beschrieben: „Daß durch reine Rationalisierungsinvestitionen normalerweise Lohnkosten eingespart, Arbeitskräfte ‚freigesetzt‘ und Arbeitsplätze vernichtet werden, liegt auf der Hand, denn eben dies ist ein wichtiger Zweck der Rationalisierungsinvestitionen. Aber auch beim Ersatz von ausscheidenden Anlagen werden in der Regel nicht die gleichen Maschinen, sondern modernere installiert, deren Bedienung weniger Arbeitskräfte erfordert. Allein die reinen Erweiterungsinvestitionen, die zu dem bestehenden Produktionsapparat neue Anlagen hinzufügen, schaffen Arbeitsplätze, allerdings aufgrund der Anwendung neuer Technologien ebenfalls weniger als bei, am Ausstoß gemessen, gleich großen Anlagen früherer Jahre. Die Verschiebung der Strukturen der Investitionen zugunsten der Rationalisierungs- und Ersatz- und zuungunsten der Erweiterungsinvestitionen bedeutet, daß immer mehr arbeitsplatzvernichtende und immer weniger arbeitsplatzschaffende Produktionsanlagen installiert werden und daß der Arbeitskräftesaldo auch bei steigenden Investitionen negativ wird.“⁸

2. Gegenwärtige Tendenzen der neuen Technik in der materiellen Produktion

Untersucht man, wie die neue Technik im produktiven Bereich des Wirtschaftsprozesses in der Bundesrepublik angewandt und welche tatsächlichen Folgen sie für die Arbeiter, Angestellten und wissenschaftlich-technischen Kader hat, so ist zunächst auf die industrielle Fertigung als Zentrum des Reproduktionsprozesses einzugehen.

Entsprechend dem jeweiligen technischen Stand vollziehen sich das Vordringen und die Ausbreitung neuer Technologien, namentlich der Mikroelektronik, in den einzelnen

6 Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, in: Marx/Engels Werke, Bd. 26.1, Berlin (DDR) 1971, S. 367.

7 Vgl. den Aufsatz von Jörg Goldberg „Die Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals als Grundlage von Stagnationstendenzen“ in diesem Band.

8 Jörg Huffschnid, Entkoppelung von Konjunktur und Beschäftigung. Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz fünf Jahre nach der „Ölkrise“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/1979, S. 77.

Industriezweigen sehr unterschiedlich. In diesem Prozeß stehen zweifellos diejenigen Industriebereiche bzw. -zweige an der Spitze, die mit der Anwendung von Elektronik wegen der Gebrauchswerteigenschaften der durch sie erzeugten Produkte am engsten verbunden sind. Das gilt sowohl für die Abteilungen der elektronischen Industrie, wo die mikroelektronischen Bausteine hergestellt, als auch für die Industrien, wo sie — wie etwa im Elektrogerätebau — verarbeitet werden. Volkswirtschaftlich ähnlich wichtig wie die elektronische Industrie ist der Maschinenbau. Auch hier hat ein mikroelektronischer Innovations-schub eingesetzt, dessen langfristige Auswirkungen auf die Struktur dieses arbeitsintensiven Zweiges (1977 über 1 Mio. Beschäftigte)⁹ überhaupt noch nicht absehbar sind. Das trifft vor allem auf den Werkzeugmaschinenbau zu, wo automatisch gesteuerte (numerical control) NC-Maschinen schon seit Anfang der sechziger Jahre verwendet werden.¹⁰ Ihrer Zunahme waren nicht nur ökonomisch wegen der hohen Anschaffungskosten, sondern auch technisch insofern Schranken gesetzt, als sie für Kleinserienfertigung nur begrenzt geeignet waren. 1977 gab es in der Bundesrepublik ungefähr 5000 solcher Maschinen. Durch die Steuerung von NC-Maschinen durch Mikroprozessoren wurde im Werkzeugmaschinenbau eine bedeutende Veränderung ausgelöst. Die sogenannten (computerized numerical control) CNC-Maschinen, die seit einigen Jahren auf dem Markt sind, eignen sich auch für Kleinserienfertigung. Sie haben eine wesentlich höhere Laufgeschwindigkeit, sind einfacher zu bedienen und kosten nicht viel mehr als herkömmliche Werkzeugmaschinen. Die neue Technik entfaltet sich aber nicht nur in den genannten Spitzenindustrien, wo das technische Niveau ohnehin sehr hoch ist, sondern sie erobert auch industrielle Bereiche, die traditionell durch einen hohen Grad unmittelbarer Einwirkung der menschlichen Arbeitskraft auf Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstand, verbunden mit hoher muskulärer und/oder psychischer Belastung charakterisiert waren. Betroffen sind davon zum Beispiel klassische Fertigungstätigkeiten im Fahrzeugbau, aber auch repetitive Teilarbeiten in anderen Industriezweigen, wie vor allem der Elektroindustrie. 1978 waren im Wolfsburger VW-Werk 85 Industrieroboter im Einsatz, die Fahrzeugteile schweißten, Pressen bedienten, Hinterachsen hoben und einlegten und Karosserieteile beschichteten. Handhabungssysteme, Sensoren und Industrieroboter verrichten heute bereits vielfältige Arbeitsoperationen, wie Schweißen, Lackieren, Materialbeschichtung und Sortieren von Werkstücken. Trotzdem ist die Anwendung von Industrierobotern noch Neuland des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. 1978 soll es in der Bundesrepublik erst rund 520 entsprechende Maschinen gegeben haben.¹¹ Die jetzige Generation von Industrierobotern und Handhabungssystemen ist technisch noch nicht ausgereift. Sie kann Toleranzen von ± 1 mm noch nicht unterschreiten und ist auf zusätzliche Führungshilfen angewiesen.¹² Die zweite, gegenwärtig schon erprobte Generation soll über eigene „Sinnesorgane“ und die dritte schließlich über eine „künstliche“ oder „apparative Intelligenz“ verfügen. Obwohl also die Entwicklung hier gerade erst begonnen hat, scheint die Prognose zulässig, daß Industrieroboter noch in dem kommenden Jahrzehnt, 1980—1990, gerade in arbeitsintensiven Arbeitsprozessen eine wichtige Rolle spielen werden.

9 Vgl. Johanna Hund, Zur gegenwärtigen technologischen Entwicklung... SOPO 46/1978, S. 43.

10 Vgl. zum folgenden VDI-Nachrichten, Nr. 37/1977, Sonderbeilage S. 40.

11 Vgl. W. Hanstein, Die Roboter kommen, in: Deutsche Volkszeitung v. 27. Juli 1978.

12 Vgl. Günter Friedrichs, Rationalisierung durch den Einsatz von Mikroprozessoren — Auswirkungen auf Produktion und Verwaltung. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, S. 8.

(Auf Industriezweige wie die Uhren- und die Druckindustrie sei hier nicht näher eingegangen, weil ihre Entwicklung relativ bekannt ist und hier schon heute der systematische Einsatz der neuen Technik zu tiefgreifenden Strukturveränderungen geführt hat.)¹³

Zu ergänzen wäre jedoch, daß die Anwendung der neuen Technik in den Industrieunternehmen nicht nur den Fertigungsbereich erfaßt, sondern inzwischen immer mehr auch auf die Abteilungen der Lagerung, des Transports, Verkaufs und des Personalwesens übergreift, die mit Hilfe moderner Daten- und Informationstechnik mit der materiellen Produktion zu integrierten Systemen zusammengeschlossen werden.¹⁴ Vom Zugriff der neuen Technik bleiben auch Arbeitsbereiche der verarbeitenden Industrie nicht verschont, die der Fertigung vorgelagert sind und die man bisher für „immun“ gegen die neue Technik gehalten haben mag. Daß dieses Vertrauen keine solide Grundlage mehr hat, beweist die Entwicklung beim technischen Zeichnen und in der Konstruktion. Beide, durch relativ hohe Qualifikationen der „lebendigen Arbeit“ charakterisierten Tätigkeitsfelder werden zukünftig weitgehend durch sogenanntes computerunterstütztes Zeichnen (CAD = computer aided design) übernommen werden können. Nach Angaben des IG-Metall-Funktionärs *Horst Hinz*, der sich auf amerikanische Quellen stützt, sollen in den USA bis 1985 rund 90 % aller technischen Zeichnungen durch CAD-Systeme hergestellt werden.¹⁵ Obwohl die Entwicklung in der Bundesrepublik nicht mit demselben rasanten Tempo verläuft, wird sich mit einer Phasenverzögerung von schätzungsweise zehn bis zwanzig Jahren ein vergleichbarer Prozeß vollziehen.

3. Technische und arbeitsorganisatorische Rationalisierung der Büroarbeit

Der Vormarsch der neuen Technik bleibt nicht an den Grenzen der materiellen industriellen Produktion stehen. Er dringt auch massiv in den nichtproduktiven Sektor, sei er privat oder öffentlich, vor und unterwirft in zunehmendem Umfang Büro- und Verwaltungsarbeiten einem technischen und arbeitsorganisatorischen Strukturwandel: „In der materiellen Produktion schreitet die Automation schon seit den letzten 10 bis 15 Jahren schnell, aber fast lautlos voran. Jetzt werden vor allem vor- und nachgelagerte Bereiche der Produktion, Büros und Verwaltungen, Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, aber auch Dienstleistungsbereiche wie Gesundheitswesen, Handel, Banken und Versicherungen von der neuen Welle der Automation erfaßt. Inzwischen sind nämlich die Möglichkeiten einer Automatisierung auch dieser Bereiche gewachsen. Wesentliche Voraussetzung ist, geistige Fähigkeiten standardisieren zu können und sogenannte intelligente und lernfähige Systeme zu entwickeln, die diese Tätigkeiten ausführen können. Die Grenzen sind noch nicht erreicht.“¹⁶

Auch Büro- und Verwaltungsarbeit unterliegt der Ökonomisierung ihrer Produktionselemente, d. h. neue Technik und Rationalisierung verfolgen den Zweck, menschliche

13 Vgl. dazu Lothar Peter, *Neue Technik* . . . , a. a. O.

14 Vgl. zum Beispiel Anton Safer, *Rationalisierung im Angestelltenbereich*, in: O. Jakobi/W. Müller-Jentsch/E. Schmidt (Hrsg.): *Gewerkschaftspolitik in der Krise. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78*, West-Berlin 1978.

15 Vgl. Horst Hinz beim Vorstand der IG Metall in einem Arbeitspapier vom 23. 5. 1978. Nach Schätzungen des Batelle-Instituts muß in der Bundesrepublik 1990 mit 260 000 arbeitslosen Ingenieuren und Naturwissenschaftlern gerechnet werden (vgl. Horst Hinz, *Strukturwandel und mittlere Technologie aus der Sicht der Gewerkschaften*, Vortragsmanuskript vom 13. Juni 1978, S. 8.).

16 Johanna Hund, *Zur gegenwärtigen technologischen Entwicklung* . . . , a. a. O., S. 45.

Arbeit durch technische und/oder organisatorische Mittel zu substituieren, die Leistung zu erhöhen und den Aufwand zu verringern.

In höherem Maße als in der materiellen (industriellen) Produktion sind Leistungssteigerungen in der Büro- und Verwaltungsarbeit entweder auf nur arbeitsorganisatorische Maßnahmen oder auf Strategien zurückzuführen, die technische und organisatorische Veränderungen kombinieren. Für die Umstrukturierung nach der technischen Seite ist die Einführung von EDV und automatischer Textverarbeitung typisch. Sie ist längerfristig mit einem enormen „Freisetzungseffekt“ verbunden.¹⁷

Nach der zunächst vertraulichen, inzwischen einer interessierten Öffentlichkeit zumindest in ihren Kernaussagen bekannt gewordenen Siemens-Studie „Büro 1990“ können in der Großindustrie etwa 30 % der Bürotätigkeiten „formalisiert“, d. h. vereinfacht und standardisiert werden (etwa durch Code-Ziffern, EDV-Formulare, Textstandardisierung usw.).¹⁸ 25 % der Büroarbeit lassen sich durch EDV automatisieren, die entsprechenden Arbeitsplätze werden also abgebaut. In Klein- und Mittelbetrieben ist das Rationalisierungsreservoir naturgemäß größer, da die Arbeitsabläufe in dieser Betriebsgrößenklasse weniger straff durchrationalisiert sind und die Arbeitsteilung nicht so weit fortgeschritten ist wie in Großbetrieben. In Klein- und Mittelbetrieben sollen nach der Siemens-Studie 45 % der Tätigkeiten formalisierbar und 25 % direkt durch Technik ersetzbar sein. Für die öffentliche Verwaltung errechnet die Studie noch umfassendere Rationalisierungsmöglichkeiten: Hier seien 72 % aller Tätigkeiten formalisierbar und 38 % automatisierbar. Die Siemens-Studie repräsentiert 2,7 Mio. Angestellten-Arbeitsplätze, also mehr als ein Viertel aller Angestellten in der Bundesrepublik, deren Zahl sich auf rd. 9 Mio. beläuft.¹⁹ Außerdem nimmt die Studie für sich in Anspruch, auf die gesamte Struktur der Angestelltenarbeit in der Bundesrepublik übertragbar zu sein. Was die Einsparung an Arbeitszeit anbetrifft, kommt die Studie zu dem bemerkenswerten Schluß, daß — privater und öffentlicher Sektor zusammengenommen — bei konsequenter Automatisierung bis 1990 durchschnittlich ungefähr 40 % des Arbeitsaufwandes eingespart werden können.

In Verbindung mit arbeitsorganisatorischen Rationalisierungen kann die Einführung elektronischer Daten- und Textverarbeitung im Büro die Arbeitsteilung weiter vertiefen und die Arbeitsleistung um ein Mehrfaches steigern. Ein relativ einfaches Beispiel solcher Formen der Leistungsmaximierung ist die Auflösung sogenannter „Mischarbeitsplätze“ zugunsten der Spezialisierung auf ausschließlich eine Funktion bei gleichzeitiger Einführung von Diktiergeräten, elektrischen Schreibmaschinen oder Schreibautomaten. Bei größeren Betriebseinheiten führen solche Veränderungen häufig zur Einrichtung zentraler Schreibdienste, die, vom Standpunkt des Kapitals oder des Staates betrachtet, die leistungssteigernden Vorzüge des technischen Fortschritts und der Arbeitsteilung mit denen einer beträchtlichen Kostensenkung verbinden.²⁰ Der systematischen Anwendung

17 Vgl. dazu u. a. Ulrich Briefs, Der Wandel in den Büros — Auswirkungen von Krise und Arbeitslosigkeit auf die Angestellten und die Büroarbeit, in: WSI-Mitteilungen, 4/1977.

18 Die Angaben der Siemens-Studie sind entnommen aus Horst Hinz, Arbeitspapier, a. a. O., S. 9.

19 Einen guten Überblick über die Sozialstruktur der Bundesrepublik aus marxistischer Sicht gibt André Leisewitz, Klassen in der Bundesrepublik Deutschland heute, Frankfurt am Main 1977.

20 Die Nixdorf Computer AG rechnet vor, daß man mit ihrer Textverarbeitungsmaschine Modell 8815 drei Schreibkräfte ersetzen kann. Bei einer Amortisierung des Automaten von ca. 6 Monaten und einem Anschaffungspreis von 50 000 können pro Jahr 105 000 DM Personalkosten (3x35 000 DM) eingespart werden. (Vgl. „Wirtschaftswoche“, 43/1978, S. 65.) Zu den Rationalisierungseffekten, die sich aus einer Kombina-

der neuen Technik in der Büroarbeit und den Veränderungen der Arbeitsorganisation auf der einen Seite entspricht auf der anderen Seite die Perfektionierung von wissenschaftlichen Methoden, mit deren Hilfe die menschliche Arbeitskraft, die „subjektiven Produktionsbedingungen“ optimal ausgeschöpft werden können. Das geschieht hauptsächlich durch die Übertragung von Verfahren der analytischen Arbeitsplatzbewertung und „vorbestimmter Zeiten“, die in der materiellen Produktion längst angewandt werden, auf Büro- und Verwaltungstätigkeiten, und zwar bis hin zu den relativ anspruchsvollen dispositiven Funktionen der Sachbearbeiterebene sowie des unteren und teilweise sogar des mittleren Managements.²¹ Vorgegebene Normzeitwerte für jeden einzelnen Arbeitsschritt und Soll-Zeit-Standards verdichten die „Poren des Arbeitstages“ (Marx) und erhöhen gleichzeitig die Kontrollierbarkeit der einzelnen Angestellten, was wiederum die Herrschaftsfunktion des betrieblichen Leitungssystems deutlicher hervortreten läßt. Die Erreichung maximaler bzw. optimaler Leistungswerte setzt allerdings die systematische Erfassung funktional wichtiger Merkmale der Arbeitskräfte voraus. Deshalb bauen vor allem Großunternehmen Personalinformationssysteme auf, die sowohl die von einem spezifischen Arbeitsplatz gestellten Anforderungen als auch die Qualifikationsmerkmale und andere Daten der Arbeitskräfte speichern. Diese Informationssysteme dienen dann zur Steuerung des Personaleinsatzes nach dem berühmten Motto des Vaters der kapitalistischen „wissenschaftlichen Betriebsführung“, F. W. Taylor: „Der richtige Mann am richtigen Platz“. Mit dem von Siemens entwickelten und in der eigenen Forschungsabteilung erprobten „Integrierten Verarbeitungs- und Informationssystem für Personaldaten“ (IVIP) lassen sich bis zu 900 Merkmale pro Beschäftigtem erfassen.²² Daß auf EDV-Basis beruhende Personalinformationssysteme mit einer so umfassenden Kapazität gerade dazu prädestiniert erscheinen, auch als politisches Machtinstrument Anwendung zu finden, und zwar weit über betriebliche Zusammenhänge hinaus, ist kaum von der Hand zu weisen.²³

Der kapitalistische Bedarf an systematischer Sondierung und Ausschöpfung von Rationalisierungspotentialen hat inzwischen selbst einen ansehnlichen Zweig kapitalistischer Dienstleistungsunternehmen auf diesem Gebiet hervorgebracht. Gemeint sind die zahlreichen und offensichtlich florierenden Unternehmensberatungsfirmen, deren Service immer häufiger auch zum Zweck der Rationalisierung der Büro- und Verwaltungsarbeit in Anspruch genommen wird. So hat sich kürzlich die Commerzbank die amerikanische Unternehmensberatungsfirma McKinsey ins Haus geholt, um — wie es der Vorstand der Commerzbank ausdrückte — „den Wirkungsgrad zu erhöhen und Personalreserven für expandierende Bereiche verfügbar zu machen“.²⁴

Bei der von McKinsey praktizierten und inzwischen berüchtigten Methode der sogenannten „Gemeinkosten-Wertanalyse“ handelt es sich um eine besonders rigorose Rationalisierungsmethode, bei der, um das Maß voll zu machen, die Beschäftigten zudem auf-

tion organisatorischer Maßnahmen der Arbeitserlegung und technischen Mitteln ergeben vgl. anschaulich: Michael Busse, *Arbeit ohne Arbeiter. Wem nützt der technologische Fortschritt?*, Frankfurt am Main 1978, besonders S. 129 ff.

21 Vgl. dazu Ulf Kadritzke, *Lohnarbeit und Angestellte. Vergesellschaftungsformen der Arbeit, Rationalisierung, Bewußtsein*. Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1979, S. 7 ff.

22 Johanna Hund, *Zur gegenwärtigen technologischen Entwicklung* . . . , a. a. O., S. 45.

23 Hier ist vor allem auf die beängstigenden Möglichkeiten des Datenmißbrauchs hinzuweisen.

24 Mister McKinsey auf leisen Sohlen in der Commerzbank, in: *UZ* v. 27. 2. 1979.

gerufen sind, sich an der Analyse und Funktionsbestimmung ihrer eigenen Arbeitsplätze zu beteiligen und damit faktisch ihre eigene berufliche Existenz zu untergraben.

Von den eben skizzierten technischen und arbeitsorganisatorischen Rationalisierungsvorgängen bleibt auch die Verwaltung des öffentlichen Dienstes nicht verschont.²⁵ Mit der Übernahme analoger Mittel und Verfahren der Leistungsverdichtung, Pensumvergrößerung und Arbeitsintensivierung bestätigt der Staat auf seine Weise, daß er ein keineswegs neutraler Steuerungs- und Ausgleichsmechanismus über den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft ist. Indem der Staat in seinem unmittelbaren Funktionsbereich ebenfalls durch Anwendung der neuen Technik und der erwähnten Rationalisierungsverfahren den sozialen Druck auf die öffentlich Bediensteten verschärft, folgt er jedoch nur seiner wesentlichen ökonomischen Bestimmung. Sie besteht im Fall der Rationalisierung speziell darin, auch durch extensive Ausnutzung des technischen Fortschritts und der mit ihm verbundenen Formen der Vergesellschaftung der Arbeit im Arbeitsprozeß staatlicher Funktionen zusätzliche ökonomische Mittel (über die Verteilung des Sozialprodukts hinaus) aufzubringen und sie der Akkumulation der großen Einzelkapitale zur Verfügung zu stellen.

4. Tendenzen in den sozialen Auswirkungen der neuen Technik und Rationalisierung auf die Lohnabhängigen

Untersucht man die Veränderungen, die sich aus dem gegenwärtigen Innovations- und Rationalisierungsschub für die lohnabhängigen Beschäftigten ergeben, so lassen sich folgende Punkte festhalten und folgende Tendenzen prognostizieren:

1. Neue Technik und Rationalisierung bewirken eine enorme Leistungssteigerung bzw. Verkürzung der zur Herstellung eines Produkts oder zur Erbringung einer Leistung gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Das bedeutet aber, zumal unter den gegebenen Bedingungen einer offensichtlich langanhaltenden Krise, in erster Linie nichts anderes als die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen. Das Schicksal der süddeutschen Uhrenindustrie und die Entwicklung in der Druckindustrie, wo die moderne Fotosatztechnik in den vergangenen Jahren Tausende von Arbeitsplätzen überflüssig gemacht hat, haben in der Öffentlichkeit ein lebhaftes Echo gefunden. Was in diesen Industriezweigen teilweise schon Wirklichkeit geworden ist, zeichnet sich auch für andere Zweige ab. Dabei liegt der zu erwartende „Freisetzung“-Effekt um so höher, je weiter der Stand der Produktivkräfte fortgeschritten ist. Vertreter der IG Metall rechnen damit, daß durch den Übergang von der Produktion mechanischer zur Produktion mikroelektronischer Bauteile auf je fünf „eingesparte“ Arbeitsplätze nur ein neu geschaffener Arbeitsplatz entfällt.²⁶ Industriezweige, die sich traditionell durch große „Fertigungstiefen“ und differenzierte Qualifikationsprofile auszeichneten, können sich längerfristig dem Vordringen der neuen Technik nicht entziehen. Das gilt nicht nur für die Uhren- und Druckindustrie sowie die elektronische Industrie, sondern auch, wie schon erwähnt, beispielsweise für den Maschinenbau. Die IG-Metall-Zeitschrift „Der Gewerkschafter“ berichtete im Sommer 1978, daß die ersten 65 der von MAN bestellten ultramodernen CNC-Drehmaschinen 65 Dreher an kon-

25 Zur Rationalisierung im öffentlichen Dienst vgl. z. B. Klaus Düll/Dieter Sauer, *Gewerkschaftliche Monatshefte* 2/1977, S. 97 ff.

26 Vgl. K. H. Janzen, *Der Fortschritt darf nicht zu unseren Lasten gehen*, in: *Der Gewerkschafter*, 5/1976, S. 10.

ventionellen Drehbänken ersetzen können, weil sie genau die doppelte Leistung konventioneller Drehbänke erbringen.²⁷

Dem „Freisetzungseffekt“ in der materiellen Produktion entspricht der Personalabbau in anderen Bereichen, ohne daß hier unbedingt immer die neue Technik wesentlich zum Zuge käme. Vielmehr geht die arbeitsplatzvernichtende Wirkung z. B. im Handel, besonders im Einzelhandel, hauptsächlich auf arbeitsorganisatorische Rationalisierungen und systematisch betriebene „Personaleinsatzplanung“ zurück. In der Zeit zwischen 1972 und 1977 sollen nach Angaben des „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institutes“ (WSI) des DGB im Einzelhandel ungefähr 106 000 Vollarbeitsplätze (bei gleichzeitiger beträchtlicher Umsatzsteigerung) abgebaut worden sein.²⁸

Diese Beispiele illustrieren, daß unter kapitalistischen Bedingungen und zumal unter denen einer schweren Krise die einschneidendste Folge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die Vernichtung von Arbeitsplätzen ist. Da es sich dabei allerdings nicht um eine relativ isolierte, technisch vermittelte Strukturkrise einzelner Industriezweige handelt, sondern um den Ausdruck allgemeiner Verwertungsprobleme des Kapitals, sind für absehbare Zeit keine spürbaren positiven Veränderungen der Beschäftigungssituation zu erwarten.²⁹ Von den wenigen Zweigen der warenproduzierenden Gewerbe, die 1978 im Vergleich zu 1977 noch eine zunehmende Beschäftigungstendenz aufwiesen, können längerfristig kaum wirksame Impulse ausgehen, zumal da der Fahrzeugbau, von dem ein positiver Beschäftigungseffekt ausging, inzwischen die Grenzen der Kapazitätsauslastung erreicht hat und fieberhaft nach „arbeitsparenden“ Innovationen sucht. Auch die hohen Erwartungen, die in die angeblich arbeitsplatzstiftende Eigenschaft der neuen Technik, namentlich der Elektronik gesetzt werden, erweisen sich bei eingehender Betrachtung als Beschwichtigungsversuch oder als Illusion, die aus der Abstraktion von den kapitalistischen Bestimmungsfaktoren des technischen Fortschritts erwächst. Ein vom Bundesministerium für Forschung und Technologie initiiertes Gesprächskreis, der sich mit der „Modernisierung der Volkswirtschaft“ befaßte, verkündete vor einigen Monaten optimistisch: „Wenn auch die voraussichtliche Entwicklung des Arbeitsvolumens sich wegen der Vielzahl von Einflußfaktoren nicht zuverlässig abschätzen läßt, so gilt für die Bundesrepublik Deutschland doch ohne Einschränkung, daß mit breiter Anwendung der Elektronik mehr Arbeitsplätze gegen den Sog des internationalen Wettbewerbs gesichert werden können als ohne Elektronik“.³⁰

Demgegenüber gelangte das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung auf Grund einer Untersuchung des Innovationspotentials in strukturschwachen Wirtschaftsgebieten für die nächsten zehn Jahre zu genau entgegengesetzten Ergebnissen.³¹ Bei seiner Analyse unterschied das Institut zwischen der arbeitschaffenden Funktion sogenannter „produkttechnischer“ Innovationen (Erzeugung neuer Produkte) einerseits und der arbeitsplatzvernichtenden Funktion „produktionstechnologischer“ Innovationen (Automation, Elektronik im Produktionsprozeß usw.) andererseits. Das Institut kam zu dem Schluß, daß erstens die

27 Fortschritt für wen?, in: Der Gewerkschafter, 7/1978.

28 Rationalisierung auf dem Rücken der Beschäftigten im Einzelhandel, in: UZ v. 6. 3. 1979.

29 Vgl. hierzu Johanna Hund, Zur gegenwärtigen technologischen Entwicklung ..., a. a. O., S. 47; vgl. auch Justina Marx, Technik im Dienst des Kapitals, in: Einheit, 12/1977, S. 1364.

30 Gesprächskreis „Modernisierung der Volkswirtschaft“ beim Bundesminister für Forschung und Technologie, Stand 20. 12. 1978, S. 5.

31 Vgl. zum folgenden Johanna Hund, Zur gegenwärtigen technologischen Entwicklung ..., a. a. O., S. 37.

arbeitsplatzvernichtenden Innovationen quantitativ überwiegen werden, und zweitens auch da, wo „produkttechnische“ Innovationen zu erwarten sind, sich diese Innovationen hauptsächlich in einem marktopportunen Formwandel des jeweiligen Produkts erschöpfen, ohne die Schaffung neuer Arbeitsplätze in nennenswertem Umfang zu induzieren. Eine ähnlich nüchterne Auffassung vertreten auch Experten der Gewerkschaften wie der Automationsfachmann *Günter Friedrichs* von der IG Metall. Zu Recht hat *Friedrichs* darauf hingewiesen, daß auch die Zunahme bestimmter Spezialistenkategorien der neuen Technik, wie Systemanalytiker oder Programmierer, die vor allem wegen des relativen Zurückbleibens der software-Entwicklung hinter dem Stand der hardware-Technik benötigt werden, den „Freisetzungseffekt“ der neuen Technik keineswegs kompensieren können.³² In einem anderen Zusammenhang hat *Günter Friedrichs* außerdem betont, daß auch der tertiäre Sektor, der während der Hochkonjunktur jahrelang aus der materiellen Produktion (Landwirtschaft, Bergbau, verarbeitendes Gewerbe) abwandernde Arbeitskräfte absorbiert habe, für überschüssige Arbeitskräfte nicht mehr zur Verfügung stehe, da er selbst einer stürmischen Modernisierung und Rationalisierungswelle ausgesetzt sei.³³

2. Die Einführung neuer Technologien und das Vorantreiben von Rationalisierungen führen jedoch nicht nur zum Abbau von Arbeitsplätzen, sondern auch zum Verlust von Qualifikationen, zur Entleerung von Arbeitsinhalten und zu neuen Belastungsformen am Arbeitsplatz. Selbst das Bundesministerium für Forschung und Technologie, das die Rationalisierungsbemühungen der privaten Unternehmen materiell und ideell unterstützt, konnte nicht umhin zuzugeben: „Charakteristisch für den Einfluß der Elektronik auf einzelne Arbeitsplätze scheint zu sein, daß durch langjährige Erfahrung erworbene Fertigkeiten und traditionelle Berufsbilder, vor allem im Bereich der Feinmechanik und Metallverarbeitung, aber auch einige handwerkliche Fähigkeiten an Bedeutung verlieren. Dies kann als Abqualifizierung erfahren werden“.³⁴

Zwar widerruft das Ministerium dieses Eingeständnis im nächsten Satz, indem es gleichzeitig ein Anwachsen „prozeßunabhängiger“ Qualifikationen (Abstraktions- und Reaktionsvermögen, anhaltende Konzentrationsfähigkeit, Verantwortungs- und allgemeines Problembewußtsein usw.) voraussagt, ohne diese Prognose allerdings empirisch erhärten zu können.

Bisherige Studien bestätigen jedoch, daß gerade in technisch fortgeschrittenen Industrien und Bereichen des Produktionsprozesses wie im Maschinenbau, beim Computerpersonal oder im Instandhaltungssektor sich eine Polarisierung in der Qualifikationsstruktur abzeichnet.³⁵ Sie konzentriert Elemente hoher Qualifikationen bei einer relativ kleinen Gruppe von Beschäftigten, während das Qualifikationsniveau einer breiten Schicht des „produktiven Gesamtarbeiters“ sinkt oder zumindest stagniert. Neben dem Hinweis auf konkrete Fälle, die den Zusammenhang von neuer Technik und Dequalifikation belegen³⁶, sei auch daran erinnert, daß massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen in

32 Vgl. Günter Friedrichs, *Rationalisierung* . . . , a. a. O., S. 25.

33 Vgl. Günter Friedrichs, *Drei Millionen Arbeitsplätze*, a. a. O., S. 62.

34 Gesprächskreis „Modernisierung der Volkswirtschaft“, a. a. O., S. 6.

35 Zu diesem Ergebnis kommen z. B. Martin Baethge u. a., *Produktion und Qualifikation. Eine Vorstudie zur Untersuchung von Planungsprozessen im System der beruflichen Bildung*, Berlin 1974.

36 Günter Friedrichs berichtet, daß im Fall der Umstellung der Produktion von Fernschreibern auf Elektronik von den Betroffenen Lohngruppeneinbußen bis zu vier Gruppen hingenommen werden mußten (vgl. G. Friedrichs, *Rationalisierung* . . . , a. a. O., S. 12).

der kapitalistischen Krise immer auch Entwertung von Qualifikationen einschließt. Die fortgeschrittenen Produktivkräfteelemente vernichten also unter kapitalistischen Grundverhältnissen sowohl Arbeitsplätze als auch Qualifikationen. Wie wenig es sich hier um eine theoretische Annahme handelt, beweisen die Arbeitskämpfe in der Druck- und Metallindustrie 1978, wo der Kampf gegen den Verlust des Arbeitsplatzes durch neue Technologien zugleich ein Kampf um den Erhalt von Qualifikationen gewesen ist. Der Bezirksleiter der IG Metall Stuttgart, *Franz Steinkühler*, hat die Meinung geäußert, daß in der Metallindustrie seines Bezirks 40 % aller Arbeitsplätze von Abgruppierung bedroht seien, wobei die entscheidende Ursache im Einsatz von Mikroprozessoren liege.³⁷ Dequalifizierung durch neue Technik und Rationalisierung bedeutet jedoch nicht nur Abgruppierung und damit Lohnneinbußen, sie beinhaltet zugleich die Zersetzung schöpferischer Momente der Arbeit sowie die Verschärfung vor allem einseitiger Belastungen physischer und psychischer Art. Den ökonomischen Einschränkungen der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft entspricht häufig eine Vertiefung der Entfremdung der Arbeiter und Angestellten von ihrer beruflichen Tätigkeit, die einhergeht mit einem rascheren Gesundheitsverschleiß. Auch dieser Gesichtspunkt sollte nicht übersehen werden, wenn es die Frage zu beantworten gilt, mit welchen Mitteln und Zielen sich die Lohnabhängigen gegen die kapitalistisch bestimmten Folgen der neuen Technik und Rationalisierung zur Wehr setzen müssen.

5. Exkurs: Zur theoretischen Kontroverse um den Zusammenhang von technischem Fortschritt und Qualifikation

An dieser Stelle scheint es angebracht, jene Kontroverse wenigstens zu streifen, die sich an der Frage der zukünftigen Qualifikationsentwicklung im Bereich der Automationsarbeit unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen entzündet hat.

Gegen die bisher innerhalb der marxistisch orientierten oder beeinflussten Diskussion vorherrschende These einer Polarisierung in der Qualifikationsstruktur technisch fortgeschrittener Arbeitsprozesse hat die Westberliner Projektgruppe „Automation und Qualifikation“ seit einiger Zeit die Behauptung gesetzt, daß Automation schon unter kapitalistischen Produktionsbedingungen zu einer allgemeinen Höherqualifizierung der „lebendigen Arbeit“ führe. Eine Höherentwicklung der Produktivkräfte schließe notwendig eine Höherqualifizierung der Produzenten ein. Da es sich bei der Automation um den am weitesten fortgeschrittenen Bereich der gesellschaftlichen Gesamtarbeit handle, sei gerade hier nicht nur eine Revolutionierung der sachlichen Produktionselemente, sondern auch eine Umwälzung der menschlichen Tätigkeit, eine qualitative Steigerung der produktiven Fähigkeiten und Fertigkeiten der Arbeitskraft festzustellen: „Automation also verdrängt den Menschen aus der Produktion. Maschinen von immer höheren Werten ste-

37 Vgl. Ulrich Briefs, Neue Technologie als Herausforderung für die Gewerkschaften, in: Blätter f. deutsche u. internationale Politik, 10/1978, S. 1188. In einem anderen Zusammenhang hat Franz Steinkühler die Tendenz zur Dequalifizierung durch die neue Technik folgendermaßen resümiert: „Im allgemeinen kann man sagen, daß Rationalisierungsmaßnahmen zu Dequalifizierung der Arbeit führen und damit bei den geltenden Eingruppierungskriterien auch zu Abgruppierungen, also zu weniger Lohn. Wir stellen zweitens fest, daß sich bei der Industriearbeit, was die Qualifikationsanforderungen angeht, eine Polarisierung ergibt. Ein Teil der Arbeiter wird höher qualifiziert, und der größere Teil der Arbeiter bekommt niedriger qualifizierte Arbeiten. Dazwischen entsteht ein so riesiges Loch, das kaum mehr überbrückbar ist.“ (Zitiert nach Michael Busse, Arbeit ohne Arbeiter, a. a. O., S. 114.)

hen immer weniger Menschen gegenüber. Es scheint deshalb zunächst so, als ob damit der Mensch jede Bedeutung für die Produktion verlieren würde. In Wirklichkeit bekommt er jedoch eine Bedeutung, die einmalig ist in der Geschichte der menschlichen Arbeit. Die entscheidende Stellung des produzierenden Menschen zwingt dazu, das Bild von Automation als eines rein maschinellen technischen Vorgangs zu revidieren und sie zu begreifen als Umwälzung beider Quellen der Produktivität: der Maschine *und* der menschlichen Arbeit.³⁸ Automation führe mithin, wie auch der programmatische Titel des zitierten Aufsatzes verkündet, zur Höherqualifikation und zur Reunifikation von Hand- und Kopfarbeit.

Die von der Projektgruppe prononciert vorgetragene These stützt sich mehr auf Ergebnisse einer teilweise scharfsinnigen und zutreffenden theoretischen und methodischen Kritik einschlägiger Studien zum Thema als auf solide empirische Befunde, die allenfalls in der Form illustrativer Hinweise auf Beispiele hochqualifizierter anspruchsvoller Automationsarbeit verstreut über verschiedene Publikationen beigebracht werden.

Die Auffassung einer steigenden Qualifikation durch Automation ist nicht neu. Sie hat bekannte Vorläufer zum Beispiel in *Robert Blauners* Industrieanalysen oder in der Theorie der „neuen Arbeiterklasse“, die in den Überlegungen von *Serge Mallet* oder *André Gorz* von der fortschreitenden Automation eine Requalifizierung der Arbeitstätigkeit und die Entstehung des „polyvalenten Kollektivarbeiters“ oder „Arbeitertechnikers“ erwartete.³⁹ Eine kritische Betrachtung der von der Westberliner Projektgruppe verfochtenen Konzeption ergibt eine Reihe von Mängeln und Widersprüchen, die sie teilweise mit ihren berühmteren Vorläufern gemeinsam hat, teilweise jedoch gleichsam neu produziert. Die Projektgruppe unterscheidet nicht stringent und eindeutig zwischen den *objektiven Anforderungen* einerseits, die auf der gegenwärtigen Stufe der Vergesellschaftung der Arbeit, der Komplexität der Arbeitsprozesse und der technischen Beschaffenheit der Produktionsmittel an die Arbeitskraft gestellt werden, und der *tatsächlichen Entwicklung* andererseits, den die Qualifikationsstruktur unter den Bedingungen des Produktionsprozesses als Verwertungsprozeß durchläuft. Wenn es auch richtig ist, daß ein krisen- und störungsfreier Produktionsprozeß auf hochentwickelter materiell-technischer Basis eine umfassende Grundausbildung und oft wissenschaftliche Spezialqualifikationen erfordert, so ist es aber ebenso richtig, daß unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nur Teile des gesellschaftlichen „Gesamtarbeiters“ die erforderliche Qualifikation auch tatsächlich erhalten. Der Irrtum der Projektgruppe besteht offensichtlich darin, daß sie von der zunächst richtig erkannten gesetzmäßigen Tendenz einer Höherentwicklung der Produktivkräfte auf das allgemeine Ansteigen der mit Automationsarbeit verbundenen Qualifikationen schließt. Aber der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen reproduziert sich in der konkret-historischen Bewegung der Produktivkräfte selbst: ebenso wie der Kapitalismus ständig neue produktive Potenzen, neue effektivere Arbeitsmittel, Werkstoffe und Technologien hervorbringt, vergeudet und vernichtet er tagtäglich enorme Produktivkräfte. Was für die Produktivkräfte allgemein gilt, trifft auch auf die Qualifikation als eines ihrer Momente zu. Der Entfaltung hoher Qualifikationen,

38 Frigga Haug u. a., Automation führt zur Höherqualifikation. Thesen über Hand- und Kopfarbeit, in: Demokratische Erziehung, 4/1975, S. 93.

39 Vgl. zum Begriff und zur Theorie der „neuen Arbeiterklasse“ Frank Deppe, Hellmuth Lange und Lothar Peter (Hrsg.), Die neue Arbeiterklasse. Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus, Frankfurt/Main 1970.

die für die Beherrschung komplizierter verwissenschaftlichter Produktionsprozesse erforderlich sind, korrespondiert der Verschleiß und die Entwertung vor allem solcher Qualifikationen, die überwiegend oder ausschließlich auf enger empirischer Basis beruhen und auf spezielle Arbeitsprozesse beschränkt sind. Dieser Prozeß macht um hochmechanisierte oder automatisierte Arbeitsprozesse keinen Bogen. Es ist deshalb der von *W. Rügemer* an der Projektgruppe geübten Kritik zuzustimmen, wenn er schreibt: „Aber offensichtlich verwechselt die Projektgruppe selbst etwas, nämlich die allgemeine und objektive Tendenz der Höherqualifikation des Gesamtarbeiterkörpers mit den innerhalb dieses erhöhten Gesamtdurchschnitts vermehrt vorgehenden Prozessen der Dequalifizierung und Polarisierung. Es gibt eine ‚kapitalismusspezifische‘ Durchsetzungsweise der Automation, und dies widerspricht deswegen noch nicht der Höherentwicklung der Produktivkräfte in allgemeiner Hinsicht.“⁴⁰ Obwohl die von der Westberliner Projektgruppe kritisierten Studien in einer Reihe von Punkten gewiß Mängel aufweisen, erscheinen ihre empirischen Ergebnisse hinsichtlich der Qualifikationsentwicklung in automatisierten Arbeitsprozessen so gut untermauert⁴¹, daß sie sich durch die bislang dürftigen empirischen Belege der Projektgruppe kaum erschüttern lassen.

Überzeugender noch als empirische wissenschaftliche Untersuchungen beweisen aber Klassenkonflikte wie die in der Metall- oder Druckindustrie, daß Automation und neue Technik als Verwertungsmittel des Kapitals für breite Schichten der lohnabhängigen Beschäftigten eine Zersetzung und Restriktion erworbener Qualifikationen verursachen. Wollte man wie die Westberliner Projektgruppe von einer gleichsam naturwüchsigen Anhebung und Erweiterung der Qualifikation durch Automation ausgehen, so liefe das theoretisch nicht nur auf eine Verabsolutierung der „stofflichen“ Seite des Produktionsprozesses und ein Ausblenden seiner ökonomischen Form hinaus, sondern würde auch den Kampf der Arbeiterbewegung um den Erhalt erworbener oder die lohnmäßige Kompensation verlorener Qualifikationen als Anachronismus erscheinen lassen. Der Kampf gegen Abgruppierung oder technisch vermittelte Liquidierung des Facharbeiterstatus wäre, wenn die Automation im Kapitalismus eine universelle Entfaltung der produktiven Potenzen der menschlichen Arbeit erzeugen würde, nur noch ein romantisch-rückwärts gewandter Akt der Vergeblichkeit. Eine solche Interpretation legen Formulierungen der Projektgruppe wie die folgende zumindest nahe: „Wo die Widersprüche einer gesellschaftlichen Entwicklung als praktische Eingriffsstellen vom begrifflich-methodischen Instrumentarium her nicht erfaßbar gemacht werden können, muß die wissenschaftliche Politikberatung der Arbeitenden und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen einen utopischen und zugleich, was die Kehrseite davon ist, defensiven Charakter bekommen; ... Wo immer nur die Auflösung der ‚traditionell qualifizierten Facharbeitertätigkeiten‘ (...) als Sturz in den Abgrund beschworen wird, bleibt als politische Orientierung nur der Verweis auf eine alternative Arbeit und die Verteidigung von Besitzständen, mitsamt dem historisch zum Untergang Verurteilten.“⁴²

40 Werner Rügemer, *Automation, Qualifikation und subjektiver Faktor*, in: *Demokratischer Erziehung*, 3/1977, S. 310.

41 Vgl. zum Beispiel Horst Kern und Michael Schumann, *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein*, 2 Bde., Frankfurt/Main 1970; O. Mickler, E. Dittrich und U. Neumann, *Technik, Arbeitsorganisation und Arbeit*, Frankfurt/Main 1976.

42 Frigga Haug, Hannelore May und Werner van Treeck, *Produktion und Qualifikation zwischen Unternehmerwillkür und alternativer Technik*, in: *Projektgruppe Automation und Qualifikation: Theorien über Automationsarbeit* (Band 3), Berlin 1978, S. 82.

Die Problematik der Kritik liegt nicht darin, daß diese sich auf die Arbeiterbewegung bezieht — auch die Arbeiterbewegung kann, ja muß Gegenstand der wissenschaftlichen Kritik sein. Prekär ist die zitierte Auffassung der Projektgruppe deshalb, weil sie von einem marxistischen Ansatz aus letztlich und im wesentlichen auf dasselbe Argumentationsmuster hinausläuft, das auch von der Seite des Kapitals bemüht wird, wenn sowohl der Widerstand gegen den technischen Fortschritt als bornierte Weltfremdheit abgetan wird als auch der gewerkschaftlichen „Schwarzmalerei“ die rosigen Bilder von den menschenfreundlichen Möglichkeiten eines privatwirtschaftlich determinierten technischen Fortschritts gegenübergestellt werden.

Wollte man die Entwicklung der Qualifikationen vom Standpunkt der Verwertungslogik des Kapitals aus betrachten, so wäre in der Tat jeder Widerstand gegen den Verschleiß von Qualifikationen ein Ausdruck der Rückständigkeit, weil es der gesetzmäßigen Bewegung des Kapitals entspricht, den Wert der Ware Arbeitskraft möglichst weit zu senken, um den Lohnaufwand, das variable Kapital, verringern zu können. Insofern haftet der Position der Projektgruppe die Gefahr einer Sichtweise an, die sie in Widerspruch zu ihrer erklärten fortschrittlichen politischen Zielsetzung geraten lassen könnte.

Der Gefahr einer subjektiv gewiß ungewollten Übernahme der kapitalistischen Verwertungslogik korrespondiert außerdem die Tendenz zur Vernachlässigung derjenigen Schichten der Lohnabhängigen, die weder an automatisierten Aggregaten arbeiten noch über Qualifikationen verfügen, die ihnen auch nur kurzfristig ein halbwegs erträgliches und sicheres Reproduktionsniveau gewährleisten könnten. Auch wenn sich die Projektgruppe nicht die Aufgabe gestellt hatte, die Qualifikationen in gering technisierten Arbeitsprozessen zu untersuchen, so müßte bei einer Prognose, die Anspruch auf perspektivische Geltung und große theoretische Reichweite erhebt, die Existenz der niedrig qualifizierten Kategorien der Lohnarbeiter unbedingt berücksichtigt werden. Durch die Verabsolutierung von Qualifikationsmerkmalen, die einen hohen Grad an produktiven Fähigkeiten auf wissenschaftlicher Grundlage anzeigen, wird die Interessenlage der Gesamtheit der Lohnabhängigen theoretisch verzerrt widerspiegelt. Die Projektgruppe kann so die von ihr angestrebte Funktion einer Politikberatung für die Arbeiterbewegung kaum erfüllen.

Demgegenüber könnte die von *Franziska Wiethold* vorgetragene Konzeption der Qualifikationsentwicklung für die gewerkschaftliche Praxis eine wichtige Erweiterung bewirken. Ausgehend von einer Tendenz zur Dequalifizierung, hervorgerufen durch Vertiefung der Arbeitsteilung sowie den Einsatz moderner Technologien und Werkstoffe, unternimmt sie den Versuch, den Qualifikationsbegriff von der objektiven Interessenlage der Lohnabhängigen aus neu zu bestimmen. Wenn auch einerseits nicht zu bestreiten sei, daß im modernen Arbeitsprozeß herkömmliche Qualifikationen beständig entwertet und zerstört würden, so sei andererseits jedoch festzustellen, daß an die Stelle verlorener Qualifikationen neue Anforderungen treten, denen auf der Seite der Arbeitskraft zwar keine traditionell anerkannten Qualifikationen entsprechen, die aber nichtsdestoweniger aus einer an der gewerkschaftlichen Praxis orientierten Bestimmung von Qualifikation nicht herausfallen dürften: „Unbestritten ist, daß durch die vorher skizzierten Tendenzen in der kapitalistisch geprägten Entwicklung von Arbeitsanforderungen Gestaltungsspielräume für den einzelnen, Breite des Wissens, Kenntnis über die stofflichen Seiten des Arbeitsprozesses abnehmen. Aber gleichzeitig entstehen andere, neue Anforderungen, die sich wegen ihrer anderen Qualität einem Niveauvergleich mit den an Bedeutung ver-

lierenden Anforderungen entziehen . . . Damit wird ein Qualifikationsbegriff problematisch, der meist nur spezielle, fachlich definierte Kenntnisse im Unterschied zu anderen Kenntnissen definierte. Diese an Bedeutung gewinnenden Anforderungen sind nicht auf einen bestimmten Arbeitsplatz zu beschränken . . ."⁴³

F. Wiethold hebt vor allem jene Anforderungen bzw. Qualifikationen hervor, die aus der Vergesellschaftung des Produktionsprozesses erwachsen und die Tendenz zur materiell-technischen Homogenität unterschiedlicher Arbeitsprozesse widerspiegeln. Es sind dies namentlich sogenannte „prozeßunabhängige“ Qualifikationen wie die Fähigkeit zur Kooperation, zur Systematisierung von Arbeitsvollzügen, zur Kommunikation, aber auch Abstraktions- und Reaktionsvermögen sowie Handlungsflexibilität. Im Unterschied zur projektiven und selektiven Deutung der Westberliner Forschungsgruppe, aber auch im Unterschied zu jener Haltung, die sich, indem sie Dequalifizierung als Resultat objektiven technischen Sachzwangs hinnimmt, der Logik des Kapitals widerstandslos beugt, versucht *F. Wiethold* aus der Analyse der widersprüchlichen Realentwicklung der Qualifikationsstruktur Ansatzpunkte für eine offensivere gewerkschaftliche Politik auf diesem Kampffeld zwischen Kapital und Arbeit abzuleiten. Dabei extrapoliert sie weder die Merkmale hochqualifizierter Automationsarbeit einer zwar wachsenden, im Verhältnis zu allen Automationsarbeitern aber immer noch sehr kleinen Gruppe, indem sie diese Merkmale für die Qualifikationsentwicklung aller Automationsarbeiter verallgemeinert, noch akzeptiert sie den Verlust spezifischer Qualifikationen als scheinbar unumstößliche Begründung für die Wert- bzw. Preissenkung der Ware Arbeitskraft. Sie bezieht vielmehr die aus den technischen und organisatorischen Veränderungen des Produktionsprozesses sich ergebenden neuen Anforderungen an die Arbeitstätigkeit in die Bestimmung der Qualifikation und damit im weiteren Sinne auch in die Bestimmung des Lohns und der Arbeitsbedingungen vom Interessenstandpunkt der Lohnabhängigen ein: „Auch hier kann gewerkschaftliche Politik einige Ansatzpunkte finden, um z. B. Eingruppierungs- und Abgruppierungsstrategien der Unternehmenseite und Eingruppierungsdefinitionen kritisch unter die Lupe zu nehmen, statt sofort dem Argument niedriger und/oder sinkender Qualifikationsanforderungen zu folgen. Denn vieles, was angeblich am konkreten Arbeitsplatz an Qualifikation und Arbeitsvermögen nicht erforderlich ist, wird trotzdem im realen Arbeitsprozeß — wenn auch nicht ständig sichtbar — abverlangt.“⁴⁴

6. Arbeiterbewegung und neue Technik

Trotz der seit 1974 andauernden Krise wird auch gegenwärtig von den Verbänden und Repräsentanten des Kapitals hartnäckig die Auffassung vertreten, daß die unbeschränkte unternehmerische Initiative bei der Einführung neuer Technik eine notwendige Voraussetzung des wirtschaftlichen Wachstums und steigender Arbeitseinkommen darstelle. Noch immer gilt also die These, daß technischer Fortschritt gleich sozialem Fortschritt sei. Mit dieser Haltung, die man als den technologischen Zweck-Optimismus des Kapitals bezeichnen kann, geht eine heftige Polemik gegen die angebliche Fortschrittsfeindlichkeit der Gewerkschaften einher. Hätten die Maschinenstürmer des 19. Jahrhunderts die Ma-

43 Franziska Wiethold, Technisch-organisatorische Veränderungen des Arbeitsprozesses und Qualifikationsanforderungen, in: Demokratische Erziehung, 1/1979, S. 102.

44 Ebenda, S. 104.

schinen zertrümmert, wie Ernst Günter Vetter in der FAZ schrieb, so seien die Gewerkschaften heute „Maschinenstürmer durch die Hintertür“. ⁴⁵ Die von den Gewerkschaften geforderten Vereinbarungen liefen darauf hinaus, neue Maschinen erst gar nicht zum Einsatz kommen zu lassen. ⁴⁶ Aus mehreren Gründen ist die Argumentation des Kapitals unhaltbar. Sie verschleiert erstens, daß die Folgen des technischen Fortschritts in unserer Gesellschaft in erster Linie von Struktur und Verlauf der kapitalistischen Akkumulation abhängig sind. Wenn negative Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts abgeschwächt werden, dann letztlich niemals, weil solche Gegenmaßnahmen im Interesse des Kapitals lägen, sondern weil vor allem die Arbeiterbewegung sich gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen, gegen die Verschärfung des Arbeitstempos und gegen die Entwertung von Qualifikationen zur Wehr setzt.

Die scheinbar dem Fortschritt verpflichtete Argumentation der Unternehmer enthält zweitens die Behauptung, daß die gewerkschaftliche Politik eines weiterreichenden Rationalisierungsschutzes und der Absicherung gegen die negativen Auswirkungen der neuen Technik zu einer Gefährdung der Arbeitsplätze führe. Indem der technische Fortschritt behindert werde, blockierten die Gewerkschaften den Weg zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. ⁴⁷ Wäre diese Behauptung zutreffend, dann hätte es vor den Tarifverträgen der IG Druck und Papier sowie der IG Metall im Jahre 1978 kein „job-killing“, keine Abgruppierung und keine Arbeitsintensivierung durch die neue Technik geben dürfen. Jeder Mensch, der die Entwicklung aufmerksam verfolgt, weiß, daß dies selbstverständlich nicht der Fall war. Man denke nur an die Uhrenindustrie oder an die Druckindustrie, bei der schon im Zeitraum zwischen 1970 und 1976 35 000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren. ⁴⁸ Die Folgen des privatwirtschaftlichen Einsatzes der neuen Technik waren also längst aktuell, bevor die Gewerkschaften den Versuch begannen, auf die technischen Bedingungen des Produktionsprozesses selbst Einfluß zu nehmen. Viel zu lange nämlich hatten sich auch die Gewerkschaften unter dem Eindruck einer scheinbar ewig währenden Prosperität die Auffassung zu eigen gemacht, der technische Fortschritt bewirke gleichsam naturgesetzlich eine Steigerung des Lebensstandards der Arbeitnehmer. ⁴⁹

Sind die Gewerkschaften nun zu Maschinenstürmern und Feinden der Technik geworden, weil sie anfangen, dem von der neuen Technik ausgehenden sozialen Druck Widerstand entgegenzusetzen? Die Frage läßt sich unmißverständlich verneinen, obwohl die Unternehmer in der Öffentlichkeit genau das Gegenteil suggerieren wollen. Nicht zufällig wird gerade in den Gewerkschaften, die den Kampf um die soziale Problematik neuer Technologien und Rationalisierungen aufgenommen haben, die Unterscheidung zwischen den objektiv positiven Möglichkeiten der modernen Technik einerseits und ihrer Umkehrung für die Zwecke der Kapitalverwertung andererseits besonders klar herausge-

45 Gleichlautende Überschrift eines Artikels von Ernst Günter Vetter in der FAZ vom 21. 2. 1978.

46 Ernst Günter Vetter, Kampf gegen den Fortschritt, in: FAZ vom 30. 3. 1978.

47 Ebenda.

48 Zur Entwicklung in der Uhrenindustrie vgl. z. B. Horst Hinz in: Der Gewerkschaftler 10/1975 und 1/1978; vgl. auch Erich Mayer, Neue Technologien und ihre Folgen: Modellfall Uhren, in: Strukturelle Arbeitslosigkeit und technischer Wandel, Schriftenreihe der IG Metall Nr. 72, Frankfurt a. M. 1977, S. 31—43. Nach Mayer sank die Beschäftigtenzahl in der Uhrenindustrie zwischen 1970 und 1975 um 25 %. Zur Entwicklung in der Druckindustrie vgl. Bernd Güther/Klaus Pickshaus, Der Arbeitskampf in der Druckindustrie im Frühjahr 1976, Frankfurt/Main 1976 (Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF), S. 14.

49 Selbstkritisch äußerte sich zu dieser Haltung der Gewerkschaften z. B. Leonhard Mahlein auf dem 11. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier 1978; vgl. seinen Rechenschaftsbericht S. 58.

arbeitet. So schrieb kürzlich das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, *Detlef Hensche*: „Überflüssig zu betonen, daß die Gewerkschaften sich noch nie gegen den Einsatz technischer Neuerungen an sich gewandt haben. Neue Technologien könnten zu besseren Arbeitsbedingungen führen. Sie könnten dazu beitragen, die Arbeitszeit zu verkürzen. Sie könnten anspruchsvolle Arbeit erhalten. Sie könnten zu billigerer Produktion und damit zu besserer gesellschaftlicher Bedarfsdeckung beitragen. Sie könnten. Doch — die Verhältnisse, sie sind nicht so. Die Herrschaft des Profitprinzips verhindert es, technische Neuerungen im Interesse der Produzenten einzusetzen, also derer, die den technischen Fortschritt erarbeitet haben: der Arbeiter und Angestellten.“⁵⁰

Die eben zitierten Äußerungen sind kein spontaner Einfall, sondern stehen in der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung, die den technischen Fortschritt noch nie pauschal ablehnte. Für sie galt und gilt vielmehr die von *Karl Marx* wissenschaftlich begründete Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse die Maschinerie von ihrer kapitalistischen Anwendung unterscheiden müsse, um die wirkliche Ursache ihrer gesellschaftlichen Abhängigkeit bekämpfen zu können.⁵¹

Wenn das Kapital heute notorisch versucht, die Gewerkschaften als Fortschrittsfeinde anzuprangern, dann besteht der wesentliche Inhalt dieser Kampagne darin, die kapitalistische Zielsetzung technischer Innovationen zu verschleiern. Weil es um möglichst hohe Kapitalrentabilität geht und dafür der Einsatz moderner Technik notwendig ist, wird jede Einschränkung des Profits durch die Politik der Gewerkschaften als Sabotage am Fortschritt denunziert. Aber die Arbeiterklasse und die anderen lohnabhängigen Schichten bekämpfen ja nicht die numerisch gesteuerte Werkzeugmaschine, den Mikroprozessor oder den Industrieroboter, sondern die materiellen, sozialen und psychischen Folgen, die ein ausschließlich vom privaten Gewinnkalkül diktiertem Einsatz der modernen Produktionsmittel für die Betroffenen hervorruft. Die Tatsache, daß sich die gewerkschaftlichen Aktivitäten vorerst noch hauptsächlich auf die unmittelbare Abwehr negativer Konsequenzen neuer Technologien, neuer Fertigungsverfahren und veränderter Arbeitsabläufe konzentrieren, macht den noch überwiegend defensiven Charakter des Kampfes an dieser Frontlinie zwischen Kapital und Arbeit deutlich.

Die Bezeichnung „defensiv“ meint nicht im geringsten eine Herabsetzung der etwa von der IG Druck und Papier oder der IG Metall erreichten Ergebnisse. Im Gegenteil — die Verteidigung des Facharbeiterstatus von Schriftsetzern bei Einführung elektronischer Textverarbeitung oder die Absicherung gegen extreme Abgruppierungen durch die IG Metall stellt einen beträchtlichen Fortschritt, ja in gewisser Weise einen Durchbruch durch die Ideologie technischer Sachzwänge dar, zumal die tarifvertraglichen Ergebnisse nur durch Arbeitskampf und Mitgliedermobilisierung möglich geworden sind.⁵² Es wäre im Interesse der Arbeiterklasse der Bundesrepublik erforderlich, daß ähnliche tarifvertraglich bindenden Regelungen möglichst für alle Bereiche und Zweige des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses entsprechend den konkreten Bedingungen durchgesetzt und fest-

50 Detlef Hensche, Technische Revolution und Arbeitnehmerinteressen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/1978, S. 413.

51 Vgl. Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, in: Marx/Engels Werke, Bd. 23, Berlin (DDR) 1972, S. 451 ff.

52 Vgl. Klaus Pickshaus/Witich Roßmann, Streik und Aussperrung — 78, Hafen, Druck, Metall, Frankfurt/Main 1978 (Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF).

geschrieben würden. Noch sind die tarifpolitischen Möglichkeiten keineswegs ausgeschöpft.

So wichtig also die genannten gewerkschaftlichen Abwehrrfolge einerseits sind, so darf andererseits ihre Wirkung wiederum nicht überschätzt werden; denn obwohl die Tarifverträge der IG Druck und Papier oder IG Metall, die ja in erster Linie die härtesten Folgen der kapitalistisch angewandten neuen Technik abmildern sollen, unter Umständen auch indirekt die Investitionsüberlegungen der Unternehmen — vor allem bei Rationalisierungsinvestitionen — beeinflussen mögen, so steht doch außer Zweifel, daß diese tarifvertraglichen Vereinbarungen die zentralen Entscheidungen über Struktur, Umfang und Folgen des technischen Fortschritts nicht maßgeblich beeinflussen können.

Die Dimensionen der neuen Technik — im Zusammenhang mit dem privaten Entscheidungsmonopol des Kapitals über die Investitionen — übersteigen die Abwehrmöglichkeiten auch der besten tarifvertraglichen Regelung. Auch die offensivste Tarifpolitik vermag die kapitalistische Dynamik der neuen Technik nicht unter Kontrolle zu bringen.

Weil die moderne Technik, weil Automation und Rationalisierung keine vermeidbaren Begleiterscheinungen der heutigen kapitalistischen Produktion sind, sondern ein strukturelles Moment der Konkurrenz, die das einzelne Unternehmen zur ständigen Produktivitätssteigerung antreibt, wird die neue Technik mehr oder weniger rasch alle Produktions- und Arbeitsbereiche ergreifen. Deshalb wird sich der Arbeiterbewegung auch immer dringlicher die Aufgabe stellen, den Kampf gegen die direkten Folgen des technischen Fortschritts mit dem Kampf um Einfluß auf die wesentlichen Entscheidungen über Mittel, Ziele und Folgen der modernen Produktivkraftentwicklung zu verknüpfen. Die von der IG Metall erhobene Forderung, sogenannte öffentliche „Innovationsberatungsstellen“ in der ganzen Bundesrepublik einzurichten, die vor allem die Einhaltung staatlicher Förderungskriterien bei technischen Neuerungen überwachen sollen, trägt gewiß der strukturpolitischen Bedeutung der neuen Technik theoretisch teilweise Rechnung.⁵³ Aber solche öffentlichen Innovationsberatungsstellen, deren Einrichtung zur Zeit überhaupt nicht abschbar ist, könnten im Interesse der Lohnabhängigen ohnehin nur dann wirksam werden, wenn es der Arbeiterbewegung — ausgehend von den Betrieben — gelingt, den dafür erforderlichen politischen Druck auszuüben.

Neben der extensiven Nutzung gesetzlicher Mitbestimmungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz und den Mitbestimmungsgesetzen sowie der Erzwingung von Tarifverträgen, die inhaltlich auf die Bedingungen des Arbeitsprozesses Einfluß nehmen, anstatt im nachhinein lediglich soziale Korrekturen vorzunehmen, wie es bei den Rationalisierungsschutzabkommen nicht selten der Fall war, scheinen sich gegenwärtig vor allem Betriebsvereinbarungen als Möglichkeit anzubieten, um den spezifischen betrieblichen Bedingungen des technischen Fortschritts Rechnung zu tragen.

Erfolgreicher Widerstand gegen technische und arbeitsorganisatorische Rationalisierungen auf betrieblicher Ebene setzt aber voraus, daß die Betroffenen auf zu erwartende Konflikte vorbereitet und zu gemeinsamem Handeln fähig sind. Zu einem wirksamen Mittel des gemeinsamen Handelns der Belegschaften und ihrer Organisationen könnte die praktische Ausgestaltung und Inanspruchnahme dessen werden, was *Heinz Oskar*

53 Vgl. Eugen Loderer, Strukturelle Arbeitslosigkeit durch technologischen Wandel, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 7/1977, S. 413 f. Von der Gewerkschaft HBV wurden sog. „Technologie-Aufsichtsräte“ für die Kontrolle neuer Technologien gefordert.

Vetter als „Frühwarnsystem“ gegen die Willkür kapitalistischer Unternehmensstrategien bezeichnet hat.⁵⁴ Ein solches „Frühwarnsystem“ hätte die Aufgabe, die Belegschaften rechtzeitig über bevorstehende unternehmerische Entscheidungen von großer Tragweite für die Sicherheit der Arbeitsplätze, die Wahrung des sozialen Besitzstandes, das Qualifikationsprofil und die Arbeitsbedingungen zu unterrichten, um sie so in die Lage zu versetzen, gemeinsam mit ihren gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, mit den Betriebsräten und den Gewerkschaftsorganisationen Abwehrstrategien zu beraten und die notwendigen Maßnahmen für ihre praktische Durchsetzung zu ergreifen. Zwar wäre das von H. O. Vetter skizzierte „Frühwarnsystem“ kein „Gegenmanagement“ zu den fungierenden Geschäftsleitungen, aber es könnte in seiner Wirksamkeit über die verschiedenen gesetzlich eingeräumten Informationsrechte betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretungsorgane hinausgehen. Wenn ein solches „Frühwarnsystem“ den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Mitbestimmungsträgern, den gewerkschaftlichen Mandatsträgern und Belegschaften festigen und die Informations- und Entscheidungsprozesse der betroffenen Lohnabhängigen auf eine breitere Grundlage stellen würde, könnte es sich zu einem betrieblichen Kristallisationspunkt gewerkschaftlicher Gegenmacht herausbilden. Gewiß zu Recht hat deshalb der DGB-Vorsitzende die Vermutung geäußert, daß die Realisierung seines Vorschlages auf heftigen Widerstand der Unternehmer stoßen werde; denn die Aufrechterhaltung des „Herr-im-Hause“-Standpunkts gerade auch in solchen Fragen, die die unmittelbare Herrschaft über den Produktionsprozeß und damit über den Einsatz der Ware Arbeitskraft im Produktionsprozeß betreffen, gehört zum ehernen Bestand kapitalistischer Unternehmenspolitik, wie auch der längere Zeit geheimgehaltene „Tabukatalog“ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) nun in ungeschminkter Offenheit bestätigt.⁵⁵ Daß das Kapital und seine Organisationen zukünftig unnachgiebig auf Forderungen reagieren werden, die eine „Humanisierung der Arbeit“ — sei es durch Arbeitszeitverkürzungen, sei es durch arbeitsorganisatorische Verbesserungen oder Änderungen des Arbeitszeitregimes — zum Ziel haben, hat die BDA einmal mehr demonstriert, als sie den Arbeitgeberverband der nordrhein-westfälischen Bierbrauer zwang, einen bereits mit der NGG vereinbarten Tarifvertrag zurückzunehmen, weil dieser Vertrag in mehrfacher Weise gegen den „Tabukatalog“ verstieß. Der Vertrag sah für ältere Arbeiter Arbeitszeitverkürzungen bis zu 32 Wochenstunden vor und gestand den Betriebsräten Mitbestimmungsrechte bei der Maschinenbesetzung zu.⁵⁶

Ebenso wichtig wie die Fortentwicklung einer Tarifpolitik, die sich nicht auf Verteilungskonflikte beschränkt, und wie der Ausbau von gewerkschaftlichen Gegenmachtpositionen bleibt aber im Kampf gegen die Rationalisierung nach wie vor die Durchsetzung der „klassischen“ Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Von einer Verkürzung der Arbeitszeit ist trotz gegenteiliger Beschwörungen der Arbeitgeberseite relativ kurzfristig ein quantitativ bedeutender Abbau der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Manchmal wird von den Unternehmern selbst zugegeben, daß eine Reduk-

54 Heinz Oskar Vetter, Erfahrungen mit dem Mitbestimmungsgesetz, in: Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, 10/1978, S. 13 ff.

55 Vgl. Peter Baumöller, Tabukatalog — Konzernbremse gegen den sozialen Fortschritt, in: Deutsche Volkszeitung vom 1. 3. 1979.

56 Vgl. dazu Gert Siebert, Edles Tarifgebräu läßt Unternehmerwut überschäumen, in: Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, 9/1978, S. 4.

tion der Arbeitszeit zu Neueinstellungen von beträchtlichem Umfang führen würde. Auf die im Rahmen einer Ifo-Erhebung gestellte Frage, welchen Beschäftigungseffekt eine 5 %ige Arbeitszeitverkürzung nach sich ziehen würde, antworteten die befragten industriellen Unternehmen, daß sie die Belegschaften in der Produktion durchschnittlich um 3,1 % und in den Verwaltungen durchschnittlich um 1,1 % aufstocken würden.⁵⁷

Bei Arbeitszeitverkürzungen ist allerdings zu beachten, daß sie zwar zu einer beträchtlichen Abnahme des Erwerbslosenpotentials führen können, daß sich aber längerfristig die durch das Profitprinzip vorgegebene Entwicklungsrichtung des technischen Fortschritts auch durch Arbeitszeitverkürzungen, wie dringlich ihre Durchsetzung immer ist, nicht grundlegend verändern läßt. Erst mit der Erringung von wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen, von denen aus die Gewerkschaften und andere demokratisch legitimierte Repräsentanten der arbeitenden Bevölkerung alternative Forderungen zu den Zielen des Kapitals gesamtgesellschaftlich geltend machen können, wären Interventionen in zentrale Entscheidungsprozesse über die Zielfunktionen, die Verteilung der Ressourcen und die Folgelasten des technischen Fortschritts möglich.

Mir scheint es deshalb notwendig, daß sich die Arbeiterbewegung, besonders die Gewerkschaften, verstärkt der Wiederaufnahme oder Fortentwicklung gesellschaftlicher Alternativstrategien zuwenden, die den gesamten Problemkomplex der neuen Technik systematisch einbeziehen.⁵⁸ Dabei denke ich zum Beispiel an die Belegung einer nicht an Sozialpartnerschaft gebundenen, auch überbetrieblichen Mitbestimmungspolitik oder an die Konkretisierung von Vorschlägen zur demokratischen Investitionslenkung und -kontrolle, wie sie in der Gewerkschaftsbewegung, aber auch von Teilen der politischen Linken vorgetragen worden sind.⁵⁹ Allerdings lassen sich Mitbestimmung, Investitionslenkung und -kontrolle über längere Dauer ohne Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen jener Unternehmen, bei denen das ökonomische und technische Hauptpotential konzentriert ist, kaum aufrechterhalten. Aktueller denn je ist deshalb die Verwirklichung der Forderung nach „Überführung von Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum, verbunden mit demokratischer Kontrolle“⁶⁰, wie der 11. DGB-Bundeskongress im Mai 1978 in Hamburg bekräftigte.

Im Rahmen alternativer demokratischer Reformkonzeptionen, die den gesamten Wirtschaftsprozess und alle gesellschaftlichen Bereiche betreffen, wären dann jene Forderungen zu verankern, die nicht nur eine „soziale Abfederung“ der krassesten Folgen moderner Technologien und Produktionsmethoden installieren wollen, sondern aufstrukturelle Veränderungen der gesellschaftlichen Funktionen der neuen Technik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zielen.

57 Vgl. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 2/1977, S. 293 ff.

58 Vgl. dazu die Überlegungen von Ulrich Briefs, Neue Technologien als Herausforderung für die Gewerkschaften, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/1978, S. 1179—1197.

59 So vor kurzem wieder vom Bezirk Ostwestfalen/Lippe der Jungsozialisten. Vgl. Herforder Thesen, besonders S. 58/59, Westberlin 1978. Die Forderung nach „wirksamer Mitbestimmung der Arbeiterklasse“ und „demokratischer Investitionskontrolle“ findet sich ebenfalls im Parteiprogramm der DKP, das im Okt. 1978 beschlossen wurde.

60 Beschlüsse des 11. ordentlichen DGB-Bundeskongresses, in: Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, 7/1978, S. 13.

Rationalisierung – Arbeitsplätze – Tarifikämpfe

Bericht über eine Tagung des IMSF¹

Klaus Priester

I. Konzeption und Probleme der Vorbereitung — II. Die Einleitungsreferate: Politische Ökonomie der Arbeiterklasse heute — III. Moderne Technik und Rationalisierung — IV. Betriebsstillegungen und Arbeitsplatzvernichtung — V. Lohn- und Tarifikämpfe/Arbeitszeitverkürzung — VI. Kampfstrategien: Die Arbeitsgruppendifkussion — VII. Resümee

Am 10. und 11. März 1979 veranstaltete das IMSF in Frankfurt/M. eine Tagung, die sich unter dem Titel „Rationalisierung — Arbeitsplätze — Tarifikämpfe“ mit aktuellen Problemen der Durchsetzung von Arbeiterinteressen in der Bundesrepublik heute beschäftigte.

Mehr als 500 Teilnehmer — einigen weiteren hundert mußte aus Kapazitätsgründen abgesagt werden —, die überwiegend aus dem unmittelbaren betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich kamen, erlebten an zwei Tagen eine Konferenz, die sich von den bisherigen wissenschaftlichen Veranstaltungen des IMSF, großen Konferenzen wie Kolloquien im kleineren Kreis, in inhaltlicher, organisatorischer und didaktischer Hinsicht in einigen wesentlichen Punkten unterschied.

Im folgenden Beitrag wird neben der Skizzierung der wichtigsten inhaltlichen Ergebnisse die Vermittlung der Überlegungen versucht, die die Vorbereitung und Planung der Tagung bestimmten, um die mit der Tagung verfolgten Intentionen deutlicher werden zu lassen.

I. Konzeption und Probleme der Vorbereitung

Gegenstand der Tagung waren die aktuellen Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik. Politische Ökonomie der Arbeiterklasse heute — so ein Untertitel der Tagung — bedeutet Kampf um die Durchsetzung von Arbeiterinteressen gegen die Logik und die Prinzipien des Kapitals, also das Setzen von Bedingungen der Kapitalverwertung durch die Arbeiterklasse und damit in den Kämpfen die keimhafte Infragestellung dieser Verhältnisse selbst. Das durch die Kampfkraft der Arbeiterklasse und ihre Entfaltung geschaffene *sozialökonomische und politische Kräfteverhältnis* im Rahmen des durch aktuelle Krisenprozesse gekennzeichneten staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik ist mithin als *Schlüsselbegriff* zum Verständnis der Durchsetzungs-

¹ Das Protokoll dieser Tagung, einschließlich der verwendeten literarischen Texte und Bilder, erscheint als Band 8 der Reihe „Arbeitsmaterialien des IMSF“ unter dem Titel „Rationalisierung — Arbeitsplätze — Tarifikämpfe. Aktuelle Probleme der Durchsetzung von Arbeiterinteressen in der Bundesrepublik. Materialien einer Tagung des IMSF, Frankfurt/M., 10. und 11. März 1979.“ In diesem Materialband finden sich auch ausführlichere Überlegungen zu den methodisch-didaktischen Problemen.

probleme von Arbeiterinteressen zu sehen. Somit lautete die *Grundfrage* dieser Tagung: Wie und unter welchen Bedingungen, mit welchen Zielen und Erfolgen entwickelt sich diese Kampfkraft und wird sie wirksam?

Die Erfahrungen der Kämpfe der fortgeschrittensten und aktivsten Teile der Arbeiterklasse der Bundesrepublik, der unmittelbare Erfahrungsbereich der betroffenen Arbeiter und Angestellten selbst, standen also im Mittelpunkt der Tagung. Die Erfahrungen dieser Kämpfe sind gleichzeitig — unter Einbeziehung der Analyse der ökonomischen und politischen Verhältnisse und Tendenzen — wiederum Grundlage zu ihrer Verallgemeinerung als Kampfstrategien der Arbeiterklasse. Zur Entwicklung solcher Kampfstrategien einen Beitrag zu leisten, war das wichtigste Ziel der Tagung.

Wie und mit welchen Formen und Methoden wollten die Veranstalter dieses Ziel erreichen? Die in der inner- und außergewerkschaftlichen Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit seit einigen Jahren gewonnenen Erfahrungen zeigen, daß der Ausgangspunkt für jedwede Art von Wissens- und Informationsvermittlung die unmittelbaren Erfahrungen der betroffenen Arbeiter und Angestellten sowie ihre Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen selbst sein müssen. Anders als in der traditionellen, von oftmals abgehobenen akademischen Standards geprägten Vorgehensweise auf Tagungen sollten diesmal bewußt diese unmittelbaren Erfahrungen und ihre Darstellung und Analyse durch die Betroffenen selbst im Mittelpunkt stehen und den Ausgangspunkt für die Behandlung der einzelnen Themenbereiche bilden.

Eine solche Vorgehensweise kann u. a. dazu beitragen, die in Kämpfen Handelnden aktiv in die Verarbeitung, Analyse und Präsentation ihrer Erfahrungen einzubeziehen, sie zum Hauptgestalter derartiger Tagungen zu machen — und das nicht nur formal. Fortschrittliche Wissenschaftler und Gewerkschafter sollten darüber hinaus dazu beitragen, die so dargestellten Kampfverfahren auf die gesamtgesellschaftliche ökonomische und politische Situation und Entwicklung zu beziehen und Ansatzpunkte für die Verallgemeinerung der konkreten einzelbetrieblichen Erfahrungen und des unterschiedlichen Erfahrungs- und Bewußtseinshorizonts der Arbeiter herauszuarbeiten.

Eine solche arbeitsteilige Kooperation von betrieblichen, wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Experten hat sich u. a. deshalb als fruchtbar erwiesen, weil so auch die — auch bei fortschrittlichen Wissenschaftlern noch beträchtlichen — Informationsdefizite in bezug auf die unmittelbare Erfahrungswelt der Betriebsarbeiter, ihre Probleme und Bewußtseinslage verringert werden konnten. (Ein deutliches Beispiel für die Existenz solcher Defizite zeigte sich in einer Arbeitsgruppe, in der Drucker und Setzer mit fortschrittlichen Arbeits- und Sozialwissenschaftlern in einen produktiven Disput über die tatsächliche Bedeutung und das Ausmaß neuerwerbener Qualifikationen an der neuen Technik gerieten).

Schließlich war davon ausgegangen worden, daß kämpfende Arbeiter als Persönlichkeiten handeln. Eine Vermittlung und Aufarbeitung von Erfahrungen kann sich deshalb nicht nur auf die intellektuell-analytische Ebene reduzieren. Erfahrungen, Erwartungen, Hoffnungen, Bestrebungen usw. werden vielmehr in adäquater, sich auf die ganze Persönlichkeit beziehender Form in der progressiven Literatur, Musik, Graphik, Malerei usw. ausgedrückt. Die Einbeziehung entsprechender Aussageformen in den Ablauf einer solchen Konferenz hat deshalb nicht nur Auflockerungs- oder Unterhaltungsfunktion, sie setzt vielmehr emotionale Momente frei, vermittelt von dieser Seite Anstöße für eine vertiefte intellektuelle Einsicht in die Prozesse. Dies bezieht sich nicht nur auf den Ablauf der

Tagung selbst, sondern auch auf eine entsprechende Abendveranstaltung mit den Schauspielern *Heide Michels* und *Erich Schaffner*, den Liedermachern und -sängern *Branmasky & Honke* und der Marburger Songgruppe sowie auf eine Fotoausstellung von *Harald Frey* und eine Ausstellung von Graphiken, Gemälden und Plastiken von Künstlern der Gruppe Tendenzen.

Bei der Vorbereitung der Tagung war zu berücksichtigen, daß der angestrebte Teilnehmerkreis in seinem politischen Bewußtsein weiter entwickelt sein würde als der Durchschnitt der Gewerkschaftsmitglieder und -aktivisten. Entsprechende Erfahrungen lehren jedoch, daß dies nicht unbedingt auch für das Verständnis ökonomischer und gewerkschaftlicher Fragen und Probleme zutrifft. Das politische Bewußtsein vieler Arbeiter und Angestellten ist darüber hinaus geprägt von den sozialen Kämpfen der siebziger Jahre, vor allem in der Druck- und Metallindustrie. In diesen Auseinandersetzungen, die für viele Arbeiter und Angestellte in der Bundesrepublik entweder die ersten oder nach langer Zeit wieder neue Streikerfahrungen bedeuteten, wurden von Gewerkschaftern und unmittelbar Betroffenen selbst neue Erfahrungen gesammelt und Strategien des Kampfes entwickelt, die vielfach erfolgreich waren. An diesen fortgeschrittensten Erfahrungen galt es bei der Vorbereitung der Tagung anzusetzen.

Überdies haben diese Kollegen vielfach Gewerkschaftsschulungen durchlaufen, in denen die Erfahrungen aus den vorangegangenen Kämpfen ausgewertet und Lehren für künftige Auseinandersetzungen gezogen wurden. Weniger also die Beschäftigung mit marxistischer Theorie oder sozialistische Traditionen haben diese Gruppe der Arbeiterklasse geprägt als vielmehr ihre unmittelbaren Kampferfahrungen und deren Verarbeitung.

Zu beachten waren auch die Hauptformen, in denen sich heute Informations- und damit auch Bewußtseinsbildungsprozesse bei Arbeitern und Angestellten vollziehen. Zweifellos kommt dabei den visuellen Medien eine erstrangige Rolle zu. Es waren deshalb Überlegungen anzustellen, wie dem bei einer größeren Tagung mit über 500 Teilnehmern Rechnung getragen werden kann.

Es lagen und liegen hierzu zwar Erfahrungen vor allem aus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit vor. Sie beziehen sich jedoch auf kleinere Diskussions- und Seminargruppen. Die IMSF-Veranstaltung hatte jedoch die Aufgabe, derartige Mittel und Methoden in einer ‚Großveranstaltung‘ einzusetzen, die schon von der teilnehmenden Personenzahl her von vornherein andere Bedingungen setzt. Das Abgehen von dem in diesem Rahmen traditionellen Schema ‚Referat-Diskussion‘ war also in gewissem Sinne ein Experiment. Es kam darauf an, bewußt von der an akademische Zirkel erinnernden trockenen Art der Aneignung und Vermittlung von Wissen durch langatmige Referate, „Frontalunterricht“ usw., die die Lernenden leicht zu bloßen Konsumenten von Stoff degradieren kann, abzugehen. Statt dessen mußte dafür gesorgt werden, daß die Lernenden selbst aktiv den Lernprozeß gestalteten. Hilfsmittel dazu waren der Einsatz von Dias, kurzen Filmausschnitten, Liedern, Sketchen und schriftlichem Teilnehmermaterial, das zur Veranschaulichung und Vertiefung der in Referaten und Kurzbeiträgen angesprochenen Themen diente. Bei der Planung des Einsatzes solcher Illustrations- und Vermittlungsmedien war darauf zu achten, daß diesen nur *Hilfsfunktion* zukommt und sie sich nicht zu einer „Multimediaschau“ verselbständigen durften, was von den zu transportierenden Inhalten abgelenkt hätte. Im Verlauf der Vorbereitungsarbeiten zeigte sich dann auch sehr schnell, daß — entgegen ursprünglichen Vorstellungen — sehr starke Abstriche gerade in diesem

Sektor gemacht werden mußten, daß Sketche, Lieder, Filmausschnitte nur äußerst sparsam eingesetzt werden konnten. Etwas zahlreicher wurden dagegen textbegleitende oder -illustrierende Dias verwendet.

Es ist einleuchtend, daß mehr als 40 Einzelbeiträge, dazu Lieder, Sketche, Filmausschnitte, Dias usw., mit denen der erste Konferenztag gestaltet wurde, in ein stellenweise sehr straffes Zeitkorsett gezwängt werden mußten, um einen kontinuierlichen Fortgang der Konferenz, ohne allzuviel Leerlauf, gewährleisten zu können. Die Vorbereitungsgruppe im IMSF erarbeitete deshalb ein regelrechtes „Drehbuch“, in dem die Länge der Einzelbeiträge, Filme, Lieder usw. sowie deren Abfolge genau festgelegt waren.

Naturgemäß und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß mit dieser Veranstaltung Neuland betreten wurde und entsprechende Erfahrungen nicht vorliegen konnten, erwachsen daraus vielfältige Probleme bei der Vorbereitung: Konnte den Referenten — betrieblichen, wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Experten — zugemutet werden, über ein Thema, z. B. den Ablauf eines Streiks oder komplizierte politökonomische Zusammenhänge, innerhalb weniger Minuten möglichst umfassend zu berichten? Würde unter dem strengen Zeitregime — die meisten der über 40 Einzelbeiträge waren auf etwa 4—6 Minuten geplant — nicht die Verständlichkeit leiden? Würde die angebotene Themen- und Referentenvielfalt die Zuhörer im Saal nicht erschlagen? Wie konnte der — alles in allem — mehr als achtstündige erste Konferenztag so lebendig wie möglich gestaltet ohne gleichzeitig überfrachtet zu werden?

Nicht alle diese Probleme konnten befriedigend gelöst werden: So mußten im Laufe der mehr als 10monatigen Planungs- und Vorbereitungsphase, je ausgefeilter das Tagungskonzept wurde, die Anzahl der zu behandelnden Fallbeispiele innerhalb der drei Themenbereiche „Rationalisierung“, „Betriebsstillegungen“ und „Lohn- und Tarifkämpfe“ z. T. radikal beschnitten und wichtige Kampfbeispiele ausgeklammert werden. Trotzdem war der erste Konferenztag — rückblickend betrachtet — immer noch mit Einzelbeiträgen überladen, was sicherlich auf Kosten der Überschaubarkeit gegangen ist. (Dies wurde auch von vielen Teilnehmern bestätigt, die zwar überwiegend einen guten bis sehr guten Eindruck von der Tagung hatten, gerade in dieser Frage aber Kritik übten.)

Nicht alle der von der Vorbereitungsgruppe angefragten Referenten aus dem betrieblichen und wissenschaftlichen Bereich standen später auch tatsächlich zur Verfügung; bisweilen war es schwierig, kompetenten Ersatz für ausgefallene Experten zu bekommen. Ein weiteres Problem in der Vorbereitungsphase bestand darin, daß aufgrund des notwendig strengen Zeitregimes möglichst viele Einzelbeiträge mit den Experten so exakt wie möglich abgesprochen werden mußten. Die Vereinbarung eines Themas allein genügte nicht, um z. B. die Dia-Einblendungen vorbereiten zu können. Vielmehr mußte der Argumentationsgang — wo immer dies möglich war — ziemlich genau festgelegt werden — dies jedoch, ohne daß den Referenten allzu strenge inhaltliche und methodische Fesseln angelegt werden durften. Eine Reihe weiterer, vor allem technischer Probleme, mußte in der Vorbereitungsphase ebenfalls ständig neu überdacht werden: Wie würde es möglich sein, in einem Tagungsraum für mehr als 500 Teilnehmer die optischen und Lichtverhältnisse so zu gestalten, daß die Dias für diesen großen Kreis von Teilnehmern auch tatsächlich erkennbar sein würden — ein Problem, das wegen der Vielzahl von Dias mit Zahlen- und Grafikmaterial wichtig war. Können überhaupt die Lichtverhältnisse in einem Tagungsraum so gestaltet werden, daß sowohl Dias erkennbar sind als auch für die Teilnehmer die Möglichkeit besteht, sich Notizen zu machen, wichtige Beiträge wenigstens stichwortartig

mitzuschreiben? Auch in dieser Frage konnten optimale Lösungen nicht gefunden werden, was sich dann auch in der Detailkritik der Teilnehmer ausdrückte.

Die hier angerissenen wichtigsten Probleme bei der Vorbereitung und Durchführung der Tagung zeigen, welch immenser Vorbereitungsaufwand nötig ist, um eine derartige Veranstaltung für einen großen Teilnehmerkreis zu gestalten.

Allerdings war neben der Plenumsveranstaltung des ersten Tages, dem Herzstück der Tagung, auch noch der zweite Konferenztag vorzubereiten.

Hierbei war zu berücksichtigen, daß nach dem relativ straff geplanten ersten Konferenztag am zweiten Tag mehr Raum für Spontaneität, Teilnehmeraktivitäten und freie Diskussion, an der möglichst viele Kollegen teilnehmen sollten, geschaffen wurde. Dieser Absicht zuwider lief allerdings der objektive Zwang, den zweiten Konferenztag auf insgesamt nicht länger als vier bis fünf Stunden ausdehnen zu können, da die Teilnehmer aus der gesamten Bundesrepublik kamen, zum Teil lange Reisewege vor sich hatten und am folgenden Tag wieder in den Fabriken und Büros ihrer Arbeit nachgehen mußten.

Die Vorbereitungsgruppe im IMSF glaubte, durch eine möglichst große Zahl von Arbeitsgruppen — es waren schließlich neun —, in denen die am ersten Konferenztag angerissenen Themen und Fragestellungen vertiefend diskutiert und zu Kampfstrategien verdichtet werden sollten, dem Bedürfnis nach unmittelbarem Meinungs austausch am besten nachkommen zu können. Wie sooft bei derartigen Tagungen erwies sich im Nachhinein die tatsächlich in den Arbeitsgruppen zur Verfügung stehende Zeit als zu kurz. Viele Aspekte konnten nur andiskutiert, andere gar nicht behandelt werden — ein Problem jeder Tagung und jedes Wochenendlehrgangs in den Gewerkschaften. Gleichwohl kamen in den Arbeitsgruppen überdurchschnittlich viele Diskussionsredner mit größtenteils unvorbereiteten Beiträgen zu Wort — auch ein Anzeichen dafür, daß mit den knappen und gut verständlichen Kurzreferaten am ersten Konferenztag, an die die Diskussionsredner in den Arbeitsgruppen des zweiten Tages mühelos anknüpfen konnten, der richtige Weg gegangen worden war.

Kritisch zum zweiten Konferenztag ist anzumerken, daß die angestrebte Strategiediskussion — auch aus zeitlichen Gründen — nicht in der Ausführlichkeit geführt werden konnte, wie dies beabsichtigt worden war. Gleichwohl brachte sie doch handhabbare Ergebnisse.

Wir hielten eine relativ ausführliche Skizzierung der inhaltlichen und methodisch-didaktischen Überlegungen sowie der Probleme und Schwierigkeiten ihrer Realisierung deshalb für erforderlich, um unsere Erfahrungen einem breiteren Interessentenkreis zugänglich zu machen. Der vorwiegend positive Eindruck — auch sehr kritischer Teilnehmer — hat bestätigt, daß es erforderlich ist, in der Organisation kollektiver Lernprozesse neue Wege zu gehen und den neuen Bedingungen der Bewußtseinsbildung in der Arbeiterklasse mit aller Konsequenz Rechnung zu tragen. Unseres Erachtens ist die Lösung dieses Problems nahezu von gleicher Bedeutung wie die wissenschaftliche Analyse der Kämpfe und Kampfbedingungen selbst. Nur wenn Marxisten jene Wege, Formen und Methoden finden, die das ‚Einrasten‘ in die Vorstellungs-, Aufnahme- und Denkgewohnheiten des fortgeschrittenen Teils der Arbeiterklasse ermöglichen, können sie den notwendigen Beitrag zur Entwicklung von Klassenbewußtsein leisten.

In den folgenden Abschnitten wird versucht, die wichtigsten inhaltlichen Aussagen und Ergebnisse der Tagung zusammenzufassen.

II. Die Einleitungsreferate: Politische Ökonomie der Arbeiterklasse heute

Die IMSF-Tagung gliederte sich thematisch in drei große Blöcke: die Themenbereiche „Moderne Technik und Rationalisierung als Kampfmittel des Kapitals und Möglichkeiten der Gegenwehr der Arbeiter“, „Betriebsstillegung und Arbeitsplatzvernichtung und die jüngsten Erfahrungen zur Sicherung von Arbeiterinteressen“ und „Lohn- und Tarifkämpfe/Arbeitszeitverkürzung“, die in einer Plenumsveranstaltung am ersten Konferenztag behandelt wurden. Dem vorgeschaltet waren einleitende Worte des Institutsleiters, Prof. Dr. J. Schleifstein, und ein halbstündiges Referat von Dr. Heinz Jung (IMSF).

Schleifstein wies zu Beginn der Veranstaltung auf die mehr als zehnjährige Erfahrung des IMSF mit der Analyse der Arbeits-, Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik hin, die sich in zahlreichen Studien- und Forschungsergebnissen des Instituts darstellten. Immer habe das IMSF versucht, Wissenschaft zu betreiben, „um den Kampf der Arbeiterbewegung zu unterstützen“, und hierfür die „unmittelbare Verbindung zur betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis und den in ihr tätigen Menschen“ gesucht.

Mit der Behandlung der aktuellen Themen „Rationalisierung“, „Betriebsstillegungen“ und „Lohn-Tarifkämpfe“ setzt das IMSF diese Arbeiten fort. Ausdrücklich erklärte Schleifstein — nicht zuletzt im Hinblick auf die aktuellen Auseinandersetzungen um den Charakter der Einheitsgewerkschaft in den Bundesrepublik —, daß mit dieser Tagung zwar gewerkschaftliche Probleme berührt würden, sie jedoch „weder eine Tagung der Gewerkschaften noch eine gewerkschaftliche Tagung“ sei, denn die „Erarbeitung und Formulierung der Gewerkschaftspolitik ist ausschließlich Sache der Gewerkschaften, ihrer Mitglieder, ihrer gewählten Körperschaften, ihrer satzungsgemäßen Gliederungen“. Und: „Wir diskutieren hier nicht als Vertreter gewerkschaftlicher Organe, sondern als Personen, die ihrer eigenen Meinung Ausdruck geben, über ihre eigenen Erfahrungen berichten, als engagierte Arbeiter, Angestellte und Wissenschaftler.“

Jung sprach in seinem Einleitungsreferat über „Politische Ökonomie der Arbeiterklasse, neue Technik und Kampfstrategien“. Ausgehend von dem „Umbruch im sozialen Klima“, der sich in gesteigerten Streikaktivitäten der Gewerkschaften, aber auch in einer härteren sozial- und gesellschaftspolitischen Gangart der Unternehmer und ihrer Verbände äußere, ging Jung auf einige Aspekte der politischen Ökonomie des Großkapitals ein. Dabei griff er z. B. die unternehmerischen Erklärungsmuster für die Ursachen der Arbeitslosigkeit (Löhne/Arbeitslosigkeit) auf und kritisierte die regierungsamtlichen Konzeptionen zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit. Mit der politischen Ökonomie des Kapitals kann jedoch die Arbeiterklasse ihre Probleme nicht lösen. „Sie braucht und sie hat ihre eigene politische Ökonomie. Sie ist der des Kapitals entgegengesetzt und muß dies auch sein, weil sie die Interessen der Arbeit gegen das Kapital ausdrückt, weil für sie das Interesse des arbeitenden Menschen im Mittelpunkt stehen muß und dieses Interesse — solange die Herrschaft des Kapitals besteht — gegen die Logik des Kapitals durchgesetzt werden muß.“ Unter Rückgriff auf Marx wird die politische Ökonomie der Arbeiterklasse als „eine höhere Form der Rationalität“ verkörpernd definiert. „Für sie stehen die gesellschaftliche Rentabilität und damit die gesellschaftlichen Kosten und damit die Entwicklungsbedingungen des arbeitenden Menschen als Ganzes im Mittelpunkt. Für sie steht deshalb auch die gesellschaftliche Produktion und ihre Unterwerfung unter die Entwicklungsbedingungen des Menschen im Vordergrund.“ Die politische Ökonomie der Arbeiterklasse ist

der Logik des Kapitals nicht wehrlos ausgeliefert; sie meldet ihre Interessen an und läßt sie im Kampf gegen das Kapital wirksam werden. Dies gilt auch und gerade für den Kampf gegen die ungezügelte kapitalistische Anwendung der neuen Technik.

Dabei wurde herausgestellt, daß das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Technik kein neues Problem ist, durch die krisenhafte Wirtschaftsentwicklung und neuerliche Rationalisierungswelle in der Bundesrepublik jedoch stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt und auch innerhalb der Gewerkschaften zum viel diskutierten Thema geworden ist. Heute könne auch in der innergewerkschaftlichen Diskussion um Rationalisierung und ihre Folgen für die Arbeiterklasse längst nicht mehr die bedingungslose Bejahung von Rationalisierung und technischen Neuerungen, wie sie in der Nachkriegszeit in den Gewerkschaften der Bundesrepublik vorherrschend war, beibehalten werden. Vielmehr müsse sich — und Anzeichen dafür sind sichtbar — „mehr und mehr wieder die alte und richtige Erkenntnis durchsetzen, daß man die sozialen Bedingungen der Anwendung von Technik im Sinne der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse gestalten muß, wenn die moderne Technik nicht zum bloßen Mittel massenhafter Arbeitsplatzvernichtung und Dequalifizierung mißbraucht werden soll“.

Hierin liege auch der Kern dessen, was die moderne Arbeiterbewegung aus den Erfahrungen der Maschinenstürmer der frühen Arbeiterbewegung lernen muß und gelernt hat: Nicht der wissenschaftlich-technische Fortschritt an sich ist das Problem, sondern die Kontrolle seiner Anwendung, d. h. die Kontrolle der gesellschaftlichen Verhältnisse oder — wie *Marx* es ausdrückt — die „Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht“.

Die Kämpfe der letzten Jahre in der Bundesrepublik haben deutlich gemacht, daß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die negativen Auswirkungen der neuen Technik mehr und mehr ins Zentrum der Klassenauseinandersetzungen überhaupt gerückt sind. Neue Erfahrungen wurden gesammelt, es entstanden neue Einsichten und damit auch wichtige neue Voraussetzungen für weitere Kämpfe. Die Diskussion von Kampfstrategien heiße daher nichts anderes als die Suche nach Wegen und Orientierungen zur Durchsetzung und Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse. Bei dieser Suche nach Möglichkeiten zur Abwehr von Verschlechterungen in den Arbeits- und Lebensbedingungen tauchen Widersprüche, ungleichmäßige und ungleichzeitige Entwicklungen auch in der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften auf: „Es ist völlig klar, daß Arbeiter, Organisationen, Funktionäre, bei denen gestern noch sozialpartnerschaftliche Ideologie und Praxis vorherrschte, heute nicht schon eine in jeder Hinsicht konsequente Klassenposition einnehmen.“ Zugleich liegt auf der Hand, „daß die Konzerne, die Unternehmerverbände und ihre Presse in einer solchen Situation immer versuchen, an aufbrechenden Widersprüchen anzusetzen, um vor allem die Gewerkschaften zu schwächen, den Spaltpilz in ihre Reihen zu tragen und den Prozeß der Umorientierung abzubremsen oder gar nach Möglichkeit umzukehren.“ Die Richtung der weiteren Entwicklung hänge entscheidend davon ab, „daß die Aktivitäten und Energien der Arbeiter und Angestellten, wie sie sich in den jüngsten Kämpfen gezeigt haben, in den Gewerkschaften wirksam werden und ihre Geschlossenheit und Kampfbereitschaft stärken“. Dies sei heute entscheidende Grundbedingung der Entwicklung von Kampfstrategien.

Allerdings verwies *Jung* weiterhin darauf, daß Kampfstrategien „nicht jenseits des Entwicklungsgrades der Gesellschaft und des Kapitalismus von heute“ skizziert werden könnten. Es sei erforderlich, die Basisaktivitäten „auch auf die Beeinflussung der Ent-

scheidungen in den Zentralen" zu lenken, denn die Arbeiterklasse stünde letztlich hilflos den Manövern des Kapitals gegenüber, wenn es ihr nicht gelänge, ihren Einfluß auf allen Ebenen geltend zu machen.

Zum Verhältnis von Tarifpolitik und dem Kampf um staatliche Maßnahmen und Maßregeln bemerkte *Jung* abschließend, es sei offenkundig, daß gerade die Tarifpolitik jene Hebel biete, „die unmittelbar zur Beeinflussung der Verhältnisse im Interesse der Arbeiter und Angestellten dienen“. Allerdings habe die Tarifpolitik nur eine begrenzte Reichweite, und Forderungen und Bewegungen für alternative Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gewännen an Wichtigkeit.

III. Moderne Technik und Rationalisierung als Kampfmittel des Kapitals und Möglichkeiten der Gegenwehr der Arbeiter

Nach *Jung*s Überblick über den Gegenstand der Tagung folgte die erste Podiumsrunde. Elf betriebliche, wissenschaftliche und gewerkschaftliche Experten gestalteten unter der Moderation von *K. Pickshaus* (IMSF) den Themenbereich „*Moderne Techniken und Rationalisierung als Kampfmittel des Kapitals und Möglichkeiten der Gegenwehr der Arbeiter*“. Dabei ging es darum, an Beispielen aus der Druck- und Metallindustrie und dem Angestelltenbereich die Auswirkungen von technologischen Veränderungen und Rationalisierung darzustellen, nach Möglichkeiten der Abwehr von Rationalisierungslasten zu fragen und beispielhafte Aktionen darzustellen.

Erster Schwerpunkt war die *Druckindustrie* — ein Industriezweig, dem inzwischen in zweifacher Hinsicht eine Vorreiterrolle zukommt. Die technische Entwicklung hat hier mit am radikalsten Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Qualifikation und Einkommen der abhängig Beschäftigten gezeigt. Andererseits wurden gerade in der Druckindustrie positive Beispiele für gewerkschaftliche Gegenwehraktionen demonstriert. Der mehrwöchige Arbeitskampf 1978 und seine Ergebnisse haben dabei sicherlich Zeichen für neue Überlegungen zu einer gewerkschaftlichen Strategie gegen die negativen Rationalisierungsauswirkungen gesetzt.

O. Wagner (Frankfurt/M.) schilderte aus der Sicht eines Betriebsrats in einer Zeitungsdruckerei die gravierendsten Auswirkungen der modernen Satztechnik in der Druckindustrie, deren Hauptkennzeichen die von den Unternehmern angestrebte Ersetzung von Fachkräften durch fachfremde Arbeitskräfte in der Textverarbeitung bei geringerer Bezahlung war. Die Sicherung der Facharbeitertätigkeit an der neuen Satztechnik und der Einkommen standen deshalb im Mittelpunkt der mehr als eineinhalbjährigen Verhandlungen der IG Druck und Papier mit den Unternehmern und waren auch Gegenstand des Druckerstreiks 1978. Am Ende der Auseinandersetzung stand schließlich der „Tarifvertrag über Einführung und Anwendung rechnergesteuerter Textsysteme“, mit dem das Einsetzen fachfremder, angelegener Arbeitskräfte und die Verdrängung der Facharbeiter erheblich erschwert und Mindestanforderungen für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Pausen an Bildschirmgeräten geregelt werden konnten. *Wagner* stellte dar, daß Regelungen zur Beeinflussung von Inhalt und Organisation der Arbeit im Interesse der abhängig Beschäftigten auch über den Tarifvertrag hinausgehend durchgesetzt werden können.

Die Rationalisierung in der Druckindustrie erfaßt neben dem Satzbereich weitere Zweige, z. B. die Arbeit der Drucker. In einem Ausschnitt aus dem Film „Die Maschine“ konn-

ten die Arbeitsbedingungen an einer sehr großen Tiefdruckmaschine veranschaulicht werden. Daran schloß *E. Späth* (München) mit seinem Beitrag „Der nächste Schlag geht gegen die Drucker“ an, in dem er sich mit den Auswirkungen des Einsatzes von Druckmaschinen der neuen Generation auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen der Drucker befaßte.

Hintergrundinformationen zum Zusammenhang von neuer Technik und Pressekonzentration lieferte *Prof. Dr. H. Holzer* (München). Er belegte anhand umfangreichen Datenmaterials, daß sich im Bereich der Tageszeitungen und der Zeitschriften eine monopolistische Struktur durchgesetzt hat. Allein in diesem Bereich mit zur Zeit noch 120 000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von rund 15 Mrd. DM sind seit 1972 fast 35 000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Gleichzeitig sank der Lohnkostenanteil am Umsatz von 38 auf 32 Prozent. Zehn Unternehmen kontrollierten 1977 rund 60 Prozent des Tageszeitungsmarktes; der Zeitschriftensektor wird von den vier Konzernen Bauer, Springer, Gruner & Jahr und Burda zu 80 Prozent beherrscht. Monopolisierung in diesen Bereichen führt über zwei Wege zur Profitsteigerung: durch die kostensenkende Rationalisierung des Herstellungs- und Verteilungsprozesses und durch die Risikostreuung, Steuerersparnis und erhöhte Attraktivität als Werbeträger. Neue Techniken werden in diesem Prozeß von den Unternehmern stets unter dem Kapitalverwertungsgesichtspunkt eingeschätzt.

Die Auseinandersetzungen um die neue Technik und ihre Folgen sind in der Druckindustrie bisher am bekanntesten geworden. Der Kampf der Drucker und Setzer bekommt damit eine Beispielfunktion für solche Industriezweige, in denen die Ausgangsbedingungen (gewerkschaftlicher Organisationsgrad, Streikerfahrung) weniger günstig sind, die Rationalisierungswelle aber gleichfalls rollt, wie z. B. im *Angestelltenbereich*.

Die Mannheimer Betriebsrätin *U. Landin* zeigte anhand der Darstellung eines Konflikts in einem modernen Textverarbeitungsbüro auf, welche Schritte Betriebsräte und Gewerkschaften gegen die Versuche von Unternehmensleitungen unternehmen können, einseitig und ohne genügende Information der betrieblichen Interessenvertreter der Belegschaft, Arbeitsorganisation und Arbeitsstrukturen vollständig zu verändern. Nach starken Protesten der Belegschaft mußte die Geschäftsleitung des betreffenden Betriebes ihr ursprüngliches Konzept der Einführung neuer Textverarbeitungs- und Verwaltungssekretariate wesentlich modifizieren. Das Ziel der Beschäftigten und der zuständigen Gewerkschaft, eine Betriebsvereinbarung abzuschließen, mit der auf Arbeitsorganisation und -ablauf Einfluß genommen werden kann, konnte allerdings noch nicht erreicht werden.

Th. Steinberg (Frankfurt/M.) skizzierte im Anschluß daran die Auswirkungen des Einsatzes der Mikroelektronik auf die Büro- und Verwaltungsarbeit und die Arbeitsplätze der Angestellten. Unter Hinweis auf die (der brisanten Ergebnisse wegen inzwischen zurückgezogene) Siemens-Studie „Büro 1990“, nach der 45 Prozent aller Büroarbeitsplätze formalisiert, d. h. zerlegt und vereinfacht, und 25 Prozent sogar automatisiert werden können, verdeutlichte *Steinberg* die Folgen der Büro- und Verwaltungsrationalisierung im Hinblick auf die Entwicklung der Arbeitsbelastungen und Qualifikationen.

Mehr als die Hälfte aller Angestellten sind Frauen. Sie konzentrieren sich auf Sektoren, die z. T. heute schon rationalisierungsbetroffen sind, z. T. aber auch erst in den nächsten Jahren von der Rationalisierungswelle voll erfaßt werden. *E. Krontbaler* (Ludwigshafen) machte in ihrem Beitrag die besondere Betroffenheit der Frauen durch die Rationalisierung deutlich.

Mikroelektronik und Mikroprozessoren als Schlüsseltechnologie für die weitere Umgestaltung von Arbeitsabläufen konnten im Anschluß daran in einem Filmausschnitt aus dem Film „Die alte neue Welt“ in ihren unter kapitalistischen Bedingungen für die Arbeiterklasse bedrohlichen Folgen sichtbar gemacht werden. Die Auswirkungen des Einsatzes der Mikroelektronik schilderte am Beispiel der Metallindustrie der Betriebsratsvorsitzende *G. Bauer* (Reutlingen). Er berichtete, der Einbruch der Elektronik in die Uhrenindustrie der Bundesrepublik habe fast der Hälfte der dort Beschäftigten den Arbeitsplatz gekostet. Mit der Mikroprozessortechnik lassen sich heute fast alle elektronischen Geräte produzieren: Mikrocomputer, numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen, Industrieroboter sind Beispiele hierfür.

Welche Antworten müssen Gewerkschaften und Arbeiterbewegung auf diese veränderten Bedingungen, unter denen sich Rationalisierung und wissenschaftlich-technischer Fortschritt vollziehen, geben? Ein praktischer Versuch der Abwehr negativer Rationalisierungsauswirkungen auf die Einkommen von Arbeitern und Angestellten war der Tarifvertragsentwurf der IG Metall in Nordbaden/Nordwürttemberg zur kollektiven und individuellen Absicherung vor Abgruppierungen, kurz „Tarifvertrag zur Besitzstandssicherung“ genannt. Um ihn wurde im Frühjahr 1978 ein langer und harter Streik geführt, den die Unternehmer mit Aussperrung beantworteten. Der Streik endete mit einem Kompromiß, dessen Ergebnis gleichwohl über bisher durchgesetzte Regelungen hinausgeht. Die Etappen des Kampfes gegen die Abgruppierung skizzierte *H. Ebinger* (Stuttgart) in seinem Beitrag. Er verdeutlichte auch, daß sich mit fortschreitender wissenschaftlich-technischer Entwicklung die Frage nach einer breiteren, wirksameren Absicherung vor Abgruppierungen, gerade in der Metallindustrie, immer wieder stellen wird. Die erreichte individuelle Absicherung erfülle die Funktion eines Fallschirms: „Es wird eine weichere Landung erreicht, aber ein genereller Abfall der Lohngruppen kann damit nicht verhindert werden.“

Weitreichende Überlegungen sind also notwendig. Einige von ihnen nannte *W. Roßmann* (Marburg). Sie betreffen die Prinzipien und konkreten Formen der Grundlohndifferenzierung, die die Entwicklung der Rationalisierung für die Veränderung der Arbeit berücksichtigen, die Verbindung von Rationalisierungsschutz und „Humanisierung der Arbeit“ und die Ausweitung von Mitbestimmungsrechten im Rationalisierungsprozeß.

Prof. Dr. L. Peter (Bremen) konnte in seinem Beitrag „Arbeiterbewegung und neue Technik“ einige Erfahrungen der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die negativen Auswirkungen der neuen Technik auf eine verallgemeinernde Stufe heben. Er wandte sich gegen das Unternehmerargument von den Gewerkschaften als „Maschinenstürmern durch die Hintertür“ und skizzierte die Position der Arbeiterbewegung gegenüber der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und ihrer Anwendung im Kapitalismus.

Mit den gewandelten Einstellungen in einigen Gewerkschaften diesen Entwicklungen gegenüber, die nicht zuletzt durch die Tarifikämpfe der IG Druck und Papier und der IG Metall in den letzten Jahren geprägt wurden, beschäftigte sich der stellvertretende Landesvorsitzende der IG Druck und Papier in Hessen, *Manfred Balder* (Wiesbaden). Er umriß die Grundlinien der Tarifpolitik der IG Druck und Papier zum Rationalisierungsschutz, deren weitreichende Intention die Infragestellung des Alleinbestimmungsrechts der Unternehmer hinsichtlich der Art und Weise der Einführung und Anwendung neuer Techniken in den Betrieben ist. Dies bedeute aber auch, daß die klassischen gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung, Vergesellschaftung der Schlüssel- und markt-

beherrschenden Industrien und die demokratische Planung erhöhte Bedeutung erlangten. Die gewerkschaftliche Tarifpolitik sei zwar noch lange nicht an den Grenzen des Erreichbaren angelangt, aber politische und gesellschaftliche Lösungen seien auf die Dauer unerlässlich.

Aus den vorstehend skizzierten Kurzbeiträgen des ersten Themenbereiches wurden die Fragestellungen für die diesem Bereich zugeordneten Arbeitsgruppen „Rationalisierungsschutz“, „Rationalisierung im Angestelltenbereich“ und „Allgemeine Probleme von Rationalisierung und Gegenwehr im Betrieb“ abgeleitet, die am zweiten Konferenztag behandelt wurden.

IV. Betriebsstillegungen und Arbeitsplatzvernichtung und die jüngsten Erfahrungen zur Sicherung von Arbeiterinteressen

In der zweiten Podiumsrunde, die unter Moderation von *Dr. J. Goldberg* (IMSF) den Themenbereich „*Betriebsstillegungen und Arbeitsplatzvernichtung und die jüngsten Erfahrungen zur Sicherung von Arbeiterinteressen*“ behandelte, kamen fünfzehn Referenten aus dem betrieblichen und wissenschaftlichen Bereich zu Wort.

Die Betriebsstillegung ist die spektakulärste Form der Arbeitsplatzvernichtung und wirft andere Probleme auf als eine durch Rationalisierung bewirkte schleichende, allmähliche Arbeitsplatzvernichtung. Am Beispiel typischer Stillegungsfälle in der Luftfahrt-, Stahl- und Werftindustrie, im öffentlichen Dienst und im Bereich von Klein- und Mittelbetrieben wurden sowohl relativ erfolgreiche Kämpfe als auch Mißerfolge und ihre Ursachen geschildert. Dabei lieferten direkt an den Kämpfen beteiligte Arbeiter und Angestellte Erfahrungsberichte aus den Betrieben, und wissenschaftliche Experten versuchten ökonomische und politische Hintergrundinformationen zu geben.

Zunächst verdeutlichte *H. Vossen* (Düsseldorf) Umfang und Ursachen von Betriebsstillegungen in der Bundesrepublik und befaßte sich mit Gegenstrategien aus der Sicht der Arbeiterklasse.

Im Anschluß daran leitete der Vorsitzende des Vertrauensleuterkörpers der IG Metall im Zweigwerk Speyer von VFW-Fokker, *G. Pfeifenroth* (Speyer), mit seinem Beitrag „Einheit von Belegschaft und Bevölkerung — die Grundlage für Erfolge bei VFW-Speyer“ den Schwerpunkt „Luftfahrtindustrie“ ein. *Pfeifenroth* schilderte die wichtigsten Stationen des Kampfes von Belegschaft und Bevölkerung gegen die geplante Stillegung des Speyerer VFW-Werkes, die schließlich verhindert werden konnte. Dieser Bericht wurde ergänzt durch Szenen aus dem Film „Wachsam Tag und Nacht“, die die Reaktionen der Bevölkerung auf die geplante Betriebsstillegung zeigen.

Die VFW-Konzernpolitik beschränkte sich nicht auf die geplante Schließung des Werks in Speyer, sondern sie betraf auch einschneidende Veränderungen in anderen VFW-Werken, z. B. in Einswarden bei Bremen. *U. Nobel* (Bremen), Betriebsrat in diesem Zweigwerk, schilderte wesentliche Momente des Widerstandskampfes auf VFW-Konzernebene. Insbesondere die Erfahrungen der Speyerer Kollegen konnten bei dem Arbeitskampf 1977 in Einswarden nutzbar gemacht werden, der verhinderte, daß bis heute Arbeiter entlassen wurden. Illustriert und ergänzt wurden *Nobels* Bemerkungen durch Ausschnitte aus dem Film „Wohin“, der die Aktionen der Bremer VFW-Belegschaft dokumentiert.

Prof. Dr. J. Huffschild (Bremen) schließlich befaßte sich dann mit den Hintergründen der Stilllegungspläne in der Luft- und Raumfahrtindustrie der Bundesrepublik. Er stellte heraus, daß insbesondere zwei gefährliche Entwicklungen in diesem Industriezweig bevorstehen: die Bedrohung der Arbeitsplätze durch geplante Fusionen zwischen Messerschmitt-Bölkow-Blohm und VFW-Fokker sowie die Bedrohung von Frieden und Arbeitsplätzen durch mehr Rüstungsaufträge. Diese Entwicklungen werden vom Staat nicht nur geduldet, sondern aktiv gefördert und getragen, da der Staat praktisch Miteigentümer der wichtigsten Luft- und Raumfahrtkonzerne ist. Allerdings erwachsen aus dieser Tatsache auch Ansatzpunkte für die Entwicklung und Verbreitung von Forderungen nach einer Neuorientierung der Politik in diesem Bereich, z. B. durch Kontrolle der beschäftigungssichernden Wirkungen von staatlichen Subventionen und die Umstellung der Rüstungs- auf Friedensproduktion.

Eine Zusammenfassung der wichtigsten vorgetragenen Erfahrungen der Kämpfe in der Luft- und Raumfahrtindustrie zeigt, daß erfolgreiche Abwehraktionen gegen Betriebsstilllegungen nur dann durchgeführt werden können, wenn das gesamte Umfeld, und nicht nur die unmittelbar betroffene Belegschaft, einbezogen wird. Kampfformen und -forderungen, so zeigte sich weiter, können nicht von vornherein „am grünen Tisch“ entwickelt werden. Sie sind vielmehr vom Massencharakter, der Breite, der Intensität, der Dauer und den Erfahrungen der Bewegung selbst abhängig, müssen *mit* der Bewegung und *in* der Bewegung entwickelt und dürfen ihr nicht „aufgepropft“ werden. Ein zentrales Problem in Kämpfen gegen Stilllegungen wurde in der Gefahr gesehen, daß Belegschaften, Teile von Belegschaften und Betriebsräte sich die Position „ihres“ Konzerns bzw. dessen Leitung im Sinne der Vertretung oder Berücksichtigung eines abstrakten „Unternehmensinteresses“ zu eigen machen können. Allerdings hat sich gezeigt, daß die scheinbare Übereinstimmung der Interessen, die z. B. bei Subventionsforderungen zustande kommen kann, in aller Regel dann zerbricht, wenn die Belegschaften Arbeitsplatzgarantien fordern, da die Konzernleitungen natürlich keinerlei Interesse daran haben, Entscheidungsbefugnisse an staatliche Instanzen oder Belegschaften und deren Vertreter abzutreten.

Die „Stahlkrise“ in den westeuropäischen Ländern, ihre Erscheinungsformen und Auswirkungen in der Bundesrepublik bildeten einen weiteren Schwerpunkt in der zweiten Podiumsrunde. Dr. H. Bömer (Dortmund) skizzierte zunächst Grundprobleme, Ursachen und Lösungsstrategien der Stahlkrise. Hierbei ging er auf Unternehmerargumente zu den Ursachen der Krise ein, setzte diesen eine marxistische Ursachenanalyse entgegen und kritisierte die auch von IG-Metall-Funktionären vorgeschlagenen unzureichenden Lösungsversuche.

Der Betriebsrat bei Mannesmann-Reisholz *W. Achten* (Düsseldorf) gab danach einen längeren Überblick über den „Fall“ Mannesmann-Reisholz, die sukzessive Schließung eines ganzen Werkes der Stahlindustrie. 800 Beschäftigte wurden im Konzern umgesetzt, 1000 Beschäftigte entlassen. Gerade *Achsen* Bericht kann verdeutlichen, wie wichtig die frühzeitige Information von Betriebsräten und Belegschaft bei anstehenden Stilllegungen ist und mit welchen durch nichts begründeten Versprechungen in den Vorstandsetagen großer Konzerne gearbeitet wird, um den Widerstand gegen geplante Betriebsstilllegungen von vornherein zu verhindern, einzudämmen oder die Widerstandsbewegung zu spalten. Er verdeutlicht aber auch, welche Solidaritätsformen mit den betroffenen Belegschaften möglich sind. Wenn auch der Kampf bei Mannesmann-Reisholz mit der Schlie-

lung des Werks endete, können aus ihm doch wichtige Lehren für künftige Auseinandersetzungen gezogen werden.

Mit der Krise der saarländischen Stahlindustrie befaßte sich *C. Schirra* (Oberkirchen/Saar), der die Auswirkungen der „Gesundschumpfungspläne“ des multinationalen Arbed-Konzerns auf die Arbeitsplätze an der Saar schilderte, und über Kampfaktionen der saarländischen Hüttenarbeiter gegen die Stilllegungspläne und -maßnahmen des Konzerns berichtete. Die breite Betroffenheit der Bevölkerung von der Vernichtung weiter Teile eines für diese Region typischen Industriezweiges wurde durch Ausschnitte aus einem Dokumentarfilm über die Aktion der Arbeiter und Angestellten gegen die Stilllegungs- und Austrocknungspläne der Stahlkonzerne illustriert.

Gerade die saarländische Stahlkrise zeigt deutlich, wie eng sich krisenhafte Entwicklungen in einzelnen Industriezweigen mit der Krise ganzer Regionen verbinden können. Deshalb bestehen hier auch von vornherein günstige Möglichkeiten zur Einbeziehung der Bevölkerung und einer breiten Öffentlichkeit in Widerstandsaktionen. In den Bewegungen dieser Regionen hat sich bisher auch am ausgeprägtesten die Forderung nach demokratischer Nationalisierung von Konzernen entwickelt, die in Verbindung mit der Forderung nach Entwicklung verbindlicher Regionalentwicklungspläne stehen.

Wie unter Beteiligung der unmittelbar Betroffenen und der Bevölkerung geplante und gelenkte Betriebsstilllegungen ohne so weitreichende negative Auswirkungen für die Werktätigen unter Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft ablaufen können, schilderte *G. Süß* (Zwickau/DDR). Am Beispiel der Stilllegung der Steinkohlegruben im Zwickau/Oelsnitzer Revier demonstrierte *Süß* die Erappen einer planmäßig vorbereiteten und durchgeführten Stilllegung, von der 16 000 Bergarbeiter mit ihren Familien, insgesamt etwa 50 000 Menschen, betroffen waren. In deren Ergebnis erhielt schließlich jeder Bergarbeiter, unabhängig von Alter, Gesundheitszustand, Qualifikationsgrad, eine neue Tätigkeit in anderen Bereichen.

Mit der Krise im Schiffbau befaßten sich zwei Beiträge von *F. Fiehler* (Hamburg) und *J. Roschmann* (Kiel). *Fiehler* skizzierte die ökonomisch-strukturellen Ursachen und die internationalen Bedingungen der Schiffbaukrise und zeichnete die gegenwärtige wirtschaftliche Situation dieses Industriezweiges nach. Kritisiert wurden dabei die staatlichen Werfthilfeprogramme und die Ignoranz gegenüber alternativen Vorstellungen zur Lösung der Krise.

Roschmann stellte aus der Sicht der Beschäftigten einer Großwerft die Probleme des Kampfes gegen die Stilllegungspläne der Schiffbaukonzerne dar und machte in diesem Zusammenhang auf mangelhafte gewerkschaftliche Konzeptionen zur Lösung der Schiffbaukrise aufmerksam. Auch hier spielen, ähnlich wie in der Stahlindustrie, regionalentwicklungspolitische Fragen eine große Rolle, denn die Entwicklungsmöglichkeiten der Küstenregionen sind sehr eng mit der Entwicklung des Schiffbaus verbunden.

Die öffentlichen Unternehmen als Arbeitsplatzvernichter und die Auswirkungen der kapitalistischen Profitlogik im öffentlichen Dienst standen im Mittelpunkt dreier Beiträge von *Dr. E. Dähne* (IMSF), *A. Seiderer* (Frankfurt/M.) und *H. Meister* (Stuttgart).

Dähne verwies darauf, daß durch das Zurückdrängen der Gesetze der kapitalistischen Profitlogik im staatlichen Sektor der öffentliche Dienst keineswegs zum „teuren Schlaraffenland“ werden muß, sondern daß hierdurch sogar Gelder eingespart werden können, ohne daß die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in diesen Bereichen verschlechtert

und die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse durch die öffentlichen Unternehmen wie Post und Bahn beeinträchtigt würden.

Seiderer zeigte anhand der Rationalisierungsentwicklung im Bereich der Deutschen Bundesbahn auf, daß durch Privatisierungsbestrebungen die Versorgungslage der Bevölkerung verschlechtert und die Misere der Bahn nicht behoben wird. Der Kampf gegen unsinnige „Gesundshumpfungen“-Pläne der Bundesbahn müsse als Kampf gegen die großen Konzerne, vor allem gegen die Automobil- und Transportmonopole, geführt werden.

Meister wies in seinem Beitrag auf die Kehrseite der positiven Gewinnbilanz der Bundespost hin. Die hohen Gewinne der Post seit 1976 würden vor allem durch rigorose Personaleinsparungen, Leistungssteigerung bei den Beschäftigten und den Abbau unrentabler Dienstleistungen erkaufte. Dagegen würden seitens des Bundespostministeriums der Industrie großzügige Zugeständnisse gemacht. Beispiel hierfür ist die widerstandslose Hinnahme von Technologie-, Produkt- und Preisdikraten von Elektrokonzernen. Hiergegen setzen die Postbediensteten und ihre Gewerkschaft ihre Forderungen gegen die weitere Privatisierung von Dienstleistungen und für die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Diese Entwicklungen im öffentlichen Dienst zeigen, daß Verstaatlichungen unter kapitalistischen Bedingungen allein zur Sicherung von Beschäftigteninteressen nicht ausreißend sind. Im Gegenteil dienen sie vielmehr häufig dazu, Privatisierungskampagnen zu starten und gegen Rationalisierungsforderungen in der Arbeiterklasse Stimmung zu machen.

Einem Beitrag von *G. Arndt* (Frankfurt/M.) über Probleme der Rationalisierung und Stilllegungen von Kleinbetrieben, die er anhand von Beispielen aus der Holzindustrie und dem Holzhandwerk verdeutlichte, folgte dann *F. Rische* (Düsseldorf), Leiter des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises beim Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), der über Konzentrationsprozesse und Nationalisierungsforderungen in der Bundesrepublik sprach. Er stellte heraus, daß die Erfahrungen der Arbeiterbewegung verdeutlichten, daß die Übernahme durch den Staat oder in andere Formen des öffentlichen Eigentums eine aktuelle Alternative zur Erhaltung erkämpfter Rechte und von Arbeitsplätzen sei, somit eine große politische Bedeutung für weitergehende Forderungen und die antimonopolistische Umgestaltung habe. Eine antimonopolistisch-demokratische Gegenstrategie sei jedoch nur denkbar, wenn sich dafür die Mehrheit der Arbeiterklasse und der Werktätigen mit ihren Organisationen offensiv, und nicht nur verbal einsetze. Diese antimonopolistisch-demokratischen Forderungen müssen in der gewerkschaftlichen Gegenwehr wieder stärker belebt werden.

Ausgehend von den in den Beiträgen dieses Themenkomplexes angeschnittenen Fragen und Problemen wurden schließlich am Ende der zweiten Podiumsrunde Fragestellungen für die Arbeit in den Arbeitsgruppen „Mobilisierung der Bevölkerung und der Belegschaften im Kampf gegen Stilllegungen“ und „Subventionen oder Nationalisierung — die Rolle von Alternativforderungen“ formuliert. Sie bezogen sich hauptsächlich auf Fragen der Kampfführung bei Betriebsstilllegungen und die Wirkung von Nationalisierungsforderungen in den Diskussionen und Kämpfen gegen Stilllegungen.

V. Lohn- und Tarifikämpfe / Arbeitszeitverkürzung

Die dritte Podiumsrunde, moderiert von *Dr. J. H. v. Heiseler* (IMSF), beschäftigte sich mit dem Themenbereich „Lohn- und Tarifikämpfe / Arbeitszeitverkürzung“. An ihr nahmen acht wissenschaftliche und betriebliche Experten teil. Schwerpunkte waren der *Tarifkonflikt in der chemischen Industrie 1977* (unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen bei BASF, Ludwigshafen), der *Streik bei Weser-Kurier / Bremer Nachrichten*, Bremen, im Jahre 1977 sowie der *Stahlarbeiterstreik 1978/79*, bei dem es um die Durchsetzung des Einstiegs in die 35-Stunden-Woche ging.

Heiseler schilderte einleitend den Verlauf der Lohnrunde bei BASF, dem größten zusammenhängenden Chemiebetrieb in der Bundesrepublik, in dem es nach 55 Jahren wieder eine harte Auseinandersetzung gab. Erfolglose Tarifverhandlungen, Einschüchterungsversuche der Unternehmer, Demonstrationen der Belegschaft, Urabstimmung, ein Warnstreik, schließlich Annahme eines Lohnkompromisses durch die Tarifkommission der IG Chemie und große Unzufriedenheit in der Belegschaft — dies sind die wesentlichen Stationen der Lohnrunde bei BASF, die von *O. Zimpelmann* (Ludwigshafen), Betriebsratsmitglied bei BASF, ausführlicher dargestellt wurden. Besonders die rigorose praktische Anwendung der Arbeitskämpfrichtlinien der Chemie-Unternehmer aus dem Jahre 1970, die teilweise auf der Tagung zitiert wurden, hat in diesen Auseinandersetzungen dazu beigetragen, daß schließlich doch ein Kompromiß ausgehandelt wurde, ohne die Streikbereitschaft der Beschäftigten auszunutzen.

Dieser Seite der Politik des Kapitals, die durch den unmittelbaren Einsatz von Mitteln und durch Drohungen gekennzeichnet ist, steht gerade in der chemischen Industrie auch die andere Seite gegenüber: die Seite der Integration, der Einbeziehung von Arbeitern und Angestellten in das betriebliche Herrschaftssystem durch die Verbreitung und Verankerung von Klassenillusionen, etwa über die betriebliche Sozialpolitik. Wie eine derartige sozial-integrative Politik aussehen kann, stellte *H. Landgraf* (Frankfurt/M.) am Beispiel des Hoechst-Konzerns dar. Dennoch zeigt sich auch in solchen Betrieben, daß Rationalisierungsvorhaben von der Belegschaft nicht widerstandslos hingenommen werden, selbst wenn oder gerade weil die Unternehmensleitung mit dem Betriebsrat zu raschen Lösungen gelangte.

Unternehmerische Machtdemonstrationen, die rücksichtslose Durchsetzung von Kapitalinteressen haben in den jüngsten Tarifaussensetzungen an Gewicht gewonnen. Besonders deutlich wurde dies u. a. auch im *Bremer Zeitungstreik*, über den der Betriebsratsvorsitzende des Weser-Kuriers, *F. Kammering* berichtete. Dort hatten Ende Mai 1977 etwa 100 Angestellte und Redakteure von Weser-Kurier und Bremer Nachrichten festgestellt, daß ihnen übertarifliche Leistungen auf Tarifierhöhungen angerechnet worden waren. Auf eine Betriebsversammlung, die die Rücknahme der Kürzungen und die Festschreibung aller übertariflichen Leistungen forderte, reagierte der Verleger *Meyer* mit der Aussperrung der Belegschaften. Die Beschäftigten wiederum reagierten mit Streik, den die IG Druck und Papier offiziell nicht unterstützen konnte, da Friedenspflicht bestand. *Kammering* schilderte die schwierige Entwicklung der Solidarität innerhalb der Belegschaft. Der Streik endete mit einem Erfolg: Bei rund 80 Prozent der Angestellten konnte die Festschreibung der übertariflichen Gehaltsbestandteile erreicht und der Herr-im-Hause-Standpunkt des Verlegers durchbrochen werden. Ausschnitte aus dem Film „Un-

ser Gesetz heißt Solidarisität", der den Bremer Zeitungsstreik dokumentiert, konnten die Probleme der Solidarisierung innerhalb der Belegschaft verdeutlichen.

Zur juristischen Seite des Problems, also der Rechtslage bei Streiks während der Friedenspflicht, sprach dann *B. Degen*. Die herrschende Rechtsprechung habe sich ein umfassendes System geschaffen, das spontane Streiks während der Laufzeit von Tarifverträgen weitgehend be- oder verhindern soll. Dennoch habe sich in der Vergangenheit gezeigt, daß die faktische Wirkung solcher Rechtsnormen im Kampf durchlöchert werden kann. Gleichwohl bleibe das Problem, daß die Gewerkschaften offiziell solche spontanen Streiks nicht unterstützen können, um nicht geltende Verträge zu brechen, was allerdings in vielen Fällen die Belegschaften nicht hindern könne, ihren Kampf trotzdem zu führen.

Dritter Schwerpunkt dieses Themenbereichs war der *Stahlarbeiterstreik 1978/79*. *G. Blum* (Düsseldorf), Referent beim Parteivorstand der DKP, skizzierte zunächst Ablauf und Ergebnisse der Stahltarifrunde 1978/79, in der die IG Metall u. a. den Einstieg in die 35-Stunden-Woche durchsetzen wollte. Nach 44 Streiktage und der Aussperrung von 80 000 Stahlarbeitern akzeptierte die IG-Metall-Tarifkommission einen Kompromiß, gegen den sich in einer Urabstimmung mehr als 40 Prozent der Stahlarbeiter aussprachen. Das proklamierte Ziel der IG Metall, die tatsächliche Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, konnte nicht erreicht werden, wohl aber Urlaubsverlängerungen und Freischichtregelungen. *U. Schnabel* erläuterte im Anschluß an *Blum* Probleme der innergewerkschaftlichen Diskussion und bewußtseinsmäßigen Verankerung der Forderungen in der Stahltarifrunde und stellte Mängel und Fehler in der Streikführung heraus.

Auf die möglichen Auswirkungen von Arbeitszeitverkürzungen ging *G. Hautsch* (IMSF) ein. Arbeitszeitverkürzungen würden, einmal durchgesetzt, in bestimmtem Umfang von den Unternehmern sicherlich durch Rationalisierungsmaßnahmen kompensiert werden können. Dies fällt ihnen leichter, je geringer die Arbeitszeitverkürzung effektiv wirksam wird. Deshalb sei hier ein größerer Schritt besser als viele kleine. Wichtiger sei jedoch, daß die Betriebsräte Mitbestimmungsrechte über Umfang und Auswirkungen von Rationalisierungsmaßnahmen erkämpfen. Damit könnte der Unternehmerstrategie schon entgegengewirkt werden.

In der Stahlindustrie gibt es die Besonderheit relativ weitreichender Mitbestimmungsrechte auf Unternehmensebene, die durch das Montanmitbestimmungsgesetz von 1951 geregelt sind. Der Frage, ob unter solchen Bedingungen die Lösung betrieblicher Konflikte erleichtert oder erschwert wird, ging *G. Popp* (Duisburg) nach. Zunächst einmal sei festzuhalten, daß auch die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte und die Existenz von — in der Regel auf Vorschlag der Gewerkschaften berufenen — Arbeitsdirektoren bis heute nicht verhindert hat, daß in der Montanindustrie, also im Bergbau und in der Stahlindustrie, Arbeitsplätze vernichtet worden sind und daß diese Arbeitsplatzvernichtung den Erfordernissen der Profitsicherung folgt. Zudem ergibt sich für die IG Metall die Besonderheit, daß in der Tarifkommission und in den Verhandlungskommissionen Gewerkschaftsfunktionäre sitzen, die zugleich Mitbestimmungsträger sind. Sie stehen unter einem doppelten Druck: einmal, da sie über Informationen verfügen, die Unternehmensinterna betreffen und formaljuristisch der Schweigepflicht unterliegen; zum anderen sind diese Kollegen entsprechenden Aufträgen der Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben verpflichtet; also erhalten sie auch von dieser Seite aus Druck. *Popp* führte weiter aus, diese zwiespältige Lage sei noch nie so deutlich geworden wie in der jüngsten Tarifrunde und im Stahlarbeiterstreik. Insbesondere dann sei es zu größeren Schwierigkeiten gekommen,

wenn sich Aufsichtsräte und Arbeitsdirektoren von sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen leiten ließen. Insgesamt habe sich im Stahlarbeiterstreik eine Differenzierung innerhalb der Gruppe der Mitbestimmungsträger feststellen lassen: Soweit sie gleichzeitig Betriebsräte oder Vertrauensleute waren, hätten sie sich in der Regel am Streik beteiligt, dagegen habe es kaum Äußerungen von Arbeitsdirektoren zum Streik und seinen Zielen gegeben. Als Erfahrung aus 44 Tagen Streik und Aussperrung hielt *Popp* fest: „Trotz dieser oder jener Form der Mitbestimmung bleiben solche Fragen wie Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit Machtfragen. Sie werden den Kollegen auch in diesen Betrieben nicht geschenkt, sondern müssen erkämpft werden.“ Ferner habe sich als wichtige Forderung ergeben, den Vertretern der Belegschaft in den Gremien der Unternehmensführung die Pflicht zur Rechenschaftslegung aufzuerlegen sowie ihre Kontrolle und Abwählbarkeit sicherzustellen.

Die sich aus diesem Themenbereich ergebenden Fragen und Probleme bezogen sich vor allem auf die Arbeitszeitverkürzung, die Lehren aus dem Stahlarbeiterstreik und den verschärften Konfrontationskurs der Unternehmer in den jüngsten Tarifauseinandersetzungen. Sie wurden am zweiten Konferenztage in drei Arbeitsgruppen diskutiert.

VI. Kampfstrategien: die Arbeitsgruppendifkussion

In insgesamt neun Arbeitsgruppen diskutierten die etwa 500 Teilnehmer am Vormittag des zweiten Konferenztages die in der Plenumsveranstaltung angerissenen Fragen. Durchgängig war dabei eine rege Diskussion zu verzeichnen, an der eine große Zahl der anwesenden Kollegen teilnahm und in der sich produktive Auseinandersetzungen über kontroverse Fragen entwickelten. An die Arbeitsgemeinschaften schloß sich eine Plenumsitzung an, deren erster Teil durch Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften bestritten wurde. Wir geben nachfolgend die wichtigsten Aussagen dieser Berichte wider.

Über die Ergebnisse der *Arbeitsgruppe 1*, die sich mit Fragen des Rationalisierungsschutzes beschäftigte, berichtete *H. Hummler* (Stuttgart). Auffallend sei gewesen, daß Rationalisierung zwar von allen Teilnehmern als Problem auch in ihren Betrieben benannt wurde, zumeist jedoch ließen sich in den Betrieben schleichende Rationalisierung feststellen und weniger mit spektakulären Maßnahmen verbundene Entwicklungen. Die technologische Umwälzung stehe in vielen Bereichen erst am Beginn einer stürmischen Entwicklung, der Frage der Qualifikationsentwicklung müsse dabei mehr als bisher Aufmerksamkeit geschenkt werden. Mitbestimmung und Kontrolle gewinnen durch die Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts an Bedeutung. Zwar seien bei weitem noch nicht alle Möglichkeiten des tarifvertraglichen Rationalisierungsschutzes ausgeschöpft, die Grenzen jedoch bereits dort sichtbar, wo auf die Investitions- und Rationalisierungspolitik der Unternehmen kein ausreichender Einfluß mehr genommen werden könne, ja sogar sichtbar werde, daß bereits abgeschlossene Tarifverträge von den Unternehmern zu unterlaufen versucht würden. Daher seien Tarifverträge zum Rationalisierungsschutz extensiv auszulegen und nötigenfalls über den Kampf der Belegschaften in die betriebliche Praxis umzusetzen — ein Kampf, der an die Frage nach gesamtgesellschaftlichen Alternativlösungen herantühren und damit bereits ansatzweise politischen Charakter bekommen könne.

M. Gottier (Frankfurt/M.) berichtete aus *Arbeitsgruppe 2*, die sich mit der Rationalisierung im Angestelltenbereich befaßte. Er hob hervor, Bürorationalisierung sei nicht allein

das Problem großer Industriebetriebe, sondern darüber hinaus seien auch kleine und mittlere Betriebe und der öffentliche Dienst betroffen. Deutlich geworden sei, daß die Unternehmer mit ihren Rationalisierungsabsichten und -plänen den Strategien der Gewerkschaften und der Betriebsräte zumeist einen oder mehrere Schritte voraus sind. Als in der betrieblichen Praxis schwierig anzugehen wurde das Problem betrachtet, vielen Angestellten die Gefährdung ihres Arbeitsplatzes — und damit natürlich auch die Notwendigkeit der Gegenwehr — klarzumachen, da Rationalisierungsmaßnahmen häufig mit unscheinbaren Arbeitsplatzbeobachtungen, Leistungskontrollen, aber auch mit Umsetzungen in andere Abteilungen begännen, ohne daß die Betroffenen den Arbeitsplatz verlieren. Zugleich sei bei einem großen Teil der Angestellten noch kein Bewußtsein von der eigenen Lage, sicherlich auch z. T. aufgrund der traditionell fehlenden Kampferfahrungen, vorhanden. *Gottier* berichtete weiter, es gäbe erst wenige konkrete Ansätze der Gegenwehr in den Büros, die auch zu dauerhaften Erfolgen geführt hätten. Jedoch bestehe eine Palette von Möglichkeiten, die zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und von Arbeitsplatzvernichtung genutzt werden müßten. Das Sammeln von Informationen, der Erfahrungsaustausch innerhalb der Gewerkschaften, die konsequente Ausnutzung betriebsverfassungsrechtlicher Möglichkeiten, der Auf- und Ausbau von Vertrauensleutekörpern, die bessere Vorbereitung von Tarifrunden und die stärkere Organisation von Angestellten in den Gewerkschaften wurden dabei als wichtige Punkte genannt. Kurz gesagt: „Jedes Problem, das im Betrieb auftaucht, muß zu einer Maßnahme der Mitbestimmung gemacht werden.“

Mit allgemeinen Problemen von Rationalisierung und Gegenwehr im Betrieb befaßten sich die *Arbeitsgruppen 3a und 3b*. In den Berichten von *K. Seibert* und *T. Sauer* (Frankfurt/M.) wurde das Fehlen einer gesamtgesellschaftlichen Strategie der Gewerkschaften zur Sicherung der Arbeitsplätze kritisiert. Es genüge nicht, auf betrieblicher und Branchenebene das Rationalisierungsproblem nur zu diskutieren oder einzelne Gegenwehrmaßnahmen durchzuführen. Gleichwohl können und müssen einzelbetriebliche Forderungskataloge entwickelt und gegen die Unternehmer durchgesetzt werden, um zumindest soziale Besitzstände zu sichern. Hierbei spielten die Ausweitung von Mitbestimmungsrechten und ihre konsequente Nutzung eine wesentliche Rolle.

Aus der *Arbeitsgruppe 4/5*, in der Probleme der Mobilisierung der Belegschaften und der Bevölkerung im Kampf gegen Stilllegungen beraten wurden, berichtete *G. Bischoff* (Düsseldorf). Dabei stellte er — ausgehend von vorliegenden betrieblichen Erfahrungen — heraus, daß die Belegschaften so früh als irgend möglich auch schon von Gerüchten über geplante Teilstilllegungen, Verlagerungen und Betriebsschließungen unterrichtet werden müßten. Bereits im Vorfeld zu erwartender diesbezüglicher Aktivitäten der Unternehmensleitung seien die Kollegen unbedingt zu informieren, sei vorliegendes Daten- und Faktenmaterial von den Betriebsräten in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft zu analysieren und zu publizieren. Als weiteres Problem wurde die Kontrolle der Beschäftigtenvertreter in den Aufsichtsräten der Unternehmen gesehen. Es nütze nichts, wenn in den Aufsichtsräten Kollegen säßen, die Informationen zurückhielten; es sei vielmehr ständig darauf zu dringen, daß die Betriebsräte und Vertrauensleute für ihre Arbeit wichtige Informationen aus dem Aufsichtsrat erhielten, sowie darauf, daß Vorschläge und Forderungen von „unten“ im Aufsichtsrat von den Beschäftigtenvertretern zur Sprache gebracht und vertreten würden.

Eine wichtige Rolle in der Diskussion der Arbeitsgruppe spielten ferner die Schwierig-

keiten, eine solidarische Öffentlichkeit bei Betriebsschließungen und betrieblichen und gewerkschaftlichen Widerstandsaktionen herzustellen. Öffentlichkeit wurde als wichtigste Voraussetzung für erfolgreiche Bewegungen gegen Betriebsschließungen genannt, für ihre Mobilisierung eine Reihe von erprobten Maßnahmen geschildert.

Der beste Sozialplan bedeutet keine Alternative gegen Massenentlassungen — diese Erkenntnis kann aus vielen Betriebsstillegungen gewonnen werden. In vielen Widerstandsbewegungen wurde von Betriebsräten und Gewerkschaften der Fehler begangen, sich zu früh auf das Aushandeln von Sozialplänen einzulassen. In der Diskussion wurde betont, daß der Kampf um materielle Inhalte von Sozialplänen erst am Ende des Kampfes gegen Betriebsstillegungen stehen darf und erst dann forciert werden sollte, wenn die Schließung trotz Mobilisierung aller Kräfte nicht mehr zu verhindern ist. Insgesamt ergab die Diskussion in der Arbeitsgruppe, daß — dies haben einige Beispiele gezeigt — Betriebsstillegungen grundsätzlich verhinderbar sind, wenn von Belegschaften, Gewerkschaft und einer breiten Öffentlichkeit konsequent gekämpft wird. In diesem Zusammenhang seien auch für die Bundesrepublik noch relativ ungebräuchliche Kampfformen, wie z. B. Betriebsbesetzungen, zu erwägen.

Spontane Forderungen von Belegschaften und das Verhalten von Gewerkschaften bei Stillegungen, die Rolle der Mitbestimmung als Mittel zur Abwendung von Stillegungen und die bewußtseinsmäßige Verankerung von Verstaatlichungsforderungen in der Arbeiterklasse waren die Hauptdiskussionspunkte in der *Arbeitsgruppe 6*, aus der A. Brück (Gießen) berichtete. Dabei wurde deutlich, daß insbesondere die Forderung nach Verstaatlichung in der Regel von Belegschaften nicht spontan in die Diskussion um Alternativen gebracht wird. Hinzu komme, daß Hemmnisse und Barrieren im Bewußtsein der Belegschaften und Gewerkschaftsfunktionäre gegen Verstaatlichungsforderungen von der Tatsache verstärkt würden, daß sich die bereits in staatlichem Besitz befindlichen Unternehmen in der Geschäftspolitik ähnlich verhielten wie die übrigen Unternehmen auch. Darin drücke sich zwar noch keine generelle und prinzipielle Ablehnung von Verstaatlichungsforderungen aus, wohl aber eine kritisch-distanzierte Haltung zum Charakter staatlichen Handelns unter kapitalistischen Bedingungen. Subventionierung von Betrieben sei nicht grundsätzlich abzulehnen, wohl aber zu verbinden mit Kontroll- und Mitbestimmungsrechten für die Belegschaften, Betriebsräte und den Staat als Finanzier. Die überbetriebliche, gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung erhalte in diesem Zusammenhang größeres Gewicht.

P. Raane (Düsseldorf) berichtete aus der *Arbeitsgruppe 7*: „Wege zur Arbeitszeitverkürzung“, die sich schwerpunktmäßig mit den Problemen der Mobilisierung für den Kampf um Arbeitszeitverkürzung befaßte. Einigkeit wurde darüber erzielt, daß die Verkürzung der Wochenarbeitszeit die wichtigste, wahrscheinlich aber — angesichts des Unternehmer-Tabu-Katalogs und der relativ geschlossenen Front auf der Kapitalseite in dieser Frage — die auch am schwierigsten durchzusetzende Form der Arbeitszeitverkürzung sein dürfte. Allerdings kann eine eindeutige Hierarchie der verschiedenen Formen der Arbeitszeitverkürzung nicht aufgestellt werden, Kombinationen sind denkbar. Unter welchen mobilisierenden Aspekten und Lösungen kann die Diskussion um Arbeitszeitverkürzungen in der Bundesrepublik vorangetrieben werden? Sicherlich wird dabei die Sicherung von Arbeitsplätzen im Vordergrund zu stehen haben, aber auch die „klassischen“ Begründungen wie Belastungsabbau und Ausweitung der Freizeit — beide voneinander nicht zu trennen — sind zu berücksichtigen.

Kein kontroverser Diskussionspunkt war die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Allerdings wurde auch angemerkt, daß eine solche Forderung und ihre Durchsetzung allein letztlich nicht ausreichen, um Beschäftigung und Arbeitsbedingungen zu sichern. Im Grunde müssen Fragen der Personalbemessung in entsprechenden Regelungen mit eingehen, um die weitere Intensivierung der Arbeitsverausgabung zumindest eindämmen zu können. Die Mitbestimmung über Arbeitsorganisation und Gestaltung der Arbeitsinhalte spielt hierbei eine große Rolle.

U. Schnabel berichtete aus der *Arbeitsgruppe 8*, in der Lehren aus dem Stahlarbeiterstreik 1978/79 diskutiert wurden. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage nach der Umsetzung der erzielten Arbeitszeitverkürzung in zusätzliche Arbeitsplätze und die Abwehr von Unternehmerstrategien, ihnen im Streik abgerungene Freischichten durch Geldzahlungen an die Beschäftigten wieder abzubauen oder gar nicht erst wirksam werden zu lassen. Durch die Aktivierung der gewerkschaftlichen Basis in den Betrieben der Stahlindustrie und die konsequente Umsetzung der tarifvertraglichen Regelungen durch Vertrauensleute und Betriebsräte kann viel getan werden, um den Streikerfolg auch abzusichern. Ferner sei notwendig, den Kollegen zu vermitteln, „daß auch nach diesem Ergebnis nicht alles zu Ende ist“. Es müsse dem Gefühl entgegengewirkt werden, der Streik sei umsonst gewesen, ansonsten sei für zukünftige Streikauseinandersetzungen zu befürchten, daß die Aktivitäts- und Kampfbereitschaft nachlassen könnte.

Prof. Dr. F. Deppe (Marburg) schilderte schließlich die wichtigsten Diskussionsergebnisse aus der *Arbeitsgruppe 9*, die Antworten der Arbeiterbewegung auf den verschärften Konfrontationskurs der Unternehmer diskutierte. Die Frage nach den Spielräumen für sozialpartnerschaftliche Varianten der Unternehmerpolitik, die Betrachtung der beiden Seiten der Kapitalstrategie, also Konfrontation und Integration, nahmen breiten Raum in der Diskussion dieser am stärksten besetzten Arbeitsgruppe ein. Die Forderung nach der Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere nach der 35-Stunden-Woche, sei die zur Zeit richtige Antwort der Arbeiterbewegung auf die zugespitzte wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung. Dabei sei allerdings nicht aus den Augen zu verlieren, und dies müsse in der innergewerkschaftlichen Diskussion um alternative Strategien stärker als bisher betont werden, welche weiteren Antworten auf den verschärften Konfrontationskurs der Unternehmer sich aus den Beschlüssen von Gewerkschaftstagen, programmatischen Erklärungen der Gewerkschaften und schließlich dem noch gültigen DGB-Grundsatzprogramm von 1963 ergäben.

Aktuelle betriebliche Gegenwehrmaßnahmen konnten dagegen in der Arbeitsgruppe nur noch kurz angerissen werden, hierunter insbesondere die Frage nach der Entwicklung neuer Kampfformen zur Durchsetzung von Forderungen sowie nach der Entwicklung neuer Formen der Kontrolle durch Mitbestimmung.

Aufgrund der vorangeschrittenen Zeit kamen im Anschluß an die Berichte aus den Arbeitsgruppen nur noch einige Diskussionsredner zu Wort; unter ihnen M. Balder, stellvertretender Landesbezirksvorsitzender der IG Druck und Papier in Hessen, der über gewerkschaftliche Strategien zur Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen sprach. Balder hob hervor, daß auch nach den Erfahrungen des Stahlarbeiterstreiks 1978/79 die IG Druck und Papier nicht bereit sei, „resignative Anpassung zum gewerkschaftlichen Programm zu erheben“. Gleichwohl seien die Angriffe von Unternehmerseite und sozialpartnerschaftlich orientierten Kräften nicht zu übersehen, die den Zweck hätten, den Belegschaften in der Druckindustrie die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche auszureden. Daraus

ergebe sich eine komplizierte Situation, die von der Gewerkschaft hohe taktische Fähigkeiten erfordere.

Gegenwärtig laufe die Unternehmerpolitik im Druckbereich darauf hinaus, bereits im Vorfeld von Tarifauseinandersetzungen den Belegschaften durch Parolen wie „Rationalisierung ohne Verlust von Arbeitsplätzen“ die Existenzangst zu nehmen und damit eine der wesentlichsten Triebfedern sozialer Auseinandersetzungen auszuschalten. Man hoffe, damit die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung im Bewußtsein der Belegschaften „überflüssig“ machen und diskreditieren zu können. Allerdings sei auch den Unternehmern bewußt, daß die Zeit gegen sie arbeite, insbesondere dann, wenn die Belegschaften durch die gewerkschaftlichen Organisationen noch besser über Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Wirkungen von Arbeitszeitverkürzungen aufgeklärt würden, wenn sie erkennen, daß es realistische Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung gibt. Weiter hielt *Balder* es für möglich, daß in der laufenden Tarifrunde von den Unternehmern versucht werden könnte, der IG Druck und Papier den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie bereits frühzeitig ein eigenes Angebot zur Arbeitszeitverkürzung unterbreiteten, das jedoch gewerkschaftlichen Vorstellungen nicht genüge und mit der 35-Stunden-Woche nichts zu tun habe. Dann käme es auf die Durchsetzungskraft der aktiven Kräfte in der Gewerkschaft an, sich redlich und klassenbewußt zu schlagen.

Rückblickend betrachtet hatte *Balder* mit dieser Prognose recht. Tatsächlich unterbreiteten die Druckunternehmer ein Arbeitszeitverkürzungsangebot in der genannten Richtung. Allerdings konnte die IG Druck, sicherlich auch aufgrund verbreiteter resignativer Stimmungen innerhalb anderer Gewerkschaften nach dem Stahlarbeiterstreik, ihre eigenen Forderungen nicht durchsetzen. Diese Entwicklung verweist darauf, wie notwendig gerade in der augenblicklichen Situation ein koordiniertes Vorgehen aller Gewerkschaften in der Arbeitszeitfrage ist.

Zu den jüngsten Arbeiterkämpfen und der Entwicklung des Klassenbewußtseins in der Bundesrepublik sprach im Anschluß an *Balder* das Mitglied des Präsidiums der DKP, *W. Gerns* (Düsseldorf). Es habe sich in den zurückliegenden Kämpfen gezeigt, führte *Gerns* aus, daß sich sozialpartnerschaftliche Einflüsse zurückdrängen ließen, nicht zuletzt angesichts der härteren Gangart der Unternehmer. Allerdings breche das Denkgebäude der Sozialpartnerschaft nicht völlig von selbst zusammen. „Wenn es zum Einsturz kommen soll, muß kräftig nachgeholfen werden. Es kommt darauf an, in Zeiten akuter Kämpfe den Schwindel der Sozialpartnerschaft möglichst weitgehend zu entlarven und danach nicht zuzulassen, daß die gewonnenen Einsichten wieder verschwinden.“ Das Selbstbewußtsein der Arbeiter und die Einsicht in die Notwendigkeit solidarischen Handelns seien gewachsen. Ein Ausdruck dieser Entwicklung sei die zunehmend kritischer werdende Haltung von Gewerkschaftern gegenüber Unzulänglichkeiten in der Kampfführung der eigenen Organisation. Allerdings könne dieses kritische gewerkschaftliche Bewußtsein nur dann zur Entwicklung von Klassenbewußtsein beitragen, „wenn es sich nicht in Personaldebatten erschöpft, sondern den Blick für den tatsächlichen Gegner, das Großkapital, schärft und auf die Stärkung der Gewerkschaften als entscheidende Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen diesen Klassegegner gerichtet wird“.

Politische Klassenerkenntnisse können viel weniger im Selbstlauf entstehen als elementare ökonomische Einsichten. Bestenfalls könnten in zugespitzten Klassenauseinandersetzungen politische Teilerkenntnisse spontan aufflackern. Daher sei die Vermittlung politischer Klassenerkenntnisse eine ständige und besonders wichtige Aufgabe, ohne deren

Lösung die Arbeiterklasse bestenfalls Abwehrerfolge gegen das Kapital erringen, jedoch ihre Lage als ausgebeutete Klasse nicht grundlegend verändern könne.

VII. Resümee

Ein vorläufiges Resümee der Tagung zog am Ende des zweiten Konferenztages der stellvertretende Leiter des IMSF, *Dr. H. Jung*. Er betonte, die auf der Tagung vermittelten Erfahrungen seien erst die Erfahrungen eines Teils der Arbeiterklasse, ihres fortgeschrittenen Teils. Die Tagung habe nicht das Ziel verfolgt, „fix und fertige Rezepte auf den Tisch zu legen“. In diesem Sinne könnten die vorgetragenen Erfahrungen als Anregungen zur Entwicklung und Formulierung von Kampfstrategien in den Bereichen beitragen, in denen aktive Gewerkschafter tätig seien. In den Diskussionen habe sich gezeigt, daß der Information als Grundlage von Kontrolle und für die Ausübung von Mitbestimmungsrechten eine wichtige Rolle zukommt. In diesem Zusammenhang sei die Durchsetzung der Forderung nach einem „Frühwarnsystem“ über ökonomisch-technologische Entwicklungen und ihre Folgen, wie sie der DGB-Vorsitzende *H. O. Vetter* vorgeschlagen hat, von Bedeutung, damit die Gewerkschaften in Fragen der Technik und Rationalisierung aus der derzeitigen Position des defensiven Reagierens herauskommen und im Kampf gegen die kapitalistische Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in einigen Punkten in die Offensive kommen können.

Betriebsstillegungen sind in der Bundesrepublik Vorgänge, von denen erst ein kleiner Teil der Arbeiterklasse direkt betroffen ist. Allerdings sei abzusehen, daß die Probleme ganzer Industrieregionen, die aus Stilllegungen erwachsen, wie z. B. im Saarland sichtbar, zukünftig keine Einzelfälle bleiben, wenn das Großkapital und das staatsmonopolistische System ihre Konzepte der Modernisierung, Umstrukturierung und Internationalisierung der Wirtschaft ungehindert durchsetzen könnten. Daher sei die Vermittlung vorliegender Erfahrungen gerade aus diesen Bereichen wichtig gewesen, insbesondere auch deshalb, weil deutlich geworden sei, daß rein betriebliche Forderungen schnell an die Grenze der Wirksamkeit von Problemlösungen stießen, also gesamtwirtschaftliche und -gesellschaftliche Alternativen aufgezeigt werden müßten. „Man muß den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb, aber auch der Bevölkerung in der Stadt und in der Region aufzeigen, daß es auch unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen — und zwar dann, wenn Massenbewegungen zustande kommen — Möglichkeiten gibt, Interessen der arbeitenden Menschen gegen die Profitlogik des Kapitals durchzusetzen.“

Damit ist die Wichtigkeit des Kampfes um das Denken der Menschen, um ihre Orientierung, also der ideologische Kampf, angesprochen. Ein Feld dieser Auseinandersetzung, daß nicht zu unterschätzen sei, ist die Auseinandersetzung um die Gewerkschaftsgeschichte und ihre Interpretation in den Gewerkschaften selbst, wie sie in den Diskussionen um die Arbeiten von *F. Deppe* und anderen zum Ausdruck gekommen sei. In gewisser Weise spiegelten diese Auseinandersetzungen die Probleme der gewerkschaftlichen Orientierung heute wider. In dieser Situation der massiven Angriffe ginge es darum, ob den Gewerkschaften eine neue, modifizierte Form der Sozialpartnerschaft aufgezwungen werden könne oder ob sie auf dem Weg der autonomen Interessenvertretung nach vorn schreiten, wie es in einigen der jüngsten Kämpfe deutlich geworden sei. Daher sei die Geschlossenheit der Gewerkschaften und die Bewahrung und Entwicklung ihrer Kampfä-

higkeit und -bereitschaft unabdingbar, wenn Fortschritte für die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik erreicht werden sollen.

Die auf der IMSF-Tagung vermittelten Erfahrungen der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse stehen zur weiteren Auswertung und zur Verbreitung an. Sicherlich konnten auf der Konferenz selbst, nicht zuletzt aufgrund des gedrängten zeitlichen Rahmens, nur Ausschnitte aus der vielschichtigen Erfahrungswelt der Arbeiterklasse in unserem Land präsentiert werden. Gleichwohl lassen sich auch aus ihnen wertvolle Anregungen für die betriebliche, gewerkschaftliche und wissenschaftliche Praxis entnehmen. Dazu wollte die Tagung beitragen.

Bemerkungen zur Entwicklung der sozialpartnerschaftlichen Ideologie und Praxis

Josef Schleifstein

Es soll im folgenden nicht der Versuch gemacht werden, eine umfassende theoretische und historische Darstellung der Problematik zu geben. Die Absicht beschränkt sich vielmehr darauf, einige Kernpunkte zu skizzieren, die sowohl unter dem historischen als auch unter dem theoretischen Gesichtswinkel für die heutige aktuelle Diskussion in unserem Lande von Interesse sein können. Dabei erheben diese Ausführungen keinen Anspruch auf Originalität, sie knüpfen bewußt an die von Marxisten in der Bundesrepublik seit längerem geführten Debatten an.

1. Unbestreitbar ist die Ideologie und Praxis der Sozialpartnerschaft, der Integration der Arbeiterklasse in das kapitalistische System und in den bürgerlichen Staat seit vielen Jahrzehnten die entscheidende Barriere für die Entwicklung des Klassenbewußtseins in der Arbeiterklasse und des politischen Kampfes der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik. Im größeren historischen Zusammenhang gesehen, ist die sozialpartnerschaftliche, integrationistische Praxis der deutschen Sozialdemokratie und rechtssozialdemokratischer Gewerkschaftsführer eine entscheidende Ursache für die in ihrem Ausmaß und in ihren internationalen Auswirkungen weltgeschichtlichen Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung 1914, 1918—1919, 1933 und für die in der Bundesrepublik vertane Chance eines grundlegenden antifaschistischen und antimonopolistischen Neubeginns nach 1945. Es sind also eminent praktische Gründe, die eine tiefere, intensivere Beschäftigung mit den objektiven und subjektiven gesellschaftlichen Wurzeln dieser Ideologie und Praxis, mit der soziologischen Stellung ihrer wichtigen Träger, mit ihren geistigen Inhalten, ihren Wirkungsmechanismen unter den arbeitenden Massen, den Wegen zu ihrer Einschränkung und schließlichen Überwindung nahelegen.

2. In ihren geschichtlichen Ursprüngen sind Ideologie und Praxis der Sozialpartnerschaft, der Integration der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung in das kapitalistische System zunächst eine Klassenpolitik der *Bourgeoisie* oder von Teilen der *Bourgeoisie* gegenüber dem sich entwickelnden Industrieproletariat. Die nackte Apologie des kapitalistischen Manchesterturns, die die Markt- und Konkurrenzgesetze der bürgerlichen Ökonomie in ihrer blinden Wirkung zur unantastbaren Grundlage des sozialen, physischen und psychischen Wohlbefindens aller Glieder der Gesellschaft, das Industrieproletariat eingeschlossen, erklärt, wird durch das furchtbare Elend und die grausame Ausbeutung des Kapitalismus allzu sichtbar gelügen gestraft. Stärkere Zweifel und soziale Gewissenskrupel beginnen sich aber erst dann unter der *Bourgeoisie* in bemerkenswertem Umfang zu regen, als die Proletarier selbst ihr Schicksal nicht mehr in stummer Ergebenheit hinnehmen, als ihre Verzweiflung zur Auflehnung wird, als sie anfangen, sich zu organisieren und zu kämpfen.

Es ist nicht das proletarische Elend und die proletarische Rechtlosigkeit, es ist die beginnende *Rebellion* des frühen Industrieproletariats gegen dieses Elend und diese Rechtlosigkeit (der schlesische Weberaufstand, die Chartistenbewegung, die Kämpfe der französischen und deutschen Arbeiter in der Revolution 1848), die die bürgerliche Sozialphilantropie, den bürgerlichen Sozialliberalismus, die bürgerliche Sozialreform und die auch die zahlreichen Abarten des feudalen, christlichen, bürgerlichen und kleinbürgerlichen „Sozialismus“ hervorgebracht haben, wie sie von *Marx* und *Engels* im „Kommunistischen Manifest“ kritisiert und parodiert wurden. Die Hauptanklage, die seine feudalen, bürgerlichen und kleinbürgerlichen Gegner gegen das brutale Manchestertum richteten, war die, daß die kapitalistische Produktionsweise eine Klasse erzeugt hatte, die „die ganze alte Gesellschaftsordnung in die Luft sprengen werde“: „Sie werfen der Bourgeoisie mehr noch vor, daß sie ein revolutionäres Proletariat, als daß sie überhaupt ein Proletariat erzeugt.“ (*Marx-Engels*)¹

Wenn auch von unterschiedlichen, zum Teil sogar gegensätzlichen ökonomischen Interessenlagen und politischen Motiven her, so war es doch in erster Linie die *Furcht* vor den explosiven, die „gesamte Gesellschaft“ bedrohenden Möglichkeiten der proletarischen Rebellion gegen das kapitalistische Elend, die dann auch in der liberalen Bourgeoisie die Idee eines mildernden und lindernden staatlichen Eingreifens gegen unerträglich gewordene kapitalistische Auswüchse, der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen, der Tolerierung und Legalisierung gewerkschaftlicher Vereine und Verbände, später der Sozialpolitik und der Sozialreform an Einfluß gewinnen ließ.

3. Es liegt auf dieser generellen Linie der Entwicklung, die im einzelnen manche Differenzierung und Modifikation aufweist, wenn in Deutschland der Sozialliberalismus, die Sozialreform und die christlich-soziale Theorie als prononcierte ideologische Strömungen, die einen bestimmten Einfluß auf die Bourgeoisie, auf ihre politischen Bestrebungen und auf die staatliche Politik erlangen, erst nach der bleiernen Reaktionsperiode, erst als Antwort auf das Wiedererwachen der deutschen Arbeiterbewegung mit der Lassalleschen Arbeiteragitation und der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (1863) und später der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Eisenacher (1869) einsetzen. Die deutsche Bourgeoisie, die nach der Revolution von 1848 in den zersplitterten organisierten Bestrebungen der Arbeiterklasse bloße politische Hilfstruppen im bürgerlichen Kampf um die nationale Einigung und um Verfassungsrechte erblickt hatte, wird jetzt aufgeschreckt: einmal durch den *sozialen* Inhalt der Arbeiterforderungen, zum anderen durch die *Selbständigkeit* des politischen Auftretens der Arbeiterklasse.

So ist es kein Zufall, daß sich die wichtigste ideologische Strömung der bürgerlichen Sozialpolitik und Sozialreform als *unmittelbare Reaktion* auf diese Entwicklung in den Reihen des Proletariats am Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts herausbildet: der sogenannte *Kathedersozialismus*. Seine führenden Köpfe — *Gustav Schmoller*, *Lujo Brentano*, *Adolph Wagner* — treten 1869 und 1870 mit Vorträgen und Schriften hervor, in denen sie sich gegen das von der herrschenden Linie der bürgerlichen Ökonomie, dem „Kongreß der Volkswirte“, verfochtene unverhüllte Manchestertum wenden, dessen ungebrochenen Optimismus über die vom Kapitalismus erzeugte „Harmonie aller Privatinteressen“ anzweifeln, die drohende Gefahr eines zerstörenden Klassenkampfes und einer sozialen Revolution beschwören und staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben, Ko-

1 Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 493.

alitionsfreiheit für Gewerkvereine, sozialpolitische und sozialreformerische Maßnahmen fordern. Wenige Jahre später — im Oktober 1872 — wird der „Verein für Sozialpolitik“ als das geistige Zentrum der bürgerlichen Sozialreformer gegründet.

Wiesen die ökonomischen Untersuchungen und die einzelnen sozialpolitischen Vorschläge auch unterschiedliche Akzentuierungen auf, so war man sich in der Hauptrichtung — der Notwendigkeit gesetzgeberischer *staatlicher* Maßnahmen in der Arbeitsgesetzgebung, dem Koalitionsrecht, der Sozialpolitik — doch einig, und man war bestrebt, in diesem Sinne die staatliche Politik und die politischen Parteien des Bürgertums zu beeinflussen. Das eigentliche Ziel war und blieb die „Ausöhnung“ von Bourgeoisie und Proletariat, die Milderung des Klassenantagonismus und des Klassenkampfes; der allmähliche Abbau des Mißtrauens und der Feindseligkeit der Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Staat, das eben unter Führung Preußens geschaffene Deutsche Reich, mit seiner monarchisch-junkerlichen politischen Spitze; die Lösung der organisierten Arbeiterbewegung von sozialistischen, revolutionären Ideen und Zielen. Der deutsche Kathedersozialismus war die vollkommene Bestätigung dessen, was *Marx* und *Engels* bereits zwanzig Jahre zuvor im „Kommunistischen Manifest“ beschrieben hatten: „Die sozialistischen Bourgeois wollen die Lebensbedingungen der modernen Gesellschaft ohne die notwendig daraus hervorgehenden Kämpfe und Gefahren.“²

In seiner Eröffnungsrede bei der Gründung des „Vereins für Sozialpolitik“ umriß *Gustav Schmoller* diese Ziele u. a. wie folgt: „Der tiefe Zwiespalt, der durch unsre gesellschaftlichen Zustände geht, der Kampf, welcher heute Unternehmer und Arbeiter, besitzende und nichtbesitzende Klassen trennt, die mögliche Gefahr einer uns zwar bis jetzt nur von ferne, aber doch deutlich genug bedrohenden sozialen Revolution haben seit einer Reihe von Jahren auch in weiteren Kreisen Zweifel erregt, ob die auf dem Markt des Tages unbedingt herrschenden volkswirtschaftlichen Doktrinen . . . immer die Herrschaft behalten werden. . . . Unzufrieden mit unseren bestehenden sozialen Verhältnissen, erfüllt von der Notwendigkeit der Reform, predigen wir doch keine Umkehr der Wissenschaft, keinen Umsturz aller bestehenden Verhältnisse, wir protestieren gegen alle sozialistischen Experimente. . . Wir glauben, daß eine zu große Ungleichheit der Vermögens- und Einkommensverteilung, daß ein zu erbitterter Klassenkampf mit der Zeit auch alle freien politischen Institutionen vernichten muß und uns wieder der Gefahr einer absolutistischen Regierung entgegenführt. Schon darum glauben wir, daß der Staat einer solchen Entwicklung nicht gleichgültig zusehen dürfe.“³ In einer geradezu klassischen Formel definierte *Schmoller* später, im ersten Weltkrieg, das geschichtliche Ziel der bürgerlichen Sozialpolitik und des Kathedersozialismus, als er sagte, es ginge darum, durch soziale Reformen die „großen sozialen Klassen zu einem dauernden geordneten friedlichen Zusammenleben“ zu bringen.⁴

Die Strömung der bürgerlichen Sozialreform wurde auch durch einen aus anderen geistigen Traditionen hervorgegangenen Zweig repräsentiert, durch die christlich-soziale Lehre, die gleichfalls, vor allem auf katholischer Seite, als *direkte Antwort* auf die soziali-

2 Ebenda, S. 488.

3 F. Boese, Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872—1932, S. 6, S. 10, zitiert in: Autorenkollektiv, Bürgerliche und kleinbürgerliche ökonomische Sozialismus-Konzeptionen, Berlin/DDR 1976, S. 120—121.

4 G. Schmoller, Die soziale Frage, Klassenbildung, Arbeiterfrage, Klassenkampf, München-Leipzig 1918, S. 619, zitiert nach: Bürgerliche und kleinbürgerliche ökonomische Sozialismus-Konzeptionen. a. a. O., S. 126.

stischen Bestrebungen in der deutschen Arbeiterklasse entstanden war. Auch ihr erstes Auftreten datiert aus der Zeit unmittelbar nach Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch *Ferdinand Lassalle*. Sein kirchlicher Hauptsprecher, der Mainzer Erzbischof *Freiherr von Ketteler*, veröffentlichte 1864 seine Schrift „Die Arbeiterfrage und das Christentum“, 1871 die Arbeit „Liberalismus, Sozialismus und Christentum“. Die christlich-katholische Sozialreform übte Kritik an der kapitalistischen Ausbeutung und an dem Elend der Arbeiter, sie verurteilte das liberale Manchestertum und dessen von allen Skrupeln unberührte Apologie der gegebenen sozialen Verhältnisse. War sie bereits in ihrer ökonomischen Kritik am Kapitalismus stark von den kathedersozialistischen Professoren beeinflusst, so liefen auch ihre Vorschläge zur Abhilfe im wesentlichen in dieselbe Richtung: aktives wirtschaftliches und soziales Eingreifen des Staates, um die soziale Lage der Arbeiter zu verbessern. Naturgemäß verbanden die Vertreter der christlich-sozialen Lehre dies mit einer massiven Kritik am „radikalen“ und „kollektivistischen“ Sozialismus und begründeten ihre Forderungen mit einer religiös-ethischen Argumentation.

Die Wirkung der kathedersozialistischen Strömung auf die praktische Politik der liberalen Parteien der Bourgeoisie war schwach, bedeutsamer war der Einfluß der christlichen sozialen Lehren auf die Politik des katholischen Zentrums, das 1870 gegründet worden war, und auf dessen Wählerreservoir unter den katholischen Arbeitern, besonders an Rhein und Ruhr. Um so wichtiger wurde die kathedersozialistische Propaganda für die staatliche *Sozialgesetzgebung Bismarcks*, die nach der Peitsche des Sozialistengesetzes von 1878 als „arbeiterfreundliches“ Zuckerbrot die Arbeiter der Sozialdemokratie abspenstig machen sollte. Es ist bekannt, daß weder die brutale Repression des Sozialistengesetzes noch das armselige Pflästerchen Bismarckscher Sozialpolitik den glänzenden Aufschwung der damaligen Arbeiterbewegung verlangsamen oder gar aufhalten konnten.

4. Die *bürgerliche* Politik der Integration der Arbeiterklasse mit dem Mittel der Sozialpolitik und der Sozialreform vermochte in der deutschen Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung vor der Jahrhundertwende nur *geringe*, kaum ins Gewicht fallende Erfolge zu verbuchen. Was die objektiven Ursachen betrifft, so lag dies an der völligen Unzulänglichkeit der staatlichen Sozialmaßnahmen, die angesichts der Verfolgung durch das Sozialistengesetz kaum Illusionen aufkommen lassen konnten; es lag ferner an der fehlenden Bereitschaft der Kapitalisten und der politischen Repräsentanten der Bourgeoisie, sich angesichts eines rasch expandierenden Kapitalismus auf sozialreformerische Schwärmereien einzulassen. Soweit die subjektiven Kräfte auf der Seite der Arbeiterbewegung in Betracht kommen, lag es daran, daß sie sich zu dieser Zeit in ihrer überwältigenden Mehrheit auf dem sicheren Boden einer marxistischen Klassenpolitik bewegten, die nicht auf die Versöhnung mit der kapitalistischen Gesellschaft und dem junkerlich-bürgerlichen Staat, sondern auf deren Überwindung gerichtet war und die auch jede Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und alle Reformen nur als Abschlagszahlungen auf dem Weg zu ihrem sozialistischen Ziel betrachtete.

Dies änderte sich erst gegen Ende der neunziger Jahre mit dem zahlenmäßigen Wachstum der Gewerkschaften unter einer sich auf Tagesforderungen beschränkenden und mehr und mehr auf sozialreformistische Positionen übergehenden Führungsschicht; mit der Herausbildung einer parlamentarisch-reformistischen Strömung und den leitenden Funktionären der Sozialdemokratie in den süddeutschen Ländern; schließlich mit dem Revisionismus *Eduard Bernsteins*, der — unter dem Einfluß der britischen Fabian Society — die opportunistischen Strömungen theoretisch auf den Begriff zu bringen suchte und

zum Generalangriff gegen die marxistischen Positionen der deutschen Sozialdemokratie aufrief. Auf die sozialökonomischen Grundlagen dieses Prozesses — das Eindringen kleinbürgerlicher Kräfte und Anschauungen, die Herausbildung einer Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie — ist oft genug hingewiesen worden. Es wäre aber ein Irrtum anzunehmen, daß etwa die Erkenntnis der objektiven Funktion des Revisionismus in der Klassenauseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Arbeitern und von der sozialen Basis des Sozialreformismus innerhalb der Arbeiterbewegung auf die Marxisten beschränkt gewesen sei.

Mit unfehlbarem Klasseninstinkt registrierten die Gegner der Arbeiterbewegung und des Sozialismus diese für sie vielversprechenden Veränderungen sofort: daß sich nunmehr nämlich eine sozialreformistische und teilweise sogar sozialliberal-integrationistische Strömung mit beträchtlichem Einfluß auch *innerhalb* der Sozialdemokratie herauszubilden begann. *Friedrich Naumann*, der Kopf des politischen Sozialliberalismus, ließ nach dem Auftreten *Bernsteins* in einem Flugblatt seines „Nationalsozialen Vereins“ verlautbaren: „*Bernstein* beseitigt an der Hand der Wissenschaft und des gesunden Menschenverstandes die Grundlage des Marxismus. . . *Bernstein* . . . ist der klassische Zeuge für die deutsche Arbeiterschaft, daß die Hoffnung auf eine wahrhaft praktische Arbeiterpolitik nicht bei der alten Sozialdemokratie liegt, sondern bei der jungen nationalsozialen Partei.“⁵

Der führende Ideologe der damaligen katholischen Soziallehre, der Theoretiker des „christlichen Sozialismus“, *Heinrich Pesch*, sagte in seinem Buch „Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung“ (Freiburg 1900), *Bernstein* habe die Theorie des Marxismus nicht revidiert oder verbessert, er habe sie „zu Grabe getragen“.⁶ Zu den weitestgehenden Einsichten über die zentrale Rolle der revisionistischen Führer bei der *Umwandlung* der Sozialdemokratie in eine bürgerlich-sozialliberale Arbeiterpartei kam *Gustav Schmoller*, als er schrieb: „Der Friede mit den Arbeitern kann nur durch die Arbeiterführer vermittelt werden. . . Die Masse kommt nicht soweit, ganz vernünftig zu sein, so daß die Unternehmer mit ihnen auskommen können.“⁷ Und diesen Gedankengang ergänzte er später, während des ersten Weltkrieges, durch die Feststellung, eine proletarische Klassenherrschaft würde um so „unwahrscheinlicher, als die Sozialdemokratie fortfährt, in sich selbst eine Aristokratie und Bürokratie auszubilden“.⁸

Der bürgerliche Sozialliberalismus hatte sehr früh und absolut richtig erkannt, daß nur die *innere* Wandlung der Sozialdemokratie in eine sozialreformistische, sich zur Klassenzusammenarbeit bekehrende Partei unter den geschichtlichen Bedingungen, wie sie sich im Deutschen Reich entwickelt hatten, imstande sein würde, eine Integration der Arbeiterklasse herbeizuführen, daß dies von außen, durch die bürgerlichen Parteien, nicht gelingen konnte. Im Revisionismus und in dessen Einfluß auf die politische Praxis von Gewerkschaftsführern, Parlamentariern, Redakteuren sah er dieses *innere* Ferment, das die

5 F. Naumann, zitiert nach: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch Bd. II, Leipzig 1970, S. 380.

6 H. Pesch, zitiert in: Bürgerliche und kleinbürgerliche ökonomische Sozialismus-Konzeptionen, a. a. O., S. 161.

7 Zitiert bei Karl Kautsky, Schmoller über den Fortschritt der Arbeiterklasse, Die Neue Zeit, Jg. XXII, Bd. 2, 1904, S. 228 f.

8 G. Schmoller, in: Zwanzig Jahre deutscher Politik 1897—1917, S. 111, Zitiert in: Bürgerliche und kleinbürgerliche . . . , S. 125.

sozialdemokratische Partei in eine „nationale“ und sozialliberale Partei umgestalten könnte. *Friedrich Naumann*, politischer Ideologe des Sozialliberalismus (der Lehrer von *Theodor Heuss*), äußerte 1901 die Auffassung, daß die „Neuwerdung des Liberalismus“ in Deutschland sich nur über diese Wandlung der Sozialdemokratie vollziehen werde: „Daher ist die Frage, die wir jahraus, jahrein unermüdlich stellen, an der wir mit unserem ganzen Herzen arbeiten, wie wird die Sozialdemokratie zu einer nationalen, praktisch-politischen Partei, die Kernfrage der Bildung eines neudeutschen Liberalismus überhaupt.“⁹

Eines der Hauptziele des bürgerlichen Sozialliberalismus in seinen äußerst hartnäckigen und ausdauernden Versuchen, die revisionistische und gewerkschaftlich-sozialreformerische Strömung in der deutschen Sozialdemokratie zu beeinflussen, war das Bemühen, eine Aussöhnung mit den Rüstungs- und Expansionszielen des deutschen Imperialismus in den Reihen der Arbeiterbewegung herbeizuführen, alle *sozialimperialistischen* Ideen und Tendenzen zu fördern. Kern dieser Bestrebungen war die „Versöhnung“ der Arbeiterklasse mit einer „sozialen“ Hohenzollernmonarchie und einer „sozial gewandelten“ liberalen Bourgeoisie und als wichtigstes Mittel dazu sollte der Nationalismus dienen, die Idee vom Zusammenfallen der „deutschen“ Arbeiterinteressen mit der wirtschaftlichen und politischen Expansion des deutschen Imperialismus und der dazu notwendigen militärischen Stärke. In ihrem Programm hatten die Sozialliberalen 1896 verkündet, „wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der deutschen Nation nach außen“ sei die Voraussetzung „aller größeren sozialen Reform im Innern“.¹⁰ Und der berühmteste Sozialwissenschaftler, den der deutsche Sozialliberalismus hervorgebracht hat, *Max Weber*, hatte diese sozialimperialistische Grundidee so formuliert: „Die Machtinteressen der Nation sind . . . die letzten und entscheidenden Interessen. . . Nicht in erster Linie für die Art der volkswirtschaftlichen Organisation, die wir ihnen überliefern, werden unsere Nachfahren uns vor der Geschichte verantwortlich machen, sondern für das Maß des Ellenbogenraums, den wir ihnen in der Welt erringen und hinterlassen.“¹¹

5. Der Revisionismus *Bernsteins*, der den mehr als ein Jahrzehnt dauernden Umwandlungsprozeß der deutschen Sozialdemokratie in eine sozialliberale, bürgerliche Arbeiterpartei theoretisch einleitet, trat zunächst als eine *sozialreformistische*, nicht die Klassenharmonie und Klassenzusammenarbeit unverhüllt predigende Strömung auf. Natürlich hatte es auch schon früher sozialreformistische und opportunistische Tendenzen in der deutschen Sozialdemokratie gegeben, aber sie waren bis zum Auftreten des Revisionismus von relativ geringem Einfluß. Im Bernsteinschen Revisionismus fand der sich bereits nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, abzeichnende ökonomistische Sozialreformismus führender Gewerkschafter, der parlamentaristische Opportunismus sozialdemokratischer Politiker in den süddeutschen Ländern, der kaum verhüllte Sozialimperialismus zur SPD gestoßener kleinbürgerlicher Ideologen wie *Wolfgang Heine* und *Max Schippel* einen theoretischen Boden, eine die verschiedenen opportunistischen Tendenzen verbindende *geistige Klammer*.

9 F. Naumann, Protokoll des 6. Vertretertages des Nationalsozialen Vereins 1901, S. 100f., zitiert in: Die bürgerliche Parteien in Deutschland, Handbuch Bd. II, a. a. O., S. 379—380.

10 Programm des Nationalsozialen Vereins, in: Handbuch . . . , S. 377.

11 Max Weber, Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik, Gesammelte polit. Schriften, S. 20, München 1921, zitiert in: R. Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus 1917—1933, Köln 1973, S. 69.

Seinen theoretischen und methodischen Grundlagen nach war *Bernsteins* Revisionismus rein eklektischer Natur, worauf schon *Rosa Luxemburg* hingewiesen hat. Seine Auffassungen waren von den unterschiedlichsten bürgerlichen Modeströmungen beeinflusst. Sie reflektierten die beginnende imperialistische Entwicklung mit ihren tiefen und beschleunigten Vergesellschaftungsprozessen; die längere Abwesenheit einer schweren zyklischen Wirtschaftskrise; das bedeutende Wachstum und gewisse Erfolge der Arbeiterbewegung im sozialen und politischen Tageskampf. Alle diese Entwicklungstendenzen interpretierte der bis 1901 in London residierende *Eduard Bernstein* in optimistisch-idyllischem Licht, was eine Apologie der ökonomischen und politischen Entwicklung des modernen Kapitalismus und eine faktische Absage an das revolutionäre Programm der deutschen Sozialdemokratie (Erfurt 1891) und an ihre historisch-strategische Zielsetzung zum Ergebnis hatte.

Es soll hier nicht auf die philosophisch-erkenntnistheoretischen und theoretisch-ökonomischen Einwände *Bernsteins* gegen die Theorie von *Marx* und *Engels* eingegangen werden, die in den zeitgenössischen Antworten deutscher Sozialisten — *Rosa Luxemburg*, *Karl Kautsky*, *Franz Mehring* — einer vernichtenden Kritik unterzogen wurden. Bedeutsam für die konkrete ideologische und politische Auseinandersetzung in der Arbeiterbewegung wurden die Bernsteinsche Interpretation der aktuellen Entwicklung des Kapitalismus um die Jahrhundertwende und die politisch-taktischen Schlußfolgerungen, die er daraus zog.

Bernstein deutete die wachsende kapitalistische Vergesellschaftung, die Bildung von Kartellen und Unternehmensvereinigungen, die Ausweitung des Kredits und der Aktiengesellschaften, die Verbreitung neuer Verkehrsmittel, die Entstehung neuer Mittelschichten als Widerlegung der Marxschen ökonomischen Analyse, als Zeichen einer zunehmenden „Anpassungsfähigkeit“ des Kapitalismus, als *Milderung* der kapitalistischen Widersprüche, als Eindämmung der kapitalistischen Anarchie, als Möglichkeit, den Überproduktionskrisen vorzubeugen. Diese ökonomische Idylle übertrug er dann folgerichtig auch auf das Bild der *politischen* Entwicklungstendenzen, wo er eine unaufhörliche Ausweitung der Demokratie, einen stetigen Siegeszug von Reformen, eine ständige Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung, ein Anwachsen der friedlichen Tendenzen in den Beziehungen der Großmächte untereinander zu erkennen glaubte.

Aus diesen analytischen Voraussetzungen zog *Bernstein* für die politische Praxis den Schluß, daß die Sozialdemokratie auf das revolutionäre Ziel der Überwindung des Kapitalismus und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse verzichten sollte; daß es auf die Bewegung, nicht auf das Ziel ankomme; daß die schrittweise Durchsetzung der „gesellschaftlichen Kontrolle“, der gewerkschaftliche Kampf, die politische Demokratisierung zu einer „allmählichen Einführung“ des Sozialismus führen werde, den er nunmehr nur noch als die stufenweise Durchführung des „Genossenschaftlichkeitsprinzips“ definierte. Wie für die britischen Fabier Straßenbahnen und öffentliche Bibliotheken schon Sozialismus bedeuteten, so sah *Bernstein* jetzt in der Fabrikgesetzgebung oder in sozialpolitischen Maßnahmen bereits „ein Stück Sozialismus“; und das geringste von den Arbeitern erkämpfte politische Recht war ihm ein Stück „Überwindung der Klassenherrschaft“. Man brauchte diese „Stücke“ nur noch zu vermehren und zu erweitern, dann war das sozialistische Programm überflüssig geworden.

Ökonomisch und sozial wurde die Bernsteinsche Idylle schon wenige Jahre später durch

eine schwere Wirtschaftskrise ad absurdum geführt. Politisch war es im Deutschen Reich — angesichts der arbeitfeindlichen Zollpolitik, der wahnwitzigen Aufrüstung und Militarisierung, dem verbissen verteidigten Dreiklassenwahlrecht, den ständigen Drohungen der Machthaber mit einer Neuauflage des Sozialistengesetzes gegen die Arbeiterbewegung (Umsturz- und Zuchthausvorlagen) — von Anfang an so wirklichkeitsfremd, daß der illusionäre Charakter mit Händen zu greifen war. Weltpolitisch widerlegten die sich verschärfenden imperialistischen Gegensätze und die wachsende Kriegsgefahr, die schließlich zum bis dahin mörderischsten Krieg der Menschheitsgeschichte führten, die Analyse *Bernsteins*.

Das waren auch die hauptsächlichen Gründe, weshalb der Revisionismus, der offene und unverhüllte Opportunismus, in der deutschen Sozialdemokratie zunächst mehrheitlich auf Ablehnung stieß und weshalb die zunehmend opportunistische Praxis sich vor dem ersten Weltkriege mehr in einer verdeckten, durch verbalen Tribut an das Parteiprogramm und die alte Parteitaktik der Massenstimmung angepaßten zentristischen Form durchsetzte. *Bernsteins* Revisionismus wurde aber ideologisch von grundsätzlicher Bedeutung für die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie, weil er — trotz der Beteuerung, mit dem praktischen Teil des Erfurter Programms durchaus einverstanden zu sein und nur den theoretischen Teil abzulehnen —, den Weg freilegte für die Umwandlung der Sozialdemokratie in eine der Phraseologie nach reformsozialistische, der politischen Praxis nach aber sozialliberal-bürgerliche Arbeiterpartei. Mit vollem Recht faßte *Rosa Luxemburg* ihre Kritik an den Auffassungen *Bernsteins* dahingehend zusammen, sie wählten nicht „einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel“; sie zielten nicht „auf die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung, sondern bloß auf die Reformierung der kapitalistischen, nicht auf die Aufhebung des Lohnsystems, sondern nur auf das Mehr oder Weniger der Ausbeutung, mit einem Worte auf die Beseitigung der kapitalistischen Auswüchse und nicht des Kapitalismus selbst“. ¹² Dieser Gegensatz zwischen dem Marxismus und dem Revisionismus *Bernsteins* bedeutete nach Meinung *Rosa Luxemburgs* die „Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen, zweier Klassen, zweier Gesellschaftsformen“. ¹³

Es bedurfte eines so fundamentalen Einschnitts, wie es der erste Weltkrieg war, um die Ideologie und Praxis der Klassenzusammenarbeit, der „nationalen“ Einheit mit Bourgeoisie, Junkertum, Militarismus und Monarchie, des sozialen und politischen Burgfriedens mit Unternehmern und bürgerlichen Parteien, der offenen Bejahung und Unterstützung der imperialistischen Kriegspolitik in der deutschen Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften zur dominierenden Position werden zu lassen. Der Krieg war eine unvergleichliche, die bis dahin schwerste Bewährungsprobe für die gesamte internationale Arbeiterbewegung, besonders aber für die deutsche Sozialdemokratie als die stärkste Partei der zweiten Internationale. Daß sie diese Prüfung im Sinne ihrer eigenen Beschlüsse und Ziele nicht bestand, kann nicht allein erklärt werden aus dem massiven äußeren Druck des Belagerungszustands, aus dem psychologischen Druck des chauvinistischen Taumels, aus der Gefahr für den Bestand der Organisationen und für die soziale Existenz der Funktionäre. Es ist ohne die vorangegangene Ausbreitung des Opportunismus, der revisionisti-

12 Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution?, Gesammelte Werke Bd. 1, 1. Halbband, Berlin-DDR 1970, S. 429.

13 Ebenda, S. 440.

schen und sozialreformistischen Ideologie und Praxis, und ohne das ausschlaggebende Gewicht, das diese Strömung erlangt hatte, nicht zu verstehen.

Die revisionistische Theorie wird durch die nun einsetzende politische und gewerkschaftliche Praxis des Burgfriedens, durch die Unterstützung der imperialistischen Regierung und der Kriegführung weit überholt. Die ständige Abstimmung ihrer Politik mit der Reichsführung durch die dominierende rechtssozialdemokratische Führungsgruppe um *Scheidemann, Ebert, David, Südekum*; die Propagandareisen für die deutsche Kriegspolitik in neutrale Länder; die unmittelbare Mitarbeit der Gewerkschaftsführung an den unterschiedlichsten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Kriegsausschüssen und -maßnahmen — das alles bedeutete eine absolut *neue Qualität*, eine Politik, die nicht mehr sozialreformistisch, die offen integrationistisch geworden war, sowohl im Verhältnis zum kapitalistischen Wirtschaftssystem wie zum bürgerlich-junkerlichen Staat und seinen imperialistischen Kriegszielen. Erst mit dieser Praxis wurden *alle Grenzen* zur alten sozialdemokratischen, antikapitalistischen Praxis überschritten, wurde sozialdemokratische Politik sozialliberal und nationalistisch, wurden die Bindungen an den die „nationale Gemeinschaft“ repräsentierenden Staat über alle Klasseninteressen und über die internationale Solidarität gestellt. Damit hatte die sozialdemokratische Praxis die kühnsten Träume des bürgerlichen Sozialliberalismus und seiner Ideologen von der „Aussöhnung“ zwischen Unternehmern und Arbeitern, zwischen Monarchie, Militarismus und Sozialdemokratie weit hinter sich gelassen.¹⁴

6. Die sozialliberale Fiktion von der „nationalsozialen Volksgemeinschaft“, der Klassenzusammenarbeit und Sozialpartnerschaft wurde schwer erschüttert, als die Periode der militärischen Siege zu Ende ging, als der Krieg sich in die Länge zog und immer mehr Menschenleben forderte, als Hunger und Elend in der Heimat sich ausbreiteten und die Frage nach dem Sinn des Mordens, nach den *Ursachen* des Krieges und nach den *Verantwortlichen* immer häufiger und bohrender gestellt wurde. Die großen Streiks vom April 1917 und Januar 1918, der erste Matrosenaufstand vom Sommer 1917 zeigten, daß die sozialdemokratischen Führer zwar noch imstande waren, aus Hunger und Empörung geborene Massenbewegungen und Klassenkämpfe umzubiegen, daß sie sie aber nicht mehr verhindern konnten. Nicht einmal die von der sozialdemokratischen Führung als säkulares Ereignis gepriesene „Parlamentarisierung“ des Regimes vom Herbst 1918 und der Eintritt sozialdemokratischer Staatssekretäre in das kaiserliche Kabinett des Prinzen *Max von Baden* konnten die Monarchie noch retten.

Die elementare Gewalt der Novemberrevolution 1918 zerriß den Schleier der „nationalen Volksgemeinschaft“ und der Sozialpartnerschaft, stellte schärfer und prinzipieller, als es je zuvor in Deutschland geschehen war, die alten *Klassenfronten* der kapitalistischen Gesellschaft wieder her und rüttelte an den Grundfesten der Macht des Kapitals. War die Politik der sozialdemokratischen Führung seit dem August 1914 wichtigster Integrationsfaktor für die Eingliederung der Arbeiterklasse in die militärischen und ökonomischen Aufgaben der imperialistischen deutschen Kriegspolitik, so wurde sie nun zum unersetzlichen *Retter* des kapitalistischen Systems, der ökonomischen und politischen Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Das war eine Funktion, die angesichts der Bestrebungen und Forderungen der revolutionären Massen *keine der bürgerlichen* Parteien mehr erfüllen konnte. Eine bürgerliche Regierung *ohne* die Sozialdemokratie war *unmöglich* geworden.

14 Vgl. E. Jaech, Der goldene Pflug, S. 104, zitiert in: R. Opitz, a. a. O., S. 55.

Von General *Groener* bis zu *Otto Bauer* sind sich die zeitgenössischen Kommentatoren über diese Funktion der offiziellen Sozialdemokratie in den Revolutionskämpfen 1918—1919 einig. *Groener* berichtet 1925 über die Vereinbarungen zwischen *Hindenburg* und *Ebert*: „Ich habe dem Feldmarschall zuerst den Rat gegeben, nicht mit der Waffe die Revolution zu bekämpfen, weil zu befürchten sei, daß bei der Verfassung der Truppen eine solche Bekämpfung scheitern würde. Ich habe ihm vorgeschlagen, die OHL (Oberste Heeresleitung) möge sich mit der MSP (Mehrheitssozialdemokratischen Partei, *J. Sch.*) verbünden, da es zur Zeit keine Partei gebe, die Einfluß genug habe im Volke, besonders bei den Massen, um eine Regierungsgewalt mit der OHL wiederherzustellen. Die Rechtsparteien waren vollkommen verschwunden, mit den äußersten Radikalen zu gehen, war ausgeschlossen.“¹⁵

Natürlich verlangte die Revolution wesentliche *Konzessionen*, eine veränderte Taktik und eine andere Sprache von der während des Krieges hurratriotischen und offen integrationistischen MSP. Sie erforderte eine *Rückkehr* zu sozialistischen Bekenntnissen, Sozialisierungsversprechungen, gegen die Macht der Junker und des Kapitals gerichtete Beteuerungen. Es ist eine von der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Geschichtsschreibung schamhaft verdeckte Wahrheit, daß die Republik, der Achtstundentag, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht in Preußen und den anderen Ländern, die Aufhebung der Gesindeordnung auf dem Lande, sozialpolitische Fortschritte in Deutschland das Ergebnis einer *Revolution*, wenn auch einer nicht vollendeten, waren. Da aber die ökonomische Macht des Großkapitals und des Großgrundbesitzes unangetastet blieb, da der alte bürokratische und militärische Apparat weitgehend übernommen wurde, blieb auch der gesellschaftliche *Boden* für die monarchistische und später faschistische Reaktion, die den konterrevolutionären Gegenangriff selbst gegen die bürgerlich-demokratischen Errungenschaften der Novemberrevolution bald vorzubereiten begann, erhalten.

Die Politik der rechtssozialdemokratischen Führung und der Spitzen der Gewerkschaften basierte, trotz aller sozialistischen Bekenntnisse und der Rückkehr der programmatischen Aussagen zu einer marxistisch klingenden Phraseologie, von Anfang an in der Weimarer Republik auf der Ideologie der ökonomischen und politischen Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie, der Integration der Arbeiterklasse in die kapitalistische Gesellschaft und den bürgerlich-parlamentarischen Staat. In ihren wichtigsten Methoden und Zielen war sie die Fortsetzung und Steigerung der Politik während des Krieges, da nunmehr auch die *Verantwortung* für die *Leitung* der staatlichen Angelegenheiten auf bürgerlich-kapitalistischen Grundlagen übernommen wurde. Klassischer Ausdruck dieser Politik war das Abkommen zwischen *Ebert* und dem alten kaiserlichen Generalstab und die Zentralarbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsführung, das sogenannte *Stinnes-Legien-Abkommen* vom November 1918. Natürlich konnten die Gewerkschaften in diesem Abkommen manche Zugeständnisse erreichen, aber das waren Zugeständnisse nicht an eine sozialpartnerschaftliche Gewerkschaftspolitik, sondern an den machtvollen und bedrohlichen Druck der arbeitenden Massen in der *Revolution*, gemacht in der Furcht, eine Weiterführung der Revolution könnte das Ende des Kapitals überhaupt bedeuten. Das geistige Haupt der Verhandlungen auf Unternehmer-

15 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II — Band 2, S. 357, Anmerkung.

seite, Hugo Stinnes, gab offen zu verstehen, was es mit dieser Kompromißbereitschaft des Großkapitals auf sich hatte: „Geben wir“, sagte er, „den Gewerkschaften ihre Anerkennung, was wir brauchen ist eine Atempause, die unsere Arbeit ermöglicht, nachher wird sich alles von selbst regeln.“¹⁶

Die *qualitativ* neue gesellschaftliche und staatliche Funktion, die die sozialdemokratische Politik in der Weimarer Republik übernommen hatte, verlieh auch der sozialpartnerschaftlichen, integrationistischen Ideologie neue Züge, wobei zu beachten ist, daß bei jeder stärkeren Radikalisierung der Arbeitermassen infolge ökonomischer und politischer Krisenprozesse, bei jeder Gefahr der Ausbreitung linker Strömungen innerhalb der SPD und der Gewerkschaften, die verbalen Konzessionen an reformsozialistische Positionen zunahmen. Diese *inhaltlich* neue Stufe sozialpartnerschaftlicher Ideologie resultierte vor allem aus einer veränderten Stellung zum *Staat*, aus der Teilnahme an der staatlichen Machtausübung, aus der leitenden Stellung in den ersten Nachkriegsregierungen und der Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien. Die offizielle sozialdemokratische Ideologie interpretierte diesen ihren Regierungseinfluß als Aufhebung der bürgerlichen Klassenherrschaft, sie faßte den nach wie vor von Kapitalinteressen beherrschten und ihnen dienenden Staat als über den Klassen stehende, dem „Gemeinwohl“ verpflichtete Demokratie auf, die machtpolitisch auch dann wesentlich von der Arbeiterklasse beeinflusst würde, wenn die Sozialdemokratie nicht an der Regierung beteiligt sei. In Wahrheit war die Sozialdemokratie und ihre vom rechten Flügel eindeutig bestimmte politische Praxis zum aktiven Pfeiler, zum Verwalter und Garanten des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der politischen Macht der Bourgeoisie geworden und spielte für deren Stabilisierung in den Jahren nach der Novemberrevolution die entscheidende Rolle. Der integrative Kern dieser Politik bestand in der Aussöhnung breiter Teile der Arbeiterklasse mit der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung, in der Dämpfung und Abwürgung sozialer und politischer Klassenkämpfe, in einer Politik der Klassenkooperation, zu deren Legitimation insbesondere in den konjunkturell günstigeren Jahren 1924—1928 auch bestimmte sozialpolitische Reformmaßnahmen und tarifliche Zugeständnisse gehörten. In dieser rechtssozialdemokratischen Ideologie und Praxis war, trotz des verbalen Tributs an marxistische Traditionen (etwa im Heidelberger Programm 1925) und antikapitalistische Stimmungen unter den sozialdemokratischen Mitgliedern und Anhängern, der soziale Fortschritt bereits an die Stabilität der *kapitalistischen* Gesellschaft gebunden.

Theoretisch lag dieser Politik *Hilferdings* Konzeption vom „organisierten Kapitalismus“ zugrunde. Die kapitalistischen Vergesellschaftungs- und Konzentrationsprozesse, die Entwicklung staatsmonopolistischer Regulierungsmethoden wurden in einer die gesellschaftlichen Realitäten verklärenden, illusionären Interpretation, die auf eine Apologie der sozialdemokratischen Koalitionspolitik und Sozialpartnerschaft hinauslief, als allmähliche Überwindung des Kapitalismus durch das „sozialistische Prinzip der Planmäßigkeit“ gedeutet, als bewußte Einwirkung des Staates auf die Wirtschaft im Interesse der Gesamtgesellschaft, als unmittelbarer Weg zum Sozialismus. Diese Projektion sozialistischer Verhältnisse in das existierende monopolkapitalistische Wirtschaftssystem wurde in der politischen Sphäre ergänzt durch die Fiktion einer nicht mehr bürgerlichen, nicht

16 Zitiert bei H. Böhme, Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, S. 112, hier nach: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Deppe, Füllberth, Harter [Hrg.]), Köln 1977, S. 152.

mehr klassengebundenen Demokratie, in der der Einfluß der Arbeiterklasse nur noch quantitativ ausgeweitet werden müsse.

Folgerichtig existierte für die rechtssozialdemokratische Ideologie in der Weimarer Republik kein unvereinbarer Gegensatz der Klasseninteressen mehr. Die Eigentumsfrage war — infolge der Vergesellschaftungsprozesse und des Staatsinterventionismus — praktisch unbedeutend geworden. Es galt nunmehr nur noch, auf dem Wege der „Wirtschaftsdemokratie“ (*Hilferding, Naphtali, Tarnow*), durch wachsende Teilhabe der Arbeiter und Angestellten an der Leitung der wirtschaftlichen Prozesse, die im politischen Leben bereits errungene Demokratie (die als dauerhaft angesehen wurde) durch die Demokratie im Wirtschaftsleben zu ergänzen. In dieser Mitbestimmungskonzeption wurde die „Teilhabe“ nicht als Mittel des Klassenkampfes und der demokratischen Kontrolle der Arbeiterklasse im Kampfe gegen die Kapitalmacht gesehen, sondern als partnerschaftliche „Gleichstellung von Kapital und Arbeit“. Diese Auffassung *Hilferdings, Naphtalis* und anderer war, wenn man von der stärker der alten sozialistischen Tradition verhafteten Phraseologie absieht, eine Vorwegnahme grundsätzlicher Positionen des Godesberger Programms: die Macht des Kapitals sollte gebrochen werden, ohne die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse anzutasten; man wollte in den Sozialismus „hineinwachsen“, ohne die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beseitigen. Kein Wunder, daß auf dem Magdeburger Parteitag der SPD 1929 die Weimarer Republik bereits als Gesellschaft im „Übergang zum Sozialismus, wirtschaftlich, politisch, sozial“ angesehen wurde.¹⁷ Selbst als 1929 die furchtbarste Wirtschaftskrise in der Geschichte des Kapitalismus hereinbrach, als Millionen ihren Arbeitsplatz verloren und die Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes sich extrem verschlechterten, änderte die sozialdemokratische Ideologie nicht ihr idyllisches Bild von den grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnissen der Weimarer Republik. In demselben Jahre, in dem der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in seinem Jahrbuch eine niederschmetternde Bilanz der sozialen Entwicklung der Weimarer Republik ziehen mußte — das Tarifrecht habe gewaltig an realem Wert verloren; das staatliche Schlichtungswesen sei zu einer Waffe gegen die Arbeiterschaft geworden; die gesetzliche Arbeitszeit sei überholt; die Sozialversicherung erfülle weniger denn je ihre soziale Schutz Aufgabe; die Arbeitslosenversicherung sei den untersten Fürsorgesätzen angepaßt; der Einfluß der Gewerkschaften im öffentlichen Leben sei zurückgedrängt; — selbst in diesem Jahr 1931 erklärte einer der maßgeblichen Wirtschaftsexperten der SPD und der Gewerkschaften, *Fritz Tarnow*, auf dem Leipziger SPD-Parteitag: „... wenn die Nebel dieser ökonomischen Krise sich verzogen haben werden, dann wird man deutlich sehen, daß auch in dieser Zeit die sozialistischen Fundamente stärker, die kapitalistischen schwächer geworden sind.“¹⁸ Das war anderthalb Jahre vor der Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland.

Da es hier vor allem darum geht, gewisse Entwicklungsstufen sozialpartnerschaftlicher Ideologie und Praxis zu skizzieren, soll nur angedeutet werden, daß die Haltung eines beträchtlichen Teils der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Mai und Juni 1933 und der Führung der Gewerkschaften — das Ja sozialdemokratischer Abgeordneter zu *Hitlers* Außenpolitik; der Aufruf zur Teilnahme am „Tag der nationalen Arbeit“ und die Briefe des ADGB-Vorsitzenden *Leipart* an *Hitler* mit dem Angebot zur Mitarbeit — nicht psy-

17 Protokoll des SPD-Parteitags 1929 in Magdeburg, S. 109.

18 Protokoll des SPD-Parteitags 1931 in Leipzig, S. 50.

chologisch aus der Charakterschwäche einzelner Führer zu erklären sind, sondern daß diesem Verhalten eine politische Konzeption zugrunde lag, die einen *unverkennbaren Zusammenhang* aufweist mit der seit dem August 1914 betriebenen Politik der Klassenzusammenarbeit in einem „übergeordneten nationalen Interesse“. Auf die Gewerkschaften bezogen, aber auch für die Politik der SPD-Führung gültig, sagt F. Deppe mit Recht: „Vom ‚Burgfrieden‘ (1914), über die ‚Arbeitsgemeinschaft‘ (1918), die Ablehnung der revolutionären Bewegung 1918/19, die Unterstützung der Koalitionspolitik der SPD mit den bürgerlichen Parteien in der Weimarer Republik, bis hin zur ‚Tolerierung‘ Brüningers und schließlich der Kapitulation vor dem Faschismus zieht sich — gleich einem roten Faden — eine politische Linie des Autonomieverzichts, der Integration und schließlich der Vernichtung der freien Gewerkschaften.“¹⁹

7. Idee und Praxis der Sozialpartnerschaft und Klassenharmonie von Kapital und Arbeit wurden auf deutschem Boden durch den Faschismus schwer erschüttert. Zu deutlich war der Zusammenhang von Monopolkapital und faschistischer Herrschaft, von großkapitalistischen Interessen und den Weltherrschaftsplänen des faschistischen deutschen Imperialismus, zu kompromittierend die unmittelbare Schuld und Verantwortung der kapitalistischen „Wehrwirtschaftsführer“, zu furchtbar die Leiden des Volkes und die Opfer des antifaschistischen Widerstands, als daß der Kurs einer Zusammenarbeit mit dem deutschen Großkapital unmittelbar wieder hätte aufgenommen werden können. Obwohl in der Führung der Sozialdemokratie der Westzonen die personelle Kontinuität zur Politik der SPD vor 1933 eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte, so mußte das politische Programm in den ersten Jahren nach der militärischen Niederschlagung des Faschismus durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition die antifaschistischen, antikapitalistischen reformsozialistischen Momente und Zielsetzungen doch stark betonen. Kurt Schumacher sprach jahrelang vom „Sozialismus als Tagesaufgabe“ und identifizierte die wirtschaftlichen Zerstörungen durch die anglo-amerikanischen Bombenangriffe mit einer Vernichtung des Kapitalismus. Es lag in dieser Richtung, daß Sozialisierungsforderungen Eingang fanden in gemeinsam von Sozialdemokraten, Kommunisten und christlich-sozialen Kräften eingebrachte Gesetze und in Länderverfassungen.

Diesen programmatischen Forderungen *widersprach* aber die Praxis des dominierenden rechten Flügels der SPD in doppeltem Sinne: antimonopolistische, gegen das Großkapital gerichtete Maßnahmen hatten nur eine Chance, wenn die Arbeiterklasse in Aktionsgemeinschaft handelte; gerade das aber verhinderte der verblendete Antikommunismus der SPD-Führung. Was die äußeren Faktoren betrifft, so hatten solche Maßnahmen nur eine Chance, wenn man sich auf die Festlegungen des Potsdamer Abkommens stützte, das von den alliierten Großmächten gemeinsam unterzeichnet worden war. Dies wiederum verhinderte der Antisowjetismus und die auf die westlichen Besatzungsmächte orientierte Politik der SPD-Führung. Hinzu kam, daß die SPD nicht bereit war, einem konkreten, den geschichtlichen Bedingungen entsprechenden antifaschistischen und antimonopolistischen *Übergangsprogramm* zuzustimmen, daß sie sich von Anfang an als „dritte Kraft“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus verstand und behauptete, einen „dritten Weg“ einschlagen zu wollen. Die Spaltung der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung, der Antikommunismus mußte die von den westlichen Besatzungsmächten betrie-

19 F. Deppe, *Autonomie und Integration, Materialien zur Gewerkschaftsanalyse*, Marburg 1979, S. 122.

bene abermalige Stärkung der großkapitalistischen Wirtschaftsmacht fördern und die Wiederherstellung seiner politischen Macht begünstigen.

Je weiter der ökonomische, politische und geistige Restaurationsprozeß fortschritt, um so mehr wurde die Programmatik, wurden die ökonomischen und politischen Forderungen der Sozialdemokratischen Partei unter dem Einfluß des rechten Flügels diesem Prozeß „angepaßt“, desto mehr wurden die Sozialisierungsforderungen und antimonopolistischen Vorschläge fallengelassen, die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln für veraltet erklärt, wurde in Anlehnung an die wirtschaftsdemokratischen Konzeptionen aus der Periode der Weimarer Republik die „Planung und Lenkung“ durch ein wirtschaftliches Eingreifen des bestehenden Staates zum ausschlaggebenden Problem für die Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen erklärt. Der Prozeß der Anpassung fand seinen Schlußpunkt im Godesberger Programm von 1959, wo nach dem Verständnis der Parteiführung der „Ballast“ marxistischer und sozialistischer Traditionen endgültig über Bord geworfen und wo die in der Praxis längst wieder dominierende sozialpartnerschaftlich-integrationistische Politik auch programmatisch verankert wurde.

Die Gewerkschaften, nach 1945 als Einheitsgewerkschaften gemeinsam von Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen geschaffen, einigten sich bei der Gründung des DGB 1949 in München auf ein Programm der „Neuordnung“ von Wirtschaft und Gesellschaft, das einen prononciert antifaschistischen und antimonopolistischen Charakter trug und in dem die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, die Planung der Wirtschaftsprozesse, die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung im Sinne demokratischer Kontrolle gefordert wurden. Es war ein Reformprogramm mit deutlichen antikapitalistischen Akzenten. Im Zusammenhang mit dem reaktionären Restaurierungsprozeß, der Durchsetzung des rechten Flügels in der SPD, mit dem auch in den Gewerkschaften sich ausbreitenden Antikommunismus und der Atmosphäre des kalten Krieges erlangte auch in den Gewerkschaften der sozialpartnerschaftlich-integrationistische Flügel starken Einfluß. Aber die Entwicklung verlief keineswegs in exakter Parallelität zu der in der sozialdemokratischen Partei. Die an den unmittelbaren sozialen und demokratischen Klasseninteressen orientierten, dem kapitalistischen System kritisch gegenüberstehenden, an antikapitalistischen Vorstellungen festhaltenden Kräfte blieben ein wesentlicher Faktor und konnten z. B. 1963 in der Auseinandersetzung um das neue Grundsatzprogramm die von *Georg Leber* und anderen Protagonisten der Sozialpartnerschaft unternommenen Vorstöße zu einer völligen Gleichschaltung mit dem Geist des Godesberger Programms der SPD verhindern. So entstand ein politischer Kompromiß, in dem wichtige Elemente einer Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft der Bundesrepublik und Forderungen antimonopolistischen Charakters enthalten sind.

8. Inhaltlich behielt die Ideologie der Sozialpartnerschaft in der Arbeiterbewegung bestimmte früher entwickelte Grundmuster bei — Klassenzusammenarbeit und Harmonisierung der Klasseninteressen, Begrenzung von Reformforderungen auf den Rahmen der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, Anerkennung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie als nicht mehr an die bürgerliche Klassenherrschaft gebunden und daher als non plus ultra staatlicher Entwicklung, die Notwendigkeit einer die Klasseninteressen überschreitenden gemeinsamen Krisenbewältigung usw. Zugleich entwickelte die Ideologie nach dem zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik auch einige *spezifische* Züge: So erhielt der seit 1917 in der rechtssozialdemokratischen Ideologie als wichtiges Moment enthaltene Antikommunismus durch die zum Kampf zweier realer

Gesellschaftsordnungen gewordene Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus ein weit größeres Gewicht, vor allem im Verhältnis der beiden deutschen Staaten, und durchdringt heute nahezu alle Fragestellungen. Die Identifizierung mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, mit der „Marktwirtschaft“ ist heute ausgeprägter als früher. Dies gilt noch mehr für die uneingeschränkte Bejahung des politischen Systems und für das grundsätzlich positive Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien, das auch die Koalition mit der konservativen CDU-CSU und die gemeinsame Regierung mit einem *F. J. Strauß* einschloß. Die in der weltweiten Systemauseinandersetzung getroffene Entscheidung beeinflusste wiederum die außenpolitischen und militärpolitischen Bereiche und führte hier zu einer fast vollständigen Identifizierung mit der Politik der USA und der NATO bis hin zur moralischen und politischen Unterstützung der USA-Aggression in Indochina (*Helmut Schmidt*; In Vietnam verteidigen die Amerikaner auch unsere Freiheit). Zunehmende Bedeutung erlangten die Probleme der Krisenbewältigung sowohl politischer wie ökonomischer Natur. *Willy Brandt* begründete die Entscheidung für die Große Koalition mit den Worten: „Sie fiel auch nicht, weil wir unbedingt einmal mitregieren wollten, sondern weil sie in der gegebenen Lage politisch notwendig war, um eine Krise der Wirtschaft und des Staates abzuwenden. . . . In der Bevölkerung hat man im vergangenen Herbst nicht gewußt, wie weit der Zerfall der staatlichen Autorität vorgeschritten war.“²⁰

9. In den Gewerkschaften hatte sich mit dem Restaurationsprozeß in den fünfziger Jahren der Einfluß der offen sozialpartnerschaftlichen Strömung zweifellos erweitert. Ihre Bemühungen, die Gewerkschaften ganz auf den von der SPD eingeschlagenen Kurs zu bringen, verstärkten sich nach 1959 und abermals, nachdem die SPD die Regierungsgeschäfte in Bonn übernommen hatte. Aber weder in den Auseinandersetzungen um das Grundsatzprogramm 1963 noch später gelang es dem (damals besonders von *Leber* und *Arendt* repräsentierten) integrationistischen Flügel, die relativ starke, für eine selbständige, von den unmittelbaren Klasseninteressen geleitete Politik eintretende, in ihren Zielvorstellungen reformsozialistische Strömung auszuschalten oder beiseite zu schieben. So erklärt sich auch, daß im Unterschied zur Periode der Weimarer Republik die Gewerkschaften in zentralen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fragen links von der SPD standen und stehen. Nach Annahme des Grundsatzprogramms 1963 beklagte die Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, daß das Programm „kein klares Bekenntnis zu unserer Wirtschaftsordnung abgibt“.²¹ Die ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung‘ schrieb in ihrem Kommentar zur Programmdiskussion: „*Leber* geht es darum, die Gewerkschaften als Teil dieses Staates und dieser Wirtschaftsordnung zu verstehen. . . . Er will die Gewerkschaften mit der bestehenden Ordnung aussöhnen. Die Diskussion, vor allem der scharfe Widerspruch, den *Leber* verschiedentlich fand, hat deutlich gemacht, wie schwer diese Aufgabe noch ist und wie stark viele Funktionäre geneigt sind, auch das neue Programm im Sinne einer überholten Ideologie zu interpretieren.“²²

Die sozialpartnerschaftlich-integrationistische Strömung in den Gewerkschaften basiert ideologisch auf der prinzipiellen Bejahung des kapitalistischen Systems als des auch im Interesse der Arbeiter bestmöglichen; in ihrer Kritik beschränkt sie sich auf „Auswüch-

20 Protokoll der Bundeskonferenz der SPD 1967 in Bad Godesberg, S. 117.

21 Demokratischer und sozialer Rechtsstaat, Dokumente zur Gewerkschaftspolitik, Bochum 1964, S. 133 f.

22 FAZ vom 22. 11. 1963.

se", auf die Sphäre der Verteilung und die Sozialpolitik. Daher verzichtet sie nicht nur auf Forderungen, die die Überwindung des kapitalistischen Systems implizieren würden, sondern auch auf Reformvorstellungen, die Eingriffe in die Profit- und Machtsphäre des Kapitals im Sinne demokratischer Kontrolle bedeuten könnten. Sie sieht die Gewerkschaften als system- und staaterhaltende Kraft, als „Ordnungsfaktor“ nicht nur in den ökonomisch-sozialen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch in der politisch-staatlichen Sphäre, wobei diese Stellung unabhängig von der konkreten politischen Machtausübung eingenommen wird.

Im Tarifbereich, in den Unternehmen und Betrieben faßt diese Strömung das Verhältnis von Unternehmern und Lohnabhängigen als das von Partnern auf, die aufeinander angewiesen sind und das „Gesamtinteresse“ des Unternehmens zu vertreten haben. In den gewerkschaftlichen Vorschlägen akzentuiert sie daher alles, was eine *aktive* Bindung an das einzelne kapitalistische Unternehmen und an das kapitalistische Wirtschaftssystem bewirken könnte (Vermögensbildung, Gewinnbeteiligung, Kleinaktien, Miteigentum). Die Mitbestimmungskonzeption geht davon aus, daß Arbeiter und Unternehmer gemeinsam „die Träger des Unternehmensinteresses“ sind, daß durch die Mitbestimmung „noch vorhandene Klassenkampfgedanken in unserer Gesellschaft endgültig zur Wirkungslosigkeit verurteilt“ wären.²³ (So hatte Georg Leber 1965 das von der IG Bau-Steine-Erden abgeschlossene „vermögenswirksame“ Tarifabkommen eine „soziale Revolution“ genannt.) Die Zielstellung sozialpartnerschaftlicher Gewerkschaftspolitik umriß Leber 1963 wie folgt: „Es muß auf beiden Seiten der Wille dasein, eine neue Form zu finden und den alten Stil und das alte Verhältnis durch etwas Zeitgemäßeres zu ersetzen. Die erste Voraussetzung dazu ist das gegenseitige Anerkennen. ... das Den-anderen-Anerkennen und sein Da-sein als einen elementaren und unseren gesellschaftlichen Vorstellungen entsprechenden Tatbestand aufzufassen, mit dem Willen, mit ihm zusammen an der Gestaltung wichtiger und notwendiger gemeinsamer Aufgaben zu wirken!“²⁴

10. Objektive Voraussetzungen der weiten Verbreitung sozialpartnerschaftlicher Vorstellungen in der Arbeiterklasse der Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg waren vor allem die relativ lange dauernde wirtschaftliche Konjunktur; der hohe Beschäftigungsgrad; die durch die Stärke der Gewerkschaften (und durch die ständige unsichtbare Einwirkung der bloßen Existenz der DDR) erreichte Steigerung des Reallohniveaus; die günstigen Kapitalverwertungsbedingungen, die soziale Zugeständnisse leichter machten; der Ausbau des Systems der staatlichen Sozialversicherung; die Systemauseinandersetzung, die den Antikommunismus zu pathologischen Ausmaßen steigerte, und die Dominanz des rechten Flügels der Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung. Hinzu kamen die repressiven Maßnahmen gegen die marxistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung, das KPD-Verbot, die politischen Gesinnungsurteile gegen Hunderte von Kommunisten und Antifaschisten.

Die Wirtschaftskrise 1966—67, noch stärker die Krise 1974—75 und die ihr folgende Stagnationsperiode haben zweifellos die *objektiven* Grundlagen der sozialpartnerschaftlichen Ideologie geschwächt, was natürlich nicht gleichbedeutend ist mit der Einschränkung ihrer Ausbreitung und Wirkung. Massenarbeitslosigkeit, die unsozialen Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierungsprozesse, der enger gewordene Spielraum

23 Karlheinz Sohn, Welt der Arbeit Nr. 37, September 1965.

24 Georg Leber, Unser Weg, Protokoll des 6. o. Gewerkschaftstages der IG Bau-Steine-Erden 1963, S. 153.

für soziale Zugeständnisse sowohl im Tarifbereich als auch im Bereich der staatlichen Sozialleistungen, die brutalen Aussperrungen in den jüngsten Streikämpfen sind nicht gerade die überzeugendsten Beweise für den sozialen Charakter des kapitalistischen Systems, für die „Gleichberechtigung“ von Kapital und Arbeit und für die Liebe zur Sozialpartnerschaft bei den Unternehmern.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß in den Gewerkschaften die Kritik am Kapitalismus, die Zweifel am Erfolg sozialpartnerschaftlicher Praxis, die Stimmen für eine eigenständige, vom Klasseninteresse geleitete Gewerkschaftspolitik stärker geworden sind, und dies trotz einer sozialdemokratisch geführten Regierung. Anders können die Forderungen nach dem Verbot der Aussperrung und nach Durchsetzung des Rechts auf Arbeit nicht gedeutet werden. Wenn der DGB-Vorsitzende *Oskar Vetter* 1977 erklärte, die „kapitalistische Industriegesellschaft“ sei in ein Stadium eingetreten, „wo sie ohne Rücksicht auf die Arbeitnehmer mehr Arbeitsplätze vernichtet, als sie gleichzeitig an anderer Stelle schafft“, und wenn er daraus folgerte, eine „entsprechende Änderung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ sei erforderlich und es wirke wie das Rezept eines Kurpfuschers, „wenn Unternehmer und Marktwirtschaftsideologen immer wieder auf die angeblich ‚selbstheilenden Kräfte der Marktwirtschaft‘ vertrösten“²⁵, so ist das eine Absage an entscheidende Positionen sozialpartnerschaftlicher Ideologie.

Zahlreiche Funktionäre und Sprecher von Einzelgewerkschaften haben die Ursachen und Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit, die Massenaussperrungen in der Druck- und Stahlindustrie in ähnlicher Richtung analysiert und das verbunden sowohl mit einer kritischen Haltung zum kapitalistischen Gesellschaftssystem als auch zur Wirtschaftspolitik der sozialdemokratischen Regierung. Sie haben zugleich weit stärker als in den vergangenen Jahren die Notwendigkeit der *Eigenständigkeit* und der Kampfbereitschaft der Gewerkschaften betont. *Georg Benz* von der IG Metall hat diese Gedankengänge sehr nachdrücklich zum Ausdruck gebracht: „Wir halten nichts von der Ideologie der Sozialpartnerschaft mit einer fast festgeschriebenen Ordnungsfunktion der Gewerkschaft, während die Unternehmer allein an den Schalthebeln der Macht sitzen. Die geistigen Väter solcher Wunschvorstellungen haben den Gewerkschaften vorrangig die Aufgabe der Disziplinierung der Arbeitnehmer zudiktieren. Die Ziele solcher reaktionären Ideologien sind allzu durchsichtig: Man versucht den Gewerkschaften innerhalb des bestehenden Systems einen festen Standort zuzuweisen und das System als Ganzes jeglichen Veränderungen zu entziehen. Diese Rolle aber werden wir nicht spielen. Die Gewerkschaften sind nicht Ordnungsfaktor dieser Gesellschaft. Wir werden künftig in noch viel stärkerem Maße als bisher unsere ganze organisatorische Kraft für grundlegende gesellschaftliche Reformen ins Spiel bringen.“²⁶

So haben die Krisenprozesse Veränderungen in Gang gesetzt, die für die künftige Entwicklung von Bedeutung sind. Zwar konnte infolge der Schwäche der Linkskräfte in der Bundesrepublik noch keine stärkere Entwicklung politischen Klassenbewußtseins bewirkt werden, aber die Lohnbewegungen, die Kämpfe gegen die Rationalisierungsfolgen und für die Sicherung von Arbeitsplätzen sind zweifellos Ausdruck einer Schwächung illusionärer Vorstellungen und einer zunehmenden Bereitschaft, die eigenen sozialen Interessen

25 Oskar Vetter in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/1977, S. 219.

26 Georg Benz auf der 10. Jugendkonferenz der IG Metall 1974, zitiert in: IMSF (Hrg.), DBG — Wohin? Frankfurt/M. 1978, S. 79, 80.

zu verteidigen. Die Überwindung der integrationistischen Ideologie ist ein komplizierter und langwieriger geschichtlicher Prozeß, der tiefgehende Veränderungen im Kräfteverhältnis innerhalb der Arbeiterbewegung, eine Stärkung der klassenbewußten Kräfte und vor allem der DKP als marxistischer Arbeiterpartei voraussetzt.

Zwischen Sozialpartnerschaftsideologie und Klassenbewußtsein – zur Bedeutung der Widersprüche im Arbeiterbewußtsein

Harald Werner

1. Ursprung und Bedeutung widersprüchlichen Bewußtseins — 2. Der Doppelcharakter von Staatsillusion und Partnerschaftsideologie — 3. Das ökonomische Lagebewußtsein — 4. Realistische Elemente im Bewußtsein vom Staat — 5. Sozialpartnerschaftliches Denken der Arbeiter — Widersprüche zur herrschenden Ideologie — 6. Die Widersprüche im projektiven politischen Denken — 7. Aktuelle Entwicklungsbedingungen des Arbeiterbewußtseins in der BRD.

Die empirischen Untersuchungen zum Arbeiterbewußtsein, so unterschiedlichen Zielsetzungen und entgegengesetzten wissenschaftstheoretischen Grundannahmen sie auch folgten, stimmen in der Feststellung eines strukturierenden Bewußtseinsmerkmals überein: In der Beschreibung widersprüchlicher Bewußtseinsinhalte. Je nach dem, ob die jeweiligen Untersuchungen von der Hypothese einer Nivellierung oder Integration der Arbeiterklasse ausgingen oder das erkenntnisleitende Interesse der Forscher auf Keimformen klassenbewußter Realitätswiderspiegelung ausgerichtet war, wurden die der eigenen Untersuchungsrichtung widersprechenden Bewußtseinsinhalte dann als traditionsbedingte Restgrößen klassenkämpferischen Denkens oder als ideologiebedingte Überlagerungen interpretiert.

Besonders die Parteilichkeit linker Sozialforscher scheint solches Vorgehen zu rechtfertigen. Kommt es doch darauf an, das Neue, das Vorwärtstreibende zu erfassen und wo möglich auf seine Entwicklungsbedingungen zurückzuführen. Doch dem liegt einmal eine falsche Auffassung von der Struktur und inneren Gesetzmäßigkeit des gesellschaftlichen Bewußtseins zugrunde, und das fußt zum anderen auf einer zu oberflächlichen Interpretation dessen, was scheinbar im Gegensatz zur realitätsgerechten Widerspiegelung der Arbeiterexistenz und der Bedingung ihrer Emanzipation steht. Oder anders gesagt, man müßte stärker der Frage nachgehen, ob die als falsch abgetanen Bewußtseinsinhalte nicht doch Keimformen des politischen Klassenbewußtseins sind.

Den aufgeworfenen Fragen soll im folgenden nachgegangen werden. In einem zweiten Schritt soll versucht werden, anhand einer vorliegenden empirischen Untersuchung¹ die Bedeutung aktuell vorhandener Widersprüche zu analysieren. Es geht dabei um den Inhalt und die Funktion sozialpartnerschaftlichen Denkens beziehungsweise um die sogenannte Staatsillusion der Arbeiter.

¹ Harald Werner, Arbeiterbildung und gesellschaftliches Bewußtsein, Köln 1979.

1. Ursprung und Bedeutung widersprüchlichen Bewußtseins

In zahlreichen empirischen Untersuchungen wird das Zurückbleiben des Arbeiterbewußtseins hinter seinen objektiven Bedingungen, wie auch die Widersprüchlichkeit einzelner Bewußtseinsinhalte, als das Besondere der gegenwärtigen Epoche, als die eigentlich nicht „normale“ Entwicklung des Arbeiterbewußtseins behandelt. So schreiben schon *Kern/Schumann*: „Die einheitlichen Strukturen im gesellschaftlichen Denken haben sich offenkundig stark vermindert.“² Der Zerfall „kollektiven Denkens“ wird als empirisch feststellbare Retardierung behandelt, als hätte es vor dem ein anderes, nämlich ein einheitliches Arbeiterbewußtsein gegeben. Empirisch läßt sich solch eine Annahme nicht beweisen, und theoretisch ist sie nicht begründbar. Einheitliche Strukturen im Arbeiterbewußtsein sind nur anzunehmen, wenn der Satz, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt, mechanistisch mißverstanden wird. Eben dieses Mißverständnis des strukturellen Zusammenhangs von Sein und Bewußtsein durchzieht nicht nur die bürgerliche Polemik gegen die marxistisch-leninistische Widerspiegelungstheorie, der auf dieser Grundlage unterstellt wird, Bewußtsein als Reflex der Ökonomie abzutun, diese Vereinfachung steht zweifellos auch Pate bei den zahlreichen Versuchen linker Wissenschaftler, die von *Marx* und *Engels* begründete Theorie der Entstehung gesellschaftlichen Bewußtseins durch allerlei Zutaten, besonders solche der Psychoanalyse zu „ergänzen“.³

Wenn etwa *Thomas Leithäuser* formuliert: „Der mögliche Entwicklungsprozeß vom Alltagsbewußtsein zum Klassenbewußtsein wird durch gesellschaftliche Instanzen blockiert, die . . . dem Überbau zuzurechnen sind“⁴, dann verbirgt sich dahinter die Annahme, daß an sich das gesellschaftliche Sein seine Entsprechung im gesellschaftlichen Bewußtsein fände, wenn es nicht wie auch immer beschaffene Instanzen gäbe, die sich zwischen Sein und Bewußtsein schieben.

Doch das empirisch auffindbare Arbeiterbewußtsein — und das gilt nicht allein für unsere konkret historische Situation in der BRD — ist mit all seiner Widersprüchlichkeit und seinen Vorstellungen das „normale“ Arbeiterbewußtsein. Die Widersprüchlichkeit des gesellschaftlichen Seins selbst reflektiert sich ebenso widersprüchlich im Denken der handelnden Menschen. Was hier widersprüchlich ist, ist also nicht erst das Bewußtsein, sondern bereits das gesellschaftliche Sein. Dabei treten Erscheinungen des gesellschaftlichen Überbaus zwar zwischen den funktionalen Zusammenhang von Sein und Bewußtsein, aber sie selbst sind nichts Eigenständiges, sondern selbst Produkte des gesellschaftlichen Seins. Die Wirkung des subjektiven Faktors etwa gründet sich auf nichts anderes als auf das gesellschaftliche Sein der Menschen; auch wenn ihm eine relative Selbständigkeit zukommt.

Leontjew hat nachgewiesen, daß historisch mit der Entstehung der Klassengesellschaften ein völlig neuer Typ des Bewußtseins entsteht. Das von ihm als „desintegriert“ bezeichnete Bewußtsein in Klassengesellschaften ist grundsätzlich durch das Auseinander-

2 Horst Kern/Michael Schumann, *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein*, Frankfurt 1973, Teil I, S. 275.

3 Vgl. dazu z. B. O. Negt / A. Kluge, *Öffentlichkeit und Erfahrung*, Frankfurt 1972, S. 55: „Wenn er (der Arbeiter — H. W.) in seinem Vorstellungsvermögen, z. B. mit Hilfe der Phantasie, seine Lage zu erfahren sucht, so verdrehen allein schon die Abwehrmechanismen des in der Phantasie gebundenen Lustprinzips das reale Gesellschaftsbild zu einem verzerrten. Aufgrund dieses verzerrten, zum Teil sogar harmonistischen Weltbilds setzt sich der Arbeiter nicht in Bewegung.“

4 Thomas Leithäuser, *Formen des Alltagsbewußtseins*, Frankfurt/New York 1976, S. 180.

fallen von Sinn und Bedeutung gesellschaftlicher Tätigkeit gekennzeichnet. „Der Arbeiter weiß zwar, welche allgemeine gesellschaftliche Bedeutung sein Schaffen hat; diese gesellschaftliche Bedeutung stimmt jedoch nicht mit dem persönlichen Sinn überein“⁵. Die Einsicht in die Bedeutung, die eine bestimmte Tätigkeit für die Gesellschaft hat, steht in vielen Bereichen, nicht allein in der Arbeitstätigkeit, im Gegensatz zum persönlichen Sinn, den der Handelnde mit seinem Tun verbindet. Dementsprechend grundlegend charakterisiert *Leontjew* die Auswirkungen auf das die Handlung steuernde Bewußtsein: „Es ist ganz gleich, welchen konkret-psychologischen Zug im Psychischen eines Menschen, der unter den Bedingungen des Privateigentums lebt, wir herausgreifen, es ist ganz gleich, ob wir die Besonderheiten seines Denkens, seiner Interessen oder seiner Gefühle betrachten. Stets erkennen wir dabei den Stempel dieser Bewußtseinsstruktur.“⁶

Will man den Ursprung widersprüchlichen Denkens, letztlich aber auch die Widersprüchlichkeit der gesamten psychischen Tätigkeit des Arbeiters erfassen, dann reicht es nicht aus, diese aus der Tätigkeit von Überbauinstitutionen oder aus der sich veränderten organischen Zusammensetzung des Kapitals abzuleiten, wie dies manche industriesoziologisch orientierten Untersuchungen unternehmen. Vielmehr kommt es darauf an, die Wirkung all dieser natürlich trotzdem wirkenden Faktoren vor dem Hintergrund des an sich durch widersprüchliche Realitätserfahrung typisierten Bewußtseins zu betrachten.

Soviel zum Ursprung und auch zur Natürlichkeit der empirisch auffindbaren Widersprüche im Arbeiterbewußtsein.

Damit ist für die weiteren Überlegungen festgestellt, daß die Gegensätze im Bewußtsein, sowohl in ihrer Beziehung zur objektiven Wirklichkeit als auch im Denken selbst, als Ausdruck der Klassengesellschaft untersucht werden müssen. Aktuelle historische Bedingungen, wie der Entwicklungsstand der Produktionsweise oder die besondere Qualität des subjektiven Faktors der BRD können demnach nur als intervenierende, die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten differenzierende Variablen betrachtet werden. Gleichzeitig muß jedoch der Frage nachgegangen werden, wie sich die Widersprüchlichkeit des Bewußtseins auf die psychische Tätigkeit, d. h. auch auf die Bewußtwerdungsprozesse auswirkt. Was letztlich auch der Beantwortung der Frage dient, ob das, was als widersprüchlich oder der Realität widersprechender Bewußtseinsinhalt diagnostiziert wird, nur falsch ist oder ob es nicht auch richtige Elemente beinhaltet, die für den Bewußtwerdungsprozeß von wichtiger Bedeutung sind.

Auch zur Beurteilung der Bedeutung von widersprüchlichen Bewußtseinsinhalten sind grundlegende Überlegungen notwendig. Als erstes muß hervorgehoben werden, daß das Bewußtsein unmittelbar mit der Tätigkeit verbunden ist. Es verdankt seine Entstehung phylogenetisch und ontogenetisch der zielgerichteten Tätigkeit, gleichzeitig steuert es jedoch auch die Tätigkeit, wobei alle Arten und Sphären sich durchdringen, voneinander abhängen und Form und Inhalt des praktischen Handelns beeinflussen.⁷

5 A. N. Leontjew. Probleme der Entwicklung des Psychischen, Berlin 1971, S. 201.

6 a. a. O., S. 202.

7 Die Bestimmung von Arten und Sphären des Bewußtseins lehnt sich hier an die Definition Uledows an, der mit den Arten Inhalte beschreibt, die sich auf bestimmte Bereiche der gesellschaftlichen Praxis richten. So etwa unterscheidet er zwischen politischen, ökonomischen, rechtlichen u. a. Bewußtseinsarten. Die Bewußtseinsphasen dagegen entsprechen den verschiedenen Formen der Realitätswiderrspiegelung, wie etwa die wissenschaftliche, die ideologische oder die emotionale. Die Bewußtseinsarten sind demzufolge das einzelne im Bewußtsein, während die Sphären das Besondere darstellen. Vgl. A. K. Uledow, Die Struktur des gesellschaftlichen Bewußtseins, Berlin 1972, S. 282 ff.

So entstehen die unterschiedlichen Bewußtseinsarten aus der praktischen Tätigkeit des Individuums, wie auch aus der Tätigkeit der Gesamtgesellschaft, wobei die verschiedenen Elemente des subjektiven Faktors wie ein nichtstatisches Prisma wirken, durch das sich die Wirklichkeit bricht. Damit das Bewußtsein seine handlungssteuernde Funktion wahrnehmen kann, ist es gezwungen, eine eigene, nämlich psychische Tätigkeit zu entwickeln. Diese Tätigkeit besteht in der ständigen Anpassung der Bewußtseinsinhalte an die Realität sowie auf einer höheren, nämlich erkennenden Ebene in der Abstimmung der Bewußtseinsinhalte miteinander. Dabei spielen die auftretenden Widersprüchlichkeiten eine besondere Rolle. Zum einen ist der Hypothese *Holzkamp*s zuzustimmen, „daß in der Wahrnehmung objektive Widersprüchlichkeiten subjektiv eingeebnet, Unvereinbarkeiten in ihren Bestimmungsmomenten isoliert und damit unerkennbar gemacht werden“.⁸

Andererseits findet die Einebnung bewußtseinsmäßiger Widersprüche dort ihre Grenzen, wo diese Widersprüche nicht nur als solche der Realität erfahren werden, sondern die wahrgenommenen Tatsachen die soziale Existenz bedrohen. Die von *Holzkamp* beschriebene widerspruchseliminierende Funktion der Wahrnehmung darf nicht als absolut wirkender psychischer Mechanismus gewertet werden, der unabhängig vom Inhalt der Wahrnehmung existiert.

Das empirisch erfassbare Arbeiterbewußtsein ist zum Beispiel davon gekennzeichnet, daß sich die Arten politisches und ökonomisches Bewußtsein im Widerspruch zueinander entwickeln. *Deppe* hat in seiner Analyse empirischer Arbeiten den Ursprung dieses „Doppelcharakters“ darin gesehen, daß das Bewußtsein „sowohl die Bedingungen der proletarischen Klassenlage als auch die Bedingungen der relativen ökonomischen, politischen und ideologischen Stabilität“ in sich aufgenommen hat, die für die Periode des Nachkriegskapitalismus lange Jahre kennzeichnend war.⁹ Bei der alltäglichen Wahrnehmung sozialer Tatsachen wird der Arbeiter den Widerspruch zwischen seiner Arbeitsplatz Erfahrung und der herrschenden Ideologie so lange eliminieren können, so lange er seinen Arbeitsplatz hat. Er wird die Tatbestände, die ihn an seine Klassenlage erinnern, zwar wahrnehmen, und sie werden den Inhalt seines ökonomischen Denkens bestimmen, da sie hier ihre Bedeutung für das ökonomische Handeln haben, er wird das Wahrgenommene aber nicht in Beziehung zu seiner Existenz als Staatsbürger bringen. Gefragt nach seiner gesellschaftlichen Rolle, wird er jene Ideologien verbalisieren, die die veröffentlichte Meinung für ihn produziert hat. Er kann dies einerseits, weil sich diese Ideologien zumindest teilweise mit der relativen Stabilität der Gesellschaft decken, und er kann dies andererseits, weil seine ebenfalls erfahrene Klassenlage dem nicht so grundsätzlich widerspricht, daß sich alle Elemente der herrschenden Ideologie als falsch herausstellen.

In diesem Fall kann davon ausgegangen werden, daß der Arbeiter die Wirklichkeit selektiv wahrnimmt, daß seine psychische Tätigkeit Widersprüche eliminiert. Bedingung eines solchen „stabilen Doppelcharakters“ ist freilich eine relative Stabilität äußerer Bedingungen.

Selbstverständlich werden vom Arbeiter dennoch Gegensätze wahrgenommen. Aber diese Gegensätze erscheinen als ebenso natürlich, wie die alltägliche Erfahrung des Widerspruchs zwischen dem persönlichen Sinn und der gesellschaftlichen Bedeutung der Arbeit. Die Gewöhnung an diesen Widerspruch entwickelt eine Vorstellung von der Gesell-

8 Klaus Holz kamp, *Sinnliche Erkenntnis*, Kronberg 1976, S. 221.

9 Frank Deppe, *Das Bewußtsein der Arbeiter*, Köln 1971, S. 113.

schaft, in der notwendigerweise der einzelne gegen das Ganze beziehungsweise jeder gegen jeden steht, und in der notwendigerweise auch die Interessen der Arbeiter gegen die der Kapitalisten stehen. Da die herrschende Ideologie dies nicht leugnet, sondern in einem pluralistischen Gesellschaftsmodell aufhebt, können sowohl die Erfahrung der Klassenlage als auch die Übernahme der herrschenden Ideologie einer auf Gleichheit sich gründenden Gesellschaft nebeneinander im Bewußtsein existieren. Ganz davon abgesehen, daß auf der Ebene des Tausches tatsächlich „ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte“¹⁰ zu finden ist.

Die Gegensätze im Bewußtsein werden nicht notwendigerweise eliminiert, sie existieren fort, einerseits weil die herrschende Ideologie sie nicht leugnet, sondern erklärt, und andererseits, weil bei relativ gesicherter Existenz der Widerspruch „erträglich“ bleibt. Bei näherer Betrachtung, und darauf hat *Deppe* bereits hingewiesen, erweist sich der vorfindliche Doppelcharakter des Arbeiterbewußtseins nicht als Resultat besonderer psychischer Prozesse, sondern als Ergebnis herrschender objektiver Bedingungen. Die herrschende Klasse erkaufte sich den relativ stabilen Doppelcharakter des Arbeiterbewußtseins, und das heißt letztendlich auch seine Loyalität, mit steigendem Realeinkommen und einer Zunahme staatlicher Reproduktionsleistungen. Im gleichen Maße, wie die Stabilität dieser objektiven Bedingungen durch die Krise gefährdet wird, verliert auch der Widerspruch seine Stabilität.

Die entscheidende Frage, die sich gerade in der Krise stellt, richtet sich damit auf die psychischen Gesetzmäßigkeiten des Bewußtseins. Setzt sich die eliminierende Funktion der Wahrnehmung durch, wie sie *Holzkamp* beschreibt, kommt es also zu einer bewußtseinsmäßigen Einebnung der Widersprüche, oder wird der im Bewußtsein schärfer hervortretende Widerspruch zur Bedingung kämpferischer Handlungsbereitschaft? *Leontjew* vertritt die letztere Auffassung und folgert, daß der Mensch bestrebt ist, „die Desintegration seines Bewußtseins zu überwinden. Er tut das nicht aus abstrakter Liebe zur Wahrheit, sondern aus dem Verlangen nach einem wahren Leben“¹¹. Und weiter weist er darauf hin, daß daraus gerade beim Arbeiter „das Verlangen nach wahren Verstehen und Wissen“ entsteht.¹² Aber auch diese der Aussage von *Holzkamp* entgegengesetzte Annahme ist nach unserer Meinung nicht in der Lage, die aufgeworfene aktuelle Frage zu beantworten. Beide psychischen Mechanismen sind in den Gesetzmäßigkeiten des Bewußtseins aufgehoben, und welcher davon sich durchsetzt, ist offensichtlich von weiteren, und zwar von äußeren Bedingungen abhängig.

Die psychischen Strukturen und Gesetzmäßigkeiten existieren ja nicht an sich, sondern sind ein Korrelat der Tätigkeit. Das Verlangen, den bewußt werdenden Widerspruch aufzuheben, wird nur dann entstehen, wenn dies mit einer äußeren Handlung zusammenfällt. Solche äußeren Handlungen sind die spontanen Bewegungen gegen die Willkür des Kapitals oder auch des Staates. Zum anderen scheint es nicht gleichgültig, welche Bewußtseinsinhalte bereits vorhanden sind. Wenn wir also die eingangs gestellte Frage beantworten wollen, wie sich unter den Bedingungen der Krise das durch seinen Doppelcharakter gekennzeichnete Bewußtsein entwickelt, dann müssen wir einmal die konkreten Kämpfe der Arbeiterklasse beobachten, und wir müssen zum anderen die Inhalte der im

10 Karl Marx, *Das Kapital*, 1. Bd., in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, S. 189.

11 Leontjew, a. a. O., S. 207.

12 ebenda S. 209.

Bewußtsein festgestellten Widersprüche untersuchen. Womit wir zu der eingangs aufgestellten Hypothese zurückkommen, daß das, was als falscher Bewußtseinsinhalt abgetan wird, für die Entwicklung des Klassenbewußtseins ebenso wichtig ist, wie die bereits richtigen Widerspiegelungsformen.

Frank Deppe hat in der Diskussion um das Arbeiterbewußtsein die Frage aufgeworfen, ob nicht bereits die sogenannten Staatsillusionen der westdeutschen Arbeiterklasse wichtige Keimformen politischen Bewußtseins enthalten.¹³ Nach unserer Auffassung gilt diese Frage nicht nur für das Staatsbewußtsein der Arbeiter, für ihre sogenannte ‚Staatsillusion‘, sondern das gilt in ähnlichem Maße für die Sozialpartnerschaftsideologie. Auch hier gilt es zu untersuchen, ob die Inhalte dieses Denkens bei den Arbeitern zumindest vorwärtstreibende Elemente beinhalten.

2. Der Doppelcharakter von Staatsillusion und Partnerschaftsideologie

Nicht erst in der BRD oder in der Weimarer Republik, sondern bereits im Kaiserreich entwickelte die deutsche Bourgeoisie gegenüber den revolutionären Bestrebungen der Arbeiterbewegung eine äußerst geschickte Integrationspolitik. In einer Quellenstudie über den bürgerlichen Konservatismus weist *Manfred Hahn* nach, daß Reformbereitschaft und schonungslose Aufdeckung sozialer Skandale ein Wesensmerkmal der bürgerlichen Strategie zur Erhaltung ihrer Existenzgrundlagen darstellen. „Soll das bedrohte System erhalten bleiben, müssen seine ‚Übel‘ beseitigt oder zumindest gemildert werden. Daher als Hauptmoment des bürgerlichen Konservatismus der Ruf nach bessernder Umbildung: gefordert wird die soziale Reform.“¹⁴ Wohl in keinem führenden kapitalistischen Land wurde die Integration der Arbeiterschaft so früh und so konsequent begonnen, wie in Deutschland. Das Ensemble staatlicher Sozialeinrichtungen, kombiniert mit schon früh entwickelten „Mitwirkungsmöglichkeiten“ der Betriebsvertretungen, hat das Denken der Arbeiter seit Generationen geprägt. *Helmut Schmidts* „Modell Deutschland“ ist so letztlich nur die ideologische Krönung einer mehr als hundertjährigen Integrationsstrategie der deutschen Bourgeoisie.

Deshalb sind Staatsillusion und Sozialpartnerschaftsideologie auch kein allein für die BRD typisches Moment im gesellschaftlichen Bewußtsein, sondern besondere Elemente im subjektiven Faktor der deutschen Gesellschaft seit *Bismarck*. Ohne diese Elemente kann weder die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, noch die verhinderte Neuordnung nach der Niederlage des Faschismus ausreichend erklärt werden. Kein Wunder also, daß sie im Bewußtsein der Arbeiter einen so nachhaltigen Niederschlag gefunden haben und Wirklichkeitserfassung, aber auch das projektive politische Denken durchdringen.

Ohne Zweifel sind die Erfolge der sozialintegrativen Strategie beachtlich. Aber auch das nicht erst seit drei Jahrzehnten BRD. Schon kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges konnte der Kathedersozialist *Lujo Brentano* auf stolze Erfolge der Integrationsstrategie verweisen: „Durch den Kathedersozialismus ist das Deutsche Reich vor dem Zusammen-

13 Frank Deppe, Zur theoretischen und empirischen Analyse des ‚Staatsbewußtseins‘ der Arbeiter, in: Kritische Psychologie, Bericht über den 1. Internationalen Kongreß „Kritische Psychologie“, Köln, 1977, S. 420 ff.

14 Manfred Hahn, Historiker und Klassen, Frankfurt 1976, S. 133.

15 zitiert nach Manfred Hahn, a. a. O., S. 123.

bruch bewahrt worden, der ihm ohne die von den Kathedersozialisten befürwortete Politik vom Abfall der Arbeiterklasse gleich bei Ausbruch des Krieges gedroht hätte."¹⁵

Aber dies ist nur die eine Seite der Integration. Die andere besteht in einem tiefverwurzelten Anspruch der Arbeiterschaft auf vernünftiges soziales Handeln des Staates. Die Sozialstaatsillusion ist kein Bewußtseinsmerkmal, das seine Existenz der reinen Ideologie verdankt, sie ist auch das Ergebnis materieller Bedingungen. Wobei nicht übersehen werden kann, daß diese Bedingungen selbst die Spuren erfolgreicher Kämpfe der Arbeiterklasse tragen.

Daß bei diesem Doppelcharakter der Sozialstaatsillusion die Seite überwiegt, die das Bewußtsein der westdeutschen Arbeiterklasse loyal an das bestehende System bindet, kann und soll hier nicht bestritten werden. Was jedoch bestritten wird, ist die Behauptung, daß dieser Bewußtseinsinhalt erst gänzlich absterben muß, ehe die Arbeiterklasse ein politisches Bewußtsein entwickeln kann, das seinen höchsten Ausdruck in der Einsicht in die Notwendigkeit politischer Machtergreifung findet. Vielmehr liegt in der Sozialstaatsillusion die Einsicht in die Notwendigkeit der Einflußnahme auf den Staat bereits begründet. Im gleichen Maße, wie die Macht des bürgerlichen Staates nicht mehr in der Lage ist, die Lebensinteressen der Arbeiterklasse zu gewährleisten, entpuppt sich der herrschende Staatsapparat als nur bürgerliches Machtinstrument. Und dies nur deshalb, weil die Staatsvorstellung der Arbeiter, so sehr sie auch vermittelt sein mag durch die herrschende Ideologie, in Widerspruch gerät zur Wirklichkeit staatlichen Handelns.

In die Überlegung, welche Rolle das Staatsbewußtsein der westdeutschen Arbeiter in der gegenwärtigen Krise, in der offensichtlichen Unfähigkeit des Staates, seinen eigenen ideologischen Ansprüchen gerecht zu werden, spielen wird, muß auch der Funktionswandel des Staates einbezogen werden. Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus greift der staatliche Machtapparat im zunehmenden Maße zugunsten der Monopole in die allgemeinen Reproduktionsbedingungen ein. Dies kollidiert notwendigerweise mit den Erwartungen, die die Arbeiterklasse an den Staat richtet. So sehr also diese Erwartungen auch das Ergebnis der oben beschriebenen Integrationsstrategie sein mögen, im Zeitpunkt ihrer Nichterfüllung führen sie zum Entstehen von Konflikten, die nicht mehr allein auf ökonomischer Ebene angesiedelt sind.

Der These von *Deppe*, daß in den neueren empirischen Untersuchungen die Sozialstaatsillusionen falsch interpretiert werden, kann vor dem Hintergrund eines sich in seiner Funktion wandelnden Staates voll zugestimmt werden. „Es handelt sich bei diesen Erwartungen (der Arbeiter, *H. W.*) vielmehr um Keimformen eines politischen Bewußtseins, das die richtige Erkenntnis in sich aufgenommen hat, daß die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft gegenwärtig nicht mehr ausschließlich auf der Ebene des Austauschs von Lohnarbeit und Kapital und auf der Ebene des Verteilungskampfes zwischen Lohnarbeit und Kapital gewährleistet werden können.“¹⁶

Wie weiter unten anhand empirischer Ergebnisse belegt werden kann, treten bei gewerkschaftlich aktiven Arbeitern eine dezidierte Kritik an den Handlungszielen des Staatsapparates zusammen mit einer weitgehenden Bindung an die diesen Staat tragende Sozialdemokratie auf.

Von einem ähnlichen Doppelcharakter ist die Sozialpartnerschaftsideologie. Auch in ihr liegt nicht nur eine Hinnahme der kapitalistischen Verfügungsgewalt über die Produk-

16 *Deppe*, Zur theoretischen und empirischen Analyse . . . , a. a. O., S. 430 f.

tionsmittel begründet, sondern gleichermaßen das Ziel einer gesamtgesellschaftlichen Ausrichtung ökonomischen Handelns. Und wenn auch durch solche sozialpartnerschaftlichen Institutionen wie die Konzertierte Aktion nicht die Interessen der Arbeiterklasse, sondern die des Kapitals durchgesetzt werden, so verankert sich doch im Bewußtsein der Arbeiter damit gleichzeitig der Gedanke zentraler Verteilungsentscheidungen.

Es ist in beiden Fällen, in der Verbreitung der Sozialstaatsillusion und in der Verankerung der Sozialpartnerschaftsideologie, das Paradoxon enthalten, daß die bürgerliche Herrschaft zu herrschaftssichernden Ideologien greift, die mit ihrem Gegenteil behaftet sind, nämlich mit Prinzipien, deren tatsächliche Verwirklichung die Aufhebung bürgerlicher Herrschaft notwendig macht.

Es scheint sicher, daß Staatsillusionismus und sozialpartnerschaftliches Denken in sich selbst zwar den Keim richtiger Einsichten bergen, daß dieser Keim jedoch nicht biologisch aus sich selbst heraustreibend neue Einsichten hervorbringt. Auch der Widerspruch zwischen der zutreffenden Einsicht in die Klassenlage und der ideologisch mystifizierten Disposition gegenüber dem Staat bringt von sich aus nicht die gedankliche Aufhebung des Widerspruchs hervor. Trotzdem schafft der hier beschriebene Widerspruch in der Staatsillusion und der Sozialpartnerschaftsideologie, wie auch der Widerspruch zwischen diesen Vorstellungen und der Einsicht in die eigene Klassenlage, eine psychische Ausgangssituation, die das Wirksamwerden besonderer Gesetzmäßigkeiten des Bewußtseins möglich macht.

G. G. Diligenski greift in seiner Arbeit über die Bedürfnisse der Arbeiterklasse¹⁷ die These von Leontjew über das Auseinanderfallen von persönlichem Sinn und gesellschaftlicher Bedeutung auf und bezeichnet die hierbei auftretende Spannung als mächtigen „inneren Stimulus“ des Bewußtseins.¹⁸ Nach seiner Auffassung „fungiert die Basisspannung als Ausgangscharakteristik des inneren Zustandes des Subjekts“.¹⁹

So könnten auch die oben bezeichneten Widersprüche als „Basisspannung“ gewertet werden, die vermittelt durch Tätigkeit zur gedanklichen Aufhebung treibt. Wichtig ist aber auch hier wiederum die Rolle der Tätigkeit, die einerseits den Widerspruch im Bewußtsein zur psychischen Spannung werden läßt und andererseits auch erst den äußeren Zwang zur Anpassung des Bewußtseins an die Tätigkeit setzt. Damit der durch Tätigkeit beginnende und sich psychisch fortsetzende Prozeß der Angleichung des Bewußtseins an die Realität und damit die Entwicklung von politischem Klassenbewußtsein erfolgreich verlaufen kann, muß jedoch eine weitere Voraussetzung vorhanden sein, nämlich die wirksame Propagierung von Theorien, die an die richtigen Einsichten anknüpfen können. Damit kommt der empirischen Untersuchung des Arbeiterbewußtseins eine besondere Aufgabe zu. Sie hat die Inhalte widersprüchlichen Bewußtseins unter der Prämisse zu erfassen, daß in den „falschen“ Bewußtseinsinhalten Elemente zutreffender Wirklichkeitsfassung vorhanden sind, und sie muß das innere Band deutlich machen, das Einsicht in die ökonomische Klassenlage und Gesellschaftsvorstellung miteinander verbindet. Auf der Grundlage dieser Kenntnis können erst weiterführende programmatische Forderungen entwickelt werden, die an das vorhandene Bewußtsein anknüpfen. „Hier wird deutlich“, so schreibt J. H. v. Heiseler, „daß die Erarbeitung einer alternativen Wirtschaftspo-

17 G. G. Diligenski, Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus, Hrsg. IMSF (Theorie und Methode I), Frankfurt 1978.

18 Diligenski, a. a. O., S. 61.

19 ebenda.

litik nicht nur — und das ist selbstverständlich — für die gewerkschaftliche Gesamtstrategie immer notwendiger wird; es zeigt sich, daß diese Aufgabe auch unbedingt vom Gesichtspunkt der Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiter und Angestellten angegriffen werden muß.“²⁰

3. Das ökonomische Lagebewußtsein

Das ökonomische Lagebewußtsein ist bei der Arbeiterklasse im Gegensatz zu anderen Bewußtseinsinhalten am weitesten entwickelt. Das belegen fast alle empirischen Untersuchungen, die dieser Fragestellung nachgehen. Bei *Walter Nickel* bezeichnen 70 Prozent der Facharbeiter die Einkommens- und Vermögensverteilung als „ungerecht und einseitig“.²¹

In der von einer Forschungsgruppe vom Institut für Soziologie an der FU in Westberlin durchgeführten Untersuchung zum Arbeiterbewußtsein in der Krise waren es 63 Prozent der Lohnarbeiter, die die bestehenden Einkommensunterschiede als „nicht berechtigt“ bezeichneten.²² Und in der IMSF-Studie zum Bewußtsein von Jugendlichen im Großbetrieb zeigten sich 74 Prozent der Ausgelernten mindestens bedingt bereit, durch eigene Handlung etwas zur Veränderung der Einkommensverteilung beizutragen.²³

In der uns vorliegenden Untersuchung fällt das Ergebnis noch eindeutiger aus, was einerseits darauf zurückzuführen sein mag, daß die 298 Befragten zum Kern der gewerkschaftlichen aktiven Lohnabhängigen gerechnet werden können. Es sind Teilnehmer an gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, die zu 23,5 Prozent Betriebsvertretungen angehören oder Vertrauensleute sind. Andererseits wurden eine ganze Reihe von Fragen zur ökonomischen Lage gestellt, so daß das abgegebene Urteil an Sicherheit zunimmt.²⁴

Auf die Frage, wie sie die Einkommensverteilung in der BRD beurteilen, antworteten 86,2 Prozent, daß „noch große Unterschiede“ bestehen, und nur 13,4 Prozent wählten die etwas weniger kritische Antwortmöglichkeit „hier und da bestehen noch Ungerechtigkeiten“. In einer weiteren Frage waren 71,5 Prozent sogar davon überzeugt, daß diese Unterschiede größer geworden sind, 15,8 Prozent waren der Meinung, daß sich nichts verändert habe, und nur 12,1 Prozent waren der Meinung, daß sich die Unterschiede verringert hätten.

Ähnlich fallen die Antwortprofile zu Fragen der Vermögensbildung, der Arbeitsbelastung und der Sicherheit der Arbeitsplätze aus. So waren 85,5 Prozent der Meinung: „Vollbeschäftigung wie in den vergangenen Jahren wird es nicht mehr geben, auch wenn die Arbeitslosenzahl zurückgeht.“ Die Belastung am Arbeitsplatz beurteilten 83 Prozent zunehmend negativ. Aus sechs Fragen mit 23 Antwortmöglichkeiten wurde dann eine neue Variable gebildet, für die sich die in der Tabelle 1 festgehaltene Verteilung ergab.

20 Johannes Henrich von Heiseler, *Arbeiterbewußtsein und Krise*, in: *Marxistische Studien*, Jahrbuch des IMSF 1/1978, S. 279.

21 Walter Nickel, *Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Gewerkschaft*, Köln 1974, S. 39.

22 Christiane Bierbaum u. a., *Ende der Illusionen*, Köln 1977, S. 113.

23 J. H. von Heiseler, *Jugendliche im Großbetrieb*, Beiträge des IMSF 5, Frankfurt 1978, S. 84.

24 Die Befragung wurde im Sommer 1976 bei einer gewichteten Zufallsstichprobe durchgeführt, die aus den Teilnehmern von Bildungsveranstaltungen der DGB-Gewerkschaften gezogen wurde. Dabei wurde darauf geachtet, daß fast ausschließlich Beschäftigte aus dem Bereich der materiellen Warenproduktion erfaßt wurden. 65,8 Prozent sind Produktionsarbeiter aus Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten.

Dabei entspricht der Typ 1 der neuen Variable einer durchgehend zutreffenden Beurteilung bei allen sechs Fragen, während im Gegensatz dazu der Typ 4 stark widersprüchliche Positionen zeigt. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß 54,3 Prozent der Befragten eine sehr genaue Kenntnis der ökonomischen Klassenlage haben. Ein Anteil, der bei keinem anderen Bewußtseinsinhalt erreicht wurde.

Tabelle 1: Verteilung innerhalb der Variable „ökonomisches Lagebewußtsein“

Typ	Kennzeichnung	n	%
1	Genaueste Kenntnis	82	27,5
2	Überwiegend genaue Kenntnis	80	26,8
3	Kritische, aber widersprüchliche Beurteilung	69	23,2
4	Unkritische, aber stark widersprüchliche Vorstellung	51	17,1
	Nicht zuzuordnen	16	5,4
	Insgesamt	N = 298	100,0

Setzt man diese Einschätzung der ökonomischen Lage in Beziehung zu anderen Bewußtseinsinhalten, so zeigt sich, daß ein starker Zusammenhang zwischen der Beurteilung der Klassenlage und der Einstellung zum gewerkschaftlichen Kampf besteht. Das wird aus den Tabellen 2 und 3 deutlich, deren Irrtumswahrscheinlichkeit jeweils wesentlich geringer als 5 Prozent ist. Ganz offensichtlich bestehen deutliche Beziehungen zwischen der Einsicht in die ökonomische Lage von abhängig Beschäftigten und einer entsprechenden Erwartung an die Gewerkschaften.

Tabelle 2: Ökonomisches Lagebewußtsein / Beurteilung der gewerkschaftlichen Kampfbereitschaft

Typ	Frage: Glauben Sie, daß die Gewerkschaften in der Geschichte der BRD hätten härter vorgehen müssen, um die Interessen der Arbeitnehmer durchzusetzen?		
	Ja N = 213 %	Nein N = 39 %	Keine Antwort N = 30 %
1	35,2	15,4	3,3
2	28,6	30,8	23,3
3	23,9	25,6	26,7
4	12,3	28,2	46,7

Es wird aus anderen Korrelationen auch sichtbar, daß die Beurteilung der Lage der Arbeiterklasse Grundlage für bewußtes politisches Denken ist. Jene Befragten, die ein entwickeltes politisches Bewußtsein haben, finden sich fast ausschließlich bei den beiden bewußtesten Typen in der Variable „ökonomisches Lagebewußtsein“, aber je nachdem, wie abstrakt der politische Inhalt ist, der angesprochen wurde, findet sich ein immer kleiner

werdender Teil von Befragten mit zutreffender Beurteilung der ökonomischen Lage der Arbeiterklasse in den bewußtesten Typen politischen Denkens. Das gilt auch für den Zusammenhang zwischen Einstellung zur Sozialpartnerschaft und Lagebewußtsein.

Auch zur Sozialpartnerschaft wurde, wie noch weiter unten erläutert wird, aus mehreren Fragen eine vierfachgestufte Variable gebildet (vgl. Tab. 7). Nur 10,1 Prozent aller Befragten nahmen hierbei eine eindeutige Ablehnung sozialpartnerschaftlicher Verlautbarungen vor, während 48,7 Prozent sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen weitgehend zustimmten. Von der Gruppe derjenigen, die durchgängig bei allen sechs Fragen zur ökonomischen Lage der Arbeiterklasse zutreffende Antworten abgaben, fanden sich bei den unterschiedlichen Gegnern sozialpartnerschaftlichen Denkens nur noch 26,8 Prozent. Umgekehrt in Beziehung gesetzt, was aus der Tabelle 4 nicht sichtbar wird, zeigten aber 90 Prozent der Befragten mit eindeutiger Ablehnung der Sozialpartnerschaft eine genaue oder überwiegend genaue Kenntnis der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie der Entwicklungsbedingungen von Arbeitsbelastung und Arbeitsmarkt.

Tabelle 3: Ökonomisches Lagebewußtsein / Bejahung politischer Aktivitäten der Gewerkschaften

Frage:	Sollten die Gewerkschaften ihre Macht einsetzen, um politische Forderungen durchzusetzen?		
	Ja N = 173 %	Nein N = 98 %	Keine Antwort N = 10 %
Typ			
1	40,5	10,2	20,0
2	26,6	31,6	30,0
3	20,2	34,7	0,0
4	12,7	23,5	50,0

Tabelle 4: Zusammenhang zwischen ökonomischem Lagebewußtsein und Einstellung zur Sozialpartnerschaft

Einstellung zur Sozialpartnerschaft	Ökonomisches Lagebewußtsein			
	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4
Typ 1	26,8	6,6	2,9	2,0
Typ 2	20,7	30,3	23,5	5,9
Typ 3	15,9	13,1	19,2	29,4
Typ 4	36,6	50,0	54,4	62,7

Auch bei dieser Verteilung ist die Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner als 1 Prozent.

4. Realistische Elemente im Bewußtsein vom Staat

Die vorliegende Untersuchung ging von der Hypothese aus, daß sich im staatsmonopolistischen Kapitalismus so zahlreiche Beziehungen zwischen der ökonomischen Lage der

Arbeiterklasse und dem ökonomischen Handeln des Staates ergeben, daß zum ökonomischen Lagebewußtsein auch die Beurteilung der Staatstätigkeit gehört. Da die Untersuchung nicht nur in eine Zeit ungebrochener Krisenenwicklung, sondern auch in einen Bundestagswahlkampf fiel, konnte davon ausgegangen werden, daß gerade die gewerkschaftlich aktiven Lohnabhängigen die wirtschaftlichen Aktivitäten der Bundesregierung bzw. ihre ideologische Begründung intensiv wahrgenommen hatten.

Erstaunlicherweise zeigt sich denn auch bei diesem Aspekt des Bewußtseins eine deutliche Kritik an der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und eine kritische Einschätzung der Machtkonzentration. Es wäre jedoch verfehlt, die folgenden Ergebnisse als die allein wesentlichen Indikatoren der Staatsbeurteilung zu werten. Aus anderen Abschnitten der Untersuchung läßt sich ein entgegengesetztes Urteil über den kapitalistischen Staat ableiten. Deutlich wird jedoch, daß das Bewußtsein vom Staat nicht nur widersprüchlich ist, sondern auch Elemente enthält, an die sich anknüpfen läßt, die eine Basis für die Einsicht in die Notwendigkeit der Eroberung politischer Macht durch die Arbeiterklasse darstellen.

Bezogen auf die allgemeinen Krisenerscheinungen, wurden die Interviewpartner gefragt: „Die Bundesregierung hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die der Beseitigung der Wirtschaftskrise dienen sollen. Wem nutzen diese Maßnahmen am meisten?“ Nur 12,1 Prozent waren der Auffassung, daß diese Maßnahmen den „Arbeitnehmern“ nutzen, 28,5 Prozent gingen davon aus, daß sie „allen gleichermaßen“ zugute kommen, und 53,0 Prozent gaben als Hauptnutznießer die Unternehmer an. Da nur 4,4 Prozent aller Befragten keine Antwort abgaben, kann man davon ausgehen, daß auf diese Frage mit großer Sicherheit geantwortet wurde.

Noch kritischer fällt die Beurteilung der Wirtschaftspolitik aus, wenn nach dem größten Einfluß verschiedener Machtgruppen gefragt wird. Hier waren 67,1 Prozent der Meinung, daß die Unternehmer den größten Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ausüben. 14,4 Prozent glaubten, daß die Gewerkschaften den größeren Einfluß haben, und 13,1 Prozent gaben als mächtigsten Einflußfaktor „das Ausland“ an. Wird die Frage weiter gefaßt und nach dem allgemeinen Einfluß verschiedener Machtgruppen auf

Tabelle 5: Verteilung innerhalb der Variable „Beurteilung der politisch-ökonomischen Machtverhältnisse“

Typ	Kennzeichnung	n	%
1	Bewußte, den Klassenantagonismus widerspiegelnde Vorstellung	72	24,2
2	Überwiegend vom Klassenantagonismus geprägte Vorstellung	61	20,5
3	Kritische bis pluralistische Beurteilung der Machtverhältnisse	104	34,9
4	Pluralistische oder stark widersprüchliche Beurteilung	49	16,4
	Nicht zuzuordnen	12	4,0
	Insgesamt	N = 298	100,0

die gesamte Politik der Bundesregierung gefragt, dann werden immer noch mit 44 Prozent die Untertnehmerverbände an erster Stelle erwähnt. Hier aber sind bereits 14,4 Prozent der Meinung, daß sich die Bundesregierung nicht „von außen“ beeinflussen läßt.

Auch in diesem Fall wurden mehrere Fragen zu einer neuen Variable zusammengefaßt. Es ergibt sich eine Verteilung, die nicht mehr so eindeutig wie bei der Beurteilung der ökonomischen Lage der Arbeiterklasse ist, die aber dennoch deutlich macht, wie kritisch das ökonomische Handeln der Bundesregierung beurteilt wird und wie stark die Einsicht in die politische Machtlosigkeit der abhängig Beschäftigten entwickelt ist.

Das hier vorliegende Ergebnis bestätigt die Annahme, daß es nicht nur Widersprüche zwischen ökonomischem und politischem Bewußtsein gibt, sondern daß das politische Bewußtsein selbst, als das Bewußtsein vom Staat und seiner Funktion, dort beginnt in sich widersprüchlich zu werden, wo der Staat unmittelbar in die Verteilungskämpfe eingreift.

Wie aus anderen, weiter unten zitierten Ergebnissen hervorgeht, herrschen bei der Befragungsgruppe, trotz überwiegend kritischer Beurteilung der ökonomischen Tätigkeit des Staates, erhebliche Illusionen über die Entwicklungsmöglichkeiten des bestehenden Staats- und Gesellschaftsystems. Diese Illusionen knüpfen sich eindeutig an die Rolle der SPD in der Regierungsverantwortung. Es kann aber nicht mehr davon ausgegangen werden, daß sich diese Illusionen an einen grundsätzlich neutralen Staats- und Regierungsapparat knüpfen.

Für eine sehr große Gruppe der aktiven Gewerkschafter gilt offensichtlich, daß antimonopolistische Forderungen und sogenannter Staatsillusionismus gleichermaßen im Bewußtsein verankert sind. Die Klammer beider sich widersprechender Bewußtseinsinhalte liegt in dem großen Vertrauen begründet, das diese Befragten in die SPD setzen. *Deppe* folgert, daß dieses Bewußtsein „deshalb illusionär und widersprüchlich bleiben muß, weil es nicht durch die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung zur praktischen Kritik der Staatstätigkeit und zum Kampf um die Durchsetzung allgemeiner Reproduktionsinteressen auf der Ebene der Staatstätigkeit vermittelt wird.“²⁵

Der Weg, auf dem diese Vermittlung stattfinden kann, ist in den vergangenen Monaten deutlich geworden. Der Auszug aus der Konzentrierten Aktion, der Kampf um die 35-Stunden-Woche und auch die Beschlüsse des 11. DGB-Bundeskongresses zeigen, daß dieser Weg über autonome gewerkschaftliche Positionen und Kämpfe führen muß. Nur so lassen sich die bestehenden Widersprüche im Bewußtsein auflösen.

5. Sozialpartnerschaftliches Denken der Arbeiter — Widersprüche zur herrschenden Ideologie

Ohne Zweifel wird jede empirische Untersuchung zum Arbeiterbewußtsein eine Vielzahl sprachlicher Äußerungen erheben können, die als gängige Formulierungen der herrschenden Sozialpartnerschaftsideologie identifiziert werden können. Es liegt jedoch die Vermutung nahe, daß die Inhalte dieser Äußerungen nicht mit den Inhalten identisch sind, die die bewußten Produzenten dieser Ideologie damit verbinden. In der Vorbereitung der hier angesprochenen Untersuchung tauchte dieser Verdacht erstmals bei der Konstruktion des Fragebogens auf.

Um in den standardisierten Fragebogen Antwortmöglichkeiten aufzunehmen, die der

25 *Deppe*, Zur theoretischen und empirischen Analyse... a. a. O., S. 431.

Sprachform und der Argumentationsrichtung der Befragtengruppe entsprechen, wurden vorbereitete Intensivinterviews geführt, die in ihrer Struktur zwar schon dem endgültigen Fragebogen entsprachen, die aber wörtliche Antwort-Formulierungen erzielten und Nachfragen zuließen. Dabei zeigte sich, daß die bloße Frage nach der Möglichkeit sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit zwar klare Antworten erbringt, daß die Interviewpartner auch relativ flüssig antworten, daß aber hinter Ablehnung oder Zustimmung sehr unterschiedliche Beweggründe stehen. Gleichzeitig knüpften die Befragten an die sozialpartnerschaftliche Kooperation Bedingungen, die die Verwirklichung solcher antimonopolistischer Forderungen, wie Investitionskontrolle und Einschränkung der Monopolmacht notwendig machen. Mit einem geschlossenen Fragebogen lassen sich solche Differenzierungen nur schlecht einfangen. Sie können nur im Vergleich zwischen verschiedenen Aussagen annähernd beschrieben werden.

Um mehr zufällige Einstufungen zu verhindern, wurden den Befragten sieben Fragen beziehungsweise Statements zum Thema Sozialpartnerschaft vorgelegt. Auf die Frage: „Glauben Sie, daß Gewerkschaften und Unternehmer grundsätzlich als Partner zusammenarbeiten können, oder ist das nicht möglich?“, antworteten 52 Prozent mit ja und 45 Prozent mit nein, nur 3 Prozent gaben keine Antwort ab. Das Ergebnis für sich allein interpretiert berechtigt zu der Annahme, daß der Anteil der Sozialpartnerschaftsideologie ablehnend gegenüberstehender Befragter relativ hoch ist. Die Annahme freilich ist falsch. Wie sich aus der Tabelle 6 ablesen läßt, gibt es einen sehr hohen Anteil von Interviewpartnern, die Sozialpartnerschaft nur deshalb nicht für möglich halten, weil bestimmte Bedingungen, wie etwa das Einhalten der Absprachen durch die Unternehmer oder die Voraussetzungen zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ nicht gegeben sind.

Darüber hinaus ist die Bereitschaft sehr groß, sozialpartnerschaftlichen Aussagen zuzustimmen, wenn mit dem vorgelegten Statement bestimmte Stereotype, wie der Bezug auf das Gemeinwohl, verbunden sind.

Insgesamt gibt es bei der Reaktion auf die Statements zur Sozialpartnerschaft eine erhebliche Streuung. Die Ablehnung sozialpartnerschaftlicher Aussagen schwankt zwischen 45 und 12,8 Prozent und die Zustimmung zwischen 52 und 74,5 Prozent. Das macht bereits sichtbar, daß der Anteil entschiedener Sozialpartnerschaftsgegner relativ klein ist, jedenfalls erheblich kleiner als die Antwort auf die vorab genannte Grundsatzfrage vermuten läßt.

In der Auswertung wurden dann typische Antwortkombinationen ermittelt und wiederum einer vierfachgestuften Variable zugeordnet. Wie die Tabelle 7 erkennen läßt, ist die Gruppe der grundsätzlich Ablehnenden nach der Auswertung nur noch mit 10,1 Prozent vertreten. Selbst wenn man berücksichtigt, daß Verständnisfehler bei der Antwortabgabe möglich sind und die Befragten des Typ 2 immer noch eine grundsätzliche Ablehnung der Sozialpartnerschaft zeigen, was die Zusammenfassung der Typen 1 und 2 rechtfertigte, sind es nicht mehr als 31,2 Prozent aller Befragten, die eine sichere Ablehnung der Sozialpartnerschaftsideologie vornehmen. Die eigentliche Mittelgruppe, die sehr widersprüchlich antwortete, machte nur 18,5 Prozent aus, und der Typ 4, dem Befragte zugeordnet wurden, die fast durchgängig sozialpartnerschaftliche Stereotype als richtig ankreuzten, nimmt mit 48,7 Prozent den größten Anteil ein.

Für die weitere Analyse der Daten war es wichtig zu erfahren, welche anderen Bewußtseinsinhalte gerade diejenigen haben, die eine stark widersprüchliche oder die Sozialpartnerschaft bejahende Einstellung aufweisen. Denn auf diese Weise konnte festgestellt wer-

den, welche inhaltlichen Vorstellungen hinter der Bejahung der Sozialpartnerschaft zu suchen sind.

Die Tabellen 8 und 9 verdeutlichen den Zusammenhang zwischen der Einstellung zur Sozialpartnerschaftsideologie und der Beurteilung einer kämpferischen Gewerkschaftsstrategie. So wurde unter anderem gefragt: „Glauben Sie, daß die Gewerkschaften irgendwann in der Geschichte der Bundesrepublik hätten härter vorgehen müssen, um die Interessen der Arbeitnehmer durchzusetzen?“ Die Frage schloß sich an eine Fragenbatterie zum Thema Streik an, so daß dieses härtere Vorgehen bereits eine recht konkrete Richtung ansprach. 74,5 Prozent aller Befragten stimmte dieser Meinung zu.

Tabelle 6: Einstellung zum Verhältnis zwischen Unternehmern und abhängig Beschäftigten

Frage: Es gibt sehr unterschiedliche Auffassungen zum Verhältnis von Unternehmern und abhängig Beschäftigten. Welche der nebenstehenden Meinungen finden Sie richtig, und welche finden Sie falsch?

Statement	N = 298	Richtig %	Falsch %	Keine Antwort %
Kapital und Arbeit haben zwar unterschiedliche Interessen, doch wenn beide Seiten das Gemeinwohl beachten, können Konflikte vermieden werden.		67,8	23,8	8,4
Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit ist nicht möglich, weil die Unternehmer ihren Gewinn nur auf Kosten der Arbeiter und Angestellten erwirtschaften können.		58,4	28,9	12,8
Ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit wäre möglich, wenn sich die Unternehmer an die getroffenen Vereinbarungen halten würden.		61,1	27,9	11,1
Der Gedanke der Sozialpartnerschaft verschleiert die wirklichen Verhältnisse in der Gesellschaft.		59,4	25,8	14,8
Seitdem die Macht der Unternehmer durch Gesetze und Tarifverträge eingeschränkt wurde, ist in der BRD die Sozialpartnerschaft an die Stelle des Klassenkampfes getreten.		50,3	35,6	14,1
Sozialpartnerschaft ist nur dort möglich, wo sich beide Seiten um vertrauensvolle Zusammenarbeit bemühen.		74,5	12,8	12,8

Die in der Tabelle auftretenden Differenzen sind nicht mehr signifikant. Nach dem Chi-Quadrat-Test kann nicht mit ausreichender Sicherheit ausgeschlossen werden, daß die auftretenden Abweichungen mehr als zufälliger Natur sind. Das heißt, daß unabhängig von der Einstellung zur Sozialpartnerschaft ein härteres Vorgehen der Gewerkschaften für notwendig befunden wird oder abgelehnt wird. Da die der Sozialpartnerschaftsideologie weitgehend zustimmenden Befragten des Typ 4 immer noch zu 70,3 Prozent eine härtere Gangart der Gewerkschaften befürworten, läßt sich vermuten, daß das Verhaftetsein in sozialpartnerschaftlichem Denken eine Bejahung kämpferischer Gewerkschaftsstrategie nicht ausschließt.

Diese Annahme läßt sich durch die Korrelation mit einer weiteren Frage zur Gewerkschaftspolitik erhärten. Gefragt, ob die Gewerkschaften ihre Macht auch einsetzen soll-

Tabelle 7: Einstellung zur Ideologie der Sozialpartnerschaft

Typ	Kennzeichnung	n	%
1	Grundsätzlich ablehnende Einstellung	30	10,1
2	Ablehnende Einstellung mit widersprüchlicher Beurteilung	63	21,1
3	Ablehnende, aber stark widersprüchliche Einstellung	55	18,5
4	Überwiegend positive Einstellung zur Sozialpartnerschaft	145	48,7
	nicht zuzuordnen	5	1,6
		N = 298	100,0

Tabelle 8: Einstellung zur Sozialpartnerschaft und Bejahung eines härteren Vorgehens der Gewerkschaften

Bejahung eines härteren Vorgehens der Gewerkschaften	Einstellung zur Sozialpartnerschaft			
	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4
Ja	93,4	77,7	74,5	70,3
Nein	3,3	17,5	16,4	15,2
Keine Antwort/Weiß nicht	3,3	4,8	9,1	14,5

Tabelle 9: Einstellung zur Sozialpartnerschaft und Bejahung einer politische Forderungen durchsetzenden Gewerkschaftsstrategie

Sollten die Gewerkschaften ihre Macht einsetzen, um politische Forderungen durchzusetzen?	Einstellung zur Sozialpartnerschaft			
	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4
Ja	86,7	58,7	63,0	56,6
Nein	10,0	39,7	31,5	40,0
Keine Antwort/Weiß nicht	3,3	1,6	5,6	3,4

ten, um politische Forderungen durchzusetzen, also Forderungen gegenüber dem Staat, stimmten 61,3 Prozent dem zu, 35,3 Prozent lehnten eine solche Gewerkschaftspolitik ab, und 3,4 Prozent gaben keine Antwort.

Auch bei dieser Tabelle ist die Irrtumswahrscheinlichkeit mit 6 Prozent so hoch, daß die Unterschiede nicht mehr als signifikant angenommen werden können. Obwohl also im Typ 1 immerhin 86,7 Prozent der Forderung zustimmen und im Typ 4 nur noch 56,6 Prozent, kann nicht davon gesprochen werden, daß die Einstellung zur Sozialpartnerschaft zu signifikanten Unterschieden in der Beurteilung einer politische Forderungen durchsetzenden Gewerkschaft führt. Hält man sich vor Augen, daß 56,6 Prozent derjenigen, die am deutlichsten für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Unternehmern sind, trotzdem für eine Gewerkschaft eintreten, die ihre Macht einsetzt, um politische Forderungen durchzusetzen, was eindeutig gegen die herrschende Ideologie der Sozialpartnerschaft spricht, dann lassen sich zumindest zweierlei Schlußfolgerungen ziehen. Entweder ist die Bereitschaft zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Unternehmern auf einen sehr engen, nämlich den betrieblichen Bereich begrenzt, oder die Befragten haben tatsächlich eine völlig andere Vorstellung von Sozialpartnerschaft, als auf der Grundlage ihrer Antwortstruktur angenommen werden kann.

Beide Annahmen, die sich im übrigen auch nicht gegenseitig ausschließen, finden sich bestätigt, wenn man die Reaktion auf sozialpartnerschaftliche Statements in Beziehung zu antimonopolistischen Forderungen setzt. Im Anschluß an einen Fragenkomplex zur Krisenpolitik wurden die Interviewpartner gefragt, ob sie „grundlegende Veränderungen in unserem Wirtschaftssystem für notwendig“ halten. 63,8 Prozent stimmten solchen Veränderungen zu. Den Zustimmenden wurden dann vier verschiedene Veränderungen vorgelegt und nach ihrer Stellungnahme gefragt. Setzt man diese Stellungnahmen in Zusammenhang zur Bejahung oder Ablehnung der Sozialpartnerschaft, dann ergeben sich für die Beurteilung der Widersprüche im Arbeiterbewußtsein bedeutsame Ergebnisse.

Tabelle 10: Einstellung zur Sozialpartnerschaft und Befürwortung von Investitionskontrollen und Investitionslenkung

Kontrolle und Lenkung der Investitionen	Einstellung zur Sozialpartnerschaft			
	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4
Ja	89,7	88,6	75,0	65,7
Nein	10,3	9,1	15,0	30,7
Keine Antwort	0	2,3	10,0	3,6

Hier sind die auftretenden Differenzen zwischen den verschiedenen Typen der Einstellung zur Sozialpartnerschaft so gering, daß die Irrtumswahrscheinlichkeit, die Unterschiede könnten doch mehr als zufällig sein, 38 Prozent beträgt. Da in den Sozialwissenschaften höchstens eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent akzeptiert wird, ist die Interpretation erlaubt, daß kein Zusammenhang zwischen den beiden Variablen besteht.

Die in der Tabelle 11 aufgeworfene Frage nach der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie und marktbeherrschender Unternehmen ist dann allerdings von so großer Bedeutung gewesen, daß hier hochsignifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Typen der

Tabelle 11: Einstellung zur Sozialpartnerschaft und Befürwortung der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie und marktbeherrschender Unternehmen

Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie und marktbeherrschender Unternehmen	Einstellung zur Sozialpartnerschaft			
	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4
Ja	93,1	72,2	65,0	54,1
Nein	6,9	22,7	22,5	38,8
Keine Antwort	0	5,1	12,5	7,1

Einstellung zur Sozialpartnerschaft errechnet wurden. Die Irrtumswahrscheinlichkeit ist kleiner als ein Prozent. Selbst wenn man berücksichtigt, daß in diese Rechnung nur jene Befragten eingingen, die Veränderungen in unserem Wirtschaftssystem für notwendig erachten — immerhin ein Anteil von 63,8 Prozent —, so ist doch die Gruppe, die einerseits der Sozialpartnerschaft positiv gegenübersteht, andererseits aber für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie ist, insgesamt sehr groß. Stellt man die in der Tabelle 11 formulierte Frage nach dem Zusammenhang zwischen beiden Bewußtseinsmerkmalen anders, so sind 35,1 Prozent der Befragten, die sich für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie aussprechen, in ihrer Beurteilung der Sozialpartnerschaft dem Argumentationstyp 4 zuzurechnen; also einem Typ, der weitgehend sozialpartnerschaftlich im Sinne der vorgegebenen Statements denkt.

Doch der sich hier aufbauende Widerspruch tritt noch schärfer hervor, wenn eine Kreuzung zwischen der Bereitschaft, eine Entwicklung zum Sozialismus zu unterstützen und den Typen sozialpartnerschaftlichen Denkens hergestellt wird. Die Ausgangsfrage lautete: „Würden Sie eine Entwicklung der Bundesrepublik zum Sozialismus unterstützen?“ 39,9 Prozent aller Befragten stimmten dem zu, 46 Prozent lehnten das ab, und 14,1 Prozent konnten keine Antwort abgeben. In der Tabelle 12, in der dargestellt wird, wie sich die verschiedenen Argumentationstypen zum Bereich Sozialpartnerschaft auf die Antwortkategorien zur Sozialismusfrage verteilen, wird sichtbar, daß auch hier der größte Teil der Befürworter einer sozialistischen Entwicklung in sozialpartnerschaftlichem Denken befangen ist.

Tabelle 12: Bereitschaft zur Unterstützung sozialistischer Politik und Einstellung zur Sozialpartnerschaft

Frage: Würden Sie eine Entwicklung der Bundesrepublik zum Sozialismus unterstützen?			
Einstellung zur Sozialpartnerschaft Typ	Ja	Nein	Keine Antwort
	N = 117 %	N = 135 %	N = 41 %
1	24,8	0,0	2,4
2	23,1	17,8	29,3
3	15,4	20,7	22,0
4	36,8	61,5	46,3

Die Frage anders gestellt, sind 96,7 Prozent der entschiedenen Gegner sozialpartnerschaftlicher Vorstellungen auch für eine sozialistische Entwicklung der BRD. Daraus wird bereits deutlich, daß hier signifikante Unterschiede feststellbar sind; so ist denn auch die Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner als 0,1 Prozent.

Unberücksichtigt muß hierbei bleiben, was die Befragten unter einer Entwicklung zum Sozialismus verstehen. Andere Ergebnisse der Untersuchung zeigen, daß diese Vorstellungen weitgehend unklar sind, wie auch die Vorstellungen über den Weg dahin mit Illusionen durchsetzt sind, die sich insbesondere an die Rolle der SPD knüpfen. Trotzdem bleibt festzuhalten, daß das oft zitierte sozialpartnerschaftliche Denken zumindest bei aktiven Gewerkschaftern in vielen Fällen nicht mit der gängigen Vorstellung von Sozialpartnerschaft übereinstimmt. Untersuchungen, die bei der einfachen Feststellung sozialpartnerschaftlicher Bewußtseinsinhalte stehenbleiben, erwecken dementsprechend zu leicht den Eindruck, als würden mit der sozialintegrativen Ordnungsvorstellung weitergehende politische Perspektiven im Bewußtsein blockiert. Auf der Basis der zitierten Ergebnisse kann eine solche Annahme nicht bestätigt werden.

6. Die Widersprüche im projektiven politischen Denken

Eine wesentliche Funktion des Bewußtseins ist das projektive Denken, das Setzen von Zielen und Wertvorstellungen. Während die Widerspiegelung der ökonomischen Klassenlage eng an die sinnliche Wahrnehmung gebunden ist, wobei Elemente des subjektiven Faktors nur eine vermittelnde Funktion übernehmen, kann das projektive politische Denken nicht aus der unmittelbaren Alltagserfahrung entspringen. Es entsteht im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Prozeß, aus der besonderen Form der Teilnahme an diesem Prozeß und ist entscheidend geprägt durch die Struktur des subjektiven Faktors.

Der oft zitierte und bewußt mißgedeutete Satz *Lenins*, daß das politische Klassenbewußtsein dem Arbeiter nur von außen gebracht werden kann, „das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern“²⁶ findet seine Begründung in der Aneignungsweise des Lohnarbeiters.

Im Kommunistischen Manifest weisen *Marx* und *Engels* auf den Unterschied zwischen dem Emanzipationskampf der früheren Klassen und dem Kampf der Arbeiterklasse hin: „Alle früheren Klassen, die sich die Herrschaft eroberten, suchten ihre schon erworbene Lebensstellung zu sichern, indem sie die ganze Gesellschaft den Bedingungen ihres Erwerbs unterwarfen. Die Proletarier können sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur erobern, indem sie ihre eigene bisherige Aneignungsweise und damit die ganze bisherige Aneignungsweise abschaffen.“²⁷

Der noch unfreie Bourgeois praktizierte das bereits Neue in der alten Gesellschaftsformation. Der Widerspruch zwischen seinem Tun und der die Entwicklung fesselnden Gesellschaftsverfassung war nicht nur alltäglich erfahrbar, aus seiner alltäglichen Aneignungsweise konnte darüber hinaus projektives politisches Denken entstehen, das letztlich auf die Ausdehnung dieser Aneignungsweise hinauslief. Die erste Bedingung, nämlich

26 W. I. Lenin. Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, in: Lenin, Werke, Band 5, Berlin 1955, S. 436.

27 Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 472.

die Einsicht in den Widerspruch zwischen persönlichem Wollen und gesellschaftlicher Beschränkung, gilt auch für die Existenz des Lohnarbeiters. Aber die Arbeiterklasse findet das Ziel ihrer historisch notwendigen Aktion nicht schon in der alltäglichen Praxis begründet, sie muß es gedanklich entwickeln.

Historisch ist die Entwicklung dieser Gedankenform durch die Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus vollzogen, und die Notwendigkeit der Arbeiterpartei gründet sich nicht zuletzt auf die Funktion dieser Klassenorganisation, die Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten des Kampfes an jede neue Arbeitergeneration weiterzugeben. Das projektive politische Denken der Arbeiter ist also an die Praxis einer selbständigen, die aktuellen und historischen Erfahrungen verallgemeinernden Arbeiterpartei gebunden.

Die besonderen Bedingungen der Bundesrepublik erschweren die Transformation spontaner ökonomischer und politischer Erfahrungen der Arbeiterklasse in politisches Klassenbewußtsein. Daß in den vergangenen 46 Jahren die Partei der Arbeiterklasse zusammengenommen 24 Jahre in die Illegalität gedrängt wurde und noch immer die legale Arbeit der Kommunisten behindert wird, wie in keinem anderen kapitalistischen Land Europas, ist von nachhaltigem Einfluß auf die Entwicklung des Arbeiterbewußtseins. Besonders deutlich wird das an der untersuchten Stichprobe aus der Grundgesamtheit aktiver Gewerkschaftler. Denn so überraschend ausgeprägt das ökonomische Lagebewußtsein bei dieser Gruppe auch ist, wie skeptisch sie auch das ökonomische Handeln des Staates beurteilen und auch antimonopolistische Forderungen weitgehend unterstützen, das projektive politische Denken steht einerseits im Gegensatz zu diesen Einsichten und ist andererseits in sich selbst stark widersprüchlich.

Der Gegensatz zwischen der Übernahme sozialpartnerschaftlicher Ordnungsvorstellungen bei gleichzeitiger Befürwortung entscheidender antimonopolistischer Veränderungen ist nur aus den oben beschriebenen Bedingungen heraus zu erklären. Die sozialistische Alternative findet sich im Bewußtsein der Befragten in zahlreichen richtigen Einsichten. Was jedoch fehlt, was am wenigsten entwickelt ist, das ist die Einsicht in die Gesetzmäßigkeit des Handelns, das zur Durchsetzung der als richtig anerkannten Forderungen führt. Auch die Tatsache, daß sich relativ viele Befragte für den Sozialismus aussprechen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das projektive politische Denken der Befragten wenig entwickelt ist.

Dieser Widerspruch, einerseits die sozialistische Alternative zu bejahen und andererseits im projektiven politischen Denken an systemimmanenten Wertvorstellungen und Zielsetzungen festzuhalten, erfährt im Bewußtsein der Befragten eine vielfache Ausprägung. Im folgenden sollen dafür drei Beispiele dargestellt werden. Einmal der Zusammenhang zwischen der Einstellung zur sozialistischen Alternative und der Bewertung der beiden Gesellschaftssysteme, dann die Vorstellung über den möglichen Weg zum Sozialismus und schließlich noch einmal der Zusammenhang zwischen Zukunftserwartung und Einstellung zu einer sozialistischen Entwicklung der BRD.

Bereits in der Voruntersuchung, die die Antwortvorgaben für die Hauptuntersuchung lieferte, nahmen die Interviewpartner eine auf den ersten Blick diffuse oder widersprüchliche Beurteilung der beiden Gesellschaftssysteme vor. Einerseits wurde unser Gesellschaftssystem weitgehend klassenbewußt kritisiert, andererseits wurde die sozialistische Gesellschaftsordnung mit Kennzeichnungen versehen, die ihren Ursprung im herrschenden Antikommunismus haben. Die Tabelle 13 verdeutlicht anschaulich die Widersprüchlichkeit in der Bewertung der Gesellschaftssysteme. Zwar erhielten die entschei-

denden Statements zur klassenbewußten Beschreibung der bestehenden Gesellschaftsordnung in der BRD die meisten zustimmenden Antworten, gleichzeitig stimmten viele dieser Befragten jedoch solchen Statements zu, die auch den Sozialismus als Alternative ausschließen.

Die Erklärung für dieses Antwortverhalten, das in hohem Maße widersprüchlich scheint, ist jedoch in der widersprüchlichen Situation der bundesdeutschen Arbeiterbewegung begründet. Auf der einen Seite hat gerade die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die ja gerade die aktiven Gewerkschafter erfaßt, den Stoff für eine fundierte Kritik der ka-

Tabelle 13: Beurteilung verschiedener Statements, mit denen die beiden Gesellschaftssysteme beschrieben werden

Frage: Hier finden Sie eine Reihe von Meinungen, wodurch sich unsere Gesellschaft von einer sozialistischen unterscheidet. Kreuzen Sie bitte an, welche Meinung zutreffend ist, und welche Sie falsch finden.

Statement	Richtig %	Falsch %	Keine Antwort %
In unserem Gesellschaftssystem wird jeder nach seiner Leistung bezahlt, und der Tüchtige kann sich durchsetzen	42,3	53,0	4,7
Im Sozialismus wird nicht die Leistung bezahlt, es werden alle gleichgeschaltet	37,2	53,7	9,1
In unserer Gesellschaftsordnung können sich die Unternehmer zu Lasten der abhängig Beschäftigten bereichern	87,2	7,7	5,0
Im Sozialismus entscheidet der Staat über die Verteilung der erwirtschafteten Einnahmen	68,8	22,5	8,7
In unserer Gesellschaftsordnung ist die Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse durch Besitz oder Nichtbesitz von Kapital vorgegeben. Es gibt keine Chancengleichheit	73,2	20,8	6,0
Im Sozialismus gibt es keine durch Besitz vorgegebenen sozialen Unterschiede	58,1	33,9	8,1
Im Sozialismus kann man nur etwas werden, wenn man in der Partei ist	55,7	36,9	7,4
Es gibt für den Arbeiter keine Unterschiede in den beiden Gesellschaftssystemen, er ist hier wie dort benachteiligt	52,7	37,9	9,4

pitalistischen BRD geliefert, andererseits blendet sie aber die konkrete sozialistische Alternative aus, bleibt bei diffusen Sozialismusvorstellungen stehen und überläßt die Information über den real existierenden Sozialismus der bürgerlichen Ideologieproduktion.

Der Widerspruch im Denken ist auch hier wiederum nichts anderes als ein Reflex widersprüchlicher Praxis, ist Spiegelbild einer Praxis, in der die Gebrechen der kapitalistischen Gesellschaft erklärt und im gewerkschaftlichen Kampf auch angegangen werden, in der es aber an politischen Alternativen mangelt.

Die verschiedenen Statements zum Problembereich Systembewertung sind einzeln kaum aussagekräftig, sie müssen im Zusammenhang zueinander interpretiert werden. Deshalb wurde auch hier eine aus den vorliegenden Antworten vierfach gestufte Variable gebildet, wobei entscheidende Fragen für die Zuordnung jene waren, die eindeutigen Charakter hatten und nicht unterschiedlich interpretiert werden konnten. Die Gruppe, die bei allen acht Fragen eindeutig die bestehende Gesellschaftsordnung kritisierte und den Sozialismus positiv beurteilte, beziehungsweise antikommunistische Stereotype zurückwies, ist verschwindend klein. Die zweite Gruppe, die mit 26,8 Prozent relativ stark besetzt ist, nahm zwar eine eindeutig ablehnende Haltung zum bestehenden Gesellschaftssystem ein, wich aber in jeweils einer Frage von einer positiven Beurteilung des Sozialismus ab. Die größte Gruppe bilden jedoch jene Befragten, die weitgehend systemloyal argumentieren und ein stark widersprüchliches bis negatives Sozialismusbild haben.

Tabelle 14: Verteilung innerhalb der neuen Variable „Systembewertung“

Typ	Kennzeichnung	n	%
1	Eindeutig kritische Einstellung zur kapitalistischen Gesellschaftsformation und widerspruchlos positive Beurteilung des Sozialismus	9	3,0
2	Eindeutig kritische Einstellung zur kapitalistischen Gesellschaftsformation und überwiegend positive Beurteilung des Sozialismus	80	26,8
3	Kritische, aber widersprüchliche Einstellung zur kapitalistischen Gesellschaftsformation, unklares bis negatives Bild vom Sozialismus	64	21,5
4	Überwiegend positive Bewertung der kapitalistischen Gesellschaftsformation und stark negatives Sozialismusbild	84	28,2
	Nicht zuzuordnen	61	20,5
	Insgesamt	298	100,0

Setzt man die Systembewertung der Befragten in Beziehung zur Ablehnung oder Befürwortung einer sozialistischen BRD, dann ergibt sich zwar ein sehr starker Zusammenhang zwischen den beiden Variablen, ein recht großer Teil von Befürwortern einer sozialistischen Entwicklung findet sich aber in den Gruppen, die weder die kapitalistische Gesellschaftsordnung eindeutig kritisieren, noch ein positives Sozialismusbild haben.

Stellt man den Zusammenhang anders dar als in der Tabelle 15, dann sind nur 8,1 Prozent der Befürworter einer sozialistischen Entwicklung im Typ 1 vertreten, sind also eindeutig in der Lage, das bestehende Gesellschaftssystem zu kennzeichnen und beurteilen durchgängig auch den Sozialismus positiv. 56,6 Prozent dieser Befragten wurden in den Typ 2, 23,2 Prozent in den Typ 3 und immer noch 12,1 Prozent in den Typ 4 eingeordnet.

Es lag die Vermutung nahe, daß die meisten Befragten die Beurteilung der sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht auf der Grundlage einer Utopie, sondern auf der Basis ihrer Kenntnisse über den existierenden Sozialismus vornahmen. Deshalb wurden in einem zweiten Schritt den Befragten Statements zur DDR vorgelegt. Dabei zeigte sich, daß eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der abstrakten Beurteilung des sozialistischen Gesellschaftssystems und der Einstellung zur DDR besteht. Bei der Zusammenfas-

Tabelle 15: Zusammenhang zwischen Systembewertung und Bereitschaft zu einer Unterstützung sozialistischer Entwicklung

Würden Sie eine Entwicklung der BRD zum Sozialismus unterstützen?	Bewertung der Gesellschaftssysteme			
	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4
Ja	88,9	70,0	35,9	14,3
Nein	0	17,5	48,4	73,8
Keine Antwort/Weiß nicht	11,1	12,5	15,7	11,9

Tabelle 16: Antworten der Befragten zur Entwicklung in der DDR

Frage: Nebenstehend finden Sie einige Meinungen zur gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR. Welche Aussagen finden Sie richtig, und welche finden Sie falsch?

Statement	Richtig %	Falsch %	Keine Antwort %
Die DDR ist ein sozialistischer Staat	48,3	44,0	7,7
In der DDR wird die Entwicklung zum Sozialismus durch mangelnde Freiheitsrechte verhindert	74,8	18,5	6,7
Abgesehen von einigen Fehlentwicklungen ist die DDR auf dem Weg zum Sozialismus	41,9	47,3	10,7
In der DDR ist nur die Wirtschaft verstaatlicht worden, die Wirtschaftsform ist aber immer noch wie im Kapitalismus	46,3	44,0	9,7
Die Verhältnisse in der DDR sind ein Beweis dafür, daß unser Gesellschaftssystem dem Sozialismus überlegen ist	52,7	38,6	8,7

sung der verschiedenen, in Tabelle 16 aufgeführten Antwortvorgaben, ergab sich wiederum nur eine Gruppe von 10,4 Prozent aller Befragten, die ein weitgehend positives DDR-Bild haben. Klar umgrenzbar ist auch die Gruppe jener, die die DDR ausgesprochen negativ beurteilt, sie umfaßt 30,2 Prozent. Der größte Teil der Interviewpartner, nämlich 59,4 Prozent, argumentierte jedoch so widersprüchlich, daß einerseits keine inhaltlichen Differenzierungen, aber auch keine inhaltlichen Gemeinsamkeiten mehr festzustellen waren. Bedeutsam waren nur noch Kreuzungen zwischen einzelnen Statements. So glauben 70,4 Prozent jener Befragten, die die DDR als sozialistischen Staat bezeichnen und die gleichzeitig der Meinung sind, daß die DDR auf dem richtigen Weg ist, trotzdem, daß „die Entwicklung zum Sozialismus durch mangelnde Freiheitsrechte verhindert wird“.

Das projektive politische Denken der Arbeiterklasse, als eine wesentliche Funktion des Bewußtseins, stößt ganz offensichtlich an die Grenzen, die der Antikommunismus setzt. Das verbale Bekenntnis zur sozialistischen Entwicklung findet keine Fortsetzung in der Parteinahme für den real existierenden Sozialismus, sondern steht im Widerspruch zur konkreten Bestimmung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Betrachtet man diese Funktion des Bewußtseins jedoch wiederum als eine, die an praktisches Handeln gebunden ist, die sich erst herausbildet unter dem Zwang, alle Bewußtseinsinhalte an die Erfordernisse der zielgerichteten Handlung anzupassen, dann wird deutlich, daß diese Widersprüche erst aufhebbar sind durch die Aktion, durch den Kampf um gesellschaftliche Veränderungen, die den Rahmen der gewerkschaftlichen Kämpfe überschreiten. Solange dies nicht der Fall ist, sind auch genauere Vorstellungen über die sozialistische Gesellschaft wie über den Weg dorthin nicht zu erwarten.

Von den Befragten, die eine sozialistische Entwicklung der BRD unterstützen wollen, knüpft die Mehrheit große Erwartungen an die SPD. Wie aus der Tabelle 17 deutlich wird, sind 57,5 Prozent der Auffassung, „die SPD muß die absolute Stimmenmehrheit im Bundestag haben, dann wird sie schon einen Weg zum Sozialismus finden“. Aber nur 82,2 Prozent dieser Gruppe sind gleichzeitig der Auffassung, daß die SPD am ehesten Arbeiterinteressen vertritt. Insgesamt waren 70,1 Prozent aller Befragten dieser Meinung. Der CDU trauten 7 Prozent am ehesten zu, Arbeiterinteressen zu vertreten, 2,7 Prozent meinten das von der FDP, und die DKP wurde von 8,1 Prozent als Partei genannt, die „die Interessen der Arbeitnehmer in den Vordergrund stellt“.

Das große Vertrauen, das die Befragten in die SPD setzen, insbesondere auch jene, die eine Entwicklung zum Sozialismus befürworten, kontrastiert stark mit der Beurteilung der von der SPD in der Bundesregierung betriebenen Wirtschaftspolitik. Es steht aber auch im Gegensatz zur Beurteilung der aktuellen Verfassung der Partei. Nur 20,5 Prozent aller Befragten halten die SPD für eine Arbeiterpartei, 53 Prozent stimmten dem Statement zu „nicht in jedem Fall, aber im Prinzip schon“, und 20,1 Prozent entschieden sich für ein klares Nein.

Wenn man davon ausgeht, daß die Frage danach, welche Partei am ehesten „die Interessen der Arbeitnehmer in den Vordergrund stellt“ mit der potentiellen Bereitschaft zusammenfällt, diese Partei auch zu wählen, dann sind die SPD-Wähler unter den Befürwortern einer sozialistischen Entwicklung fast ebenso stark vertreten wie bei denen, die sich gegen eine solche Entwicklung aussprechen.

Die Beurteilung der Parteien wird übrigens recht stark durch das Alter differenziert. Die unter 25 Jahre alten Befragten verhalten sich wesentlich kritischer zur SPD als die anderen Altersgruppen, und sie zeigen auch eine andere Einstellung zur DKP.

Tabelle 17: Vorstellungen über den in der BRD möglichen Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft

Statement N = 127/132	Richtig %	Falsch %	Keine Antwort %
Die SPD muß die absolute Stimmenmehrheit im Bundestag haben, dann wird sie schon einen Weg zum Sozialismus finden	57,7	41,0	1,5
Wenn es gelingt, die Linke in der SPD zu stärken, dann gibt es eine reale Chance, einen sozialistischen Weg einzuschlagen	55,1	40,2	4,7
Die Gewerkschaften haben allein die Möglichkeit, den Weg zum Sozialismus vorzubereiten	23,6	72,4	4,0
Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) muß stärker werden. Vorher ist eine Entwicklung zum Sozialismus undenkbar	18,9	78,6	2,3
Das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten ist notwendig	36,4	61,3	2,3
Es müßte eine völlig neue Partei entstehen	25,8	71,2	3,0

Tabelle 18: Die Beurteilung der Parteien bei Befürwortern und Gegnern einer sozialistischen Entwicklung der Bundesrepublik

Frage: Von welcher nebenstehenden Partei würden Sie am ehesten erwarten, daß sie die Interessen der Arbeitnehmer in den Vordergrund stellt?	Frage: Würden Sie eine Entwicklung der Bundesrepublik zum Sozialismus unterstützen?		
	Ja N = 119 %	Nein N = 137 %	Keine Antwort N = 42 %
SPD	69,7	70,8	69,0
CDU	1,7	11,7	7,2
FDP	1,7	2,9	4,8
DKP	18,5	1,5	0,0
Keine Antwort	8,4	13,1	19,0

Tabelle 19: Der Zusammenhang von Altersstufe und Beurteilung der Parteien

Frage: Von welcher der nebenstehenden Parteien würden Sie am ehesten annehmen, daß sie die Interessen der Arbeitnehmer in den Vordergrund stellt?					
Partei	bis 25	26—35	36—45	46—55	56—65
	N = 44	N = 104	N = 60	N = 43	N = 6
	%	%	%	%	%
SPD	59,1	82,7	81,7	90,7	100,0
CDU	4,5	6,7	15,0	2,3	0,0
FDP	11,4	1,9	1,7	0,0	0,0
DKP	25,0	8,7	1,7	7,0	0,0

Gleiches gilt für die Beurteilung der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten. Während von allen Befragten, die sich für den Sozialismus aussprachen, 38,4 Prozent die Aktionseinheit als eine für den sozialistischen Weg unabdingbare Notwendigkeit erachteten, waren es bei den Befragten unter 25 Jahren bereits 57,1 Prozent.

Tabelle 20: Erwartungen an die Zukunft der BRD

Frage: Wie schätzen Sie die politische und soziale Zukunft der Bundesrepublik ein? Geben Sie bitte an, welche der nebenstehenden Meinungen Sie richtig oder falsch finden.			
Statement	Richtig	Falsch	Keine Antwort
N = 298	%	%	%
Die BRD steht im Weltmaßstab am besten da und wird diesen Vorsprung auch halten können	55,7	37,6	6,7
Es wird einen Rechtsruck in der BRD geben, und mit der Reformpolitik wird es für einige Zeit aus sein	35,6	56,0	8,4
Langfristig können die linken Kräfte in der BRD stärker werden. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme werden immer mehr Arbeitnehmern die Augen öffnen	58,1	35,6	6,4
Trotz einiger wirtschaftlicher Schwierigkeiten sind wir auf dem richtigen Weg, daher wird sich nichts grundsätzlich an unserem Gesellschaftsaufbau ändern	61,1	32,9	6,0
Die breite Masse ist viel zu unpolitisch, als daß sich bei uns etwas ändern könnte	60,7	33,6	5,7

Im Zusammenhang mit den Vorstellungen über wirtschaftliche Reformen und der Einstellung zu einer sozialistischen Entwicklung der BRD wurden den Befragten fünf Statements über die zukünftige Entwicklung vorgelegt, die in dieser Formulierung auch in den Vorinterviews genannt wurden. In ihnen kommen grundsätzlich drei unterschiedliche Erwartungen zum Ausdruck. Eine positive, an das bestehende Gesellschaftssystem geknüpfte Hoffnung auf Kontinuität, eine resignative und eine klassenbewußt optimistische Haltung.

Die sich aus der Kombination der Statements zur Zukunftserwartung ergebende neue Variable zeigt, wie resignativ die meisten Befragten in die Zukunft schauen. Auch die große Zahl widersprüchlicher Antworten bei trotzdem durchgängig pessimistischer Einstellung fällt auf. Differenziert man die Ergebnisse der Tabelle 21 jedoch mit verschiedenen objektiven Merkmalen, so ergibt sich ein interessantes Bild. 78,1 Prozent derjenigen, die in die ersten beiden Typen eingeordnet werden konnten, sind jünger als 35 Jahre, sie nehmen überdurchschnittlich häufig an Bildungsveranstaltungen teil, und 54,3 Prozent von ihnen haben Funktionen in der Gewerkschaft.

Tabelle 21: Verteilung innerhalb der neuen Variable „Zukunftserwartung“

Typ	Kennzeichnung	n	%
1	Kritische Einschätzung der BRD, optimistische Einschätzung der Entwicklung gesellschaftsverändernden Potentials	20	6,7
2	Kritische, aber widersprüchliche Einschätzung der BRD, eher optimistische Einschätzung der Entwicklung gesellschaftsverändernden Potentials	35	11,7
3	Stark widersprüchliche Einschätzung der BRD, nicht ablehnende, eher resignative Einschätzung der Entwicklung gesellschaftsverändernden Potentials	164	55,0
4	Stark positive Einstellung zur BRD	66	22,1
	Nicht zuzuordnen	13	4,4
	Insgesamt	298	100,0

So resignativ die Zukunftserwartung bei den meisten Befragten auch ausfällt, die signifikant andere Erwartungshaltung bei den gewerkschaftlichen Funktionsträgern und bei den unter 35 Jahre alten Interviewpartnern verweist auf das wahrscheinlich handlungsbereitere Potential. In der Wertung dieser Differenzierung ist *Deppe* zuzustimmen, daß hier „eine neue Generation von Kadern der Arbeiterbewegung“ heranwächst.²⁸

28 Frank Deppe, Zu einigen Problemen der Bestimmung des gegenwärtigen gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse der BRD, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 1/1978, S. 293.

7. Aktuelle Entwicklungsbedingungen des Arbeiterbewußtseins in der BRD

Bevor aus den festgestellten Häufigkeiten in der vorliegenden Untersuchung allgemeine Schlußfolgerungen gezogen werden, müssen die empirischen Ergebnisse in ihrer Verallgemeinerungsfähigkeit gewertet werden. Zum einen ist nochmals zu betonen, daß die Stichprobe, so sehr sie auch Zufallskriterien gerecht wird, nicht aus der Grundgesamtheit der Lohnarbeiter gezogen wurde, sondern aus der Grundgesamtheit gewerkschaftlich aktiver Lohnarbeiter. Zum anderen muß aber auch betont werden, daß das Problem der Verallgemeinerung kein nur statistisches ist. Das gilt einmal für die Bedeutung, die die Ergebnisse für die gesamte Arbeiterklasse haben, das gilt zum anderen aber auch für die Verallgemeinerung der in dieser Untersuchung deutlich werdenden positiven Entwicklungslinien des Arbeiterbewußtseins. Statistische Verfahren, die über das Zählen von Häufigkeiten hinausgehen, haben in der Bewußtseinsforschung dort eine Bedeutung, wo die beobachtbaren Zusammenhänge nach ihrer Überzufälligkeit berechnet werden können, was durch das Prüfen der Null-Hypothese mit dem Chi-Quadrat-Test ausreichend geschehen ist. Ob eine dabei beobachtbare Tendenz von größerer oder geringerer Bedeutung ist, kann allerdings nicht mehr mit statistischen Verfahren ermittelt werden, so interessant Kontingenzkoeffizienten oder gar mögliche Rangreihenkorrelationen auch sein mögen. Deshalb wurden diese Koeffizienten, obwohl sie in der Untersuchung ermittelt wurden, in die Interpretation nicht einbezogen. „Das Neue tritt ja nicht sogleich auf als Massenerscheinung, als Durchschnitt“, schrieb *Frigga Haug* in einer Wertung empirischer Methoden.²⁹ Von daher verbietet sich die statistische Messung — im eigentlichen Sinne gebraucht — der vorwärtstreibenden Elemente im Arbeiterbewußtsein.

Will man dennoch, aus einer Verbindung von Theorie und Empirie, die zitierten Ergebnisse zusammenfassen, so lassen sich folgende Tendenzen feststellen, die gleichzeitig Entwicklungstendenzen des Arbeiterbewußtseins in der BRD sind. Das ökonomische Lagebewußtsein der Lohnarbeiter spiegelt ganz offensichtlich weitgehend realistisch die soziale Lage der Arbeiterklasse wider. Hier sind die Widersprüche gering und das Urteil sicher. Im Bewußtsein vom Staat gibt es Widersprüche zwischen der kritischen Beurteilung der konkreten Staatstätigkeit und den Erwartungen, die insbesondere an die diesen Staat tragende Sozialdemokratie geknüpft sind. Festzuhalten ist aber auch, daß die Befragten unserer Untersuchung die Bedeutung des Staatsapparates für die Sicherung der allgemeinen Reproduktionsbedingungen erkannt haben und daß sie darüber hinaus an diesen Staat antimonopolistische Forderungen richten, die wichtige Anknüpfungspunkte für die Politik der Arbeiterorganisation darstellen. Insgesamt gesehen sind daher nicht die Illusionen das Entscheidende, die sich die Befragten vom herrschenden Staatsapparat machen, sondern entscheidend, weil weiterführend, ist die Einsicht in die Notwendigkeit des staatlichen Handelns im Interesse der Arbeiterklasse.

Auch die durchaus feststellbaren sozialpartnerschaftlichen Illusionen sind mit ihrem Gegenteil behaftet, nämlich mit dem Anspruch nach Einschränkung der Unternehmermacht, nach vernünftiger Organisation des ökonomischen Prozesses. Diese Ansprüche sind entscheidende Elemente des auf die ganze Gesellschaft bezogenen Bewußtseins, das sich nur deshalb sozialpartnerschaftlich geriert, weil es an tieferer Einsicht mangelt.

²⁹ Frigga Haug, *Dialektische Theorie und empirische Methodik*, in: *Das Argument* 111, S. 653.

Der oben beschriebene Mangel aber ist keiner, der aus der Heftigkeit resultiert, mit der sozialpartnerschaftliches Gedankengut bei uns produziert wird, sondern dieser Mangel entspringt aus der Schwäche des politischen Kampfes.

Die positiven Elemente im Arbeiterbewußtsein werden nicht an sich, auf der Ebene der Erkenntnis zur Aufhebung der Widersprüche beitragen, aber es sind Elemente, die bei zunehmenden Klassenauseinandersetzungen sehr schnell an Bedeutung gewinnen können, und an die in jeder ökonomischen Auseinandersetzung angeknüpft werden muß. Ob das geschieht, wird im ganz entscheidenden Maße von der Stärke und dem Einfluß einer selbstständigen Arbeiterpartei abhängen.

Deshalb sei zum Schluß noch einmal ein wichtiges Ergebnis dieser vorliegenden Untersuchung zitiert. Alle Bewußtseinsfragen und die daraus gebildeten neuen Variablen wurden mit 28 objektiven Daten der Befragten gekreuzt. Darunter waren Daten zu Arbeitsplatzmerkmalen, zu sozialstatistischen Kennzeichnungen, zur Tätigkeit im Freizeitbereich und zur gesellschaftlichen Aktivität. Dabei konnte festgestellt werden, daß Merkmale, die eine bestimmte gesellschaftliche Aktivität ausdrücken, eher zu signifikanten Unterschieden im Bewußtsein führen als Arbeitsplatzmerkmale und andere sozialstatistische Faktoren. Hier war nur die Altersgruppe in den meisten Fällen ein differenzierendes Merkmal.

Unter den Faktoren der gesellschaftlichen Aktivität, die ja jeweils mit bestimmten Kontakten verbunden sind, erwies sich ein Merkmal durchgängig bei allen Bewußtseinsarten als differenzierend: Der Kontakt, den die Befragten zu Mitgliedern der DKP hatten. Wenn man diese Kontakte nun auch nicht als kausal bestimmend für das Bewußtsein ansehen kann, so verweist doch der festgestellte Zusammenhang auf die wichtige Bedeutung, die das Wirken von Kommunisten in Betrieb und Gewerkschaft hat.

Die elementare Basis bürgerlichen und sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse

Bemerkungen zu theoretischen und methodologischen Fragen

Johannes Henrich von Heiseler

Klassenbewußtsein kann nicht begriffen werden als Durchschnittsmeinung und Durchschnittshaltung, die zu einem gegebenen Zeitpunkt in der Arbeiterklasse zu finden ist. Es ist eine wichtige Aufgabe empirisch zu erforschen, was verschiedene Gruppen der Arbeiterklasse z. B. gegenwärtig in unserem Land über ihre gesellschaftliche Lage, über ihre Position im kapitalistischen Produktionsprozeß und über die politischen Verhältnisse, unter denen sie leben, denken. In den Studien unseres Instituts haben wir einen Beitrag zur Erforschung dieser Gedanken und Haltungen geleistet. Aber man kann diese Gedanken und Haltungen, wie sie zu einem bestimmten Augenblick vorhanden sind, nicht gleichsetzen mit dem Bewußtsein, das für die Arbeiterklasse erforderlich ist, damit sie ideell fähig ist, die Bedingung materiell zu beseitigen, unter denen sie eine ausgebeutete und unterdrückte Klasse ist. Der Begriff des Klassenbewußtseins zielt auf letzteres.

Ein Element von Klassenbewußtsein ist die Wahrnehmung, daß der Kampf gegen die kapitalistische Klasse notwendig ist, um die eigene Lage zu verbessern. Ein Element von Klassenbewußtsein ist die Erkenntnis, daß die Interessen aller Lohnarbeiter im wesentlichen die gleichen sind, daß eine grundlegende Interessensidentität für die gesamte Arbeiterklasse gegeben ist und es daher die Interessensolidarität der Klasse zu entwickeln gilt. Ein Element von Klassenbewußtsein ist das Verständnis dafür, daß die Lohnarbeiter und ihre Organisationen Einfluß auf die politischen und staatlichen Verhältnisse nehmen müssen, wollen sie ihre Bestrebungen verfolgen.¹

Diese Elemente von Klassenbewußtsein konstituieren aber erst Klassenbewußtsein in seiner elementaren Form. Entwickeltes Klassenbewußtsein schließt mehr ein. Wenn wir von entwickeltem Klassenbewußtsein sprechen, so meinen wir damit ein Bewußtsein der Tatsache, daß der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital die Gesamtgesellschaft durchzieht und prägt, daß der Klassenkampf der Arbeiterklasse sich letzten Endes zuspitzt im politischen Kampf, daß die Befreiung der Arbeiterklasse im umfassenden Sinne erst möglich wird durch die Eroberung der politischen Macht und die Beseitigung und Aufhebung der kapitalistischen Ordnung und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

Eine solche Bestimmung zerschneidet nicht die lebendige Beziehung zwischen dem Klassenbewußtsein und dem täglichen Leben und Erleben der Arbeiterklasse, ihren Erfahrungen, den geschichtlichen Lernvorgängen, die sich aus der eigenen Tätigkeit ergeben. Eine solche Bestimmung erlaubt aber, den Begriff Klassenbewußtsein unterschei-

1 Wladimir I. Lenin, Entwurf und Erläuterung des Programms der sozialdemokratischen Partei, (1895/6), in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 2, Berlin 1970, S. 105 f.

dend zu benutzen; sie erlaubt es mit diesem Begriff, diejenigen Tendenzen im empirisch feststellbaren Bewußtsein verschiedener Gruppen der Arbeiterklasse, die zu einem größeren Verständnis und einer höheren Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Kraft der Klasse führen, von diesen Prozeß hemmenden Tendenzen zu unterscheiden.

Im marxistischen Begriff des Klassenbewußtseins wird deshalb weder von den geschichtlichen Aufgaben der Arbeiterklasse — der Notwendigkeit, die eigenen Lebensbedingungen aufzuheben, um sich selbst zu befreien — abgesehen noch wird von der gegenwärtigen Lebenssituation der Arbeiterklasse abstrahiert. Dies darum, weil geschichtliche Aufgaben und gegenwärtige Lebenssituation als zueinander vermittelt gefaßt und erkannt werden. Der Begriff geht eben deshalb nicht platt im vorgefundenen Bewußtsein der Klasse auf, weil in der heutigen Lebenssituation der Arbeiterklasse ihre zukünftige geschichtliche Aktion als Tendenz „vorgezeichnet“ ist.²

Die Tatsache, daß die Arbeiterklasse sich nicht anders befreien kann als durch die Aufhebung ihrer bisherigen Lebensbedingungen, durch politischen Kampf, durch die Beseitigung der sie beherrschenden kapitalistischen Ordnung, durch die Gestaltung einer sozialistischen Ordnung, dieser Tatbestand ist als Tendenz zu Solidarität der Klasse in dem Bewußtsein von Lohnarbeitern aufspürbar. Aber es gehört zur gleichen Wirklichkeit des Lohnarbeiterdaseins, daß sich der einzelne Verkäufer seiner Arbeitskraft in objektiver Konkurrenz zu anderen Lohnarbeitern befindet, die eine Gruppe von Lohnarbeitern in Konkurrenz zu anderen Lohnarbeitergruppen.

Das Bewußtsein der Arbeiterklasse ist *zunächst notwendigerweise widersprüchlich*. Mit dieser Annahme setze ich mich gegenüber verschiedenen anderen Positionen ab.

Es wird gelegentlich geäußert, daß die Arbeiterklasse im allgemeinen ein revolutionäres Bewußtsein haben müsse, daß die westdeutsche Arbeiterklasse ein solches Bewußtsein heute offensichtlich nicht habe und daß dies ein Widerspruch sei, der durch die marxistische Theorie nicht aufgeklärt werden könne oder — so eine andere Position — der nur unter Bezugnahme auf die konkreten politischen, ideologischen usw. Verhältnisse der Bundesrepublik erklärt werden könne. So sehr ich der Meinung bin, daß es gilt, die konkreten politischen und ideologischen Verhältnisse unseres Landes in ihrer Wirkung auf das Bewußtsein der Arbeiterklasse zu untersuchen, so sehr unterscheide ich mich doch von einem solchen Standpunkt, wie ich ihn wiedergegeben habe. Vielmehr gehe ich grundlegend von dem Widerspruch im Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten aus, der durch die Tendenz zu Vereinzelung, Fragmentierung und Konkurrenz einerseits, durch die Tendenz zu Solidarität und kollektiver Aktion der Klasse andererseits gebildet wird. Wie dieser Widerspruch dann konkret gestaltet, geformt oder gar aufgelöst und überwunden wird, das hängt dann allerdings ganz entscheidend von den konkreten Verhältnissen politischer und ideologischer Art, der Form, in der die kapitalistische Klasse ihre geistige Herrschaft zu behaupten und zu festigen sucht, der Form, in der die Organisationen der Arbeiterklasse den Kampf um die geistige Hegemonie vorantreiben, dem spezifischen Gedankenmaterial und den besonderen ideologischen Apparaten usw. ab.

Wenn ich davon ausgehe, daß das Bewußtsein der Arbeiterklasse zunächst notwendigerweise widersprüchlich ist, so trifft das in dieser Form und in diesem Sinne für das Bewußtsein der bürgerlichen Klassen nicht zu. Es hängt zusammen mit dem Widerspruch in der Existenz der modernen Arbeiterklasse, der darin besteht, daß sie ihre geschichtlichen

2 Karl Marx, Friedrich Engels, Die heilige Familie (1844), in: Marx, Engels, Werke, Band 2, S. 38.

Interessen — anders als früher die revolutionäre Bourgeoisie — keinesfalls durch eine Verallgemeinerung ihrer augenblicklichen Daseinsweise durchsetzen kann. Objektive Konkurrenz gegenüber anderen Lohnarbeitern einerseits, objektives Angewiesensein auf Solidarität und gemeinsame Aktion der Klasse andererseits, das stellt einen Widerspruch der Wirklichkeit des Lebens der Arbeiterklasse dar. Ein solcher dialektischer Widerspruch der Wirklichkeit der kapitalistischen Klassengesellschaft kann auf verschiedenere Weise im Bewußtsein reflektiert werden. Die spontane, erste, vorläufige Form, in der sich dieser Sachverhalt im Bewußtsein zeigt, ist die Produktion von häufig sogar logisch widersprüchlichen Auffassungen, Haltungen usw. In entwickelter Form dagegen widerspiegelt sich die widersprüchliche Klassenwirklichkeit *auch* auf allen Ebenen von Klassenbewußtsein bis hin zur höchsten Form sozialistischen Bewußtseins: Nun aber als bewußte Verarbeitung der dialektischen Widersprüche der Realität.

Manche Gesellschaftswissenschaftler argumentieren nun so, daß sie sagen, man könne ein solches Bewußtsein nicht widersprüchlich nennen, weil ja im Bewußtsein der betreffenden Arbeiter und Angestellten diese verschiedenen Tendenzen auf der Grundlage ihrer besonderen Bedeutungen, die sie in dem betreffenden Vorstellungskreis haben, nicht unvereinbar miteinander seien. Das zeige sich ja eben darin, daß solche Inhalte gleichzeitig anzutreffen seien.³

Sehen wir uns dazu ein Beispiel an.

In der Studie „Jugendliche im Großbetrieb“⁴ wurde unter anderem die Frage gestellt: „Schon seit längerer Zeit gibt es eine ziemlich hohe Arbeitslosigkeit in der BRD. Vor allem viele Jugendliche sind arbeitslos. Uns interessiert, woran das wohl liegt. Was meinen sie dazu?“ Die Antwortvorgabe a) drückte die Tendenz zur Konkurrenz der eigenen Lohnarbeitergruppe mit anderen Lohnarbeitergruppen aus; sie lautete: „Wenn die Ausländer weg sind, gibt es wieder Arbeit für uns.“ Es gibt Gruppen, für die die Existenz ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik objektiv eine Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt einschließt. Für andere Gruppen ist das nur in sehr geringem Umfang oder gar nicht der Fall. Die Zustimmung zu dieser Aussage kann jedenfalls ein Moment relativer Wahrheit für bestimmte Gruppen einschließen. Dennoch ist das entscheidende, daß mit dieser Zustimmung die Seite der Konkurrenz gegenüber anderen Gruppen von Lohnarbeitern betont wird. Die Antwortvorgabe b) drückte ebenfalls die Tendenz zur Konkurrenz zwischen den Lohnarbeitern, nun aber nicht auf Gruppenebene, sondern auf der Ebene der individuellen Verkäufer ihrer Arbeitskraft aus. Sie hieß: „Die Arbeitslosen sind häufig auch faul; oft arbeiten sie schwarz.“ Der Hinweis, es kennzeichne einen Teil der Wirklichkeit, daß es Arbeitslose gebe, die, eben weil sie keine Arbeit in einem Betrieb fänden, dann schwarz arbeiteten usw., verkennt das Problem, das in der Zustimmung zu einer solchen Antwortvorgabe steckt. Selbstverständlich kann man auch in einer solchen Formulierung reaktionärer Art auch eine Seite entdecken, die ein Stückchen Wirklichkeit darstellt, vereinzelt und betont. Die Seite der individuellen Konkurrenz zwischen verschiedenen Lohnarbeitern ist ja nicht aus der Luft, sondern aus der kapitalistischen Wirklichkeit gegriffen. Die 46 Prozent, die der Vorgabe a) und die 62 Prozent, die der Vorgabe b)

3 So sinngemäß Hartmut Neuendorff auf dem 2. Kongreß für Kritische Psychologie in Marburg 1979.

4 Jugendliche im Großbetrieb. Studie zum gewerkschaftlichen und politischen Bewußtsein arbeitender Jugendlicher. Verfaßt von J. H. v. Heiseler unter Mitarbeit von D. Hänisch und A. Jansen. Beiträge des IMSF 5, Frankfurt am Main 1978, S. 52 ff.

zustimmten, zeigen dennoch und gerade darum an, inwieweit solche Haltungen, die die Konkurrenz zwischen Lohnarbeitern betonen, die Entwicklung von Klassensolidarität hemmen und daher auch in bezug auf die Entwicklung von Klassenbewußtsein reaktionär sind, im Bereich der Vorstellungen zur Arbeitslosigkeit in der untersuchten Gruppe noch verbreitet sind.

Als eine Aussage, die demgegenüber gerade die Seite der gemeinsamen Interessen aller Gruppen von Lohnarbeitern gegenüber dem Kapital, die Notwendigkeit des Kampfes gegen die kapitalistische Klasse und die geschichtliche Tendenz auf die Beseitigung der kapitalistischen Ordnung ausdrückt, faßten wir unsere Antwortvorgabe e) auf: „Arbeitslosigkeit gibt es, solange es Privatunternehmen gibt, die nur produzieren, um Gewinne zu machen. Da gibt es für Jugendliche und ältere Kollegen keine größeren Unterschiede. Erst wenn die Kapitalistenklasse weg ist, ist auch die Arbeitslosigkeit verschwunden.“ Hier kann nun der Einwand erhoben werden, daß die Zustimmung zu dieser Vorgabe durchaus nicht immer die Zustimmung zu allen in der Vorgabe enthaltenen Gedanken, sondern in manchen Fällen nur die Zustimmung zu einem einzigen der darin wiedergegebenen Gedanken ausdrücken kann; ein solcher Einwand ist richtig, berührt aber wiederum nicht die entscheidende Tatsache, daß sich in den 40 Prozent Zustimmungen zu dieser Vorgabe — wie vermittelt auch immer — ein gewisser Indikator für die Tendenz zur Solidarität der Klasse unter den Befragten in bezug auf diesen Fragenkreis finden läßt.

Die gleichzeitige Zustimmung zu der Vorgabe e) und zu einer der Vorgaben a) oder b) schließt in diesem Fall nicht etwa einen logischen Widerspruch ein. Dennoch wurden die 26 Prozent der Befragten, die so reagierten, als im Hinblick auf die Frage nach der Arbeitslosigkeit widersprüchlich Antwortende bezeichnet.

Bei ihnen zeigte sich nämlich das Vorhandensein sowohl der Tendenz zur Konkurrenz wie der Tendenz zur Klassensolidarität. Diese beiden widersprüchlichen Tendenzen sind im gegebenen Augenblick offensichtlich häufig miteinander im gleichen Kopf vereinbar. Dennoch ist es richtig, daran festzuhalten, daß dies widersprüchliche Tendenzen sind. Wenn für eine Belegschaft oder eine Beschäftigtengruppe oder für einen einzelnen Arbeiter oder Angestellten die Frage, ob im Kampf gegen die ihn bedrohende Arbeitslosigkeit die Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander oder die Klassensolidarität betont werden soll, sich aus einer „rein theoretischen“ in eine praktische Frage verwandelt, stellt sich der Widerspruch zwischen den beiden Tendenzen deutlich dar. Er wird aus einem Widerspruch zwischen verschiedenen Meinungen, die aber immer noch im gleichen Kopf zu Hause sein können, zu einem Widerspruch zwischen einander letztlich ausschließenden Handlungsstrategien.

Vereinheitlichend wirken daher einerseits Bildungsfaktoren, andererseits Kampferfahrungen.⁵ In welcher Richtung sich unter dem Einfluß von Bildungsfaktoren ein weniger

5 Vgl. dazu die Untersuchung von Werner Kudera, Werner Mangold, Konrad Ruff, Rudolf Schmidt, Theodor Wentzke, *Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern*, Abschlußbericht 1976. Sonderforschungsbereich Sozialisations- und Kommunikationsforschung (SFB 22) der Universität Erlangen-Nürnberg (Vervielf. Maschinenscript). Auf die Tatsache, daß die Entwicklungen zu Klassenbewußtsein als isolierte Bewußtseinsprozesse allein überhaupt nicht denkbar sind, sondern immer zugleich im Zusammenhang von konkreten Handlungsmöglichkeiten und der Handlungsfähigkeit zu verstehen sind, hat nachdrücklich kürzlich wieder Ute Osterkamp auf dem 2. Kongreß für kritische Psychologie in Marburg hingewiesen. Dort wurden auch vom Institut für Sozialpsychologie der Universität Helsinki Ergebnisse einer Untersuchung des Bewußtseins von Schiffbauern einer Werft in Helsinki durch Anja Koski-Jännes u. a. vorge-

widersprüchliches, stärker zusammenhängendes Bild der Gesellschaft ergibt, ist nicht abstrakt zu sagen. Der Einfluß des öffentlichen Schulwesens, des vom Unternehmen angebotenen Seminars für „Mitarbeiter“, ein Gewerkschaftslehrgang, ein Kurs der Marxistischen Abendschule haben gewiß alle jeweils eine die Widersprüche im Bewußtsein vereinheitlichende Wirkung, aber in zum Teil völlig gegensätzlicher Richtung. Jeder Bildungsfaktor führt aber im allgemeinen dazu, daß innere Widersprüche eher erkannt und vermieden werden.

Ebenso läßt sich nicht abstrakt sagen, in welche Richtung die Vereinheitlichung durch Konflikterfahrungen geht. Es kommt vor, daß ein Gruppe von Arbeitern in einem Konflikt vor allem die praktische Konsequenz der Auseinandersetzung mit ihren Kollegen zieht und gegen diejenigen, die in der objektiv gleichen Lage sind, kämpft, statt gegen das beide beherrschende Kapital. Auch hier kommt es darauf an, welche Forderungen konkret entwickelt werden, wie der Kampf konkret verläuft, welche Interessen betont werden.

In vielen Fällen ist eine relative Vereinheitlichung, eine Tendenz zur Auflösung der widersprüchlichen Haltung mit einer Tendenz zur Polarisierung verknüpft: Es bilden sich zwei Lager, die entgegengesetzte Schlüsse gezogen haben und sich im Konfliktfalle nun auch praktisch gegenüberstehen.

Bildung und Kampferfahrung als die zwei großen vereinheitlichenden und polarisierenden Faktoren, als die wichtigen Triebkräfte für die Überwindung der widersprüchlichen Eingangs- und Durchgangsstufe — das bedeutet für die Organisationen der Arbeiterbewegung die Chance und die Verpflichtung, diesen Vereinheitlichungs- und Polarisierungsprozeß im Sinne der geschichtlichen Interessen der Klasse voranzutreiben. Das bedeutet die Notwendigkeit der selbständigen theoretischen Position und ideologischen Arbeit der politischen und gewerkschaftlichen Einrichtungen der Arbeiterklasse, das erfordert ebenfalls die Organisation von Massenerfahrungen im Kampf durch die selbständige Politik der Gewerkschaften und der Partei der Arbeiterklasse.

Für die herrschende kapitalistische Klasse lösen sich diese Probleme einfacher. Sie stellt sich spontan ihre besonderen Herrschafts- und Ausbeutungsinteressen als „allgemeine“ Interessen vor. Die Widersprüche der Wirklichkeit bestehen für sie nur im Widerspruch zwischen ihrer eigenen, als „natürlich“ von ihr verstandenen und propagierten Ordnung und, wie ihre Ideologen es auch darstellen, „irrationalen“ Widerständen gegen diese Ordnung. Die ganze Vielfalt kapitalistischer Ideologien erhebt sich erst über dieser gleichsam glatteren Grundlage. Hinzu kommt, daß das öffentliche Bildungswesen zuerst einmal das Bildungswesen der herrschenden Klasse, daß die großen Medien Mittel ihrer verschiedenen Fraktionen, daß die herrschenden Ideen zunächst einmal die Ideen der Herrschenden sind. Zugespitzt ausgedrückt: Zum theoretischen Erfassen der gesamten gesellschaftlichen Wirklichkeit auf der Grundlage ihrer Interessen reicht für die kapitalistische Klasse die Vielzahl einander bekämpfender und doch auswechselbarer bürgerlicher Ideologieformen im Rahmen des bürgerlichen „Pluralismus“ aus; für die Arbeiterklasse dagegen besteht die Notwendigkeit, eine einheitliche wissenschaftliche Anschauungs- und Untersuchungsweise, d. h. eine nicht nur materialistische, sondern auch dialektische Theorie zu entwickeln. Daß eine solche wissenschaftliche Anschauungsweise gerade unter den kapi-

tragen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung scheinen in der Bedeutung der Faktoren Bildung und Kampferfahrung unsere Thesen zu bestätigen.

talistischen Bedingungen nicht spontan aus den Erfahrungen der Klasse rätlich erwächst, versteht sich. Aber sie ist wissenschaftliche Verallgemeinerung der strukturellen und geschichtlichen Erfahrungen der Klasse. Hierin liegt eine gewaltige Aufgabe für die kommunistische Partei.

In einer etwas älteren, aber für Ballungsgebiete repräsentativen Untersuchung sind verschiedene Vorgaben zum Gesellschaftsbild gegeben worden. Wir haben hier die Möglichkeit, verschiedene Gruppen der Arbeiterklasse einerseits untereinander und andererseits mit Mittelschichten und kapitalistischen Gruppen zu vergleichen.⁶

Die im folgenden ausgewertete Frage lautete: „Über die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland kann man sehr verschiedene Meinungen hören. Sehen Sie sich bitte einmal diese Liste durch und sagen Sie mir bei jeder einzelnen Meinung, ob Sie sie eher für richtig oder eher für falsch halten. a. Letztlich bestimmt das Kapital, was in der Politik geschieht. Erst wenn diese Oberklasse entmachtet ist, können wir eine richtige Demokratie aufbauen. b. Erst wenn die Regierung sich gegen die mächtigen Interessenverbände der Wirtschaft durchsetzt, kommen die Interessen der großen Mehrheit zu ihrem Recht. c. . . . d. . . . e. Wir haben hier eine stabile Demokratie. Die beiden großen Parteien entsprechen auch den Meinungen im Volk, und das ist gut so.“ Die Befragten hatten die Möglichkeit, jede einzelne der Vorgaben mit „eher richtig“ oder „eher falsch“ zu bewerten.

Mir war es möglich, die Ergebnisse dieser Befragung noch einmal nach einer Methode auszuwerten, wie ich sie in unserer Jugend-Studie entwickelt habe.⁷ Aus der Kombination von Antworten auf die drei Vorhaben wurden zwei Dimensionen mit je drei Ausprägungen gebildet. Die eine Dimension entspricht dem Grad der Widersprüchlichkeit. Die Zustimmung zu einer der drei Vorhaben allein und die Ablehnung der anderen wurde als „stärker zusammenhängend“ bezeichnet. Die gleichzeitige Zustimmung zu der Vorgabe a. und der Vorgabe e. wurde als „stärker widersprüchlich“ gefaßt. Die gleichzeitige Zustimmung zu der Vorgabe b. und einer der beiden anderen Vorgaben wurde als Mittelgruppe zusammengefaßt. Hier kann erneut der Einwand gemacht werden, daß offensichtlich bei einem Teil der Befragten die Aussage a. und die Aussage e. sich nicht ausschließen; daß also der Vorstellungskreis dieser Befragten diese beiden Vorstellungen umfaßt; und daß das, was so tatsächlich in bestimmten Köpfen vereinbar sei, nicht als widersprüchlich bezeichnet werden könne. Vielmehr bezeichne für diese Befragten z. B. „richtige Demokratie“ und „stabile Demokratie“ jeweils im Kontext etwas anderes. Dies ganze Argument besagt jedoch nichts anderes, als daß solche Widersprüche eben in den Köpfen bestimmter Gruppen unter bestimmten Bedingungen lange stabil vorhanden sein können. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß eine Aussage, in der es heißt, „erst wenn diese Oberklasse entmachtet ist, können wir eine richtige Demokratie aufbauen“, je höher das

6 Christel Eckart, Richard Herding, Ursula Jaerisch, Klaus Japp, Berndt Kirchlechner, Arbeiterbewußtsein, Klassenzusammensetzung und soziale Entwicklung. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 4. Frankfurt am Main 1975, S. 7 ff. Dort wird diese Untersuchung in kleinen Ausschnitten vorgestellt. Die Befragung fand 1971 statt. Befragt wurden 2141 Personen, davon 2063 Arbeiter und Angestellte, das Sample ist repräsentativ für westdeutsche Berufstätige in Ballungsgebieten der BRD.

7 Mit der freundlichen Erlaubnis der Autoren und der aktiven Hilfe von Berndt Kirchlechner, dem ich dafür zu danken habe. Eine ausführliche Auswertung im Vergleich mit einer anderen Studie soll folgen. Die Leser der Jugend-Studie werden bemerken, daß ich das Auswertungsschema im Kern beibehalten, aber vereinfacht habe. Ein Grund ist die bessere Handhabbarkeit und Vergleichbarkeit, ein anderer, daß mit den jetzt nicht mehr verarbeiteten Vorgaben c. und d. doch noch sehr andere Aspekte angesprochen werden.

Bewußtsein entwickelt ist, je tiefer die Konflikterfahrungen sind, um so mehr der Tendenz nach nur noch von denen bejaht wird, für die die Auseinandersetzung mit dem Kapital ein Orientierungspunkt ihres Handelns wird. Umgekehrt hat eine Vorgabe wie die Vorgabe e. einen die herrschenden Verhältnisse bestätigenden, rechtfertigenden und gutheißenden („... und das ist gut so“) Charakter, der je stärker das Bewußtsein entwickelt ist, um so mehr auch mit der praktischen Tendenz, jedenfalls nicht gegen die herrschenden Verhältnisse zu kämpfen, einhergeht. Die Vorgabe b. enthält einerseits den Gedanken von einem tiefgreifenden Interessenwiderspruch zwischen den „mächtigen Interessenverbänden der Wirtschaft“ und den „Interessen der großen Mehrheit“. Dieser Gedanke verbindet sie mit der Vorgabe a. Aber andererseits ist darin der unentwickelte Gedanke enthalten, daß die „Interessen der großen Mehrheit“ mit „der“ Regierung zu ihrem Recht kommen — ein Gedanke, der die Zustimmung zu dieser Vorgabe mit der Zustimmung zu der Vorgabe e. („entsprechen auch den Meinungen im Volk“) verbindet.

Die andere Dimension entspricht der politischen Richtung der jeweiligen Kombination von Antworten. Als eher linke Position wurde die Zustimmung zur Vorgabe a. verbunden mit der Ablehnung der Vorgabe e. (unabhängig davon, ob der Vorgabe b. zugestimmt wurde) gefaßt. Als eher rechte Position habe ich umgekehrt die Zustimmung zur Vorgabe e. verbunden mit der Ablehnung der Vorgabe a. bestimmt (wiederum unabhängig davon, ob der Vorgabe b. zugestimmt wurde). Als Mittelgruppe wurden diejenigen bezeichnet, die der Vorgabe b. zustimmten oder die sowohl der Vorgabe a. wie der Vorgabe e. zustimmten (oder auf die beides zutraf).

Wir können nun einige Erwartungen formulieren, die den Unterschied zwischen Gruppen der Arbeiterklasse einerseits und Mittelschichten und kapitalistischen Gruppen andererseits betreffen. Auf der Links-Rechts-Dimension kann man erwarten, daß bei den Angehörigen der Mittelschichten und der kapitalistischen Klasse ein eher linkes Gesellschaftsbild in dieser Bestimmung deutlich seltener anzutreffen ist als bei Gruppen der Arbeiterklasse, dagegen ein eher rechtes Gesellschaftsbild deutlich häufiger auftritt. Dabei ist eine wichtige Frage, ob sich hier in den Zahlenverhältnissen auch die durch die stärkere soziale Nähe bedingte geistige Ausstrahlung der Mittelschichten auf Obergruppen der Arbeiterklasse bemerkbar macht.

Aus der folgenden Tabelle 1 sehen wir zunächst, daß sich unsere Grundvermutung bestätigt.

Tabelle 1: Gesellschaftsbild — Dimension Links-Rechts in Abhängigkeit von der sozialen Stellung (Angaben in Prozent)

Soziale Gruppe	eher links	Mittel- gruppe	eher rechts	Gesamt
Ungelernte und angelernte Arbeiter	19	54	27	100
Facharbeiter, Handwerker	20	54	26	100
untere Angestellte und Beamte	17	53	30	100
mittlere Angestellte und Beamte	12	48	41	101
				(= 100)
Werkmeister, Handwerksmeister	17	42	41	100
Unternehmer, Selbständige, freie Berufe				
leitende und höhere Angestellte	10	39	51	100

Während bei den Selbständigen und den leitenden und höheren Angestellten der Anteil eher rechter Positionen bei 51 Prozent liegt, liegt er bei den Arbeitern und unteren Angestellten und Beamten zwischen 26 und 30 Prozent; dazwischen liegen die Gruppen der Werkmeister und mittleren Angestellten mit 41 Prozent.

Auf der anderen Seite ist zwar ein eher linkes Gesellschaftsbild innerhalb der Arbeiter und unteren Angestellten auch nur bei 17 bis 20 Prozent anzutreffen. Bei den Angehörigen der verschiedenen Mittelschichten und kapitalistischer Gruppen liegt dieser Anteil aber deutlich niedriger und beträgt hier 10 Prozent. Was den Anteil von solchen Personen mit einem eher linken Bild von der Gesellschaft betrifft, so unterscheiden sich die Werkmeister und Handwerksmeister, wo dieser Anteil 17 Prozent beträgt, von den mittleren Angestellten und Beamten, wo dieser Anteil nur 12 Prozent beträgt.⁸ Es ist bemerkenswert, wie klar sich der Einfluß der Klassenlage und der sozialen Lage auf die Bewußtseinshaltung selbst in unserem Lande ablesen läßt, obwohl in der Bundesrepublik der wichtigste Vermittler zwischen objektiver Lage und Bewußtsein, der politische Klassenkampf, nicht in der Deutlichkeit und Schärfe hervortritt, wie in vielen anderen kapitalistischen Ländern. Was wir in diesen Zahlen vor uns haben, sind also wesentlich noch nicht selbstbewußt und bewußt politisch gewordene grundlegende Tendenzen, wie sie sich aus der Klassenlage und sozialen Stellung schon jetzt ergeben.

Wenn wir die Klassenlage und soziale Lage mit der Widersprüchlichkeits-Dimension vergleichen, so müssen wir nach unseren theoretischen Annahmen erwarten, daß bei den Arbeitern und unteren Angestellten ein stärker widersprüchliches Gesellschaftsbild deutlich häufiger anzutreffen ist als bei den anderen Gruppen, während umgekehrt zu erwarten ist, daß bei den Mittelschichten und Kapitalisten-Gruppen ein stärker zusammenhängendes Gesellschaftsbild häufiger ist als bei den anderen. Die Zahlen bestätigen diese Erwartung (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2: Gesellschaftsbild — Dimension Zusammenhängend-Widersprüchlich in Abhängigkeit von der sozialen Stellung (Angaben in Prozent)

Soziale Gruppe	stärker zusammen- hängend	Mittel gruppe	stärker wider- sprüchlich	Gesamt
Ungelernte und angelernte Arbeiter	19	33	48	100
Facharbeiter, Handwerker	17	34	48	99
				(= 100)
untere Angestellte und Beamte	20	34	46	100
mittlere Angestellte und Beamte	26	35	39	100
Werkmeister, Handwerksmeister	29	36	35	100
Unternehmer, Selbständige, freie Berufe, leitende und höhere Angestellte	46	29	25	100

Ein stärker zusammenhängendes Gesellschaftsbild haben 46 Prozent der Selbständigen und höheren Angestellten, aber nur 17 bis 20 Prozent der Arbeiter und unteren Angestell-

8 $\chi^2 = 58,49669$; bei $f = 10$ ergibt sich eine Signifikanz auf dem Ein-Promille-Niveau!

ten; die Obergruppen der Arbeiterklasse liegen wieder mit 26 bis 29 Prozent dazwischen. Ein stärker widersprüchliches Gesellschaftsbild ist dagegen zwar bei 46 bis 48 Prozent der Arbeiter und unteren Angestellten, aber nur bei 25 Prozent der Mittelschichten- und Kapitalisten-Gruppen anzutreffen, während die Obergruppen der Arbeiterklasse zwischen 35 und 39 Prozent ein stärker widersprüchliches Bild von der Gesellschaft haben.⁹ Nun könnte es sein, daß sich diese Verteilung allein dadurch ergibt, daß die soziale Lage und die Schulbildung eine ähnliche Verteilung aufweisen. Schulbildung und Grad der Widersprüchlichkeit des Gesellschaftsbildes aber weisen eine Beziehung auf¹⁰ (vgl. Tab. 3):

Tabelle 3: Gesellschaftsbild — Dimension Zusammenhängend-Widersprüchlich in Abhängigkeit von der Schulbildung (Angaben in Prozent)

Schulbildung	stärker zusammen- hängend	Mittel- gruppe	stärker wider- sprüchlich	Gesamt
höchstens Volksschulabschluß	20	34	46	100
Mittelschulabschluß und Vergleichbares	26	33	41	100
höherer Abschluß	49	25	25	100

Es bleibt also zu prüfen, ob die soziale Stellung auch unabhängig von der Schulbildung einen Einfluß auf das Maß an Widersprüchlichkeit im Gesellschaftsbild hat oder ob sich der eine Zusammenhang völlig in den anderen auflöst. Auf der Grundlage unserer theoretischen Annahmen müssen wir davon ausgehen, daß auch unabhängig von der Schulbildung der Anteil mit einem widersprüchlichen Gesellschaftsbild bei den Kerngruppen der Arbeiterklasse am höchsten liegt, während der Anteil derer mit einem stärker zusammenhängenden Gesellschaftsbild am höchsten bei den Gruppen der Mittelschichten und der kapitalistischen Klasse liegt. Dies läßt sich dadurch prüfen, daß wir den Faktor Schulabschluß konstant halten, daß wir also zunächst nur die Personen mit keinem höheren als Volksschulabschluß betrachten und sehen, ob sich der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Widersprüchlichkeitsdimension auch dann zeigt (vgl. Tab. 4).

Auf den ersten Blick ist zu erkennen, daß die soziale Stellung auch unabhängig von der Schulbildung eine deutliche Wirkung auf das Bewußtsein hat, wie man das aus unseren theoretischen Annahmen erwarten konnte.¹¹ Dieser Eindruck wiederholt sich, wenn wir uns die Verteilung für Personen mit einem mittleren Schulabschluß ansehen (Tab. 5).

Bei dieser Tabelle ließ es sich nicht vermeiden, die Kategorien zusammenzufassen, weil die einzelnen Felder sonst für eine Prozentuierung zu schwach besetzt gewesen wären. Aber auch so ist die Tendenz deutlich zu erkennen.¹²

9 $\chi^2 = 66,51629$; $f = 10$; Irrtumswahrscheinlichkeit also auch unter 1/100

10 $\chi^2 = 34,22840$; $f = 4$; ebenfalls Ein-Promille-Niveau.

11 $\chi^2 = 27,27803$; $f = 10$; Irrtumswahrscheinlichkeit unter 1%.

12 $\chi^2 = 13,205743$; $f = 10$; Signifikanz auf dem Fünf-Prozent-Niveau. Eigenartigerweise ergibt dagegen die Kreuztabellierung von Schulbildung und Widersprüchlichkeitsgrad bei konstant gehaltener sozialer Lage vorläufig keine signifikanten Beziehungen. Daraus ergibt sich eine Reihe von Fragen, die hier nicht mehr überprüft werden können.

Tabelle 4: Gesellschaftsbild — Dimension Zusammenhängend-Widersprüchlich bei Personen mit keinem höheren als Volksschulabschluß in Abhängigkeit von der sozialen Stellung (Angaben in Prozent)

Soziale Gruppe	stärker zusammen- hängend	Mittel- gruppe	stärker wider- sprüchlich	Gesamt
Ungelernte und angelernte Arbeiter	19	33	48	100
Facharbeiter, Handwerker	17	35	48	100
untere Angestellte und Beamte	21	32	47	100
mittlere Angestellte und Beamte	28	36	36	100
Werkmeister, Handwerksmeister	29	37	34	100
Unternehmer, Selbständige, freie Berufe, leitende und höhere Angestellte	36	32	32	100

Tabelle 5: Gesellschaftsbild — Dimension Zusammenhängend-Widersprüchlich bei Personen mit Mittelschul- oder vergleichbarem Abschluß in Abhängigkeit von der sozialen Stellung (Angaben in Prozent)

Soziale Gruppe	stärker zusammen- hängend	Mittel- gruppe	stärker wider- sprüchlich	Gesamt
Ungelernte, angelernte Arbeiter, Facharbeiter, Handwerker, untere Angestellte und Beamte	20	29	52	101 (= 100)
mittlere Angestellte und Beamte, Werkmeister, Handwerksmeister	23	36	41	100
Unternehmer, Selbständige, freie Berufe, leitende und höhere Angestellte	47	26	28	101 (= 100)

Ich kann also zunächst zusammenfassen: Deutlicher als erwartet zeigen die quantitativen Verhältnisse nach dieser Auswertungsmethode ein Bild, wie man es von meinen theoretischen Ausgangspositionen her vermuten konnte. Das kann selbstverständlich nicht heißen, daß nun diese sehr allgemeinen Aussagen gleichsam auf empirischer Ebene bewiesen sind. Aber es heißt, daß sich empirische Belege dafür finden lassen, die die grundlegendere, aber deshalb auch abstraktere Argumentation mit unterstützen. Das gleiche gilt für die Auswertungsmethode. Es ist wohl überhaupt in der empirischen Sozialwissenschaft schwierig zu beweisen, daß man das, was man messen will, auch wirklich inhaltlich erfaßt. Aber nach diesen Ergebnissen spricht nunmehr vieles dafür, mit dieser Methode weiterzuarbeiten.

Wenn man die widerstreitenden Tendenzen zur Konkurrenz und zur Solidarität als grundlegende Tendenzen für die Entwicklung des Bewußtseins der Lohnarbeiter im Kapi-

talismus betrachtet, dann stellt sich die Frage, in welchem Zusammenhang diese Tendenzen mit dem zu untersuchenden System der Bedürfnisse der Lohnarbeiter stehen.

German G. Diligenski hat den anregenden Vorschlag gemacht, die allgemeinen Quellen für die Herausbildung der Bedürfnisse, deren jedes einzelne seine Entstehung menschlicher Tätigkeit verdankt, in der inneren Spannung zu sehen, die durch den gesellschaftlich-individuellen Doppelcharakter jeder menschlicher Tätigkeit überhaupt hervorgerufen wird.¹³ Diese *Basisspannung* zwischen den kollektiven und den individuellen Formen der menschlichen Tätigkeit erklärt sich aus dem gesellschaftlichen Charakter beider Formen der Tätigkeit, historisch und sozial nimmt diese Basisspannung dann jeweils unterschiedliche Gestalt an. Ein absolutes inneres Gleichgewicht, so führt *Diligenski* aus, ist unvereinbar mit der Auffassung vom Menschen als Subjekt der Tätigkeit. Dagegen lassen sich, so kann man diesen Gedanken fortführen, sozial bestimmte und historisch veränderbare typische Formen eines dynamischen Gleichgewichts im Sinne von typischen Bewußtseins- und Tätigkeitsformen finden, die unterschiedliche Antworten auf die Gestalt darstellen, in der die Basisspannung auftritt.

Diligenski spricht davon, wie die Basisspannung zwischen der individuellen und der kollektiven Seite der menschlichen Tätigkeit eine besondere Zuspitzung im Kapitalismus erfährt; dies einmal durch die Individualisierung des einzelnen Warenverkäufers oder Verkäufers seiner Arbeitskraft, andererseits durch die Errichtung eines gigantischen Systems von menschlicher Abhängigkeit von anderen Menschen und gesellschaftlichen Kräften, die nicht bewußt von den tätigen Menschen selbst beherrscht werden.

Versuchen wir nun, diesen Gedanken mit der Auffassung von Konkurrenz und Solidarität als grundlegenden widerstrebenden Tendenzen im Bewußtsein und im Verhalten der Lohnarbeiter zusammenzubringen. Auf den ersten Blick meint man die Verbindung darin zu sehen, daß die Tendenz zur Konkurrenz die individuelle Seite menschlicher Tätigkeit betont, die Tendenz zur Solidarität die kollektive Seite. Es ist sicher auch richtig, daß die Überwindung der Tendenz zur Konkurrenz und die Durchsetzung der Tendenz zur Solidarität den Akzent von individuellen Tätigkeitsformen und Erfahrungen verschiebt hin zu kollektiven Tätigkeitsformen und Erfahrungen, je daß im allgemeinen die kollektive Praxis einer der wichtigsten Urheber der Auflösung der Seite der Konkurrenz und der Entwicklung der Seite der Solidarität ist.

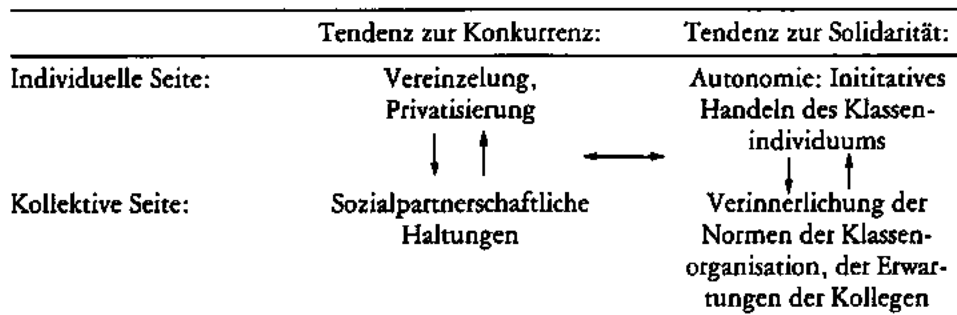
Dennoch darf man hier nicht lediglich und auch nicht vornehmlich eine bloße Akzentverschiebung von individuellen Tätigkeitsformen zu kollektiven hin sehen. Vielmehr entspricht jeder dieser widerstrebenden Tendenzen eine andere Form der Basisspannung.

Individuelle Tätigkeitsformen werden unter den Bedingungen der Herrschaft der Tendenz zur Konkurrenz zur Grundlage von Vereinzelung und Privatisierung, zur Grundlage der Abgelöstheit des einzelnen Menschen bis hin zur völligen Isoliertheit durch die Auflösung menschlicher Beziehungen in Warenbeziehungen. Die Sehnsucht nach Gemeinschaft, die dieser Art von Isolation entspricht, ist die Grundlage der illusionären Vorstellungen einer Sozialpartnerschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital. Die Illusion vom sozialen Frieden mit allen ist die Kehrseite der Vorstellung vom Kampfe aller gegen alle.

Hat sich aber die Tendenz zur Solidarität durchgesetzt, so entsprechen ihr ebenso kei-

13 German G. Diligenski, Probleme der Theorie der menschlichen Bedürfnisse (1976), in: G. G. Diligenski, Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus, Hrsg. v. IMSF (Theorie und Methode, Bd. I), Frankfurt am Main 1978, S. 45 ff.

neswegs nur die kollektiven Tätigkeitsformen, die Verinnerlichung der Normen der Klassenorganisationen, der Erwartungen der Kollegen. Vielmehr gewinnt jetzt die Autonomie der Persönlichkeit eine neue Bedeutung und für die Lohnarbeiter zum ersten Male überhaupt Wirklichkeit: Im initiativen Handeln des Klassenindividuum. Man kann mit allen Vorbehalten, die man bildlichen Darstellungen entgegenbringen mag, dies Verhältnis so wiedergeben:



Jeder der beiden grundlegenden Tendenzen entspricht eine besondere Gestalt der Basisspannung zwischen Individuellem und Kollektivem. Auf der einen Seite, der Seite der Konkurrenz, wird das System der Bedürfnisse und Aktivitäten des atomisierten Individuums bedingt, dessen Traum nach Aufhebung dieser Isolation selbst noch und wieder ein Stück dieser Isolation ist. Hier ist die spontane Grundlage bürgerlicher Bewußtseinsformen in der Arbeiterklasse. Hier, in diesen Tätigkeits- und Bedürfnisformen ist der Resonanzboden der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterklasse. Auf der anderen Seite, der Seite der Solidarität, kann sich das System der Aktivitäten und Bedürfnisse der interessenbewußten und kritischen Klassenpersönlichkeit entwickeln, dies freilich über embryonale Formen hinaus nur im Beziehungsfeld lebendiger Klassenorganisationen und der durch dies Beziehungsfeld und diese Bedürfnisse und Aktivitäten entwickelten Kampfkultur der Arbeiterklasse.¹⁴ Hier, in der Tendenz zur Solidarität, ist die spontane Grundlage sozialistischer Bewußtseinsformen. Die entsprechenden Tätigkeits- und Bedürfnisformen weisen darauf hin, daß mit dem „Hineintragen“ sozialistischen Bewußtseins in die Arbeiterklasse dieser nicht etwas ihr Fremdes beigelegt wird. Hineintragen sozialistischen Bewußtseins in die Arbeiterklasse, diese große Aufgabe der Klassenorganisation, vor allem der kommunistischen Partei, verhilft vielmehr einer Grundtendenz zum Durchbruch, die elementar in der Klasse entsteht, sich aber unter den kapitalistischen Verhältnissen nicht von allein weiter entwickeln kann.

Der ideologische Kampf darf deshalb nicht so verstanden werden, als würden hier zwei Kräfte — Propagandisten bürgerlichen und Propagandisten sozialistischen Bewußtseins — auf einem dritten Feld — in der Arbeiterklasse — ihren Kampf austragen. Beide Kräfte finden eine Grundlage im zunächst widersprüchlichen Bewußtsein dieser Klasse selbst¹⁵: Es geht um die Vereinheitlichung dieses Bewußtseins, und es geht um die Richtung dieser Vereinheitlichung.

14 Vgl. Kaspar Maase, Arbeiterklasse, Reproduktion und Kultur im heutigen Kapitalismus, und: Friedhelm Kröll, Bemerkungen zum Konzept „Politische Kultur“ in der bürgerlichen Wahlforschung, in: IMSF (Hrsg.): Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse, München 1978, S. 8 ff und 111 ff.

15 Vgl. hierzu den Beitrag von Harald Werner in diesem Band.

Forschung in der Gewerkschaftsbewegung. Zur Tätigkeit des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Klaus Priester

I. Geschichte und Organisation. — II. Veränderung der Forschungsgebiete und Arbeitsschwerpunkte. — III. Gegenwärtige Arbeitsschwerpunkte. — IV. Bilanz und Perspektiven.

Über das traditionell distanzierte Verhältnis der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zur Arbeiterbewegung und ihren Organisationen ist gerade in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Diskussion um Möglichkeiten der Kooperation zwischen universitärer Forschung und Lehre und Gewerkschaften in der Bundesrepublik viel geschrieben worden.¹ Dabei wurde ins Gedächtnis gerufen, daß die wissenschaftliche Forschung auf den verschiedensten Gebieten, sei es in den Hochschulen oder in „unabhängigen“ Forschungseinrichtungen außerhalb der Universitäten, in sehr starkem Maße von Kapitaleinflüssen, die u. a. über die Vergabe und Finanzierung von Forschungsaufträgen deutlich werden, abhängt² und daß — im Gegensatz zu dem immer wieder von interessierter Seite kolportierten Gerücht vom „Gewerkschaftsstaat“ — die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik und namentlich die Gewerkschaften über keinen nennenswerten Einfluß auf Forschungspolitik, -strategie und -inhalte in staatlichen, halbstaatlichen und „unabhängigen“ Institutionen verfügen.³

An den Interessen der Lohnabhängigen und ihren Bedürfnissen orientierte wissenschaftliche Forschung kann sich gegenwärtig — von wenigen Ausnahmen im Rahmen der Kooperation von Hochschulen und Gewerkschaften in den letzten Jahren abgesehen — fast ausschließlich im außeruniversitären Bereich und in begrenztem Umfang in den Gewerkschaften selbst vollziehen. Ein Beispiel hierfür ist die Arbeit des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI), die im folgenden skizziert werden soll.

1 Siehe z. B. R. Sorg (Hrsg.), *Kooperation zwischen Gewerkschaften und Hochschulen*. Köln 1978; IG Chemic-Papier-Keramik (Hrsg.), *Kooperations-Handbuch für die Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Hochschule*. Hannover 1977; H. O. Vetter, Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/1977, S. 969—981; H.-D. Bamberg/H. J. Krüger/R. Kuhlmann, Arbeitnehmerinteressen, Wissenschaft und Hochschulen. In: *WSI-Mitteilungen* 12/1978, S. 667—678; J. Frerichs/W. Lieb, Entwicklungsstufen und Erfahrungen in der Kooperation zwischen Arbeitnehmern und Wissenschaftlern in der Hochschulforschung. In: *WSI-Mitteilungen* 12/1978, S. 678—687.

2 Siehe dazu V. Adam, *Untersuchung über Unternehmereinflüsse auf die Hochschulforschung*. Bielefeld 1978 (Universität Bielefeld, Projekt „Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer als Gegenstand der Hochschulforschung“, Arbeitsmaterial Nr. 3).

3 Siehe dazu N. Trautwein, *Gewerkschaften und Forschungspolitik*. In: *WSI-Mitteilungen* 12/1978, S. 706—717.

I. Geschichte und Organisation⁴

Das Institut ist eine Gründung der Gewerkschaften. Es wurde unter dem Namen „Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften“ (WWI) 1946 als Forschungseinrichtung der Gewerkschaften in der damaligen britischen Besatzungszone mit Sitz in Köln (heute: Düsseldorf) gegründet. Seine Entwicklung in den ersten Nachkriegsjahren ist eng mit dem Wirken von *Dr. Viktor Agartz* verbunden.⁵ Diese Tatsache wird in offiziellen und offiziösen Darstellungen über die Geschichte des WSI heute gern verschwiegen.⁶ *Agartz* war nach 1945 der bedeutendste fortschrittliche Wirtschaftsexperte von SPD und Gewerkschaften. Er bekleidete in den ersten Nachkriegsjahren zahlreiche führende Positionen in der Wirtschaftsverwaltung der westlichen Besatzungszonen und war wesentlich an der Erarbeitung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Neuordnungsvorstellungen von SPD und Gewerkschaften beteiligt.

Agartz hielt 1947 das wirtschaftspolitische Grundsatzreferat aus dem Gründungskongreß des DGB der britischen Zone in Bielefeld. 1949 übernahm er die Leitung des WWI, das auf seine Veranlassung hin gegründet worden war. Dort war er in starkem Maße an der Erarbeitung wirtschaftspolitischer Neuordnungsvorstellungen der Gewerkschaften beteiligt. Von *Agartz* stammt das Konzept der sogenannten „expansiven Lohnpolitik“, das er u. a. in seiner Programmrede auf dem 3. DGB-Bundeskongreß 1954 in Frankfurt/M. vertrat. Das Referat unter dem Titel „Wirtschafts- und Steuerpolitik“⁷ wird allgemein als eine „hervorragende Analyse der deutschen Situation“ eingeschätzt. *Agartz* ging in seinem Referat u. a. davon aus, daß sich der Kapitalismus in der BRD stabilisiert habe und daß diese Restauration mit einer Gefährdung der demokratischen Rechte verbunden sei. Aktuelle Aufgabe der Gewerkschaften in dieser Situation sei es, Klassenbewußtsein insbesondere auch in Lohnkämpfen zu fördern und zu entwickeln. Mitbestimmung wird von ihm als Form demokratischer Kontrolle bezeichnet und scharf gegen eine Partnerschaft von Arbeit und Kapital abgegrenzt. *Agartz'* Ausführungen stießen auf dem DGB-Kongreß auf breiteste Zustimmung, bis in christdemokratische Kreise hinein. Nach Abschluß des Kongresses wird jedoch — vornehmlich von Vertretern der „katholischen Soziallehre“ unter der Führung von *O. von Nell-Breuning* — eine Diffamierungskampagne gegen *Agartz* eingeleitet.

4 Die im folgenden angeführten Daten und Fakten sind, wenn nicht anders gekennzeichnet, den regelmäßig veröffentlichten Tätigkeitsberichten des WWI bzw. WSI entnommen; siehe dazu WWI, Tätigkeitsbericht 1966—1968. Düsseldorf o. J. (1969); WSI, Tätigkeitsbericht 1969—1971. Düsseldorf o. J. (1972); WSI, Tätigkeitsbericht 1972—1974. Düsseldorf o. J. (1975); WSI, Tätigkeitsbericht 1975—1977. Düsseldorf o. J. (1978). — Einen Überblick über Geschichte und Arbeitsschwerpunkte des WSI gibt auch G. Leminsky, Wissenschaft und Gewerkschaftspolitik — Das Beispiel WSI. In: WSI-Mitteilungen 12/1978, S. 687—692.

5 Zu V. *Agartz'* Leben und Wirken siehe näher H.-G. Hermann, Verraten und verkauft. Fulda 1958; W. Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Frankfurt/M. 1977 (2. Aufl.), S. 224 ff.; F. Deppe, Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) 1949—1965. In: F. Deppe/G. Fülberth/J. Harter (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Köln 1977, S. 366 ff.; V. Gransow/M. Krätke, Viktor *Agartz* — Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik. Berlin (West) 1978, S. 9 ff.; V. *Agartz*, Gewerkschaft und Arbeiterklasse. München 1971.

6 Hiervon bildet der ansonsten informative und auch durchaus (selbst-)kritische Bericht von Leminsky (a. a. O.) leider keine Ausnahme.

7 Siehe dazu näher Krätke/Gransow, a. a. O., S. 24 ff.

8 V. *Agartz*, Wirtschafts- und Steuerpolitik. Grundsätze und Programm des DGB. In: Protokoll des 3. ord. Bundeskongresses in Frankfurt/M. vom 4. bis 9. Oktober 1954. Frankfurt/M. o. J. (1954), S. 423—468.

9 Abendroth, a. a. O., S. 224.

Im Verlauf der Auseinandersetzung droht die CDU schließlich mit der Spaltung des DGB¹⁰, woraufhin sich die SPD-Führungsgremien der Kampagne gegen *Agartz* anschließen und entsprechenden Druck auf die Gewerkschaften ausüben. Der DGB-Bundesvorstand beugt sich diesem Druck und entläßt *Agartz* zum Jahresende 1955 aus seiner Funktion als WWI-Direktor, nachdem er Ende 1954/Anfang 1955 bereits die Verantwortlichkeit für das institutseigene Publikationsorgan WWI-Mitteilungen an *Prof. Dr. Bruno Gleitze* abgegeben hatte.¹¹ *Gleitze*, früher Professor an der Berliner Humboldt-Universität, übernahm die Geschäftsführung des Instituts und leitete es allein bzw. mit den Mitdirektoren *Dr. Erich Pothhoff* und *Dr. Otto Kunze* bis zu seiner Berufung als Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen im Dezember 1966. Nach seinem Rücktritt vom Ministeramt 1967 kehrte *Gleitze* dann bis zu seiner Pensionierung Ende 1968 in die Geschäftsführung des WWI zurück. Nach der zwischenzeitlich erfolgten Berufung von *Dr. Heinz Markmann* als WWI-Direktor (mit *Dr. Otto Kunze*) hatte das WWI zeitweilig drei Direktoren zur gleichen Zeit. *Kunze* schied 1969 aus Altersgründen aus der Geschäftsführung aus und wurde durch den SPD-Bundestagsabgeordneten *Dr. Friedhelm Farthmann* ersetzt, der seinerseits wiederum 1975 zum Arbeits- und Sozialminister in Nordrhein-Westfalen berufen wurde und für den *Dr. Wolfgang Spieker* in die WSI-Geschäftsführung eintrat. *Markmann* und *Spieker* leiten das Institut gegenwärtig.

Im Verlauf der letzten dreißig Jahre hat sich das WWI, das Ende 1971 in „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB“ (WSI) umbenannt wurde, in der Zusammensetzung seiner Mitarbeiter und seiner Aufgabenstellung grundlegend verändert. Bildeten am Ende der vierziger und in den fünfziger Jahren nur einige wenige Wissenschaftler den Mitarbeiterstamm des Instituts, so waren Anfang 1979 neben den beiden Geschäftsführern 28 wissenschaftliche Mitarbeiter im WSI beschäftigt.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit des WSI steht die wissenschaftliche Beratung der Abteilungen der Bundesvorstands-Verwaltung des DGB und der Einzelgewerkschaften, die — wie es im letzten Tätigkeitsbericht des WSI heißt — „schätzungsweise zwei Drittel der Kapazität des WSI... in Anspruch“ nimmt.¹² In der Satzung des WSI (Fassung vom 4. 3. 1974)¹³ heißt es zum Zweck des Instituts: „1. Zweck des WSI sind eigene Forschungen im Bereiche der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Zukunftsforschung und des Umweltschutzes; Beteiligung an inner- und außerdeutschen Forschungsvorhaben, insbesondere Untersuchungen und Enquêtes; Erteilung von Forschungsaufträgen; Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses; Erstattung von Gutachten; Herausgabe von Publikationen, insbesondere einer wissenschaftlichen Zeitschrift. — 2. Das WSI hat die ihm übertragenen Aufgaben in eigener wissenschaftlicher Verantwortung durchzuführen und ist im Rahmen seiner wissenschaftlichen Tätigkeit an Weisungen nicht gebunden.“ (§ 2) Finanziert wird die Arbeit des WSI durch Zuschüsse und Spenden, Gewinn wird nicht erstrebt. (§ 3) Das WSI wird als Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) — Gesellschafter sind die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen Neue Heimat, Bank für Gemeinwirt-

10 Angeblich aus Verbitterung über den „Radikalmarxismus“ des DGB wurde im Oktober 1955 eine „Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands“ gegründet. — Vgl. dazu Gransow/Krätke, a. a. O., S. 14.

11 *Agartz* gründete Anfang 1956 die Zeitschrift WISO, wurde später verhaftet und wegen „landesvertretischer Beziehungen“ zur DDR angeklagt. *Agartz* wurde später wegen erwiesener Unschuld freigesprochen. — Vgl. dazu näher ebenda, S. 14 f.; ferner Abendroth, a. a. O., S. 229 ff.

12 WSI, Tätigkeitsbericht 1975—1977, a. a. O., S. 5.

13 Siehe ebenda, S. 120—123.

schaft, Volksfürsorge sowie die Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft des DGB — von einem Kuratorium kontrolliert. Dieses besteht aus den Mitgliedern des DGB-Bundesvorstandes und kann weitere Mitglieder kooptieren. Vorsitzender des Kuratoriums ist der DGB-Vorsitzende (§ 7 der Satzung). Das Kuratorium berät den Haushalt des Instituts, schlägt die Geschäftsführer vor und prüft Jahresabschluß, Geschäftsbericht und wissenschaftliche Tätigkeitsberichte (§ 8 der Satzung).

Das WSI ist in drei Forschungsbereiche gegliedert:

- *Konjunktur- und Strukturforschung* mit den Schwerpunkten Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung/Statistik/EDV (R. Görlich), Investitions- und Konzentrationsforschung (Dr. R. Jordan), Konjunkturforschung/Arbeitsmarktpolitik (Dr. H. Kühle, B. Müllhaupt, G. Müller, H. Seifert), Unternehmens- und Branchenanalysen/Beratung von Beschäftigtenvertretern in Unternehmen (I. Scheibe-Lange, G. Volkmann), Raumordnung/Regionale Strukturpolitik (W. Schneider);
- *Verteilungsforschung* mit den Schwerpunkten Einkommensverteilung, -entwicklung und -politik (M. Piecha, R. Welzmüller), Finanz- und Steuerpolitik/Staatstätigkeit (C. Schäfer, H. Tofaute), Gesundheits-, Sozial-, Frauen- und Familienpolitik (G. Bäcker, W. Mudra, E. Standfest), Tarifanalysen/Tarifarchiv (G. Gerlach);
- *Gesellschaftspolitik* mit den Schwerpunkten Gewerkschaftliche Grundsatzfragen/Arbeits- und Wirtschaftsrecht/Mitbestimmung (Dr. G. Leminsky, U. Briefs, U. Sieling-Wendeling, Dr. U. Zachert), Personalplanung/betriebliche Beschäftigungspolitik (Dr. H. Kohl), Bildungspolitik (Dr. D. Görs), Industriesoziologie/Arbeitsbedingungen/„Humanisierung der Arbeit“ (M. Helfert, G. Trautwein-Kalms), Europäische Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik (W. Lecher), Gewerkschaftstheorie und -praxis/Parteien- und Verbändeforschung (D. Perner), Wissenschafts- und Forschungspolitik (U. Mertes).

Diese gegenwärtige Struktur des WSI besteht seit Anfang 1972, also seit der Umbenennung des WWI in WSI.

In einer Betriebsvereinbarung zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat wurde die neue Organisationsstruktur des Instituts festgelegt, die Beschäftigten und Betriebsrat „wesentliche Mitbestimmungsrechte in arbeitsorganisatorischen und forschungspolitischen Fragen“¹⁴ einräumt. Mit der Neuorganisation wurden die Abteilungsleiter abgeschafft, um „sowohl die demokratische Willensbildung zu gewährleisten als auch die Effektivität der Institutsarbeit zu erhöhen“.¹⁵ Statt dessen wählen die Mitglieder der Forschungsbereiche einen Forschungsbereichssprecher, der im Rahmen der Beschlüsse der Forschungsbereichsbesprechung die koordinierenden Funktionen im Forschungsbereich wahrnimmt und den Forschungsbereich im Institutsrat vertritt. Mitglieder des Institutsrats sind die Geschäftsführung, die Forschungsbereichssprecher und Mitglieder des Betriebsrats. Er ist an den Beratungen und Entscheidungen über alle Angelegenheiten des WSI beteiligt. In regelmäßigen Versammlungen der wissenschaftlichen Referenten werden alle wissenschaftlichen und forschungspolitischen Fragen diskutiert und beraten.¹⁶

Mitarbeiter des Instituts waren und sind an der Tätigkeit vieler nationaler und internationaler Institutionen beteiligt, darunter auf nationaler Ebene in der *Kommission für*

14 WSI, Tätigkeitsbericht 1969—1971, a. a. O., S. 7.

15 Ebenda.

16 Vgl. ebenda.

wirtschaftlichen und sozialen Wandel, in der Konzertierten Aktion, im Wissenschaftsrat, im Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft, im Außenhandelsbeirat und Kohlebeirat des Bundeswirtschaftsministeriums, in Beirat und Fachausschüssen des Statistischen Bundesamtes, in kirchlichen Institutionen sowie im Programm „Humanisierung der Arbeit“ und im ad-hoc-Ausschuß „Technische Kommunikation“ beim Bundesministerium für Forschung und Technologie.¹⁷ In der Vergangenheit wirkte das WWI/WSI in weiteren nationalen Institutionen wie dem Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, in REFA-Fachausschüssen, in der Gesellschaft für Zukunftsfragen und in der Kommission zur Neuordnung des beruflichen Schulwesens in Nordrhein-Westfalen mit.¹⁸

Die Mitarbeit des WSI in inter- und übernationalen Gremien und Institutionen konzentriert sich gegenwärtig auf die EG und hier vor allem auf die Generaldirektion Soziale Angelegenheiten sowie Wirtschaft und Finanzen. Mitarbeiter des WSI waren ebenfalls an Arbeiten von Fachgremien und des gewerkschaftlichen Beratungsausschusses der OECD beteiligt. Intensive Kontakte pflegt das WSI zu den internationalen Gewerkschaftsorganisationen EGB und IBFG.¹⁹

Ferner sind das Institut oder einzelne Mitarbeiter des Instituts Mitglieder einer Reihe von nationalen und internationalen wissenschaftlichen Vereinigungen wie der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute, der Agrarsozialen Gesellschaft, der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft (Verein für Sozialpolitik), der Deutschen Statistischen Gesellschaft, der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler usw.²⁰

Darüber hinaus pflegt das WSI mehr oder weniger intensive Verbindungen zu in- und ausländischen Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen, unter anderem auch aus sozialistischen Ländern.

Das WSI verfügt über eine Bibliothek mit einem Bestand von ca. 40 000 Titeln aus dem weiteren Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie zur Zeit 365 Zeitschriften aus dem In- und Ausland. Das Institut stellt auch auswärtigen Interessenten Arbeitsmöglichkeiten in der Bibliothek zur Verfügung. Mit der Bibliothek und dem Archiv des DGB-Bundesvorstandes, die im Gebäude des WSI untergebracht sind, besteht enger Kontakt.

Die Arbeitsergebnisse des WSI werden u. a. durch Veröffentlichungen nach außen getragen. Wichtigstes Publikationsorgan des Instituts ist seine im 32. Jahrgang erscheinende Monatszeitschrift *WSI-Mitteilungen* (Früher: Mitteilungen des WWI), die redaktionell betreut wird von H. Tofaute, R. Jordan, W. Lecher und D. Langenbrinck. In den WSI-Mitteilungen kommen auch externe Autoren, vor allem aus dem Universitäts- und Gewerkschaftsbereich und der Politik zu Wort. Im Gegensatz zu früheren Jahren sind die WSI-Mitteilungen seit einiger Zeit dazu übergegangen, häufiger Hefte zu Schwerpunktthemen (z. B. zur Sozialpolitik, Forschungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Berufsbildung, „Humanisierung der Arbeitswelt“) zu veröffentlichen. Die WSI-Mitteilungen erreichen

17 Vgl. WSI, Tätigkeitsbericht 1975—1977, a. a. O., S. 113.

18 Vgl. WWI, Tätigkeitsbericht 1966—1968, a. a. O., S. 87; WSI, Tätigkeitsbericht 1969—1971, a. a. O., S. 63.

19 Vgl. WSI, Tätigkeitsbericht 1975—1977, a. a. O., S. 113.

20 Vgl. ebenda, S. 114.

eine Auflage von durchschnittlich ca. 6000 Exemplaren, von denen mehr als 4000 im Abonnement vertrieben werden. Adressaten der WSI-Mitteilungen sind die Gewerkschaften (ca. 1600 Abonnements), Schulen, Universitäten, Parteien (ca. 1700 Abonnements), Einzelbezieher (ca. 1100 Abonnements, davon fast zwei Drittel an Studenten) und Buchhandlungen.

Überdurchschnittlich starke Verbreitung erfuhren die beiden Sonderhefte der WSI-Mitteilungen „Gewerkschaftsstaat oder Unternehmerstaat“ (1976/77), die Auflagen von ca. 45 000 bzw. 13 000 erzielen konnten.²¹

Neben den WSI-Mitteilungen gibt das Institut die *WSI-Studien zur Wirtschafts- und Sozialforschung* in unregelmäßigen Abständen heraus. Kennzeichen der WSI-Studien, von denen bisher 38 Bände erschienen sind, sind u. a. „der kooperative und interdisziplinäre Ansatz sowie die Orientierung an gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen“.²² Sie sind Veröffentlichungen für Spezialisten der jeweiligen Fachgebiete. Ihre Auflagenhöhe (einschließlich Zweitauflagen) liegt in letzter Zeit bei ca. 3200 Exemplaren und konnte gegenüber früheren Jahren erheblich gesteigert werden.

Das WSI veröffentlicht zur aktuellen Information von Wirtschaftsredaktionen, Presseagenturen, Fernsehen und Rundfunk und anderen interessierten Fachstellen *Informationsdienste* u. a. zur Konjunktur-, Preis- und Lohnentwicklung. Mitarbeiter des WSI veröffentlichen darüber hinaus Bücher (in der Regel im gewerkschaftseigenen Bund-Verlag, Köln, und in der — vom DGB inzwischen verkauften — Europäischen Verlagsanstalt, Köln—Frankfurt/M.) und Aufsätze (z. B. in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“, Köln) außerhalb der WSI-Publikationsorgane.

II. Veränderung der Forschungsgebiete und Arbeitsschwerpunkte

Im Verlauf seiner mehr als dreißigjährigen Existenz haben sich die Arbeits- und Forschungsschwerpunkte des WSI entsprechend der Veränderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und den daraus resultierenden Anforderungen der Gewerkschaften gewandelt.

Das WWI war in den ersten Nachkriegsjahren stark in die Entwicklung programmatischer und reformpolitischer Konzeptionen des im Aufbau befindlichen DGB einbezogen. Insbesondere wurden von Wissenschaftlern des WWI programmatische Vorstellungen zur Wirtschaftsführung und zur Mitbestimmung erarbeitet, die in die Neuordnungsdiskussionen der unmittelbaren Nachkriegszeit eingeflossen sind. Daneben beschränkte sich die Arbeit des Instituts auf die Beobachtung und Kommentierung der wirtschaftlichen Lage und der Lebensverhältnisse der Arbeiter und Angestellten.

Mit dem Beginn der fünfziger Jahre zeichnete sich ein Wandel ab, der auch auf die veränderten politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zurückzuführen ist. Mit der Regierungsübernahme der CDU/CSU und einiger anderer bürgerlichen Parteien, der in den Grundzügen schon vollzogenen Restauration kapitalistischer Eigentums- und Machtverhältnisse und dem raschen Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft unter dem Leitbild der „sozialen Marktwirtschaft“ schwanden die Chancen zur parlamentarischen

21 Vgl. ebenda, S. 25 ff.

22 Ebenda, S. 27.

Durchsetzung alternativer ordnungspolitischer Vorstellungen für die Gewerkschaftsbewegung. Mit Ausnahme der Mitbestimmung gab es kaum noch ein gesellschaftspolitisch relevantes Feld, auf dem das WWI weitertreibende theoretische Forschungen vorlegte. Die Institutsarbeit konzentrierte sich in dieser Periode fast vollständig auf die Beobachtung und Kommentierung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Bundesrepublik. Dieser Prozeß der Beschränkung der Institutsarbeit auf pragmatische Tagesfragen der Politik korrespondierte in gewisser Weise mit einer entsprechenden gesellschaftspolitischen Orientierung und Politik des DGB und der meisten Einzelgewerkschaften, wie sie sich etwa im DGB-Aktionsprogramm von 1955 ausdrücken.²³ G. Leminsky faßt die wissenschaftliche Arbeit des WWI in dieser Periode kritisch zusammen: „Methodenfragen, die statistischen Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialforschung und inhaltliche Probleme wie Konjunktur, Arbeitsmarkt, berufliche Bildung, Agrarwirtschaft, Wohnungsbau, Energie usw. wurden in Einzelreferaten, die zu verschiedenen Abteilungen zusammengefaßt waren, mehr fachwissenschaftlich denn gewerkschaftspolitisch behandelt. Der Fachreferent hatte zwar je nach Aufgabengebiet und persönlichen Neigungen auch Verbindungen zum DGB und den Einzelgewerkschaften, doch war ein wirklicher Arbeitsverbund nur in wenigen Fällen gegeben, und er war auch nicht erforderlich. Es gab kaum eine gewerkschaftliche Politik mit der Anforderung, politische Konzepte mit wissenschaftlichen Methoden zu fundieren. Die Referenten, durchweg Ökonomen, unterschieden sich in ihrem Denken und ihren Orientierungen kaum von denen anderer wirtschaftswissenschaftlicher Fachinstitute.“²⁴

Die Institutsarbeit blieb in dieser Periode von den Auswirkungen des Kalten Krieges nicht unberührt. Mit der Illegalisierung und Kriminalisierung der Kommunisten in der Bundesrepublik wurden nicht nur marxistisches Denken, sondern auch linkssozialistische und andere fortschrittliche Ansätze zur Politik vollends an den Rand gedrängt. Dies läßt sich nach der Entfernung Agartz' aus dem Gewerkschaftsapparat und den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Publikationsorganen besonders deutlich etwa an Veröffentlichungen in den WWI-Mitteilungen ablesen. Gleichzeitig verstärkte das WWI in seiner Zeitschrift die — in aller Regel von antikommunistischen Vorurteilen geprägte und bisweilen in Untergangsprognosen gipfelnde — Berichterstattung über die ökonomische und soziale Lage in der DDR. Diese — wie sie bezeichnet wurde — „mitteldeutsche Berichterstattung“, deren Nestor B. Gleitze war, wurde in größerem Umfang bis 1968/69 im WWI betrieben.²⁵ Die gewandelten Erfordernisse der „neuen Ostpolitik“ der SPD/FDP-Regierung, das Ausscheiden Gleitzes aus der Spitze der WWI und eine veränderte Schwerpunktsetzung in der Institutsarbeit ließen derartige Analysen aus den Spalten der WWI-Mitteilungen gänzlich verschwinden. Zum letzten Mal erwähnt wird die DDR-Berichterstattung im WWI-Tätigkeitsbericht für die Jahre 1966—1968.²⁶

Seit Mitte der sechziger Jahre zeichnete sich eine gewisse Änderung in der Institutsarbeit ab. Mit der Bildung der „Großen Koalition“ aus CDU/CSU und SPD 1966 und der Formulierung ihrer „Neuen Wirtschaftspolitik“ wurde nach der ersten schweren Nach-

23 Siehe dazu F. Deppa, a. a. O., S. 365 f.

24 Leminsky, a. a. O., S. 688.

25 Siehe z. B. B. Gleitze, Sowjetzonenwirtschaft in der Krise. Köln 1962 (2. Aufl.) (WWI-Studie 2); H. Buck/D. Schröder, Wohnungsbau und Wohnungsbaufinanzierung in der Sowjetzone (SBZ). Köln 1965 (WWI-Studie 11).

26 Siehe WWI, Tätigkeitsbericht 1966—1968, a. a. O., S. 73 f.

kriegsperiode in der Bundesrepublik die „Konzertierte Aktion“ eingeführt. Im WWI-Tätigkeitsbericht für die Jahre 1966—1968 heißt es hierzu: „Die Schlagworte Konzertierte Aktion, kurz- und mittelfristige Wirtschaftsprojektionen, mittelfristige Finanzplanung, Sozialbudget charakterisieren die neuen Tatbestände, mit denen sich das WWI in den vergangenen zweieinhalb Jahren auseinandersetzen hatte. Das Institut hatte schon seit langem und mit ständig wachsendem Nachdruck eine rationale, einer reifen Volkswirtschaft angemessene Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik gefordert. Die Versuche des Parlaments und der Bundesregierung der Großen Koalition, derartige Politiken zu verwirklichen, trafen das WWI also durchaus nicht unvorbereitet.“²⁷ Das WWI wurde in dieser Zeit verstärkt in die wissenschaftliche Beratung der Gewerkschaftsführung im Zusammenhang mit der Konzertierten Aktion einbezogen, WWI-Mitarbeiter wurden sogar in die Arbeitskreise „Einkommens- und Vermögensverteilung“ und „Automation“ der Konzertierten Aktion berufen. Dazu heißt es im Rechenschaftsbericht: „Das WWI kann mit Befriedigung feststellen, daß es den neuen Anforderungen durchaus gewachsen ist.“²⁸

Diese Einbeziehung auch von Teilen der Arbeitskapazitäten des WWI in den staatlichen Wirtschaftsregulierungsapparat führte im Institut zu Akzentverlagerungen in der wissenschaftlichen Arbeit, engeren Kontakten mit der DGB-Führung und zur stärkeren Einbindung in die gewerkschaftliche Arbeit überhaupt.²⁹

Gleichzeitig führten die im Gefolge der Krise deutlich gewordenen strukturellen Wirtschaftsprobleme und die Rationalisierung zu neuen Überlegungen im Bereich der Mitbestimmungsdiskussion, die nunmehr zusehends auf den überbetrieblichen Bereich ausgedehnt wurde. Auch wurden in stärkerem Maße als bisher Studien zur Veränderung von Arbeitsanforderungen, -tätigkeiten und -qualifikationen im Gefolge von Rationalisierung und technischem Wandel, die später dann in eine umfassendere Beschäftigung mit Problemen der „Humanisierung der Arbeit“ einmündeten, durchgeführt.³⁰ Ferner rückte erneut die „Vermögensbildung“, zu der das WWI bereits vorher Arbeiten vorgelegt hatte, in das Blickfeld der Institutsarbeit³¹ und 1968 wurde ein sozialpolitischer Beraterkreis zur Auswertung der Sozialenquête der Bundesregierung gebildet.

Eine neue Etappe der Institutsarbeit begann mit dem Ende der sechziger Jahre. Die mit der Bildung der SPD/FDP-Regierung verbreiteten Reformervorstellungen hatten auch auf den DGB übergreifen. Der Bildung einer gesellschaftspolitischen Abteilung beim DGB Bundesvorstand 1969 folgte auch im WWI eine stärkere Beschäftigung mit sozialwissenschaftlichen Aspekten der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Dies führte dazu, daß am Ende einer längeren Diskussion das WWI Ende 1971 in WSI umbenannt und die Arbeitsstrukturen im Institut verändert wurden. Im Zusammenhang mit der stärkeren Betonung des sozialwissenschaftlichen Elements in der Tätigkeit des WSI ist auch die starke Betonung der Arbeitsfelder „Zukunftsforschung“ und „Umweltgestaltung“ zu sehen. Im Tätigkeitsbericht für die Jahre 1969—1971 heißt es dazu: „Bisher befaßte sich die Sozial-

27 Ebenda, S. 5.

28 Ebenda, S. 7.

29 Vgl. Leminsky, a. a. O., S. 688.

30 Siehe dazu z. B. A. Sturmthal, Amerikanische Forschungsarbeiten über Automation und Arbeitsbeziehungen (Industrial Relations). Köln 1963 (WWI-Studie 5); G. Leminsky/M. Helfert, Der Wandel der Arbeitsanforderungen bei technologischen und organisatorischen Änderungen. Theoretische und methodische Probleme. Köln 1970 (WWI-Studie 19).

31 Siehe z. B. B. Gleitze, Sozialkapital und Sozialfonds als Mittel der Vermögenspolitik. Köln 1969 (2. Aufl.) (WWI-Studie 1).

forschung generell zu wenig systematisch mit der Zukunft. Allenfalls wurden verhältnismäßig globale Prognosen über fünf bis zehn Jahre aufgestellt. Entscheidungen in einzelnen Bereichen wurden im allgemeinen kaum im Hinblick auf ihre Wechselbeziehungen mit Entwicklungen und Entscheidungen in anderen Bereichen systematisch analysiert. (...) Aufgabe der Zukunftsforschung ist es, die empirischen und theoretischen Grundlagen langfristiger politischer Konzeptionen für die verschiedenen Lebensbereiche zu erarbeiten und vor allem die gesellschaftspolitischen Implikationen solcher Konsequenzen aufzuzeigen. Zukunftsforschung kann die politisch wirksamste unter allen Wissenschaften sein. Deshalb dürfen die Gewerkschaften sie weder den persönlichen Neigungen einzelner Wissenschaftler noch den privatwirtschaftlichen Interessen allein überlassen.“³²

Die aus diesen Ausführungen sprechende Überschätzung des Werts einer — auch nicht näher definierten — „Zukunftsforschung“ zeigte sich in der praktischen Arbeit des WSI dann auch sehr bald. Bereits im nächsten Tätigkeitsbericht des WSI heißt es dazu: „Es zeigte sich aber, daß die Analyse von längerfristigen Entwicklungen und Aufgaben nicht als eigenständiges Forschungsobjekt anzusehen ist; vielmehr sind diese Aspekte bei allen, auch bei den schon früher im Institut verfolgten Schwerpunkten zu behandeln.“³³

In der ersten Hälfte der siebziger Jahre wurde die Institutsarbeit stärker als bisher auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Gewerkschaften ausgeweitet. „Die wissenschaftliche Fundierung der gewerkschaftlichen Politik wurde für die Diskussion nach innen und außen wichtiger und das Institut gewann im Vorfeld politischer Entscheidungen bei der Diskussion um die Begründung unterschiedlicher Alternativen ein schärferes Profil.“³⁴ Mit dieser Entwicklung korrespondierte das stärkere Übergehen der Institutsarbeit auf interdisziplinäre Projekte, also das Abgehen von streng einzelwissenschaftlichen Betrachtungsweisen einzelner Probleme. Beispiele hierfür sind etwa die Veröffentlichungen einer WSI-Projektgruppe „Grundelemente einer Arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre“ (1974), in der die herkömmlichen betriebswirtschaftlichen Entscheidungsmodelle auf ihre Eignung zur Durchsetzung arbeitsorientierter Interessen hin überprüft werden³⁵, und die bereits 1971 abgeschlossene, inzwischen mehrfach aufgelegte Studie einer Autorengruppe „Die Gesundheitssicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Analyse und Vorschläge zur Reform“, die in der gesundheitspolitischen Diskussion bis heute eine wichtige Rolle spielt.³⁶

Beschränkte sich die Arbeit des WSI in der ersten Hälfte der siebziger Jahre wesentlich auf die wissenschaftliche Fundierung der Gewerkschaftspolitik, ohne in der Regel Wege der Umsetzung erarbeiteter Forderungen zu benennen, so zeichnet sich seit der Krise von 1974/75 eine stärkere Betonung von Durchsetzungsstrategien in den Arbeiten des WSI ab. Leminsky meint, seit der Krise habe sich abgezeichnet, „daß die Hoffnung auf die Umsetzung der gewerkschaftlichen Reformpolitik über die politischen Parteien, zumal über die Sozialdemokraten, durch die Diskussion um ein neues Mitbestimmungsgesetz

32 WSI, Tätigkeitsbericht 1969—1971, a. a. O., S. 5.

33 WSI, Tätigkeitsbericht 1972—1974, a. a. O., S. 60.

34 Leminsky, a. a. O., S. 690.

35 Siehe Projektgruppe des WSI, *Grundelemente einer Arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre*. Köln 1974 (WSI-Studie 23); WSI-Forum, *Arbeitsorientierte Einzelwirtschaftslehre contra Kapitalorientierte Betriebswirtschaftslehre*. Köln 1974 (WSI-Studie 24).

36 Siehe E. Jahn u. a., *Die Gesundheitssicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Analyse und Vorschläge zur Reform*. Köln 1973 (3. Aufl.) (WSI-Studie 20).

schwer erschüttert wurde".³⁷ Die Gewerkschaften hätten erkannt, daß strukturelle Unterschiede zwischen den Aufgaben von Parteien und Gewerkschaften existierten und „daß keine Seite die andere, insbesondere bei einer Koalition, überlasten darf“.³⁸

Diese Erkenntnis habe notwendigerweise „zu einer größeren Besinnung auf die eigene Kraft, auf die autonome Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen mit gewerkschaftlichen Machtmitteln“³⁹ geführt. Probleme der Tarifpolitik, von Streik und Aussperrung gewannen damit eine neue Dimension. In Verbindung mit der seit 1975 anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und ökonomischen Stagnationstendenzen, die mit den herkömmlichen Mitteln der Wirtschaftspolitik offenbar nicht mehr zu lösen sind, stellten sich neue Aufgaben für die Gewerkschaften und an die Arbeit des WSI: „Es konnte nun nicht mehr nur um die Ausarbeitung, die Begründung und die wechselseitige Vereinbarkeit gewerkschaftlicher Forderungen gegenüber dem Staat gehen. Gleichzeitig mußte geprüft werden, welche Möglichkeiten der Umsetzung dieser Forderungen durch die Gewerkschaften selbst gegeben sind, im Bereich der Arbeitsmarktpolitik etwa durch die Betriebsräte, die Mitbestimmungsträger auf Unternehmensebene, durch tarifpolitische Ansätze oder durch die Selbstverwaltung im Rahmen der Bundesanstalt für Arbeit.“⁴⁰ Gesellschaftspolitische Zielsetzungen mußten damit auch in der Arbeit des Instituts auf konkretere Problemstellungen bezogen werden.

Im Ergebnis konnte das WSI insbesondere in den Bereichen der Arbeitsgestaltungs-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik in den letzten Jahren wissenschaftliche Analysen vorlegen, die realistische Durchsetzungsstrategien aufzeigten.⁴¹ Es wurde deutlich, daß diese Problembereiche besser und realitätsnäher in Kooperation mit gewerkschaftlichen und betrieblichen Praktikern behandelt werden können. „Ohne Aufgabe des wissenschaftlichen Anspruchs müssen Lösungen nicht nur aus Diskussionen unter Wissenschaftlern, sondern aus Wissenschaft in Verbindung mit vielfältigen unmittelbaren Praxisbezügen entwickelt werden. Die praktische Bedeutung von Vorschlägen, die aus einem solchen Arbeitsverbund entwickelt werden, ist unvergleichlich viel größer als eine nur literaturmäßige-theoretische Behandlung der Probleme, so wichtig diese im Einzelfall auch sein mag.“⁴² Mehr als bisher also müssen Experten aus den Einzelgewerkschaften und Betrieben in die praktische Forschungsarbeit des WSI einbezogen werden: Wissenschaft soll nach diesem Selbstverständnis nicht mehr neben oder für, sondern *mit* den Gewerkschaften betrieben werden.

III. Gegenwärtige Arbeitsschwerpunkte

Nach diesem allgemeineren Überblick über die Entwicklung der Forschungsschwerpunkte und -strategien des WSI sollen im folgenden die wesentlichsten gegenwärtigen Arbeitsbereiche und Projekte des WSI skizziert werden.

37 Leminsky, a. a. O., S. 690.

38 Ebenda.

39 Ebenda.

40 Ebenda.

41 Siehe dazu die unten im einzelnen genannten Arbeiten insbesondere zur „Humanisierung der Arbeit“, Beschäftigungspolitik und sozialen Selbstverwaltung.

42 Leminsky, a. a. O., S. 691.

Auffällig ist bei der Durchsicht des letzten Tätigkeitsberichts des WSI, daß die Zahl der forschungsbereichsübergreifenden und projektbezogenen Arbeiten im Vergleich zu früheren Jahren erheblich zugenommen hat und einen Schwerpunkt der Tätigkeit des Instituts ausmacht.⁴³

Wichtige Projekte waren und sind:

- die Durchführung eines Forums über die „Integrierte medizinische Versorgung. Notwendigkeit — Möglichkeiten — Grenzen“ (1975)⁴⁴;
- die Durchführung eines Forums über die „Krise der ökonomischen Theorie — Krise der Wirtschaftspolitik“ (1977)⁴⁵;
- die Mitarbeit in der von der Bundesregierung eingesetzten „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel“, die im Januar 1977 nach sechsjähriger Arbeit ihren Schlußbericht vorgelegt hat⁴⁶;
- die Auseinandersetzung mit antigewerkschaftlichen Ideologien und Propaganda im Rahmen des Projekts „Gewerkschaftsstaat oder Unternehmerstaat“⁴⁷;
- die Arbeit an einem „Handbuch der Unternehmensmitbestimmung“ für gewerkschaftliche Mitbestimmungsträger;
- die Durchführung eines vom Bundesministerium für Forschung und Technologie im Rahmen des Aktionsprogramms „Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens“ geförderten Projektes „Implikationen des Regierungsprogramms zur Humanisierung der Arbeit für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften“;
- die Analyse der betrieblichen Beschäftigungspolitik, Personalplanung und Möglichkeiten der Einflußnahme über die Mitbestimmung.⁴⁸

Die Arbeit an diesen forschungsbereichsübergreifenden Projekten dauert zum Teil noch an. Die Ergebnisse wurden z. T. bereits veröffentlicht und haben in der inner- und außergewerkschaftlichen Diskussion oftmals eine wichtige Rolle gespielt. Insbesondere gilt dies für die WSI-Vorstellungen über ein „System der integrierten medizinischen Versorgung“, die Sonderhefte „Gewerkschaftsstaat oder Unternehmerstaat“ der WSI-Mitteilungen und die Studien zur „Humanisierung der Arbeit“.

Neben diesen übergreifenden Projekten verfolgt das WSI innerhalb der drei Forschungsbereiche „Konjunktur- und Strukturforschung“, „Verteilungsforschung“ und „Gesellschaftspolitik“ vor allem folgende Schwerpunkte:⁴⁹

43 Vgl. zum folgenden WSI, Tätigkeitsbericht 1975—1977, a. a. O., S. 7 ff.

44 Siehe WSI-Forum, Integrierte medizinische Versorgung. Notwendigkeit — Möglichkeiten — Grenzen. Köln 1975 (WSI-Studie 32).

45 Die Veröffentlichung der Ergebnisse dieses WSI-Forums ist geplant.

46 Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Bonn 1977; W. Lecher, Die Gewerkschaften und die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel — ein Lehestück? In: WSI-Mitteilungen 3/1977.

47 Siehe die Sonderhefte der WSI-Mitteilungen „Gewerkschaftsstaat oder Unternehmerstaat“ I (1976) und II (1977).

48 Siehe Projektgruppe im WSI, Betriebliche Beschäftigungspolitik und gewerkschaftliche Interessenvertretung. Köln 1977 (WSI-Studie 34).

49 Im folgenden werden nur die u. E. wichtigsten Schwerpunkte angeführt; ausführlicher siehe WSI, Tätigkeitsbericht 1975—1977, a. a. O., S. 28 ff.

Konjunktur- und Strukturforchung:

— *Beobachtung und Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung und konjunkturpolitischen Diskussion.* Hierzu gehören die regelmäßig in den WSI-Mitteilungen veröffentlichten Konjunkturberichte und -prognosen sowie die Auseinandersetzung mit den Jahreswirtschaftsberichten der Bundesregierung und den Jahresgutachten des Sachverständigenrates. In jüngster Zeit waren und sind Mitarbeiter des WSI auch an der Erarbeitung alternativer wirtschaftspolitischer Vorstellungen und -forderungen im Rahmen der „Memorandum“-Gruppe beteiligt.⁵⁰ Zahlreiche Mitarbeiter des WSI unterstützen die von dieser Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern vorgelegten Memoranden, allerdings — wie sich nach der Vorlage des jüngsten Memorandums gezeigt hat — nicht vorbehaltlos und in allen Punkten.⁵¹

— *Arbeitsmarktanalysen und Arbeitsmarktpolitik.*⁵² Hierzu gehören regelmäßige Analysen der Arbeitsmarktentwicklung im Rahmen der Konjunkturberichterstattung und die Schätzung der voraussichtlichen Arbeitsmarktentwicklung, auch von Teilbereichen des Arbeitsmarktes (Branchen, Problemgruppen), die Erarbeitung von Konzeptionen und die Diskussion beschäftigungspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (hierzu hat das WSI u. a. die Wirkungen verschiedener Formen der Arbeitszeitverkürzung quantifiziert und Durchsetzungsmöglichkeiten untersucht) sowie die Untersuchung der Arbeitslosigkeit einzelner Beschäftigungsgruppen und die Auseinandersetzung mit verschiedenen Erklärungsansätzen für Arbeitslosigkeit.

— *Geldpolitik und Bankenmacht.* Hierzu gehören die Analyse der Auswirkungen, Tragweite und Grenzen der „Neuorientierung“ der Geldpolitik in der BRD seit 1974, die Beschäftigung mit der Macht der Banken und die Kritik am Bankensystem in der BRD.

Verteilungsforschung:

— *Analyse der Einkommensverteilung und Einkommenspolitik.* Hierbei handelt es sich um die Analyse und Kritik der aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ableitbaren Daten zur funktionellen und personellen Einkommensverteilung in der Bundesrepublik. Das WSI geht dabei davon aus, daß es notwendig ist, „die Verteilungsfragen verstärkt als eine Verteilung von Lebenslagen zu betrachten, d. h. also möglichst alle Bedarfsdeckungsmöglichkeiten zu berücksichtigen, insbesondere aber die Versorgung mit öffentlichen Gütern und Diensten“.⁵³

— *Tarifvertragsanalysen des Tarifarchivs.* Das ständige Arbeitsprogramm des WSI-Tarifarchivs umfaßt die regelmäßige Auswertung der Lohn- und Gehaltstarifverträge und sonstiger tarifvertraglicher Vereinbarungen (Urlaub, Sonderzahlungen, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitszeit) sowie die Veröffentlichung der wichtigsten Ergebnisse und Veränderungen in den WSI-Mitteilungen.

50 Siehe dazu das im gewerkschaftseigenen „Bund-Verlag“ erschienene „Memorandum: Alternativen der Wirtschaftspolitik“. Köln 1978; ferner: Memorandum '79: Vorrang für Vollbeschäftigung. Alternativen der Wirtschaftspolitik. Köln 1979 (Pahl-Rugenstein-Verlag).

51 Siehe dazu die ungezeichnete Kritik „Zum Memorandum '79“. In: WSI-Mitteilungen 6/1979, S. 294—297.

52 Siehe hierzu die Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen 2/1975, 2/1976, 4/1977, 5/1977, 4/1978 und 2/1979.

53 WSI, Tätigkeitsbericht 1975—1977, a. a. O., S. 57.

— *Vermögensverteilung und Vermögenspolitik.* Das WSI unterstützt den DGB in der vermögenspolitischen Diskussion und erarbeitet Stellungnahmen zur überbetrieblichen und betrieblichen Vermögensbeteiligung. Insbesondere hat es sich gegen diesbezügliche Vorhaben der Bundesregierung ausgesprochen.

— *Öffentliche Finanzen, staatliche Aktivität.* Angesichts des finanziellen Drucks auf die öffentlichen Haushalte und den öffentlichen Dienst als Folge der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung untersuchte das WSI die staatliche Finanzpolitik⁵⁴; Ergebnisse dieser Untersuchungen flossen in die „Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ (1977) ein. Ferner befaßt sich das WSI mit der Untersuchung allgemeiner Probleme des öffentlichen Dienstes und insbesondere der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

— *Sozial- und Gesundheitspolitik.* In Anbetracht der Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der wieder einsetzenden Diskussion über die „Grenzen des Sozialstaats“ versucht das WSI die kritische Analyse der herrschenden Sozialpolitik voranzutreiben und gewerkschaftliche Gegenpositionen zu erarbeiten, befaßt sich mit alten und „neuen“ Konzepten gegen den „Sozialstaat“ und analysiert die Kostenentwicklung in der Sozial- und Gesundheitspolitik.⁵⁵ Hierzu hat das WSI u. a. eine ausführliche Studie „Sozialpolitik und Selbstverwaltung“ (1977) vorgelegt, in der die herrschenden sozialpolitischen Theorien und Strategien analysiert und kritisiert sowie Vorschläge für die Reform der sozialen Selbstverwaltung unterbreitet werden.⁵⁶

Gesellschaftspolitik:

— *Grundsatzfragen gewerkschaftlicher Politik.* Neben der Fundierung gewerkschaftlicher programmatischer Vorstellungen beschäftigt sich das Institut mit der Konkretisierung gewerkschaftlicher Mitbestimmungsforderungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen, den Wechselwirkungen von Mitbestimmung, Tarifpolitik der Gewerkschaften sowie mit den gesellschaftspolitischen Aspekten der Beschäftigungs-, Arbeitsgestaltungs- und Technologiepolitik.

— *Arbeitsbedingungen, Rationalisierung, „Humanisierung der Arbeit“.* Seit der Münchner DGB-Konferenz „Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe“ (1974) widmet sich das WSI verstärkt den Problemen der Entwicklung der Arbeitsbedingungen in der BRD. Im Bereich der Analyse der Arbeitsbedingungen in der BRD lagen die wichtigsten Akzente des WSI auf der Ausarbeitung und Konkretisierung gewerkschaftlicher Forderungen, der Analyse ihrer sozioökonomischen Bedingungen, der Bestimmung des Ausmaßes der gesundheitlichen Gefährdungen der Lohnabhängigen und ihrer Entwicklung sowie der kritischen Untersuchung der Orientierung der Arbeitswissenschaften bei der Gestaltung von Arbeitssystemen. Auf allen diesen Gebieten wurden von Mitarbeitern des WSI Studien vorgelegt, die richtungweisende Anstöße für die weitere Beschäftigung mit diesen Problemen auch für andere Wissenschaftler gaben.⁵⁷ Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Mitarbeit des WSI bei der Ab-

54 Siehe hierzu das Schwerpunktheft 6/1977 der WSI-Mitteilungen.

55 Siehe hierzu die Schwerpunktheft 5/1978 und 10/1978 der WSI-Mitteilungen.

56 C. v. Ferber u. a., Sozialpolitik und Selbstverwaltung. Zur Demokratisierung des Sozialstaats. Köln 1977 (WSI-Studie 35).

57 Siehe hierzu z. B. das Schwerpunktheft 2/1978 der WSI-Mitteilungen.

wicklung des „Humanisierungs“-Programms der Bundesregierung und die Verfolgung seiner Ergebnisse. Vertreter des WSI sitzen u. a. in zwei beratenden Ausschüssen zur Betreuung des Forschungsprogramms. Die Mitarbeit von WSI-Vertretern in diesen Gremien zur Steuerung und Beratung staatlich geförderter Forschungspolitik hat das WSI bisher jedoch nicht daran gehindert, sehr kritisch zur generellen Zielrichtung des „Humanisierungs“-Programms Stellung zu beziehen.⁵⁸

Neben allgemeinen Fragen der Entwicklung der Arbeitsbedingungen und der „Humanisierung der Arbeit“ beschäftigt sich das Institut in den letzten Jahren verstärkt mit den Auswirkungen der Rationalisierung auf den Angestelltenbereich.⁵⁹ In diesem Zusammenhang unterstützte das WSI die zuständigen DGB-Gremien bei der Durchführung der „Angestellten-Aktion“ des DGB.

— *Betriebliche Beschäftigungspolitik/Personalplanung.* In Ergänzung zu den im Forschungsbereich „Konjunktur- und Strukturforschung“ durchgeführten Arbeiten zur Arbeitsmarktentwicklung und -politik führt der Forschungsbereich „Gesellschaftspolitik“ Studien zu einzelwirtschaftlichen Fragen der betrieblichen Beschäftigungspolitik durch. Personalplanung, Qualifikationsentwicklung und -planung sowie andere, auch tarifpolitische und mitbestimmungsrelevante Fragen der betrieblichen Personal- und Beschäftigungspolitik stehen dabei im Mittelpunkt.⁶⁰ In diesem Bereich ist das WSI auch an empirischen Untersuchungen über die Praxis der Personalplanung in verschiedenen Wirtschaftszweigen beteiligt.

— *Bildungspolitik, Wissenschafts- und Forschungspolitik.* Unter diesem Schwerpunkt befaßt sich das Institut vor allem mit Fragen des Bildungsurlaubs⁶¹ und den Beziehungen zwischen Schule und Arbeitswelt sowie mit der Analyse der Forschungspolitik in der Bundesrepublik⁶² und der Ausarbeitung forschungspolitischer Vorstellungen der Gewerkschaften. Durch seine Mitgliedschaft im Wissenschaftsrat und in von verschiedenen Bundes- und Länderbehörden berufenen Studienreformkommissionen versucht das Institut in enger Zusammenarbeit mit dem DGB die Neuregelung von Studiengängen an den Hochschulen zu beeinflussen.

— *Europäische Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik, Entwicklungspolitik.* Fragen der Internationalisierung von Kapital und Arbeit behandelt das Institut im Zusammenhang mit der Analyse multinationaler Konzerne und der Entwicklung gewerkschaftlicher Strategien gegenüber den multinationalen Konzernen sowie den Möglichkeiten zwi-schennationaler Gewerkschaftspolitik in Westeuropa. Hinzu kommt die kontinuierliche

58 Siehe M. Helfert, Forschungs-, aber kein Realisierungsprogramm. Stellungnahme zum Forschungsprogramm der Bundesregierung zur Humanisierung der Arbeit. In: WSI-Mitteilungen 12/1974, S. 472—478; M. Helfert/G. Traurwein-Kalms, Die gewerkschaftliche Auseinandersetzung um Arbeitsbedingungen und das Forschungsprogramm der Bundesregierung zur Humanisierung des Arbeitslebens. In: WSI-Mitteilungen 2/1978, S. 73—83.

59 Siehe z. B. U. Briefs, Arbeitslosigkeit unter Angestellten. In: WSI-Mitteilungen 2/1976; ders., Der Wandel in den Büros. In: WSI-Mitteilungen 4/1977; ders., Vom qualifizierten Sachbearbeiter zum Bürohilfsarbeiter? In: WSI-Mitteilungen 2/1978.

60 Siehe Projektgruppe im WSI, Betriebliche Beschäftigungspolitik und gewerkschaftliche Interessenvertretung, a. a. O.; H. Kohl, Arbeit für alle, Zukunftsbezogene Arbeitspolitik im Interesse der Arbeitnehmer. Köln 1979.

61 Siehe D. Görs, Zur politischen Kontroverse um den Bildungsurlaub. Politische, ökonomische und didaktische Bedingungen. Köln 1978 (WSI-Studie 37).

62 Siehe dazu das Schwerpunktheft 12/1978 der WSI-Mitteilungen.

Beobachtung und Analyse der Gewerkschaftsbewegungen in anderen westeuropäischen Ländern, insbesondere in Großbritannien und Italien.⁶³ Dagegen nehmen entwicklungs- politische Fragestellungen einen nur geringen Stellenwert in der Arbeit des WSI ein.

— *Recht und Mitbestimmung.* Die Schwerpunkte der Aktivitäten des WSI liegen in diesem Bereich auf dem Gebiet des kollektiven Arbeitsrechts, des Verfassungs- und Unternehmensrechts sowie der Mitbestimmung. Insbesondere zum Tarifvertragsrecht⁶⁴ und zum Arbeitskampfrecht⁶⁵ hat das Institut umfangreiche Arbeiten vorgelegt. Perspektivische Überlegungen zur Mitbestimmung werden vom WSI in enger Zusammenarbeit mit einer Arbeitsgruppe des DGB in der Projektgruppe „Unternehmensrecht“ angestellt.

IV. Bilanz und Perspektiven

Insgesamt zeigt sich bei einem Überblick über die Tätigkeit des WSI in den letzten Jahren, daß die engere Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen und betrieblichen Praktikern und die Hinwendung zu praxisrelevanten Fragestellungen, mit denen die Gewerkschaften in ihrer täglichen Arbeit konfrontiert werden, zur Beschäftigung mit Problemfeldern geführt hat, die im WSI in früheren Zeiten nicht oder nur am Rande behandelt wurden. Dies gilt insbesondere für gesellschaftspolitische Fragestellungen, besonders in den Bereichen Rationalisierung, „Humanisierung der Arbeit“, betriebliche Personal- und Beschäftigungspolitik sowie für gesundheits- und sozialpolitische Probleme. Dagegen scheint es, als ob gegenüber dem fortgeschrittensten Diskussionsstand auf dem Gebiet der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsanalyse Rückstände bestünden.

Die jüngst veröffentlichte kritische Stellungnahme zum „Memorandum '79“⁶⁶ deutet an, daß dabei nicht nur methodologische Erwägungen eine Rolle spielen, sondern daß die Notwendigkeit der Konzipierung einer an den Interessen der Arbeiterklasse orientierten alternativen Wirtschaftspolitik unter den gegenwärtigen Bedingungen einen Diskussionsprozeß in Gang gesetzt hat, in dem unterschiedliche theoretische und politische Positionen wirksam sind.

Auch künftig sollen die in den letzten Jahren ausgebauten Arbeitsschwerpunkte Rationalisierung und ihre Folgen, Beschäftigung, Qualifikation und Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt der Arbeit des WSI stehen. Verbunden werden soll die Behandlung dieser Problembereiche mit der Erarbeitung entsprechender Durchsetzungsstrategien für diese Forderungen, was auf die Notwendigkeit hinweist, sich stärker als bisher auf die eigene Kraft der Gewerkschaften und ihre Mobilisierung zu orientieren. Dies bedeutet im Selbstverständnis des WSI nicht, daß damit auf Alternativen und Forderungen auf der staatlichen Ebene verzichtet werden könnte.⁶⁷

63 Siehe dazu das Schwerpunktheft 4/1979 der WSI-Mitteilungen.

64 Siehe R. Seitzzahl/U. Zachert/H.-D. Pütz, *Vorteilsregelungen für Gewerkschaftsmitglieder*. Köln 1976 (WSI-Studie 33).

65 Siehe dazu U. Zachert/M. Metzke/W. Hamer, *Die Aussperrung. Zur rechtlichen Zulässigkeit und praktischen Durchsetzungsmöglichkeiten eines Aussperrungsverbots*. Köln 1978 (WSI-Studie 36).

66 Siehe z. B. die bereits erwähnte Kritik am „Memorandum '79“ (Anmerkung 51) sowie das interne Rundschreiben des DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter zu diesem Memorandum, abgedruckt in „die neue“, 12. Juni 1979. — Vetter rügt darin die aus dem hauptamtlichen Gewerkschaftsbereich stammenden Mitunterzeichner des „Memorandums '79“.

67 Vgl. dazu Leminsky, a. a. O., S. 691.

Verfolgt man die Tendenz der WSI-Veröffentlichungen der jüngsten Zeit, so wird ersichtlich, daß man sich in Zukunft offensichtlich auch den Problemen der Technologie-, Umwelt- und Strukturpolitik verstärkt zuwenden wird.

Die Bindung an die gewerkschaftliche Organisation bedeutet für das WSI nicht den Verzicht auf die Eigenständigkeit in der Entwicklung von Forschungsstrategien und im Ausbau von Kooperationen zum universitären Bereich. Hier eröffnet sich den Aktivitäten des WSI ein weites Feld.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Mira Maase

1. Zur Organisation — 2. Aufgabengebiete und Schwerpunkte der Forschungstätigkeit — 3. Publikationsweise

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, ist die zentrale Forschungsstelle der Bundesanstalt für Arbeit. Es wurde gegründet im Jahre 1967. Seine Entstehung hängt unmittelbar mit der Neuorientierung in der staatlichen arbeitsmarktpolitischen Konzeption Mitte der sechziger Jahre zusammen. Das Tempo der Produktionsstrukturveränderungen, die damit verbundenen wachsenden Strukturprobleme sowie die zunehmende Verknappung der Ware Arbeitskraft machten immer stärker eine umfassende staatliche Regulierung der Anpassungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt zur Eingrenzung von Funktionsstörungen, zur Schaffung verwertungsadäquater — mobiler und hinreichend qualifizierter — Arbeitskräftestrukturen notwendig. Die Arbeitsmarktpolitik, lange Zeit bloßes Anhängsel der Wirtschaftspolitik, sollte ihr Instrumentarium von Vermittlungs- und rein reaktiven, punktuellen Korrekturfunktionen ausrichten auf stärkere Früherkennung und Prophylaxe von Arbeitsmarktstörungen, auf aktive Steuerung der Anpassungsprozesse im Arbeitskräfteangebot. Mit dem Arbeitsförderungsgesetz von 1969 wurde der herkömmliche Aufgabenbereich der Arbeitsverwaltung — Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsvermittlung, Berufsberatung — erweitert um Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung, Förderung der beruflichen und räumlichen Mobilität der Arbeitskräfte und strukturpolitische Hilfen zur Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Eine kontinuierliche Grundlagenforschung und Informationsaufbereitung über aktuelle und längerfristige Angebots- und Nachfragetendenzen wurde dringend erforderlich. Zentrale Aufgabe des neugegründeten IAB wurde nach den Worten seines Direktors *Dieter Mertens* „Forschung über langfristige Strukturschwächen des Arbeitsmarktsystems mit dem Ziel, der Bundesanstalt Grundlagen für vorbeugende vorausschauende Maßnahmen auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes zu liefern.“¹

Das Arbeitsförderungsgesetz, das die im IAB organisierte Forschung bei der Bundesanstalt für Arbeit institutionalisiert, steckt zugleich den Rahmen für die Forschungstätigkeit ab mit der Bestimmung, „Umfang und Art der Beschäftigung sowie Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes, der Berufe und der beruflichen Bildungsmöglichkeiten im allgemeinen und in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Wirtschaftsgebieten, auch nach der sozialen Struktur, zu beobachten, zu untersuchen und (die Ergebnisse) für die Aufgaben der Bundesanstalt auszuwerten.“ (§ 6, Abs. 1).

1 Dieter Mertens, Rahmenvorstellungen für die Aufgaben des IAB, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1, 1968.

1. Zur Organisation

Das IAB hat den Status einer Abteilung der Hauptstelle der Bundesanstalt; sein Leiter ist *Prof. Dieter Mertens*. Von den etwa 100 Mitarbeitern sind rund 35 Wissenschaftler teils volkswirtschaftlicher, teils sozialwissenschaftlicher Orientierung, unter Beteiligung ingenieurwissenschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Fachrichtungen.

Von seiten der Selbstverwaltungsorgane der Bundesanstalt wird die Zusammenarbeit mit dem IAB über Ausschüsse geregelt. Der Kontakt zu den nachgeordneten Dienststellen ist durch Referenten für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei den Landesarbeitsämtern institutionalisiert.

Die IAB-Forschungsarbeit, die ja weitgehend durch die Erfüllung gesetzlich festgelegter Aufgaben bestimmt ist, ist in erster Linie Auftragsforschung für die Zwecke der Bundesanstalt. Ihre Forschungstätigkeit ist mit dem Bundesarbeitsministerium abzustimmen; die Forschungsergebnisse müssen diesem vorgelegt werden. Mit den Organen der Bundesanstalt und dem Bundesarbeitsministerium werden die Hauptgebiete der Forschung in etwa 5jährigem Abstand in Schwerpunktprogrammen festgelegt und vom IAB dann in Projekte umgesetzt. Darüberhinaus übernimmt das Institut in geringem Maße Vertragsforschung für andere öffentlich-rechtliche Institutionen, vor allem für Bundesministerien und die EG-Kommission.

Beraten wird das Institut von einem interdisziplinären Sachverständigenrat von sechs Wissenschaftlern, die jeweils einen bestimmten wissenschaftlichen Fachbereich betreuen, in Fragen der Planung, Abstimmung und Durchführung von Forschungsprojekten.

Intern ist das Institut gegliedert nach acht thematisch abgegrenzten Arbeitsbereichen:

1. Mittel- und langfristige Vorausschau (Leiter: *Dr. Wolfgang Klauder*).
2. Kurzfristige Arbeitsmarktanalyse, Querschnittsaufgaben (Leiter: *Dipl.-Volkswirt Lutz Reyher*, Vertreter des Direktors).
3. Soziologie (Leiter: *Dr. Hans Hofbauer*).
4. Berufs- und Qualifikationsforschung (Leiter: *Friedemann Stooß*).
5. Technologie und Betriebswirtschaft (Leiter: *Dipl.-Ing. Erhard Ulrich*).
6. Analytische Statistik, Ökonometrie; Internationaler Arbeitsmarkt (Leiter: *Dr. Werner Karr*).
7. Dokumentation und Information (Leiter: *Dipl.-Pol. Gerd Peters*).
8. Koordinierung und Organisation, Regionalforschung, Beiträge zur Forschungsumsetzung (Leiter: *Hermann Joachim Schulze*).

Die meisten der im nächsten Abschnitt dargestellten Forschungsschwerpunkte bzw. der Projekte lassen sich jeweils einem federführenden Bereich zuordnen. Es ergeben sich aber auch eine Reihe von Querschnittsproblemen in der Forschung bzw. Querschnittsaufgaben, die interdisziplinär und bereichsübergreifend bearbeitet werden.

2. Aufgabengebiete und Schwerpunkte der Forschungstätigkeit

Die Anbindung bzw. Orientierung des IAB auf die Zwecksetzungen und Praxisanforderungen der zentralen arbeitsmarktpolitischen Behörde und auf Leistung von Orientierungshilfen für die Öffentlichkeit (wie die Tarifparteien, Interessierte in Wissenschaft und Politik) bringt für das Institut über die unmittelbare Forschungsprojektarbeit hinaus

ein breitgefächertes Aufgabenfeld mit sich; sie beeinflußt aber auch den Charakter und die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Forschungsarbeit.

Die Hauptaufgabengebiete des Instituts werden — innerhalb des gesetzlich bestimmten Rahmens — etwa fünfjährlich in Schwerpunktprogrammen festgelegt. Das wenig änderbare Gerüst des Forschungsprogramms bilden einmal die sogenannten Standardprojekte, d. h. laufend zu aktualisierende bzw. regelmäßig wiederkehrende Dauerprojektarbeiten wie langfristige Verlaufsanalysen oder regelmäßige Berichte oder Prognosen zur sektoralen, regionalen, gruppenspezifischen Beschäftigungslage (Beispiele dazu bei der Darstellung der Forschungsfelder); zum anderen eine Reihe von ständigen und forschungsbegleitenden Aufgaben. Dadurch werden allein zwei Drittel der Arbeitskapazität des Instituts gebunden, das verbleibende Drittel steht für die Entwicklung neuer Forschungsperspektiven zur Verfügung. Dadurch erklärt sich auch wesentlich, daß sich seit den Anfängen des Instituts insgesamt kaum Veränderungen in den Schwerpunkten der Forschungsarbeit ergeben haben, allenfalls Neuakzentuierungen innerhalb der Schwerpunktfelder.

Um die Breite seines Aufgabengebiets zu verdeutlichen, aber auch um den besonderen umsetzungs- und praxisbezogenen Charakter der Institutsarbeiten hervorzuheben, sollen vor der Darstellung von Forschungsschwerpunkten einige der *ständigen und forschungsbegleitenden Aufgaben* genannt werden. Darunter fallen einmal vielfältige *statistische und methodische Aufgaben*: z. B. die Durchführung von zum Teil kontinuierlich zu wiederholenden Eigenerhebungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsanalyse; die Vorbereitung, Betreuung und Auswertung von Großzählungen (wie Mikrozensen, Volks- und Berufszählungen); Arbeiten an der Verbesserung des statistisch-methodischen Instrumentariums für das IAB und die Bundesanstalt; Aktualisierung ständig benötigter Bildungs- und Arbeitsmarktdaten wie Zeitreihen zu Angebot und Nachfrage von Arbeitskräfte- bzw. Qualifikationsgruppen, Ausbildungsplätzen etc. Weiter gehören dazu umfangreiche *Informations- und Dokumentationsarbeiten*: Hier sind vor allem zu nennen die Forschungsdokumentation, die laufende und abgeschlossene Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie Nachbargebieten aus der Bundesrepublik und dem deutschsprachigen Ausland erfaßt und jährlich aktualisiert veröffentlicht (s. auch Publikationsweise); weiter die Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die Informationen über einschlägige Veröffentlichungen (Monographien und Zeitschriftenaufsätze) liefert; im Aufbau begriffen ist eine Institutionendokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Eine wichtige Aufgabe im Rahmen der Tätigkeit des Instituts, die das IAB von esoterischen und praxisabstinenten Forschungseinrichtungen abhebt, besteht im Bemühen um laufende *Umsetzung und Wirksammachung der Forschungsergebnisse* für die arbeitsmarktpolitische Praxis. Dazu gehört die Aufbereitung von Forschungsaussagen als Arbeitshilfen für die Beratungs- und Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter sowie für die Zwecke der Aus- und Fortbildung des Personals der Bundesanstalt. Beispielhaft für solche Umsetzungsbeiträge seien hier angeführt die Herausgabe des „Handbuchs zu den ausbildungs-, berufs- und wirtschaftszweigspezifischen Beschäftigungschancen (ABC-Handbuch)“ als Arbeitsmittel für die Berufsberatung und speziell für Praktiker gedachte Veröffentlichungsserien mit themen- und problemorientierten Darstellungen. Auch die „Überlegungen zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik“ der Bundesanstalt, ein beachtenswerter Diskussionsbeitrag für einen arbeitsmarktpolitischen Handlungsrahmen

zur (Wieder)erlangung der Vollbeschäftigung, in dem der Vollbeschäftigungspolitik absoluter Vorrang eingeräumt wird und eine Fülle von Vorschlägen zur Sicherung der Beschäftigungsbedingungen der Lohnabhängigen gebracht wird, sind wesentlich durch die Arbeit des IAB zustande gekommen.

Mit dieser Politikberatungsfunktion steht das IAB zwangsläufig im Spannungsfeld der unterschiedlichen Klasseninteressen. Man muß davon ausgehen, daß sich infolge der gegebenen institutionellen Bindungen im Konfliktfall eher die Orientierung an der staatlichen arbeitsmarktpolitischen Gesamtlinie oder zumindest deren Hinnahme gegenüber anderen Positionen dort arbeitender Wissenschaftler durchsetzt.

Der Charakter der Forschungsarbeit wird durch einen langjährigen IAB-Mitarbeiter selbst als „angewandte Forschung mit konkret-pragmatischer Absicht“ beschrieben. Im Vordergrund stehen empirische Untersuchungen, die überwiegend auf eigenen Erhebungen basieren. Dabei bemüht sich das IAB besonders um längerfristige Verlaufsanalysen, die statt einer auf kurzfristige Oberflächenbetrachtung und kurzgegriffene Rezeptlieferung zugeschnittene Forschung eine fundiertere, langfristige Struktur Tendenzen und -probleme herausarbeitende Forschung versuchen. Daneben spielen auch die statistische und ökonomische Analyse und Methodenentwicklung eine bedeutsame Rolle.

Die Aufteilung des komplexen interdisziplinären Felds der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in einzelne überschaubare *Schwerpunktgebiete* wird im IAB nach folgenden Problemfeldern vorgenommen:

- Analyse der längerfristigen Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt
- Kurzfristige Arbeitsmarktanalyse, Arbeitszeitforschung
- Untersuchungen über Ausbildungs- und Berufsverläufe
- Berufsstruktur- und Qualifikationsforschung
- Flexibilitätsforschung
- Beobachtung und Analyse der technischen Entwicklung und ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt
- Regionale und internationale Aspekte des Arbeitsmarktes.

Im Mittelpunkt des ersten Problemfeldes *Längerfristige Vorausschau* stehen quantitativ-ökonomische Arbeitsmarktprojektionen bis zum Jahr 1990. Dieses Gesamtprognosepaket enthält Vorausschätzungen für das Erwerbersonenangebot nach Alter, Geschlecht und Berufen sowie für den Bedarf bzw. Bestand an Arbeitskräften nach Wirtschaftszweigen und Berufen. In Variantenrechnungen wird gezeigt, wie sich eine Beibehaltung konstanter Strukturen, unterschiedliche Raten des Wirtschaftswachstums und Strukturbrüche auf den Arbeitsmarkt auswirken würden. Diese Projektionen sind laufend zu bearbeitende Standardprojekte.

Interessant ist die neuerdings anvisierte Perspektive der Entwicklung sogenannter „Arbeitsmarkt-Scenarien“. Es soll schrittweise über die rein quantitativen Arbeitsmarktprojektionen hinausgegangen werden mit dem Ziel, umfassende und alternative Zukunftsbilder des Arbeitsmarktes zu entwerfen, die das Spektrum unterschiedlicher Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt unter Berücksichtigung verschiedenartiger politischer Zielsetzungen und Maßnahmebündel und alternativer ökonomisch-gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen aufzeigen. Damit könnte ein Prognosebeitrag geliefert werden, der in der Diskussion um längerfristige Arbeitsmarktpolitik die öko-

nomischen und politischen Strukturen und Rahmenbedingungen selbst zur Debatte stellt.

Als Beitrag für die Arbeitsplatzprojektion werden weiterhin Vorausschätzungen der sektoralen Produktivitätsentwicklung vorgenommen. Ein Ziel ist dabei, Aussagen über das Tempo des Strukturwandels zu gewinnen. So wurde in einem Projekt unter Leitung von *Wolfgang Klauder* eine empirische Testung der These versucht, daß sich der Strukturwandel in der heutigen Wirtschaft ständig beschleunigt. Das sicherlich diskutierenswerte Ergebnis lautete, daß eine ständige Beschleunigung des wirtschaftlichen Strukturwandels zumindest generell nicht nachzuweisen ist; das längerfristige Tempo des sektoralen Strukturwandels der Beschäftigung habe sich sogar in der Tendenz verlangsamt.

Die längerfristigen Projektionen und Wirkungsanalysen werden nicht zuletzt mit dem Ziel der Umsetzung in politische Handlungsorientierung erarbeitet. Die erwähnten „Überlegungen II zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik“ sind ein Versuch, über das traditionelle Instrumentarium hinaus neue mittel- und längerfristige Strategien der Beschäftigungspolitik wie verschiedene Programme und Steuerungsinstrumente zur Schaffung von Arbeitsplätzen einzubringen.

Die *kurzfristigen Arbeitsmarktanalysen* und -prognosen von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit gehören zu den traditionellen Kernaufgaben des IAB. Bedingt durch die Entwicklung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage der letzten Jahre wurde ein besonderer Schwerpunkt in der Strukturforschung zur Arbeitslosigkeit und in der Wirkungsanalyse arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gesetzt.

Die verschiedenen neueren empirischen Untersuchungen zur Arbeitslosigkeit basieren im wesentlichen auf einer zweistufigen Stichprobenerhebung von registrierten Arbeitslosen im Jahr 1974 und 1975. In den Analysen, die vor allem von *Christian Brinkmann* und *Karen Schober-Gottwald* durchgeführt wurden, geht es nicht um rein statistische globale Aussagen zu Bestands- und Entwicklungsgrößen; sie versuchen vielmehr eine tiefergehende Untersuchung von Arbeitslosigkeitsstrukturen und -verläufen und eine differenzierte Berücksichtigung verschiedener Aspekte von Arbeitslosigkeit. Im Mittelpunkt stehen die drei Problemkomplexe des beruflichen Hintergrunds — hier wird z. B. die berufliche und soziale Herkunft der Arbeitslosen, vorausgegangene Arbeitslosigkeitsphasen und der Einfluß von Zusatzausbildung auf das Arbeitslosigkeitsrisiko untersucht; — die Situation während der Arbeitslosigkeit — vor allem die z. T. gravierenden finanziellen und psychosozialen Belastungen bei fortdauernder Arbeitslosigkeit sowie die vielfachen Eigenbemühungen um Arbeitsaufnahme und die sukzessiven Anspruchsreduzierungen der Betroffenen; — schließlich die Veränderungen der Arbeitssituation bei einer anschließenden Wiederaufnahme der Beschäftigung — hier lassen sich für einen Teil der Wiederbeschäftigten deutliche Verschlechterungen der Erwerbsbedingungen in bezug auf Einkommen, berufliches und qualifikatorisches Niveau und Qualität der Arbeitsbedingungen feststellen. Solche Ergebnisse widersprechen sowohl verbreiteten Versuchen, Arbeitslosigkeit als Ergebnis überzogener Ansprüche oder als freiwillige selbstverschuldete Arbeitslosigkeit diffamierend hinzustellen; sie widersprechen gerade auch mit den Hinweisen auf die vielfachen Belastungen und Risiken beruflichen Abstiegs der gegenwärtig zunehmend verschärften restriktiven Praxis der Arbeitsverwaltungen gegenüber Arbeitslosen.

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die vor allem von *Franz Egle* angestellten differenzierten Untersuchungen der Zusammenhänge zwischen Dauer, Quote und Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Sie deuten darauf hin, daß sich hinter den eher ver-

deckenden globalen Bestands- und Stromgrößen unterschiedliche Problemkonstellationen und Ungleichverteilungen („Strukturalisierungen“) des Arbeitslosigkeitsrisikos verbergen: So bildet sich z. B. neben dem Problem der Langfristarbeitslosigkeit für bestimmte Gruppen immer deutlicher das Problem der Mehrfacharbeitslosigkeit, einer erzwungenen Instabilität der Beschäftigung durch kurze Phasen der Anstellung mit nachfolgender Arbeitslosigkeit heraus. Dieser Gefahr für solche Arbeitskräftegruppen, zu ständigen Elastizitätspuffern für die Betriebe zu werden mit all den gravierenden subjektiven und objektiven Auswirkungen, ist von seiten der Arbeitsmarktpolitik bislang so gut wie gar nicht Rechnung getragen worden.

Eine Fülle von empirischen Befunden bringen schließlich auch die Untersuchungen zu besonderen Personengruppen, die infolge der Beschäftigungskrise besonderen Problemen ausgesetzt sind, wie die Beiträge über jugendliche Arbeitslose.

Eine deutliche Lücke, die auch von IAB-Vertretern als ein erhebliches Defizit in der Arbeitsmarktforschung gesehen wird, klafft dagegen bei der Untersuchung der Kapitaleseite, den eigentlichen Disponenten über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Es fehlt weitgehend an Informationen bzw. tiefergehenden Analysen von Entwicklung und Struktur des betrieblichen Arbeitsplatzangebots bzw. der Bestimmungsgründe kapitaleseitiger Arbeitskräftenachfrage und der Arbeitsmarktwirkungen betrieblicher Beschäftigungspolitik.

Dies verweist zum einen auf ein generelles Defizit in der traditionellen bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, der fehlenden krisentheoretischen Fundierung, die eine Vermittlung herstellen könnte zwischen Arbeitslosigkeitsstrukturen bzw. Beschäftigungskrise und der Krise in der Verwertung von Kapital. Hier äußert sich m. E. auch ein Dilemma, dem ein Institut wie das IAB durch seine Aufgabenzuweisung und forschungspolitische Einbindung in den Rahmen staatlicher arbeitsmarktpolitischer Funktionen ausgesetzt ist. Charakteristisch für diese offizielle arbeitsmarktpolitische Konzeption ist die Beschränkung auf die Beeinflussung bzw. Steuerung des Arbeitskräfteangebots, wohingegen Eingriffe in die privaten Kapitalverwertungsstrukturen zur Sicherung und Verbesserung der Beschäftigung nachgerade tabuisiert sind bzw. als unantastbare und unbeeinflussbare ‚Rahmenbedingungen‘ akzeptiert werden. Mit dieser Funktionsbestimmung der Arbeitsmarktpolitik konzentriert sich auch deren Forschungsbedarf auf die Bedingungen der Entwicklung und Steuerung der Ware Arbeitskraft unter Aussparung der Untersuchung der sogenannten Nachfrageseite, also der Kapitalstrukturen. In solchen Beschränkungen zeigen sich die Grenzen der ‚Forschungsautonomie‘ solcher Institute. Allerdings stellt der stellvertretende Direktor des IAB, *Lutz Reyher*, in einer Studie fest: „Die Bestimmungsgrößen betrieblicher Arbeitsplatzangebote, arbeitsplatz- und betriebsspezifischer Qualifikationsanforderungen und Flexibilitätsspielräume... stellen in verschiedener Hinsicht eine zentrale Lücke in der Struktur der Arbeitsmarktforschung dar. ... Hierin kommt eine auffällige Asymmetrie in der gesamten Arbeitsmarktforschung zum Ausdruck, die nur durch eine spürbare Schwerpunktverlagerung überwunden werden kann.“³ Es ist abzuwarten, wieweit diese bereits vor einigen Jah-

2 Herbert Fenger, *Arbeitsmarktforschung — Berufsforschung — Bildungsforschung. Versuch zur Bestimmung von Schwerpunkten, Abgrenzungen und Überschneidungsbereichen*, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Heft 5, 1968.

3 Lutz Reyher, *Lücken der Arbeitsmarktforschung*, Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 136, Göttingen 1976, S. 51.

ren geäußerte Erkenntnis in der weiteren Arbeit des IAB zum Tragen kommen wird.

Der Problembereich *Beruf und Qualifikation* ist ein weiteres Kerngebiet der IAB-Forschung.

Ein Schwerpunkt liegt bei umfassenden und langfristig orientierten *Untersuchungen über Ausbildungs- und Berufsverläufe* verschiedener Erwerbspersonengruppen, die unter der Leitung von *Hans Hofbauer* durchgeführt werden. Dabei werden vor allem die folgenden Themen bearbeitet: Berufswahl und Berufsverläufe als Resultat der beruflichen Sozialisation, wie z. B. die Untersuchung über Betriebs- und Berufswechsel männlicher Arbeitskräfte nach betrieblicher Ausbildung; Strukturdiskrepanzen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem, wo die Zusammenhänge zwischen Ausbildung und Berufsverlauf bzw. der Übergang insbesondere von der betrieblichen Berufsausbildung ins Erwerbsleben bearbeitet werden; weiter der Stellenwert beruflicher Weiterbildung im Berufsverlauf, wie z. B. die Untersuchung über Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen und Beschäftigungschancen, sowie in jüngster Zeit verstärkt Wirkungsanalysen über berufsvorbereitende Maßnahmen.

Verstärkte Aufmerksamkeit wird dabei der Untersuchung solcher Arbeitskräftegruppen gewidmet, die im kapitalistischen Produktionssystem besonderen Beschäftigungsrisiken bzw. Gefahren der Marginalisierung ausgesetzt sind. So liegen schon eine Reihe von Untersuchungen über Eingliederungs- und Berufsprobleme z. B. von Behinderten, Jugendlichen — vor allem solche ohne Schulabschluß, Ausbildungsabbrecher oder Sonderschulabgänger —, Arbeitskräften ohne Berufsausbildung sowie verschiedene Untersuchungen zur Problematik der Frauenerwerbstätigkeit vor.

Die IAB-Autoren verbinden mit solchen Untersuchungen das Interesse, aus den Ergebnissen Hinweise für eine Verbesserung der arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Praxis abzuleiten, die dem Ziel einer dauerhaften und befriedigenden beruflichen Integration unter Vermeidung erzwungener Mobilität der Arbeitskräfte infolge beruflicher Fehlsteuerung bzw. bornierter Ausbildung besser entspricht. Das Bemühen um Aufschlüsse aus langfristigen Verlaufsanalysen läßt sich schwer vereinbaren mit einer staatlichen politischen Praxis, die auf kurzfristige Bedarfsanpassung und rasche (statistische) Vermittlungserfolge ausgerichtet ist.

Einen weiteren Schwerpunkt stellt die *Berufsstruktur- und Qualifikationsforschung* dar. Hier werden einmal Untersuchungen zum Wandel der sektoralen und beruflichen Erwerbsstrukturen angestellt, die auf der Auswertung von Großzählungen basieren. Zum andern werden Probleme des Übergangs in die Berufsbildung sowie von der Berufsbildung ins Erwerbsleben untersucht.

Einen wachsenden Raum nehmen hierbei in den letzten Jahren Arbeiten zu Problemen des Ausbildungsstellenmarktes ein. Zu nennen sind hier vor allem die von *Hasso von Hennings* durchgeführten Untersuchungen zur Ausbildungsintensität von Industriebetrieben oder zu Bestimmungsgründen für die Veränderungen im Umfang der industriellen Facharbeiterausbildung.

In der Analyse der Zusammenhänge zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem lag der Schwerpunkt bisher bei Beschäftigungschancen und -risiken hochqualifizierter Arbeitskräfte, zu denen Arbeiten vor allem von *Klaus Parmentier* und *Manfred Tessaring* vorliegen.

Ein besonderer Schwerpunkt in diesem Arbeitsfeld liegt bei Umsetzungsarbeiten der Qualifikations- und Berufsforschung für die Berufsberatung und Arbeitsvermittlung.

Das „Handbuch zu den ausbildungs-, berufs- und wirtschaftszweigspezifischen Beschäftigungschancen“ (ABC-Handbuch) liefert eine umfassende Darstellung der Beschäftigungsstrukturen nach Ausbildungsabschlüssen, -richtungen, Berufen und Wirtschaftszweigen und versucht damit eine bessere Fundierung für die Beratungstätigkeit zu schaffen.

Die *Erforschung der beruflichen Flexibilität* spielt im IAB seit jeher eine wesentliche Rolle. Als eigenständiges Forschungsgebiet ist sie entstanden aus der Kritik an bedarfsprognostischen Techniken in der Bildungsökonomie der sechziger Jahre, vor allem am sogenannten Manpower-Ansatz, der den Qualifikations- bzw. Ausbildungsbedarf auf der Basis von Trendextrapolationen vorausschätzt und dabei von eindeutigen (limitationalen) Relationen zwischen bestimmten Arbeitsplätzen und bestimmten beruflichen Qualifikationen bzw. Ausbildungsgängen ausgeht.

Dieser unrealistischen Annahme hielten die Vertreter des Flexibilitätskonzeptes entgegen, daß vielmehr von Unbestimmtheiten in der Qualifikationsverwertung und von Prognoseunschärfen auszugehen sei. Sie verweisen auf Flexibilitäts- bzw. Substitutionsspielräume bei der Zuordnung von in Ausbildungsgängen erworbenen Qualifikationen zu beruflichen Tätigkeiten.

Im Mittelpunkt der bisherigen Forschungsarbeit standen bislang die Entwicklung von Methoden zur Beschreibung und empirische Analysen zur Erfassung von Flexibilitäten in folgenden Dimensionen:

Berufliche Substitution — Anpassung der Arbeitsplatzanforderungen an erworbene Kenntnisse bzw. Erfahrungen von Arbeitskräften z. B. durch Verwendung von Arbeitskräften einer bestimmten Qualifikation alternativ auf verschiedenen Arbeitsplätzen. Hier wird v. a. die empirische Ermittlung von Substitutionsmöglichkeiten und realisierten Substitutionsbeziehungen beispielsweise durch Untersuchungen über alternative Besetzung von Arbeitsplätzen verfolgt.

Berufliche Mobilität — Anpassung von Ausbildung und beruflicher Erfahrung an unterschiedliche Tätigkeiten bzw. Anforderungen z. B. durch Weiterbildung und Umschulung etc. Zur Erforschung der Flexibilitäten von Ausbildungsqualifikationen dienen v. a. Analysen von Ausbildungs- und Berufsverläufen.

Flexibilitätspotentiale — Aufzeigen optimaler Bedingungen für die Anpassung beider Seiten. Hierzu dienen v. a. Analysen über Deckungen und Verwandtschaften von Ausbildungen und Berufen.

Ein Schwerpunkt bei der empirischen Erforschung von Flexibilitäten und Substitutionsbeziehungen lag bislang im Bereich von Ausbildung und Einsatz hochqualifizierter Arbeitskräfte.

Auch berufliche Flexibilitätsforschung wird im IAB mit dem Interesse an praktisch-politischer Verwertbarkeit der Ergebnisse für arbeitsmarkt- und bildungspolitische Strategien verfolgt. Ziel ist dabei die Minimierung von Umstellungs- bzw. Anpassungsfriktionen in den Angebots-Nachfrage-Bewegungen am Arbeitsmarkt. Dazu wurden eine Reihe von Schlußfolgerungen mit progressiv nutzbaren Implikationen entwickelt, insoweit sie auf die Verhinderung einer einseitigen Überwälzung der Anpassungslasten des kapitalistischen Strukturwandels auf die Arbeitskräfte und Verbesserung von deren langfristigen Verwertungschancen abzielen. Ein Beispiel ist das von *Dieter Mertens* entworfene bildungspolitische Konzept von „Schlüsselqualifikationen“, das u. a. die Vermittlung breiter polyvalenter Grundlagenausbildungen statt eng verwertbarer spezialisierter Arbeits-

kräftezurichtung, flexible Bildungswege und -kanons sowie Möglichkeiten zum „lebenslangen Lernen“ vorsieht. Rein sachlich stehen solche Schlußfolgerungen im Gegensatz zu einer arbeitsmarktpolitischen Praxis, wie sie etwa durch die Versuche einer verschärften restriktiven Regelung der Zumutbarkeitsbedingungen im Rahmen der neuesten AFG-Novelle dokumentiert wird. Hier geht es unter der Losung „Mobilitätsförderung“ um politische Rezepte zur Strukturierung des Arbeitskräfteangebots, die das Risiko der Qualifikationsentwertung und beruflichen Statusverschlechterung einkalkulieren; die Flexibilitätsforschung läuft Gefahr, als Instrument zur Stützung einer Politik der Verbilligung von Arbeitskraft benutzt zu werden. Offensichtlich reagieren die IAB-Autoren, die in ihren wissenschaftlichen Überlegungen andersartige Vorstellungen einer sinnvollen Flexibilitätsförderung vertreten, auf solche politischen Konzepte mit äußerster Zurückhaltung in ihren Stellungnahmen. Es ist vielleicht symptomatisch für die Zwänge der institutionellen Einbindung, daß solche wissenschaftlichen Ergebnisse nicht deutlicher in die arbeitsmarktpolitische Auseinandersetzung eingebracht werden, wo sie mit Prinzipien staatlicher Arbeitsmarktpolitik in Widerspruch geraten müßten.

Probleme und Defizite in der Flexibilitätsforschung werden teilweise von seiten des IAB selbst angesprochen.

Was die Empirie anbetrifft, so liegt eine besondere Lücke in der Untersuchung der Nachfrageseite. Analysen der Struktur des Arbeitsplatzangebots, vor allem aber der Bedingungen betrieblicher Arbeitskräftenachfrage und der Entstehung bzw. Vernichtung von Arbeitsplätzen sind kaum vorhanden.

Weiter hat sich eine Annahme quasi unbegrenzter Anpassungsspielräume am Arbeitsmarkt mit der Krise der letzten Jahre als Trugschluß erwiesen. Von seiten der sogenannten Segmentationsforschung wurden zudem Hinweise für Arbeitsmarktpaltungen, strukturelle Barrieren für den Arbeitsmarktausgleich ermittelt. Im IAB wird die Notwendigkeit gesehen, die Flexibilitäts- um eine „Rigiditätsforschung“ zu ergänzen, die Starrheiten im Arbeitsmarkt, Engpässen in den gesamtwirtschaftlichen wie innerbetrieblichen Anpassungen an Strukturwandel nachgehen soll.

Es fehlt ein theoretisches Arbeitsmarktkonzept, in das die Forschungsergebnisse nach ihrem Stellenwert eingeordnet werden können. Dies Dilemma betrifft nicht allein das Nürnberger Institut; *Lutz Reyher* stellt in einem Resümee der Arbeitsmarktforschung in der BRD fest: „Das Theoriedefizit ist . . . nahezu universal. An theoretischer Durchdringung mangelt es auf der Seite des Arbeitsangebots wie auf der Nachfrageseite. Als besonders empfindliche Lücke wird auch die mangelhafte theoretische Grundlegung des Steuerungsprozesses gesehen.“⁴ Es ist allerdings zu fragen, inwieweit das konstatierte Theoriedefizit rein wissenschaftsimmanente Ursachen hat. Es fehlt der von *Reyher* angesprochenen Forschung an einer ökonomischen bzw. gesamtgesellschaftlichen Theorie, die die zyklischen Einflußgrößen auf den Arbeitsmarkt als einer abhängigen Variable der Entwicklung der Kapitalverwertung bestimmt. Die Kategorien der Flexibilitätsforschung sind nicht entsprechend aus einer Analyse der Bedingungen realer Disponibilität der Ware Arbeitskraft entwickelt, sondern vielmehr aus akuten Steuerungsproblemen. Die grundlegende arbeitsmarkttheoretische Sichtweise im IAB geht zwar von (partiellen) Unvollkommenheiten im Arbeitsmarktmechanismus aus, bestimmt aber die Barrieren für den Arbeitsmarktausgleich in außermarktwirtschaftlichen Elementen. Nach keynesianischer

4 Lutz Reyher, a. a. O., S. 35.

Tradition bedarf es so des Anstoßes durch staatliche Steuerung und Regulierung, um die Wirkungsweise marktwirtschaftlicher Ausgleichskräfte zu fördern bzw. zu ermöglichen; dies läuft letztlich auf die Annahme grundsätzlicher Stabilisierungsfähigkeit kapitalistisch produzierender Wirtschaften hinaus.

Erwähnt seien noch die weiteren Schwerpunktgebiete: einmal die *Untersuchung der technischen Entwicklung und ihrer Arbeitsmarktauswirkungen*; hier sind vor allem Industriezweiguntersuchungen zu nennen, in denen auf Basis repräsentativer Erhebungen technisch-organisatorische Neuerungen und die Auswirkungen auf Zahl und Qualifikation der Arbeitskräfte ermittelt werden (bislang für die Zweige Kunststoff-, Holzverarbeitung, Ernährungsindustrie, Metallverarbeitung und Druckgewerbe).

Forschung zu *regionalen und internationalen Arbeitsmarktaspekten* ist wesentlich eine Querschnittsaufgabe für alle Arbeitsgebiete. Neben Erfolgskontrollen regionaler Wirtschaftsförderung und der ständigen Erarbeitung regionaler arbeitsmarktstatistischer Zeitreihen werden Regionalaspekte z. B. bei der kurzfristigen Arbeitsmarktanalyse, der beruflichen Bildungsförderung u. ä. behandelt. Bei der Internationalen Arbeitsmarktforschung soll ein künftiger Schwerpunkt auf die Analyse der Auswirkungen internationaler Arbeitsteilung gelegt werden.

3. Publikationsweise

Die regelmäßige Information über die Forschungsergebnisse und die Ergebnisse der Dokumentationsarbeit des IAB erfolgt durch eine ganze Reihe unterschiedlicher Veröffentlichungen. Die Vielfalt der Publikationsorgane entspricht nicht nur der Komplexität des Forschungs- und Aufgabengebiets des IAB, sondern trägt auch der Breite seines Adressatenkreises Rechnung. Das Institut ist verpflichtet zur Information und Veröffentlichung nicht nur für Fachkreise in Wissenschaft und Forschung, sondern auch für die Praxis der Arbeitsämter, für Fachleute in Politik, Verwaltung, Verbänden, Unterrichtswesen und Publizistik. Die fünf wichtigsten Schriften sind: Die Vierteljahreszeitschrift „*Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*“, in denen vor allem die Forschungsergebnisse des IAB, daneben auch einschlägige Arbeiten fremder Autoren veröffentlicht werden. In den „*Beiträgen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*“ erscheinen längere Untersuchungsberichte, Forschungsmonographien und Tabellenwerke. Die Ergebnisse der Dokumentationsarbeiten werden veröffentlicht in der laufend aktualisierten „*Forschungsdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*“, die über Forschungsprojekte auf diesem Gebiet informiert; sowie in der „*Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*“, die Nachweise und kurze Inhaltsangaben über einschlägige Veröffentlichungen liefert. Nicht in erster Linie an den Forscher gerichtet ist die Broschürenreihe „*Quintessenzen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*“, die für Praktiker in Politik, Verwaltung, Unterricht usw. Forschungsergebnisse in problem- und themenorientierten Einzeldarstellungen knapp und anschaulich zusammenfaßt. Die „*Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*“ schließlich sollen der Umsetzung der Arbeitsergebnisse des IAB für die Praxis der Arbeitsämter dienen.

Das IAB verfügt über eine große Bibliothek, für die allein 700 Periodika bibliographisch verarbeitet und archiviert werden, sowie über Dokumentations- und Statistikarchive. Die Bibliothek und die Datenbestände des Instituts sind grundsätzlich der Öffentlichkeit zugänglich.

Die Arbeit des Instituts für Politik und soziale Forschungen (IPSO), Amsterdam

Rob Milikowski

1. Wirtschaft — 2. Parteigeschichte — 3. Staat und Demokratie — 4. Arbeitsverhältnisse — 5. Frieden und Sicherheit — 6. Die Stellung der Frau — 7. „Die ökonomische Chronik“ — 8. „Internationale Information (INFO)“

Auf dem 26. Parteitag der CPN (Kommunistische Partei der Niederlande) im Januar 1978 wurde beschlossen, die wissenschaftliche Arbeit entschieden zu erweitern und qualitativ zu verbessern. In diesem Sinne hat das IPSO (Instituut voor Politiek en Sociaal Onderzoek) in dem verflossenen Zeitabschnitt eine Anzahl von Aktivitäten entwickelt, wengleich diese den Bedürfnissen auf diesem Gebiet sicherlich noch nicht gerecht werden. Vor allem, wenn man die zahlreichen neuen Probleme in Betracht zieht, mit denen die Arbeiterbewegung im hochentwickelten Kapitalismus zu tun hat — Probleme, die studiert werden müssen, die Gegenstand wissenschaftlicher Diskussion sind und die eine weitere Entwicklung der marxistischen Theorie erfordern.

Die Entwicklung wissenschaftlicher Arbeit auf diesem Gebiet stellt uns vor manche Schwierigkeiten, nicht zuletzt in bezug auf die organisatorischen Formen, die dazu am besten geeignet wären. Bei einem Überblick der Forschungsgebiete, mit denen sich das IPSO in der einen oder anderen Weise beschäftigt, wird sich zeigen, daß auf dem einen Gebiet mehr Erfolge erzielt wurden als auf dem anderen.

1. Wirtschaft

Die Forschung über Fragen der kapitalistischen Wirtschaft sowohl im nationalen als im internationalen Rahmen richtet sich hauptsächlich auf Fragen, die mit der Krise zusammenhängen:

- die Verschiebungen und Umstrukturierungen in der kapitalistischen Wirtschaft;
- die Auswirkungen auf die Tätigkeit des Staates;
- die Position der Monopole und die Folgen für die werktätige Klasse.

In zunehmendem Maße wird dabei die Aufmerksamkeit auf Beiträge zur Entwicklung einer Wirtschaftspolitik gelenkt, die von den Interessen der Arbeiterklasse und anderen nichtmonopolistischen Schichten der Bevölkerung ausgeht und die auf die Bekämpfung der Krise und die Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen gerichtet ist.

Dazu wurde im Juli 1978 ein „Plan für Arbeit und bessere Lebensbedingungen, für die Bekämpfung der Wirtschaftskrise“¹ publiziert und der Arbeiterbewegung zur Diskussion vorgelegt. Die Hauptelemente dieses Planes sind:

- Förderung der Arbeitsplatzbeschaffung durch:
 - Beibehaltung und Erweiterung der Massenkaufkraft;

¹ Für Arbeit und bessere Lebensbedingungen, Plan zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. IPSO, Amsterdam, Juli 1978.

- Verkürzung der Arbeitszeit (vor allem durch Einführung eines Fünf-Schichten-Systems, in dem rund um die Uhr gearbeitet wird, und Kürzung der Arbeitswoche (des Arbeitstages);
- Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst (Dienstleistungen und soziale Versorgung);
- Förderung der Wärme-Isolierung, der Städteerneuerung, des sozialen Wohnungsbaus und öffentlichen Verkehrs;
- eine Industriepolitik, die die Erhaltung von Arbeitsplätzen sichert;
- eine Handelspolitik, die auf die Erweiterung der Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern und den Entwicklungsländern ausgerichtet ist.

Der IPSO-Plan stellt eine quantitative Ausarbeitung der Folgen einiger konkreter Maßnahmen dar, die in diese Richtung zielen. Zugleich wird umrissen, welche Wege die Finanzierung eines Plans zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu gehen hat. Die Arbeitslosigkeit soll durch die Schaffung von etwa 200 000 Arbeitsplätzen zurückgedrängt werden. (Einschränkung der Konzernprofite, Kapitalexportsteuer, niedrigere Rüstungsausgaben, Einschränkung der hohen Einkommen.) Bei der Verwirklichung einer effektiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird es unumgänglich werden, die Operationen der Monopole und Banken einzuschränken.

Dieser Plan bietet zugleich eine Alternative zu Auffassungen, die von rechtssozialdemokratischen Wirtschaftswissenschaftlern geäußert wurden. Er ist zum Gegenstand von Debatten in Gewerkschaftskreisen und unter Wissenschaftlern geworden. Es besteht jedoch ein Bedürfnis, die Auffassungen weiter zu vertiefen.

Ein anderer Aspekt der Wirtschaftsforschung befaßt sich mit besonderen Branchen und mit den Konzernen. In diesem Zusammenhang wurde z. B. eine Studie über den Schiffbau durchgeführt, wo die Arbeitsmöglichkeit Zehntausender Arbeiter auf dem Spiel steht. Dabei konnten auch Wege zur Lösung der Probleme gewiesen werden. Des weiteren wurde eine Studie über den Heineken-Konzern publiziert.²

Das IPSO hat der Lage in der Stahlindustrie große Aufmerksamkeit gewidmet wegen des wichtigen Ranges, den dieser Wirtschaftszweig in der Wirtschaft einnimmt, aber vor allem auch deshalb, weil die Stahlindustrie in unserem Land der Schauplatz harter Kämpfe ist. In diesem Rahmen fand im April 1978 eine Studienkonferenz statt mit Wirtschaftswissenschaftlern und Betriebskadern von Hoogoven (Stahl-Konzern), an der auch sozialdemokratische Betriebsräte teilnahmen.³

In Anbetracht dieser obengenannten Aktivitäten des IPSO messen wir den Formen der Zusammenarbeit mit dem IMSF, die auf diesem Gebiet praktiziert worden sind, große Bedeutung bei. Dies betrifft vor allem die gemeinsame Initiative des IMSF und des IPSO, die zur Durchführung der Europäischen Stahlkonferenz am 20./21. April 1979 in Amsterdam führte, an der wissenschaftliche Institute sowie Mitarbeiter von Wirtschaftszeitschriften der kommunistischen Parteien aus sechs EWG-Ländern teilnahmen. Gemeinsame wissenschaftliche Bemühungen auf einem Gebiet, wo die Interessen einer so großen Zahl von Arbeitern im Kampf gegen die Multis auf der Tagesordnung stehen, erscheinen uns unentbehrlich. Das Material und die Analysen, die auf der Konferenz durch die Teilneh-

² Heineken. Serie: Betriebe, Nr. 1. IPSO, Amsterdam, April 1979.

³ Die Stahlindustrie und der Kampf um Arbeitsplätze. Material einer Konferenz. IPSO, Amsterdam, August 1978.

mer vorgelegt wurden, bilden für das IPSO einen Beitrag zur Entwicklung unserer Auffassung über die Stahlindustrie und einige mehr allgemeinere Aspekte der Wirtschaftskrise des Kapitalismus. Dabei mißt das IPSO auch dem Gedankenaustausch große Bedeutung bei, der auf der Konferenz über die Probleme der Entwicklung von Lösungen durch die Arbeiterbewegung hinsichtlich der Krise bestimmter Branchen geführt wurde.

Was die Probleme anbelangt, die aus der heutigen wirtschaftlichen Integration in der EWG erwachsen, hat sich das IPSO in der Vergangenheit noch mit einem anderen Aspekt beschäftigt, was seinen Niederschlag in dem Bericht: „Die Niederlande und die japanisch-westeuropäischen Beziehungen“ von *Drs. C. Bakker*⁴ gefunden hat.

2. Parteigeschichte

Mit dem systematischen Studium der Geschichte der CPN wurde vor etwa einem Jahr ein Anfang gemacht. Vor allem die 60-Jahr-Feier der CPN hat dazu besondere Anregungen gegeben; aus diesem Anlaß hat das IPSO im November 1978 ein Symposium durchgeführt. Es wurden dabei drei Vorlesungen über die Geschichte der CPN gehalten: 1. „Die großen Linien in der Geschichte der CPN“ (*Marcus Bakker*); 2. „Unsere anti-koloniale Tradition und der Kampf in Indonesien“ (*Jaap Wolff*); und 3. „Die Nachkriegsgeschichte der CPN“ (*Gijs Schreuders*).

Die Forschungsergebnisse wurden in der unregelmäßig erscheinenden Reihe „Hefte zur Geschichte der CPN“ veröffentlicht. Inzwischen ist in dieser Reihe die zweite Nummer mit drei Studien erschienen.⁵

Während bis jetzt beim Studium der Parteigeschichte der Nachdruck vor allem auf der Periode vor dem Zweiten Weltkrieg lag, besteht die Absicht, in Zukunft den Perioden der Parteigeschichte größere Aufmerksamkeit zu widmen, in denen der Widerstand gegen die deutsch-faschistischen Besatzer geführt wurde, sowie der Nachkriegszeit (eine Periode, die inzwischen den größten Zeitraum des Bestehens der Partei umfaßt).

Die Erforschung der Parteigeschichte stößt auf eine Reihe von Schwierigkeiten. Das betrifft z. B. die Unterentwicklung der Geschichtsschreibung der Neuzeit in den Niederlanden überhaupt. Was die Geschichte des Kommunismus in den Niederlanden anbelangt, so gibt es nur vereinzelte Publikationen; wissenschaftliche Studien gibt es kaum. In letzter Zeit haben sich eine Reihe günstigerer Bedingungen für die Erforschung der Parteigeschichte ergeben. Das betrifft vor allem ein stark anwachsendes Interesse in der Partei für eine unbefangene Erforschung der Geschichte der CPN; es äußert sich außerdem in der wachsenden Zahl von Studenten der Geschichtswissenschaft, die sich diesem Problem widmen. Das IPSO beabsichtigt, sich aktiv an den Diskussionen zu beteiligen, die auch im universitären Rahmen zu Aspekten der Geschichte der kommunistischen Bewegung stattfinden.

Dieses entspricht unserer Meinung, daß das wachsende Interesse für die Geschichte des Kommunismus mit dem Willen zusammenhängt, eine zeitgemäße Perspektive für den Sozialismus auszuarbeiten. Es ist klar, daß die Geschichte der CPN auch als Teil der internationalen kommunistischen Bewegung studiert wird.

4 Die Niederlande und die japanisch-westeuropäischen Beziehungen. Die Notwendigkeit einer selbständigen Politik. IPSO, Amsterdam 1978.

5 Hefte zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Niederlande. Nr. 1 — IPSO, Amsterdam, Februar 1979. Nr. 2 — IPSO, Amsterdam, Februar 1979.

3. Staat und Demokratie

Ein Schwerpunkt der Aktivitäten des IPSO liegt in der Erforschung von Fragen über *Staat und Demokratie*.

Im vergangenen Jahr hat das IPSO mit der Arbeit auf diesem Gebiet begonnen. Bis jetzt haben sich die Untersuchungen auf eine ‚Bestandsaufnahme‘ verschiedener theoretischer Ansätze konzentriert, wie die Frage nach dem Staat in der marxistischen Literatur angegangen worden ist. Dabei wurde insbesondere der Beziehung Staat/kapitalistische Wirtschaft und den Ursachen der wachsenden Staatsintervention Aufmerksamkeit gewidmet. Die Orientierungsphase auf diesem Gebiet bezog sich besonders auf die Auffassungen, die in der kommunistischen Bewegung mit dem Ziel entwickelt wurden, wachsenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik auszuüben und die Macht der Monopole zurückzudrängen. Mit eigenen theoretischen Studien auf diesem Gebiet muß erst noch begonnen werden. Es besteht die Absicht, den mit den Problemen der Arbeitsrichtung „*Staat und Demokratie*“ zusammenhängenden Fragen sehr viel Aufmerksamkeit zu schenken. Erste Veröffentlichungen erscheinen im Laufe des Jahres 1979. Dies betrifft u. a. den Bericht über eine Studientagung zum Thema „Der Versorgungsstaat“. Weiterhin erscheint ein Sammelband mit verschiedenen Beiträgen über die Auffassungen *Althussers* im Hinblick auf ideologische Staatsapparate.⁶ Eine dritte kleinere Studie, die kürzlich herausgegeben wurde, nimmt Bezug auf den Kampf um demokratische Rechte im Rahmen der EWG.⁷ In der nächsten Zeit wird vor allem eine Konzentration der Untersuchungen auf die niederländischen Verhältnisse auf der Tagesordnung stehen. Dabei wird daran gedacht, die Frage nach den Beziehungen zwischen Basisdemokratie und repräsentativer Demokratie zu stellen.

4. Arbeitsverhältnisse

Zu den Forschungsgebieten, auf denen das IPSO schon eine gewisse Tradition hat, gehört der Komplex der Arbeitsverhältnisse und der Kampf der Arbeiter um deren Verbesserungen. Hier werden gemeinsame Arbeiten von Betriebs- und Gewerkschaftskadern, Ärzten und Experten der Sozialwissenschaft durchgeführt. Im Jahre 1973 erschien eine Studie „Moderne Ausbeutung, psychische Überbelastung, wachsender Krankenstand“ unter Redaktion des Psychotherapeuten *A. de Leeuw*.⁸ In dieser Studie wird auf eine Anzahl neuer Probleme hingewiesen, die die Folgen der heutigen Ausbeutungsformen im hochentwickelten Kapitalismus sind, insbesondere in den Branchen Chemie, Metall usw. Dabei wird eingegangen auf die psychische Überbelastung, die in wachsendem Maße die Gesundheit der Arbeiter auf allen Ebenen untergräbt. Im Jahre 1974 erschien ein zweiter Bericht zu diesem Fragenkomplex.⁹ Diese Studien erfreuten sich eines starken Interesses in Gewerkschafts-, medizinischen und wissenschaftlichen Kreisen. Von hier aus ging auch ein deutlicher Impuls zur Meinungsbildung bei Gewerkschaftskadern aus, z. B. in bezug auf Systeme der Dauerschichtarbeit in einer Anzahl von Branchen.

6 Die Krise des Versorgungsstaats. IPSO, Amsterdam, 1979. Über Louis Althussers Beitrag zur marxistischen Staatstheorie. IPSO, Amsterdam, 1979.

7 Eurorecht gegen Eurorechts. IPSO, Amsterdam, 1979.

8 Moderne Ausbeutung, psychische Überbelastung, wachsender Krankenstand. Teil I — IPSO, Amsterdam, März 1973.

9 Teil II — IPSO, Amsterdam, 1974.

Im Augenblick führt das IPSO Untersuchungen auf folgenden Gebieten durch:

- die gesellschaftliche Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung;
- die Lage der etwa 1/2 Millionen Arbeiter, die aufgrund bleibender Gesundheitsschäden auf Unterstützung nach dem W. A. O. (Gesetz über die Arbeitsunfähigkeit) angewiesen sind.

Des Weiteren werden die Folgen der Automatisierung erforscht. Auch hier besteht ein großer Untersuchungsrückstand, wenn man die Ausmaße in Betracht zieht, in denen die Arbeiter mit diesem Problem konfrontiert werden. Für das IPSO wird es in Zukunft auch notwendig sein, diese Fragen aus mehr theoretischer Sicht anzugehen.

5. Frieden und Sicherheit

Eine Arbeitsgruppe des IPSO beschäftigt sich zur Zeit mit dem wissenschaftlichen Studium der Fragen von Frieden und Sicherheit. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen, die mit der Notwendigkeit zusammenhängen, seitens der Niederlande einen eigenen Beitrag zur Zurückdrängung der atomaren Rüstung und der Entspannung zu leisten. Das Bedürfnis nach einer derartigen Studie hat durch die große Bewegung gegen die Neutronenbombe stark zugenommen, die die fortschrittlichen Menschen keineswegs nur oberflächlich berührt. Demnächst wird ein Sammelband mit einigen ersten Studien auf diesem Gebiet erscheinen. Darin wird u. a. eingegangen auf den Kampf, der in den Niederlanden gegen die Atombewaffnung geführt wurde, auf die Frage der Rechte der Wehrdienstpflichtigen und einige andere Themen. Es wird notwendig sein, diese Untersuchungen in Zukunft weiter auszubauen. Das beinhaltet sicherlich auch die Aufgabe, die Erfahrungen aufzuarbeiten, die die Friedenskräfte gemacht haben.

6. Die Stellung der Frau

Bei der Erweiterung der Tätigkeiten des IPSO ist auch mit der Untersuchung der Bedeutung der Frauenbewegung und der gesellschaftlichen Stellung der Frau begonnen worden. Hier tauchen zahlreiche neue Probleme auf, die studiert werden müssen, auch auf dem Gebiet des ideologischen Kampfes.

Im Rahmen der Frauenbewegung ist in letzter Zeit eine bemerkenswerte Zahl von Publikationen erarbeitet worden. Was unser Institut angeht, so werden wir uns vor allem mit Themen beschäftigen, die die Beziehungen zwischen den neuen aufgeworfenen Fragen des Kampfes und den Zielsetzungen der Arbeiterbewegung betreffen. Dies geschah bereits in einer Veröffentlichung über die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung aus der Sicht des Kampfes für die Frauenbefreiung. Im allgemeineren Sinne handelt es sich um Themen, die mit dem Verhältnis der Ziele des Feminismus zum Kampf für den Sozialismus zu tun haben. Dieses Arbeitsfeld des IPSO wurde kürzlich mit einer Studientagung eröffnet mit dem Ziel, im Rahmen des Instituts zu einem ersten wissenschaftlichen Gedankenaustausch zu kommen. Dabei stellte sich heraus, daß es hier ein Bedürfnis nach gründlicheren Untersuchungen auf einer Reihe von Gebieten gibt.¹⁰

10 Die Lage der Frau und die Bedeutung der Frauenbewegung. IPSO, Amsterdam, März 1979.

Das IPSO publiziert ferner noch zwei Vierteljahresschriften in begrenztem Umfang:

7. „Die ökonomische Chronik“

Mit dieser Zeitschrift beabsichtigt das IPSO, einen periodischen Überblick der wirtschaftlichen Entwicklungen in unserem Land und im internationalen Rahmen zu bieten. Es handelt sich hierbei um eine Darstellung der konjunkturellen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, die Untersuchung der Wirtschaftspolitik und deren Beurteilung im Licht der Interessen der Arbeiterklasse. Daneben wird beabsichtigt, die tieferliegenden Strukturveränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft zu beleuchten. Die erste Nummer der „Ökonomischen Chronik“ erschien im zweiten Vierteljahr des Jahres 1978.¹¹

8. „Internationale Information (INFO)“

Das Bulletin für Internationale Information (INFO) enthält Übersetzungen von Veröffentlichungen in erster Linie aus Zeitschriften der kommunistischen Parteien. Es handelt sich hierbei um Texte zu Fragen, die auch in unserem Land auf Interesse stoßen. Mit diesem Bulletin verbindet sich die Absicht, einen bescheidenen Beitrag zur Information über Standpunkte sowie zum Gedankenaustausch im Hinblick auf wichtige Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung zu leisten.¹²

Im Rahmen der Vertiefung der Kenntnisse über die Entwicklungen in den sozialistischen Ländern wurden u. a. zwei Vorlesungen mit *Sandor Lakos*, Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, zum Thema „Die Räte-Republik und die Entwicklung der Arbeitermacht“ durchgeführt.

Es gibt noch einige andere Gebiete, auf denen Arbeitsgruppen des IPSO Aktivitäten entfalten. Dies betrifft u. a. die Energiefrage und die Probleme der Großstädte. Hier konnte bereits in zahlreichen Teilbereichen ein bemerkenswerter Erkenntnisstand erarbeitet werden. Dies gilt auch für die lebenswichtigen Fragen, die mit der Position der Entwicklungsländer im Kampf gegen den Neokolonialismus zusammenhängen. Hier muß zugleich ein Rückstand aufgearbeitet werden, der als Folge der unwissenschaftlichen Methodik entstanden ist, die früher beim IPSO auf diesem Gebiet praktiziert worden ist.

Wenn die Aktivitäten des IPSO sich in letzter Zeit in verschiedenen Richtungen erweitert und verbessert haben, so muß zugleich festgestellt werden, daß dies nicht problemlos vonstatten geht. Weiterhin brauchen die verschiedenen Forschungsprojekte oft eine lange Anlaufzeit. Auch organisatorische Schwächen zeigen sich in mannigfaltiger Art, wobei wir auf der Suche nach den geeigneten organisatorischen Formen sind. Als Problem erweist sich auch die Erarbeitung von Langzeitprojekten.

Zu den günstigen Bedingungen für die Tätigkeit des IPSO gehört die Erfahrung, die in letzter Zeit auf vielen Gebieten des Kampfes gemacht wurde. Vor allem wirkt sich auch die Tatsache positiv aus, daß eine Reihe wissenschaftlicher Kräfte an den Universitäten sich am Marxismus orientiert.

Das IPSO arbeitet fast vollständig mit freiwilligen Mitarbeitern; es verfügt nur über zwei festangestellte Mitarbeiter.

11 Ökonomische Chronik. Vierteljahresschrift. IPSO, Amsterdam.

12 Bulletin für internationale Information (INFO). Vierteljahresschrift. IPSO, Amsterdam.

Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung IPSO ist seit Dezember 1977 *Jaap Wolff*, Mitglied des Exekutiv-Komitees der CPN.

Zu den Tätigkeiten des IPSO gehört auch, einen Beitrag zur Ausarbeitung eines Programmentwurfs für einen Niederländischen Weg zum Sozialismus zu leisten, wie es auf dem 26. Parteitag beschlossen worden ist.

An der Entwicklung der Beziehungen mit anderen wissenschaftlichen Instituten wird seit dem 26. Parteitag gearbeitet; vorher bestanden überhaupt keine entsprechenden Beziehungen. Angesichts der Tatsache, daß die eigenen Forschungsaktivitäten des IPSO sich in einer Aufbauphase befinden, und angesichts der Zeitprobleme und der einsetzbaren Kräfte, vollzieht sich dies nur allmählich. Das IPSO sieht die Bedeutung solcher Verbindungen für die Partner vor allem darin, sich den in der kommunistischen Bewegung erarbeiteten Forschungsstand wechselseitig nutzbar zu machen.

Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR zu Berlin (IPW)

Max Schmidt

1. Aufgaben, Organisation, Publikationen, Kontakte — Aufgabenstellung — Funktion und Organisationsstruktur — Periodische Publikationen — Weitere Publikationen — Wissenschaftliches Leben und Auslandskontakte — Bibliothek — 2. Zu Hauptrichtungen der gegenwärtigen Arbeit und ihren Ergebnissen.

Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW) besteht seit Juli 1971. Es entstand auf Grund eines Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats der DDR. Seine Vorgänger, die in das neugebildete Institut übergangen, waren die seit 1946 bzw. 1949 in Berlin bestehenden Einrichtungen Deutsches Institut für Zeitgeschichte (DIZ) und Deutsches Wirtschaftsinstitut (DWI).

1. Aufgaben, Organisation, Publikationen, Kontakte

Aufgabenstellung

Das IPW wirkt als interdisziplinäres wissenschaftliches Forschungsinstitut, in dem Wissenschaftler verschiedener gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen — Ökonomie, Geschichte, Philosophie, Staats- und Rechtswissenschaft, Außenpolitik und internationale Beziehungen u. a. — bei der Analyse der komplexen und komplizierten Probleme zusammenwirken, die sich aus der Rolle und Verantwortung des Sozialismus im revolutionären Weltprozeß ergeben und die vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus beantwortet werden müssen.

Dabei konzentriert sich das IPW auf die theoretische Erforschung und praktische Untersuchung von Grundfragen der internationalen Entwicklung der Gegenwart, der Dialektik der internationalen Klassenauseinandersetzung unserer Zeit, der Auseinandersetzung und der Beziehungen zwischen Sozialismus und Imperialismus sowie der Entwicklungstendenzen und neuen Erscheinungen des heutigen Kapitalismus in schöpferischer Anwendung der Leninschen Imperialismustheorie.

Das IPW sieht seinen Auftrag in einer wirksamen theoretischen und politisch-ideologischen Arbeit auf der Grundlage des Zentralen Forschungsplanes der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR.

- als Beitrag zur Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins des Volkes der DDR;
- zur Beratung und Unterstützung von Partei- und Staatsorganen sowie gesellschaftlicher Organisationen;

- zur Durchsetzung der sozialistischen Friedenspolitik der DDR;
- als Beitrag zur Entwicklung der internationalen marxistisch-leninistischen Diskussion über die Einschätzung der Rolle und der neuen Erscheinungen des heutigen Kapitalismus, die Besonderheiten seiner gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung;
- als Beitrag zur Solidarität mit allen um ihre Befreiung kämpfenden Völkern.

Funktion und Organisationsstruktur

In der Zeit seines Bestehens hat sich das IPW zu einer auch international anerkannten und beachteten Stätte marxistisch-leninistischer Imperialismusforschung entwickelt.

Das IPW ist Leitinstitut der Imperialismusforschung und Träger des wissenschaftlichen Rates für Imperialismusforschung der DDR, in dem führende Wissenschaftler und Praktiker aus wissenschaftlichen Instituten, Universitäten und Hochschulen sowie Verlagen und gesellschaftlichen Organisationen vertreten sind.

Dieser Rat wirkt als Zentrum der konzeptionellen Diskussion, des wissenschaftlichen Meinungsstreites, der Beratung und Verteidigung von Forschungsergebnissen der marxistisch-leninistischen Imperialismusforschung der DDR. Sein Vorsitzender ist der Direktor des IPW, *Prof. Dr. Max Schmidt*.

Das IPW wird von einem Direktor geleitet. Stellvertretende Direktoren sind *Prof. Dr. Lutz Maier* (Ökonom) und *Prof. Dr. Heinz Gambke* (Historiker).

Für die wissenschaftliche Beratung der Forschungs- und Informationsarbeit und ihrer Ergebnisse besteht am Institut ein wissenschaftlicher Rat, dem leitende und profilierte Wissenschaftler angehören. Dieser Rat ist auch für die Wahrnehmung des dem IPW verliehenen Promotionstechtes zuständig. Verteidigungen von Dissertationen erfolgen vor Promotionsträten, die aus den Mitgliedern des wissenschaftlichen Rates gebildet werden. Als kollektives Beratungsorgan für die Aufgaben der laufenden Institutsarbeit steht dem Direktor ein Kollegium zur Seite.

Das IPW arbeitet auf der Grundlage des Zentralen Forschungsplanes der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR. Es stellt für seine Forschungs- und Publikationsarbeit einen fünfjährigen Perspektivplan auf, der in Jahresplänen präzisiert wird. An der Erarbeitung der Forschungsplanung nehmen alle Kollektive der Forschungs- und Informationsbereiche des Instituts teil. Das Institut orientiert sich in seiner Planung und ihrer Realisierung auf eine sorgfältige empirische Forschung und davon getragene Arbeitsergebnisse mit hohem theoretischen Niveau, ideologischer Streitbarkeit und starkem praktischen Nutzen. Ein großer Teil der Forschungsarbeit wird als interdisziplinäre Forschung von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen und als Bearbeitung komplexer Themenstellungen geleistet.

Das IPW hat ca. 160 Mitarbeiter in wissenschaftlichen Forschungsbereichen, die nach dem Prinzip von Forschungsabteilungen organisiert sind. Umfangreich ist die bibliothekarische, informatorische und dokumentarische Tätigkeit des Instituts.

Periodische Publikationen

Wie sieht die Publikationstätigkeit des Instituts aus? Die seit 1972 vom Institut herausgegebene *Monatszeitschrift „IPW-Berichte“* hat sich nicht nur in der DDR, sondern auch

in den sozialistischen Bruderländern sowie im kapitalistischen Ausland einen guten Ruf erworben. Sie veröffentlicht wesentliche Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts und anderer Wissenschaftler. Es sind vor allem Beiträge zu den Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern, zu Fragen der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, zur Rüstung, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, zur allgemeinen Krise des Kapitalismus, zu theoretischen Grundfragen der neuesten sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklung in den führenden kapitalistischen Industriestaaten, ihrer ökonomischen und politischen Beziehungen untereinander sowie zu Fragen der kapitalistischen Weltwirtschaft. Diese analytischen Arbeiten werden ergänzt durch Beiträge zu aktuellen ökonomischen, politischen und ideologischen Ereignissen, durch Dokumentationen, Statistiken, Rezensionen von wichtigen wissenschaftlichen und politischen Veröffentlichungen in sozialistischen und kapitalistischen Staaten sowie durch eine monatliche Chronik bedeutender internationaler Ereignisse.

Eine wesentliche Publikationsform sind die vierteljährlichen „*IPW-Forschungshefte*“. Sie stellen faktisch die kontinuierliche Schriftenreihe des IPW dar. In ihnen werden umfangreichere Ergebnisse der Forschungstätigkeit des Instituts und der Mitglieder des Rates für Imperialismusforschung publiziert. Sie enthalten in monographischer Form oder als Sammelband wissenschaftliche Untersuchungen zu Grundfragen der internationalen Entwicklung sowie zu ökonomischen, politischen und ideologischen Prozessen im heutigen Kapitalismus. Hier die bisherigen Titel:

1972

- Heft 1: Arbeiterklasse — Konsumtion — Klassenkampf
- Heft 2: Monopolisierung im Einzelhandel der BRD
- Heft 3: Steuersystem — Steuerreform in der BRD
- Heft 4: Verbände des Finanzkapitals

1973

- Heft 1: Internationale Konzerne — Monopolmacht — Klassenkampf
- Heft 2: Friedliche Koexistenz — ideologischer Kampf
- Heft 3: Lohnsysteme im Dienst verschärfter Ausbeutung
- Heft 4: BRD-Monopole auf Kuts zu internationalen Dimensionen

1974

- Heft 1: Soziale Prozesse in der kapitalistischen Landwirtschaft
- Heft 2: Kapitalstruktur und -verwertung in der BRD-Industrie
- Heft 3: Grundlagen und Formen der Herrschaft des Finanzkapitals
- Heft 4: Position und Entwicklung der Ökonomie des BRD-Imperialismus

1975

- Heft 1: Politisches Herrschaftssystem des BRD-Imperialismus
- Heft 2: Maoismus und Imperialismus
- Heft 3: Ökonomischer Strukturwandel und kapitalistische Widersprüche
- Heft 4: Internationale Konzerne in Entwicklungsländern

1976

- Heft 1: USA, Westeuropa, Japan — imperialistische Zentren der Rivalität
- Heft 2: Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft 1974/76
- Heft 3: Inflation — Ursache und Folgen im gegenwärtigen Kapitalismus
- Heft 4: Friedenskraft Sozialismus im Zerrspiegel des Antikommunismus

1977

- Heft 1: Umweltprobleme und staatsmonopolistischer Kapitalismus
 Heft 2: Probleme der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Sozialismus und Kapitalismus
 Heft 3: 60 Jahre Roter Oktober — 60 Jahre Kampf um Frieden und die Rechte der Menschheit
 Heft 4: Die Wirtschaft kapitalistischer Länder in Zahlen

1978

- Heft 1: Mittelschichten im gegenwärtigen Kapitalismus
 Heft 2: Energie- und Rohstoffprobleme im heutigen Kapitalismus
 Heft 3: Sozialökonomische Aspekte der Lebensweise der Arbeiterklasse im Kapitalismus
 Heft 4: Entwicklung und Probleme Westberlins in den 70er Jahren

1979

- Heft 1: Gemeinsamkeiten und Widersprüche im Verhältnis BRD—USA
 Heft 2: Sozialreformismus Theorie — Politik — Widersprüche
 Heft 3: Politische Labilität des heutigen Kapitalismus
 Heft 4: Parteien im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem

Weitere Publikationen

Außer den Forschungsheften sind seit Bildung des IPW über 30 Monographien und Sammelbände erschienen.

Dazu gehören solche größeren Arbeiten wie

- „Sicherheit und friedliche Zusammenarbeit in Europa“ (1973)
- „Militär-Industrie-Komplex im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem“ (1974)
- „Kreuzzug gegen Koexistenz“ (1975)
- „Allgemeine Krise des Kapitalismus“ (1976)
- „Arbeiterklasse im Kapitalismus“ (1976)
- „Friedliche Koexistenz in Europa“ (1977)
- „Dokumente zur Abrüstung“ (1978)
- „Internationale Monopole“ (1978)
- „Weltproblem Abrüstung“ (1979)
- „Westeuropa in der heutigen Welt“ (1979)

Das IPW hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, bedeutende marxistische Werke der Imperialismusanalyse aus anderen Ländern herauszugeben. Dazu zählen u. a. die Arbeit von *Gus Hall* „Der amerikanische Imperialismus in der Welt von heute“ und das bedeutende Werk des IMEMO in Moskau „Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus“.

Wissenschaftliches Leben und Auslandskontakte

Im wissenschaftlichen Leben des Instituts nehmen Konferenzen, Symposien, Kolloquien und Rundtisch-Gespräche einen bedeutenden Platz ein. Hier reicht der Kreis von repräsentativen Veranstaltungen und internationalen Konferenzen bis zu den Institutskolloquien und Redaktionsgesprächen, deren Ergebnisse in den IPW-Berichten regelmäßig

veröffentlicht werden. Die Teilnahme von IPW-Wissenschaftlern an Konferenzen u. ä. Veranstaltungen im In- und Ausland gehört zu ihren generellen wissenschaftlichen Verpflichtungen.

Von Beginn an hat das IPW großen Wert auf die Herstellung bzw. den Ausbau fruchtbarer internationaler wissenschaftlicher Zusammenarbeit gelegt. Einen zentralen Platz nimmt dabei seine Mitarbeit in der Multilateralen Problemkommission „Erforschung des heutigen Kapitalismus“ der Akademien der Wissenschaften sozialistischer Länder ein. Das IPW nimmt hier im Auftrag der Akademie der Wissenschaften der DDR die koordinierende Funktion wahr und stellt den Vorsitzenden (*Prof. Dr. Lutz Maier*) und Sekretär der Kommission (*Dr. Eduard Ullmann*). Es arbeitet mit in der Ständigen Kommission der Forschungseinrichtungen sozialistischer Länder zu Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit.

Enge und freundschaftliche wissenschaftliche Arbeitsbeziehungen bestehen zum Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau (IMEMO), zum USA- und Kanada-Institut sowie zum Institut für wissenschaftliche Information (INION) der gleichen Akademie. Die Fruchtbarkeit dieser Beziehungen zeigt sich in einer Reihe gemeinsamer Forschungsergebnisse und Publikationen, wie z. B. dem erwähnten Buch über Westeuropa. Auch mit analogen wissenschaftlichen Instituten der anderen sozialistischen Länder bestehen ständige und regelmäßige Beziehungen wissenschaftlichen Austausches.

Das IPW ist Kollektivmitglied des Internationalen Instituts für den Frieden in Wien.

Dazu kommen vielfältige Beziehungen zu marxistischen Instituten in kapitalistischen Ländern, unter ihnen das Institut für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt/Main. Auch in der ständigen Konferenz der Direktoren und Repräsentanten europäischer Institute für internationale Fragen arbeitet das IPW aktiv mit.

Nicht zuletzt zeigt sich das u. a. in der Tatsache, daß das IPW und das Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam 1976 Gastgeber dieser Konferenz waren. Die Breite der internationalen Tätigkeit des IPW widerspiegelt sich in der Mitarbeit in verschiedenen UNO-Gremien, auf zahlreichen Weltkonferenzen und internationalen Veranstaltungen in vielen Ländern der Erde sowie in den wissenschaftlichen Kontakten und Austauschbeziehungen mit zahlreichen Forschungseinrichtungen westlicher Länder.

Bibliothek

Materialbasis der wissenschaftlichen und informatorischen Arbeit des Instituts und des Rates für Imperialismusforschung sind eine umfangreiche wissenschaftliche Bibliothek mit weit über 200 000 Bänden und ein umfangreiches Zeitungsarchiv, in denen zahlreiche Mitarbeiter beschäftigt sind. Die Sammelschwerpunkte der Präsenzbibliothek des IPW sind deutschsprachige und in den wichtigsten Fremdsprachen erscheinende Titel über ausgewählte Probleme der internationalen Politik und Wirtschaft. Es erfolgt eine umfangreiche Zusammenarbeit im Rahmen des Gesellschaftswissenschaftlichen Informations- und Dokumentationssystems (GID) der DDR sowie im internationalen Maßstab im Internationalen System der gesellschaftswissenschaftlichen Information (ISGI). Darüber hinaus bestehen zahlreiche bilaterale Beziehungen auch auf internationaler Ebene.

2. Zu Hauptrichtungen der gegenwärtigen Arbeit und ihren Ergebnissen

Entsprechend seiner Grundausrichtung arbeitet das IPW gegenwärtig vor allem an folgenden Fragenkomplexen:

- Fragen des Kampfes um die Sicherung des Friedens, die weitere Durchsetzung und Materialisierung der Entspannungspolitik; Probleme der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa;
- Ursachen und Wirkungen des Wettrüstens; Aufgaben und Probleme im Ringen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung;
- die Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in der Gegenwart, die Verschärfung seiner Widersprüche und die zunehmende Labilität des staatsmonopolistischen Kapitalismus;
- die weitere Internationalisierung des Kapitals; Krisenprozesse und neue Tendenzen in der kapitalistischen Weltwirtschaft sowie Probleme des Kampfes um die Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen;
- Fragen der sozialpolitischen Krise, der Lage und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen unter den Bedingungen der Verschärfung der allgemeinen Krise;
- Fragen des ideologischen Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus.

Zu all diesen Schwerpunkten hat das IPW in den letzten Jahren Ergebnisse und Publikationen vorgelegt. Selbstverständlich kann hier nur ein gewisser Überblick über einige wichtige Fragen gegeben werden.

Zu den Forschungskomplexen Entspannung und Abrüstung kann auf die bereits genannten Bücher u. a. Arbeiten verwiesen werden. Mit „Weltproblem Abrüstung“ wird z. B. eine erste komplexe Behandlung dieser Schlüsselfrage der internationalen Auseinandersetzung vorgelegt. Hier und in verschiedenen anderen Arbeiten wird nachgewiesen, daß wirksame Schritte zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung dank des internationalen Kräfteverhältnisses auch bei Fortbestehen des Imperialismus in einem Teil der Welt möglich und notwendig sind. Die ökonomische, soziale und politische Erscheinung des Wettrüstens wird als ein historisch im Kapitalismus gewachsenes, dem imperialistischen System wesenseigenes Phänomen nachgewiesen, das besonders von den Kräften des militärisch-industriellen Komplexes vorangetrieben wird. Die Arbeit deckt die imperialistische Klassennatur des Wettrüstens auf und weist nach, daß vom realen Sozialismus objektiv keine Impulse ausgehen, die das Wettrüsten stimulieren. Es erfolgt eine substantielle Analyse und Auseinandersetzung mit westlichen Konzepten der Rüstungskontrolle. Vorgelegt wird eine theoretisch fundierte und empirisch untermauerte Auseinandersetzung mit bürgerlichen Argumenten über die ökonomische und soziale Notwendigkeit der Rüstung. Es wird nachgewiesen, daß die Hochrüstung in den kapitalistischen Ländern der Wirtschaft nicht nur wichtige Ressourcen entzieht, sondern zur Deformation des Reproduktionsprozesses führt und als Faktor der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus wirkt.

Eine systematische Forschungsarbeit wurde in den vergangenen Jahren hinsichtlich der *Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern* geleistet. Dabei wurden insbesondere die ökonomischen und politischen Grundlagen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Sozialismus und Kapitalismus, die Motivationen und Triebkräfte für die Entwicklung dieser Beziehungen in den kapitalistischen In-

dustrielländern, die generellen Entwicklungstendenzen und Probleme der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und die wichtigsten bisherigen Formen dieser Zusammenarbeit herausgearbeitet und zugleich Voraussetzungen für weitere Forschungen auf diesem Gebiet geschaffen. Die Publikationen des IPW auf diesem Gebiet (Forschungshefte, Symposien) fanden starke internationale Beachtung.

Vertiefte Forschungsergebnisse wurden in mehreren Forschungsheften u. a. Publikationen hinsichtlich der konkreten Ausprägung des *ideologischen Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus unter den Bedingungen des Fortschreitens des revolutionären Weltprozesses und des erfolgreichen Kampfes um die Realisierung der friedlichen Koexistenz* zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung vorgelegt. Die Forschungsarbeit trug dazu bei, die Ursachen qualitativer und quantitativer Zunahme des ideologischen Kampfes zu klären; ideologische Fragen des Kampfes um die Materialisierung der Entspannung auf politischem, militärischem, wirtschaftlichem und geistig-kulturellem Gebiet zu beantworten; die psychologische Kriegführung des Imperialismus, vor allem seine Konzeption „friedlicher ideologischer Einmischung“ zu entlarven.

In den Untersuchungen zum Komplex der allgemeinen Krise des Kapitalismus wurde vor allem den Triebkräften und Erscheinungsformen in der Gegenwart besondere Bedeutung zugemessen. Hier ist auf das Buch zum gleichen Thema zu verweisen, das unter Leitung von *Lutz Maier* und *Horst Heininger* erarbeitet wurde. Ausgehend davon wurden und werden die mittelfristigen Expansionsbedingungen des heutigen Imperialismus in verschiedenen Arbeiten weiter erforscht. Kernpunkte stellen dabei die Verflechtung von vertiefter allgemeiner Krise und zyklischer Entwicklung sowie die ökonomischen und sozialen Wirkungen des kapitalistisch genutzten wissenschaftlich-technischen Fortschritts dar. Insbesondere im Forschungsheft 2/1976 und in den IPW-Berichten 9/1978 wurden der Charakter der Krise 1974/75 als einer zyklischen Überproduktionskrise der kapitalistischen Weltwirtschaft, die sich eng mit längerfristig wirksamen ökonomischen Widersprüchen und Krisenprozessen verband, aufgedeckt. Die Rolle dieser Krise als Einschnitt in der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung und Widerspiegelung der veränderten längerfristigen Reproduktionsbedingungen des Kapitals wurde von Wissenschaftlern des IPW in verschiedenen Veröffentlichungen behandelt. Gegenwärtig ist eine größere Monographie zu „Krisenprozessen in der kapitalistische Weltwirtschaft“ in Vorbereitung, die sich vor allem auch mit der bedeutsamen Frage der Krise der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung befaßt.

In diesem Zusammenhang müssen auch die jährlichen „Wirtschaftsberichte“ über die Entwicklung imperialistischer Hauptländer (jeweils in Heft 8 der „IPW-Berichte“) erwähnt werden. Sie stellen einen Beitrag zur marxistischen Krisenanalyse und Krisentheorie dar.

Interessante Erkenntnisfortschritte wurden bei der Erforschung wichtiger Bereiche der veränderten kapitalistischen *Reproduktionsbedingungen* erreicht. Das betrifft eine zusammenfassende marxistische Darstellung der Umweltprobleme im heutigen Kapitalismus, in der die Wirkungen der antagonistischen Widersprüche zwischen Arbeits- und Verwertungsprozeß in ihrer Auswirkung auf das ökologische Gleichgewicht aufgedeckt wurden. Auch die kapitalistische Energie- und Rohstoffkrise wurde in vielfältiger Hinsicht untersucht. Die hier erzielten Erkenntnisse sagen aus, daß es sich um eine längerfristige, tiefgreifende Strukturkrise handelt, die zu wesentlichen Veränderungen sowohl im

Reproduktionsprozeß des individuellen als auch des gesellschaftlichen Gesamtkapitals führt (vergl. Forschungshefte 1/77 und 2/78). Auch die Inflations- und Währungsproblematik als ein Kernproblem der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus wurde in einem Forschungsheft untersucht. Mehrere Arbeiten charakterisierten auch die Krise der bisherigen Formen staatsmonopolistischer Regulierung.

Im Rahmen der Forschung zur allgemeinen Krise des Kapitalismus gelang es auch, Fortschritte bei der *Analyse seiner politischen Labilität* zu machen. Als Forschungsheft 3/79 erscheinen Untersuchungen über Faktoren, Wesenszüge und Erscheinungsformen der politischen Labilität. Sie ist heute zu einer permanenten Erscheinung geworden, die — bei unterschiedlicher Ausprägung — alle Länder des staatsmonopolistischen Kapitalismus erfaßt. Sie muß als konzentrierter Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus, als Ergebnis der Vertiefung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus und der wachsenden Ausstrahlungskraft des realen Sozialismus auf alle innenpolitischen und gesellschaftlichen Prozesse in der kapitalistischen Welt gewertet werden. Es wird nachgewiesen, daß die politische Labilität aufs engste mit ökonomischen Krisenprozessen verbunden ist, aber gleichzeitig relativ eigenständige Ursachen im Bereich des politischen Überbaus besitzt. Sie ist vielgestaltig mit der Krise der bürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Parteiensystems verknüpft und widerspiegelt die sinkenden Fähigkeiten des staatlichen Machtmechanismus und des politischen Herrschaftssystems insgesamt, der inneren und äußeren Probleme Herr zu werden.

Verschiedene Arbeiten hat das IPW zur *kapitalistischen Ausbeutung* der Arbeiterklasse unter dem Einfluß der Verschärfung der allgemeinen Krise sowie zur Lage der Arbeiterklasse und der Mittelschichten vorgelegt. Sie untersuchen in Auseinandersetzung mit apologetischen Fälschungen die wesentlichsten neuen Fragen des staatsmonopolistisch organisierten Ausbeutungsprozesses in den Hochburgen des Kapitals, vor allem unter den Bedingungen der Wirkung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Einbeziehung neuer Schichten in die Ausbeutung.

Bedeutung hat in diesem Zusammenhang auch eine erste Antwort auf die bisher in der marxistisch-leninistischen Literatur noch nicht umfassend aufgegriffene Frage nach dem sozialen Inhalt und Charakter der *Lebensweise der Arbeiterklasse* im Kapitalismus. Dabei wird nachgewiesen, daß sich der Klassencharakter der Lebensweise der Arbeiterklasse aus ihrem sozialen Wesen als ausgebeutete Klasse, gesellschaftliche Hauptproduktivkraft und revolutionäre Hauptkraft ergibt (Forschungsheft 3/78).

In den letzten drei Jahren wurden weitere Fortschritte bei der *Analyse der Internationalisierungsprozesse des Kapitals und ihrer Folgen* gemacht. Zu nennen ist hier vor allem die Ausarbeitung einer Monographie zur *Rolle der internationalen Monopole* in Gemeinschaftsarbeit von Wissenschaftlern der UdSSR, der DDR, der CSSR, der VR Polen, der VR Bulgarien und der VR Ungarn, die vom IPW 1978 herausgegeben wurde. Zur Definition der internationalen Monopole wurde eine wissenschaftliche Argumentation geliefert, in der die transnationalen Monopole, d. h. von den Monopolisten eines Landes kontrollierte und ihre Expansion über die nationalen Grenzen hinaustreibende Monopole, als Haupttyp gekennzeichnet werden. Die multinationalen Monopole als zweite Form werden dadurch charakterisiert, daß sie von den Monopolen mehrerer Länder kontrolliert werden. Den Oberbegriff bildet der Terminus „internationale Monopole“.

Bei der Untersuchung der Rolle der internationalen Monopole in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen des Kapitalismus wurden die Erkenntnisse vom Zusammenhang

zwischen wachsender internationaler Monopolisierung und Wirkungsweise des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Länder, zur Herausbildung eines Dualismus in der Struktur der kapitalistischen Weltwirtschaft als Ergebnis des großen ökonomischen Gewichts der internationalen Monopole und zur Wirkung der Expansion der internationalen Monopole auf die Labilität des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems (Währungskrise, Handelskrieg u. a.) erweitert und vertieft.

Von theoretischer und praktischer Bedeutung ist die in den letzten Jahren forcierte Forschungsarbeit über die Entwicklung *Westeuropas* als eines Zentrums imperialistischer Rivalität. Das kürzlich vorgelegte Gemeinschaftswerk des IPW und des IMEMO („Westeuropa in der heutigen Welt“) deutet die hier vor sich gehenden Entwicklungen zu einer eigenständigen Region der internationalen politischen und ökonomischen Beziehungen (auf der Basis objektiver Bedingungen der Nachkriegsentwicklung) als einen sehr langfristigen und äußerst widersprüchlichen Prozeß. Weitere Aussagen belegen, daß die Begriffe Zentrenbildung und westeuropäische Integration nicht einfach identisch sind. Die Integrationsprozesse bilden die entscheidende Triebkraft, den Kern der Zentrenbildung. Die Herausbildung eines Zentrums erfaßt jedoch die gesamte Region, und zwar in abgestuften Formen (EWG, EFTA, verschiedene Mittelmeerländer, Nordeuropa). Dabei werden die Beziehungen zwischen diesen verschiedenen Zonen enger, und die Formen der Integration und der westeuropäischen Zusammenarbeit sind selbst auch Veränderungen unterworfen.

Die Entwicklung zu einem Zentrum (und vor allem ihr Kern, die Integration) stellt einen komplexen Prozeß dar, der die ökonomische wie auch die soziale Sphäre, die außen- und innenpolitische Entwicklung sowie den militärischen Bereich umfaßt. Dabei entwickeln sich diese Ebenen nicht gleichmäßig, stehen aber längerfristig betrachtet in einem objektiven Wechselwirkungs- und Abhängigkeitsverhältnis zueinander. Die Entwicklung Westeuropas zu einem imperialistischen Zentrum und vor allem die scharfen Widersprüche der westeuropäischen Integration beeinflussen in den siebziger Jahren immer stärker die innenpolitischen Auseinandersetzungen und die Bedingungen des Klassenkampfes in den westeuropäischen Ländern. Besonders beschleunigt sich der Prozeß der Westeuropäisierung der politischen Parteien, und es bildet sich eine westeuropäische Ebene der parlamentarischen Auseinandersetzungen heraus. Obwohl diese Probleme im Klassenkampf eine zunehmende Rolle spielen und in der Strategie und Taktik stärker in Rechnung gestellt werden müssen, sind die Bedingungen des Klassenkampfes in den verschiedenen westeuropäischen Ländern außerordentlich unterschiedlich, und der nationale Kampfboden stellt heute und in der näheren Zukunft nach wie vor das Hauptfeld der Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterklasse und der Monopolbourgeoisie dar.

Das IPW beteiligt sich an der Untersuchung der komplizierten Fragen, die mit der *Herausbildung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung* zusammenhängen. Unbestritten geht es hier um ein komplexes und globales Problem, das ökonomische, politische und ideologische Aspekte der heutigen internationalen Beziehungen umfaßt, indem die politischen Schlüsselfragen unserer Zeit — Entspannung und Abrüstung — sich sehr eng mit den Fragen der ökonomischen Entwicklung verbinden. Die Forschungen haben auf diesem Gebiet erst begonnen. Erste Ergebnisse sind in den IPW-Berichten veröffentlicht. Dieser Schwerpunkt wird aber die Arbeit des IPW noch über einen langen Zeitraum begleiten.

Zum Abschluß soll noch auf den Anteil des IPW an der Lehrbucharbeit zur Politischen

Ökonomie des Kapitalismus hingewiesen werden. Nach der „Einführung in die Politische Ökonomie des Kapitalismus“, die zusammen mit der Parteihochschule „Karl Marx“ und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften herausgegeben wurde, sind in den zurückliegenden Jahren unter der verdienstvollen Leitung von *Prof. Dr. Alfred Lemnitz* 22 Lehrhefte erschienen, an denen zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler der DDR beteiligt waren. Nunmehr befindet sich ein grundlegendes Lehrbuch zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus in der Verlagsfertigung.

Wollte man eine die Gesamtheit dieser vielfältigen Forschungs-, Informations- und Publikationsfelder des IPW erfassende Aussage vornehmen, so kann man sagen: Sein Hauptanliegen ist die schöpferische Anwendung der Leninschen Imperialismustheorie zur Beantwortung neuer und grundlegender Fragen, die für die Politik der sozialistischen Staaten, die internationale Arbeiterklasse und alle antiimperialistischen Kräfte von Bedeutung sind.

Das Institut für Grundprobleme des Marxismus-Leninismus des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei

Augustyn Wajda

I. Organisationsstruktur; — II. Hauptrichtungen und Formen der wissenschaftlichen Arbeit und Forschungstätigkeit; — III. Verbreitung des Marxismus-Leninismus; — IV. Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland; — V. Forschungsbasis.

I. Organisationsstruktur

Das Institut für Grundprobleme des Marxismus-Leninismus des ZK der PVAP wurde im Februar 1974 auf Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der PVAP gegründet. Seine Hauptaufgabe ist die Entwicklung der Arbeiten auf dem Gebiet der Theorie des Marxismus-Leninismus und die Festigung der wissenschaftlichen Grundlagen der Tätigkeit der Partei.

Der Beschluß des Politbüros steckt die grundlegenden Aufgaben des Instituts im Bereich der wissenschaftlichen Forschungen ab und umreißt die Prinzipien der Kaderpolitik, der Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Polnischen Akademie der Wissenschaften und des Hochschulwesens sowie des Zusammenwirkens mit anderen Abteilungen des ZK.

Die Tätigkeit des Instituts stützt sich auf einen Beschluß des Sekretariats des ZK der PVAP, in dem Programm und Statut des Instituts festgelegt sind.

Das Institut wird von Direktor Professor Dr. *Andrzej Werblan*, Sekretär des ZK der PVAP, geleitet. I. Vizedirektor ist Prof. Dr. *Włodzimierz Wesolowski*, Kandidat des ZK; Vizedirektoren des Instituts sind Dozent Dr. *Zbigniew Sufin* und Dozent Dr. *Augustyn Wajda*. Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates des Instituts ist Prof. Dr. *Henryk Jabłoński*, Mitglied des Politbüros, Vorsitzender des Staatsrates und ordentliches Mitglied der Polnischen Akademie der Wissenschaften.

Der Wissenschaftliche Rat des Instituts erörtert die Forschungspläne, bewertet ihre Durchführung, nimmt zu den wichtigsten wissenschaftlichen und organisatorischen Fragen Stellung und befaßt sich mit Ernennungsanträgen für wissenschaftliche Stellen oder Professorentitel.

Dem Rat gehören 38 prominente Wissenschaftler und Parteifunktionäre an.

Im Institut sind 38 wissenschaftliche Mitarbeiter (darunter 18 Professoren und Dozenten sowie 20 promovierte Wissenschaftler) hauptberuflich tätig; außerdem beteiligt sich ein Kollektiv von wissenschaftlich-technischen Mitarbeitern an der Forschungsarbeit.

Im Institut sind folgende Forschungsabteilungen tätig:

— die Abteilung für Theorie des sozialistischen Aufbaus (Leiter: Dozent Dr. *Zbigniew Sufin*)

— die Abteilung für Wirtschaftspolitik (Leiter: Prof. Dr. *Józef Soldaczuk*)

— die Abteilung für Wandlungen im gesellschaftlichen Bewußtsein (Leiter: Prof. Dr. *Tadeusz Jaroszewski*)

- die Abteilung für Parreiaufbau (Leiter: Prof. Dr. *Antoni Lopatka*)
- die Abteilung für Strategie der internationalen kommunistischen Bewegung (Leiter: Dozent Dr. *Walery Namiońkiewicz*)

Zur Organisationsstruktur des Instituts zählen noch:

- die *Abteilung für Verwaltung und Organisation* (Leiter: Magister *Jan Górnicki*)
- die *Sektion für Informatik und Organisation der Forschung* (Leiter: Magister *Bartłomiej Gasiórowski*)

Bei der Realisierung seiner Aufgaben stützt sich das Institut auf ein Kollektiv ständiger wissenschaftlicher Mitarbeiter und Konsultanten sowie auf für bestimmte Forschungsarbeiten zeitweise eingesetzte Wissenschaftler. Mit dem Institut stehen etwa 500 in verschiedenen Forschungsstätten in ganz Polen beschäftigte Wissenschaftler in Kontakt.

II. Hauptrichtungen und -formen der wissenschaftlichen Arbeit und Forschungstätigkeit

Die wissenschaftliche Problematik und die Forschungen des Instituts konzentrieren sich hauptsächlich auf Fragen, die von den Schlüsselproblemen des sozialistischen Aufbauwerkes in Polen und von der erforderlichen Entwicklung der Theorie des Marxismus-Leninismus in Polen bestimmt werden. Sie umfassen auch die Analyse der beim Aufbau des Sozialismus von der KPdSU und den anderen Bruderparteien gesammelten Erfahrungen sowie die Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung.

Die wissenschaftliche Tätigkeit des Instituts umfaßt folgende Forschungsbereiche:

1. Die Problematik der Theorie des Aufbaus des Sozialismus

Die Forschungen aus diesem Bereich konzentrieren sich auf zwei Schwerpunktprobleme: „Die theoretischen Grundsätze des Aufbaus einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Volksrepublik Polen“ (unter der Leitung von Prof. Dr. *Henryk Chojas*) und „Die sozialökonomische Umgestaltung auf dem Lande und in der polnischen Landwirtschaft“ (unter der Leitung von Prof. Dr. *Augustyn Wóś*). Außerdem werden noch Studien zur Lenkung gesellschaftlich-wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse und zu den Wandlungen innerhalb der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Etappe des Aufbaus des Sozialismus in Polen durchgeführt.

Die Forschungen im Bereich des Schwerpunktproblems „Theoretische Grundsätze des Aufbaus einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ sind bemüht, wissenschaftliche Grundlagen für den Aufbauprozeß des entwickelten Sozialismus in Polen zu schaffen. Dabei werden die Erfahrungen der sozialistischen Länder analysiert.

Die Forschungen zum Prozeß des Aufbaus einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft in Polen in den wichtigsten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens haben prognostischen Charakter. Forschungsobjekt sind die technisch-materielle Basis, die gesellschaftlich-politischen Verhältnisse, die PVAP als Führungskraft, die Wandlungen im gesellschaftlichen Bewußtsein sowie die Gestaltung eines sozialistischen Lebensstils in dieser geschichtlichen Zeitspanne.

Durchgeführt werden auch analytisch-kritische Studien zur Kritik der deformierten Periodisierung der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und zur Kritik der in den

bürgerlichen, revisionistischen, neotrotzkistischen, maoistischen u. a. Konzeptionen auftretenden Charakterisierung des entwickelten Sozialismus.

Die Forschungen im Bereich „Sozialökonomische Umgestaltungen auf dem Lande und in der polnischen Landwirtschaft“ berücksichtigen folgende Fragenkreise: Studien zur Leninschen Theorie der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes und der Landwirtschaft und zu den Erfahrungen der europäischen sozialistischen Länder in diesem Bereich; Umwandlungen und Entwicklungstendenzen der Bauernwirtschaft und Entfaltung des vergesellschafteten Sektors in der polnischen Landwirtschaft; Veränderungen im Bewußtsein, im Lebensstandard und Lebensstil der Landbevölkerung; die Rolle der PVAP bei der Gestaltung der sozialistischen Rekonstruktion der Landwirtschaft.

Durchgeführt werden auch langfristige Forschungen zur Lenkung gesellschaftlich-wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse. Sie berücksichtigen die aktuellen und künftigen Aufgaben der Partei im Bereich der gegenseitigen Abhängigkeit gesellschaftlicher und ökonomischer Faktoren in der Entwicklung des Landes sowie Meinungsumfragen über die Einstellung der Bevölkerung zu allgemeinen Problemen der sozialökonomischen Entwicklung und zu konkreten Aspekten der Politik der PVAP.

Im Rahmen der Theorie des sozialistischen Aufbaus werden Forschungen zur Entwicklung der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Etappe des Aufbaus des Sozialismus in Polen durchgeführt. Sie betreffen die Wandlungen, denen sie infolge des ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Fortschrittes, der Entwicklung des Berufsschulwesens, der sozialistischen Demokratie und Sozialpolitik unterliegt; sie befassen sich mit der gesellschaftlichen Lage der Arbeiterklasse, mit ihrer beruflichen und gesellschaftspolitischen Aktivität sowie mit ihrem gesellschaftlichen Bewußtsein.

2. Probleme der Wirtschaftspolitik

Die Forschungen zur Problematik der Wirtschaftspolitik umfassen folgende Fragenkreise: Ziele und Mittel der sozialökonomischen Politik in den Programmen der kommunistischen Parteien in den sozialistischen Ländern (wichtigste Voraussetzungen der Programme und Verlauf der Durchführung); innere Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung Polens (demographische Faktoren, Investitionsmöglichkeiten, Wandlungen in der Wirtschaftsstruktur usw.); äußerliche Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung Polens (Tendenzen in der Weltwirtschaft und den wichtigsten Ländergruppen sowie ihr voraussehbarer Einfluß auf die Wirtschaft Polens); Funktionsmechanismen der Volkswirtschaft (mit besonderer Berücksichtigung ihres Einflusses auf die Effektivität der Wirtschaft).

Zu dieser Thematik werden Expertisen vorbereitet sowie Seminare und wissenschaftliche Konferenzen organisiert.

3. Probleme der Wandlungen des gesellschaftlichen Bewußtseins

Im Rahmen dieses Problemkreises werden Forschungen zu Veränderungen in den ideologischen und weltanschaulichen Einstellungen, in der Hierarchie der Werte und moralischen Normen wie auch der Arbeitsmotivation durchgeführt. Zu diesem Themenkreis zählen auch Studien zu theoretischen Fragen des sozialistischen Humanismus als Faktor und Bestandteil der sozialistischen Weltanschauung. Erforscht werden darüber hinaus die

grundlegenden Kategorien des historischen Materialismus und ihre Anwendung bei der Untersuchung zeitgenössischer Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung und Bewußtseinsgestaltung. Diese Problematik ist Gegenstand eines regelmäßigen Zyklus gesamtpolnischer Seminare. Materialien von diesen Seminaren werden im Rahmen einer Verlagsserie zu dieser Problematik veröffentlicht.

Durchgeführt werden auch Untersuchungen zu den Laizisierungsprozessen in der polnischen Gesellschaft, zu Wertesystemen und Veränderungen in der Doktrin, Struktur und Handlungsweise der katholischen Kirche und der Gruppierungen weltlicher Katholiken.

Ferner werden empirische Forschungen zu den Wandlungen in den weltanschaulichen Haltungen der Schul- und Arbeiterjugend realisiert. Schließlich wurden erst kürzlich Forschungen zur Theorie der sozialistischen Kultur und Kulturpolitik sowie zur Evolution der Kulturbedürfnisse der sozialistischen Gesellschaft und ihrer Befriedigung aufgenommen.

In den Forschungen des Instituts nehmen die Problematik der Rolle der Parteipropaganda und der Massenmedien bei der Umgestaltung des gesellschaftlichen Bewußtseins sowie die Probleme der ideologischen Konfrontation einen wichtigen Platz ein.

Die Abteilung zur Erforschung von Wandlungen im gesellschaftlichen Bewußtsein koordiniert die organisatorisch-publizistische Tätigkeit im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Monographie „Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung“ — das Sammelwerk eines internationalen Wissenschaftler-Kollektives aus den sozialistischen Ländern, das durch Initiative der für ideologische Fragen zuständigen Sekretäre der ZK der Bruderparteien einberufen wurde.

Das Institut arbeitet bei der Realisierung der Forschungen zu den Veränderungen im gesellschaftlichen Bewußtsein mit dem Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften, mit der Hochschule für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der PVAP und mit anderen Forschungsstätten in Polen zusammen.

4. Probleme des Parteaufbaus

In der Tätigkeit des Instituts haben Forschungen, die auf die wissenschaftliche Fundierung der Tätigkeit der Partei zielen, große Bedeutung.

Forschungen zur Parteiproblematik beziehen sich auf folgende Bereiche: Partei und Gesellschaft (Arbeiterklasse, Bauern, Intelligenz, Handwerker, Dienstleistungspersonal, Jugend, Frauen, Nation); die Partei im sozialistischen politischen System (Partei und Staat, politische Parteien, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, gesellschaftliche Bewegungen, Nationale Einheitsfront); Entwicklung des innerparteilichen Lebens (innerparteiliche Demokratie, demokratischer Zentralismus); Steigerung der Qualität und Effektivität der Parteitätigkeit (Parteigrundorganisationen in verschiedenen Gesellschaftsbereichen, Parteiinstanzen in Stadt-Gemeinden und Wojewodschaften); ideologisch-erzieherische Tätigkeit der Partei.

Gleichzeitig werden Untersuchungen zur Funktionweise des politischen Systems in der VR Polen geführt, die sich mit politischen Institutionen, politischen und ideologischen Werten, mit Systemen von Normativen zur Regelung des politischen Lebens der Gesellschaft befassen.

In den Forschungsarbeiten des Instituts findet die Problematik der sozialistischen Demokratie, ihrer Funktionsweisen und ihrer Entwicklungs- und Vervollkommnungsten-

denzen unter den Bedingungen des Aufbaus einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft breiten Widerhall.

5. Probleme der Strategie der internationalen Arbeiterbewegung

Die Forschungen in diesem Bereich werden in drei Grundrichtungen geführt. Die erste umfaßt die theoretischen Probleme der kommunistischen Parteien in den sozialistischen Ländern Europas. Den größten Nachdruck legt man hierbei auf eine komplexe Analyse der Theorie und Praxis des Aufbaus einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Die Forschungsthematik konzentriert sich um die Schlüsselprobleme der Weiterentwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft. Besondere Aufmerksamkeit wird der Analyse der gesetzmäßigen Funktionsweise der sozialistischen Wirtschaftsintegration im Rahmen des RGW sowie den aktuellen Inhalten des sozialistischen Internationalismus als Grundlage internationaler Beziehungen neuen Typs gewidmet. Forschungsobjekt ist auch der Annäherungsprozeß der Gesellschaften in der sozialistischen Staatengemeinschaft als Erscheinung einer gesetzmäßigen sozialistischen Entwicklung auf internationaler Ebene.

Der zweite Themenkreis der Forschungen betrifft die Tätigkeit der kommunistischen Parteien in Westeuropa. Es sind hauptsächlich Untersuchungen zur gegenwärtig stattfindenden Evolution der programmatischen Prinzipien in der westeuropäischen kommunistischen Bewegung. Ausgangspunkt ist hier die Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die kommunistischen Parteien ihre Tätigkeit entwickeln. Gegenstand der Analysen und Forschungsarbeiten sind die Entwicklung der antimonopolistischen Strategie der westeuropäischen kommunistischen Bewegung, das System politischer Bündnisse der einzelnen Parteien wie auch die Taktik und Organisation des Klassenkampfes. Diese Forschungen dienen einer besseren Kenntnis der die kapitalistische Welt beherrschenden Mechanismen und vor allem der Hervorhebung der Rolle der Arbeiterklasse im Kampfe um eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaftsstrukturen. Große Aufmerksamkeit wird auch der Problematik des ideologischen Kampfes in der heutigen Welt gewidmet.

Die dritte Forschungsrichtung umfaßt die Problematik der Deformation des Sozialismus, und zwar sowohl die theoretischen wie auch praktischen Aspekte dieser Erscheinung. In diesem Bereich konzentrieren sich die analytischen Arbeiten vor allem auf eine kritische Analyse der Ideologie und politischen Praxis des Maoismus. Es sind im Grunde genommen marxistische sino-politologische Forschungen, die vor großen Schwierigkeiten beim Zugang zu Quellenmaterial stehen. Die im Rahmen dieser Forschungsrichtung geführten Arbeiten stützen sich auf die Voraussetzung, daß die Evolution der maoistischen Doktrin in engem Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Situation in China betrachtet werden muß. Aus diesem Grunde sind die gesamten, 30jährigen Erfahrungen der Volksrepublik China Gegenstand von Analysen, wobei jedoch den Forschungen zur maoistischen „Kulturrevolution“ und den Ereignissen der siebziger Jahre besonderes Augenmerk geschenkt wird. Im Mittelpunkt des Interesses bleiben weiterhin die Widersprüche in der sozialökonomischen Struktur Chinas und im politischen System des Maoismus. Die eingeleiteten sino-politologischen Untersuchungen haben Einblick in die chauvinistische und zugleich hegemonistische Großmachtspolitik der gegenwärtigen chinesischen Partei- und Staatsführer gewährt und dienen somit der Vertiefung des Wissens über die komplizierten Probleme der Welt von heute.

Zu den angesprochenen Themen werden ständige wissenschaftlich-politische Seminare durchgeführt, die sich mit Problemen der sozialistischen Staatengemeinschaft und den aktuellen Fragen der kommunistischen Bewegung in Westeuropa befassen. Herausgegeben werden ferner regelmäßige interne analytische Informationsbulletins und thematische Serien, die den Problemen der einzelnen Forschungsrichtungen gewidmet sind.

Das Institut baut seine Zusammenarbeit mit dem Institut für den Fernen Osten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und mit Forschungsstätten der sozialistischen Bruderländer aus.

Bei der Realisierung seiner Aufgaben unternimmt das Institut folgende Aktivitäten:

- Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen;
- Organisierung wissenschaftlicher Konferenzen und Tagungen von gesamtpolnischem oder internationalem Charakter;
- Vorbereitung von Expertisen und Materialien für die praktische Anwendung in der Parteiarbeit;
- Veröffentlichung von wissenschaftlichen und populären, für breite Leserkreise bestimmten Publikationen;
- Zusammenarbeit mit einzelnen Abteilungen des ZK der PVAP und mit den Wojewodschaftskomitees im Bereich der Ausarbeitung und Verwertung von wissenschaftlichen Untersuchungen;
- Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Forschungsstätten und Hochschulen (der Hochschule für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der PVAP, der Polnischen Akademie der Wissenschaften und anderen Stellen);
- Zusammenarbeit mit entsprechenden wissenschaftlichen Forschungsstätten der UdSSR und anderer sozialistischer Länder und mit wissenschaftlichen Zentren der kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern.

III. Verbreitung des Marxismus-Leninismus

Um die Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus zu verbreiten, veranstaltet das Institut gesamtpolnische und internationale Konferenzen und betätigt sich als Verlag.

Die vom Institut veranstalteten Konferenzen, Symposien und Seminare bieten wissenschaftlichen Kreisen die Möglichkeit, die Grundprobleme des Aufbaus des Sozialismus in Polen und die Entwicklung der marxistischen Theorie zu erörtern.

Im Verlauf seiner bisherigen Tätigkeit hat das Institut gesamtpolnische und internationale Konferenzen zu folgenden Themen organisiert:

- Marxistische Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung;
- Die Arbeiterklasse im Prozeß des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der VR Polen;
- Sozialökonomische Probleme der Entwicklung auf dem Lande und der Landwirtschaft in der VR Polen;
- Das politische System in der VR Polen;
- Die Rolle der Parteiorganisationen in Großbetrieben;
- Die Rolle der Gemeindeparteiorganisationen bei der Verwirklichung des Programms zur Entwicklung der Landwirtschaft und der Ernährung des Volkes;
- Probleme der Politik des Staates gegenüber den Religionsgemeinschaften in der VR Polen;

— Die Rolle der Partei in den Kreisen der Kulturschaffenden.

In den Jahren 1975—1976 ist im Institut ein gesamtpolnisches Seminar zum Thema „Die sozialistische Variante der wissenschaftlich-technischen Revolution“ durchgeführt worden, an dem prominente Spezialisten verschiedener wissenschaftlicher Fachgebiete und hervorragende Wirtschaftspolitiker Polens teilgenommen haben. Die Materialien dieses Seminars werden unter Redaktion von A. Werblan in Buchform mit dem Titel „Die wissenschaftlich-technische Revolution unter den Bedingungen des Sozialismus“ erscheinen. In den Jahren 1977—1978 wurden u. a. folgende Seminare veranstaltet: über die grundlegenden Kategorien und Gesetzmäßigkeiten des historischen Materialismus; über die sozialistische Lebensweise; über die theoretischen Probleme der Strategie der internationalen kommunistischen Bewegung; über die sozialistische Staatengemeinschaft; über die weltanschaulichen Veränderungen in der VR Polen und über die Rolle der Parteiinstanzen im Leben der Partei. Vorgesehen sind weitere Seminare.

Die wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts werden durch seine Verlagstätigkeit in Form von Büchern und Bulletins zu bestimmten Problemen verbreitet. Bis Ende 1978 erschienen 16 Bücher, die in der Mehrzahl vom Verlag „Książka i Wiedza“ (Buch und Wissen) herausgegeben wurden; 1979 wird der Verlag 14 Buchpublikationen veröffentlichen. Systematisch steigt auch die Zahl der im Vervielfältigungsverfahren herausgegebenen Publikationen des Instituts. Während seiner bisherigen Tätigkeit hat das Institut in Zeitschriften und Periodikas über 430 Veröffentlichungen herausgebracht, darunter 26 Bücher. Diese Materialien enthalten die Ergebnisse der Forschungsarbeiten des Instituts sowie Referate, die auf den vom Institut oder unter seiner Mitarbeit organisierten Konferenzen gehalten wurden.

Ein Teil der Buchpublikationen entstand im Rahmen der Verlagsserien zu den vom Institut koordinierten Forschungsproblemen oder als Serien über Probleme der sozialistischen Gemeinschaft, des Fernen Ostens oder der westeuropäischen kommunistischen Bewegung.

IV. Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland

Ein wesentlicher Aspekt der Tätigkeit des Instituts ist die immer breitere Zusammenarbeit mit den Forschungsstätten der Bruderparteien. Das Institut hat eine direkte Zusammenarbeit mit allen vergleichbaren Instituten in den sozialistischen Ländern sowie mit einigen Forschungsstätten der kommunistischen Parteien sowie marxistischen Instituten in den kapitalistischen Ländern aufgenommen.

Im Rahmen der multilateralen und bilateralen wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit den Instituten der Bruderländer wurden u. a. folgende Themen bearbeitet:

- Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung;
- Sozialistischer Internationalismus als Prinzip der internationalen Beziehungen der sozialistischen Länder. Probleme der harmonischen Verbindung nationaler und internationaler Elemente im Sozialismus;
- Entwicklung der sozialistischen Demokratie;
- Grundlegende Probleme des Kampfes gegen die bürgerliche, revisionistische und reformistische Ideologie;
- Die Sozialpolitik in den sozialistischen Ländern;

— Gesetzmäßigkeiten und charakteristische Merkmale der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft.

Das Ergebnis dieser Zusammenarbeit sind gemeinsam vorbereitete Publikationen und Arbeiten über die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung, über die aktuellen Probleme des ideologischen Kampfes, über die Sozialpolitik der Parteien in den sozialistischen Ländern, über die Rolle der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Welt.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Forschungsstellen der Partei in der UdSSR werden gemeinsame Forschungen über die Rolle der Partei in Industriebetrieben beider Länder durchgeführt.

Gemeinsam mit der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED untersucht das Institut Probleme des ideologischen Kampfes in der Welt von heute. Das Resultat der gemeinsamen Arbeit sind u. a. die Publikationen „Grundlagen des ideologischen Kampfes in der heutigen Welt“ und „Ideologischer Kampf und Probleme des realen Sozialismus“. In Vorbereitung befinden sich weitere Veröffentlichungen.

Die gemeinsamen Untersuchungen mit den Forschungseinrichtungen der CSSR konzentrieren sich auf die Problematik des Kampfes gegen die bürgerliche, revisionistische und reformistische Ideologie. Das Ergebnis der bisherigen Zusammenarbeit ist u. a. eine Monographie „Einheit der Arbeiterklasse und Klassenkampf“ (im Druck).

Im Ergebnis der bisherigen Zusammenarbeit mit dem Institut für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt/Main wurden gemeinsame Seminare organisiert und ein Buch polnischer Autoren unter dem Titel „Sozialismus und Arbeiterklasse in der Volksrepublik Polen“ in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht (Hrsg. IMSF; erschienen im Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1978, 280 Seiten). Vorbereitet wird eine Publikation in polnischer Sprache: „Klasa robotnicza we współczesnym kapitalizmie“ („Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus.“ Studien über die Sozialstruktur der BRD mit Beiträgen der IMSF und seiner Mitarbeiter).

Organisiert wurde auch ein gemeinsames Seminar über aktuelle Probleme der Arbeiterklasse in der VR Polen und der Bundesrepublik Deutschland.¹ Auf der Basis der Seminarunterlagen wurde ein Buch zum Druck vorbereitet, dessen Titel lautet: „Aktuelle Probleme der Arbeiterklasse in der VR Polen und der Bundesrepublik Deutschland.“ Vorgesehen sind weitere bilaterale Treffen.

V. Forschungsbasis

Im Institut ist eine Sektion für Informatik und Organisation der Forschung tätig, die sich mit folgenden Aufgaben befaßt:

— Sammlung und Untersuchung der für die wissenschaftliche Arbeit des Instituts und der Abteilungen des ZK der PVAP erforderlichen Informationen;

— Organisierung und Durchführung von empirischen Erhebungen. Das Netz der bei diesen Erhebungen eingesetzten Befrager ist zweistufig und umfaßt 17 Instrukteure und 232 Befrager. Die Untersuchungen werden nach Repräsentativerhebungen unter der erwachsenen Bevölkerung Polens durchgeführt und beziehen sich auf Gruppen von 2000

¹ Vgl. die Konferenzberichte in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 1/1978, S. 373/374, und: Marxistische Blätter, 16, 1978, 4, S. 91—94 (Anm. d. Red.).

bis 14 000 Personen. Die Grunderhebung enthält Informationen über 43 000 Personen, die in 212 ausgewählten Städten und Dörfern wohnen.

— Sammlung der empirischen Forschungsergebnisse in den verschiedenen, mit entsprechenden Forschungsarbeiten befaßten Einrichtungen. Die Datensammlung stützt sich auf ein elektronisches Fernschreibnetz;

— Aufbereitung der Informationen für die EDV-Speicherung, die in den Forschungsarbeiten des Instituts und der Abteilungen des ZK ausgewertet werden, sowie Analyse der Daten;

— EDV-gestützte Auswertung der wichtigsten Parteidokumente;

— Dokumentation und Archivierung der vom Institut durchgeführten Forschungen;

— Ausarbeitung von EDV-Standardprogrammen und eigenen analytischen Systemen sowie Unterhaltung eines Verbundsystems mit spezialisierten Rechenzentren mit dem Ziel, deren Datensammlungen und Rechenkapazitäten auszunutzen;

— Durchführung von Studien zur Vervollkommnung der Auswertung des Informationssystems des Instituts für seine Forschungstätigkeit.

Das Institut gibt eine laufende Übersicht über alle von seinen Mitarbeitern vorbereiteten Publikationen und Arbeiten heraus. Diese Übersicht umfaßt Materialien von Konferenzen und Seminaren, die vom Institut organisiert wurden, sowie Materialien aus dem Bereich der wichtigsten Forschungsschwerpunkte. In diese Übersicht werden auch solche Arbeiten aufgenommen, die thematisch mit der Forschungstätigkeit des Instituts zusammenhängen.

Die Forschungsarbeiten werden auf der Basis von Fünfjahrplänen durchgeführt, die mit den Fünfjahrplänen der sozialökonomischen Entwicklung der VR Polen abgestimmt sind.

IMSF — 1979

Übersicht über Publikationen (ohne Zeitschriftenpublikationen) und Konferenzen und Kolloquien des IMSF im ersten Halbjahr 1979.

I. Publikationen

1. IMSF-Informationsbericht Nr. 33: Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik. Verfasser: *Norbert Lambert*, 82 Seiten, DM 8,—
2. Theorie und Methode, Bd. 2: Bürgerliche Revolutionen. Probleme des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus. Mit Beiträgen von *M. Kossok, W. Markov, A. N. Cistozvonov, G. Vogler, G. Brendler, M. Steinmetz, G. Schilfert, F. Gauthier, M. Grenon, R. Robin, E. Guibert-Sledziewski, A. Soboul, W. Schmidt* und *E. Engelberg*. Hrsg. IMSF, 290 Seiten, DM 15,—
3. Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 8: Rationalisierung — Arbeitsplätze — Tarifikämpfe. Materialien einer Tagung des IMSF, Frankfurt am Main, 10. und 11. März 1979, ca. 300 Seiten, ca. DM 17,—
4. *Heinz Jung, Josef Schleifstein* Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland, ca. 280 Seiten, ca. DM 16,— (Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M.).
5. Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse. Vierteljährliche Konjunkturübersicht. Verfasser: *Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus*. Beilage zur Zeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (Nachrichten-Verlags GmbH, Frankfurt/M.), zwei Ausgaben.

II. Konferenzen und Kolloquien

1. Tagung des IMSF „Rationalisierung — Arbeitsplätze — Tarifikämpfe“ am 10. und 11. März in Frankfurt am Main. Teilnehmer: über 500 Arbeiter, Angestellte, Gewerkschafter und Wissenschaftler sowie an der Veranstaltung mitwirkende Künstler. Themenbereiche: „Moderne Technik und Rationalisierung als Kampfmittel des Kapital und Möglichkeiten der Gegenwehr der Arbeiter“; „Betriebsstillegung und Arbeitsplatzvernichtung und die jüngsten Erfahrungen zur Sicherung von Arbeiterinteressen“; „Lohn- und Tarifikämpfe/Arbeitszeitverkürzung“. Einleitungsreferat: *Heinz Jung*, Politische Ökonomie der Arbeiterklasse, neue Technik und Kampfstrategien.

Konferenzprotokoll: Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 8, Rationalisierung — Arbeitsplätze — Tarifikämpfe. Materialien einer Tagung des IMSF, Frankfurt am Main, 10. und 11. März 1979, ca. 300 Seiten, ca. DM 17,—

Konferenzbericht: *Klaus Priester*, Rationalisierung — Arbeitsplätze — Tarifikämpfe. Bericht über eine Tagung des IMSF, in diesem Band von ‚Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF‘; Marxistische Blätter 17, 1979, 3, S. 112—114.

2. „Europäische Stahlkonferenz“, gemeinsam organisiert vom Instituut voor Politiek en Sociaal Onderzoek (IPSO, Amsterdam) und dem IMSF am 20. und 21. April 1979 in Amsterdam. Gegenstand der Konferenz waren Probleme der Entwicklung der Stahlindu-

strie in Westeuropa, Erfahrungen der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die Stahlkrise und die Erarbeitung alternativer wirtschafts- und sozialpolitischer Vorschläge. Teilnehmer: *Marcel Couteau* (Belgien; Sekretär der KPB) und *Bert Vermeiren* (Belgien); *Claude Gauche-Cazalis* (Frankreich; Mitarb. d. Wirtschaftsabtlg. d. ZK d. FKP) und *Patrick Leroy* (Frankreich); *John Reilly* (Großbritannien); *Laura Pennacchi* (Italien; Mitarbeiterin von CESPE — Institut für wirtschaftspolitische Studien der IKP); von seiten des IPSO: *Jaap Wolff* (Vorsitzender des IPSO), *Jan Berghuis*, *Pim Juffermans* und *Boe Thio*; von seiten des IMSF: *Josef Schleifstein*, *Gert Hautsch* und *Hermann Bömer*.

Die Vertreter aus den einzelnen Ländern schilderten in den Einleitungsreferaten die wichtigsten Probleme der Stahlindustrie in ihren Ländern. Die anschließende Diskussion war in drei Komplexe gegliedert: Die ökonomische und sozialpolitische Entwicklung der Stahlindustrien; Erfahrungen im Kampf gegen Praxis und Strategie der Stahlkonzerne, der Staaten und der EG-Behörden; Forderungen und programmatische Alternativen der Arbeiterbewegung.

In der sehr lebhaften und fruchtbaren Diskussion wurden Gemeinsamkeiten ebenso wie unterschiedliche Standpunkte zu einzelnen Fragen verdeutlicht. In seinem Schlußwort wies *Jaap Wolff* darauf hin, daß das umfangreiche interessante Material einen Ansporn für weitere, tiefergehende Untersuchungen geben könne.

Autoren dieses Bandes

Dr. Hermann Bömer, geb. 1947, Dipl.-Volkswirt, Wiss. Assistent an der Abteilung Raumplanung der Universität Dortmund. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Alternative Wirtschafts- und Regionalpolitik; Theorie der Raumentwicklung.

Helga Bufe, geb. 1953, Dipl.-Soziologin, Tätigkeit an der Universität Bielefeld. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Energiepolitik der BRD.

Dr. Eberhard Dähne, geb. 1938, Soziologe, Dipl.-Landwirt. Mitarbeiter des IMSF. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Probleme der Reproduktion der Arbeitskraft, Stadt- und Regionalsoziologie.

Jörg Dieckhoff, geb. 1954, Dipl.-Soziologe.

Dr. Jörg Goldberg, geb. 1943, Dipl.-Volkswirt, Mitarbeiter des IMSF, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Grundprozesse der Wirtschaftsentwicklung.

Jürgen Grumbach, geb. 1954, Dipl.-Soziologe, Tätigkeit an der Universität Bielefeld. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Energiepolitik der BRD.

Gert Hautsch, geb. 1944, Dipl.-Volkswirt. Mitarbeiter des IMSF. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Analyse sozialer Bewegungen.

Dr. Johannes Henrich von Heiseler, geb. 1938, Mitarbeiter des IMSF, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Probleme der Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins.

Dr. Heinz Jung, geb. 1935, Ökonom. Stellvertr. Leiter des IMSF. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Mira Maase, geb. 1948, Dipl.-Soziologin, Mitarbeiterin des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung e. V., München. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Arbeitsmarktforschung; Industrie- und Betriebssoziologie.

Rob Milikowski, Mitarbeiter des „Instituut vor Politiek en Sociaal Onderzoek“ (IPSO), Amsterdam.

Prof. Dr. Lothar Peter, geb. 1942, Prof. f. Industrie- und Betriebssoziologie an der Universität Bremen. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Industrie- und Betriebssoziologie, Lage der Arbeiterklasse im kapitalistischen Produktionsprozeß.

Klaus Pickshaus, geb. 1949, Mitarbeiter des IMSF, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Analyse sozialer Bewegungen, Gewerkschaftstheorie.

Klaus Priester, geb. 1952, Dipl.-Soziologe, Mitarbeiter des IMSF. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Rationalisierung, Arbeitsbedingungen und -belastungen, „Humanisierung der Arbeit“.

Prof. Dr. Josef Schleifstein, geb. 1915, Leiter des IMSF. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Geschichte der Arbeiterbewegung, Marxistische Theorie.

Prof. Dr. Max Schmidt, Direktor des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin/DDR.

Dr. Winfried Schwarz, geb. 1948, Dipl.-Soziologe, Mitarbeiter des IMSF. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Marxistische Politische Ökonomie.

Walter Simon, geb. 1946, Dipl.-Soziologe, Doktorand. Lehrbeauftragter an einer Fachhochschule. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Industrie- und Politik-Soziologie.

Angelina Sörgel, geb. 1948, Dipl.-Ökonom, Doktorandin. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Wirtschaftspolitik, Monopoltheorie, Bilanzanalyse.

Dr. Augustyn Wajda, Mitarbeiter des Instituts für Grundprobleme des Marxismus-Leninismus des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau.

Dr. Harald Werner, geb. 1940, Lehrbeauftragter an der FHS Emden, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg und Universität Bremen. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Bewußtseinsforschung, Didaktik der Arbeiterbildung.

Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF 1/1978

Aus dem Inhalt

Politische Ökonomie und Kapitalismustheorie

Heinz Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD
Christoph Butterwegge, Markt, Plan und Profit. Zur politischen Ökonomie der Investitionslenkung
Wolf-Dietrich Schmidt, Verfassung und Monopole – Aspekte zur antimonopolistischen Diskussion in Westdeutschland 1945–1947

Jörg Goldberg, Die Verwertungsbedingungen des Kapitals in der Bundesrepublik. Eine Darstellung und Kritik von empirischen Versuchen

Probleme der Reproduktion der Arbeitskraft

Eberhard Dähne, Zur aktuellen Entwicklung der Verbraucherpreise und zum Preisindex der Lebenshaltung
Klaus Priester, Entwicklungstendenzen der Arbeitsbedingungen und -belastungen in der Bundesrepublik
Ingeborg Nödinger, Frauenemanzipation und Wirtschaftskrise in der BRD

Soziale Bewegungen, Probleme der Gewerkschaftstheorie und -praxis

Klaus Pickshaus, Krisenbedingungen und Arbeitskämpfe. Zur Entwicklung sozialer Kämpfe in der Bundesrepublik 1975 bis 1978

Probleme der Entwicklung gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse

J. H. v. Heiseler, Arbeiterbewußtsein und Krise

Frank Deppa, Zu einigen Problemen der Bestimmung des gegenwärtigen gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse der BRD
Klaus Priester, Krisenentwicklung und Arbeiterbewußtsein. Bericht über ein Kolloquium des IMSF

Marx-Engels-Forschung

Winfried Schwarz, Der Aufbauplan des „Kapital“, die Konkurrenzformen und die Kritiker der Monopoltheorie

Wissenschaftsentwicklung in der BRD
Kaspar Maase, Zur Diskussion um marxistische Kulturtheorie

Johanna Hund, Das „Institut für sozialwissenschaftliche Forschung“, München

Ausländische Forschungseinrichtungen

S. L. Woronkow, Über die Tätigkeit des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR
Anna Morre/Walter Micheli, Das „Institut für wirtschaftspolitische Studien“ der IKP (CESPE)

IMSF – 1978: Publikationen, Konferenzen, Kolloquien

Band 1/1978, 374 Seiten, fester Einband, DM 24,-

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen
(IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1**

MARXISTISCHE PAPERBACKS

H. Jung/J. Schleifstein

DIE THEORIE DES STAATSMONOPOLISTISCHEN
KAPITALISMUS UND IHRE KRITIKER

Ca. 280 Seiten, ca. 16,— DM

Robert Steigerwald

MARXISTISCHE PHILOSOPHIE
EINFÜHRUNG FÜR DIE JUGEND

120 Seiten, 6,50 DM

Gert Hautsch

DAS IMPERIUM AEG-TELEFUNKEN
EIN MULTINATIONALER KONZERN

200 Seiten, 14,50 DM

Heinrich Schmidt

„TORNADO“

MILITÄR- UND RÜSTUNGSPOLITIK IN DER BRD

112 Seiten, 8,50 DM

Willi Perk

BESATZUNGSMACHT GEGEN PRESSEFREIHEIT

84 Seiten, 8,50 DM

VERLAG

Hedderheimer Landstraße 78 a
6000 Frankfurt/Main 50

MARXISTISCHE BLÄTTER

Theorie und Methode -

Monographien und Sammelbände ausländischer marxistischer Wissenschaftler zu Problemen von Gesellschaft, Ideologie und Wissenschaft

Theorie und Methode II

**Bürgerliche Revolutionen.
Probleme des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus**

Herausgegeben vom
Institut für Marxistische
Studien und Forschungen (IMSF)
Frankfurt am Main 1979

IMSF

Theorie und Methode II

**Bürgerliche Revolutionen.
Probleme des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus**
Mit Beiträgen von
M. Kossok, W. Markov, A. N. Čistozvonov, G. Vogler, G. Brendler,
M. Steinmetz, G. Schilfert, F. Gauthier, M. Grenon,
R. Robin, E. Gulbert-Stedziewski, A. Soboul, W. Schmidt
und E. Engelberg

Herausgegeben vom
Institut für Marxistische Studien und Forschungen
Frankfurt am Main 1979, 292 Seiten, Typoskript, DM 15,-

Der Band enthält Beiträge von marxistischen Historikern und Gesellschaftswissenschaftlern aus der DDR, Frankreich und der Sowjetunion. Er knüpft an die in den letzten Jahren sehr lebhaft geführte Diskussion über den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus an und behandelt Fragen des gesamten bürgerlichen Revolutionszyklus in Westeuropa.

Neben Beiträgen zur Methodik der vergleichenden Revolutionsgeschichte stehen Aufsätze zum frühbürgerlichen Revolutionszyklus (Hussitenbewegung, Deutscher Bauernkrieg, Niederländische Revolution), zu den „klassischen“ bürgerlichen Revolutionen in England und Frankreich - ein Schwergewicht liegt auf der Diskussion des Charakters der Französischen Revolution - und zur Rolle der Bourgeoisie in den Revolutionen des 19. Jahrhunderts.

Theorie und Methode I

**G. G. Diligenski
Sozialpsychologie und
Klassenbewußtsein
der Arbeiterklasse im
heutigen Kapitalismus**

Herausgegeben vom
Institut für Marxistische
Studien und Forschungen (IMSF)
Frankfurt am Main 1979

IMSF

Theorie und Methode I

**G. G. Diligenski
Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der
Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus**

Herausgegeben vom
Institut für Marxistische Studien und Forschungen
Frankfurt am Main 1978, 252 Seiten, Typoskript, DM 15,-

Aus dem Inhalt:

I. Psychologie und Klassenbewußtsein:
Über die Klassenpsychologie / Einige methodologische
Probleme bei der Untersuchung der Psychologie von sozialen
Großgruppen / Westeuropa und die Vereinigten Staaten:
Über die Beziehung zwischen Sozialstruktur und Massen-
bewußtsein

II. Bedürfnisse und Massenbewußtsein:
Probleme der Theorie der menschlichen Bedürfnisse / Das
politische Massenbewußtsein unter den Bedingungen des
heutigen Kapitalismus

III. Zur Psychologie der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus:

Der Arbeiter im kapitalistischen Betrieb - Ansatzpunkte zur Erforschung des Klassenbewußtseins / Das System der Bedürfnisse des Arbeiters / Bedürfnisse und soziale Erwartungen / Psychologie und Ideologischer Kampf / Die Arbeiterklasse in einer neuen Etappe: Über aktuelle Tendenzen in der Entwicklung des proletarischen Massenbewußtseins in den kapitalistischen Ländern

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main**

IMSF – Informationsberichte und Arbeitsmaterialien –

Beiträge zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen



Band 33

Norbert Lambert

Arbeitsmarktpolitik in der Wirtschaftskrise

82 Seiten, DM 8,-

Die Arbeitsmarktpolitik ist ein wichtiger Bestandteil der staatlichen Sozialpolitik. Der Autor weist nach, daß die Hauptfunktion der staatlichen Arbeitsmarktpolitik nicht die Verringerung der Arbeitslosigkeit, sondern die Lenkung der Arbeitskräfteströme nach den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals ist.

Die Arbeitsmarktpolitik erfüllt diese Funktion indem sie die Arbeitssuchenden zwingt, Abstriche an ihren sozialen Ansprüchen hinzunehmen. Darin besteht nach Auffassung des Autors auch der Kern der neuformulierten Zumutbarkeitsregelung. Mit der Analyse dieser Zusammenhänge ist dieser Bericht ein Beitrag zur Diskussion über die Klassenfunktionen staatlicher Sozialpolitik.



Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 8

Rationalisierung – Arbeitsplätze – Tarifkämpfe

Aktuelle Probleme der Durchsetzung von Arbeiterinteressen in der Bundesrepublik.

Materialien einer Tagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M., 10. und 11. März 1979
Ca. 300 Seiten, DIN A4, DM 17,-; erscheint im III. Quartal 1979

Der Band enthält die Referate und Materialien der IMSF-Tagung „Rationalisierung – Arbeitsplätze – Tarifkämpfe“, die im März 79 in Frankfurt/M. stattgefunden hat. Praktiker aus den Betrieben, wissenschaftliche Experten und Gewerkschafter berichten über ihre Erfahrungen mit betrieblichen Auswirkungen der Rationalisierung in Produktion, Verwaltung und Dienstleistungsbereich, Möglichkeiten der Gegenwehr der Betroffenen, den Kampf gegen Betriebsstillegungen und die Probleme bei der Mobilisierung von Belegschaften und Bevölkerung im Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen sowie über die Erfahrungen der Tarifbewegungen und -kämpfe der Jahre 1977 bis 1979 um Löhne, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitverkürzung.

Der Band hat bewußt den Charakter eines Arbeitsmaterials erhalten, das in der gewerkschaftlichen und außergewerkschaftlichen Erwachsenen- und Jugendbildungsarbeit einsetzbar ist. Mehr als 100 Fotos, Grafiken und umfangreiches Tabellenmaterial zu den einzelnen Themenkomplexen sowie weiterführende Literaturhinweise dienen der Illustration und dem besseren Verständnis der dargestellten Themen und wollen zur vertiefenden Beschäftigung anregen.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Informationsberichte des IMSF

Die Preisindizes für die Lebenshaltung und die Entwicklung der Verbraucherpreise

Bd. 32, 243 S., 17 x 24 cm, Frankfurt a. M. 1979, DM 10,—. Verfaßt von E. Dähne und J. Dieckhoff

Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation in der BRD

Bd. 31, 220 S., 17 x 24 cm, Frankfurt a. M. 1978, Arbeitsgruppe des IMSF, DM 10,—

Der Sachverständigenrat zwischen Keynesianismus und Monetarismus

Bd. 30, 112 S., 17 x 24 cm, Frankfurt a. M. 1979, DM 8,—. Verfaßt von R. Faust

Zum Ausbau des staatlichen Repressionsapparates seit Ende der sechziger Jahre

Bd. 29, 109 S., 17 x 24 cm, DM 6,—. Verfaßt von J. Biau

Arbeitslosigkeit von Hoch- und Fachhochschulabsolventen in der BRD

Bd. 28, 105 S., 17 x 24 cm, Frankfurt a. M. 1977, Verfaßt von B. Göther

Arbeitszeit — Freizeit — Freizeitpolitik

Bd. 27, 84 S., zahlr. Tabellen, DIN A 4, Frankfurt a. M. 1976, DM 8,—. Verfaßt von Dr. Kaspar Maase

Politische Disziplinierung und Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb

Darstellung und Dokumentation

Bd. 26, 107 S., DIN A 4, Frankfurt a. M. 1976, DM 6,—. Verfaßt von einer Arbeitsgruppe des IMSF

Neuere Marx-Engels-Forschung. Zur Marx-Engels-Gesamtausgabe

Bd. 24, 48 S., Frankfurt a. M. 1976, DM 6,—. Mit Beiträgen von Günter Heyden, Wladimir Sewin und Sofia Lewiowa

Wyhl — Analyse einer Bürgerbewegung gegen Kernkraftwerke

Bd. 23, 150 S., DIN A 4, Frankfurt a. M. 1976, DM 8,—. Verfaßt von Rainer Obst unter Mitarbeit von Klaus Pickshaus

Berufsverbote in der BRD. Eine juristisch-politische Diskussion

Bd. 22, DIN A 4, 110 S., Frankfurt a. M. 1975, DM 6,—. Vier Ausgaben in deutscher, englischer, französischer und italienischer Sprache

Betriebsbesetzung — eine Kampfform zur Sicherung von Arbeitsplätzen

Bd. 21, 83 S., Dokumentenanhang, Frankfurt a. M. 1976, DM 8,—. Verfaßt von Hartwig Bär u. a.

Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlicher Kampf

Bd. 20, 248 S., 17 x 24 cm, Frankfurt a. M. 1978, DM 10,—. Verfaßt von E. Dähne u. K. Priester

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise in der BRD in den siebziger Jahren

Bd. 19, DIN A 4, 81 S., Frankfurt a. M. 1975, DM 8,—. Verfaßt von Albert J. Probst

Investitionskontrolle und Investitionslenkung

Bd. 18, 107 S., DIN A 4, 8 Tabellen, DM 8,—. Verfaßt von Bernd Göther

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Soziale Bewegungen

Analyse und Dokumentation des IMSF

Redaktionsbeirat:

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Manfred Balder, Willi Bleicher,
Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Georg Fülberth, Prof. Dr. Lothar Peter,
Werner Petschick.

„Soziale Bewegungen“ bieten für den aktiven Gewerkschafter und für den sozialwissenschaftlich interessierten eine kontinuierliche und systematische Aufarbeitung der Erfahrungen sozialer Kämpfe.

Der Dokumentationsteil erhöht den Wert als Nachschlagewerk.

Nach bisher 6 Heften im Nachrichten-Verlag wird die Reihe im Selbstverlag des IMSF weitergeführt. Es erscheinen mindestens zwei Hefte im Jahr, deren Bestellung als Dauerbezug besonders günstig ist.

Heft Nr. 7

Stahlstreik und Tarifrunde 78/79

Von G. Heusch und B. Semmler
96 Seiten, DM 5,-

Aus dem Inhalt:

- I. Zur Methodik der Erfassung von Arbeitskampsdaten
- II. 1978 – ein Jahr heftiger Klassenkämpfe
- III. Der Streik der Stahlarbeiter
- IV. Die Tarifrunde 1978/79 nach dem Stahlarbeitskampf
- V. Unternehmerstrategie und gewerkschaftliche Orientierung.
Zur Diskussion nach den Tarifikämpfen 1978/79
- VI. Dokumentation:
 - Sozialökonomische Daten
 - Daten zur Gewerkschaftsentwicklung
 - Dokumente zur Unternehmerstrategie
 - Dokumente aus den Arbeitskämpfen

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

AS-PROGRAMM 1979

AS 33 Gulliver 5: Englisch

Unterrichts- und Studienreform

Analysen, Unterrichtsmodelle u. Erfahrungsberichte von J. Kramer, A. Vielau, H. Vollmer, T. Westphalen u. a. (schon erschienen)

AS 34 Forum Kritische Psychologie 4

hrsg. v. Klaus Holzkamp

Aufsätze zur Theorie der Subjektivität und zur ökonomischen Funktion der Logik; Diskussion der Motivationstheorie und der Sexualitätsauflassung in der Kritischen Psychologie; Rezension von Rückriem u. a.: Historischer Materialismus u. menschliche Natur (schon erschienen)

AS 35 Alternative Wirtschaftspolitik

Methodische Grundlagen – Analysen und Diskussion

Gewerkschaften, SPD und alternative Wirtschaftspolitik; Wirtschaftstheoretische Grundlagen; Überakkumulations- versus Überproduktionstheorie; Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkttheorien; Alternative Regionalpolitik.

Autoren: J. Berger, R. Mickel, J. Huffschild, W. Pfaffenberger, K. H. Tjaden, u. a. (soeben erschienen)

AS 36 Stamokap Theorie – Staat und Monopole (III)

hrsg. v. Werner Goldschmidt

Beiträge zur Diskussion und Weiterentwicklung der Stamokap-Theorie, zur Krisendiskussion, Weltmarktentwicklung usw.

Autoren: D. Albers, H. J. Axt, R. Mickel, J. Huffschild, H. Jung, N. Paech, u. a. (Herbst '79)

AS 37 Jahrbuch für Kritische Medizin 4

Sozialmedizin in der Praxis; Streik im Gesundheitswesen; Medizin in der Dritten Welt.

Autoren: Eichmann, Karmaus, Robson, u. a. (Sommer '79)

AS 38 30 Jahre Bildungspolitik – Schule und Erziehung (VII)

Analysen übergreifender Tendenzen und Widersprüche in der Entwicklung von Bildungsinhalten und -institutionen.

Autoren: G. Auernheimer, U. Bracht, W. Kunstmann, W. Markert, B. Riang, u. a. (Herbst '79)

AS 39 Gulliver 6

Shakespeare inmitten der Revolutionen

Autoren: Bruce Erlich, Thomas Metscher, Rudolf Sühnel, u. a. (Herbst '79)

AS 40 Theorien über Ideologie

Kritische Analyse und Weiterentwicklung. Beiträge von W. F. Haug, R. Nemitz u. a. (Projekt Ideologie-Theorie) (Ende '79)

AS 41 Forum Kritische Psychologie 5

hrsg. v. Klaus Holzkamp

U. a.: K. Holzkamp: Zur kritisch-psychologischen Theorie der Subjektivität (II). (Herbst '79)

AS 42 Musik 50er Jahre

hrsg. v. Dietrich Stern

Studien über wichtige Komponisten (Henze, Nono, Dessau.) Probleme des Musikbetriebs (Schallplattenindustrie, Rock'n-Roll-Weite...); Ästhetische Tendenzen (Abstraktion, Begriff der Avantgarde, Einfluß Adornos...) (Herbst '79)

AS 43 Automationsarbeit: Empirie

Projekt Automation und Qualifikation, Bd. 4

Auswertung einer Untersuchung in über 100 Betrieben; Auseinandersetzung mit empirischer Methodik (Ende '79)

AS 44 Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik

hrsg. v. Arbeitskreis westeuropäische Arbeiterbewegung

Beiträge zur Staats- und Parteientheorie Gramscis, zum Austromarxismus, zur marxistischen Revolutionstheorie, zur verfassungspolitischen Praxis in der BRD, u. a.

Autoren: D. Albers, E. Altvater, C. Kievenheim, K. Priester, u. a. (Juni '79)

in Vorbereitung ferner:

AS 45 Frauenbewegung

hrsg. v. Frigga Haug

AS 46 Sozialismus und Entwicklungsländer

Internationales Sozialismus-Forum 1 (Ende '79)

AS 47 Materialistische Kulturtheorie und Alltagskultur

Beiträge zu ihrer Diskussion und Weiterentwicklung von W. F. Haug, K. Maase u. a. (Ende '79)

Zusätzlich in das Jahrgangsprogramm 1979 aufgenommen:

AS 48 Jahrbuch für Kritische Medizin 5

Referate von der gesundheitspolitischen Fachtagung des BdWi, München, Februar 1979 (Herbst '79)

Die genauen Erscheinungstermine erfahren Sie aus der Zeitschrift DAS ARGUMENT.

In jedem Jahr erscheinen ca. 10 Argument-Sonderbände. Jeder Band ca. 216 Seiten.

Einzelpreis: 15,50 DM, Schüler und Studenten 12,80 DM.

Auswahl-Abo (3 Bände nach Wahl): 38,40 DM (Stud. 33,-DM) zzgl. Versandkosten. Gesamt-Abo: alle Bände zum Abo-Preis, ohne Versandkosten.

ARGUMENT-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030 / 46190 61

Neuerscheinungen



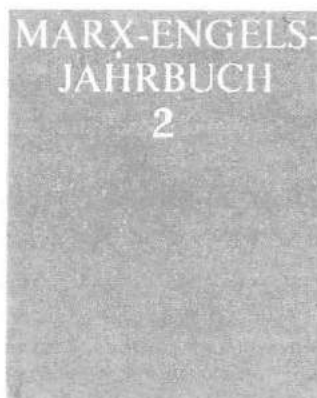
Karl Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA)

Institut für Marxismus-Leninismus beim
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei
der Sowjetunion und Institut für Marxismus-
Leninismus beim Zentralkomitee der Sozial-
istischen Einheitspartei Deutschlands

Dritte Abteilung · Briefwechsel Band 2 · Karl Marx/Friedrich Engels Briefwechsel Mai 1846 bis Dezember 1848

Text/Apparat · 54, 1209 Seiten
Mit 33 Abbildungen sowie
Zeichnungen von Friedrich Engels
Kunstleder im Schuber · 135,- M
Best.-Nr.: 7449008
Bestellwort: MEGA, 3. Abt., Bd. 2

In etwa 300 Briefen – darunter die im Anhang
zum großen Teil erstmals veröffentlichten
Briefe an Marx und Engels – werden neue
Angaben über die Tätigkeit von Marx und
Engels als Führer des Brüsseler Kommuni-
stischen Korrespondenz-Komitees, über
ihre führende Rolle in der „Deutschen-Brüs-
seler-Zeitung“, über ihre Bemühungen um
die Schaffung und Festigung des Bundes
der Kommunisten und über das Wirken der
„Neuen Rheinischen Zeitung“ vermittelt.



Marx-Engels-Jahrbuch

Herausgegeben vom Institut für Marxismus-
Leninismus beim ZK der KPdSU und vom
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK
der SED

Band 2
420 Seiten · Kunstleder · 38,- M
Best.-Nr.: 7368646
Bestellwort: M/E, Jahrbuch 2

Aus dem Inhalt:
Artikel: Die Bedeutung des „Anti-Dühring“
für den Kampf um die weltanschaulichen
Grundlagen des Proletariats. Die Entwick-
lung der ökonomischen Lehre des Marx-
ismus im „Anti-Dühring“, Marx und Engels
über die historische Mission der Arbeiter-
klasse und ihre revolutionäre Partei. Ein
Beitrag zur Auseinandersetzung mit der
Marx-Engels-Verfälschung. Der Varianten-
apparat der MEGA. Zur Herausbildung der
Marxschen Lehre von der produktiven und
unproduktiven Arbeit von 1857 bis 1863. Die
Verbreitung des „Anti-Dühring“ in Rußland.
Edgar von Westphalen. **Dokumente und
Materialien:** Zur Entstehungsgeschichte
des „Anti-Dühring“ (Unveröffentlichte Briefe
von Wilhelm Liebknecht und Hermann
Ramm an Karl Marx und Friedrich Engels).
Rezensionen: MEGA · Zweite Abteilung.
„Das Kapital“ und Vorarbeiten. Band 3,
Teil 1 und Band 3, Teil 2 · MEGA · Vierte
Abteilung · Exzerpte · Notizen · Margina-
lien · Band 1.



DIETZ VERLAG BERLIN · DDR-102 Berlin, Wallstraße 76-79

Reihe „Kultur – Theorie und Politik“

Neu erschienen:

Jürgen Weber Entmündigung der Künstler

Geschichte und Funktionsweise der bürgerlichen Kunsteinrichtungen
(Broschiert, DM 24,-)

Was macht eine Fettecke, ein Bohrloch, eine Autofahrt, ein Telegramm, ein Nichts zur Kunst? Wie konnte es dazu kommen, daß Kunst nur noch eine „Sache der Übereinkunft“ zwischen Funktionären des Kunstbetriebs sein soll. Wie wirkt jenes Machtkartell aus Händlern und Käufern, Ausstellungsmanagern und Großkritikern, das die Künstler ausgeschlossen und entmündigt hat? Jürgen Weber – Bildhauer, Professor an der TU Braunschweig – hat die Diskriminierung realistischer Kunst seit Jahren zu spüren bekommen. Seine Erfahrungen gaben den Anstoß zur intensiven Beschäftigung mit Herkunft und Funktionsweise des bürgerlichen Kunstbetriebs.

Joachim Fiebach Literatur der Befreiung in Afrika

(Broschiert, DM 12,-)

Wie entwickelte sich die Kultur der Völker Schwarzafrikas nach der Befreiung vom alten Kolonialsystem? Am Beispiel einiger der bedeutendsten afrikanischen Schriftsteller stellt Joachim Fiebach dar, wie die Kunst die Probleme der Selbständigkeit verarbeitet. Die Rückbesinnung auf die Neger-Traditionen einheimischer Kultur reicht nicht. Nach der politischen Unabhängigkeit steht die Befreiung vom Joch der nationalen und multinationalen Kapitalisten und Konzerne an. Das verlangt die Überwindung gewaltiger Rückstände in Bildung und Wirtschaft, die Auseinandersetzung mit mythischem Denken und hemmenden Stammesbindungen. Künstler prüfen, was Europas Kultur hierbei leisten kann – und bereichern schon heute eindrucksvoll die realistische Weltkunst.

Joachim Fiebach (geboren 1934) ist Dozent für Theaterwissenschaften an der Humboldt-Universität in Berlin. Er war von 1968 bis 1970 als Senior Lecturer an der University Dar es Salaam. Neben Aufsätzen und Essays über Theatertheorie und Theatergeschichte verschiedene Veröffentlichungen zu Literatur und Theater in Afrika.

Damnitz Verlag GmbH
Hohenzollernstraße 144 · 8000 München 40

DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE



VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN
DDR 1990

Deutsche Zeitschrift für Philosophie

Herausgegeben von einem Redaktionskollegium
Erscheint monatlich, je Heft etwa 128 Seiten
Preis pro Heft apart 8,- Mark,
im Abonnement 7,- Mark

Die »Deutsche Zeitschrift für Philosophie« ist das Organ der philosophischen Forschung, Lehre und Diskussion in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie veröffentlicht Beiträge zu Problemen der marxistisch-leninistischen Philosophie und ihrer Disziplinen (dialektischer Materialismus, historischer Materialismus und Soziologie, dialektisch-materialistische Erkenntnistheorie, philosophische Probleme der Wissenschaft, Geschichte der Philosophie, Ästhetik, Ethik), zum wissenschaftlichen Kommunismus sowie zur Logik, Methodologie und Wissenschaftstheorie.



Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

Herausgegeben von einem Redaktionskollegium
Erscheint monatlich, je Heft etwa 96 Seiten
Preis pro Heft apart 8,- Mark,
im Abonnement 7,- Mark

Die Zeitschrift ist das Fachorgan der Historiker der DDR. Sie veröffentlicht Arbeiten über grundlegende theoretische und methodologische Probleme der Geschichtswissenschaft und neue Forschungsergebnisse zur deutschen und zur allgemeinen Geschichte, zu Fragen der Historiographie und der Hilfswissenschaften. Durch Veröffentlichungen von Diskussionsbeiträgen fördert sie den wissenschaftlichen Meinungsstreit. Dokumentation von Archivmaterialien machen neue Quellen zugänglich. In einem umfangreichen, literaturkritischen Teil bringt die Zeitschrift Rezensionen, Annotationen und Literaturberichte über Neuerscheinungen der geschichtswissenschaftlichen Literatur der Deutschen Demokratischen Republik und des Auslandes.

VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN

DDR - 108 Berlin, Postfach 1216



Ökonomische Theorie · Bewußtseinstheorie · Soziale Bewegung

W. F. Haug
**Vorlesungen zur Einführung
ins „Kapital“**
2., überarb. Auflage
196 Seiten, DM 12,80

J. Huffschnidt/H. Schui (Hrsg.)
Gesellschaft im Konkurs?
Handbuch zur Wirtschaftskrise
in der BRD
2., erweiterte Auflage
583 Seiten, DM 16,80

H.-J. Axt
**Staat, multinationale
Konzerne und politische
Union in Westeuropa**
450 Seiten, DM 14,80

Peter Römer
**Entstehung, Rechtsform und
Funktion des kapitalistischen
Privateigentums**
236 Seiten, DM 14,80

Karl-Heinz Uhlig
Marketing
Strategie des manipulierten
Marktes
264 Seiten, DM 14,80

E. Rau
**Verfall des Fortschritts-
gedankens in der
ökonomischen Theorie**
Zum Irrationalismus der
bürgerlichen Ökonomie
280 Seiten, DM 12,80

Ch. Butterwegge
**Alternativen der
Wirtschaftslenkung**
Zur Begründung eines Konzepts
gesamtgesellschaftlicher
Planung
155 Seiten, DM 9,80

S. L. Wygodski
**Der gegenwärtige
Kapitalismus**
Theoretische Analyse
Aus dem Russischen
548 Seiten, DM 14,50

R. Opitz (Hrsg.)
**Europastrategien des
deutschen Kapitals**
1900—1945
1069 Seiten, Studienausgabe
DM 68,—

F. Deppe
Das Bewußtsein der Arbeiter
Studien zur politischen Soziolo-
gie des Arbeiterbewußtseins
3. Auflage
359 Seiten, DM 12,80

M. Tjaden-Steinhauer
**Das Gesellschaftsbewußtsein
der Arbeiter**
Umriss einer theoretischen
Bestimmung
184 Seiten, DM 12,80

F. Deppe/S. Herkommer/
A. Leisewitz u. a.
**Soziale Stellung und
Bewußtsein der Intelligenz**
384 Seiten, DM 6,—
(früher 14,80)

M. Buhr/G. Kröber
**Mensch, Wissenschaft,
Technik**
Versuch einer marxistischen
Analyse der wissenschaftlich-
technischen Revolution
345 Seiten, DM 14,80

P. Hinrichs/L. Peter
Industrieller Friede?
Arbeitswissenschaft, Rationali-
sierung und Arbeiterbewegung
in der Weimarer Republik
298 Seiten, DM 12,80

F. Deppe/G. Fülberth/
J. Harrer u. a.
**Geschichte der deutschen
Gewerkschaftsbewegung**
2., durchgesehene Auflage
475 Seiten, DM 12,80

F. Deppe (Hrsg.)
**Arbeiterbewegung und
westeuropäische Integration**
368 Seiten, DM 6,—
(früher DM 14,80)

H.-J. Axt/F. Deppe
**Europaparlament und
EG-Erweiterung**
Krise oder Fortschritt
der Integration?
220 Seiten, DM 12,80

H. Buße/J. Grumbach
Staat und Atomindustrie
Kernenergiepolitik in der BRD
306 Seiten, DM 14,80

Memorandum '79
Vorrang für Vollbeschäftigung.
Alternativen der Wirtschafts-
politik. Unterstützt von über
200 Wissenschaftlern und
Gewerkschaftsfunktionären
118 Seiten, DM 7,80

R. Rilling (Hrsg.)
Sozialismus in der DDR I und II
Dokumente und Materialien
I: 1945—1961, 280 Seiten,
DM 14,80
II: 1961 bis zur Gegenwart,
560 Seiten, DM 14,80
Beide Bände zusammen
DM 27,—

W. v. Bredow/G. Kade (Hrsg.)
Abrüstung
Politische Voraussetzungen,
sozioökonomische Folgen und
Aufgaben der Wissenschaftler
Vorwort von R. Kühnl
151 Seiten, DM 9,80

R. Sorg (Hrsg.)
**Kooperation zwischen
Gewerkschaften und
Hochschulen**
64 Seiten, DM 6,—

I. Hermes
Gegen Imperialismus und Krieg
Gewerkschaften in der
II. Internationale 1889—1914
232 Seiten, DM 14,80

J. Hund/Ch. Preiß (Hrsg.)
Die Unbescheidenen
Betriebsrätinnen erzählen
Zehn Protokolle
134 Seiten, DM 12,80

Pahl-Rugenstein Verlag · Gottesweg 54 · 5000 Köln 51

